

Marxistische Studien

Staat — politisches System — Überbau
Korporatismus-Diskussion
Finanzkapital und Staatsverschuldung
Militär-Industrie-Komplex
Außenpolitische Krisenstrategien
Internationale Konzerne und Nationalstaat
Politisches Klima — Staatsbewußtsein — Wahlverhalten
Bürgerinitiativen
Streiks und Gegenmacht
Wohnungswirtschaft
Weltmarkt
Technik-Diskussion

Jahrbuch des IMSF 4

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 4/1981

Marxistische Studien Jahrbuch des IMSF

Beirat:

Heinz Jürgen Axt, Hermann Bömer,
Gerhard Brosius, Christoph Butterwegge,
Edgar Gärtner, Bernd Greiner,
Dirk Hänisch, Florence Hervé,
Johanna Hund, Friedhelm Kröll,
Christine Preiß, Jan Prieue,
Witich Roßmann, Angelina Sörgel,
Kurt Steinhaus, Harald Werner

Redaktion:

Heinz Jung, André Leisewitz, Kaspar Maase,
Josef Schleifstein

Herausgegeben vom Institut für
Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
Frankfurt am Main

Marxistische Studien

Staat — politisches System — Überbau
Korporatismus-Diskussion
Finanzkapital und Staatsverschuldung
Militär-Industrie-Komplex
Außenpolitische Krisenstrategien
Internationale Konzerne und Nationalstaat
Politisches Klima — Staatsbewußtsein — Wahlverhalten
Bürgerinitiativen
Streiks und Gegenmacht
Wohnungswirtschaft
Weltmarkt
Technik-Diskussion

Jahrbuch des IMSF 4
4/1981

© by Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)

6000 Frankfurt am Main, Liebigstraße 6.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des IMSF gestattet.

Gesamtherstellung: Fuldaer Verlagsanstalt GmbH, Fulda

ISSN 0171-3698

Inhalt

Vorwort	7
Staat und politisches System im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik	
<i>Heinz Jung</i> , „Korporatismus“ statt „Etatismus“? Staatsmonopolistische Vergesellschaftung und politisch-staatlicher Überbau heute.	11
<i>Angelina Sörge</i> , Finanzkapital und Staatsverschuldung	42
<i>Arno Gottschalk/Manfred Eihsen</i> , Rüstung und militärisch-industrieller Komplex im staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD.	63
<i>Bernd Greiner</i> , Politische Systemkrise des SMK und außenpolitische Krisenstrategien. Eine Problemskizze.	83
<i>Heinz Jürgen Axt</i> , Internationale Konzerne und die Perspektiven des Nationalstaats in Westeuropa.	109
<i>Christoph Butterwegge</i> , Gramsci und der Austromarxismus. Zur Renaissance zweier Politiktheorien der Zwischenkriegszeit.	126
Politisches Klima, Staatsbewußtsein, Wahlverhalten	
<i>Kurt Steinhaus</i> , Zu einigen Entwicklungstendenzen des politischen Klimas in der Bundesrepublik	143
<i>Harald Werner</i> , Das Staatsbewußtsein der Arbeiter in der BRD.	156
<i>Johannes Henrich von Heiseler</i> , Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens.	173
Soziale Bewegungen und Gewerkschaftstheorie	
<i>Fred Karl</i> , Soziale Basis und Widersprüchlichkeit der Bürgerinitiativen.	187
<i>Redaktionskollektiv des Arbeitskreises beim IMSF zur Frauenfrage</i> , Thesen zur Frauenarbeit.	197
<i>Klaus Pickshaus</i> , Streiks und gewerkschaftliche Gegenmacht. Funktion und Entwicklungstendenzen von Streiks in der Bundesrepublik.	203
<i>Gert Hautsch</i> , Integrationismus und „Korporatismus“. Überlegungen zur Problematik der Einbindung von Gewerkschaften in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem	222
Wohnungswirtschaft, Stadt- und Gemeindeökonomie, Regionalforschung	
<i>Winfried Schwarz</i> , Zur politischen Ökonomie der Mietwohnung.	242
<i>Eberhard Dähne</i> , Wirtschaftliche und soziale Probleme der Städte und Gemeinden	260
<i>Fritz Fiehler</i> , Arbeitsplatz Hamburg. Regionalökonomie und -politik in Hamburg in den siebziger Jahren.	276

Weltmarkt, SMK-Theorie

- Fritz Rische*, Weltmarkt und nationale Wirtschaftspolitik. 292
Jörg Goldberg, Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der BRD-Industrie? 300
Jörg Goldberg, Weltmarkt und Internationalisierung der Wirtschaft — Tagungsbericht. 310
Heinz Jung, Zur Entwicklung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der neueren Literatur der UdSSR und der DDR. 319

Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und gesellschaftliche Alternativen

- Sybille Krämer-Friedrich*, Technischer Fortschritt gleich fortschrittliche Technik? Probleme, Tendenzen und Widersprüche der Technik-Diskussion. 333
Lothar Peter, Polarisierung oder Höherqualifizierung? Zur Kontroverse um den Zusammenhang von Produktivkraftentwicklung, wissenschaftlich-technischem Fortschritt und Arbeitsqualifikation. 347
Johanna Hund, Diskussionsrunde des IMSF zum Thema „Technische Entwicklung, Qualifikations- und Werttendenz der Ware Arbeitskraft heute“. 365

Marx-Engels-Forschung

- Alfred E. Lawrence*, Über drei unveröffentlichte Schreiben von Karl Marx an seinen Arzt auf der Insel Wight vom Januar 1883. 375
Michael Knieriem, Aus den Tagebüchern des Johann Wilhelm Jakob Blank — eines Jugendfreundes von Friedrich Engels. 383

Wissenschaftsentwicklung und Wissenschaftseinrichtungen in der BRD

- Peter Hiedl*, Entstehung und Entwicklung der Kritischen Psychologie — Kurzer Überblick. 390
Michael Neumann, Das Soziologische Forschungsinstitut Göttingen (SOFI). 400

Wissenschaftsentwicklung und marxistische Forschungseinrichtungen im Ausland

- Herbert Aptheker*, Das „Amerikanische Institut für Marxistische Studien“ (American Institute for Marxist Studies/AIMS, New York). 408
Edgar Gärtner, Die Gruppe „Économie et Politique“ (Frankreich). 410
Dieter Läßle, Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam — IISG. 416

IMSF-1981: Publikationen, Seminare und Vortragsveranstaltungen des IMSF. 423

Autoren dieses Bandes. 426

Zusammenfassungen zu den Beiträgen. 428

Vorwort

Stärker als in den vorhergehenden Bänden haben wir uns bemüht, die Beiträge dieses Jahrbuchs auf einen Hauptschwerpunkt zu beziehen: *Verschiedene Aspekte der Analyse des Staates im SMK der BRD*, des politischen Systems und des Herrschaftsmechanismus bis hin zu Politikkonzepten der herrschenden Klasse und politischem und „Staatsbewußtsein“ der Arbeiterklasse *stehen im Mittelpunkt* des vorliegenden Bandes. Entsprechende Gesichtspunkte wird der Leser nicht nur in den Beiträgen der ersten beiden Rubriken finden (Staat und politisches System im SMK der BRD; Politisches Klima, Staatsbewußtsein, Wahlverhalten), sondern auch in Untersuchungen zur Oppositionsbewegung (Bürgerinitiativen, Frauenbewegung) und zur Gewerkschaftstheorie, zum Staat auf regionaler Ebene (Wohnungswirtschaft, Stadt- und Gemeindeökonomie, Regionalentwicklung) wie im Bereich der Internationalisierung der Wirtschaft und der internationalen Wirtschaftspolitik. Im Vorwort geben wir einen knappen Überblick über Thesen und Zusammenhänge, die dem Benutzer die Orientierung erleichtern (für die genauere Vorinformation empfehlen sich die Zusammenfassungen am Ende des Bandes).

Wie im vorigen Jahr wollen wir kurz über personelle Veränderungen am IMSF und in der Jahrbuch-Arbeit informieren. Anfang Juni 1981 hat ein Wechsel in der Leitung des IMSF stattgefunden: Neuer Leiter ist *Heinz Jung*, sein Stellvertreter *Jürgen Reusch*. *Josef Schleifstein* bleibt weiterhin in engem Arbeitskontakt mit dem Institut — nicht zuletzt durch die weitere Mitgliedschaft in der Redaktion des Jahrbuchs.

Auch im Beirat gab es Veränderungen. Ausgeschieden sind *Bernd Gütber*, *Mechtild Jansen*, *Steffen Lehdorff*, *Bernd Moldenhauer*, *Hartmut Obens* und *Walter Simon* — infolge anderweitiger Verpflichtungen oder der Tatsache, daß sie nicht mehr primär auf wissenschaftlichem Gebiet tätig sind. Ihnen sei hier für ihre Mitarbeit gedankt. Neu eingetreten sind *Gerhard Brosius* (Hamburg), *Dirk Hänisch* (Duisburg), *Florence Hervé* (Düsseldorf) und *Friedhelm Kröll* (Nürnberg).

Die Auseinandersetzungen um die staatliche Haushaltspolitik und ihre Auswirkungen auf die Lebenslage breiter Schichten werfen aktuell-politische Schlaglichter auf die zentrale Bedeutung des Staates in der Bundesrepublik. Gerade die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus — ein Arbeitsschwerpunkt des IMSF und im weiteren Sinn Bezugspunkt aller hier entwickelten Arbeit — verlangt die ständige Weiterentwicklung der aufs Grundsätzliche wie aufs Aktuell-Empirische gerichteten Staatsanalyse. Das erste Jahrbuch wurde eröffnet mit Thesen über Wandlungen in der Entwicklung des SMK der BRD; gegenwärtig wird am IMSF eine umfangreiche theoretische und empirische Kollektivarbeit zur Analyse des Staates der BRD abgeschlossen, deren Ergebnisse sich zum Teil schon in dem Band „SMK der BRD in Daten und Fakten“ (Mai 1981) niedergeschlagen haben und in den vorliegenden Band des Jahrbuchs mit eingehen. Die unter der Rubrik *Staat und politisches System in der BRD* zusammengefaßten Beiträge reflektieren diese kontinuierliche Arbeit ebenso wie die lebhafteste Diskussion marxistisch und kritisch orientierter Forscher in der Bundesrepublik zu dieser Frage.

Heinz Jung sieht die „Korporatismus“-Debatte als etwas verspätete ideologische Reaktion auf reale Entwicklungen im Herrschaftsmechanismus der BRD-Gesellschaft. Allerdings arbeitet er eine gleichermaßen erkennbare Tendenz zum Ausbau des „Etatismus“ heraus, ohne deren Beachtung man den spezifischen Staats- und Herrschaftstyp des SMK verfehlt. Nach der Auseinandersetzung mit einigen Überbaukonzeptionen wer-

den aktuelle Hegemonialstrategien der herrschenden Klasse analysiert und nach erkennbaren Bruchstellen der sozialliberalen Variante gefragt.

Konservative Kräfte erwecken den Anschein, als sei die Frage der Staatsverschuldung ein grundlegender Differenzpunkt zur gegenwärtigen Regierungspolitik. *Angelina Sörgel* weist nach, auf welche Weise das Finanzkapital doppelt von der staatlichen Finanzkrise profitiert. Reales Ziel der Polemik von rechts ist die Zurückdrängung von Resten keynesianischer Konzepte zugunsten direkt kapitalorientierter staatlicher Finanzpolitik. Ein Modellfall für letztere ist sicherlich die Aufrüstungspolitik, die vom Militär-Industrie-Komplex der BRD forciert vorangetrieben wird. Allerdings, das arbeiten *Manfred Eihsen* und *Arno Gottschalk* in ihrer Untersuchung der Struktur und Entwicklung von Rüstungswirtschaft und MIK der BRD heraus, ist das Ergebnis zunehmende ökonomische und politische Instabilität, die Differenzierungsprozesse in der Monopolbourgeoisie fördert.

Die gegenwärtig vom US-Imperialismus vorangetriebene Rüstung ist keinesfalls nur ökonomisch zu verstehen. *Bernd Greiner* entwickelt aus der marxistischen Theorie von der Rolle des Staates zur Bewältigung der immanenten gesellschaftlichen Krisenhaftigkeit eine Analyse imperialistischer Außenpolitik: Die mit dem Namen *Reagan* verbundene Strategie setzt die Militärpolitik als wesentliches Mittel ein, die NATO-Verbündeten und Japan wieder stärker der US-Hegemonie im Zeichen eines neuen „Machtmaximalismus“ zu unterwerfen. Die Widersprüche imperialistischer Integrationsprozesse stellt *Heinz Jürgen Axt* in der Auseinandersetzung mit überzogenen Thesen zur Internationalisierung des Kapitals dar: Bei aller Bedeutung transnationaler Konzerne ist der Nationalstaat nach wie vor Basis von Maßnahmen zur besseren Kapitalverwertung, aber auch Basis von Strategien zur sozialistischen Transformation.

Vom heute geradezu inflationär gebrauchten Hegemonie-Begriff her geht *Christoph Butterwegge* vergleichend auf zwei Ansätze der Politiktheorie der Zwischenkriegszeit zurück: In der Auseinandersetzung mit *Antonio Gramsci* und *Otto Bauer* werden Tragfähigkeit und Grenzen des Konzepts deutlicher.

Ein zweiter Block von Beiträgen untersucht Aspekte des politischen Bewußtseins in der Bundesrepublik. Damit werden die bisherigen Veröffentlichungen des IMSF zur Entwicklung des Klassenbewußtseins der Lohnarbeiter weitergeführt. *Kurt Steinhaus* weist im historischen Überblick die Durchsetzung realistischerer Positionen in den politischen Meinungen und Einstellungen der BRD-Bürger zum Ost-West-Verhältnis wie zu gesellschaftlichen Problemen im Lande nach. *Harald Werner* setzt sich kritisch mit linken wissenschaftlichen Positionen zum Staatsbewußtsein der Arbeiter auseinander, die reale Brüche und Widersprüche verkennen. Sozialstrukturelle und ideologische Determinanten des Wahlverhaltens 1976—1980 überprüft *J.H. von Heiseler*; dabei werden entscheidende Momente politischer Stabilität deutlich, aber auch zukünftige Bruchstellen.

Die *Analyse sozialer Bewegungen* ist ein Schwerpunkt der IMSF-Arbeit. Die im Jahrbuch 3, 1980 begonnene Auseinandersetzung mit Fragen der Ökologie-Bewegung wird fortgeführt mit *Fred Karls* Aufsatz zur Bürgerinitiativen-Bewegung besonders im Umweltbereich. Er sieht in ihr eine dauerhafte politische Aktionsform, deren Selbstbewußtsein bei sich erweiternder sozialer Basis vorwiegend durch Ideologie-Elemente aus dem Mittelschicht-Milieu geprägt ist.

Das *Redaktionskollektiv des IMSF-Arbeitskreises zur Frauenfrage* greift einen Diskus-

sionspunkt der Frauenbewegung heraus: die Bedeutung der Haus- und Berufsarbeit von Frauen. Entwickelt werden Grundargumente und Durchsetzungsprobleme der These, daß die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit für alle Frauen unverzichtbares Moment und Triebkraft ihrer gesellschaftlichen wie individuellen Emanzipation ist.

Mit dem Streik als einem Hauptkampfmittel der Arbeiterbewegung im SMK beschäftigt sich *Klaus Pickshaus*. Die längerfristige Betrachtung läßt „Kampfzyklen“ erkennen, die auf tieferliegende Kräftekonstellationen verweisen. Veränderungen in der Motivation der Streikenden sind ebenso festzustellen wie divergierende Einschätzungen der Streikwaffe in der gewerkschaftlichen Diskussion.

Gert Hautsch führt Überlegungen zur Gewerkschaftstheorie fort (vgl. Jahrbuch 2, 1979), indem er näher auf die Frage staatsmonopolistischer Einbindung eingeht. Die auf den institutionellen Aspekt gerichtete Betrachtungsweise der Korporatismus-Theorien greift zu kurz; diese Form der Einbindung von Gewerkschaften ist als Mittel *und als Ausdruck* des spezifischen bundesrepublikanischen Typs bürgerlicher Hegemonie zu fassen. Nur diese Ausdehnung der Analyse läßt die bisherige Stabilität des sozialen Konsenses zwischen Gewerkschaften und SMK verstehen. Die Gewerkschaftsanalyse bereichert somit die staatstheoretischen Überlegungen.

Probleme der *Lebensbedingungen der Lohnarbeiter und der Regionalökonomie* wurden schon in früheren Jahrbüchern behandelt. Einen ökonomischen Aspekt der Wohnungsfrage analysiert *Winfried Schwarz*: die Mietwohnung als Kapital. Wirtschaftliche und historische Untersuchungen führen zu dem Schluß, daß ohne staatliche Wohnungsbauförderung eine Versorgung der unteren Einkommensschichten nicht zu sichern ist.

Eberhard Dähne charakterisiert in seinem Beitrag Städte und Stadtregionen als Standort komplexer Produktivkräfte. Er legt die Hauptwidersprüche ihrer Reproduktion dar und untersucht Umfang und Entwicklungstendenz der Finanznot der Kommunen, die den Zerfall städtischer Produktivkräfte noch forciert. Konkret der Hamburger Entwicklung wendet sich *Fritz Fiehler* zu. Entgegen den offiziellen Behauptungen von einem erfolgreichen Strukturwandel der Region macht er die großen beschäftigungs- und strukturpolitischen Probleme deutlich.

Im Juni 1981 führte das IMSF eine internationale Tagung zum Thema *Weltmarkt und Internationalisierung der Wirtschaft* durch. *Fritz Rische* entwickelte dort Überlegungen zu den Prinzipien nationaler Wirtschaftspolitik für die Bundesrepublik. Sie müsse sich auf die Entwicklung der Produktivkräfte und der gesellschaftlichen Produktion unter optimaler Nutzung und Entfaltung der nationalen Ressourcen richten. Eine abstrakte Unterordnung unter „den Weltmarkt“, wie sie auch der „Stabilitätspolitik“ der Bundesregierung zugrundeliegt, entspricht nicht den Interessen der Arbeiterklasse.

Die „Modernisierungskonzeption“ der bundesdeutschen Außenwirtschaftspolitik untersuchte *Jörg Goldberg*. Zwar ist die historische Sondersituation der BRD-Wirtschaft beendet. Dennoch kann bis zum Ende der siebziger Jahre insgesamt von einer Schwächung der weltwirtschaftlichen Position der BRD nicht die Rede sein. Die weiteren Hauptreferate und Diskussionslinien der Tagung werden im Bericht von *Jörg Goldberg* präsentiert.

Heinz Jung informiert über neue Entwicklungen der SMK-Theorie in UdSSR und DDR. In der Auseinandersetzung mit der Krisenentwicklung der kapitalistischen Welt seit 1974/75 wurden wichtige neue Fragen aufgeworfen und mit unterschiedlicher Akzentsetzung behandelt.

Problemen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ist ein weiterer Block von Beiträgen gewidmet. *Sybille Krämer-Friedrich* behandelt Hauptströmungen der neueren Technik-Diskussion, ausgehend von dem Problem: Wenn die Technologie in kapitalistischer Nutzung lebensbedrohliche Effekte zeitigen kann, müssen diese Folgen potentiell im Produktivkraftsystem angelegt sein. Die genauere Fassung und Erklärung dieses Sachverhalts ist zur Weiterentwicklung marxistischer Technik-Theorie notwendig.

„Technische Entwicklung, Qualifikations- und Werttendenz der Arbeitskraft heute“ war das Thema einer Diskussionsrunde des IMSF im Herbst 1980. Wir bringen das überarbeitete und erweiterte Referat von *Lothar Peter*, in dem er den Zusammenhang von Produktivkraft- und Qualifikationsentwicklung in Abgrenzung gegenüber *Kern/Schumann* und dem *Projekt Automation und Qualifikation* (vgl. die Kontroverse im Jahrbuch 3, 1980) entwickelt. Die Perspektiven der Arbeiterbewegung können nicht allein aus der Dynamik der Automation hergeleitet, sondern müssen im Zusammenhang wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Alternativen entwickelt werden. Über die weiteren Referate und die hauptsächlichlichen Diskussionspunkte der Tagung informiert der Bericht von *Johanna Hund*.

Unter der Rubrik *Marx-Engels-Forschung* wertet *Alfred E. Laurence* drei bisher unveröffentlichte Schreiben aus *Marx'* letztem Lebensabschnitt aus, die neues Licht auf seine persönliche Verfassung zu dieser Zeit werfen. *Michael Knieriem* stellt neue Erkenntnisse über *Engels'* Schul- und Jugendfreund *J.W. J. Blank* vor; er hatte nicht nur anhaltenden brieflichen und persönlichen Kontakt zu *Engels*, sondern offensichtlich auch Beziehungen zum Kreis Früher Sozialisten.

Aus dem *wissenschaftlichen Leben der Bundesrepublik* gibt *Peter Hiedl* einen Überblick über Entstehungsbedingungen und Entwicklung der Kritischen Psychologie; *Michael Neumann* stellt Struktur und Hauptarbeitsrichtungen des SOFI Göttingen vor. Aus dem *Ausland* macht *Herbert Aptheke* bekannt mit dem „American Institute for Marxist Studies“ (AIMS) in New York. *Edgar Gärtner* stellt Arbeit und Publikationen der französischen Gruppe „Économie et Politique“ vor, und *Dieter Läßle* informiert über das Internationale Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam.

In Vorausschau auf das Jahrbuch 5, 1982 wollen wir mitteilen, daß nach unseren Planungen der Fragenkomplex der „neuen sozialen und Protestbewegungen“ im Mittelpunkt stehen soll.

Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)

Frankfurt am Main, August 1981

„Korporatismus“ statt „Etatismus“?

Staatsmonopolistische Vergesellschaftung und politisch-staatlicher Überbau heute*

Heinz Jung

1. Aktuelle Fragestellungen — 2. Staat und Klassenherrschaft im SMK — 3. Staatstyp und Staatsform: Ein Staatstyp des SMK? — 4. Ideologische Reaktionen auf die monopolistische Vergesellschaftung des Überbaus — 5. Zu den Kraftfeldern der Verbändestruktur — 6. Anmerkungen zu den Hegemonialkonzepten des SMK

1. Aktuelle Fragestellungen

Es ist kein Zufall, daß sich in den letzten Jahren die Aufmerksamkeit der Linken in der BRD in der Diskussion den realen Tendenzen des Staates und politischen Herrschaftssystems zugewandt hat. Damit wurde die Phase des mehr spekulativen „Staatsableitertums“ wenn auch nicht positiv überwunden, so aber doch abgeschlossen.¹ Diese Aufmerksamkeit für die Phänomene des Überbaus hat reale Gründe und Hintergründe. Denn es hat sich gezeigt, worauf Marxisten auch früher verwiesen hatten,² daß mit den ökonomischen Krisen alleine in der Arbeiterklasse noch lange nicht spontan antikapitalistische Haltungen als Grundlage antikapitalistischer Politik entstehen. Dem stehen ideologisch-politische Muster und Verhältnisse und das aktive Einwirken der herr-

* Dieser Beitrag entstand parallel mit Produktions- und Redaktionsarbeiten an: IMSF-Beiträge 6: Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik, zwei Teile; 6/I: Staatstheorie und Staatsdiskussion, Frankfurt/Main 1981 (IV. Quartal); 6/II: Empirische Analyse und Fakten, Frankfurt/Main 1982 (I. Quartal). An beiden Bänden waren bzw. sind zahlreiche Mitarbeiter beteiligt. Ihren Beiträgen verdankt der Verfasser wesentliche Einsichten und Anregungen.

1 Überblicke über die Diskussion und Diskussionsstandpunkte enthält: J. Schleifstein, Der Staat, Kap. II/3 in: H. Jung, J. Schleifstein, Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker in der Bundesrepublik, Frankfurt/Main 1979.

Abendroth-Forum. Marburger Gespräche, Marburg 1977

Christoph Butterwegge, Probleme der marxistischen Staatsdiskussion, Köln 1977; sowie: ders., SPD und Staat heute, Berlin (West) 1979.

2 So gegenüber Verfechtern strukturalistisch-ökonomistischer Mißverständnisse der Marxschen politischen Ökonomie, die das Bewußtsein der Arbeiterklasse mit aus den ökonomischen Formen unmittelbar hervorwachsenden Bewußtseinsmomenten identifizierten — so etwa die Anhänger und Produzenten des damaligen Projektes Klassenanalyse. Man hatte von ökonomischen Krisen bei der Industriearbeiterschaft ein quasi automatisches bzw. spontanes Zerbrechen der Sozialpartnerschaftsmuster erwartet. Dem ist bei einigen Autoren inzwischen ein etwas theoretisch konzeptionsloser Pragmatismus gefolgt. Bei bestimmten jüngeren Autoren etwa im Umkreis der Zeitschrift „Das Argument“ schlägt der damalige Ökonomismus heute in eine Art — von der politischen Ökonomie und den objektiven Klassenstrukturen abgelenkten — ‚Politizismus‘ um — etwa bei Jäger, Elfferding u.a.

Zu den damaligen Debatten vgl.: IMSF (Hrg), Klassenstruktur und Klassenbewußtsein in der BRD, Frankfurt/Main 1973

schenden Klasse, vor allem mit ihrem wichtigsten gesellschaftlichen Herrschaftsinstrument, dem Staat, entgegen. Diese müssen analysiert werden, wenn man realistische politische Strategien entwickeln will.

Stärker noch als bei den ökonomischen Basisverhältnissen zeigen sich *im politischen und ideologischen Überbau die Veränderungen des heutigen Kapitalismus*, des staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK). Die umfassende Herausbildung des SMK als Gesamtsystem hat hier solch offenkundige Spuren hinterlassen, daß die alten Varianten der bürgerlichen Politik- und Staatswissenschaften immer stärkere Diskrepanzen zur Realität aufweisen. Dies betrifft insbesondere die mit der Verflechtung von Staat und Monopolen bzw. monopolistisch beherrschten Verbänden, was die SMK-Theorie als charakteristisch für den heutigen Kapitalismus ansieht,³ entstandenen funktionellen Beziehungen und institutionellen Verhältnisse und Interaktionsmuster. Es ist *nicht mehr die pluralistische Verbändestruktur*, der die bürgerliche Politologie den Anschein der Glaubwürdigkeit verleihen könnte, sondern mit dem Begriff ‚Korporatismus‘ versucht sie, Elemente der Realität in die theoretische Konzeption aufzunehmen. Die Verlagerung der wesentlichen politischen Entscheidungsprozesse aus den formellen Vollzugssträngen des parlamentarisch-demokratischen Repräsentativstaates, die Denaturierung der Parlamente und bürgerlichen Parteien sind kaum bestrittene Sachverhalte. *Geht damit die Entwicklung am Staat vorbei?*⁴

Auf der anderen Seite haben sich Befugnisse und Aktivitäten des bürgerlichen Staates unserer Epoche in atemberaubender und nur von völligen Ignoranten zu bestreitender Weise erweitert und intensiviert. In der Tat ist dies jedoch *nicht der alte ‚Etatismus‘ des bürgerlichen Systems*, der als ideeller und realer Gesamtkapitalist⁵ in Aktion tritt und im traditionellen Sinne die hoheitliche Gewalt des politisch starken Staates verkörpert. Es

3 So etwa in: IMSF-Arbeitsmaterial 12: Staatsmonopolistischer Kapitalismus in der Bundesrepublik Deutschland in Daten und Fakten, Frankfurt/Main 1981, S. 5:

„Will man in einer *Kurzformel* bestimmen, was SMK ist, dann könnte man sagen, daß er jene *Entwicklungsphase des Kapitalismus* ist, die infolge ihres erreichten hohen Niveaus der Vergesellschaftung und der Monopolisierung die Einbeziehung des Staates in alle Bereiche, Phasen und Ebenen des ökonomischen und sozialen Reproduktionsprozesses der Gesellschaft erforderlich macht und dementsprechende Strukturen der Verflechtung der Institutionen und Apparate des bürgerlichen Staates mit jenen der monopolistisch beherrschten Wirtschaft und der Monopole unmittelbar herausbildet und damit einen diesen Strukturen gemäßen Herrschaftsmechanismus des SMK über die Arbeiterklasse und das werktätige Volk installiert. In seinem Wesen ist der SMK *entfalteter Monopolkapitalismus*, der sich in vollem Umfang der politischen und ökonomischen Potenz des Staates bedient.“

Eine neuere Analyse der SMK-Entwicklung der BRD liegt vor mit: IMSF-Autorengruppe, Widersprüche und Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Rückblick auf die 70er Jahre — Aktuelle Tendenzen und Perspektiven, in: Marxistische Blätter, Frankfurt/M., 4/81, S. 17ff.

4 So lautet die Überschrift eines interessanten Interviews von Claus Offe mit der Zeitschrift „Das Argument“ (Nr. 124, 1980). Offe bezog dies auf die korporatistische „Selbstorganisation“ und „Selbsthilfe“ der großen Konzerne und Verbände und den Rückzug „vom etatistischen Konzept bisheriger Reform- und Regierungspolitik“. Analoges gelte auch für die alternative Oppositionsbewegung. Seine Prognose und Diagnose: „Ich glaube, daß die Zeiten des Etatismus passé sind in einer Gesellschaft wie der Bundesrepublik.“ Die herrschende Klasse habe die Hoffnung auf einen zur „Konfliktregulierung“ „hinreichend starken Staat“ aufgegeben. Am relativ effektivsten sei der „sozialliberale Korporatismus“. Kurz gesagt: Offe würde hinter die Hauptüberschrift unseres Beitrages ein Ausrufezeichen setzen oder eindeutig mit ‚Ja‘ antworten.

5 Friedrich Engels, Anti-Dühring, MEW, Bd. 20, S. 260. Engels benutzte diese Termini für den bürgerlichen Staat, seine politische Funktion und seine Wirtschaftstätigkeit.

ist vielmehr der mit der Macht der Monopole verflochtene und verschränkte bürgerliche Staat, in dem sich selbst in staatsmonopolistisch deformierter Form die Vergesellschaftungsprozesse niederschlagen. Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Überbaus ist deshalb durch die eigentümliche *Doppel- und Zangenbewegung von Privatisierung und Verstaatlichung* — mit unterschiedlichen Schwerpunkten in einzelnen Entwicklungsetappen — gekennzeichnet, über die sich der Ausbau des Systems und die Herrschaftssicherung des SMK vollzieht.

Wir haben diesen Beitrag unter die Titelfrage „Korporatismus statt Etatismus?“ gestellt. Die Erörterung soll die angedeutete Antwort weiter fundieren: Weiterer Ausbau des politischen Systems des SMK, das Züge des ‚Korporatismus‘ und ‚Etatismus‘ aufweist — also ‚Korporatismus und Etatismus‘ als Ausdruck staatsmonopolistischer, deformierter Vergesellschaftungsprozesse im Überbau!

In der gegenwärtigen Situation einer krisenhaften ökonomischen Entwicklung des SMK ist es für jede oppositionelle Kraft von nahezu lebenswichtiger Bedeutung, wie sich das *Repressions- und Gewaltpotential* des bürgerlichen Staates entwickeln und ausprägen wird. Die Prügelorgien der Polizei, der zunehmende Bruch traditioneller Normen des bürgerlichen Rechtsstaates (Verteidigerrechte in Strafprozessen; Haftbedingungen; Strafprozessordnung generell; immer extensiveres und intensiveres Vordringen der Geheimdienste und Überwachungsapparate in Gesellschaft und Politik; Exzesse wie die Massenverhaftungen und Anklagen von Jugendlichen und Kindern jüngst in Nürnberg; Beiseiteschieben von Verfahrensnormen und Bevölkerungsinteressen bei der Realisierung von Eigentumstiteln von Häuserspekulanten, Konzernen und Großbanken durch die Gerichte und Vollzugsorgane bei der Räumung besetzter Häuser, beim rigorosen Durchziehen von KKW- und sogenannten Entsorgungsprojekten, bei Flughafenerweiterungen und Autobahnbau; militaristische Demonstrationen des Staates wie jüngst die öffentlichen Vereidigungen; usw. usw.) zeigen die Aktualität entsprechender Besorgnisse gegenüber dem repressiven Autoritarismus des SMK-Staates in der BRD, der sich im Zuge eines Hochrüstungs- und Raketenkurses zweifellos noch wesentlich steigern mußte.

Dies ist auch der reale Hintergrund bestimmter Parolen und Vorstellungen in Oppositionsbewegungen: Mißtrauen, Abneigung, Haß gegen entfremdete Apparaturen und Großorganisationen, gegen den Moloch Staat, gegen die Bürokratie und Administratismus. Aus dieser Mentalität geborene Alternativen gehen gegen den Staat oder am Staat vorbei⁶. Sie beziehen sich jedoch nicht auf den Staat als ein umzuwandelndes und dann anderen Interessen dienendes Instrument. Diese Art des ‚linken Antietatismus‘ hat in der Wirtschafts- und Sozialpolitik merkwürdige Berührungspunkte mit den Privatisierungsstrategien der reichen Leute und der Marktwirtschaftsapologeten. Ungeachtet dessen handelt es sich jedoch um Reaktionen auf und gegen Strukturen und Erscheinungen des SMK, gegen die monopolistisch deformierten Vergesellschaftungsstrukturen, gegen die bedrückende und umfassende Rolle staatlicher Apparate für die gesamten Lebensbedingungen der Individuen und Gruppen. Sie betreffen im Prinzip ebenso die Arbeiterklasse, gelangen dort aber noch nicht als antikapitalistischer Protest zum Ausdruck.

⁶ Letzteres gilt etwa für die Konzeption der gesellschaftlich organisierten „Dienstproduktion“ als dezidierte Alternative gegen kapitalistische Produktion und kapitalistische und/oder auch gegen sozialistische Verstaatlichung. (Vgl. etwa: R. R. Grauhan, R. Hickef (Hrg), *Krise des Steuerstaates?*, Leviathan, SH 1/1978, Opladen 1978).

Die Haltung zur staatlichen Sozialpolitik ist von erstrangiger Bedeutung. Angesichts der Haushaltssanierungsstrategien der Regierung, der CDU/CSU und der Monopole wird dieses Feld im Herbst 1981 zum „Thema 1“ der westdeutschen Innenpolitik werden. Die Frage, ob man unter diesen Umständen mit dem Votum für freie alternative Trägerschaften und Organisationsformen der Politik des SMK nur ein Ableitungsventil schafft und „Sparmöglichkeiten“ eröffnet, hat nicht nur einen pragmatisch-politischen Aspekt, sondern muß auch auf der theoretischen Ebene beantwortet werden.

Angesichts der ökonomischen Krisen, aber auch durch eine linke reformerische Umorientierung der französischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nach der Wahl F. Mitterands erlangt das Problem von *Nationalisierungen und Verstaatlichungen* wieder Aktualität⁷. Dabei geht es ja nicht nur um die Bestimmung dessen, wo Widerstand Erfolgsaussichten hat, sondern auch um die Richtung und konkrete Anlage demokratischer und antimonopolistischer Alternativen.

Anpassung des SMK an die neuen Verwertungsbedingungen, an den gegenwärtig erreichten Monopolisierungs- und Internationalisierungsgrad und Reaktion auf die Krisenprozesse sind vor allem Anpassung der Überbauelemente und darunter besonders der staatlichen Apparate. Diese Sachverhalte sind seit einigen Jahren in der BRD als Diskussionsgegenstände thematisiert. Die westdeutsche Bourgeoisie hatte zeitweilig ihrem sozialliberalen Hegemoniemodell⁸ einen nationalistischen Touch mit sozialökonomischem Chauvinismus zu geben versucht, nämlich das „Modell Deutschland“. Diese vor allem durch den Bundeskanzler H. Schmidt etwas großmäulig lancierte Kreation wurde aber kein Dauerbrenner. Mit den objektiven ökonomischen Bedingungen und Grundlagen schwand auch die ideologische Bindekraft und Attraktivität. Eine besonders schnelle Erosion hat seit Mitte 1980 eingesetzt, seit die außenwirtschaftlichen Schwächen und Verwundbarkeiten der BRD offenkundig wurden, seit die US-Hochzinspolitik die Tribute auch vom BRD-Imperialismus mit harter Hand eintreibt und der Hegemonialkurs der USA die Schwächen des Partners schonungslos ausnutzt. Hinzu kommt die neuerliche Wirtschaftskrise. Man wird jetzt also fragen können, was an dem „Modell Deutschland“ mehr als Reklamewirbel war bzw. was davon geblieben ist.

Die Antwort wird man nicht nur durch den Rekurs auf die Ökonomie finden können. Vielmehr muß gerade dem Staat und dem politischen Herrschaftssystem Aufmerksamkeit gewidmet werden.

2. Staat und Klassenherrschaft im SMK

Wir halten es für wichtig, hier in aller Kürze⁹ auf einige Elemente und Aussagen der marxistisch-leninistischen Staatstheorie Bezug zu nehmen. Sie stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit den SMK-Verhältnissen und sind geeignet, unsere Positionen in der aktuellen Analyse zu verdeutlichen.

7 Das zeigen aber auch Entwicklungen — vor allem bei regionalen Strukturkrisen und Stilllegungen — in der BRD. So die Forderungen der Dortmunder Hoesch-Stahlarbeiter nach Verstaatlichung der Stahlindustrie.

8 Als Kennzeichen wurden propagiert: die Sozialpartnerschaft, die soziale Marktwirtschaft, die Streikarmut, das Verantwortungsbewußtsein der Gewerkschaftsführer, das soziale Netz, die relativ geringen Preissteigerungsraten usw.

9 Dies ist auch deshalb möglich, da es dazu eine hinreichende marxistische Literatur gibt. Speziell zur Ent-

Die Debatte der letzten Jahre hat mit hinreichender Deutlichkeit dargestellt, daß der moderne bürgerliche Staat aus den Eigentums- und Klassenverhältnissen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft abgeleitet werden muß, daß generell die Herrschaftsform unmittelbar durch die Ausbeutungsform determiniert ist, daß der Staat historisch Ausdruck und Ergebnis der Klassenspaltung und des Privateigentums ist¹⁰ und somit auch nur per Überwindung dieser Verhältnisse „abgeschafft“ werden kann. Letzteres ist keine Frage von Dekreten, sondern von realen gesellschaftlichen Prozessen.

Die Herausarbeitung einer materialistischen Staatskonzeption beginnt durch *Marx* und *Engels* in der Auseinandersetzung mit der Hegelschen Staats- und Rechtstheorie und ist eng mit der Ausarbeitung der materialistischen Geschichtsauffassung verbunden.¹¹ Die Kritik hat für *Marx* und *Engels* zuerst politische Motive. Mit der Übernahme des Materialismus von *L. Feuerbach* erlangt mit dessen ‚wirklichem Menschen‘ die Position von *Marx* und *Engels* eine materialistische Grundlage. Das Hegel'sche Verhältnis von Staat und Gesellschaft konnte damit umgekehrt und auf eine materialistische Basis gestellt werden. Damit wurde faktisch auch das Basis-Überbau-Konzept geboren, als Anwendung des Verhältnisses von Denken und Sein bzw. Bewußtsein und Sein auf die Gesellschaft.¹² Es ging dabei primär um die Antwort auf die Frage nach den bewegenden Kräften der Geschichte, nach den vorwärtstreibenden primären Faktoren und nach den abgeleiteten Momenten.

Je mehr der „wirkliche Mensch“ *Feuerbachs* in der Analyse bei *Marx* und *Engels* Realität erlangt, desto mehr wird er zum Klassenwesen, zum von materiellen Interessen bewegten und angetriebenen individuellen Glied einer sozialen Gruppe und Klasse und desto mehr füllen die Volksmassen, die arbeitenden Klassen, die den Reichtum der Gesellschaft schaffen, den Begriff des „wirklichen Menschen“ aus.

Marx war schon in der frühen Entwicklungsstufe veranlaßt, das *parlamentarische Repräsentativsystem* und darauf folgend auch die Formen unmittelbarer Demokratie zu überprüfen. Dies bedeutete, der *Figur des Abgeordneten* spezielle Aufmerksamkeit zu widmen, da dieser ja als offenkundiger Vertreter von Sonderinteressen, und seien es seine individuellen, Bestandteil des Parlamentskörpers ist, also der Institution im Repräsentativsystem, die — nach bürgerlicher Lesart — das Allgemeininteresse formuliert. Identität von Sonder- und Allgemeininteresse der Gesellschaft ist nur bei den Vertretern einer solchen Klasse möglich, die den geschichtlichen Fortschritt verkörpert — für *Marx* und *Engels* das Proletariat. Umgekehrt zeigt sich der parlamentarische Staat als Verkörperung und Instrument der Sonderinteressen. Das Allgemeininteresse ist als pu-

wicklung der Staatsauffassungen bei *Marx*, *Engels* und *Lenin* vgl. Josef Schleifstein, Zur Entwicklung der Staatsauffassung bei den marxistischen Klassikern, in: IMSF-Beiträge 6/I, Der Staat, a.a.O.

Für eine knappe Übersicht vgl. Chr. Butterwegge, H. Jung, Staatsfrage, Revisionismus, Sozialdemokratie, in: Marxismus und Arbeiterbewegung. J. Schleifstein zum 65. Geburtstag, Frankfurt/Main 1980, S. 140ff.

10 Vgl. dazu die neueren Forschungsergebnisse in: Joachim Herrmann, Irmgard Sellnow (Hrg), Beiträge zur Entstehung des Staates, Berlin/DDR 1974

11 Vgl. zu dieser Periode: Hans-Peter Jaeck, Die französische Revolution von 1789 im Frühwerk von Karl Marx (1843–1846), Berlin/DDR 1979

12 Vgl. hierzu die entsprechenden Kapitel in: Erich Hahn u. a. (Red.), Grundlagen des historischen Materialismus, Berlin/DDR 1976; W. Eichhorn u. a. (Autorenkollektiv), Marxistisch-leninistische Philosophie, Berlin/DDR 1979

rer Anspruch nur ideologische Verhüllung realer Herrschaftsverhältnisse. Bis heute ist dies eine zentrale Frage in der Analyse von Klassenherrschaft geblieben.

Der Transformationsprozeß des Sonderinteresses in das Allgemeininteresse mit staatlichem Anstrich ist Arbeitsgegenstand nicht nur des Staates, sondern des gesamten herrschenden Überbaus. So weit das Parlament als Entscheidungszentrum fungiert und Volkssouveränität repräsentiert, kommt es also auf die Interessenbindung der Parlamentarier an. Zum Beispiel ist in der Bundesrepublik der Abgeordnete nur seinem Gewissen verpflichtet. Aber hier gilt tatsächlich das Bonmot in gesteigerter Form, daß das Gewissen der Luxus reicher Leute sei. Und wer auf den Wählerauftrag verweist, die demokratische Legitimation, so mag dieser für das einzelne Individuum Abgeordneter eine Rolle spielen, aber kaum für die Gattung des Parlamentsabgeordneten. Denn seine Nominierung und Karriere verdankt er in ausschlaggebender Weise „der“ Partei, ihren Gremien und Führungen. Das gilt auch für die „Wohltaten“, die er seiner Basis zuteil werden lassen kann. Den Parteiführungen ist er deshalb in erster Linie auch verpflichtet. Hinzu kommt die Bindung an Verbände der verschiedensten Art, vor allem aus dem Bereich der Wirtschaft, sowohl bei der Nominierung, bei der Wahl, als auch bei den laufenden Geschäften. Somit herrschen Interessen und Apparate über Träger der Volkssouveränität. Je mehr sich der Abgeordnete dabei einbildet und seinem Publikum einredet, daß er entsprechend seiner Ansicht handele, desto mehr kann er auf sein Gewissen klopfen, ein Gewissen fremdgesteuerter Interessen freilich.¹³ Ein wesentlicher Wandel ging insofern vonstatten, als heute nicht mehr die Abhängigkeit gegenüber den örtlichen Honoratioren der Bourgeoisie vorherrscht, sondern die Abhängigkeit von Parteiapparaten, von Interessen. Dieser Wandel umfaßt eine ganze Epoche des Kapitalismus.

Das *Basis-Überbau-Konzept* leitet uns an, das Ursprüngliche, Hervorbringende, Primäre im gesellschaftlichen Prozeß zu erkennen und herauszuarbeiten, das Materielle in den gesellschaftlichen Beziehungen zu erkennen. (Dies ist nicht die Frage nach der objektiven Realität, dazu gehört weithin auch der Überbau als Bestandteil der Gesellschaft. Diese Frage steht in einem anderen Kontext). Damit erfolgt eine Trennung bzw. Hervorhebung des gesellschaftlichen Lebensprozesses, des Prozesses der Schaffung des materiellen Reichtums, der Wirtschaft im weitesten Sinne, von allen anderen Bereichen. Es geht hier allerdings nicht um die Gegenständlichkeit von Technik, Produktionsinstrumenten usw., sondern um die auf dem System der Produktivkräfte beruhenden Produktions- und Reproduktionsprozesse bzw. die darin involvierten sozialen Beziehungen. Basisbeziehungen sind immer Beziehungen zwischen sozialen Gruppen. Alle anderen Beziehungen und Akte gehören im Prinzip dem Überbau der Gesellschaft an. Es handelt sich bei ihnen um ideelle Beziehungen. Sie können freilich durchaus gegenständliche, materiale Institutionen hervorbringen, eben z.B. den Staatsapparat.

Für den SMK ist charakteristisch, daß Verflechtungen zwischen staatlichen Aktivitäten und privatkapitalistischen Initiativen neue quantitative und qualitative Dimensionen erreicht haben, daß die Interaktionsnetze enger und dichter geworden sind. Diese

13 Wenn sich das Sonderinteresse unverschleiert mit dem Allgemeininteresse identifiziert — wie bei den bekannten Diätenerhöhungen — fühlt sich die Öffentlichkeit in schöner Regelmäßigkeit provoziert und schockiert. Mit der Tendenz zur Bildung einer Politikerkaste oder -'klasse', mit der Selbstgewährung von Privilegien, dolci usw. halten sich die Abgeordneten offensichtlich für den realen Einflußverlust schadlos.

Verdichtung der Beziehungen kann allerdings nicht als Umkehrung der grundlegenden Kausalverhältnisse angesehen werden. Aber damit erfolgt eine dauerhafte Einbeziehung des Staates in die verschiedenen Bereiche des Reproduktionsprozesses, machen die objektiven Bedingungen seine Aktivitäten zum unabdingbaren Bestandteil derselben. Es entstehen in diesem Sinne neue staatsmonopolistische Produktionsverhältnisse, als Komplementärverhältnisse zu den privatmonopolistischen. Infolge des Verflechtungscharakters müssen diese insgesamt als *staatsmonopolistische Produktionsverhältnisse* angesehen werden.¹⁴ Diese enge Verflechtung ist einer der wesentlichsten Gründe, daß die relative Selbständigkeit des bürgerlichen Staates nun unter verschiedenen Gesichtspunkten eingeschränkt wird. Denn die Krisenprozesse der kapitalistischen Basis müssen nun unmittelbarer als jemals zuvor auf den staatlichen Überbau zurückschlagen.

Der Staat ist Prozeß und Institution der Klassenherrschaft, der Unterwerfung der Individuen unter die Normen und Regeln dieser Herrschaft, der Konditionierung der Individuen für diese gesellschaftlichen Bedingungen. Der Staat ist im Normalfall die wichtigste Institution der Klassenherrschaft, weil er alle Einwohner eines Territoriums umfaßt, weil er das öffentliche Gewaltmonopol besitzt usw. Aber die Existenzweise des Staates bleibe nur schwer verständlich, verstünde man ihn nur als einen Reflex auf Basisprozesse und -verhältnisse.

Den Unterbau des Staates stellt das ideologische und institutionell-politische System der herrschenden Klasse¹⁵, mitunter unter Einschluß ihrer Verbündeten, dar: Die Unternehmerverbände, die Ideologieapparate, die Parteien usw. In diesem Zusammenhang stehen selbstverständlich auch alle Einrichtungen, die unmittelbar aus der gesellschaftlichen Produktion hervorgegangen und mehr technischer Natur sind, die entweder als Kollektivinstitute der herrschenden Klasse oder als Staatseinrichtungen betrieben werden. Die Strukturierung und Kombination auch dieser Elemente ist wesentlich für die konkrete Ausformung des Staates. Wie die historische Beobachtung nahelegt, treten innerhalb des Herrschaftssystems und *innerhalb des Staatsapparats Schwerpunktverschiebungen* auf, die mit dem historisch konkreten Charakter der Interessen und ihrer Durchsetzung sowie mit den spezifischen Bündniskonstellationen zusammenhängen, auf denen die jeweilige Regierung oder Koalition beruht. Auf jeden Fall gilt auch für diese Bereiche des Überbaus, daß sich die Vergesellschaftung der gesellschaftlichen Produktion bemerkbar macht und niederschlägt. Großorganisationen und Massenparteien der Bourgeoisie sind die notwendige Überbaureaktion auf die Vergesellschaftungsentwicklung.

In besonders abstrakter und systematisierter Form tritt das Recht als Ideologieform und als Herrschaftsinteressen vermittelnde Ideologieform im sogenannten *bürgerlichen Rechtsstaat* auf. Der Klassenwille der Bourgeoisie vermittelt sich hier über Eigentumsinteressen, die ihre juristischen Formen aus den Rechtsnormen der Warenproduktion und -zirkulation erhalten. Dies wirkt auch in den neben dem Zivilrecht spezialisierten Rechtsbereichen. Allerdings zeigt schon der Blick auf das Strafrecht, daß die Rechtsnor-

14 Dieser Sachverhalt wird allerdings von der Mehrzahl der marxistischen Philosophen in Abrede gestellt (Vgl. die Titel unter Fn. 12), während er mehr und mehr Bestandteil der SMK-Konzeption wird, was sich schon in den Termini staatsmonopolistisches Kapital, *staatsmonopolistische* Oligarchie usw. ausdrückt.

15 Vgl. zur Darstellung des politischen Systems und politischen Herrschaftssystems: J. E. Wolkow, *Der Staat und das politische System in der Gesellschaft*, in: E. Hahn u. a., *Grundlagen*, a.a.O., Kap. IX

men nicht ausschließlich aus der Warenzirkulation und ihren Ideologieförmlichkeiten abgeleitet werden können, auch nicht hinsichtlich ihrer Formen. Die Abstrahierung, Systematisierung und Normierung des Klassenwillens im Rechtssystem zwingt die Willkür der Glieder der herrschenden Klasse in regulierte Bahnen. Beachtet werden muß unter den Bedingungen des SMK, daß sich auch die monopolistischen Interessen in diesen Formen realisieren. Das bürgerliche Rechtssystem ist somit hinreichend variabel und dehnungsfähig, um auch den ihre Strukturen und Grundsätze negierenden und brechenden Kräften dienstbar sein zu können.

Versucht man in Kurzform auszudrücken, was *Staatsmacht* ist, dann könnte man sagen, daß sie in erster Linie in der Fähigkeit der herrschenden Klasse und der ihre Interessen politisch wahrnehmenden und ausdrückenden Gruppen besteht, mit Hilfe des Staates eine Richtung der gesellschaftlichen Bewegung festzulegen und durchzusetzen, die den schon genannten Interessen der herrschenden Klasse entspricht. Diese Macht ist umso stabiler, je breiter der Konsens, die Zustimmung der unterdrückten Klasse, in der jeweiligen Situation zu diesem Kurs ist. Deshalb kommt den ideologischen und politischen Momenten der Klassenherrschaft eine erstrangige Bedeutung zu. In diesem Sinne ist der Staat für die herrschende Klasse Machtinstrument. Seine spezifische Rolle besteht dabei darin, daß er in verallgemeinerter Form, einer auch Klassenkompromisse ausdrückenden Form, die Politik und Staatsaktivitäten formuliert.

3. Staatstyp und Staatsform: Ein Staatstyp des SMK?

Gesellschaftsformation und Staatstyp¹⁶

Es stellt sich die Frage, ob es im Rahmen der bunten Vielfalt der Erscheinungsformen des Staates gemeinsame Merkmale des bürgerlichen Staates im SMK gibt und wie diese zu bestimmen sind. Bekanntlich erreicht der historische Materialismus bei *Marx* und *Engels* seine wissenschaftlich reife Entwicklungsstufe mit der Konzeption der sozialökonomischen Gesellschaftsformation. Dieser entspricht bzw. dieser gehört immer auch an der charakteristische Überbau und der charakteristische Staat — ein Staats- und Rechtstyp als Element der Gesellschaftsformation. Das ist für den Kapitalismus der bürgerliche Staat als Instrument der Klassendiktatur der Bourgeoisie, als Instrument der Garantie der bürgerlichen Eigentumsordnung, des juristischen Rahmens der kapitalistischen Produktionsverhältnisse.

Dies ist ein äußerst verdünnter Begriff und muß dies auch sein, weil er abhebt von allen konkreten Verschiedenheiten und Formen, in denen sich der bürgerliche Staat in der Geschichte realisiert. Gleichzeitig gehen in den Staatstyp auch die *allgemeinen Bestimmungen* ein, die für Staaten generell seit ihrem Ursprung charakteristisch sind: Ter-

16 Wir orientierten uns bei der nachfolgenden Darstellung von Abschnitt 3 an: Institut für Staat und Recht der AdW der UdSSR (Hrg), *Marxistische Staats- und Rechtstheorie*, drei Bände, Moskau 1970, Köln 1974; Bd. 1: Grundlegende Institute und Begriffe; ferner: K. A. Mollnau, K. H. Röder, K. H. Schöneburg, W. Weichert, *Marxistisch-leninistische Staats- und Rechtstheorie*. Lehrbuch, Berlin/DDR 1980.

Wir verweisen den Leser, der quantitative Angaben zu den hier beschriebenen Tendenzen sucht, auf: IMSF-Arbeitsmaterial 12, SMK der BRD in Daten und Fakten, Frankfurt/Main 1981, bes. Kap. 6: Der Staat im ökonomischen und sozialen Prozeß; Kap. 7: Der Staat als politisches Organ und das System der Klassenherrschaft.

ritorium und Territorialerfassung der Einwohner bzw. der späteren Staatsbürger, von der Gesellschaft abgehobener Apparat, für dessen Bedienung sich besondere Menschengruppen, die Beamtenschaft bzw. die Staatsbeschäftigten, herausbilden, bewaffnete Organe bzw. Menschengruppen und die zur Gewaltausübung nötigen materiellen Instrumente und Institutionen. Außerdem gibt es für Staaten antagonistischer Gesellschaften, d. h. von Gesellschaften, wo der Staat als Herrschaftsinstrument ausbeutender Minderheiten fungiert, ebenfalls gemeinsame Züge, die aus dieser Grundfunktion der Erhaltung und Sicherung der Ausbeuterordnung resultieren und sie gegenüber dem sozialistischen Staatstyp, in gewisser Hinsicht aber auch gegenüber Staaten abgrenzen, die von Volksmehrheiten getragen und geschaffen wurden, meist aber nur in Übergangsperioden kurze Zeit Bestand hatten bzw. bestehen.

Dies sind *sozialökonomische Bestimmungsverhältnisse* oder *Wesensbestimmungen*, die *das Basis-Überbau-Konzept für die jeweilige historische Periode anwenden*. Dies bedingt jedoch, daß auch auf einer niedrigeren Abstraktionsstufe derartige qualitative Unterschiede bei der Charakteristik des Staates zu berücksichtigen sind. Dem entspricht die Typisierung in den bürgerlichen Staat des vormonopolistischen und des monopolistischen Kapitalismus. Dies drückt die Modifikation der sozialökonomischen Basis des bürgerlichen Staates aus, der aus dem Staat der Bourgeoisie, die in der jeweils konkreten Repräsentanz dieser oder jener Fraktion und Koalition herrscht, die das Interesse des Gesamtkapitals in den staatlichen Bereich verallgemeinert, zum Staat des Monopol- und Finanzkapitals wird.

Grundmerkmale des Staates im SMK

Nach Ansicht des Verfassers ist es hinreichend begründet, unter Berücksichtigung des SMK als Entwicklungsphase im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsformation — im Sinne der genannten Argumentation — auf einer konkreteren Stufe von einem Staat des SMK im Sinne der Konkretisierung des Staatstyps der kapitalistischen Gesellschaftsformation zu sprechen.

Eine solche Sicht zwingt, den Blick auf die typischen Merkmale des bürgerlichen Staates heute zu richten und seine Tendenz mit jener der Basis in Zusammenhang zu bringen. Unseres Erachtens muß man hier in erster Linie *auf die durch die Vergesellschaftung, Monopolisierung und Internationalisierung hervorgerufenen Zusammenhänge für den Überbau und speziell den Staat aufmerksam machen*. Sie bewirken eine durchgängige und relativ stabile Einbindung des Staates in das gesamte Herrschaftssystem des Monopolkapitals, das heißt eine gegenüber früher wesentlich engere Verflechtung der Monopole und Monopolorganisationen auf den verschiedensten Ebenen und Umsetzungsbereichen mit dem Staatsapparat und generell mit dem Staat, die Verschmelzung bzw. *Verflechtung der Macht von Monopolen und Staat*.

Ausdruck der Vergesellschaftung bzw. Reaktion auf die dadurch hervorgerufenen Krisen und Problemkonstellationen wird die säkulare Ausweitung der ökonomischen Aktivitäten und Funktionen sowie die Entfaltung sozialpolitischer Aktivitäten und ihr Umschlag in eine *Sozialfunktion des Staates*.¹⁷ Diese ist verbunden mit der anwachsen-

¹⁷ Der Verfasser ist der Ansicht, daß die *Sozialfunktion* ein charakteristisches Kennzeichen des SMK-Staates ist, das beim früheren bürgerlichen Staat noch nicht entwickelt ist.

den Bedeutung der Reproduktion der Arbeitskraft für den Gesamtproduktionsprozeß. Die Vergesellschaftung betrifft aber ebenso die gesellschaftlichen Organisationen, Verbände, Parteien, die staatlich kontrollierten Sozialisationsmechanismen usw.

Bedeutsam sind vor allem auch die Veränderungen der Klassen- und Sozialstruktur¹⁸, weil damit auch Umstrukturierungen der Hegemonial- und Bündnisspannen des Monopolkapitals erforderlich werden. Wesentlich ist ebenso die zunehmende internationale Einbindung und Internationalisierung der SMK-Systeme.

Diese und andere Merkmale sind für den SMK-Staat heute charakteristisch.

Staatsform

Nach der zeitgenössischen marxistisch-leninistischen Staats- und Rechtswissenschaft¹⁹ wird die Staatsform charakterisiert und bestimmt durch folgende Elemente:

- Die Struktur des *politischen Regimes*, wobei die Gesamtheit des politischen Herrschaftssystems, seine Konditionierung und Strukturierung gemeint ist, damit auch die organisatorisch-politischen Grundlagen und Ausübungsmethoden der Staatsmacht;
- Die *Regierungsform*, d.h. die Art und Weise der Bildung und Organisation der höchsten Organe der Staatsmacht;
- Die *Staatsstruktur* im Sinne der Organisationsform der staatlichen Einheit und des territorialen Aufbaus.

Wir geben in der Erläuterung dieser Angaben nur einen knappen Aufriß. Bei den genannten Punkten handelt es sich um strukturelle Grundmomente der Staatsform, die in sich eine breite Variation verschiedener konkreter Formen bergen. Konkrete Staatsformen unterscheiden sich in den einzelnen genannten Elementen, in den Unterschieden der Kombination usw.

Hinzu kommt die *Staatsmaschinerie*, der *Staatsmechanismus*, der *Staatsapparat* als Ganzes als materielle Daseinsweise des Staates. Es handelt sich um ein arbeitsteilig strukturiertes, von einer besonderen Personengruppe bedientes, hierarchisch gegliedertes System von Organen und Institutionen, von Ebenen und Aktivitätsbereichen, von organisatorisch-administrativen, einschließlich der ökonomischen und sozialpolitischen, Mitteln und Zwangsinstrumenten. Das ist der Staatsapparat, ein Hauptteil des herrschenden Überbaus bzw. der Herrschaftsorganisation des Kapitals.

Die sogenannte Gewaltenteilung entspringt dem Prinzip der Arbeitsteilung und Herrschaftsrationalität und formuliert und setzt die Herrschaftsinteressen auf verschiedenen Sektoren und Ebenen durch. Die *Vertretungsorgane* der verschiedenen Ebenen, die nationalen Kammern, haben ihre Blütezeiten schon längst hinter sich. Allerdings spielen sie bei weitem auch keine periphere Rolle. Auf dieser Ebene ist die Herrschaftsstruktur (Parteien, Verbände usw.) unmittelbar mit dem Staat und seinem Apparat verzahnt. Staatsoberhaupt, Regierung und Verwaltungsapparat stehen im Zentrum des Staatsapparates, wobei es zwischen den einzelnen Bestandteilen der Exekutive unterschiedliche konkrete Machtverteilungen, Legitimationsverhältnisse usw. gibt. *Die rea-*

18 Vgl. IMSF-Beiträge 3: Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950–1970, drei Bände, Frankfurt/Main 1973–74

19 Wir halten uns hier vor allem an die Struktur von: Institut für Staat und Recht (Hrg.), Marxistische Staats- und Rechtstheorie, a.a.O.

len Macht- und Entscheidungszentren sind im SMK jedoch durchaus nicht identisch mit den formellen hierarchischen Spitzen. Generell gilt für den SMK der Zug zu der Spitzenbürokratie und jenen mitunter informellen Gremien, in denen sich die sogenannten relevanten gesellschaftlichen Kräfte formieren und die Entscheidung beeinflussen. Administrative und gesetzgebende Vollmachten sind nicht klar voneinander getrennt; sie verschmelzen vielmehr in der Regierungsgewalt, die im Bereich der genannten Institutionen konzentriert ist. Auch die gesetzgebenden Vollmachten verlagern sich zu den Kabinetten und Ministerien.

Je mehr sich rechtsstaatliche Regeln für den bürgerlichen Staat und die gesellschaftlichen Verhältnisse durchsetzen, desto mehr nimmt die politische Rolle der Justiz, des Rechtswesens ab. Das zeigt die jüngste Entwicklung. Dies gilt jedoch nicht für die obersten Gerichte, vor allem nicht für die *Normenkontroll- bzw. Verfassungsgerichte*. Sie sind in der Tat äußerst wichtige *politische Schaltstellen*, die — gegenüber systemkritischen Kräften abgeschottet — eine bewußte Systemsicherung in der konservativ-reaktionären Variante praktizieren.

Form der Klassenherrschaft

Ausübung von Klassenherrschaft ist ein Prozeß mit wechselnden Schwerpunkten²⁰, Bruch- und Krisenzonen und historisch *sich verändernden Zentren und Kommandozentralen* der Herrschaftsausübung, d.h. der Festlegung der Methoden, Bündnisse, Kompromisse, die dazu nötig sind. Dazu gehört auch das Abwägen und Verknüpfen von Repression und Integration, von Autoritarismus und Reformismus. Der Schwerpunkt der Klassenherrschaft kann zeitweise in der Rechtsprechung und bei den obersten Gerichten liegen, er kann sich in die Zentralen der regierenden Parteien verschieben, in die Vorstände der monopolistisch kontrollierten Unternehmerverbände oder zu den Spitzen des Klerus, mitunter auch zu den Vorstandsgremien von Wirtschaftsbehörden wie der Bundesbank usw. Konkret hängt dies vom realen Gang der Dinge ab, verweist jedoch auf den Prozeßcharakter von Klassenherrschaft und Machtausübung.

Die Modifikationen und Kennzeichen des Staates des SMK in diesen genannten, die Staatsform und den Staatsapparat konstituierenden Elementen aufzuspüren, bedürfte zweifellos der jeweils konkreten historischen Untersuchung. Aber schon die Problemstellung verweist auf die Notwendigkeit, derartiges in Rechnung zu stellen und vom allgemeinen Ansatz auch charakteristische Gemeinsamkeiten in der Form auszumachen. Zweifellos besteht ein *Zusammenhang zwischen Inhalt (Typ) und Form*. Das zeigt schon der oberflächlichste Vergleich. Die gleiche Basis wird, wie Marx sagte, ein den Umständen entsprechend unterschiedliches Herrschaftssystem hervorbringen.²¹

20 Vgl. zu diesem Komplex auch: Dieter Läßle, Staat und politische Organisation, in: H. J. Krysmanski u. a. (Hrg), Krise der Soziologie, Köln 1975

21 Hierzu das berühmte Zitat von Karl Marx (Das Kapital, 3. Band, MEW, Bd. 25, S. 799/800) in vollem Wortlaut:

„Die spezifisch ökonomische Form, in der unbezahlte Mehrarbeit aus den unmittelbaren Produzenten ausgepumpt wird, bestimmt das Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis, wie es unmittelbar aus der Produktion selbst hervorwächst und seinerseits bestimmend auf sie zurückwirkt. Hierauf aber gründet sich die ganze Gestaltung des ökonomischen, aus den Produktionsverhältnissen selbst hervorwachsenden Gemeinwesens und damit zugleich seine spezifische politische Gestalt. Es ist jedesmal das unmittelbare

In die Form eingeschlossen, gerade weil diese genetisch und systematisch über das Herrschaftssystem, die politische Organisation der herrschenden Klasse und das politische System, die politische Organisation aller Klassen und Schichten der Gesellschaft vermittelt wird bzw. durch Tradition, Ideologie, Interessen, Kräfteverhältnisse, Klassenkämpfe usw. usf. geformt wird, sind auch die *Durchsetzungsbedingungen von Volksinteressen*, die Formierungs- und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse. In diesem Sinne ist *Demokratie, als Form der Organisation und Verwirklichung der Macht in der menschlichen Gesellschaft* bezogen auf den Staat im allgemeinen, das politische Regime im besonderen bedeutsam.

Formell oder formal wird die Demokratie dann, wenn sie zur Proklamationsfassade degeneriert, die Volksmassen mehr und mehr aus der Politik ausgeschaltet werden, die Diskriminierung von Staatsbürgergruppen erfolgt. Die Zunahme derartiger Tendenzen hängt zweifellos, in welchen vermittelten und komplizierten Formen auch immer, von der Herrschaft der Monopolstruktur im SMK ab. *Das Monopol* bedeutet seiner Natur nach die *Negierung demokratischer Formen* und Grundsätze²². Die Tendenz zur Formalisierung der Demokratie verstärkt sich immer dann, wenn die Grundsätze der Demokratie in ein erstarrtes Repräsentativsystem gepresst werden, das trotz allgemeiner Wahlen zur Installierung volksfremder politischer Regime führt. Sie drückt sich vor allem im SMK in der Ausschaltung aller Formen unmittelbarer und direkter Information und Kontrolle, der Form direkter Demokratie für die Arbeiterklasse und andere Volksschichten aus. Wie es im einzelnen auch sei oder empfunden wird, *selbst die alldemokratischste Form betrifft nicht die Essenz der Klassenherrschaft*.

Aber man muß auch darauf aufmerksam machen, daß für *Lenin* der Sozialismus nichts anderes war als der bis zum Ende geführte Demokratismus.

Vor allem muß auch beachtet werden, daß die Bourgeoisie dann zum Abbau und zur Einschränkung demokratischer Rechte und Möglichkeiten übergeht, wann und wie ihr System durch Krisen erschüttert und durch Massenbewegung bedrängt wird. Diese realen Prozesse müssen also bei der Beurteilung der bürgerlichen Demokratie beachtet werden.

*Im Gegensatz zur Demokratie steht Despotie*²³ — wir sagen bewußt nicht Diktatur, wie es der sogenannte gesunde Menschenverstand nahelegt, weil damit ein komplexerer Zusammenhang angedeutet wird —, *die Herrschaft als ungesetzliche Willkür*. Faschistische Regime, ebenso autoritäre Regime weisen immer Züge des Despotismus auf, sind damit jedoch nicht hinreichend charakterisiert.

Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten — ein Verhältnis, dessen jedesmalige Form stets naturgemäß einer bestimmten Entwicklungsstufe der Art und Weise der Arbeit und daher ihrer gesellschaftlichen Produktivkraft entspricht —, worin wir das innerste Geheimnis, die verborgene Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion und daher auch der politischen Form des Souveränitäts- und Abhängigkeitsverhältnisses, kurz, der jedesmaligen spezifischen Staatsform finden. Dies hindert nicht, daß dieselbe ökonomische Basis — dieselbe den Hauptbedingungen nach — durch zahllos verschiedene empirische Umstände, Naturbedingungen, Rassenverhältnisse, von außen wirkende geschichtliche Einflüsse usw., unendliche Variationen und Abstufungen in der Erscheinung zeigen kann, die nur durch Analyse dieser empirisch gegebenen Umstände zu begreifen sind.”

22 Diese Tendenz arbeitete schon W. I. Lenin im Zusammenhang mit der Monopoltheorie heraus. Vgl. W. I. Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Imperialismus*, Werke, Bd. 22

23 Vgl. die Darstellung in: Institut für Staat und Recht (Hrg.), *Marxistische Staats- und Rechtstheorie*, a.a.O.

Es muß auch darauf aufmerksam gemacht werden, daß im SMK der ‚gesetzesfreie‘ Raum, also der nicht von juristischer Normierung erfaßte Raum gewachsen ist. Gerade hier entfalten sich der spätkapitalistische Korporatismus und die ungehemmte Willkür des Monopolkapitals. Die alte Despotie des Kapitals ist also bei weitem nicht gezügelt, sie besteht heute nur auf anderer Grundlage und in anderen Formen.

Zusammenhang von Typ und Form des Staates

Wir haben auf einige Elemente des Staatstyps und der Staatsform im SMK aufmerksam gemacht. Wir hatten schon die Frage nach dem Zusammenhang gestellt und sie trotz der beachtlichen Bandbreite konkreter Erscheinungsformen im Prinzip positiv beurteilt. Dies betrifft in *erster Linie die strukturellen Elemente und Faktoren*, die arbeits-teilige Ausbreitung des Apparats, die Tendenzen der Machtzentren, die wesentlichen Reaktionsmuster des politischen Regimes. Es betrifft weniger, und kann dies auch nicht tun, die konkreten Modi der Herrschaftsausübung, weil diese ja vor allem über die Kräfteverhältnisse und Klassenkämpfe vermittelt werden und es für sie auch bis heute noch keine internationale Synchronität gibt.

Wir hatten weiter oben schon auf den spezifischen Problemdruck verwiesen, den der Staat des SMK aufzunehmen und aufzuarbeiten hat und in dessen Rahmen sich die Apparate in dieser oder jener Richtung entwickeln müssen. Dabei soll niemals vergessen werden, daß hier Vergesellschaftungsdruck, die Tendenz zur zentralen Leitung, Lenkung und Planung gesellschaftlicher Prozesse, also die Tendenz der Schaffung *materieller Elemente einer neuen höheren Gesellschaftsstufe*²⁴, wirksam wird, wenn sich diese auch in völlig deformierter Form durchsetzt. Zentralisierung bei der Exekutive, Internationalisierung, Verflechtung, Militarisierung sind die Schlagworte, um die aktuellen Tendenzen zu charakterisieren. Ausbau, Intensivierung und Effektivierung der Repressionsapparate, ihre Anpassung an die Möglichkeiten der modernen Technik, ihre Ausdehnung, die präventive und aktuelle Demontage von Elementen der Demokratie und der Grundrechte machen den Zug zum sachbetonten, technokratischen, das Diktum der Weltmarktkonkurrenz und des Systemwettbewerbs hervorhebenden Autoritarismus aus.

Wir lassen hier die Frage der spezifischen Ideologie weg, finden es aber doch bemerkenswert, daß durchgehend im SMK ein *antikommunistisches, antidemokratisches Grundklima* erzeugt wird und entsprechende Staatsdoktrinen gesalbt werden. Dies erfolgt unabhängig vom Grad der aktuellen inneren oder äußeren Herausforderung durch die sozialistisch-kommunistische Alternative. Das verweist auf den konservativ-reaktionären Charakter des SMK, der Herrschaftskonsens nur durch Negativfixierung erzwingen und in die Wege leiten kann.

Bis jetzt haben sich in der Nachkriegszeit die politischen Regimes des SMK vom Standpunkt des Monopolkapitals als relativ leistungsfähig erwiesen. Seit ihrer Durchsetzung in den kapitalistischen Industriestaaten ist es, mit Ausnahme Frankreichs im Mai 1968, noch nicht zu ernsthaften Infragestellungen der heutigen kapitalistischen Regimes

24 Die Konzeption der Entstehung materieller Elemente der neuen sozialistischen Gesellschaft in der alten monopolkapitalistischen war von Lenin entwickelt worden. Er bezog darin auch bestimmte Kooperations- und Lenkungsformen ein.

gekommen. Immerhin ist es erstaunlich, daß sich *in all diesen Ländern Regime der bürgerlichen Demokratie bzw. des bürgerlichen Parlamentarismus* mit den zeitgenössischen schon oben erwähnten Modifikationen und Einschränkungen erhalten oder durchgesetzt haben. Es ist also durchaus noch nicht so, daß in diesen Ländern die Monopolbourgeoisie zu grundsätzlich anderen Herrschaftsformen Zuflucht zu nehmen gezwungen wäre. Dafür gibt es offensichtlich viele Ursachen. Von den inneren muß vor allem auf jene verwiesen werden, daß dem Monopol- und Finanzkapital die Negierung der politischen Demokratie zwar eigen ist, es deshalb aber nicht auf die Nutzung der Elemente der politischen Demokratie verzichtet und verzichten würde. *Das entspricht dem Verhältnis von Monopol und Marktwirtschaft in der Ökonomie.* Auch sie sind keine antagonistischen Pole. Vielmehr realisieren sich über beide Monopolprofit und Monopolpreise über und mit den Marktpreisen. Das Monopol ordnet sich aber dem Markt bis zu einem gewissen Grad unter.²⁵ *Dem entspricht die Unterordnung und Umformung der Institutionen und Modi der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus durch die Organisationen der Monopole im gesellschaftlichen Bereich.* Wenn wir vom Abbau der bürgerlichen Demokratie sprechen, dann betrifft dies genau diese Umwandlung, die Hervorkehrung von autoritären und repressiven Zügen in diesem Rahmen. Freilich betonen wir auch in dieser Frage die Rolle der konkreten inneren und äußeren Kräfteverhältnisse, die aber auch diesen Rahmen bis jetzt erzwingen und erhalten konnten.

Diese Entwicklung bedeutet allerdings alles andere, als daß für den SMK auf alle Zeiten der bürgerliche Parlamentarismus als adäquateste Herrschaftsform anzusehen wäre. Umschlagpunkte und -tendenzen kündigen sich vor allem mit der Erschütterung der ökonomischen Basis an und sind schon heute in den ersten Ansätzen offen sichtbar.

4. Ideologische Reaktionen auf die Vergesellschaftung und Monopolisierung im Überbaubereich

Wir möchten in diesem Abschnitt zuerst auf einige ideologische Reaktionen auf die neuen Realitäten des SMK im Überbaubereich eingehen. Zuerst handelt es sich um eine knappe Darstellung der konservativen Reaktion auf die neuen Sachverhalte und danach wollen wir kurz die gegenwärtige sogenannte Korporatismus-Debatte und das Konzept der neuen staatsmonopolistischen Strukturpolitik skizzieren, um anschließend auf die Probleme von Hegemonie und Konsens einzugehen. In dieser knappen Skizzierung der ideologischen Reflektionen werden auch die Konturen der Realität deutlicher sichtbar werden.

4.1 Staat und Industriegesellschaft: Die konservative Version

Als Beleg für die konservative Sichtweise, die die Zustände des SMK mit dem alten bürgerlichen preußischen Obrigkeitsstaat, dem „starken politischen Staat“ kontra-

25 Zum ökonomischen Aspekt dieses Sachverhaltes vgl.: J. Huffschild, H. Schui (Hrg), *Gesellschaft im Konkurs*, Köln 1976; zu den Krisenreaktionsmustern und den Bezugspunkten des staatlichen Krisenmanagements vgl.: H. Jung, *Gesamtkapital. Monopole. Staat.* in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF* 2 (1979), S. 55ff.

tiert, seien kurz die Ansichten von *Ernst Forsthoff* vorgestellt.²⁶ Man muß allerdings dabei beachten, daß sein hoheitlicher Kontraststaat, angeblich noch frei vom Zugriff der Parteien und Verbände und nur Verkörperung eines politischen Allgemeininteresses, das faktisch nicht über die Transformation eines konkreten besonderen Interesses vermittelt sei, nicht mehr als eine Fiktion war und ist. Denn gerade für den preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat ist die Herrschaft bestimmter Cliques und Gruppen des Monopolkapitals und des Militarismus charakteristisch gewesen. *Forsthoffs* Ansichten sind nicht nur als ideologische Reaktion eines Konservativen von Interesse, sondern drücken in gewisser Hinsicht auch die etatistische Ideologieform der Spitzenbürokraten des Staatsapparats mit konservativer Herkunft und Hintergrund aus.

Nach *Forsthoffs* Vorstellung war die Staatsbürgermonade die Grundlage des altbürgerlichen Staates, der die Rechtsgleichheit und Rechtsfreiheit der Staatsbürger zu garantieren hatte — bei Aufrechterhaltung der Ungleichheit in der bürgerlichen Gesellschaft, versteht sich. Er bedurfte keiner Zwischen- und Vermittlungsglieder und hatte im Prinzip Privilegien, also die faktische Zergliederung der Rechtsgleichheit und die entsprechende Strukturierung des staatsbürgerlichen Volkes, zu verhindern.

Dies ändere sich grundlegend mit dem *Einschub der Interessengruppen und Verbände in der sogenannten Industriegesellschaft*. Deren Herausbildung liege die Entwicklung der Technik — von *Forsthoff* im Sinne des Konservatismus als sich „selbst zwecksetzende Technik“ verstanden — zugrunde²⁷, auf deren Tatbestände der Staat reagiere und sich dabei ändern müsse. Die Konkurrenz der Parteien, Verbände usw. gewährleiste die Funktionsfähigkeit eines im Prinzip pluralistischen Modells. Wir übergehen die beredten Klagen *Forsthoffs* über die Unfähigkeit des Staates der Industriegesellschaft zur geistigen Selbstdarstellung, zur geistigen Impulsgebung, womit auch der zu leistende Gehorsam nicht mehr als verklärte Pflichterfüllung erscheinen kann. Preußen ade! Besser: Schulbuch-Preußen ade! Aber dieser alten Tugenden bedürfe der Staat der Industriegesellschaft zur Herstellung von Stabilität auch nicht. *Filbinger & Co* sind da gegenwärtig offensichtlich anderer Ansicht. Der Staat der Industriegesellschaft lebe nach *Forsthoff* vor allem von der disziplinierenden Wirkung der Industrie.

Forsthoff zeigt, wie mit der aufkommenden „Daseinsfürsorge“ (der Sozialpolitik), der ökonomischen Intervention und der sich ausweitenden Umverteilungsfunktion der soziale und Verwaltungsstaat entstehen müsse, wobei mit der Anspruchshaltung der Volksmassen und der Gesellschaft der sogenannte souveräne politische Staat unterpült und verändert werde. *Der Staat* werde damit *Wohlstandsgarant* und werde in die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Widersprüche einbezogen, ohne im Maße des alten politischen Staates Reaktionsmöglichkeiten zu behalten. Der Übergang zum SMK als Gesamtsystem wird damit nicht unzutreffend reflektiert.

Wesentliche Änderungen gingen auch im Parteiensystem vonstatten. Für die BRD fungiere nun ein *Parteiensystem „von Gnaden des Staates“*²⁸: „Die parlamentarische Demokratie, deren Sinn und Aufgabe darin besteht, den Staat zu aktivieren, seine Funktionen zu legitimieren und zu kontrollieren, geht an den Krücken eben dieses Staates.“²⁹

26 Ernst Forsthoff, *Der Staat der Industriegesellschaft*, München 1971

27 ebenda, S. 30ff.

28 ebenda, S. 87

29 ebenda, S. 88

Die Parteien verlören damit ihre Funktion als Exponenten der Gesellschaft und Kontrahenten des Staates. Das liberale Parteienkonzept sei damit passé. Die *Verstaatlichung der Parteien* in der pluralistischen Variante bringt ebenso die Tendenz zur „Volkspar-
 tei“ mit sich, obwohl „der Wähler der Industriegesellschaft“ in hohem Maße an seinen materiellen Interessen orientiert sei. *Die Parteien fungierten somit als Konsensapparate, die Interessen formulierten die Verbände.* So die Tendenz in den Ausführungen Forsthoffs in unseren Worten wiedergegeben. Dies gewähre allerdings bisher eine relativ hohe Systemstabilität.

Das *Parlament* gerate immer mehr in Abhängigkeit vom Sachverstand, dem Expertenwissen — eine Voraussetzung der Verzahnung mit der Bürokratie. Dies liefere die Abgeordneten, das Parlament als Ganzes, in der Tat den Experten, Verbänden, Organisationen aus und habe außerdem die Parlamentsbürokratie erzeugt. Die gleichen Sachverhalte der Komplizierung der Gesellschaft, der Realisierung der Technik, der Massenansprüche nach sozialer Sicherung erzeugten den Zwang der Gesetzesproduktion durch das Parlament, zur Gesetzgebung als Expertenangelegenheit, — dementsprechend die Struktur des Parlamentskörpers ebenso wie der Karrieretyp des heutigen Abgeordneten, der zum Verwechseln mit den Karrieretypen anderer Bereiche identisch sei.

Für die *Bürokratie* beklagt Forsthoff das *Vordringen der sozialen Leistungsverwaltung*, das Zurücktreten des Juristischen hinter dem Administrativen, die Verdrängung des Juristen durch den Ökonomen, Sozialwissenschaftler — kurz den Experten. Nicht der Staat schafft, nach Forsthoff, heute die Tatbestände, sondern er reagiert auf die durch die Industriegesellschaft geschaffenen. Somit komme es zur *Angleichung der Staatsverwaltung und des Staatsapparates an die Struktur und Formen der gesellschaftlichen Großorganisation.*

Von zentraler Bedeutung würden die Verbände und ihre Einbindung in die Verfassungsordnung. Der Staat interveniere nicht mehr nur in die wirtschaftlichen Abläufe, sondern ein Tatbestand sei, „daß die Gesellschaft sich über die Verbände des Staates bemächtigt hat. Damit wurde der Staat selbst zum Schauplatz des Ringens der gesellschaftlichen Kräfte“.³⁰

„Der Staat ist genötigt, seine Macht mit den organisierten gesellschaftlichen Kräften zu teilen.“³¹ Das ist nun „Stamokap“ reinsten Wassers, sobald der Realgehalt der organisierten Kräfte näher bestimmt würde, die „Verschränkung von Staat und Gesellschaft“.³² Eine Verschiebung und Verwischung findet auch hinsichtlich der Grenzziehung zwischen Gesetzgebung und Verwaltung statt: „Die Verfassungsgerichtsbarkeit ist die eklatante Durchbrechung der Gewaltenteilung...“³³ Das Gericht versetze sich in die Rolle des Gesetzgebers. Es werde „autonomes Richterrecht“ geschaffen zur Verknüpfung der rechtsstaatlichen Verfassung mit den Bedürfnissen des Sozialstaats.

Diese Sichtweise ist mit der konservativen Optik auf den Abbau der Grundrechte verbunden, wobei zutreffend festgestellt wird, daß die Ausübung der Grundrechte heute mehr und mehr an die Institutionen und Verbände gebunden sei (Parteienprivileg, Kirchenprivileg, Presseprivileg usw.): „Denn was die Grundrechte in der Wurzel auszu-

30 ebenda, S. 119

31 ebenda, S. 123

32 ebenda, S. 147

33 ebenda, S. 134

rotten bestimmt waren, hat inzwischen seinen Einzug in die Rechtsordnung gehalten: das Privileg.³⁴ Dies sei mit dem Abbau der Grundrechte generell verbunden. Damit ist nun das Thema schon angeschlagen, das im folgenden Abschnitt kurz zu beleuchten sein wird: Der ‚Korporatismus‘. Zusammenfassend kommt *Forsthoff* zu der Feststellung von der *Verlagerung des Schwergewichts des „harten Kerns des sozialen Ganzen“ in die Industriegesellschaft*³⁵, von der Unauflöslichkeit des Verbundes von Staat und Industriegesellschaft, von der Verschmelzung von Staat und Gesellschaft. Diese Diagnose erfolgte zu Beginn der staatsmonopolistischen Reformperiode Ende der 60er Jahre. Inzwischen hat die konservative Theorie auf der Grundlage des Neoliberalismus stärker auf den „starken politischen Staat“ umgeschaltet, als das noch zu der Zeit der Fall war, als *Forsthoff* seine Schrift publizierte, auf den Abbau des „Sozial- und Interventionsstaates“, auf die Entprivilegierung per Verbändegesetz³⁶ usw. usf. Letzteres läuft nun unter der Parole des Kampfes gegen den Gewerkschaftsstaat³⁷, ist also unmittelbar gegen die gewerkschaftlichen Koalitionen der Arbeiterklasse gerichtet und orientiert sich an politischen Herrschaftsformen früherer Perioden. Diese Umorientierung hängt eng mit den neuen ökonomischen Entwicklungsbedingungen des Kapitalismus seit der Krise 1974/75 zusammen. Obwohl dieses Konzept Züge der Don-Quichotterie aufweist, haben die Parolen der Verbindung der Freiheit des Bürgers mit der Verwertungsfreiheit des Kapitals durchaus eine reale Stoßrichtung und reale Konturen. Die vor der Krise durchaus leicht angestaubten Parolen haben in der Zwischenzeit offenbar den Wert gängiger Scheidemünzen gefunden.

4.2 Der SMK — ein neuer Korporatismus? — Zur gegenwärtigen Korporatismusdebatte

Wie dem interessierten Leser sicher aufgefallen ist, hat *Forsthoff* viele Themen der gegenwärtigen Korporatismusdebatte³⁸, wie sie sich im Umkreis der Zunft der bürgerlichen Politologen in den letzten Jahren ausgebreitet hat, faktisch vorweggenommen. Auch Gegenstand dieser Debatte ist die *veränderte Rolle der Großverbände im SMK* und

34 ebenda, S. 157

35 ebenda, S. 164

36 Eine neue Verbändegesetzgebung war von der FDP ins Spiel gebracht worden — später intensiviert von der CDU. Die FDP war und ist unmittelbar von der Frage nicht berührt, weil sie in den großen Massenverbänden keinen entscheidenden Einfluß besitzt. Dagegen erfreut sie sich bekannterweise der Hege und Pflege durch die Verbände des Monopolkapitals.

Die Lobbytätigkeit der Verbände war schon in den Adenauerzeiten durch Geschäftsordnungen und Erlasse legalisiert worden. Die sozialliberale Koalition hat diese Strukturen mit der Verbändeliste des Bundestages weiter legalisiert.

Vgl. zur Übersicht: U. v. Alemann u. R. G. Heinze (Hrg), *Verbände und Staat. Vom Pluralismus zum Korporatismus*, Köln/Opladen 1979; bes. die Stellungnahmen der verschiedenen Partei- und Verbandsvertreter.

37 Vgl. dazu u. a. die Argumentation von F. W. Scharpf, *Autonome Gewerkschaften und staatliche Wirtschaftspolitik*, (Hrg. IG Metall), Frankfurt/Köln 1979

38 Vgl. besonders: U. v. Alemann u. R. G. Heinz (Hrg), *Verbände und Staat*, a.a.O.; U. v. Alemann, *Verbändestaat oder Staatsverbände*, in: *Die Zeit*, vom 19.9.1980 (Nr. 39—1980); M. Jäger, *Ökonomie und Politik des sozialliberalen Korporatismus*, in: *Argument-Sonderband*, AS 51, Berlin-West 1980; *Neustrukturierung der Herrschaft, Probleme des Klassenkampfes*, Berlin-West, H. 38 (1/1980)

damit die Umstrukturierung der Beziehungen Staat/Verbände/ökonomische und soziale Interessen der Gesellschaft.

Die Debatte wird dabei unter zwei Gesichtspunkten geführt:

a. (Mehr widerwillig) hinsichtlich der *Strukturaspekte* von Staat und Wirtschaft und der Rolle der monopolistisch kontrollierten Vermittlungsglieder, der großen, durch die Monopole gesteuerten Wirtschaftsverbände.

b. (Vorwiegend) hinsichtlich der *Herrschaftsmodi* des politischen Systems und der *Hegemonialkonstellation* in der Gegenwart. Es geht dabei vorwiegend um die korporatistischen Einbindungsstrategien von Staat und Kapital gegenüber den Gewerkschaften.

Man muß hier auch festhalten, daß die bürgerliche Politikwissenschaft damit nur Themen aufgegriffen hat, die im Rahmen der SMK-Theorie schon einige Jahrzehnte lang erörtert wurden und bekanntlich Kernstück der SMK-Konzeption sind. Insofern liegt über der gesamten Korporatismusdebatte ein Hauch der ungenannten Kenntnissnahme von Realitäten des SMK, die nun als Ausgangspunkt neuer strategischer Überlegungen genommen werden sollen. Dies ist verbunden mit einer Modernisierung der Pluralismuskonzeption³⁹, wie sie bisher im Rahmen der Politologie vorherrschend war.

Die „Ständestaatsdebatte“ ist nun freilich nicht neu, sondern gehört zum Standardrepertoire der konservativ-reaktionären Staats- und Gesellschaftstheorie, einschließlich der katholischen Soziallehre. Sie geht in die faschistische Ideologie ein und bestimmt bis in die Gegenwart Theorie und Praxis südamerikanischer und anderer Diktaturen. Für die zeitgenössische Debatte ist allerdings weniger die Anlehnung an diese Theoriebestände wesentlich, sondern vielmehr die Aufnahme der Themen auf dem Hintergrund der Realitäten des SMK und des Monopolkapitalismus.

Die (angelsächsischen) *Corporations, die Großunternehmen* der Wirtschaft, entziehen sich den alten Mustern und werden privilegierte Einrichtungen, Träger von Privilegien wie früher die Stände im Feudalsystem. Ähnlich wie das feudale Grundeigentum werden auch sie Träger politischer Rechte und, allerdings eingeschränkter, Gerichtsbarkeit über Personen. Die Stände waren gleichzeitig Säulen des „politischen Systems“ des Feudalsystems, die unmittelbaren Träger und Bestandteile des Feudalstaates. Privilegien erlangt das Individuum der herrschenden Klasse nur als Angehöriger der Stände, und als Angehöriger der Stände ist er Mitglied der herrschenden Klasse. Die große Masse des Volkes, die Bauern, der städtische Plebs, existiert außerhalb der Stände. Die Stände sind Herrschaftsorganisation des Feudalsystems, die Organisation der herrschenden Klasse und privilegierter Gruppen, die in sich die Verflechtung von Staat und Gesellschaft ausdrücken. Züge der Korporationen tauchen nun bis in die Erscheinungsformen in den Verbänden des Spätkapitalismus und ihren Beziehungen zum Staat wieder auf.

Der zweite oben genannte Aspekt ist ebenfalls nicht neu. Er lehnt sich an die realen *Sozialpartnerschafts- und Integrationsmodelle des SMK*, besonders der Nachkriegszeit, an und *verallgemeinert* ihre Erfahrungen.⁴⁰ Dabei wird aufgenommen, daß die Vergesellschaftungsprozesse, die der Wirtschaft komplementär entsprechenden Strukturen des Staatsapparats hervorbringen, an deren Knotenpunkten und Übergängen *funktionelle*

39 Zur Kritik der Korporatismus-Konzeption vgl.: A. Bopp-Schmehl, U. Kypke, „Korporatismus“ statt „Pluralismus“?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (Köln), 12/1979

40 So: G. Lehbruch, Wandlungen der Interessenpolitik im liberalen Korporatismus, in: U. v. Alemann, R. G. Heinze (Hrg), Verbände, a.a.O., S. 50ff.

Verflechtungen mit entsprechenden „Institutionalisierungen“ der Beziehungen von Arbeit, Kapital und Staat herausbilden. Sie hebeln faktisch den ‚pluralistischen Parlamentarismus‘ aus, weil hier die Mobilisierung von Sachverstand, Information, Integrations- und Kooperationspotential erfolgt und abrufbar wird, was Voraussetzung des Funktionierens der Staatsmaschinerie ist. Das alte ‚pressure-group‘-Konzept ist damit bis zum gewissen Grad hinfällig. Denn statt der One-Way-Beziehung herrscht heute Wechselbeziehung, eben Verflechtung vor. Es ist also nun nicht mehr nur die Ebene der Vertretungskörperschaften und Parlamente, die sich als Gesetzgebungsmaschine dem Expertenwissen der Ausschüsse, Bürokratien und der Wissenschaft ausliefern müssen, sondern auch die Verwaltung, die Bürokratie und die Regierung bedürfen der Potenz der Wirtschaftsverbände, der Berufsorganisationen, der Gewerkschaften usw., und zwar in doppelter Hinsicht: Für Informationen und Entscheidungsprozesse und für das Austarieren der Interessen und für die Ausarbeitung von Handlungsstrategien, die die Wirksamkeit gegenläufiger Kräfte berücksichtigen, das heißt für die Abstimmung jener Linie, die sich als Strategie der herrschenden Klasse gegenüber der Arbeiterklasse realisiert und herausbildet. Die Entscheidungsprozesse laufen an den parlamentarischen Institutionen vorbei.

Der Paradedfall für die BRD war die zur Zeit auf Eis liegende ‚konzertierte Aktion‘. Ihre Aufgabe hat jedoch heute weitgehend die sogenannte informelle ‚Kanzlerrunde‘ übernommen; sie findet faktisch ebenfalls im Kleinen und auf dezentraler bzw. fachspezifisch orientierter Ebene in diversen Beiräten und Beratungsgremien mit korporativen Zügen statt. Was den Gralshütern des Neoliberalismus als Sünde wider den heiligen Geist der pluralistischen Demokratie, das politische Pendant der sogenannten freien Marktwirtschaft, erscheint, ist für die Verfechter des Korporatismus das Selbstverständlichste und Notwendigste von der Welt. Die analytisch-politikwissenschaftliche Variante verdichtet sich zu einer *strategischen Konzeption des Klassenarrangements*, der Formen, Modi, Inhalte der Konsensfindung- und bildung unter Bedingungen eines krisengeschüttelten SMK.

Freilich bezieht diese Konzeption Front gegen das alte Pluralismuskonzept, das zwar Sozialstaatsbedingungen für erforderlich hält, aber vom Modell konkurrierender, sich aufhebender Kräfte im politischen und gesellschaftlichen Raum, von der Selbstzügelung der Verbände im gesellschaftlichen Raum getragen wird. Im alten Pluralismuskonzept bewahren diese Verbände weitgehend ihre Autonomie gegenüber dem Staat. Dieser steht nach wie vor über der Gesellschaft und wird über die parlamentarischen Mechanismen von oder durch die Mehrheitsinteressen programmiert. Nach diesem Konzept verkörpert das Parlament nach wie vor die gesellschaftlichen Allgemeininteressen. Für die Verfechter des Korporatismuskonzepts sind diese Lehrsätze ein alter Köhlerglaube, weil dem die Verhältnisse heute nicht mehr entsprechen, d.h. die Verbände ihren Charakter gewandelt haben, mehr Einfluß besitzen usw.

In seinen ideologischen und theoretischen Grundaussagen ist *das Korporatismuskonzept ein den Bedingungen des SMK angepasstes und damit modernisiertes Pluralismuskonzept*. Was beide Versionen der bürgerlichen Politologie ausklammern, ist der antagonistische Charakter der Sozialbeziehungen im Kapitalismus. Gleichwohl gibt es unterschiedliche Varianten in der Ausformung strategischer Konzeptionen. Als wesentlich kann es auch angesehen werden, daß die Anhänger des Korporatismuskonzepts ihre Aufmerksamkeit nicht auf die Verbände schlechthin richten, sondern vor allem den

Verbänden des Kapitals und den Gewerkschaften Aufmerksamkeit widmen, diese als die wesentlichen Elemente des gesamten Verbändesystems angesehen werden.

Daß die *Gewerkschaftsfrage in der Korporatismusdiskussion*⁴¹ gegenwärtig eine solch große Rolle spielt, ist kein Zufall. Ist doch in der Sicht der herrschenden Klasse die Regulierung der Verteilung, die staatsmonopolistische Durchsetzung des kapitalistischen Lohngesetzes der Kreuzpunkt der ökonomischen und politischen Systemstabilisierung, wobei den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse notwendigerweise eine entscheidende Rolle zukommt und ihre korporatistische Einbindung erforderlich wird, wenn dieses strategische Konzept der Monopolbourgeoisie ohne größere Erschütterungen durchgesetzt werden soll.

4.3 Neue Strukturpolitik als staatsmonopolistische Anpassungsstrategie

Wir hatten schon angedeutet, daß unseres Erachtens die korporatistische Konzeption durchaus geeignet ist, im Interesse des SMK neue Strategien für die 80er Jahre zu formulieren, die auf die korporatistische Einbindung und Integration der Arbeiterklasse abzielen. Als Pendant zu dieser Tendenz wurde im CDU/CSU-Lager die sogenannte „neue soziale Frage“, zeitweise die Parole vom Gewerkschaftsstaat usw. usf. ‚hochgezogen‘: die konservativ-reaktionäre Antwort auf die schon genannten Tatbestände. Dies erfolgte generell auf der Woge der mit der Krise 1974/75 einsetzenden neoliberalen Gegenreformation, die bis dato in der BRD noch nicht gebrochen ist.

Ihr Grundelement ist „Demokratie- und Bürokratiekritik“.⁴² Das ist bekannt und soll hier nicht weiter ausgeführt werden. Von Interesse ist nur die *Diagnose eines theoretischen Promotors staatsmonopolistischer Reformpolitik* der sozialliberalen Ära, der nun versucht, neue Auffangstellungen zu errichten — und gerade mit Begründungen, die strukturelle, handlungs- und entscheidungssoziologische Tatsachen von Großorganisationen in den Mittelpunkt rücken und von daher das neoliberale Dogma von der höheren Effizienz des „Marktes“ im Gegensatz zu bürokratischen Strukturen in Frage stellen.⁴³ Im Prinzip fallen die Entscheidungen bei Staat und Konzernen im Rahmen von Bürokratien, bürokratischer Willensbildung, bürokratischen Großorganisationen.

Als eigentliche *Ursache der Regulierungskrisen*, ausgedrückt in den Termini der SMK-Theorie, sieht F. W. Scharpf den *Bruch im Rückkopplungssystem zwischen den Strukturelementen* der „gemischten Wirtschaft“: der kapitalistisch organisierten Wirtschaft, der konkurrenzdemokratisch organisierten Politik und der bürokratisch organisierten staatlichen Administration, und zwar einen Bruch oder eine Anpassungskrise infolge Auseinanderlaufens der Eigendynamik der genannten Bereiche.

Die neoliberalen Positionen der Rückkehr zu automatischen Selbstregulierungsmechanismen sieht er als idealistisch, d.h. quer zu den praktizierten Realitäten an, die Kontraststellung von Plan und Markt als unangemessen, weil dabei für den Plan das Muster

41 Vgl. zu diesem Aspekt den Beitrag von Gert Hautsch in diesem Jb., ebenso: G. Hautsch, K. Pickshaus, Integration und Gewerkschaftsanalyse, in: *Marxistische Studien* 2 (1979), S. 245ff.; Bernd Süllow, Gewerkschaftliche Repräsentanten in öffentlichen Gremien, in: *Soziale Welt* (Göttingen), 1/1981

42 Beleg für diese Tendenzen war u. a. die Tagung des Vereins für Sozialpolitik 1978 zum Thema „Staat und Wirtschaft“; Protokoll: Hrg. C. C. von Weizsäcker, Staat und Wirtschaft, Berlin-West 1979

43 Fritz W. Scharpf, Die Rolle des Staates im westlichen Wirtschaftssystem, in: Hrg. C. C. von Weizsäcker, a.a.O.

notwendiger Zentralisierung unterstellt würde, für den Markt die relative Stabilität dezentraler Regelkreise. Über sie wirke aber generell der dezentrale Charakter der Demokratie, der in die Administration eingebaut werden könne. Ebenso könnten sich aus dem *dezentralen Charakter* bestimmter politisch-bürokratischer Bereiche deshalb auch stabile Gesamtsysteme ergeben. Dieser Sachverhalt *reflektiert im Prinzip die Herausbildung staatsmonopolistischer Komplexe* und anderer staatsmonopolistischer Regulierungsformen in der Gegenwart. Unmittelbare Interaktionsschienen sind dabei nicht nur die Verbindungen zwischen den Zentralen, sondern derartige Interaktionskanäle bestehen sowohl „unten“ als auch „neben“.

Dementsprechend sieht der genannte Autor in der Tendenz die Herstellung eines neuen Gleichgewichts zwischen Staat und Wirtschaft nicht wie die Neoliberalen im Rückzug des Staates, dem Abbau des Interventionsstaates, sondern in der *intensivierten Interaktion von Staat, Unternehmen und Gewerkschaften*, was unter der Bezeichnung Strukturpolitik läuft. Damit liefert er der derzeitigen Regierungspraxis eine theoretische Legitimation sowie die Stichworte für die Beschreibung dieser staatsmonopolistischen Arbeitsmuster (,intelligenter', ,sensibler', ,reagibler', ,differenzierter', ,feingesteuerter', ,flexibler', ,dezentraler' — also alles Adjektive, die man aus Kanzler- und Regierungsverlautbarungen derzeit kennt). Seine Prognose: „Die Involviertheit des Staates im ökonomischen Prozeß wird also qualitativ wie quantitativ zunehmen.“⁴⁴ „Dies wäre gewiss nicht das Gespenst der ‚Zentralverwaltungswirtschaft‘ — aber es wäre dennoch eine Steigerung des Einflusses der durch politische und bürokratische Kalküle bestimmten Akteure auf die Ordnungsleistung des Gesamtsystems.“⁴⁵

Es scheint hier also ein Konzept auf, das im Prinzip die *Produktionsintensivierung* unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution *auf die politische Ebene des staatsmonopolistischen Regulierungssystems zu übertragen trachtet* — freilich hier auch in apologetischer Fassung, weil die Realität zumindest unter dem Diktat der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante des SMK partielle Rücknahmen und Entwicklungsblockaden des Staatsinterventionismus unter dem Druck des Neoliberalismus mit sich gebracht hat. Außerdem kann auch nicht übersehen werden, daß diese Intensivierung auch die zentrale Ebene, vor allem hinsichtlich der Verteilungsfrage, nicht ausparen kann. In *Scharpfs* Prognose erscheinen die Konturen eines zukünftigen neuen Gleichgewichtes, in dem die Beziehungen zwischen Staat und Monopolen reibungsloser funktionieren.

Überblickt man die Struktur der Aussagen zur Realität des Herrschaftssystems, der politischen Verhältnisse und des Staates des SMK, so werden im Prinzip, jeweils vor einem anderen ideologischen Hintergrund, in einer anderen theoretischen Konzeption und mit unterschiedlicher Intention wichtige Grundaussagen der SMK-Theorie bestätigt. Es ist dies ein staatsmonopolistischer Überbau mit deformierten Vergesellschaftungsstrukturen⁴⁶, mit sich zu Komplexen verdichtenden staatsmonopolistischen Verflechtungsmustern, mit dem Knochengerüst des parlamentarischen Repräsentativstaates, aber mit dazu völlig kontrastierenden realen Macht- und Entscheidungsstrukturen, mit zunehmenden Zügen eines spezifischen Autoritarismus usw.

44 ebenda, S. 42

45 ebenda, S. 43

46 Zur marxistischen Anwendung des Vergesellschaftungskonzepts auf die Überbauentwicklung und die Klassenverhältnisse vgl.: Frank Deppe, *Autonomie und Integration*, Marburg 1979

Dieses System bleibt von den Widersprüchen und Krisenprozessen der kapitalistischen Basis nicht verschont; diese sind vielmehr Triebkräfte seiner Herausbildung. Die Krise der staatsmonopolistischen Regulierung hat nicht nur ökonomische Aspekte. Das Infragestellen und die Angriffe der konservativ-reaktionären Kräfte auf den sogenannten Sozial- und Leistungsstaat im Interesse der ‚freien Wirtschaft‘ der Konzerne ist offensichtlich keine vorübergehende Episode. Die darin involvierten Klassenkämpfe machen neue Hegemonial- und Herrschaftsmuster unabdingbar. Der „politisch starke Staat“ des SMK neuen Zuschnitts ist in den Konturen erkennbar. Daß er eine Erweiterung der demokratischen Rechte des Volkes mit sich bringen würde, erwartet niemand.

4.4 Gewalt und Konsensbildung

Wir möchten nun nochmals kurz ein Thema aufgreifen, das in den bisherigen Ausführungen schon verschiedentlich angesprochen worden war: das Verhältnis von Gewalt und Konsens in der Herrschaftsausübung.

Im Zweifelsfalle und letztendlich beruht jede Klassenherrschaft und jede Klassenstrategie und vor allem die staatsrealisierte auf Repression und Gewalt, und anders läßt sich Konsens auf der Basis und bei Existenz antagonistischer Verhältnisse nicht erzielen. Jede Form von Ideologie ist in ihrer Bindekraft von menschlichem Denken und Verhalten auf die Dauer zu schwach, Haltungen gegen die eigenen Vorteile und Interessen zu veranlassen. In dieser Hinsicht weist das Werte- und Normensystem der bürgerlichen Gesellschaft immer entscheidende Brüche auf. Dies drückt sich etwa in der altbekannten Haltung des Steuerbetrugs der Bourgeoisie gegenüber ihrem eigenen Staat aus. *Die Integration des bürgerlichen Privatinteresses bedarf deshalb von vornherein immer der Sanktion und des Zwangs*, der Gewalt, in letzter Konsequenz sogar der Sanktion der physischen Vernichtung.

In noch höherem Maße betrifft dies die *Einzwängung des Proletariats* in kapitalistische Produktion und Gesellschaft. Bekannt ist die Blutspur der ursprünglichen Akkumulation. Danach folgt zwar der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse für eine verwertungsadäquate Lohnarbeitermentalität, aber selbst dabei bedarf es immer wieder der Nachhilfe der nackten Gewalt, vor allem des Staates. Es liegt in der Natur der Sache, daß die offene Repression in Krisenperioden stärker in den Vordergrund tritt als in Zeiten der reibungslosen Akkumulation und Produktion.

Aber selbst in Zeiten noch relativ großer Stabilität *begleiten Gewalt und der Zwang immer die Konsensbildung*.⁴⁷ Dieser Sachverhalt, daß es kein Recht, Gesetz, Staat ohne Sanktion, Repression und Gewalt geben kann, daß die Sanktion dies letzten Endes immer einschließt und bedeutet, trifft selbstverständlich auch auf das Verhältnis des politischen Regimes und Herrschaftsmechanismus gegenüber laufenden oppositionellen Bewegungen zu, etwa gegenwärtig den neuen sozialen Bewegungen (Hausbesetzerbewegung!). Aus diesem Sachverhalt ist umgekehrt *nahezu unabdingbar, daß revolutionäre Gewalt als Geburtshelfer jeder neuen Gesellschaft aufgetreten ist und wahrscheinlich auftreten wird*.

Es ist fast ein Gemeinplatz, daß *Macht als gesellschaftliches Verhältnis nicht gegenständ-*

⁴⁷ Die Kombination und Wechselwirkung von autoritär-reaktionären und liberal-reformistischen Varianten der Herrschaftsstrategie des Kapitals gegen die Arbeiterklasse hat seinerzeit W. I. Lenin analysiert.

licher Natur⁴⁸ ist, obwohl die Ausübung von Macht immer der personellen und stofflichen Materiatür bedarf. Nicht umsonst hatten die Potentaten früherer Zeiten auf ihre Kanonen eingegossen: „ultima ratio regis“. Deshalb ist Macht auch kein Nullsummenspiel⁴⁹, das der Aufteilung eines Kuchens vergleichbar wäre. Aber bei aller Distanz von einer mechanistischen Machtauffassung dieser Art darf das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden. Es bleibt natürlich auch bei einer dynamischen Sicht der Dinge als Tatsache bestehen, daß bei antagonistischen, polarisierten Verhältnissen der Zuwachs der einen Seite auf Kosten der anderen geht.

Mit Recht wird im *Anschluß an A. Gramsci*⁵⁰, man könnte dabei übrigens auch auf andere marxistische Autoren jener Epoche verweisen, darauf aufmerksam gemacht, daß Macht und Herrschaft der Bourgeoisie nicht nur auf der Fähigkeit beruhen, ihren Willen der Arbeiterklasse mit Gewalt aufzuzwingen, sondern daß dazu auch die Fähigkeit der Herstellung eines gesellschaftlich-ideologischen Konsenses gehört, einer Übereinstimmung zwischen Herrschenden und Beherrschten über den Modus der Herrschaft und Machtausübung. Man hat dabei vor allem auf die Rolle und Wirksamkeit der *ideologischen Apparate* verwiesen⁵¹, also auf die ideologische Reproduktion der Herrschaft in ihrer Auswirkung auf die Individuen, Gruppen, Klassen, Schichten — kurz auf die Herausbildung der zur Herrschaftsstabilität erforderlichen Denk- und Verhaltensmuster bei den Beherrschten.

Notwendigerweise greifen die solcher Art aufgefaßten ideologischen Staatsapparate weit über den Staat hinaus und weit über das politische Regime im oben erläuterten Sinne. Aber obwohl der Begriff übertrieben und in dieser Hinsicht unkorrekt ist, wird unser Augenmerk doch generell auf die Rolle der gesellschaftlichen Institutionen und Bereiche, also auf den *ideologischen Überbau als Ganzes gelenkt und seine enge Bindung und Verbindung mit den Herrschaftsverhältnissen*, d.h. mit dem politischen Regime hervorgehoben. Infolge einer antagonistischen Klassen- und Eigentumsbasis kann jedoch niemals für längere Dauer ein geschlossenes ideologisches System entstehen. Die Widersprüche und Gegensätze transformieren sich in ideologische und werden als solche den Menschen bewußt. Dies markiert die Grenzen der Hegemonialstrategien des Monopolkapitals.

In diesem Zusammenhang wird die *Frage der Hegemonie, der Herrschaft als Führungsfähigkeit*, aufgeworfen, eine alte leninistische Überlegung. Sie stellt sich für die Ausbeuterklasse, als verschwindender Minderheit der Bevölkerungsmasse, immer mit besonderer Schärfe. Dies gilt natürlich in zugespitztem Maße für die Monopolbourgeoisie unserer Zeit. In diesem Prozeß spielt der Staat mit wechselnden Schwerpunkten in den einzelnen Apparaten eine wesentliche instrumentale Rolle. Diese Rolle fällt diesen Apparaten gerade deshalb zu, weil sie die Herrschaftsinteressen der Monopolbourgeoisie als

48 Trotz der in vieler Hinsicht vom Marxismus abweichenden Positionen verweist N. Poulantzas zu Recht auf diesen Sachverhalt (Vgl. N. Poulantzas, *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, sozialistische Demokratie*, Paris 1977, Hamburg 1978)

49 Diese Formel wird gerade von Positivisten gern kritisiert, obwohl sie ihr selbst zutiefst verhaftet bleiben und sind.

50 Vgl. H. H. Holz, H. J. Sandkühler (Hrg.), *Betr.: Gramsci. Philosophie und revolutionäre Politik in Italien*, Köln 1980

51 Diese Konzeption wurde in die Debatte gebracht von Louis Althusser, *Ideologie und ideologische Staatsapparate*, Berlin-West 1977

Staatsinteressen und Regierungspolitik verallgemeinern müssen, ein Prozeß, der unter Bedingungen von Kämpfen, sozialem Druck und gegensätzlichen Interessen stattfindet. Darin schlagen sich immer sowohl die Kräfteverhältnisse der antagonistischen Gruppierungen als auch der Fraktionsgruppen und Koalitionen innerhalb des herrschenden Eigentumsblocks nieder.

Für den SMK gilt, daß *der Staat die wesentliche Ebene der Realisierung der Hegemonie* durch die Monopolbourgeoisie gegen die Arbeiterklasse wird, weil infolge des Vergesellschaftungsgrades die Ansprüche und Bedürfnisse aus dem Bereich der Reproduktion der Arbeitskraft auf dieser Ebene befriedigt werden müssen, ein Sachverhalt⁵², der sich in der Formel vom Sozialstaat niedergeschlagen hat.

Die „Bündnispolitik“ der Monopolbourgeoisie muß infolge der neuen sozialstrukturellen Bedingungen weit in die Arbeiterklasse hineingreifen und bestimmte ihrer Interessen aufnehmen, die eine Anbindung an das System des SMK involvieren können. Unter den gegenwärtigen Bedingungen des SMK sind weder die Parlamente noch die bürgerlich-sozialdemokratischen Parteien in der Lage, den Prozeß der Interesseneinbindung und Konsensbildung autonom zu bewältigen. Dies erfolgt deshalb wesentlich auf der Ebene der Klassenorganisationen und gesellschaftlichen Verbände. Erst von hier aus greifen sie wieder in den Parteiprozeß ein. Sie, und das trifft in erster Linie auf die durch die Monopole kontrollierten Wirtschaftsverbände zu, üben Einfluß auf das Gesamtsystem aus, sowohl durch die Entfaltung ihrer Macht auf den „unteren Etagen“ des Überbaus als auch über die Parteien, die Bürokratie und die sogenannten korporatistischen Scharniere und Bereiche.

5. Zu den Kraftfeldern der Verbändestruktur

War früher in der *Adenauer-Ära* von der ‚Herrschaft der Verbände‘ die Rede und von der pluralistischen Struktur des Verbändewesens, so bestehen, wie wir gesehen haben, heute die Hauptthesen der Anhänger der Korporatismuskonzeption darin, daß es eine wechselseitige Durchdringung von Verbänden und Staat, die Doppelbewegung von Verstaatlichung und Privatisierung gebe, und daß den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften die entscheidende Rolle zukomme. Freilich reflektiert die prinzipielle Gleichsetzung der Verbände nach wie vor den ungebrochenen ‚pluralistischen Grundkonsens‘, d.h. trotz bestimmter Einsichten in die Überbaustrukturen des SMK wird deren antagonistischer und Herrschaftscharakter verschleiert.

Stellt man diesen Sachverhalt in Rechnung, dann wird es möglich, die *reale Struktur des Überbaus* zu erschließen. Sicher gibt es immer den spezifischen Untersuchungszwecken angepaßte Gliederungskriterien, die auch immer in diesem oder jenem Maße Aspekte der Realität wiedergeben. Jedoch muß von dem übergeordneten Gesichtspunkt ausgegangen werden, daß Organisationen, Institutionen, Ideologien, die sich auf der Basis von Interessen entwickeln, in mehr oder weniger engem Zusammenhang mit den Produktions- und Eigentumsverhältnissen, der Klassenstruktur und den Klassen — diese erfahren ja erst in und mit ihren Organisationen ihre Entwicklung „für sich“ und zu sich — und zum Staat als Herrschaftsorganisation stehen.

Hieraus ergeben sich — unter Berücksichtigung des Herrschafts-, Unterdrückungs-

52 Hierauf verwies völlig zu Recht N. Poulantzas (a.a.O.)

und Ausbeutungscharakters der kapitalistischen Gesellschaft — die wesentlichen Kriterien der Gliederung des nichtstaatlichen Überbaus.

Dabei ergibt sich nach der *Nähe und Ferne zu den Produktionsverhältnissen und zur staatlichen Macht* sowie dem realen Einfluß darauf eine bestimmte Schichtung oder Etagenstruktur⁵³ — bei Beachtung der Grenzen der Aussagekraft, die bei bildhaften Vergleichen erforderlich ist.

Diese *Etagenstruktur* ist bei den *Unternehmerverbänden* besonders deutlich: Fach- und Branchenorganisationen nehmen in hohem Maße unmittelbar ökonomische Funktionen wahr und stellen vielfach faktische Monopole mit Kartellcharakter dar. Sie wachsen unmittelbar aus der Basisstruktur des Kapitals hervor. Die Zentralverbände, die in sich wiederum eine hierarchische Struktur aufweisen, sind Herrschaftsinstrumente mit vorwiegend politischem Charakter und Aufgaben. Sie sind Zentren der Umwandlung ökonomischer in politische Macht. In ihnen realisiert sich die Herrschaft der Monopole über die nichtmonopolistische Bourgeoisie und andere Eigentümergruppen. Sie sind Zentralen der Hegemoniebildung und -realisierung. Sie sind auch die Verflechtungsscharniere im Interaktionssystem von Staat und Monopolen, das Glied, „das die Verflechtung von Staat und Monopolen ständig reproduziert“, die „Träger der allgemeinen Klasseninteressen der Monopolbourgeoisie“.⁵⁴

Nach wie vor ist es erforderlich, den Klassencharakter des *politischen Systems* zu erkennen und deshalb in seinem Rahmen die herrschaftsrealisierenden Glieder zu bestimmen: die bürgerlich sozialdemokratischen Parteien und die politischen Massenorganisationen der Bourgeoisie — je nach konkreten Umständen auch anderer sozialer Gruppen und Schichten, die mit der Bourgeoisie bzw. Monopolbourgeoisie in Bündnisbeziehungen stehen — und die Unternehmerverbände — also die *politische Herrschaftsorganisation* des SMK, zu der auch der Staatsapparat gehört.

Dieses *Herrschaftssystem* ist in der Regel in der Gesamtstruktur des Verbändesystems fest verwurzelt und übt gegenüber anderen Überbaubereichen der herrschenden Klasse und ihrer Verbündeten eine hegemoniale Funktion aus — ja, wie wir weiter vorn schon erörterten, es kann seine Hegemoniefunktion nur wahrnehmen, indem es Interessen und Impulse aus dem Gesamtbereich ‚verarbeitet‘, d.h. mit den Herrschaftsinteressen vermittelt.

Wir hatten ebenfalls schon von der wechselnden Bedeutung der einzelnen Bereiche und Organisationen und den sich verschiebenden Schwerpunkten gesprochen. Dies gilt nicht nur für den Staat und die politische Herrschaftsorganisation, sondern für den Überbau der herrschenden Klasse als ganzes.

Entsprechend der *antagonistischen Basis- und Klassenstruktur des SMK* gehen wir davon aus, daß dies *auch im Überbau* seinen Niederschlag findet.⁵⁵ Es geht also um den un-

53 Dies ist ein von A. Gramsci geprägtes Bild, das in die Analyse Eingang gefunden hat.

54 R. Fjodorow, *Die anonyme Macht. Rolle der Unternehmerverbände in der BRD*, Moskau und Frankfurt/Main 1976, S. 304/05. Es handelt sich dabei nicht nur um eine materialreiche Analyse; die Studie enthält darüber hinaus — gerade weil sie von SMK-Positionen ausgeht — auch interessante theoretische Ansätze. Zu Unrecht ist sie bisher in der einschlägigen Debatte in der BRD relativ unbeachtet geblieben.

55 Diese Gesichtspunkte werden vor allem von Frank Deppe bei der Analyse der Gewerkschaften und der anderen Organisationen der Arbeiterklasse hervorgehoben (Vgl. F. Deppe, *Autonomie und Integration*, Marburg 1979).

terschiedlichen Klassencharakter der Organisationen, Institutionen, Ideen. Dabei sollen keinesfalls die komplizierten und den Antagonismus modifizierenden Vermittlungsprobleme in Abrede gestellt werden. Das hebt aber den Klassencharakter der Überbauerscheinungen nicht auf. Wer diesen Zusammenhang leugnet und in diesem Zusammenhang abfällig von ‚Klassenreduktionismus‘ spricht, verläßt den Boden der materialistischen Geschichtsauffassung. Demgegenüber gilt es daran festzuhalten, daß die Interessen der Arbeiterklasse im Überbau ihren institutionellen und ideologischen Niederschlag finden (Gewerkschaften, Parteien, Organisationen usw.).

Wenn wir von den Verbänden bzw. der Struktur des Überbaus sprechen, muß man berücksichtigen, daß sich weitere Bereiche auf der Basis spezieller Interesse bilden, die, selbst wenn sie aus der reinen Klassenbasis hervordringen, faktisch *klassenübergreifenden Charakters* sind. Das trifft selbst auf die unmittelbaren Kapitalistenverbände zu, die meist bis in die selbständigen Mittelschichten reichen. Selbst wenn also die Interessenverbände ihren sozialökonomischen Schwerpunkt beibehalten, greifen sie hinsichtlich ihres Adressatenkreises über diesen hinaus.

Dies ist völlig offensichtlich bei auf ideologischen Interessen begründeten Organisationen wie Kirchen usw. Deshalb spielen gerade auch sie eine unverzichtbare Rolle zur Einbindung systemoppositioneller Kräfte und zur Herstellung der Legitimationsbasis für die entsprechenden *Hegemonialstrategien* der Monopolbourgeoisie.

Dies hat nicht nur vordergründig politische Aspekte. Vielmehr geht es um die Sozialisation und Konditionierung der Individuen und sozialen Gruppen, um ihre geistige Unterwerfung unter die Werte, Normen, Verhaltensmuster der Bourgeoisie bzw. unter jene, die deren Herrschaft zu sichern und zu befestigen geeignet sind.⁵⁶

Beachtet werden müssen die heute gewaltigen *Apparate* der Massenkommunikation⁵⁷, des Bildungs- und Erziehungswesens, des Gesundheits⁵⁸ und Sozialwesens. In diesen Bereichen realisiert sich nicht nur die staatsmonopolistische Verflechtung und die Wirksamkeit korporativer Herrschaftsmuster, sondern hier findet — ebenso wie in der materiellen Produktion und Wirtschaft — auch ideologische, politische Beherrschung der Volksmassen durch den SMK statt. Freilich hätten wir die Rolle dieser Bereiche nur halb verstanden, würden wir nicht berücksichtigen, daß sie Ausdruck eines Vergesellschaftungsprozesses sind, der letzten Endes — soll die Deformation verhindert und auf-

56 Friedhelm Kröll kann dies anhand der Struktur und Orientierung des Vereinswesens in der BRD zeigen. Vgl. F. Kröll, *Vereine in der Lebensweise der Arbeiterklasse*, in: *Marxistische Studien* 3 (1980), S. 172ff.

57 Diesen Bereich hinsichtlich seiner ökonomischen Grundlagen, Herrschaftsverhältnisse und Funktionen und als Bestandteil der ideologischen Apparate hat Horst Holzer untersucht (*Medien in der BRD. Entwicklungen 1970—1980*, Köln 1980). Er kann zeigen, wie sich hier konkret Staatsapparate, Konzernorgane und Verbände verflechten und jene spezifischen Strukturen eines öffentlich-rechtlichen Bereichs in der Funkkommunikation hervorgebracht haben, welche die Reproduktion der Pluralismus-Ideologie und die Konsensbildung im Sinne des SMK gewährleisten, nämlich Singularität in der Grundlinie und Pluralismus in deren Propagierung.

58 Vgl. zu diesem Komplex: Hans-Ulrich Deppe, *Vernachlässigte Gesundheit. Zum Verhältnis von Gesundheit, Staat, Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1980. In diesem Bereich spielen die gesetzlichen Sozialversicherungen — Quasi-Staatsapparate mit Selbstverwaltungselementen — als Zwangsorganisationen von über 90 Prozent der BRD-Bevölkerung eine zentrale Rolle. Das Nebeneinander von kapitalistischen Unternehmen, gesellschaftlichen und staatlichen Organisationen bringt hier besondere Verflechtungsmuster hervor, in die auch die Leistungsträger wie die ständemäßig kartellierte Ärzteschaft sowie die einschlägigen Industrien einbezogen sind. Demgegenüber spielen die Patientenorganisationen nur bei der Mitverwaltung der Mittel in den Kassen eine Rolle.

gehoben werden — die Brechung der Herrschaft der Monopole und des Profitprinzips verlangt.

Es ist die Grundfunktion des gesellschaftlichen Überbaus, daß sich die Menschen in ihm und durch ihn ihrer Interessen bewußt werden, sie formulieren und für ihre Verwirklichung bzw. Befriedigung eintreten. Deshalb sind letztlich die Bedürfnisse und Interessen die Grundlage der gesellschaftlichen Organisationen und Verbände. Sie sind die *gesellschaftlichen Formen ihrer Durchsetzung und Realisierung*. Die Herrschaftsorganisation und der Überbau der herrschenden Klasse müssen immer diese Interessen so zu verarbeiten suchen, daß sie mit ihren Eigentums- und Systeminteressen auf den vielfältigsten Ebenen vermittelt werden können. Sie sind bestrebt, den Antagonismus zu unterdrücken und ideologisch und politisch zu verdrängen, d.h. sein Wirksamwerden im Überbau auf der Seite der unterdrückten Klasse zu verhindern. Dazu muß die Monopolbourgeoisie immer wieder neue Hegemonialkonstellationen und -varianten entwickeln und durchsetzen: mit Gewalt *und* Kompromiß, mit Unterdrückung *und* Konsensbildung.

Politische Krisen, die auf einer Seite immer Legitimationskrisen des herrschenden Systems sind oder werden, entstehen dann, wenn der herrschende Überbau die neuen Bedürfnisse und Interessen nicht mehr ‚abarbeiten‘ kann und damit neue Elemente im Überbau wirksam werden. Das ist gegenwärtig in der BRD mit den neuen sozialen Bewegungen der Fall.

6. Anmerkungen zu den Hegemonialkonzeptionen des SMK

Wenn man heute über Hegemonialvarianten der Monopolbourgeoisie der BRD spricht, dürfen die ökonomischen und politischen Ausgangsbedingungen — und zwar in den nationalen und den internationalen Dimensionen — nicht aus dem Auge verloren werden. Hieraus ergeben sich die wesentlichen Determinanten der Strategiebestimmung der herrschenden Klasse. Wir hatten sie früher als Stabilitätspolitik unter den Auspizien der *privatmonopolistischen Entwicklungsvariante* des SMK der BRD bezeichnet.⁵⁹

Die Entwicklungstendenzen des Überbaus, die Forcierung korporatistischer Muster u.a. zeigen, daß die Monopolbourgeoisie gegenwärtig Problemlösungs- und Anpassungsstrategien praktiziert, bei denen die Macht- und Entscheidungszentren nicht in den formellen Zentren des Staatsapparates liegen. Trotzdem wäre es völlig unzutreffend, von einer Strategie am Staat vorbei oder ohne den Staat oder gar gegen ihn zu sprechen. Vielmehr geht es um die Bestimmung der Formen, Methoden usw., derer sich der Staat bedient, um die Indienstnahme des Staates durch die Monopole an den formellen Vollzugssträngen der Staats- und Vertretungshierarchie vorbei.

Mitunter wird auch übersehen, daß es unabhängig von den konkreten Herrschafts- und Regierungsvarianten ein Grundzug des SMK war und ist, die Arbeiterklasse und ihre Organisationen in ein System *integrativer Sozialpartnerschaft* zu binden. Dabei wech-

59 Vgl. H. Jung, Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des SMK in der BRD, in: Marxistische Studien 1 (1978). Dort wurde auch der Versuch unternommen, die Entwicklungsrichtung des SMK und die Strategie der herrschenden Klasse von der ökonomischen Basis und ihren Widersprüchen her zu erfassen.

seln freilich, und zwar nach den konkreten Kräfteverhältnissen, die ‚Eintrittsbedingungen‘⁶⁰. Es ist das ständige Streben des Monopolkapitals, nach dem Motto „wenig materielle und soziale Leistung — viel integrative Einbindung“ zu verfahren. Auf der anderen Seite sind selbst sozialpartnerschaftlich orientierte Gewerkschaftsführer zu einer gegenteiligen Interpretation veranlaßt.

Man kann auch bei allen Bemühungen zur korporativen Einbindung, erfolge sie jetzt nach dem sozialliberalen oder dem konservativen Muster⁶¹, nicht übersehen, daß die Gewerkschaften nach wie vor von den wesentlichen Entscheidungsbereichen und -zentren ohnehin ausgeschlossen und ferngehalten bleiben, oder vielfach, wenn sie einbezogen sind, ohne reale Entscheidungsmöglichkeiten und Mitbestimmung bleiben. Das ist bekanntlich nicht nur auf betrieblicher Ebene so. Dementsprechend hat auch die sozialliberale Variante vorwiegend eine ideologische Funktion, berührt aber weniger reale Entscheidungsstrukturen des SMK. Dies wird gegenwärtig offenkundig.

In welchen Varianten auch immer, so ist der SMK gezwungen, *Konsensbildung durch Sozialpolitik* gegenüber der Arbeiterklasse und den Mittelschichten zu betreiben. Angesichts der Sozialstruktur des heutigen SMK muß er einerseits mit dieser Politik weit in die Arbeiterklasse hineingreifen, zum anderen nutzt er zielstrebig objektive Unterschiede und Differenzierungen, um die Spaltung der Arbeiterklasse für sich nutzbar zu machen. Ob die Spaltung zwischen „Kern“ und „Peripherie“ vorangetrieben wird oder ob diese Metapher eher zu Mißverständnissen Anlaß gibt, sei dahin gestellt⁶². Die Tatsachen zeigen aber, daß der SMK vor allem die unorganisierten und schwachen Gruppen auszugrenzen trachtet (Modell USA). Die Möglichkeiten dazu werden allerdings stark

60 In diesem Sinne bietet der sozialliberale Korporatismus den Arbeiterorganisationen einen höheren Preis, vor allem ihren Führungen. Fraglich ist es aber, ob der „Tripartismus“ von Arbeit, Kapital, Staat als ausschließliche Spezifik dieser Variante angesehen werden kann, wie es Hübner und Moraal tun (Vgl. K. Hübner u. D. Moraal, Zwischen Verbändegesetz und ‚Konzertierter Aktion‘, in: Probleme des Klassenkampfes, H. 38 (1/1980), S. 44).

Zutreffend heben sie hervor (ebenda, S. 58), daß die Spezifik einer konservativen Korporatismusvariante darin bestehen würde, auf die innere Struktur und die Machtverhältnisse der Gewerkschaften Einfluß zu nehmen — wie jüngst mit der Brechstange Strauß-Stoiber/CSU und Biedenkopf/CDU. In einem anderen Sinne wird freilich die sozialdemokratische Dominanz heute ebenfalls in den Gewerkschaften geltend gemacht — hier in erster Linie gegen linke und an Klassenpositionen orientierte Kräfte.

61 Ausschließlich einen sozialliberalen Korporatismus zu sehen und nur diesen vom Standpunkt der Bourgeoisie als effektiv zu betrachten, zeugt allerdings von mangelnder historischer Kenntnis und Phantasie (so etwa M. Jäger, Ökonomie und Politik des Sozialliberalen Korporatismus, in: Das Argument, AS 51, Berlin-West 1980, S. 110ff.) Eine CDU-Regierung müßte und würde heute ebenfalls derartige Versuche der Einbindung der Gewerkschaftsführungen unternehmen, wobei sie allerdings noch stärker auf die Autonomie der Marktwirtschaft und den politisch starken Staat gegenüber der Arbeiterklasse pochen würde. Genau genommen ist darin die Schmidt-Regierung auch nicht ‚bescheiden‘.

62 Diesen Terminus verwendet Joachim Hirsch. Andere Sozialwissenschaftler heben die Segmentierungstendenzen hervor. Hirschs Termini stehen im Zusammenhang mit einem antiquierten Vergesellschaftungsmodell. Er nimmt nämlich an, daß Taylorismus und Fordismus auch auf den Überbau durchschlagen müßten. Aber das sind eben die Grundzüge einer früheren Periode. Unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, der ‚neuen Technik‘, wird der intensive Reproduktionstyp durch ganz andere Kennzeichen geprägt, die auch auf die Vergesellschaftung des Überbaus und die Konflikte durchschlagen. Hirsch erfaßt mit seinem Modell bei weitem nicht die heutige Wirklichkeit. Sein Ansatz dient ihm jedoch dazu, sozialökonomisch bestimmte Klassenkategorien aufzugeben: seine Version des ‚Abschiedes vom Proletariat‘! (Vgl. Joachim Hirsch, Roland Roth, ‚Modell Deutschland‘ und neue soziale Bewegungen, in: Probleme des Klassenkampfes, H. 40 (3/1980), S. 14 ff.)

durch die ökonomischen und sozialen Widersprüche bestimmt und begrenzt. So wird die Haushaltssanierung 1981/82 nicht mehr nur Randgruppen treffen, sondern mit einer generellen Rentenminderung auch das Selbstverständnis des Kerns der Arbeiterklasse angreifen. Aber selbst unter diesen Bedingungen wird und kann die Vermittlung von Interessen in die Hegemonialstrategie nicht nur auf rein ideologischen Momenten aufbauen. Sie bedarf immer des materiellen Substrats. Die ausschließliche Bedienung der reichen Leute, der Mittelschichten und bestimmter oberer Randgruppen der Arbeiterklasse wie unter dem *Reagan-* und *Thatcher-*Kurs ist dazu nicht ausreichend. Die Aufnahme und Verarbeitung von Masseninteressen, die die Anbindung an das staatsmonopolistische System involvieren können, bleibt wesentlicher Inhalt der Politik gegenüber der Arbeiterklasse.

Die Durchsetzung der verschiedenen Hegemonialvarianten realisiert sich — allerdings nicht ausschließlich — über verschiedene Parteien und Koalitionen des staatsmonopolistischen Systems mit unterschiedlichen Verbändebindungen. Für das *Adenauer-Regime* war charakteristisch der Unterbau, den die CDU/CSU-Regierung in Unternehmerverbänden, Mittelstands- und Bauernverbänden, Flüchtlingsverbänden, Kirchen u.ä. fand.⁶³ Diese Variante realisierte sich also über die Anbindung konservativer Eigentumsinteressen an das System des SMK. Sie erodierte vor allem dann, als diese „Transmissionsriemen“ einen Bedeutungsverlust hinnehmen mußten und die CDU/CSU-Führung unter *Erhard* sich als unfähig erwies, die neu entstandenen Bedürfnisse und Interessen mit den System- und Wirtschaftsinteressen des Monopolkapitals zu vermitteln.

Das *sozialliberale Regime* beruht demgegenüber in erster Linie auf der Spange Regierung/Parteiführung — monopolistisch kontrollierte Unternehmerverbände — Großkonzerne — Gewerkschaftsführungen und Organisationen, die aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen sind. Damit erhalten die Gewerkschaftsführungen Zugang zu den Spitzen der Administration und zur Regierung.

Der ‚*Sensibilitätsmangel*‘ der bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien sowie der Parlamente drückt tiefgehende Veränderungen im Überbau und Herrschaftsmechanismus des SMK aus. Damit ergibt sich, daß die *Interessen* wichtiger Bevölkerungsgruppen *außerhalb der Parteien* in den verschiedenen Verbänden formuliert werden. Diese Interessen greifen nun über die Präsenz und den Einfluß der Verbände in den Parteiprozeß ein. Sie werden integraler Bestandteil des politischen Prozesses im SMK. Das ist die notwendige Komplementärfunktion zur Verstaatlichung der bürgerlich-sozialdemokratischen Parteien.

Natürlich hat die Aushöhlung der Substanz der sozialliberalen Regierungspolitik und ‚*Führungsfähigkeit*‘ viele Ursachen. Sie hängen mit der Veränderung der ökonomischen und politischen Situation des BRD-Kapitalismus und mit der Preisgabe einer gesellschaftlichen Reformpolitik zusammen. Der Versuch, mit dem propagandistischen ‚*Modell Deutschland*‘ dafür eine Kompensation zu schaffen, war zwar nicht wirkungslos, brachte aber im Sinne seiner Urheber bei weitem nicht die erwartete ideologische Integrationsfähigkeit.

63 Eine im Grundprinzip richtige Erfassung (und Anwendung auf die Geschichte der Gegenwart der BRD) des Zusammenhangs von Ökonomie-Bedürfnissen/Interessen — Verbände — Partei- und Hegemonialkonstellationen — Politik und Staat liegt m. E. der Analyse der SOST zugrunde (Vgl. SOST, Eine linke Alternative zum gescheiterten ‚*Modell Deutschland*‘, ebenda, S. 64ff.)

Wie dem aber immer sei, so setzte die *reale Erosion sozialliberaler Macht* in den vergangenen Jahren vor allem auf der Interessenvermittlungsebene ein. Sie kann mit den Schlagworten Bürgerinitiativen, Ökologiebewegung, Anti-KKW-Bewegung, neue soziale Bewegungen, Alternativgruppierungen — einschließlich der Grünen, Bunten usw. — umrissen werden. Hinzu kommt die gegenwärtig rasch wachsende Friedens- und Anti-Raketenbewegung. Beachtet werden müssen auch die Bewegungen um die Erhaltung der demokratischen Grundrechte, weil sie angesichts der autoritären Tendenzen des Sicherheits- und Herrschaftsapparates des SMK und den damit zwangsläufig verbundenen Exzessen jederzeit Massencharakter annehmen können.⁶⁴

Ungeachtet der generationsspezifischen Sprünge erfolgt hier der Aufbau einer alternativen Verbändestruktur auf der Basis von Interessen, die die sozialliberale Konstellation an der Regierung nicht zu integrieren in der Lage ist, wie noch nach den 60er Jahren die APO. Mit Gewißheit kann festgestellt werden, daß die CDU/CSU, in welchen Kombinationen auch immer — an der Regierung oder in der Opposition —, dazu ebenfalls nicht in der Lage wäre. Eine Sozialdemokratie in der Opposition bedürfte der Umorientierung auf die ‚*Eppler-Richtung*‘, um dabei wesentliche Erfolge haben zu können. Da die wesentliche gesellschaftliche Funktion der Sozialdemokratie in der Integration potentiell antikapitalistischer Kräfte in das System des SMK besteht, bedarf es keines besonderen Scharfsinnes — übrigens auch infolge der an der Oberfläche liegenden empirischen Gründe —, daß sich in der BRD das Schicksal der sozialliberalen Hegemonialstrategie auf diesem Feld entscheiden wird, also ob es der Sozialdemokratie gelingen wird, diese Felder unter Kontrolle zu nehmen oder nicht.

Für die gewiß in der BRD nicht allzu starken bewußt antikapitalistischen und antimonopolistischen Kräfte, wie sie sich im Kern um die DKP gruppieren und in ihr organisieren⁶⁵, ergeben sich, wie generell für die Linke insgesamt, bedeutende Aufgaben und Möglichkeiten. Sicher ist es noch ein weiter Weg bis zur Realisierung einer *antimonopolistischen, von der Arbeiterklasse getragenen Hegemonialstrategie*. Aber der Weg dazu muß schon heute beschritten werden. Dabei steht der Kampf gegen die Rüstung und Raketenrüstung an erster Stelle, weil die zunehmende Militarisierung nahezu zwangsläufig den Autoritarismus des SMK befördern müßte. Die relative Stabilität der Verhältnisse, deren man sich ja bei allen aufbrechenden Gegentendenzen bewußt bleiben muß, hängt in hohem Maße daran, daß bis jetzt die Massenorganisationen der Arbeiterklasse noch von den neuen sozialen und demokratischen Bewegungen abgeschottet sind. In der Herstellung von Verbindung und Solidarität entscheidet sich wesentlich die reale Perspektive von gesellschaftlichen Veränderungen.

Schließlich sei abschließend festgehalten, daß die in diesem Beitrag behandelte Veränderung der Überbaustrukturen des SMK auch Anlaß sein muß, antimonopolistische

64. Sehr hilfreich zur Erfassung dieser Phänomene des Entstehens neuer Strömungen und der Bildung neuer Organisationen ist das Konzept von den „freien“ und den „besetzten“ Organisationsfeldern. Auf besetzten Organisationsfeldern, etwa in der Arbeiterklasse, ist es für neue Forderungen, Interessen, Strömungen usw. wesentlich schwerer sich zu artikulieren und durchzusetzen, als auf neuen Feldern, wie der Ökologie, generell den Interessenfeldern der neuen sozialen Bewegungen. (Heinz Petrak u. a., *Proletariat der BRD*, Berlin/DDR 1976)

65. Vgl. zum aktuellen Stand der Formulierung der Programmatik und Politik der DKP: Rechenschaftsbericht des PV an den Parteitag der DKP und Materialien und Beschlüsse des Parteitages der DKP von Hannover, Mai 1981, Düsseldorf 1981

Alternativen noch stärker zu durchdenken und zu konkretisieren. Dies gilt besonders für Nationalisierungs- und Verstaatlichungsforderungen. Wie auch immer die Machtor-
ganisation des SMK beschaffen sein mag, sie beruht letztlich auf der ökonomischen
Macht der Monopole und dem monopolkapitalistischen Eigentum. Die Macht des SMK
ist deshalb nicht gleich der Luft, die überall, aber doch nicht faßbar ist.

Finanzkapital und Staatsverschuldung

Angelina Sörgel

1. Einleitung — 2. Struktur des Finanzkapitals in der BRD — 2.1 Industrie- und Handelsmonopole — 2.2 Bankmonopole — 2.3 Die gegenseitige Verflechtung von Industrie- und Bankmonopolen — 3. Einwirkung des Finanzkapitals auf Maßnahmen und Finanzierung staatlicher Wirtschaftspolitik — 3.1 Verhältnis Finanzkapital/Wirtschaftspolitik — 3.2 Staatsverschuldung — Wem dient sie?

1. Einleitung

Gegenwärtig ist die Kontroverse um die wachsende Staatsverschuldung aus der wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Diskussion nicht mehr wegzudenken. Ein Schuldenstand der öffentlichen Hand von 454 Mrd. DM und die im Mai 1981 angekündigte Erhöhung der Nettokreditaufnahme des Bundes um zusätzliche 10 Mrd. DM im Haushaltsjahr 1981, die damit erneut den Investitionsbedarf überschreiten wird, sind Anlaß genug.

Auf den ersten Blick erstaunlich ist dabei die Stoßrichtung dieser Auseinandersetzung. In der deutschen Geschichte war ein auffälliger Anstieg der öffentlichen Schuld immer eng mit dem Interesse des Finanzkapitals an imperialistischen Eroberungskriegen des deutschen Reiches verknüpft; sie diente der Finanzierung der zusätzlichen Belastung des Haushalts durch Aufrüstung und Krieg. 60 % der Kriegskosten wurden im ersten Weltkrieg durch Kriegsanleihen finanziert, und vorher schon war die schwebende Reichsschuld erhöht worden — die Bewilligung der Kriegskredite durch die deutsche Sozialdemokratie ist ein historischer Wendepunkt in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Erst ab 1915/16 wurden Steuererhöhungen durchgeführt. Auch der 2. Weltkrieg wurde nur zu ca. 25 % aus Steuern finanziert, während die öffentliche Verschuldung sich von 1939 bis 1944/45 mit einer Steigerung von 30,8 auf 387,2 Mrd. RM mehr als verzehnfachte.² Auch in der Analyse der westdeutschen Nachkriegsentwicklung werden Staatsfinanzen und Aufrüstung in Zusammenhang gebracht.³

Im Unterschied dazu scheinen sich die Fronten heute geradezu verkehrt zu haben: Die ideologischen und politischen Vertreter des Finanzkapitals in Verbänden, Parteien und Regierung attackieren die Staatsverschuldung heftig, lehnen ihre weitere Erhöhung ab oder schlagen mindestens einen Kurs der Haushaltskonsolidierung ein, während Vertreter der Gewerkschaften und fortschrittliche Wirtschaftswissenschaftler eine Erhöhung der Staatsverschuldung fordern und sich bemühen, deren Vereinbarkeit mit Preisstabilität und investitionsfördernder Kreditpolitik nachzuweisen.

1 Handelsblatt v. 4.5.1981, Nr. 84, S. 3

2 Zahlenangaben nach Hans Mottek u.a., Wirtschaftsgeschichte Deutschland, Ein Grundriß, Band III, Berlin (DDR), 1975², S. 335 und 201.

3 So konnte 1955 einmalig in der Geschichte der BRD aufgrund steigender Beschäftigung ein Haushaltsüberschuß erzielt und stillgelegt werden, der sog. „Julius-Turm“, der dann ab 1957 durch den bis dahin durch die Alliierten verzögerten Wiederaufbau der westdeutschen Armee schnell verbraucht wurde; 5,2 Mrd. DM waren schon im Haushalt 1955 bewilligt worden. Siehe H. Lilje, Deutschland von 1955—1963 — Von den Pariser Verträgen bis zum Ende der Ära Adenauer — Hefte zum Zeitgeschehen, Hannover 1965.

Die Dringlichkeit des Problems, die Heftigkeit der Kontroverse und die Positionen der Kontrahenten erfordern eine genauere Analyse der Staatsverschuldung besonders unter dem Gesichtspunkt ‚Cui bono?‘: Wem dient sie eigentlich? Sind die Interessenssätze so verkehrt, wie es sich in der öffentlichen Meinung darstellt? Oder werden wir von der veröffentlichten Meinung hinter's Licht geführt?

2. Struktur des Finanzkapitals in der BRD

2.1 Industrie- und Handelsmonopole

Das Finanzkapital in der BRD stellt sich gegenwärtig mächtiger dar als jemals zuvor. In der Industrie hat die Konzentration des Kapitals seit Kriegsende ihren bisherigen Höchststand erreicht. Nach den Berechnungen der Monopolkommission steigt die Konzentrationsrate der einzelnen Branchen der Industrie in der Mehrzahl seit 1954 an.⁴ Bezogen auf den Durchschnitt der Industriebranchen vereinen heute 3 Unternehmen mehr als ein Viertel, 6 mehr als ein Drittel und 10 mehr als 40 % des Umsatzes ihrer Branche auf sich. Zieht man die tiefer gegliederten Wirtschaftszweige zur Beurteilung heran, so beträgt der Umsatzanteil der 3, 6 und 10 größten Unternehmen sogar 37 %, 50 % und 57 %. 1980 gibt es in der BRD 22 Unternehmen mit mehr als 10 Mrd. DM Umsatz — noch vor wenigen Jahren (1967) gab es kein einziges entsprechendes Unternehmen. In sechs Branchen liegt allein der Anteil der 3 größten Unternehmen über 50 % des Umsatzes, in 11 Branchen insgesamt über einem Drittel:

Tabelle 1: Wirtschaftliche Bedeutung der hoch und sehr hoch konzentrierten Industriezweige

Industriezweig	Anteil der 3 größten am Zweigum- satz in %	Anzahl der Unternehmen	Anteil des Industriezweigs am Industrie- umsatz in %	an den Beschäftigten in der Industrie in %
Luft- und Raumfahrt	81	37	1	1
Büromaschinen/EDV	76	82	1	1
Tabakverarbeitung	70	58	2	1
Bergbau	66	104	2	3
Mineralöl	58	62	6	1
Kraftfahrzeugbau	54	471	10	8
Schiffbau	44	117	1	1
Zellstoff-, Papier- und Pappeverarbeitende In- dustrie	39	141	1	1
Eisenschaffende Indu- strie	36	82	4	4
Elektrotechnik	32	2 362	10	10
Chemische Industrie	26	1 590	12	8

Quelle: Monopolkommission, a.a.O. (FN4), Tabelle I.4, I.7., I.3

Mehr als 40 % des Gesamtumsatz der Industrie wird also in Branchen mit hoher und sehr hoher Konzentration umgesetzt, die beinahe ein Drittel aller Arbeiter und Angestellten in der Industrie beschäftigen.

Daß der Konzentrationsgrad auch außerhalb des produzierenden Gewerbes hoch ist, läßt sich aus der Struktur der 100 größten Unternehmen ablesen. 32 von ihnen stammen aus dem Groß- und Einzelhandel (21), der Verkehr- und Nachrichtenübermittlung (3) und den sonstigen Dienstleistungen (3) sowie dem Bauhauptgewerbe (5); sie vereinen zusammen 20 % des Umsatzes der 100 Größten und 41 % (Bau) bzw. je 11 % (Einzelhandel/Verkehr) des Zweigumsatzes auf sich.⁵

Diese Entwicklung wird sich auch in den achtziger Jahren fortsetzen. Ein Indiz dafür ist die Zentralisationsbewegung. 1966 wurden 43 Zusammenschlüsse angemeldet, seit 1969 ist ihre Zahl nicht mehr unter 200 gesunken und seit 1973 steigt sie unabhängig von der konjunkturellen Lage ununterbrochen an. Allein von 1974 bis 1978 ist fast eine Verdoppelung eingetreten. Insgesamt wurden 1973—1979 fast 3.000 Zusammenschlüsse angemeldet.⁶

Die Konzentration wirtschaftlicher Macht beschränkt sich nicht auf das absolute und relative Größenwachstum der Konzerne aus Industrie und Handel; ihr potentiell ökonomisches Gewicht wird noch vervielfältigt durch gegenseitige kapitalmäßige und personelle Verflechtungen.⁷ So halten 16 der 100 größten Unternehmen der BRD 21 Beteiligungen an anderen Monopolen aus dem Kreis der 100. Die 100 Größten insgesamt hielten 1978 direkt und indirekt Anteile an ca. 5.700 anderen Gesellschaften im Inland. Davon waren 332 „Gemeinschaftsunternehmen“, an denen mindestens 2 oder mehr Unternehmen der 100 Größten gemeinsam beteiligt waren. Diese halten ihrerseits wieder 381 Gemeinschaftsunternehmen-Töchter und 134 Gemeinschaftsunternehmen-Beteiligungen⁸, zusammen also 847. Diese Gemeinschaftsunternehmen sind 65 Unternehmen aus dem Kreis der 100 zuzurechnen (überwiegend an der Spitze der Rangfolge).

Diese Beteiligungen sind der Zweigstruktur nach bei einer wachsenden Zahl von Unternehmen relativ breit gestreut. Die ersten 10 Monopolunternehmen der BRD sind schwerpunktmäßig in 6 Industriezweigen angesiedelt, aber ihre Beteiligungen erstrecken sich auf ca. 20 Industriezweige. Dabei handelt es sich z.T. um vor- oder nachgelagerte Produktionsstufen, z.T. auch um völlig andere, wachstumsintensive Industriezweige und in der Mehrzahl der Fälle auch um Finanzierungs- und Wohnungsbaugesellschaften.⁹ Auch die Auslands-Beteiligungen nehmen in den letzten Jahren zu. Einige der größten Fusionen seit 1978 waren Beteiligungen an ausländischen Unternehmen.¹⁰

4 Datenquelle: Monopolkommission, Hauptgutachten 1978/79, Fusionskontrolle bleibt vorrangig, Baden-Baden 1980, Tzf. 195 passim.

5 Daten zu diesem Abschnitt: Ebd., Tzf. 315, Tabelle 8.

6 Kartellbericht 1970 in: BTDr Nr. VI/2380, Bonn 1971;

Kartellbericht 1972 in: BTDr Nr. 7/986, Bonn 1973;

Kartellbericht 1978 in: BTDr Nr. 8/2980, Bonn 1980, Tabelle 1.

7 Monopolkommission, a.a.O., Tzf. 330 passim.

8 Als Gemeinschaftsunternehmen-Tochter wird eine Beteiligung von Gemeinschaftsunternehmen von 50 % und mehr bezeichnet, als Gemeinschaftsunternehmen-Beteiligung eine Beteiligung unter 50 %. Vgl. Monopolkommission, a.a.O., Tzf. 366.

9 Berechnet nach den Geschäftsberichten. Die Höhe der jeweiligen Beteiligungen ist dabei nicht berücksichtigt.

10 Z.B. erwarben Thyssen, Siemens, VW, BASF und Bayer Werke in den USA, VW in Brasilien.

Darüberhinaus bestehen bei 40 der 100 Größten personelle Verflechtungen mit mindestens 1 anderen Monopolunternehmen durch Geschäftsführungsmitglieder, bei 82 von 90 der 100 durch die Besetzung der Kontrollorgane.¹¹

Diese Zahlen lassen auf die Existenz eines bedeutenden ökonomischen Machtblocks im Bereich des Industrie- und Handelskapitals schließen, dessen Gewicht in den letzten Jahren zugenommen hat und der durch Diversifikation und Kapitalexpert gegen die Wechselfälle struktureller und nationaler Krisen zunehmend abgeschirmt ist.

2.2 Bankmonopole

Eine analoge Marktvermachtung läßt sich auf dem Sektor der Banken nachweisen. Im Bankensystem der BRD arbeiten 1980 rd. 3.300 Banken (incl. Bausparkassen, ohne Bundesbank), von denen 3 (mit West-Berliner Niederlassungen 6) zu den sogenannten Großbanken zählen: die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Commerzbank.¹² Diese 0,8 % aller Kreditinstitute ziehen rund 10 % des Geschäftsvolumens aller Banken auf sich, das aus teilweise weit höheren Anteilen an einzelnen Geschäftssparten entspringt.

Nach Geschäftssparten entfallen 1980 auf die Großbanken 8–10 % der Kredite an Banken und Nichtbanken, aber knapp ein Viertel derjenigen, die an das produzierende Gewerbe und 15 %, die an den Handel vergeben werden; fast ein Drittel aller Beteiligungen, die noch um Anteile aus den Posten „Wertpapiere“ und sonstige Vermögensgegenstände ergänzt werden müßten¹³; schließlich Anteile um 10 % bei den verschiedenen Einlagen. Diese Konzentration steigt seit den sechziger Jahren an¹⁴.

11 Monopolkommission, a.a.O., Tzf. 389 passim, Tabelle II.3 und II.4.

12 Die Klassifikation erfolgt nach dem Geschäftsvolumen und der Rechtsform; 69 Banken der 3366 Kreditinstitute haben ein Geschäftsvolumen von 5 Mrd. und mehr und fallen damit in die oberste der 10 Größenklassen in 1980. (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, III. Kreditinstitute, Tabelle 24, 12/1980.) Gemessen an der Bilanzsumme müßten als Großbanken an und für sich auch die Westdeutsche Landesbank, die Bayerische Vereinsbank, die Bayerische Landesbank und die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, die Hessische und die Norddeutsche Landesbank und die Bank für Gemeinwirtschaft angesehen werden.

13 Es können nämlich auch Beteiligungen über 25 % von den Banken — im Unterschied zu den anderen Aktiengesellschaften, die nach §§ 20 und 21 AktG. zu deren Veröffentlichung verpflichtet sind — unter dem Posten „Wertpapiere“ eingestellt werden, wenn keine Beteiligungsabsicht vorliegt, d.h. die Absicht, diese Beteiligungen längerfristig zu halten und sich wirtschaftlich eng an das entsprechende Unternehmen zu binden. Eine präzisere Bestimmung der Beteiligungsabsicht wird gesetzlich nicht gegeben. Das führt dazu, daß unter der Position „Beteiligungen“ fast ausschließlich Bank- oder Finanzbeteiligungen ausgewiesen werden, während die Beteiligungen an Nichtbanken unter „Wertpapieren“ verbucht werden. Nach Berechnungen von Hofmann für 1967 betrug der Anteil der Beteiligungen an den Wertpapieren nominal 850 Mio DM; das sind fast noch einmal 100 % der offiziell ausgewiesenen Beteiligungen von 868 Mio DM! Vgl. Mathias Hofmann, Aspekte der Beteiligungspolitik deutscher Banken, in: Zeitschr. f.d. ges. Kreditwesen (1971), Nr. 2, S. 55. Die dadurch gegebene Verschleierung der Beteiligungshöhe wird noch durch die rechtliche Möglichkeit ergänzt, Wertpapiere und Forderungen des Umlaufvermögens unterzubewerten gegenüber dem nach § 155 AktG vorgeschriebenen oder zugelassenen Wert, „soweit dies nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute notwendig ist“ (§ 26 a KWG). Das Ausmaß der dadurch ermöglichten stillen Reservebildung erhellt sich aus einem Vergleich der oben angegebenen Wertpapiere allein zu dem Kurswert der Großbankbeteiligungen an Karstadt und Kaufhof, die im selben Jahr 2,2 Mrd. DM betragen! Vgl. Hofmann, a.a.O., S. 55.

14 Vgl. Monopolkommission, Hauptgutachten 1973/1975, Mehr Wettbewerb ist möglich, Baden-Baden 1976, Tzf. 401 passim.

Tabelle 2: Anteile am Geschäftsvolumen und Marktanteile einzelner Sparten der Geschäftstätigkeit der Großbanken 1960, 1970 und 1980 (in Mio. DM und Prozent)

	1960		1970		1980	
	in Mio DM	in v. H.	in Mio DM	in v. H.	in Mio DM	in v. H.
Geschäftsvolumen	28.652	10,9	83.565	10,2	225.325	9,6
Kredite an inländ. Unternehmen und Privatpersonen	—	—	47.862	11,1	116.967	10,3
Kredite an öffentliche Haushalte	—	—	3.088	3,7	18.108	5,6
Kredite an Banken	3.616	6,6	15.808	7,4	49.519	7,5
Kredite an Nichtbanken	19.647	11,5	55.510	10,2	145.879	9,5
Kredite an das verarbeitende Gewerbe	—	—	34.340	28,5	33.394	23,2
Kredite an Handelsunternehmen	—	—	8.707	16,2	14.009	14,8
Wertpapiere	3.069	15,9	5.498	22,4	11.400	20,1
Beteiligungen	175	17,0	1.212	24,3	6.116	32,1
Einlagen und aufgenommene Kredite von Kreditinstituten	35.377	9,8	17.181	8,8	59.620	9,9
— von Nichtbanken	—	—	59.152	13,2	35.350	2,3
Kapital incl. offene Rücklagen	—	—	3.375	11,5	10.440	13,6

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Statistische Beihefte, Reihe 1, Banken-Statistik nach Bankengruppen, versd. Jg.

Die Geschäfte werden mit einem relativ geringen Eigenkapital getätigt: Eine exemplarische Berechnung von Immenga für Bankenbeteiligungen an 382 börsennotierten Industrieunternehmen, mit der 80 Beteiligungen im Wert von 1.007,03 Mill. DM (nominal) erfaßt wurden, ergab eine Relation zwischen Grundkapital und Beteiligungen von 43,2 % (für die Deutsche Bank: 56 %). Wenn man dem Grundkapital die offenen Rücklagen zuschlägt, liegt diese Relation bei 13,6 % (Deutsche Bank: 16,0 %). Diese Beteiligungen werden nominal ausgewiesen. Bei Berücksichtigung ihres Steuerkurses erhöht sich dieses Verhältnis auf 73,8 % (Deutsche Bank: 104,6 %), d.h. bei einer Mark Grundkapital können beinahe in gleicher Höhe Beteiligungen erworben werden.¹⁵

15 Vgl. Ulrich Immenga, Beteiligungen von Banken in anderen Wirtschaftszweigen. Aktualisierte Fassung einer Studie im Auftrag der Generaldirektion Finanzinstitutionen und Steuerfragen, Baden-Baden 1978², Tabelle 12, S. 160 und S. 157.

Insgesamt halten die Großbanken 1980 also mit einem Grundkapital von 10,44 Mrd. DM (incl. Rücklagen) eine Barreserve von 950 Mill. DM, haben sie ein Kreditvolumen von 195,4 Mrd. DM und Besitz an Wertpapieren und Beteiligungen für 17,516 Mrd. DM. Sie verfügen also über ein überdurchschnittlich hohes wirtschaftliches Potential, gemessen am eingesetzten Kapital: Mit nur 10 Mrd. DM Grundkapital wird ein Geschäftsvolumen von 225 Mrd. DM erzielt, also mehr als das Zwanzigfache.¹⁶

Das Prinzip des Finanzkapitals, mit einem relativ geringen eigenen vorgeschossenen Kapital ein Maximum an gesellschaftlichem Kapital zu beherrschen, erschöpft sich aber bei den Banken nicht in ihrem Besitz, sondern erstreckt sich, vermittelt durch rechtliche und vertragliche Bedingungen, weit über ihr eigenes Eigentum hinaus: Die Handhabe dazu bietet ihnen ihre Eigenschaft als Eigen- oder Fremdkapitalgeber von Unternehmen und die Verknüpfung dieser Funktionen in der BRD im Rahmen des Universalbankensystems sowie darauf fußender personeller Vertretungen in Verwaltungsorganen.

Über ihre *Beteiligungen* üben die Banken einen erheblichen Einfluß aus:

Bei nicht-emissionsfähigen, also i.d.R. kleineren Gesellschaften, werden die Beteiligungsbedingungen über individuelle Verträge ausgehandelt. Häufig bedienen sich die Banken dazu eigener Kapitalbeteiligungsgesellschaften. Das Ausmaß der Abhängigkeit hängt von verschiedenen Faktoren ab; im Prinzip ist aber allein durch die Größenrelation der Vertragsparteien der geringe Verhandlungsspielraum der Unternehmen abgesteckt.

Bei den emissionsfähigen Gesellschaften gelten die Vorschriften des Aktiengesetzes. Die Stimmenmehrheit eröffnet damit einen beherrschenden Einfluß in bezug auf die Bestellung, Kontrolle und Entlastung des Vorstands bzw. des Aufsichtsrats und die Verwendung des Bilanzgewinnes¹⁷ und, dadurch vermittelt, die ganze Unternehmenspolitik; die Minderheitsbeteiligung schließt ab 25 % ein Veto-Recht in bezug auf alle gravierenden Änderungen der Geschäftspolitik ein (z.B. Kapitalerhöhung oder -herabsetzung, Änderung von Unternehmensverträgen, von Unternehmensgegenständen, Verschmelzungen¹⁸)¹⁹.

Diese gesetzlichen Regelungen geben den Banken ein Machtinstrument in die Hand, besonders, weil sie nicht allein als Gesellschafter in eigener Sache auftreten, sondern über das Vollmachtstimmrecht verfügen (Stimmabgabe für die Aktien ihrer Depotkunden durch die Banken auf den Hauptversammlungen)²⁰. In der BRD befindet sich, von

16 Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Statistische Beihefte, Reihe 1, Bankenstatistik nach Bankengruppen, Heft 12/1980.

17 §§ 101, 102, 119, 163, 84 Aktiengesetz.

18 §§ 193, 202, 182, 222, 229, 179, 340, 262, 292, 295 AktGes.

19 Diese Einflußmöglichkeiten werden noch dadurch gesteigert, daß die Kapitalanteile in den Hauptversammlungen auf das dort vertretene Kapital bezogen werden. Der Repräsentationsgrad beträgt aber im Schnitt 70–80 %. Es würden also bei einer Repräsentation von 80 % des Kapitals schon 20 % Stimmrechtsanteile ausreichen für das Vetorecht, bei 70 Prozent sogar nur 17,5 %.

20 Mit der Aktiengesetzreform von 1965 sollte dieses Recht eingeschränkt werden; die Bank muß heute nach Angabe eigener Vorschläge die Kunden um Weisungen bitten. Diese Möglichkeit wird aber nur von einem sehr geringen Anteil der Kunden ergriffen; z.B. von 300.000 Kunden der Bayerischen Hypothekbank nahmen es nach Immenga 350 wahr (Immenga, a.a.O., S. 101). Soweit aber keine eigenen Weisungen vorliegen, kann die Bank nach ihren eigenen Vorstellungen abstimmen.

geringfügigen Schwankungen abgesehen, seit den sechziger Jahren rund die Hälfte aller inländischen Aktien in den Depots der Banken:

Tabelle 3: Depotmäßige Verwahrung von Aktien inländischer Emittenten und Eigenbestand der Kreditinstitute (Mrd. DM Nominalwert — Stand per Jahresresultimo)

	1963	1965	1970	1975	1976	1977	1978	1979
Gesamtumlauf	38,0	44,1	54,5	73,8	76,3	80,2	82,7	85,0
— in Depots incl. Bundesbanken (Mrd. DM)	21,0	23,6	29,6	36,5	38,7	40,2	41,9	43,4
— Anteil am Gesamtumlauf (in v.H.)	55,2	53,6	53,6	49,5	50,7	50,1	50,7	51,1
— in Eigenbeständen (Mrd. DM)	1,8	2,2	3,6	5,5	5,7	6,1	6,1	6,3
— Anteil am Gesamtumlauf (in v.H.)	4,7	5,0	6,5	7,5	7,5	7,6	7,4	7,4
In Banken vertretenes Aktienkapital								
— absolut (Mrd. DM)	22,8	25,8	31,4	42,0	44,4	46,3	48	49,7
— in v. H.	59,9	58,6	60,1	57,0	58,2	57,7	58,0	58,5

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Kapitel „Die Wertpapierunterbringung im Jahr...“, im Mai-Heft verschd. Jahrgänge/Eigene Berechnung

Von den Banken wurde also, zusammen mit ihren Eigenbeständen, im Schnitt ein Anteil von rund 60 % des Aktienkapitals vertreten. Für einzelne Unternehmen bedeutet das ihre völlige Beherrschung durch die Banken. Nach den Angaben der Monopolkommission verfügte Ende 1974 allein ein einzelnes Kreditinstitut bei 149 Unternehmen der 2.036 Aktiengesellschaften über 50 % und mehr der Stimmrechte! Insgesamt wurden von den 328 befragten Banken 7.374 Fälle von Stimmrechtsvertretung gemeldet, davon 22 % allein von den Großbanken (incl. West-Berliner Filialen). 89 % lagen allerdings unter 5 %. Diese Stimmrechte basieren auf vertretenem Eigenbesitz (38 %), auf vertretenem Kundenbesitz (42 %), auf vertretenem Drittbesitz (7 %) und auf Kombinationen davon (12 %).²¹

Bezogen auf die 100 größten Aktiengesellschaften der BRD hatten die Banken in 56 Fällen Stimmrechtsanteile über 5 %, dabei in 30 Fällen über 50 %; bei den Konzernen liegt die Quote also erheblich über dem Durchschnitt. Der durchschnittliche Gesamtstimmrechtsanteil lag bei 57 %, von dem nur 7 % auf Eigenbesitz beruhen. Dieser Eigenbesitz hat bei den „kleineren“ Aktiengesellschaften größere Bedeutung, bei den 10 Größten dagegen betragen die Depotstimmrechte 63 %.²²

21 Monopolkommission, Hauptgutachten 1973/75, a.a.O., Tzf. 511.

22 Monopolkommission, Hauptgutachten 1976/77, Fortschreitende Konzentration bei Großunternehmen, Baden-Baden 1978, Tzf. 522.

Der Beteiligungsbesitz und besonders die Stimmrechtsvertretung durch Vollmachten sind das Hauptmittel der Ausübung wirtschaftlicher Macht durch die Banken; sie sind aber nicht das einzige. Auch die Gestaltung der Kreditbeziehungen gibt ihnen kein unwichtiges Druckmittel in die Hand.

Einmal nehmen die Banken allgemein eine „Kreditwürdigkeitsprüfung“ vor, die zwar ihre Berechtigung hat, aber ein einseitiges Verhältnis konstituiert und das Geheimhaltungsinteresse des Unternehmens verletzt, ohne selber auf die Bank einen externen Einfluß zuzulassen. Zum andern kann im Zuge der Kreditsicherung eine Mitsprache in bezug auf wesentliche Investitions- und Produktionsentscheidungen durchgesetzt werden: „Insbesondere können die Banken durch bewußte kartellartige Abgrenzung und Abstimmung der Investitionsprogramme verschiedener, miteinander konkurrierender Unternehmen, die in ihrem Einflußbereich liegen, zur Ausschaltung oder Verringerung starken Marktwettbewerbs ihre Eigeninteressen der Kreditsicherheit und Rentabilität bei allen Nichtbanken durchsetzen.“²³

Die genaue Kenntnis der Ertragslage der kreditbeziehenden Unternehmen und die darauf fußenden Mitspracherechte potenzieren den schon aus Beteiligungen und Stimmrechten resultierenden Einfluß. Leider ist er nicht quantifizierbar:

Aus Tabelle 1 war ersichtlich, daß ein großer Teil der Kredite an das produzierende Gewerbe und auch an den Handel von den Großbanken vergeben wird. Gleichzeitig verfügen sie über ein Viertel aller Beteiligungen und einen beinahe ebensogroßen Anteil an allen Stimmrechten der Kreditinstitute. Durch ihre Eigenschaft als Universalbanken, d.h. die gleichzeitige Ausübung des Kredit-, Einlagen- und Wertpapiergeschäfts, können die informationsmäßigen Vorsprünge aus dem Kreditgeschäft bei der Beteiligungspolitik genutzt werden. Umgekehrt besteht ebenso die Gefahr, daß bei der Anlagenberatung der Kunden das Eigeninteresse der Bank überwiegt.²⁴

Hohe und dabei leicht zunehmende Konzentration innerhalb des Bankensektors, Konzentration einflußreicher Geschäftssparten bei den Großbanken und die zahlreichen Weiterungen, die aus Beteiligungsbesitz, Stimmrechten und Kreditvergabe folgen, ermöglichen einen weitreichenden Einfluß der Banken auf die wirtschaftliche Entwicklung, der von ihnen auch zielbewußt genutzt wird; einzelne Branchen — z.B. der Brauereisektor — wurden von ihnen umstrukturiert und völlig neu organisiert,²⁵ in anderen bestimmen sie durch ihre Beteiligungen an den wichtigsten Monopolunternehmen Entscheidungen über Investitions- und Produktionsstrukturen, die volkswirtschaftliche Größenordnungen haben. Dies geschieht allerdings in einer z.T. widerspruchsvollen Zusammenarbeit mit den Repräsentanten der Großunternehmen selbst, mit denen das Bankkapital eng verflochten ist.

2.3 Die gegenseitige Verflechtung von Industrie- und Bankmonopolen

In ihrem ersten Gutachten hat die Monopolkommission Befragungen und Berechnungen durchgeführt, um die Zahl der AR-Mandate der Bankengruppen in allen Ak-

23 Konrad Müller, Die Stellung der Banken im Wirtschaftssystem der BRD — Ihre potentiellen und faktischen Einflüsse auf Nichtbankunternehmen — Diskussionspapier Nr. 16 des Instituts für das Spar-, Giro- und Kreditwesen an der Universität Bonn, Bonn 1977, S. 60.

24 Darauf weist auch die Monopolkommission in ihrem ersten Hauptgutachten hin. Siehe ebenda, Tzf. 544.

25 vgl. K. Müller, a.a.O., S. 37.

tiengesellschaften zu ermitteln. Danach hatten 1974 641 Aktiengesellschaften des Nichtbankensektors Aufsichtsratsvertreter von Kreditinstituten (das entspricht 31 % der Aktiengesellschaften). Von allen Aufsichtsratsmitgliedern waren 986 oder 28 % Bankenvertreter; in fast der Hälfte dieser Unternehmen wurde ein Aufsichtsratsvertreter von einer der Großbanken gestellt.²⁶

Wesentlich genauer und aktueller läßt sich die Verflechtung zwischen Industrie-, Bank- und auch Staatsunternehmen am Beispiel der 100 umsatzgrößten Unternehmen der BRD ablesen:²⁷ Die Summe der Beteiligungen wurde oben schon genannt. Unter den Anteilseignern dieser Beteiligungen stehen nach den ausländischen Beteiligungen (41 Fälle in 1978, darunter 29mal ausländische Großunternehmen) die Beteiligungen aus dem Kreis der 100 selbst mit 37 Fällen an zweiter Stelle. Die Banken und Versicherungen sind 32mal an Unternehmen aus dem Kreis der 100 beteiligt. Schließlich ist die öffentliche Hand unter den Großunternehmen mit 6 Mehrheitsbeteiligungen und 16 Beteiligungen insgesamt recht stark vertreten. 19 Unternehmen der 100 befinden sich in Streubesitz, und zwar überwiegend die größten: Sie allein haben einen Anteil von einem Drittel am Gesamtumsatz der Gruppe, wobei auf die größten 7 davon ein Viertel entfällt. Den entscheidenden Einfluß üben in diesen Fällen die Banken über die Stimmrechtsvertretung aus.

Neben der anteilmäßigen Verflechtung hat die Monopolkommission 1978/79 zum ersten Mal auch die personelle Verflechtung unter den 100 größten Unternehmen ermittelt.²⁸ Danach sind 40 der 100 durch Organe der Geschäftsleitung und 83 der 100 durch Kontrollorgane personell verflochten (davon 34 mit mehr als 10 anderen!). Insgesamt bestehen 956 personelle Verflechtungen. Von den 1.480 Sitzen in Kontrollorganen der 100 Monopolunternehmen entfallen 14 % auf Vertreter der Gewerkschaften, 10 % auf Vertreter der Kreditinstitute und 1 % auf die Versicherungen. Der hohe Anteil der Gewerkschaftsvertreter wurde in der Berichterstattung über das dritte Hauptgutachten in der Fachpresse besonders herausgestellt. Dabei wurde der qualitative Unterschied von Kontrollorgansmitgliedern der Kapital- und der Arbeitnehmerseite bewußt negiert. Auch die quantitative Verflechtung durch die Auswirkungen des Mitbestimmungsgesetzes ist nicht annähernd so bedeutend wie es auf den ersten Blick scheint, wenn man die Zahl der betroffenen Unternehmen zugrundelegt: In 76 Gesellschaften senden die Gewerkschaften Vertreter, in 61 die Kreditinstitute und in 16 die Versicherungen. Das Verhältnis wird sogar ins Gegenteil verkehrt, wenn nach der Verursachung der Verflechtung gefragt wird: Die Banken liegen an der Spitze mit 57 Fällen (in 31 davon verflechten sie mehr als 5 Unternehmen miteinander), die Gewerkschaftsvertreter verursachen 36 Verflechtungen und die Versicherungen 15. Noch deutlicher wird der wahre ökonomische Sachverhalt, wenn man die Art der Mandate berücksichtigt. Die Kreditinstitute stellen 20mal, die Gewerkschaften kein einziges Mal den Vorsitzenden. Der Einfluß der Banken stellt sich damit als der entscheidende heraus. Dabei wird in mehr als drei Viertel aller Banken-Mandate mindestens eines von einem Vertreter der drei Großbanken wahrgenommen — allein die Deutsche Bank entsendet in die Kontrollorgane von 40 Monopolen wenigstens einen Vertreter.

26 Monopolkommission, Jahresgutachten 1973/75, a.a.O., Tzf. 515 passim.

27 Monopolkommission, Jahresgutachten 1978/79, a.a.O., Tzf. 332 passim.

28 Ebd., Tzf. 389 passim

Der Grad der Monopolisierung hat damit in den siebziger Jahren in der BRD eine neue Stufe erreicht. Sprunghaft wachsende Konzentration, Vervielfachung der Fusionen und Vertiefung der gegenseitigen Verflechtung zwischen Industrie-, Handels- und Bankkonzernen kennzeichnen die Entwicklung des Finanzkapitals. Das bedeutet einmal die Möglichkeit verstärkter Durchsetzung monopolistischer Profitstrategien. Angebotsverknappung im Blick auf Preiserhöhungen, Ausnutzung der Machtposition gegenüber Zulieferern und Abnehmern, weitere Ausschaltung der Konkurrenz durch das Eindringen in neue, z.T. bisher mittelständisch strukturierte Märkte²⁹, zunehmende konjunkturelle Absicherung durch Diversifikation, Bestimmung über Kreditvergabebedingungen, Finanzspekulationen und Investitionen ins Ausland sind die wesentlichen Strategien, die das Finanzkapital in den siebziger Jahren eingeschlagen hat. Sie sind nicht neu, eröffnen aber in den gewachsenen Dimensionen, in denen diese Prozesse aufgrund größerer Marktmacht stattfinden können, auch steigende Möglichkeiten der Kaufkraftabschöpfung und Profitumverteilung zugunsten des Finanzkapitals.

Auf der anderen Seite bedeuten sie aber auch für das Verhältnis von privatem und staatlichem Sektor, für das Verhältnis von Politik und Ökonomie Veränderungen. Wachsendes ökonomisches Gewicht des Finanzkapitals bedeutet auch wachsendes politisches Potential, steigende Monopolisierung bedeutet auch zunehmende Notwendigkeit der Verarbeitung von Folgeproblemen für die Gesamtwirtschaft.

3. Einwirkung des Finanzkapitals auf Maßnahmen und Finanzierung staatlicher Wirtschaftspolitik

3.1 Verhältnis Finanzkapital/Wirtschaftspolitik

Seit seiner Entstehung ist das Finanzkapital eng mit dem Staat und dessen Möglichkeiten der Einflußnahme auf die wirtschaftliche Entwicklung verbunden. Im Laufe des 20. Jahrhunderts hat sich die staatliche Wirtschaftspolitik auf allen Ebenen gesellschaftlicher Reproduktion als unabdingbares Element herausgebildet. Nicht allein ökonomische Rahmenbedingungen werden staatlich gesetzt, sondern auch die Entstehung und Realisierung der Profite, d.h. der Produktions-, Zirkulations- und Konsumtionsprozeß werden durch vielfältige staatliche Maßnahmen überhaupt erst zu profitablen Bedingungen ermöglicht.

Durch die sozialliberale Koalition war Ende der sechziger Jahre eine neue Stufe der staatsmonopolistischen Wirtschaftspolitik eingeführt worden. An die Stelle ungeplanter und unkoordinierter staatlicher Teilprogramme und -maßnahmen, wie sie sich im Lauf der neoliberalen Wirtschaftsära herausgebildet hatten, sollte eine systematische und koordinierte staatliche Wachstums- und Strukturpolitik treten, die durch ihre mittelfristige Orientierung gleichzeitig gesellschaftliche Defizite an notwendigen Infrastrukturbedingungen decken und eine konjunkturelle Stabilisierung und Verstetigung der wirtschaftlichen Entwicklung bewirken sollte.³⁰ Günstige Wachstumsvoraussetzun-

29 Tätigkeitsbericht des Bundeskartellamts 1978, a.a.O., S. 17 f.

30 Im Finanzbericht 1969 hieß es entsprechend: „Auf der Grundlage einer gesamtwirtschaftlichen Zielprojektion oder Prognose sollen die öffentlichen Finanzen so abgestimmt werden, daß einerseits eine Überforderung des volkswirtschaftlichen Leistungspotentials vermieden wird, andererseits aber alle Möglich-

gen für die private Kapitalverwertung der BRD-Unternehmen und die Befriedigung gesellschaftlichen Nachholbedarfs für die Lohnabhängigen sollten gleichermaßen und harmonisch nebeneinander verwirklicht werden.³¹

Globalsteuerung und mittelfristige Finanzplanung bedeuteten bei ihrer Einführung eine fortgeschrittenere Komponente staatsmonopolistischer Wirtschaftspolitik.³² Diese Politik war von Anfang an und im Unterschied zu der finanzwirtschaftlichen Herangehensweise der Neoliberalen mit Staatsverschuldung verknüpft. Die ersten beiden antizyklischen Konjunkturprogramme 1967/68 wurden vor allem durch eine erhöhte Kreditaufnahme finanziert, die gleichzeitig durch ihre Einbindung in die Konzeption der fiscal-policy unter Wirtschaftsminister Schiller als „deficit-spending“ wissenschaftlich salonfähig gemacht wurde.³³

Im Rahmen dieser Politik ist vor allem in der ersten Hälfte der siebziger Jahre eine Reihe von sozialen Reformen durchgeführt worden (u.a. Mitbestimmung, Reformen im Bildungswesen, Berufsausbildungsabgabe, Bafög, 624-DM-Gesetz, Mutterschutz, Arbeitsförderungsgesetz-Novelle, Betriebsrentenanpassungsgesetz und Konkursausfallgeld, Städtebauförderungsgesetz).

In dem Maße, wie die Voraussetzungen sozialpartnerschaftlicher Wirtschafts- und Finanzpolitik schwanden, veränderte sich auch der Charakter der Fiskalpolitik. Wichtigste Grundlage von Globalsteuerung und Reformpolitik war die Annahme eines mittelfristig gleichmäßigen Wirtschaftswachstums von 4–5 % jährlich, das Vollbeschäftigung und notwendiges Steueraufkommen zur Finanzierung der staatlichen Programme sichern sollte. Durch die längerfristige Ausrichtung der Ausgabenpolitik sollten die Wechselfälle der Konjunktur ausgeglichen werden: „Es muß daher Sorge getragen wer-

keiten der Förderung des Wirtschaftswachstums genutzt werden. Dies bedeutet, daß die Wirtschaftspolitik nicht als gegeben hingenommen und die Planung darin eingepaßt wird, sondern daß der Finanzplan bewußt als wirtschaftspolitisches Gestaltungsinstrument verstanden wird.“ Finanzbericht 1969, hersg. vom BMF, Bonn 1968, S. 124.

31 Am klarsten kam diese illusionäre Strategie im Langzeitprogramm der SPD zum Ausdruck: „Bei befriedigendem Wirtschaftswachstum insgesamt lassen sich die notwendigen Änderungen (der Anteile von Staat, Industrie und Konsumenten am BSP, A.S.) durch verschiedene Zuwachsraten der einzelnen wirtschaftlichen Größen erreichen. Niemandem wird dadurch etwas genommen.“ Langzeitprogramm der SPD, Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973–1985, Bonn-Bad Godesberg 1972, S. 31 (Unterstreichung A.S.).

32 Aber auch diese Politik schloß systematisch sozialrestriktive Züge ein. 1966 wurden durch das Finanzplanungsgesetz 3 Mrd. DM gekürzt, 1967 weitere 0,4 Mrd. DM und 1968 bis 1971 insgesamt 30 Mrd. DM. Gleichzeitig wurden 1967 die Tabak- und die Mineralölsteuer angehoben und 1968 die Beiträge zur Rentenversicherung erhöht. Die Konjunkturprogramme betrugten demgegenüber 7,8 Mrd. DM. Siehe Finanzbericht 1968, Hrsg. BMF, Bonn 1967, S. 95 ff., Finanzänderungsgesetz in BGBl 1967 I, S. 1259.

33 Im Rahmen der Haushaltsreform 1969 wurde der Artikel 115 des Grundgesetzes (Abs. 1), der bis dahin die Höhe der Kreditaufnahme auf die Summe der Investitionsausgaben beschränkte, reformiert: Die obere Grenze der Kreditaufnahme ist nach heutigem Recht im *Normalfall* die Summe der veranschlagten Investitionsausgaben, Ausnahmen sind aber zulässig bei einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, wenn die benötigten zusätzlichen Ausgaben zu deren Abwehr dienen. Aus diesem Grunde betont die Regierung gegenwärtig so heftig, daß nicht die steigenden Rüstungskosten, sondern die zusätzlichen Zuschüsse für die BfA — die konjunkturbedingt sind — eine weitere Verschuldung nötig machen. Gleichzeitig wurde die bis dahin übliche Trennung in ordentlichen und außerordentlichen Haushalt aufgegeben.

Die deficit-spending-Politik setzt dabei voraus, daß die in der Krise aufgenommene Verschuldung im anschließenden Boom wieder getilgt werden kann.

den, daß die Einflüsse der Konjunktur sich möglichst nur so auswirken, daß lediglich der Zeitpunkt, in dem die Ziele realisiert werden, je nach den Erfordernissen der konjunkturellen Lage hinausgeschoben oder vorgezogen zu werden braucht, ohne dadurch die Zielsetzung selbst und die Prioritäten zu verändern, und daß sich über eine Zeitspanne von mehreren Jahren hinweg die konjunkturbedingte Abweichung von der Planung in etwa wieder ausgleichen." (Finanzbericht 1969)³⁴

Impliziert war in diesem Modell ein gleichmäßiges Auf und Ab der Konjunktur, das es erlaubt hätte, durch Investitionskürzungen im Boom Finanzmittel anzusammeln, die in der Rezession und Krise zur Finanzierung zusätzlicher Ausgabenprogramme dienen könnten. In dem Maße, wie sich diese Voraussetzungen zunehmend als unrealistisch darstellten: ab 1970 steigende Inflationsraten in Aufschwung und Krise, ab 1974 Wirtschaftskrise und anhaltende Arbeitslosigkeit, setzte sich eine Wirtschaftspolitik durch, die mehr und mehr die Profitentwicklung begünstigte. In der ersten Hälfte der siebziger Jahre wurde die monopolistische Umverteilung durch überhöhte Preissteigerungen staatlich alimentiert und damit faktisch unterstützt, in der 2. Hälfte wurden durch Staatsaufträge, vor allem aber durch Steuersenkungen für die Unternehmen (Lohnsummensteuer, Doppelbesteuerung, Erhöhung der Abschreibungssätze) Kostenerleichterungen durchgesetzt. Begleitet wurde die Wirtschaftspolitik über die ganze Periode von einer starken Förderung wachstumsintensiver Ausgaben im Rahmen der „Technologiepolitik“ (Forschungs- und Entwicklungssubventionen, staatliche Übernahme und Bereitstellung von Forschungs- und Entwicklungsprozessen).

Diese Art überwiegend gewinnorientierter Wirtschaftspolitik ist nicht strukturneutral; sie begünstigt in erster Linie die Konzerne und Großunternehmen. Ihr Verfahren ist indirekt; sie knüpft an in den Unternehmen gegebenen ökonomischen Sachverhalten an, die in besonderem Maße bei den Konzernen gegeben sind — so hängt die Höhe der Lohnsummensteuerentlastung vom Grad der Beschäftigung ab, die Höhe der Steuerersparnis vom Gewinn, die Höhe der Investitionszulage von der Höhe der Investition, die Höhe der Forschungs- und Entwicklungssubvention von der unternehmenseigenen Forschungs- und Entwicklungskapazität usf. Insofern ist diese Wirtschaftspolitik auch dort, wo sie auf formaler Gleichberechtigung der Unternehmen basiert, stark konzentrationsfördernd und führt zur wachsenden ökonomischen Stärke und Durchsetzungskraft der Monopolunternehmen. Die oben aufgezeigte wachsende Konzentration in der BRD-Wirtschaft besonders in den siebziger Jahren ist auch eine Folge der Wirtschaftspolitik.

Auf der anderen Seite ist diese Politik gerade deswegen auch besonders kostspielig. Einmal bedeuten die verschiedenen gesetzlichen, sozialen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen der siebziger Jahre schon an sich wachsende Kosten. Darüberhinaus sind sie durch ihren indirekten Charakter darauf angewiesen, daß die Unternehmen über Aufträge, steuerpolitische und andere gewinnerhöhende Anreize in ihrem Sinne reagieren. Tatsächlich ist das aber in nur ganz geringem Umfang geschehen, weil der größte Teil der Aufträge und Mittel an die Monopole floß, diese aber andere Verwertungsstrategien einschlugen als die Wirtschaftspolitik unterstellt. Staatliche Aufträge werden so in Preissteigerungen umgemünzt, staatliche Gewinnsubventionierung führt bestenfalls zu Rationalisierungsinvestitionen, sonst zu anderen nicht-investiven Formen der Ge-

³⁴ Finanzbericht 1969, a.a.O., S. 128.

winnverwendung. Auf diese Weise sind in den siebziger Jahren Mrd. DM staatlicher Gelder von den Monopolunternehmen ohne positive Rückwirkungen auf die Beschäftigung und damit auch ohne positive Wirkung auf die Staatseinnahmen kassiert worden.

Rückgang der staatlichen Einnahmen und Erhöhung der staatlichen Ausgaben für zusätzliche konjunkturpolitische Programme, die nicht effektiv sind, begleitet von Sozialausgaben, die das erwartete Ausmaß weit hinter sich lassen — vor allem die Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit — führen auf die Dauer zu einer wachsenden Finanzierungslücke, die durch Erhöhungen der Massensteuern und, kurzfristig, überwiegend durch staatliche Verschuldung gedeckt wird. Die von der sozialliberalen Koalition eingeführte Wirtschaftspolitik und die wachsende Staatsverschuldung werden daher vielfach als Einheit gesehen; die Staatsverschuldung hat sich erst allmählich, dann sprunghaft unter dieser Regierung erhöht und diente, was den Anteil des Bundes angeht, neben den Steuererleichterungen vor allem zur Finanzierung konjunkturpolitischer Programme, die zwar überwiegend den Monopolen zugutekommen, aber auch soziale Komponenten enthalten (z.B. Steuerfreibetragserrhöhung, Kindergeld, Mutterschutz, Berufsausbildungsabgabe).

Eben diese Art der Wirtschaftspolitik ist aber in den letzten Jahren bei den politisch herrschenden gesellschaftlichen Kräften verstärkt in Mißkredit geraten. Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre war es noch so, daß eine stärker keynesianisch orientierte Wirtschaftspolitik den Ausbau notwendiger Wachstumsbedingungen versprach, die Konzentration förderte und darüber hinaus als geeignetes Instrument erschien, um konjunkturelle Störungen in Schranken zu halten; sie bot also vielfache Vorteile für das Kapital, für die der Preis einiger sozialer Verbesserungen in Kauf genommen wurde. Im Lauf der letzten Jahre zeigte sich jedoch: Sie ist zwar geeignet, die Gewinne zu stabilisieren, aber

1) sie ist nicht in der Lage, eine lang anhaltende Arbeitslosigkeit und daraus resultierende „soziale Störungen“ zu verhindern; gewerkschaftliche Kampfbereitschaft kann nicht abgedrosselt werden; die bedingungslose Förderung der Konzernpolitik führt zu politischen Bewegungen in besonders anfälligen Bereichen (Umweltschutz, Kernenergie).

2) Sie ist nicht in der Lage, die Profitabilität der Konzerne so grundsätzlich zu verbessern, daß sich die Verwertungsbedingungen in allen Bereichen sprunghaft steigern würden. Ganze Sektoren sind von langandauernden Krisen betroffen (Stahl, Schiffbau), geplante Investitionen in der Kernenergie können nicht getätigt werden, es kommt zu Einbußen im Einzelhandel.

3) Dazu kommt noch, daß die sozialliberale Koalition zwar die Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Konzerne auf ihre Fahnen geschrieben hatte und unter diesem Motto sowohl bedeutende Subventionen in Forschung und Entwicklung lenkte als auch verschiedene Fusionen per Ministererlaubnis genehmigte, daß sich die Konkurrenzsituation auf dem Weltmarkt tatsächlich aber erheblich verschärft hat. Die Synchronisierung der Krisenentwicklung trug ebenso dazu bei wie das Erstarren der nationalen und Befreiungsbewegungen in Ländern der 3. Welt, die die bisherigen wirtschaftlichen Vorteile der Konzerne der westlichen Industriestaaten beschränken.

So hat die Wirtschaftspolitik der siebziger Jahre die Gewinne begünstigt und die Konzentration beschleunigt, war aber trotz aller Zugeständnisse nicht in der Lage, die Ver-

wertungssituation so grundlegend zu verbessern, wie das von Seiten des Finanzkapitals erwartet und gefordert wird; im Gegenteil: diese Politik bringt gerade durch die verstärkte Monopolisierung soziale und wirtschaftliche Folgeprobleme hervor, die sie nicht mehr verarbeiten kann. Die „Entkoppelung“ von Konjunktur und Beschäftigung durch Gewinn- und Produktionserhöhungen ohne Beschäftigungseffekte, die Preissteigerungen in allen Zyklusphasen sind wesentlich Folgen monopolistischer Rationalisierungs- und Preisstrategien. Die staatliche Wirtschaftspolitik schwankte demgegenüber in den letzten sechs Jahren zwischen restriktiven Maßnahmen (Inflationsdämpfung und Haushaltskonsolidierung) und einer expansiven Strategie (staatliche Aufträge), wobei letztere aber immer wieder zu früh abgebrochen wurde. Dämpft die eine Konzeption die Inflation um den Preis verschlechterter Gewinn- und Absatzaussichten, die in wachsende Arbeitslosigkeit münden, so fördert die andere inflationäre Strategien und schränkt auf diese Weise die realen Absatzmöglichkeiten ein.

Die Konstellation ungelöster wirtschaftlicher Probleme auf der einen Seite, wachsender Macht der Konzerne auf der anderen, ermuntert das Finanzkapital zu einer neuen und umfassenden Offensive, die sich prinzipiell gegen die „Politik der sozialen Verbrämungen“ richtet und eine eindeutige und klar unternehmensorientierte Strategie verlangt, wie sie in den USA gegenwärtig von Präsident *Reagan* oder in Großbritannien von Frau *Thatcher* vorgeführt wird: Senkung der Lohnquote, weitere unternehmensbezogene Steuersenkungen, Abbau der betrieblichen Auflagen für Umweltschutz u.ä., Einschränkung und Zurücknahme gewerkschaftlicher Rechte, besonders der Mitbestimmung, und Ausbau der Subventionen sind die Bausteine dieser ‚neuen‘ Strategie der Monopole.

In diesem Zusammenhang ist auch die heftige Opposition gegen die wachsende Staatsverschuldung zu sehen. „Der Sack Staatsverschuldung wird geprügelt, der Esel Staatsinterventionismus ist gemeint“, heißt ein geflügeltes Wort unter fortschrittlichen Wissenschaftlern (*Ernst-Poerksen, Hickel, Troost*), die sich mit der Verschuldung auseinandersetzen. Staatsverschuldung wird von den Konservativen als Vehikel der bisherigen Wirtschaftspolitik angesehen und deshalb entschieden abgelehnt; Staatsverschuldung als Instrument linkskeynesianischer alternativer Wirtschaftspolitik, die mit einer Demokratisierung betrieblicher und gesamtwirtschaftlicher Entscheidungsprozesse verbunden ist, wird als Gefährdung des Systems zurückgewiesen; Staatsverschuldung als Mittel weiterer monopolistischer Bereicherung dagegen — darüber redet man nicht, man tut es!

3.2 Staatsverschuldung — Wem dient sie?

Die Nettokreditaufnahme der Gebietskörperschaften hat in den siebziger Jahren und besonders deren zweiter Hälfte stark zugenommen (Tab. 4). Allein von 1974 bis 1979 hat sich die Verschuldung mehr als verdoppelt (+ 115,2 %).

Die Finanzierung der Ausgaben erfolgt überwiegend über die Steuererhöhungen; der Anteil der Lohnsteuern ist von 11,8 % 1960 um 152 % auf 29,7 % in 1980 angestiegen; in den letzten zwei Jahren ist eine Tendenzwende zugunsten der indirekten Steuern zu erkennen. Deren Anteil sank von 46,4 % in 1960 auf 38 % in 1977 und nahm in den letzten 3 Jahren um 8 % auf 41 % zu.³⁵ Ein wachsender Teil der Ausgabenfinanzierung erfolgt aber auch über die Erhöhung der öffentlichen Schuld.

Tabelle 4: Staatsverschuldung in Mio. DM, in v.H. des Bruttosozialprodukts und jährliche Wachstumsraten der Staatsverschuldung in v.H. 1967—1980.

Jahr	Verschuldung der öffentlichen Haushalte ¹	jährliches Wachstum	Bruttosozialprodukt	Öffentliche Verschuldung in v.H. des Bruttosozialprodukts
	in Mio DM 1	in v. H. 2	in Mrd. DM 3	1 : 3
1967	107.175		493,7	21,7
1968	115.870	+ 8,1	535,2	21,7
1969	116.141	+ 0,2	597,7	19,4
1970	125.890	+ 8,4	679,0	18,5
1971	140.399	+ 11,5	756,0	18,6
1972	156.063	+ 11,2	827,2	18,9
1973	167.754	+ 7,5	920,1	18,2
1974	192.383	+ 14,7	986,9	19,5
1975	256.389	+ 33,3	1.034,9	24,8
1976	296.650	+ 15,7	1.125,0	26,4
1977	328.484	+ 10,7	1.200,6	27,4
1978	370.811	+ 12,9	1.293,6	28,7
1979	413.935	+ 11,6	1.400,4	29,6
1980	469.654	+ 13,5	1.497,5	31,4

1) Bund, LAG, ERP, Auftragsfinanzierung Öffentliche Länder, Gemeinden. Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander.

Quelle: Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1980/81, in: BTDr 9/17 v. 25.11.80, Tabelle 34*

Zahlen für 1980 aus Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 5/81

Neben der absoluten und relativen Zunahme der öffentlichen Verschuldung ist auffallend, daß die Anteile der Haushaltsebenen an der Verschuldung sich auf Kosten der Gemeinden und zugunsten des Bundes verlagert haben. Die öffentliche Schuld ist nicht allein wirtschaftspolitisches Instrument der antizyklischen Steuerung der Wirtschaft durch die Erweiterung der monetären Gesamtnachfrage mithilfe der staatlichen Abschöpfung und kreislaufwirksamen Verwendung brachliegenden Kapitals. Sie ist darüberhinaus vor allem auch die Konsequenz der langfristigen Einnahmen- und Ausgabenentwicklung, die sich unter den Erfordernissen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts herausbildet: Zunehmende Vergesellschaftung der Produktion bei privatkapitalistischer Aneignung bedeutet auch zunehmende „Verstaatlichung“ der notwen-

35 Berechnet nach Finanzbericht 1980, S. 230ff. (Tabelle 11 und 12) (Lohnsteueranteile) und Ifo-Schnelldienst 14/1980, S. 21 (indirekte Steuern).

digen Vorleistungen und der Verarbeitung von Folgeproblemen der Produktion, die privat nicht zu bewältigen bzw. einfach unprofitabel sind. Der größte Teil der entsprechenden Aufgaben betrifft aufgrund der föderalen Arbeitsteilung in der BRD die Gemeinden (vor allem Infrastrukturausgaben und Umweltschutz), die gleichzeitig in der Steuerverfassung den geringsten und stets hinter den Erfordernissen zurückbleibenden Teil der Einnahmen auf sich ziehen. Betrachtet man die Jahre 1972—73, so tragen die Gemeinden auch den größten Teil der öffentlichen Verschuldung, aber ab 1974 werden sie aufgrund der konjunkturpolitischen Notwendigkeiten (Dämpfung der Krise durch staatliche Konjunkturprogramme, soziale Abmilderung der Krisenlasten durch Arbeitslosenzahlungen) darin vom Bund überholt (s. Tabelle 5).

Tabelle 5: Aufteilung der öffentlichen Verschuldung nach Gebietskörperschaften (in Mio. DM und Prozent)

Jahr	Gesamt-Verschuldung in Mio DM	Bund		Länder		Gemeinden	
		Verschuldung in Mio DM	in v. H.	Verschuldung in Mio. DM	in v. H.	Verschuldung in Mio. DM	i. v. H.
1967	107 145	43 468	40,6	24 188	22,6	31 986	29,8
1968	115 870	47 192	40,7	26 339	22,7	34 186	29,5
1969	116 141	45 360	39,1	25 771	22,2	36 663	31,6
1970	125 890	47 323	37,6	27 786	22,1	40 295	32,0
1971	140 399	48 764	34,7	33 037	23,5	47 927	34,1
1972	156 063	55 299	35,4	36 963	23,7	55 984	35,9
1973	167 754	61 356	36,6	39 462	23,5	63 003	37,6
1974	192 383	72 138	37,5	47 323	24,6	66 375	34,5
1975	256 389	108 502	42,3	67 001	26,1	74 411	29,0
1976	296 650	128 449	43,3	81 805	27,6	79 830	26,9
1977	328 484	150 150	45,7	89 583	27,3	83 345	25,4
1978	370 811	177 518	47,9	102 139	27,5	86 700	23,4
1979	413 935	202 632	49,0	115 900	28,0	90 406	21,8

Quelle: Siehe Tabelle 4, eigene Berechnung

Von dieser Verschuldung profitieren Monopol- und Bankkapital auf die verschiedenste Weise:

- die Banken als Gläubiger,
- die Industrie- und Handelsmonopole als Einleger,
- das Finanzkapital als „Gewinnler“ der Wirtschaftspolitik.

1) Die Gläubiger der öffentlichen Schuld teilen sich allgemein in Ausland/Inland und im Inland in Banken und Nichtbanken. 1980 entfielen von der öffentlichen Schuld in Höhe von 469,7 Mrd. DM 8,9 % auf das Ausland, 91,1 % auf das Inland, dabei 70,4 % auf die Banken und 20,7 % auf die Nichtbanken. Der Anteil der Nichtbanken ist zugunsten der beiden anderen Größen zurückgegangen. 1969 lag er noch bei 28 %. Allein in den siebziger Jahren hat der Anteil der Banken um ein Drittel zugenommen; er liegt bei der Neuverschuldung sogar über 80 %. Umgekehrt hat sich der Anteil der öffentlichen Kredite am Geschäftsvolumen der Banken im selben Zeitraum verzehnfacht von 1,3 % in 1950 auf 13,7 % in 1980.

Betrachtet man die öffentliche Schuld nach Arten, dann zeigt sich folgende Struktur:

Tabelle 6: Öffentliche Schuld nach Arten

Jahr	Gesamt-Ver-	Anleihen		Bankkredite		Darlehen v. Nicht-	
	schuldung in	Verschuldung in	in v. H.	Verschuldung in	in v. H.	banken	Verschuldung in
	Mio DM	Mio DM		Mio. DM		Mio. DM	i. v. H.
1967	107 175	14 230	13,3	34 114	31,8	17 077	15,9
1968	115 870	16 074	13,9	42 536	36,7	16 178	14,0
1969	116 141	16 266	14,0	50 051	43,1	15 985	13,8
1970	125 890	17 491	13,9	59 523	47,3	16 829	13,4
1971	140 399	20 249	14,4	70 665	50,3	19 103	13,6
1972	156 063	24 971	16,0	81 874	52,5	22 041	14,1
1973	167 754	27 379	16,3	92 077	54,9	20 614	12,3
1974	192 383	30 940	16,1	107 755	56,0	23 923	12,4
1975	256 389	40 680	15,9	150 102	58,5	26 064	10,2
1976	296 650	52 101	17,6	180 908	61,0	22 534	7,6
1977	328 484	63 498	19,3	195 206	59,4	21 267	6,5
1978	370 811	69 913	18,9	227 049	61,2	21 262	5,7
1979	413 935	81 414	19,7	262 071	63,3	22 642	5,5

Quelle: Siehe Tabelle 4, eigene Berechnung

Die Kreditgewährung an die öffentliche Hand bietet für die Banken, besonders in Krisen bei geringer Kreditnachfrage, die Möglichkeit der Ausweitung des Geschäftsvolumens zu günstigen Bedingungen³⁶. Die Verwaltungskosten sind relativ niedrig (Kreditmündigkeitsüberprüfung, laufende Kreditüberwachung und Kreditsicherheiten entfallen), das Risiko ist gering, und der Liquiditätsgrad auch der langfristigen Titel ist relativ hoch. Außerdem bleiben Kredite an öffentliche Haushalte bei der Berechnung des jeweils zulässigen Kreditvolumens, mit dem das haftende Eigenkapital der Kreditinstitute belastet werden darf, außer Ansatz.³⁷ So lassen sich dann überhöhte Zinsen erzielen: Die bedeutendsten Schuldarten der öffentlichen Verschuldung sind Direktausleihungen der Kreditinstitute (1980 betragen sie 65 %) und Anleihen (1980 waren es 12 %), während die Bundesschätze von den Banken nur schleppend vertrieben wurden. Bei beiden Verschuldungsarten befindet sich der Staat in einer relativ ungünstigen Verhandlungsposition. Für die Schuldscheindarlehen wird nur mit einigen wenigen großen Banken verhandelt; die Anleihen werden vom Bundesanleihekonsortium vergeben, einem staatsmonopolistischen Gremium aus Vertretern der Deutschen Bundesbank und der verschiedenen, privaten, halbstaatlichen und staatlichen Banken, ein „Kollektivmonopol der Banken für die Emission von Bundesanleihen... Es handelt sich um ein Preis-Mengen-Kartell, dessen Quoten ebenso wie der Kartellpreis — die Konsortialvergütung — in Verhandlungen zwischen der Bundesbahn und den Bundesministerien einerseits und der Kreditwirtschaft andererseits festgelegt werden“.³⁸

36 Vgl. dazu ausführlich Hilmar Hopf, Herbert Schui, Bankgewinne und Staatsverschuldung, in: WSI-Mitteilungen 1/1981, S. 42ff. Die vorherige und anschließende Zahlenangabe siehe ebenda, S. 44ff.

37 Eberhard Zinn, Grenzen der nationalen und internationalen öffentlichen Verschuldung, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 34. Jg., Heft 8 v. 15. April 1981, S. 302.

38 Horst Schwedes, Der Bund am Kapitalmarkt, Vorschläge zur staatlichen Anleihepolitik, West-Berlin 1972, S. 74.

Den größten Anteil an diesem Konsortium haben die Großbanken mit rund 40 % inne.³⁹ Damit erhalten sie auch den größten Teil der Gewinne aus dem Verkauf und der Spekulation mit diesen Anleihen. Dieses Konsortium übt gegenüber der Bundesregierung ein Monopol aus, das es in die Lage versetzt, die Modalitäten der Kreditaufnahme und -tilgung zu diktieren. Im Ergebnis ist die Zinsbelastung der öffentlichen Hand sehr hoch. Aus der Spanne zwischen den überhöhten Kreditzinsen und den Sparzinsen ziehen die Banken auf Kosten der Arbeiter, Angestellten und der gewerblichen Mittelschichten — als Sparer und Steuerzahler — und der öffentlichen Hand zusätzlichen Gewinn.

Nicht ohne Grund haben die Großbanken auch in Krisenjahren positive Bilanzen vorzuzeigen:

Das Geschäftsvolumen der Großbanken hat sich von 1972 bis 1979 mit einem Wachstum von 100,6 Mrd. DM auf 246,1 Mrd. DM beinahe um das Anderthalbfache erhöht (+ 145 %); der Anteil des Betriebsergebnisses an diesem stark gestiegenen Umsatz liegt im Durchschnitt der Periode bei 0,53 %; in den Krisenjahren 1974 und 1975 erreichte es Spitzenwerte von 0,8 und 0,9. Auch 1980 verwies die Bundesbank darauf, daß der leicht gesunkene Jahresüberschuß bei steigendem Geschäftsvolumen nicht auf eine schlechtere Ertragslage zurückzuführen sei, sondern auf die Besonderheiten des Kreditgeschäfts.⁴⁰ Die laufenden Erträge stiegen bei allen drei Großbanken, reichten aber nur bei der Deutschen Bank für eine Verbesserung des Betriebsergebnisses (immerhin um 28 %).⁴¹

An diesen Gewinnen der Großbanken, die vor allem aus den Zinserträgen stammen, hat die öffentliche Kreditaufnahme einen bedeutenden Anteil.⁴² Nach Berechnungen von *Herbert Schui* und *Hilmar Hopf* betrug der Anteil des geschätzten Betriebsergebnisses aus Schuldtiteln der öffentlichen Hand incl. Bahn und Post im Durchschnitt der Jahre 1968—1979 fast ein Drittel des gesamten Betriebsergebnisses.⁴³

39 Ebd., S. 73.

40 Daten aus Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Heft 8/1980, Die Ertragslage der Kreditinstitute, S. 18—31.

41 Siehe Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 34. Jg., H. 9 v. 1. Mai 1981, S. 370.

42 Diese Ansicht vertrat auch der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen in seinem Gutachten zur Schuldenstrukturpolitik des Staates. Vgl. ebenda, Schriftenreihe des BMF H. 27, Bonn 1979, S. 23.

43 H. Schui/H. Hopf, a.a.O., S. 45. Der Anteil der öffentlichen Schuldtitel im Bestand der Banken betrug dagegen nur durchschnittlich 10 % im selben Zeitraum.

Offenbar geht aber gegenwärtig die Rentabilität öffentlicher Kreditaufnahme im Gefolge der Hochzinspolitik der Bundesbank zurück — oder umgekehrt, die öffentliche Hand soll zu einer zügigen Anpassung ihrer Anleihen an das gehobene Zinsniveau gezwungen werden. Nicht anders ist es zu interpretieren, wenn bspw. das führende Aufsichtsratsmitglied der Commerzbank, Lichtenberg, erklärt, „der Bundesfinanzminister wisse, daß er ungeachtet seiner Finanzierungsnöte bei der Commerzbank in diesem Jahr vergeblich anklopfen wird“ und den Anteil der öffentlichen Hand an den Buchkrediten seiner Bank von 27 % auf 23 % drückt. (Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 34. Jg., Heft 9 v. 1. Mai 1981, S. 377).

Tabelle 7: Geschätzter Gewinn des Bankensektors aus öffentlichen Schuldtiteln 1968—1979¹

	geschätzte Zinserträge ² der Banken aus Schuldtiteln		anteilige Aufwendungen ³ aus Schuldtiteln		geschätztes Betriebsergebnis ⁴ aus Schuldtiteln		Anteil des ge- schätzten Betriebs- ergebnisses am Betriebsergebnis insgesamt		
	Umlauf- rendite auf Anleihen der öffent- lichen Hand	der öffent- lichen Haus- halte	der öffentl. Haus- halte einschl. Bahn und Post	der öffentl. Haus- halte im Bestand der Banken	der öffentl. Haus- halte einschl. Bahn und Post im Bestand der Banken	öffent- liche Haus- halte im Bestand der Banken	öffent- liche Haus- halte einschl. Bahn und Post im Bestand der Banken	öffent- liche Haus- halte einschl. Bahn und Post	öffent- liche Haus- halte einschl. Bahn und Post
	in vH p.a. Sp. 1	in Mrd.DM Sp. 2	in Mrd.DM Sp. 3	in Mrd.DM Sp. 4	in Mrd.DM Sp. 5	in Mrd.DM Sp. 6	in Mrd.DM Sp. 7	in vH Sp. 8	in vH Sp. 9
1968	6,5	3,8	—	2,6	—	1,2	—	28,6	—
1969	6,8	4,5	5,7	3,3	4,3	1,2	1,4	24,5	28,6
1970	8,3	6,1	7,9	4,6	5,9	1,5	2,0	32,6	43,5
1971	8,0	6,7	8,9	5,1	6,8	1,6	2,1	33,3	43,8
1972	7,9	7,5	10,0	5,5	7,3	2,0	2,7	32,3	43,5
1973	9,3	9,9	13,1	7,8	10,3	2,1	2,8	32,3	43,1
1974	10,4	12,7	16,9	9,6	12,7	3,1	4,2	35,2	47,7
1975	8,5	14,1	17,6	11,1	13,8	3,0	3,8	26,8	33,9
1976	7,8	15,6	19,1	12,3	15,1	3,3	4,0	32,0	38,8
1977	6,2	14,0	16,8	13,6	16,3	0,4	0,5	3,4	4,3
1978	5,7	14,9	17,3	14,8	17,2	0,1	0,1	0,8	0,8
1979	7,4	21,5	24,6	17,9	20,5	3,6	4,1	28,6	32,5
Zeitraum 1968—1979 im Durchschnitt						1,9	2,5	25,9	32,8

1) Schuldscheindarlehen, Anleihen, Kassenobligationen — 2) geschätzte Zinserträge = Umlaufrendite x öffentliche Schuldtitel im Bestand der Banken — 3) Anteilige Aufwendungen = Summe aus Zinsaufwendungen, Provisionsaufwendungen und dem Verwaltungsaufwand gewogen mit dem Anteil öffentl. Schuldtitel im Bestand der Banken am Geschäftsvolumen — 4) Geschätztes Betriebsergebnis = geschätzte Zinserträge abzgl. Anteil. Aufwendungen.

Quelle: H. Hopf, H. Schui, Bankgewinne und Staatsverschuldung, in: WSI-Mitteilungen, 1/1981, S. 45

2) Die Zinszahlungen stellen einen Transfer von den Trägern der Steuern, aus denen die Zinsen gezahlt werden, zu den Gläubigern der Banken dar. Diese Wirkung ist in den siebziger Jahren bestritten worden mit dem Argument, daß die Krediteinleger auf jeden Fall zu Zinseinkommen kämen; bei fehlender staatlicher Verschuldung eben durch die Zeichnung privater Anleihen. Bei dieser Beweisführung wird aber übersehen, daß die staatliche Kreditnachfrage das Zinsniveau hebt bzw. einen Zinsrückgang verhindert, der andernfalls durch fehlende private Nachfrage eintreten würde. Insofern

profitieren die Geldeinleger doch von der staatlichen Kreditnachfrage, mindestens in Höhe der zusätzlichen Zinsdifferenz. Gläubiger der Banken sind aber auch in der Krise profitabel arbeitende Unternehmen — d.h. in erster Linie Konzerne — und Mitglieder höherer Einkommensschichten. Damit ergibt sich durch die defizitfinanzierte und hauptsächlich gewinnorientierte Wirtschaftspolitik eine Umverteilung großen Stils über die Banken zugunsten des Finanzkapitals: Durch Subventionen, Investitionszuschüsse, Senkung der Gewinnsteuern im Rahmen der verschiedenen Konjunkturprogramme werden die Profite erhöht. Das betrifft besonders die Monopolunternehmen. Aufgrund mangelnder Absatzaussichten werden diese zusätzlichen Profite nicht oder nicht in vollem Umfang investiert, sondern bei den Banken als Termingelder angelegt. Der Staat seinerseits muß nach wie vor seinen langfristigen Ausgabenbedarf decken und antizyklisch gegensteuern, da die verflochtenen, konjunkturellen, gewinnorientierten Maßnahmen keine Beschäftigungseffekte hatten. Seine Einnahmen bleiben aber tendenziell immer weiter zurück, wenn die Arbeitslosigkeit stagniert, also keine zusätzlichen Steuern aus Einkommen und Verbrauch anfallen und die Gewinnsteuern relativ sinken. Bleibt nur der Weg in die wachsende Verschuldung. Als Kredite werden dann bei den Banken u.a. diejenigen Gelder aufgenommen, die den Unternehmen zuvor als staatliches entwertetes Kapital überlassen wurden, und sie werden mit überhöhten Zinsen bezahlt! Zweifacher Gewinner ist das Finanzkapital, doppelter Verlierer der Staat.

3) Gleichzeitig ermöglicht die Art der Kreditaufnahme und besonders der Verwendung der öffentlichen Gelder den Konzernen Monopolpreisbildung unabhängig von den Phasen des Zyklus. Durch die staatliche Kreditaufnahme erhöht sich das Geldvolumen. Die vermehrte Geldmenge stellt ein Inflationspotential dar, das bei nichtbeschäftigungswirksamer Verwendung der aufgenommenen Kredite auch zu inflationären Preiserhöhungen mißbraucht werden kann: 1. Es können die durch staatliche Verschuldung überhöhten Zinskosten der Kredite — die dann auch privat aufgenommene Kredite betreffen — bei investiver Verwendung in den Preisen übergewälzt werden. 2. Die Verwendung der Kredite zur Finanzierung staatlicher Ausgabenprogramme, die Nachfrage für die Monopolunternehmen darstellen oder bewirken, bedeutet bei fehlenden staatlichen Kontrollmaßnahmen die Möglichkeit einer umfassenden monopolistischen Preispolitik auch in der Krise.⁴⁴

Staatsverschuldung im Verein mit einer gewinnorientierten Wirtschaftspolitik ermöglicht und erweitert so finanzkapitalistisch parasitäre Formen der Profitaneignung durch finanzielle Transaktionen und monopolistische Preispolitik.

Zwischen Finanzkapital und Staatsverschuldung besteht also ein viel engerer und vor allem ganz anderer Zusammenhang, als er sich in der öffentlichen Meinung darstellt. Verbal wird die öffentliche Verschuldung von den politischen und verbandlichen Vertretern des Finanzkapitals abgelehnt, faktisch aber profitieren sie nach wie vor am meisten davon! Auch die gegenwärtige Erhöhung der öffentlichen Schuld und die Belastung

⁴⁴ Zur konkreten Ausgestaltung von Kontrollen und Auflagen und zur alternativen Staatsverschuldung vgl. in erster Linie das Memorandum '80 (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Gegen konservative Formierung, Alternativen der Wirtschaftspolitik, S. 86f. und S. 199ff.) sowie A. Troost, Der Streit um die Staatsverschuldung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/81, S. 467ff.

der öffentlichen Hand durch die zusätzliche Aufrüstung als Folge der Politik des Kalten Krieges, die *Schmidt* und *Genscher* einschlagen, laufen trotz aller gegenteiligen Beteuerungen Hand in Hand. Die Forderung nach Demokratisierung der Staatsfinanzen und deren Ausrichtung auf die Vollbeschäftigung kann daher nicht bei der Ausarbeitung eines Programms für die *Verwendung* der öffentlichen Gelder stehenbleiben, sondern muß auch die *Finanzierung* einer alternativen demokratischen Wirtschaftspolitik mit einbeziehen. Eine völlige Ablehnung der Staatsverschuldung würde den Manövrierraum einer demokratischen Wirtschaftspolitik von vornherein einschnüren; die Alternative wären angesichts der konjunkturpolitischen Notwendigkeiten Steuererhöhungen in so großem Umfange, daß eine zusätzliche Belastung der Lohnabhängigeneinkommen nicht zu vermeiden wäre. Das hieße, den Teufel mit dem Beelzebub austreiben! Die öffentliche Verschuldung bietet dagegen die Möglichkeit, einkommensneutral kurz- und mittelfristig die Finanzierung beschäftigungspolitischer Maßnahmen sicherzustellen. Dazu müßten aber an die Stelle einer Verschuldungspolitik, die zur Bereicherung des Bankkapitals dient und monopolistische Profitstrategien der Industrie- und Handelskonzerne ermöglicht, Verschuldungsformen treten, die die Belastung der öffentlichen Hand so klein wie möglich halten und sich dem Ziel der Beschäftigungssicherung unterordnen.

Rüstung und militärisch-industrieller Komplex im staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD

Arno Gottschalk/Manfred Eihsen

1. Aktuelle Entwicklung und Fragestellung — 2. Das ‚Militarismus‘-Konzept als theoretischer Erklärungsansatz — 3. Die (Re-)Militarisierung der BRD — Element der Herausbildung und Entfaltung des SMK in der BRD — 4. Rüstungswirtschaft und Militär-Industrie-Komplex — 5. Der Militär-Industrie-Komplex — 6. Die ökonomische Funktion der Rüstung — 7. Perspektiven des Kampfes gegen den MIK

1. Aktuelle Entwicklung und Fragestellung

Ausgehend und vorangetrieben von den USA vollzieht sich derzeit ein scharfer Wandel in der imperialistischen Globalstrategie. Immer deutlicher zeichnet sich die Abkehr von der Entspannungspolitik und die Hinwendung zu einer Politik der militärischen Stärke ab.¹ Kurzgefaßt läuft diese neue Konzeption darauf hinaus,

— gegenüber den sozialistischen Ländern erneut auf einen Kurs der offenen und offensiven Konfrontation, der Erpressung und der ‚Destabilisierung‘ einzuschwenken sowie

— gegenüber den antiimperialistischen Bewegungen und Staaten in der Dritten Welt zu einer Politik der militärischen Gewaltandrohung, der Intervention und der Repression zurückzukehren.

Die materiellen Voraussetzungen für diese Konfrontations- und Interventionspolitik sollen durch beschleunigten Ausbau des militärischen Droh- und Gewaltpotentials geschaffen werden, der — auch infolge der gewachsenen ökonomischen, politischen und militärischen Stärke der sozialistischen Länder — eine Konzentration finanzieller Mittel von bislang nicht gekanntem Umfang im Rüstungssektor erfordert. Da dieser Aufrüstungsprozeß zudem noch unter den Bedingungen einer schweren und andauernden Wirtschaftskrise realisiert werden muß und erhebliche Zusatzbelastungen für die Bevölkerungen mit sich bringen wird, rüstet sich der Imperialismus zugleich auch für die erwarteten innenpolitischen Konflikte: Unverkennbar sind die verstärkten Anstrengungen, den inneren Repressionsapparat ebenfalls auszubauen.

Auch die derzeitige Entwicklung in der BRD ist von einer forcierten Aufrüstung, dem Ausbau der inneren Repressionsorgane sowie erheblichen Umschichtungen von finanziellen Mitteln zugunsten des militärischen Bereichs gekennzeichnet. Das offenkundige Bestreben des

1 Eingehende Untersuchungen hierzu sind veröffentlicht worden von: R. Kühnl, Die Welt zu Beginn der 80er Jahre, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 1, Köln 1981; B. Greiner, Kräfteverschiebung in der amerikanischen Politik, in: ebenda, H. 12/80; R. Hickel, Reagans amerikanischer Traum — ein Alptraum für Europa, in: ebenda, H. 3/81. Vgl. auch den Beitrag von Bernd Greiner in diesem Band der „Marxistischen Studien“.

bundesdeutschen Imperialismus, seinen eigenen Großmachtkurs — trotz z.T. nicht unerheblicher objektiver Interessensunterschiede — weitgehend in die neue US-Globalstrategie einzupassen, wird diese Tendenzen weiter verstärken².

Anlaß genug also, der Frage nach den Ursachen und Triebkräften der Militarisierung und Rüstung nachzugehen, deren Entwicklungsgrad sowie deren Funktionen im staatsmonopolistischen System der Bundesrepublik zu bestimmen und spezifische Widersprüche herauszuarbeiten, die Ansatzpunkte für den Kampf gegen Auf- und für Abrüstung sein können.

2. Das ‚Militarismus‘-Konzept als theoretischer Erklärungsansatz

Als theoretischer Erklärungsansatz für die Militarisierung und Rüstung bietet sich nach wie vor das Konzept des *Militarismus* an. Der Begriff ‚Militarismus‘ wurde Mitte des vorigen Jahrhunderts zur Kennzeichnung jener Erscheinungen geprägt, die im Gefolge und als Bestandteil der Absicherung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse durch Anwendung oder Androhung militärischer Gewalt auftraten, und diente in seiner umgangssprachlichen Verwendung zunächst als agitatorisches Schlagwort in den tagespolitischen Auseinandersetzungen. Erst später — in der großen Militarismus-Diskussion der Sozialdemokratie anfang dieses Jahrhunderts — wurde er auf der Grundlage der marxistischen Staats- und Gewalttheorie zu einem wissenschaftlichen Terminus verdichtet. Entscheidenden Anteil daran hatten vor allem *Karl Liebknecht*, *Rosa Luxemburg* sowie — im Rahmen seiner Imperialismustheorie — *W.I. Lenin*. Sie haben zwar keine „klassische“ Begriffsdefinition hinterlassen vergleichbar der von *Lenin* über den Imperialismus; ihre Erkenntnisse bilden aber die Grundlage für das, was Marxisten heute unter Militarismus verstehen: Eine reaktionäre Innen- und aggressive Außenpolitik der herrschenden Klasse in antagonistischen Klassengesellschaften, bei der das Prinzip der militärischen Gewaltandrohung und -anwendung dominiert, die sich dabei auf ein mehr oder weniger geschlossenes System ökonomischer, politischer, ideologischer und militärischer Einrichtungen, Mittel und Methoden stützt sowie mit der ihr innewohnenden Tendenz zur eigengesetzlichen Entwicklung auf eine tiefgreifende und umfassende Durchdringung und Formierung aller gesellschaftlichen Bereiche drängt.

Im Gegensatz zu bürgerlichen Militarismus-Theoretikern³ wird somit explizit der Klassencharakter des Militarismus betont und auf dessen Verwurzelung in den gesellschaftlichen und damit letztendlich ökonomischen Grundverhältnissen hingewiesen. Der *Tendenz* nach tritt der Militarismus in jeder antagonistischen Klassengesellschaft und insbesondere in den Niedergangsphasen der jeweiligen Gesellschaftsformation auf. In welchem Umfang er allerdings zum bestimmenden Element der Herrschaftsicherung wird, ist von politischen Entscheidungen und Kräfteverhältnissen abhängig und kann weder unmittelbar noch mechanisch aus der Bewegung der ökonomischen Gesetze und Widersprüche abgeleitet werden. Militarismus, dies zeigt die Geschichte, resultiert aus Ökonomie und Politik und wird in seiner Ausprägung von den konkreten historischen

2 Siehe hierzu: J. Huffschild, *Der Großmachtkurs und seine Kosten*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 11/1980; R. Kühnl, *Die USA, Westeuropa und die Bundesrepublik*, in: ebd., H. 2/1981.

3 Einen Überblick über die Hauptlinien bürgerlicher Militarismus-Forschung gibt der von V.R. Berghan herausgegebene Sammelband ‚Militarismus‘, Köln 1975.

Bedingungen bestimmt: *Liebknecht* spricht von ihm als einer Erscheinung, die „... so tief im Wesen der Klassengesellschaftsordnung (ge)wurzelt (ist) und die dennoch auch innerhalb derselben Gesellschaftsordnung je nach den besonderen, natürlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen einzelner Staaten und Gebiete, so außerordentlich mannigfaltige Formen annehmen kann“.⁴

Einige Aspekte zum heutigen Militarismus

Diese allgemeinen Bestimmungen gelten auch für den modernen, den imperialistischen Militarismus, reichen aber zu dessen Charakterisierung keineswegs aus. Mit der Herausbildung des Monopols als dominierendem Produktions- und Herrschaftsverhältnis vollziehen sich nicht nur tiefgreifende Veränderungen in den sozialökonomischen und politischen Grundlagen und Rahmenbedingungen des Militarismus, sondern erlangt dieser selbst eine neue Qualität:

– Konzentration und Monopolisierung sind zugleich Ursachen für das Expansionsstreben des Kapitals nach außen, zunehmende Polarisierung der Klassen und verstärkte Klassenauseinandersetzungen im Inneren; entsprechend dem Drang des Monopols nach ‚Reaktion und Gewalt‘ ist der imperialistische Militarismus insgesamt durch eine *gesteigerte Aggressivität* gekennzeichnet.

– Mit der zunehmenden Polarisierung der Klassen gewinnt die ideologische Komponente des Militarismus an Bedeutung; dies umso mehr als der Militarismus selbst auf eine Massenbasis angewiesen ist und dementsprechend die *ideologische Manipulierung forciert*. *Liebknecht* spricht in diesem Zusammenhang von einem „System der Durchtränkung unseres ganzen öffentlichen und privaten Volkslebens mit militaristischem Geiste.“⁵

– Die rasche Entwicklung der Produktivkräfte und die Umwälzungen in der technischen Produktionsstruktur werden zugleich zur Entwicklung und Produktion qualitativ neuer Waffen mißbraucht (– wie sie umgekehrt durch Rüstungsinteressen vorangetrieben werden, wie die Entwicklung der Elektronik zeigt.). Dieser Prozeß ist mit einer Ausweitung des Rüstungssektors sowie rapide steigenden Rüstungskosten verbunden; die Rüstungswirtschaft wird dabei mehr und mehr zu einer neuen Anlage- und Interessensphäre der Monopole. Hier etabliert sich eine *neue, relativ eigenständige Triebkraft* des Militarismus, bei der sich die machtpolitischen Interessen des Monopolkapitals mit den spezifischen Interessen an der Erzielung von monopolistischen Rüstungsprofiten verflechten.

– Die steigende Beanspruchung wirtschaftlicher Potenzen, der Aufbau und die Entwicklung ganzer Industriezweige unter dem Primat der Rüstungspolitik, die entsprechende Ausrichtung des wissenschaftlich-technischen Potentials sowie die notwendig und möglich werdenden staatlichen Eingriffe in den Reproduktionsprozeß mündeten erstmals im 1. Weltkrieg in eine umfassende *Militarisierung der Wirtschaft*, d.h., in eine Durchdringung und Formierung aller Wirtschaftszweige durch Rüstungs- und Militärinteressen.

4 K. Liebknecht, *Militarismus und Antimilitarismus*, in: *Gesammelte Reden und Schriften*, Bd. 1, Berlin (DDR), 1958, S. 254.

5 Ebenda, S. 308.

– Die umfassenderen und intensiveren Wechselbeziehungen zwischen Militarismus und ökonomischer Basis, deren Produkt die Militarisierung der Wirtschaft ist, erweisen sich zugleich als ‚Katalysator‘ für die Entwicklung des Kapitalismus. Auf diesen Zusammenhang hat *Lenin* hingewiesen: „Der imperialistische Krieg hat den Prozeß der Umwandlung des monopolistischen Kapitalismus in staatsmonopolistischen Kapitalismus außerordentlich beschleunigt und verschärft.“⁶

Im Zuge der allgemeinen Durchsetzung und weiteren Entfaltung des SMK in der zweiten und dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus erreicht der Militarismus schließlich eine weitere Stufe seiner Entwicklung. Das offenkundige Bestreben des Imperialismus, seine welthistorische Defensivposition mit militärischer Gewalt zu überwinden, führt nicht nur zu einer weiteren Perfektionierung des militärischen, ökonomischen, politischen und ideologischen Machtapparates zur Militarisierung der Gesellschaft, sondern auch zu einer zunehmenden Verflechtung der daran beteiligten Gruppen: Der Rüstungsmonopole, der militärischen Führungsspitzen sowie der staatlichen Militärbürokratie. In den imperialistischen Hauptländern etablieren sich „Militär-Industrie-Komplexe“, die sich zu den bedeutendsten sozialökonomischen Basen und politischen Triebkräften des zeitgenössischen Militarismus entwickeln. Dieser Prozeß, seine Ursachen, Triebkräfte, Erscheinungen und Auswirkungen sollen nun konkret für die BRD untersucht werden.

3. Die (Re-)Militarisierung der BRD – Element der Herausbildung und Entfaltung des SMK in der BRD

Militaristische Faktoren haben bereits bei den entscheidenden politischen Weichenstellungen in der Vor- und Frühphase der BRD eine maßgebliche Rolle gespielt. Vermittelt wurden sie zunächst durch die Politik der westlichen Besatzungsmächte, deren Interesse sich sehr schnell darauf richtete, das Potential des soeben besiegten (west-)deutschen Imperialismus und Militarismus im Kampf gegen den Sozialismus zu nutzen. Schon im April 1945 war bei einer Besprechung im US-Außenministerium beschlossen worden, „Deutschland wieder aufzubauen und dann zu remilitarisieren.“⁷ Gestützt auf die Präsenz ihrer Streitkräfte verhinderten die drei westlichen Alliierten dementsprechend eine antifaschistisch-demokratische Neugestaltung in den Westzonen und schufen sukzessive die Voraussetzungen für die Restauration der ökonomischen und politischen Macht des westdeutschen Imperialismus. Diese bildete dann zusammen mit der Konstituierung eines westdeutschen Teilstaats, der gezielten Förderung des Wiederaufbaus und dem Klima des Kalten Krieges die Grundlage für die Formierung jener eigenständigen Kraft im Inneren der jungen BRD, die die angestrebte Remilitarisierung schließlich gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit durchsetzen konnte. Die Kontinuität der Ideologie von der „Gefahr aus dem Osten“ und der Staatsdoktrin des Antikommunismus und Antisowjetismus waren zugleich Grundlage für die Stabilisierung der ideologischen Hegemonie der Monopolbourgeoisie.

6 W.I. Lenin, Staat und Revolution, Vorwort zur ersten Auflage, in: ders., Werke Bd. 25, Berlin 1977, S. 395.

7 Vgl. U. Albrecht, Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, Köln 1980, S. 12.

Die (Re-)Militarisierung selbst — der Aufbau der Bundeswehr, deren Unterhaltung und forcierte Aufrüstung zur stärksten Armee Westeuropas sowie die systematisch eingeleitete und vorangetriebene Restauration einer eigenen, auf hohem wissenschaftlich-technischem Niveau stehenden Rüstungsindustrie — war eingebettet in den übergreifenden Prozeß der Entfaltung und Entwicklung des SMK. In diesem Prozeß wurden zum einen die *allgemeinen Grundlagen und Rahmenbedingungen* für den ‚erfolgreichen‘ Aufrüstungskurs geschaffen; hierzu zählte insbesondere

— die rasch expandierende, leistungsfähige und sich auf hohem Niveau entwickelnde Wirtschaft, die die materiell-technischen Voraussetzungen für den Militarisierungsprozeß lieferte und diesen zunächst ohne erkennbare gravierende Probleme verkräftete;

— die Integration der sozialdemokratischen Strömung der Arbeiterbewegung und deren Organisationen in das staatsmonopolistische System: Sie verhinderte nicht nur eine Verbreiterung des antimilitaristischen Kampfes, sondern schaffte — im Zuge der Übernahme von ‚Regierungsverantwortung‘ durch die SPD — dem Militarismus zusätzlichen Spielraum.

Zum anderen bildeten sich die *Instrumente und Mechanismen* heraus, auf die sich die staatsmonopolistische Rüstungsregulierung stützt; folgende Merkmale kennzeichnen sie in der BRD:

1) Entscheidende Bedingung ist die *staatliche Finanzierung*, die sich praktisch auf alle Phasen der Reproduktion des Rüstungskapitals erstreckt (Finanzierung von Forschung und Entwicklung, Vorauszahlungen, Absatzgarantie, Subventionen). Hier wirken zwei Ursachen:

einerseits ist der Staat — sieht man von Exporten ab — *alleiniger Auftraggeber* von Rüstungsgütern, andererseits ist gerade die Entwicklung und Produktion moderner Waffensysteme hoch vergesellschaftet.

Ausmaß und Bedeutung der staatlichen Finanzierung spiegeln sich wider in der relativ *niedrigeren Eigenkapitalbasis* (im Zeitraum 1970—1977 lag die Relation Eigenkapital : Bilanzsumme bei 17 der 20 größten Rüstungsunternehmen bei durchschnittlich 19,8 % gegenüber durchschnittlich 31,6 % bei „alle(n) Aktiengesellschaften des Produzierenden Gewerbes“)⁸ sowie der relativ *höheren Profitraten* der Rüstungskonzerne (im 8-Jahresdurchschnitt 43,0 % gegenüber 32,2 %)⁹.

2) Die *staatsmonopolistische Programmierung* ist relativ weit entwickelt, seit 1965 das zunächst für die US-Armee erarbeitete „Planning-Programming-Budgeting-System“ (PPBS) übernommen und gleichzeitig die „Zentrale-Operations-Research-Stelle“ des Bundesverteidigungsministeriums in Trier eingerichtet wurde. Mir deren Hilfe wird ein „Fünfjahresprogramm“ entworfen und mit der „mittelfristigen Finanzplanung“ abgestimmt.

3) Es existiert ein entwickelter Lenkungsapparat, in dem die für die Rüstung zuständigen Organe des Staates, der Bundeswehrführung und des Monopolkapitals eng verzahnt sind:

— Im Verteidigungsministerium die Abteilung „Rüstung“, der das „Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung“ (BWB) nachgeordnet ist;

⁸ Vgl. IMSF (Hrg.) Staatsmonopolistischer Kapitalismus der Bundesrepublik Deutschland in Daten und Fakten, Arbeitsmaterialien des IMSF Bd. 8, Frankfurt am Main 1981, S. 228.

⁹ Vgl. ebd.

- das BWB steht über den „Projektbeauftragten“ mit dem „Generalauftragnehmer“ in Kontakt;
- die Bundeswehrführung verfügt über Stabsabteilungen für die Rüstung und ist über den „Systembeauftragten“ mit dem BWB verbunden;
- der BDI verfügt über ein Referat „Verteidigungswirtschaft“ sowie eine Anzahl von Arbeitsgruppen;
- dem Verteidigungsminister ist ein „Rüstungswirtschaftlicher Arbeitskreis“ zugeordnet, in dem Konzernvertreter, die Spitzen der Ministerialbürokratie sowie die Bundeswehrführung vertreten sind.

Dieser Überblick zeigt, daß der Rüstungsbereich in der BRD — mehr als jeder andere — zu einem Feld straff organisierter und institutionell abgesicherter Regulierung geworden ist. Die tiefere Ursache hierfür liegt vor allem in den gegenüber früheren Perioden erheblich umfassenderen Anforderungen des Militärwesens an die Wirtschaft, die kurz skizziert werden sollen:

1) Die materielle Sicherstellung militärischer Macht ist unter den Bedingungen ständiger Aufrüstung und mit dem Übergang zu einem qualitativen „Wettrüsten“ nicht nur mit einer fortwährenden und steigenden Inanspruchnahme ökonomischer und wissenschaftlich-technischer Potenzen verbunden: Mit der zunehmenden Einbeziehung von Wissenschaft und Technik werden die Waffensysteme zugleich immer komplizierter und komplexer, der von der Wirtschaft zu befriedigende militärische Bedarf somit ständig differenzierter und vielgestaltiger. Hiermit verbunden sind sowohl eine weitreichende Arbeitsteilung und Spezialisierung bei der Produktion von Rüstungsgütern, die zugleich ein höheres Maß an Kooperation und Koordinierung erfordern, als auch Verschiebungen in der Zweigstruktur der Rüstungsindustrie: Leistungsfähige Großkonzerne in den technologisch am weitesten entwickelten Branchen wie der Elektroindustrie, dem Maschinenbau sowie der Luft- und Raumfahrtindustrie bilden nun die Grundlage für einen schlagkräftigen Militärapparat (und werden zu einer (militär-)politischen Notwendigkeit!).

2) Die Kehrseite dieser Entwicklung ist eine steigende Versorgungs- und Funktionsabhängigkeit der Militärmaschinerie. Aus militärischer Sicht ergibt sich hier dementsprechend die Forderung, die ständige Bereitschaft des Militärapparates durch einen hohen Bereitschaftsgrad der Rüstungswirtschaft zu ergänzen. Dies bedeutet in der Konsequenz, bereits in Friedenszeiten die Wirtschaft zu einer Basis für die ökonomische Mobilmachung zu entwickeln.

3) Da andererseits ein neuer Krieg in Mitteleuropa die wirtschaftliche Struktur in bisher nicht gekanntem Ausmaß zerstören würde, müssen zugleich Vorkehrungen getroffen werden, um die Funktionstüchtigkeit der Wirtschaft — wenn auch in eingeschränktem Maße — zu gewährleisten. Dazu zählen die Bevorratung wichtiger Rohstoffe, Ersatz- und Produktionsmittel sowie die Versuche, die Rüstungsproduktionsstätten regional zu streuen und sogenannte Teilverteidigungswirtschaften aufzubauen, die im Kriegsfall in der Form von „Industrieinseln“ zumindest noch ein Minimum an Leistungen für die Streitkräfte erbringen.

Die skizzierten Anforderungen machen zugleich deutlich, daß die Sicherstellung militärischer Macht nicht mehr allein die Aufgabe eines mehr oder weniger abgrenzbaren Rüstungssektors ist, sondern alle Bereiche und Phasen des ökonomischen Reproduktionsprozesses durchdringt und diese entsprechend formiert. Sie beeinflusst die Struktur

der Produktion, die Standortverteilung der Produktivkräfte, Umfang und Ausrichtung von Forschung und Entwicklung, die Infrastruktur, die staatliche und private Investitionstätigkeit usw.; die Rüstungsproduktion selbst ist lediglich der sichtbaren Spitze eines Eisbergs vergleichbar.¹⁰

4. Rüstungswirtschaft und Militär-Industrie-Komplex

Das Rückgrat der bundesdeutschen Rüstungsproduktion bilden heute im wesentlichen 30 Unternehmen, die rund 40 % des gesamten Rüstungsumsatzes auf sich vereinigen und fast ausschließlich in den Branchen Elektrotechnik, Luft- und Raumfahrt, Maschinen-, Fahrzeug- und Schiffbau angesiedelt sind. Wie die Tabelle zeigt, sind nur einige dieser Konzerne überwiegend von militärischen Aufträgen abhängig; bei der Mehrzahl der Unternehmen — insbesondere denen, die zur Spitzengruppe der bundesdeutschen Konzerne zählen — dominiert die zivile Produktion.

Die größten Rüstungsproduzenten der Bundesrepublik 1977

Konzern und Konzernzugehörigkeit	Produktion im Rüstungsbereich	Umsatz im Rüstungssektor in Mio DM	Anteil der Rüstung am Gesamtumsatz v. H.
Siemens AG, München	Militärelektronik, Radar, Feuerleitgeräte, Flugüberwachung, Lasertechnologie	2 000	8
AEG-Telefunken, Frankfurt/Main	Militärelektronik, Radar, Feuerleittechnik, Fernmeldetechnik	1 400	10
Messerschmidt-Bölkow-Blöhm GmbH München (Siemens, Thyssen, SNIAS/Frankreich, BRD-Länder Hamburg und Bayern u.a.)	Kampfflugzeuge, Hubschrauber, Raketen, Bomben	1 080	60
Vereinigte Flugtechnische Werke Fokker GmbH, Bremen (Krupp, United Technologies/USA u.a.)	Flugzeuge, Hubschrauber, Raketen Schiffsmimentechnik	1 020	60
Krauss-Maffei AG, München (Flick)	Panzer	705	70
Motoren- und Turbinen-Union GmbH, München und Friedrichshafen (Daimler-Benz, MAN)	Flugzeugtriebwerke, Panzer- und Schiffsmotoren	550	52
Rheinmetall GmbH, Düsseldorf (Röchling)	Kanonen, Geschütze, Waffen, Munition	520	67
Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Augsburg (Haniel)	Militärlastwagen, Schiffsantriebe	500	8
Karl Diehl GmbH & Co. KG, Nürnberg	Flugelektronik, Bomben, Raketen, Geschosse, Munition, Zünder Panzergleisketten	430	35
Dornier GmbH, Friedrichshafen	Flugzeuge, Hubschrauber, „Drohnen“	370	51
Thyssen-Industrie AG, Düsseldorf	Panzer, U-Boote	330	8
Howaldtswerke-Deutsche Werft AG, Hamburg und Kiel (Staat)	U-Boote, Fregatten Schiffsreparatur	250	20

10 Vgl. ebd., S. 225 ff.

Blohm + Voss AG, Hamburg (Thyssen, Siemens)	Schiffsbau, Schiffsreparatur, Panzer- türme, -wannen, Raketenwerfergehäuse	250	40
Dynamit Nobel AG, Troisdorf (Flick)	Raketen, Sprengmittel, Minen Munition, Handgranaten	235	12
Industrie-Werke Karlsruhe AG, Karlsruhe (Quandt)	Maschinenkanonen, Waffen, Munition	210	33
Klößner-Humboldt-Deutz AG, Köln (Henle)	Flugzeugtriebwerke, Schiffsturbinen, Militärlastkraftwagen	200	5
Standard Elektrik Lorenz AG, Stuttgart (ITT/USA)	Flugelektronik, Radar, Navigations- geräte, Funkgeräte	165	6
Wegmann & Co., Kassel	Panzertürme, Raketenwerfer	165	55
Zahnradfabrik Friedrichshafen, Friedrichshafen (Gutehoffnungs- hütte, MAN)	Panzergetriebe, Panzerteile, Hubschrauberteile	150	8
Bodensee Gerätetechnik GmbH und Bodenseewerk Perkin Elmer & Co., Überlingen (Perkin Elmer/USA)	Raketen, Lasertechnik, Flugregelungstechnik	150	95
MaK Maschinenbau GmbH, Kiel (Krupp)	Panzer, Minen, Torpedorohre, Dieselmotoren	150	30
Fr. Lurssen Werft, Bremen	Schnellboote	100	100
Daimler-Benz AG, Stuttgart	Militärlastkraftwagen, Transportpanzer	100	0,4
ESG Elektronik-System Gesellschaft FEG Gesellschaft für Logistik, München	Militärelektronik	100	100

Quelle: Wirtschaftswoche v. 8.12.1978; W. Klank, Struktur und Entwicklungstendenzen der BRD-Rüstungsindustrie, in: IPW-Berichte 11/1979, S. 24; nach: IMSF (Hrg.), Staatsmonopolistischer Kapitalismus in Daten und Fakten, Frankfurt/M. 1981, S. 103

Die z.T. relativ niedrigen militärischen Umsatzanteile sowie die insgesamt kleine Zahl „reiner“ Rüstungskonzerne sind keineswegs — wie mitunter behauptet — ein Beleg dafür, daß von einer ‚Rüstungsindustrie‘ in der BRD keine Rede sein könne. Sie spiegeln lediglich die Strukturveränderungen im Rüstungssektor wider, die sich im Zuge des qualitativen „Wettrüstens“ vollzogen haben, sowie die Versuche, vorhandene ökonomische Möglichkeiten in optimaler Weise in reale militärische Macht zu verwandeln: Die Konzentration der Rüstungsproduktion in mehreren Zentren (wie z.B. in der Elektroindustrie: Siemens, AEG-Telefunken, SEL, Deutsche Philips) und ihre Einbettung in den zivilen Reproduktionsprozeß ermöglichen

— *erstens* die Einbeziehung der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Potenzen *aller* für die Absicherung der militärischen Macht bedeutsamen Monopole und schaffen

— *zweitens* ein — im Vergleich zu den früher typischen Waffenschmieden — erhöhtes Maß an Flexibilität und Mobilität¹¹.

Beides ist zugleich in einen übergreifenden Monopolisierungsprozeß eingebunden, dessen Ausmaß in dem Anteil der 30 größten Rüstungsfirmen am gesamten Rüstungsumsatz nur unvollständig zum Ausdruck kommt:

11 Siehe hierzu: K. Engelhardt, K. Heise, Der militärisch-industrielle Komplex im heutigen Imperialismus, Köln 1974, S. 172 f.

— Die großen Waffensysteme werden heute in der Komponentenbauweise produziert, was faktisch eine Aufstückelung des Rüstungsbereichs in Teilmärkte zur Folge hat, auf denen wiederum vielfach nur ein oder zwei Anbieter existieren.

— Der Zusammenbau der Komponenten erfolgt bei sogenannten „Generalunternehmern“, denen vom Staat die Gesamtverantwortung für ein Waffensystem übertragen wird. Sie besitzen eine reine Monopolstellung und zentralisieren alle für das jeweilige Projekt benötigten Rüstungskapazitäten.

— Unter maßgeblicher Initiative des Staates sind für bestimmte Aufgabenbereiche „System-Planungsgesellschaften“ gegründet worden, die faktisch aber als gemeinsame Tochterunternehmen mehrerer Rüstungskonzerne die jeweiligen Rüstungsbereiche kartellieren.¹²

— Der maßgebliche Teil des Rüstungskapitals ist zudem über Kapital- und personelle Verflechtungen fest in das bundesdeutsche Monopolkapital integriert: 13 der 30 größten Rüstungsunternehmen gehörten 1979 unmittelbar zum Kreis der 100 umsatzgrößten Industrieunternehmen, weitere 7 waren Tochtergesellschaften der 100 Größten.¹³

Die weitestgehende Ausprägung erreicht die Zentralisierung schließlich im „Rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreis“, einem „Beratungsorgan“ des Bundesverteidigungsministers, in dem alle maßgeblichen Rüstungskonzerne direkt oder indirekt vertreten sind und dem zugleich — über Personalunion — 12 der 20 größten bzw. 28 der 100 größten Unternehmen der Bundesrepublik, die Monopolbanken, die Versicherungen, der Kern der Atomindustrie, der BDI und andere nationale und internationale Kapitalverbände angehören. Faktisch besitzt hier also die gesamte Finanzoligarchie Einfluß.¹⁴

5. Der Militär-Industrie-Komplex

Der „Rüstungswirtschaftliche Arbeitskreis“, dem neben den Vertretern der (Rüstungs-)Monopole die Spitzen der Militärbürokratie und die Bundeswehrführung angehören, ist zugleich aber auch ein markantes Beispiel für die *besonders enge Verflechtung* der am Militarisierungsprozeß beteiligten und interessierten Kräfte. Diese enge Verflechtung hat sich parallel zur ständigen Aufrüstung, dem Ausbau des Programmierungs- und Lenkungsapparates sowie der zunehmenden Monopolisierung im Rüstungsbereich und im Zuge der damit verbundenen Verdichtung und Vertiefung der Beziehungen zwischen den Rüstungskonzernen, den mit Rüstungsfragen befaßten Organen

12 Vgl. IMSF (Hrg.), Staatsmonopolistischer Kapitalismus..., a.a.O., S. 227.

13 Direkte personelle Verflechtungen zwischen Rüstungs- und den 30 verflechtungsintensivsten Großunternehmen sowie indirekte Verbindungen (durch Einbeziehung der personellen Verflechtungen der 30 Großunternehmen untereinander) sahen so aus:

Bei 7 Rüstungsunternehmen gab es keine Verbindungen

Bei 5 Rüstungsunternehmen gab es bis zu 10 Verbindungen

Bei 4 Rüstungsunternehmen gab es zwischen 11 und 20 Verbindungen

Bei 6 Rüstungsunternehmen gab es zwischen 21 und 25 Verbindungen

Bei 5 Rüstungsunternehmen gab es zwischen 26 und 30 Verbindungen

Vgl. ebd., S. 225.

14 Vgl. Jörg Huffschmid (Hrg.), Rüstungs- oder Sozialstaat? Köln 1981; IMSF (Hrg.), Staatsmonopolistischer Kapitalismus..., a.a.O., S. 81 ff.

der Unternehmerverbände, der Bundeswehrspitze und staatlichen Stellen herausgebildet. Dabei lassen sich grob drei Phasen unterscheiden:

— Die Phase von 1952/53 bis 1960: Sie beginnt mit der Gründung eines mit einem Arbeitsstab versehenen „Arbeitskreises für Rüstungsfragen“ bei der Hauptgeschäftsführung des BDI. Dieser übernahm mit „Einvernehmen“ der übrigen Monopolverbände die „Federführung in rüstungswirtschaftlichen Fragen“¹⁵ und baute in der Folgezeit mit „über 100 Arbeitsgruppen und Untergruppen“¹⁶ praktisch eine Parallelorganisation zu den mit Rüstungsfragen befaßten staatlichen Stellen auf, die schon Mitte der fünfziger Jahre „auf die Mitarbeit der Gruppen nicht mehr verzichten (konnten)“¹⁷. Gleichzeitig wurden in dieser Phase einschlägige Gesellschaften — namentlich die „Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik“, die „Gesellschaft für Wehrkunde“, der „Arbeitskreis für Wehrforschung“ und die „Carl-Cranz-Gesellschaft“ — gegründet, die als — in enger Verbindung stehende — ‚Sammelbecken‘ für ehemalige faschistische „Wehrwissenschaftler“, Rüstungstechnokraten und Militärs sowie (und weitgehend damit identisch:) Vertreter der neuentstehenden Rüstungsindustrie fungierten. Sie dienten zugleich als wichtige Clearing-Stellen bei der Ausarbeitung des rüstungs- und militärpolitischen Konzepts für die Bundeswehr und nahmen ebenfalls an dem politischen Abstimmungsprozeß mit den staatlichen Stellen und politischen Repräsentanten (um *Strauß*) teil.¹⁸

— Die Phase von 1961 bis 1970: Ab 1961 begann in größerem Umfang die bundesdeutsche Rüstungsproduktion. In den folgenden Jahren erfolgte der Ausbau des staatsmonopolistischen Programmierungsapparates (PPBS, OR-Zentrum in Trier, 1965), die Einrichtung zusätzlicher Stabsabteilungen für Rüstung bei der Bundeswehrführung (1968), die Gründung eines „offiziellen industriellen Beratergremiums“ beim NATO-Generalsekretariat (NIAG, 1968) sowie die Zusammenfassung der europäischen NATO-Länder zur ‚Eurogroup‘, die insbesondere eine europäische Rüstungsintegration zum Ziel hat (1968). Zugleich wurde in dieser Phase die Monopolisierung erheblich vorangetrieben: Die Zahl der Unternehmen in der Luft- und Raumfahrtindustrie z.B. (Zellenbau, Triebwerkbau) verringerte sich von 12 (1960) auf 5 (1970).¹⁹ Erstmals wurden nun auch Planungsgesellschaften als Tochterunternehmen mehrerer Rüstungskonzerne gegründet, die bereits in der Vorlaufphase von Rüstungsprojekten eingeschaltet werden.²⁰ Schließlich intensivierten BDI, BDLI und die Bundeswehr ihre Kontakte auf personeller Ebene: „leitende Herren der Industrie“ absolvieren seitdem unter Verleihung eines Dienstgrades kurzfristige Wehrübungen, während umgekehrt spezielle „Industriepraktika“ für die Offiziere eingerichtet wurden.²¹

— Die dritte Phase beginnt 1971 mit der „Neuordnung des Rüstungsbereichs“ u.a. als Reaktion auf offenkundige Organisationsmängel bei der Starfighter-Beschaffung²². Die-

15 Vgl. BDI-Jahresbericht 1954/55, Köln 1955, S. 203.

16 Vgl. BDI-Jahresbericht 1962, Köln 1963, S. 158.

17 Vgl. BDI-Jahresbericht 1956/57, Köln 1957, S. 187.

18 Siehe hierzu: Rainer Rilling, *Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft*, Köln 1970, S. 14/15 und 17 ff.

19 Vgl. P. Schlotter, *Rüstungspolitik in der Bundesrepublik*, Frankfurt/M. 1975, S. 97, Abb. 3.

20 Vgl. *Wehrtechnik*, H. 6/1976, S. 42/43.

21 Vgl. BDI-Jahresbericht 1969/70, Köln 1970, S. 138.

22 Vgl. hierzu Heinrich Schmidt, „Tornado“, *Militär- und Rüstungspolitik in der BRD*, Frankfurt/M. 1979, S. 33.

se „Neuordnung“ verfolgte als Ziel eine „Rationalisierung der Wehrtechnik und Beschaffung“²³ und beinhaltet den Versuch, Rüstungskapital, Bundeswehrführung und staatliche Militäradministration zu einem „funktionellen Ganzen“²⁴ zu vereinigen. Sie ist insbesondere auf den Projekt- und Systemcharakter der Beschaffung moderner Waffensysteme zugeschnitten und sieht den Zusammenschluß aller für das jeweilige Projekt notwendigen Rüstungs- und administrativen Kapazitäten vor, die auf der einen Seite durch den *Generalauftragnehmer*, auf der anderen Seite durch den *Projektbeauftragten* des „Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung“ zentralisiert werden. Mit dieser Neuordnung verbunden ist zudem die Einrichtung des „Rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreises“.

Weitere wichtige Erscheinungen dieser Phase sind der Übergang zu transnationalen Rüstungsproduktionen (MRCA-Tornado, Alpha-Jet) und die forcierten Anstrengungen, über einen europäischen Einigungsprozeß die Grundlagen für eine „Rüstungszweibahnstraße“ zu den USA zu schaffen. Ausdruck dieser Bestrebungen ist die Gründung der „Unabhängigen Europäischen Programmgruppe“, in die erstmals auch Frankreich einbezogen wurde und die ebenfalls von „industriellem Sachverstand“ „beraten“ wird, der zu diesem Zweck gegründeten EDIC. Schließlich sind noch die — besonders ab Mitte der siebziger Jahre — ansteigenden Rüstungsexporte zu nennen.

Der Überblick verdeutlicht, daß sich in diesem Prozeß mehr und mehr ein relativ geschlossener Komplex besonderer Beziehungen zwischen den beteiligten Gruppen herausbildet, deren Vermittlung zunehmend organisiert sowie institutionell und vertragsmäßig abgesichert wird. Dies schließt Konflikte nicht aus, im Gegenteil: Zum einen verlagert sich die Konkurrenz zwischen den Rüstungsmonopolen und zwischen den Teilstreitkräften in dieses Geflecht von Beziehungen und realisiert sich über Interessenskoalitionen, die quer durch die beteiligten Gruppen verlaufen. Zum anderen kollidieren gemeinsame Kapitalinteressen mit denen des Staates oder der Militärs. Beides wird zugleich zunehmend durch ‚supranationale‘ Interessenslinien durchzogen. Überlagert wird diese innere Widersprüchlichkeit aber durch das gemeinsame Interesse an steigenden Rüstungsausgaben, das sie gegenüber anderen Ansprüchen durchsetzen müssen und das sie schließlich ‚zusammenschweißt‘ und zu einer konzentrierten Triebkraft der Aufrüstung werden läßt. Spätestens Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre etabliert sich daher auch in der BRD ein *Militär-Industrie-Komplex*, dessen *sozialökonomische Basis* die enge Verflechtung des Rüstungskapitals (als integraler Bestandteil des Monopolkapitals) mit der Bundeswehrführung, den Spitzen der Militärbürokratie und — dies wird besonders am ‚Pulverfaß Bayern‘ deutlich — den reaktionärsten und aggressivsten Kräften der politischen Parteien bildet und dessen *wesentliches Charakteristikum* die Verschmelzung der Macht dieser Gruppen ist.

Das oft beschworene „Primat der Politik“, die parlamentarische Kontrolle des militärischen Bereichs, wird in diesem Prozeß zunehmend ausgehöhlt. Einen wesentlichen Schritt in dieser Entwicklung stellt insbesondere die bereits erwähnte „Neuordnung des Rüstungsbereichs“ dar, die unter dem damaligen Verteidigungsminister *Helmut Schmidt* und seinem Staatssekretär *E. W. Mommsen*, dem früheren Vorstandsvorsitzen-

23 BDI-Jahresbericht 1969/70, Köln 1970, S. 138.

24 So der damalige Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, zit. in: K. Engelhard/K. Heise, a.a.O., S. 200.

den des Thyssen-Konzerns und Hauptabteilungsleiter in der eisenschaffenden Industrie der faschistischen Kriegswirtschaft²⁵, durchgeführt wurde. Folgende strukturelle Momente verstärkten den Einfluß der Rüstungsmonopole:

1) *Das Generalauftragsnehmersystem*: Die Übertragung der Management- und Planungsaufgaben sowie der damit verbundenen Rechte auf einzelne Konzerne ist nicht allein — wie suggeriert — eine „Delegation von Verantwortung“, sondern eine Privatisierung vormals staatlicher Teilfunktionen.

2) *Die Einrichtung des „Rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreises“*: Sie schafft ein offizielles Organ, in dem in Kooperation von (Rüstungs-)Monopolen, Bundesregierung und Bundeswehrführung praktisch die Grundlinien der Rüstungs- und Militärpolitik festgelegt werden. Wer dabei die Akzente setzt, das lassen die Erfolgsmeldungen des BDI erahnen, denen zufolge „verabschiedungsreife Unterlagen erarbeitet“ oder „einhellige Übereinstimmung in Grundsatzfragen“ erzielt wurden.²⁶ Die Friedensforscher Lutz und Rittberger kamen denn auch zu dem Ergebnis, daß „der RAK... das wohl entscheidende Gremium des militärisch-industriellen Komplexes in der BRD dar(stellt)“²⁷.

Weitere Momente, die den Einfluß der Rüstungsmonopole stärken, aber nicht in ursächlichem Zusammenhang zu der „Neuordnung“ stehen, sind

3) *Der Verzicht der Bundesregierung, eigene Forschungs- und Entwicklungskapazitäten im Rüstungsbereich zu unterhalten*: Diese Aufgabe privaten System- oder Planungsgesellschaften zu überlassen hat zur Folge, daß „die Planung von Waffen- und Elektroniksystemen... schon in Privathand (liegt).“²⁸ „Hier werden die zukünftigen ‚Bedürfnisse‘ der Bundeswehr bestimmt.“²⁹ Dies bedeutet zugleich, daß die Rüstungsmonopole praktisch auch die militärische Strategie mitbestimmen können, wenn sie es darauf anlegen.

4) *Die Internationalisierung der Rüstungsproduktion*: Rilling und Sychla wiesen schon 1972 darauf hin, „daß infolge der übernationalen Vorprogrammierung der Militär- und Rüstungspolitik durch NATO-Führungsstäbe und international organisiertes Rüstungskapital die Möglichkeiten politischer Kontrolle durch die Einrichtungen der bürgerlichen Demokratie weiter beschnitten werden“.³⁰ Dem ist aus heutiger Sicht höchstens hinzuzufügen, daß sich diese Tendenz mit den wachsenden Anstrengungen zur Schaffung einer europäischen Rüstungsintegration weiter verstärken wird.

Daß die parlamentarischen Kontrollorgane schon heute weitgehend entmachtet worden sind, ist vor allem aus den Vorgängen bei der Beschaffung des Kampfflugzeuges „MRCA-Tornado“ deutlich geworden.

Die hohe Durchschlagskraft des MIK ergibt sich hierbei erst aus der Verschmelzung

25 Vgl. Soldat und Technik, H. 6, Frankfurt/M. 1970, S. 316.

26 BDI-Jahresberichte 1971/72 und 1973/74.

27 Dieter S. Lutz/Volker Rittberger, Abrüstungspolitik und Grundgesetz, Baden-Baden 1976, S. 134.

28 G. Bode, ehemaliger Ministerialdirektor, zit. in: H.-J. Schulz, Militarismus und Kapitalismus in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1977, S. 306.

29 Friedensanalysen, Für Theorie und Praxis 2, Schwerpunkt Rüstung, Frankfurt/M. 1976, S. 152.

30 Rainer Rilling/Hartmut Sychla, Zur Rüstungspolitik der Regierung Brandt/Scheel (II), in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 8, Köln 1972.

seiner spezifischen Interessen mit dem politischen Machtanspruch der herrschenden Klasse, genauer: Mit deren Kalkül, die bestehenden Macht- und Herrschaftspositionen notfalls mit militärischer Gewalt zu zementieren. Je ausgeprägter diese aggressiven Tendenzen zu Tage treten, umso besser kann der MIK gedeihen. Umgekehrt ist der MIK zugleich naturgemäß selbst Quelle und Triebkraft von Aggressivität und Reaktion, da seine erweiterte Reproduktion von einem entsprechenden politisch-ideologischen Klima abhängt. Er kann sich bei der Propagierung militaristischer Ideologie — ob offen oder versteckt — auf ein Netz von ‚Relaisstationen‘ stützen. Zu diesen zählen

- militärpolitische Organe bei den Kapitalverbänden, wie z.B. das Referat „Verteidigungswirtschaft“ beim BDI und ihm angeschlossene Arbeitsgruppen;

- exklusive Clubs, die Begegnungsstätten von Rüstungsindustriellen, Offizieren, Beamten und Politikern sind, wie z.B. der „Club der Luftfahrt von Deutschland e.V.“, der „Club der Freunde des Heeres“ und der Freundeskreis „Mars und Merkur“;

- militaristische Gesellschaften, wie z.B. die „Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V.“, die Tagungen u.ä. organisieren und mit ihren Publikationsorganen Diskussionsforen und Sprachrohre schaffen;

- elitäre militaristische Personengruppen, wie sie z.B. durch „kurzfristige Wehrübungen“ von „leitenden Herren der Industrie“ geschaffen werden;

- die Verteidigungs- und (die Sprachregelung ändert nichts am Inhalt:) Abrüstungsexperten sowie die verteidigungspolitischen Arbeitskreise oder -Ausschüsse der Bonner Parteien; sie bieten zwar wie

- der Verteidigungsausschuß des Bundestages formal die Möglichkeit antimilitaristischer Initiativen; die jüngsten Versuche, den Kritiker des NATO-„Nachrüstungs“-Beschlusses, SPD-MdB und Mitglied jenes Verteidigungsausschusses *Karl-Heinz Hansen* aus der Partei oder zumindestens aus dem Ausschuß zu werfen, geben einen Einblick, welche Funktion den Mitgliedern derartiger Gremien zugeordnet wird;

- das Heer von Rüstungslobbyisten u.a.

Daneben gibt es noch weitere ideologische Multiplikatoren wie die mit militärischen Projekten beauftragten Forschungs- und Universitätsinstitute oder die Reservisten-, Traditions- und Revanchistenverbände sowie — noch weiter vorgelagert — die Kameradschaftsvereine, studentischen Korporationen o.ä., die militaristisches Gedankengut bereitwillig aufnehmen und weitergeben.³¹

Dies sind — wenn auch längst noch nicht alle — Strukturen und Kanäle, über die der MIK seinen Einfluß ausüben kann. Hierbei darf jedoch nicht vergessen werden, daß die tatsächliche Macht des MIK von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen abhängt. Man muß sich deshalb davor hüten, ihm in der BRD bereits einen ähnlichen Stellenwert zuzumessen wie er ihn in den USA erlangt hat. Jener alles überwuchernde Moloch ist er — noch — nicht.

6. Die ökonomische Funktion der Rüstung

Eine im Kontext der Untersuchungen von Militarisierungsprozessen mit am häufigsten diskutierte Frage ist die nach der *ökonomischen Funktion* von Rüstungsausgaben.

³¹ Siehe dazu auch: Carola Bielfeldt/Peter Schlotter, Die militärische Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, Einführung und Kritik, Frankfurt/Main, New York 1980, S. 119 ff.

Diese Frage nach ökonomisch bedingten Systemfunktionen oder sogar Systemnotwendigkeiten von Rüstung stellt sich — dies sei vorweg bemerkt — natürlich nur denjenigen, die von einer inneren Krisenhaftigkeit kapitalistischer Wirtschaftsentwicklung ausgehen. Sie stellt sich nicht für eine bürgerliche Wirtschaftswissenschaft, die a priori immanente Krisentendenzen verneint und folglich Erscheinungen wie die Rüstungsproduktion nur als außerökonomisches, durch politische Entscheidungen gesetztes Datum betrachten sowie deren Folgen als politisch bedingt analysieren kann³².

Demgegenüber wurde von marxistischen Positionen aus schon sehr früh auf *Funktionen* der Rüstungsausgaben hingewiesen. So schrieb *Rosa Luxemburg* 1899: „Der Militarismus, der für die Gesellschaft im ganzen eine ökonomisch völlig absurde Vergeudung ungeheurer Produktivkräfte darstellt, der für die Arbeiterklasse eine Herabsetzung ihrer wirtschaftlichen Lebenshaltung zum Zweck ihrer sozialen Versklavung bedeutet, bildet für die *Kapitalistenklasse* ökonomisch die glänzendste, *unersetzliche* (Hervorhebung durch d. V.) Anlageart, wie sozial und politisch die beste Stütze der Klassenherrschaft.“³³

In der nachfolgenden und jüngsten Debatte marxistischer bzw. an *Marx* anknüpfender Theoretiker blieb *Rosa Luxemburgs* Einschätzung der Rüstungsausgaben als „Vergeudung“ gesellschaftlicher Produktivkräfte und „Einschränkung“ potentieller Versorgungsmöglichkeiten unbestritten; eine *Unersetzlichkeit* der Militärausgaben für den kapitalistischen Reproduktionsprozeß wurde allerdings in dieser Entschiedenheit nicht mehr behauptet.

In ihren Ergebnissen kamen *Rosa Luxemburg* am nächsten noch *Michael Kidron* sowie *Paul Baran* und *Paul Sweezy*, die Militärausgaben für das Funktionieren kapitalistischer Wirtschaftssysteme für kaum verzichtbar halten. *Kidron* bezweifelt, daß zivile Staatsausgaben (die er als ‚produktive‘ bezeichnet) langfristig ähnlich günstige Wirkungen wie die militärischen erzielen (die er als ‚unproduktive‘ bezeichnet): „Die Möglichkeit zu produktiven Staatsausgaben ist deutlich begrenzt“³⁴, da „außerordentlich umfangreiche produktive Staatsausgaben... sowohl das Gleichgewicht zwischen den individuellen Kapitaleinheiten stören als auch die Tendenz des Systems zu Überproduktion verstärken (würden)“³⁵. *Baran* und *Sweezy* prophezeien für den Fall einer Senkung der Rüstungsausgaben „Massenarbeitslosigkeit und Hoffnungslosigkeit“³⁶. In ihren Augen spielen Militärausgaben — obwohl nur eine von vier Möglichkeiten zur Absorbierung des steigenden Surplus (die Differenz zwischen dem, was eine Gesellschaft produziert, und den Produktionskosten) — eine überragende Rolle, da die übrigen Strategien „... fast nichts zur Lösung des Problems beitragen“.³⁷ *Sweezy* äußerte 1974 in der ‚New York Ti-

32 Vgl. z.B. Werner Claasen, *Rüstungsausgaben und Wirtschaftsentwicklung*, Diss. Stuttgart 1971; Hans D. Klingemann, *Wirtschaftliche und soziale Probleme der Auf- und Abrüstung*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 13/1968; Horst Regling, *Militärausgaben und wirtschaftliche Entwicklung*, Hamburg 1970; Günter Neubauer, *Ökonomische Wirkungen des Verteidigungsbudget auf wichtige wirtschaftspolitische Ziele*, in: Karl-Ernst Schulz (Hrsg.), *Militär und Ökonomie*, Göttingen 1977.

33 Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd. 1/1, Berlin (DDR) 1974, S. 452.

34 Michael Kidron, *Rüstung und wirtschaftliches Wachstum*, Frankfurt/M. 1971, S. 65/66.

35 ebenda.

36 Paul A. Baran/Paul M. Sweezy, *Monopolkapital*, Frankfurt/M. 1967, S. 204.

37 ebenda, S. 151.

mes' nochmals seine „Vermutung, ... daß die Militärausgaben am Ende doch die einzige rationale Erklärung für die relativ (d.h. im Vergleich zu den dreißiger Jahren) günstige Wirtschaftsentwicklung der Nachkriegszeit darstellen.“³⁸ Offen bleibt dabei allerdings, wie sich *Sweezy* die Tatsache erklärt, daß die Anfang der siebziger Jahre im Zuge der Eskalation des Vietnamkrieges anschwellenden Rüstungsausgaben mit einer scharfen Rezession zusammenfielen. Überhaupt drängt sich hier der ‚Verdacht‘ auf, daß die historisch besondere Phase der Parallelerscheinungen „hohe Militäretats“ und „relativ hohes wirtschaftliches Wachstum“ — die die vierziger und fünfziger Jahre in den USA kennzeichneten — vorschnell in einen Kausalzusammenhang gebracht und verallgemeinert wurden. *Michael Reich*, der zunächst an *Baran* und *Sweezy* anknüpfte, und noch 1970 Wohlfahrtsausgaben als Alternativen zu Rüstungsausgaben als wenig geeignet ansah, da „diese Programme einfach nicht genügend verschwenderisch sind“³⁹, änderte jedenfalls in jener Zeit seine Position und schätzte 1972 Abrüstung bereits als ‚möglich‘ ein, verweist aber darauf, daß „der Kapitalismus solange, wie Profite in den Militärausgaben gemacht werden können, sich diesen zuwenden (wird).“⁴⁰

In der jüngeren marxistischen Diskussion gewannen zunächst Ansätze an Bedeutung, die den Rüstungsausgaben zwar eine *kurzfristig wirksame* ‚krisendämpfende‘ oder ‚krisenersetzende‘ Funktion zuschreiben, aber eine längerfristige Stabilisierungswirkung absprechen. Sie teilen sich im wesentlichen in zwei Gruppen:

— Die eine verweist auf die Realisierungsfunktion der Rüstungsausgaben und billigt diesen eine — eng begrenzte — *Krisenverschiebung* oder *Krisendämpfung* zu⁴¹;

— die andere versucht, die Funktion der Rüstungsausgaben mit der Theorie der Kapitalwertung zu erfassen und sieht in diesen einen zeitweilig wirksamen *Krisenersatz*.
Zum ersten Ansatz:

„Unter den Bedingungen, da die Rüstungskapazitäten nicht voll ausgelastet oder ungenügend entwickelt sind, bewirkt ein sprunghaftes Ansteigen der Rüstungsausgaben und damit der staatlichen Nachfrage nach Kriegsmaterial Wachstumsanstöße für die Rüstungsindustrie“.⁴² Diese Anstöße multiplizieren sich mit der Nachfrage der Rüstungsindustrie nach Produktionsmitteln, Vorprodukten sowie Arbeitskräften, führen zu einer wachsenden Beschäftigung, schaffen Einkommen und regen somit auch die Konsumgüternachfrage an. Faktisch werden also beide Abteilungen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses stimuliert und kann — unter den Bedingungen einer konjunkturellen Krise — durchaus ein antizyklischer Effekt erzielt werden.

Dies ist aber keine Besonderheit von Rüstungsausgaben, vielmehr ergibt sich die wachstumsfördernde Wirkung der Rüstung aus der „Zugehörigkeit dieses Faktors zum System der staatlichen Hebel für die Regulierung der Wirtschaft“⁴³.

38 Übersetzung in: Neues Forum, Ohne Rüstung in die Krise, H. 247/248, 1974, S. 20.

39 Michael Reich, zit. in: Ulrich Albrecht, Rüstungskonversionsforschung, Eine Literaturstudie mit Forschungsempfehlungen, Berlin 1978, S. 78.

40 ebenda, S. 78.

41 Vgl. z.B. Autorenkollektiv, Militarismus heute, Berlin (DDR) 1980, S. 327 ff.; Peter Klein/Klaus Engelhardt, Weltproblem Abrüstung, Berlin (DDR) 1979, S. 151 ff.; Autorenkollektiv unter Leitung von N.N. Inosemzew, Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus, Berlin (DDR) 1972, S. 492.

42 Autorenkollektiv, Militarismus heute, a.a.O., S. 327.

43 Autorenkollektiv, Militarismus heute, a.a.O., S. 328.

Mehrere Faktoren machen jedoch Rüstungsaufträge zu einem besonders wenig geeigneten Konjunktursteuerungsinstrument:

— Nachfrageimpulse durch Rüstungsaufträge werden wie andere staatliche, konjunkturpolitisch motivierte Ausgaben nur in einem engen Branchenspektrum wirksam. Die relativ hohe Kapitalintensität der an der Rüstungsproduktion beteiligten Branchen führt jedoch zusätzlich zu einer Verminderung der *kurzfristig* wirksam werdenden Einkommenseffekte.

— Generell gilt, daß Nachfrageimpulse auf hochkonzentrierten Märkten durch die Preissetzungsmacht sowie intensivierte Rationalisierungsstrategien konterkariert werden können.

— Rüstungsaufträge können zeitlich nicht beliebig variiert werden, da moderne Waffensysteme heute in der Regel 8–15 Jahre bis zur Herstellung der Produktionsreife benötigen; sie stehen also auch von der stofflichen Seite her nur äußerst begrenzt für eine antizyklische Politik zur Verfügung.

Es mag daher auch nicht besonders verwundern, daß — wie Untersuchungen zeigen — Rüstungsaufträge in der BRD in der Vergangenheit tatsächlich nicht nach konjunkturpolitischen Gesichtspunkten vergeben worden sind⁴⁴.

Zum zweiten Ansatz:

Dieser — eine zeitlang im Vordergrund stehende — Erklärungsansatz für die Funktion der Rüstungsausgaben im Reproduktionsprozeß stützt sich auf die vor allem mit dem Namen von *Paul Boccara* verbundene Theorie von der staatlich organisierten Kapitalentwertung. Kern dieser Theorie ist die Aussage, daß neben und zusätzlich zu der ‚normalen‘ zyklischen Entwertung des Kapitals im SMK eine neue permanente Form staatlicher Kapitalentwertung tritt, bei der der Staat den überakkumulierten Teil des Kapitals übernimmt und die ihn repräsentierenden materiellen Ressourcen den Privatmonopolen ohne Gegenleistung zur Verfügung stellt. Der Staat — so diese Argumentation — verzichtet auf eine Verwertung des bei sich zentralisierten Kapitals, das entwertet wird, damit sich das verbliebene private Kapital weiter verwerten kann. In dem Maße, wie „die Überakkumulation... immer größere Ausmaße erreicht“ ergibt sich zugleich die „Notwendigkeit, immer umfassendere und permanent wirkende Entwertungsformen des Kapitals zu entwickeln.“ Mit der Rüstungsproduktion wird nun ein Dauerventil geschaffen, „erreicht die kapitalvernichtende Funktion des staatlichen Kapitals ihre extremste Ausdrucksform.“⁴⁵

Diese Theorie, die sicherlich den umfassendsten Ansatz zur Erklärung der Rüstungsfunktion bildet, ist jedoch mit einigen Fragezeichen zu versehen:⁴⁶ Zunächst einmal erscheinen die Rüstungsausgaben nicht als *Kapitalentwertung*, sondern als *Kapitalverwertung* — als Mittel, die die Verwertung des Rüstungskapitals realisieren. Kapitalentwertung — soweit sie stattfinden sollte — kann folglich nur bei der *Mobilisierung* der staatlichen Mittel und/oder bei der *Verwendung* der damit erkaufte Waren — der Rüstungsgüter — stattfinden.

44 Siehe hierzu insbesondere: Carola Bielfeldt, Rüstungsausgaben und Staatsinterventionismus, Frankfurt/M. 1977.

45 K. Engelhardt/K.H. Heise, Der militärisch-industrielle Komplex..., a.a.O., S. 138.

46 Die folgenden Überlegungen stützen sich auf: J. Huffschmid, Ökonomische Funktionen von Rüstungsausgaben, in: Ders. (Hrsg.), Rüstungs- oder Sozialstaat, Köln 1981, S. 168 ff.

Untersuchen wir zunächst den Prozeß der Mobilisierung der finanziellen Mittel des Staates: Sie entstammen letztendlich immer entweder aus dem Reproduktionsfonds der Lohn- und Gehaltsabhängigen oder aus dem Profitfonds der Unternehmen. Folglich handelt es sich bei der *Finanzierung* der Rüstungsproduktion in erster Linie um einen *Umverteilungsprozeß*.

Wie sieht es aber auf der Verwendungsseite aus? In der Rüstungsproduktion werden Güter hergestellt, die aufgrund ihres stofflichen Charakters aus dem Reproduktionsprozeß herausfallen. Sie sind per Saldo ein Abzug vom gesellschaftlichen Gesamtprodukt zu Lasten des Akkumulations- und Konsumtionsfonds der Gesellschaft: Gegenwärtige und zukünftige Möglichkeiten zur Steigerung der Produktion und des gesellschaftlichen Wohlstandes gehen verloren.

Umverteilung von gesellschaftlichen Werten sowie Verknappung der Reproduktionsgrundlagen — dies ist im Kern die ökonomische Funktion von Rüstung!

Systemfunktional ist sie dabei in dem Sinne, daß sie ähnlich wie die Krise, aber permanent statt zyklisch und organisiert statt spontan, der Überakkumulation entgegenwirkt. Sie steht damit neben einer ganzen Reihe anderer Strategien, die die gleichen Effekte haben: Stilllegung von Kapazitäten, Vernichtung von Produkten, Massenarbeitslosigkeit usw. Möglicher gesellschaftlicher Reichtum geht verloren, damit der Verwertungsmechanismus weiter funktionieren kann.

Die weitergehende Frage ist nun, ob die Form der Verwertungssicherung, wie sie spezifisch durch die Produktion von Rüstungsgütern erfolgt, nicht mit anderen für die Verwertung des Kapitals existentiellen Bedingungen in Konflikt gerät. Dieser Konflikt kann sowohl *gesellschaftspolitische*, wenn grundlegende Bedürfnisse der Bevölkerung nur unzureichend befriedigt werden, *wirtschaftliche*, wenn das Kapital selbst von den Folgen der Rüstungsproduktion betroffen ist, die sich beispielsweise in nachlassender Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Volkswirtschaften niederschlagen können, oder aber im weitesten Sinne *produktionstechnische* Dimensionen haben, wenn sich bestimmte Ressourcen verknappen und nur mit hohem Aufwand, nur langfristig oder überhaupt nicht bereitgestellt werden können. Letzteres ist insbesondere der Fall bei bestimmten Rohstoffen, aber auch beim gerade für die BRD Wirtschaft sehr wichtigen Forschungs- und Entwicklungspotential, das nicht kurzfristig ausgeweitet werden kann. Wir werden die hier nur skizzierte Problematik im nächsten Abschnitt nochmals aufgreifen.

7. Perspektiven des Kampfes gegen den MIK

Der MIK in der BRD hat sich nicht unmittelbar aus der Bewegung der ökonomischen Gesetze heraus gebildet, sondern bedurfte — wie gezeigt — der politischen „Geburtshilfe“ und einer politisch durchgesetzten „Aufpäppelung“, bis er sich als ein relativ eigenständiger politisch-ökonomischer Machtblock konstituieren konnte. Seine ökonomische Basis, die Rüstungswirtschaft, ist dabei faktisch zu einem wesentlichen Bestandteil des kapitalistischen Reproduktionsprozesses geworden: sie eröffnet nicht nur den Rüstungsmonopolen glänzende Profitchancen, sondern bewirkt auch über ihre zeitweilig krisenersetzende Funktion insgesamt eine relative Stabilisierung der Verwertungsmöglichkeiten der Monopole. Dies aber macht die Rüstungsproduktion keinesfalls zu ei-

nem ökonomisch *notwendigen* Element kapitalistischer Reproduktion, da der Staat grundsätzlich auch über andere Stabilisierungs- und Vernichtungsstrategien verfügt.

Wenn dem aber so ist, dann muß Abrüstung bei entsprechendem politischem Kräfteverhältnis auch im Kapitalismus prinzipiell möglich sein. Hier stellt sich folglich die Aufgabe einer nüchternen Einschätzung der Macht- und Einflußmöglichkeiten des MIK in der BRD sowie deren Grenzen und Schwachstellen, an denen die Strategie der Arbeiterbewegung ansetzen kann.

Grundsätzlich kann man feststellen, daß der MIK sich zu einem einflußreichen Machtblock in der BRD entwickelt hat, dessen feste Einbindung in das Monopolkapital ihm einerseits eine hohe Durchschlagskraft ermöglicht, ihn andererseits aber auch festsetzt: Die Grundlinien seiner erweiterten Reproduktion werden unter direkter Einbeziehung der Finanzoligarchie bestimmt. Diese hat zwar ein prinzipielles Interesse am Aufbau eines militärischen Droh- und Einsatzpotentials — legt damit aber noch keineswegs ihre Strategie zur Sicherung der Herrschaftspositionen nach außen und innen fest. Gerade die Geschichte der BRD zeigt, daß andere Strategien bisher bevorzugt, z.T. sicherlich auch erzwungen wurden, die den gleichen Zielen dienen:

— Im Inneren der Versuch, die Arbeiterbewegung in das staatsmonopolistische System zu integrieren;

— im Verhältnis zu den kapitalistischen Ländern eine Politik der politisch-ökonomischen Integration oder Zusammenarbeit, die zugleich auf entsprechenden Machtinstrumenten basiert;

— im Verhältnis zu den sozialistischen Ländern die Strategie des „Wandels durch Annäherung“;

— im Verhältnis zu den unterentwickelten Ländern eine Politik der „pragmatischen“ Entwicklungshilfe, der Förderung „gemäßigter“ politischer Kräfte und der vertragsmäßigen Einbindung in das kapitalistische Weltwirtschaftssystem.

Sicherlich wird man diese Strategien nie in „reiner“ Form beobachten können, sie unterscheiden sich trotzdem grundlegend von der konfrontativen Konzeption, die der MIK und die um ihn gruppierten Kräfte propagieren. Diese werden jedoch dann eine zunehmende Resonanz gewinnen, wenn die nicht-militärischen und nicht-konfrontativen Strategien an Wirksamkeit verlieren. Die politische Entwicklung der letzten Jahre belegt dies; sie hat zugleich das Klima geschaffen, in dem der MIK an Einfluß gewinnen kann.

Es muß allerdings betont werden, daß darin keine Zwangsläufigkeit liegt. Einer autoritären und auf die Anwendung militärischer Gewaltmittel zielenden militärischen Strategie des bundesdeutschen Imperialismus sind heute erkennbare Grenzen gesetzt, über die hinaus sie dysfunktional für die Herrschaftssicherung des Monopolkapitals wird:

— *Die eine Grenze* bilden die sozialistischen Länder — und zwar in zweifacher Hinsicht:

Erstens verengt sich die Perspektive, die Völker der „Dritten Welt“ *gewaltsam* in ihrem Streben nach Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Veränderung zu behindern, da die Befreiungsbewegungen in den sozialistischen Ländern natürliche Bündnispartner gefunden haben.

Zweitens ist eine militärische Aggression gegen die sozialistische Staatengemeinschaft zusehends irrationaler geworden, trotz aller Versuche des Imperialismus, das militärische Gleichgewicht zu seinen Gunsten zu verändern. Ein 3. Weltkrieg würde insbeson-

dere Mitteleuropa vollständig verwüsten — eine Tatsache, die auch die reaktionärsten Kräfte in der BRD in Rechnung stellen müssen.

— Gleichzeitig unterliegt eine weitere Strategie zunehmendem Verschleiß: Der Versuch, die „Sowjetunion totzurüsten“, beginnt sich allmählich für seine Initiatoren als Bumerang zu erweisen. Der Imperialismus sieht sich selbst in steigendem Maße um die Hoffnung betrogen, zugleich „Butter und Kanonen“ produzieren zu können; dies ist *die andere Grenze*: „Während die Rüstung immer größere Mittel verschlingt, entstehen zugleich riesige neue Anforderungen an den Reproduktionsprozeß, die ebenfalls nur unter Einsatz bedeutender staatlicher Mittel befriedigt werden können. So sind beispielsweise die Probleme der Verkehrs- und Raumplanung, des Umweltschutzes, der Bildung, der Wissenschaft und der Sozialleistungen ...heute für die erweiterte Reproduktion unerlässlich, sie sind zu einer notwendigen Vorbedingung geworden“.⁴⁷

In dem Maße aber, wie Forderungen an den Staat zur Sicherstellung der physischen Grundlagen des Verwertungsprozesses in Konkurrenz zu Forderungen nach militärischen Ausgaben treten und der MIK nicht mehr in der Lage ist, über den Einsatz des militärischen Apparates als politischem Faktor zumindestens ein Äquivalent zu erbringen, werden Interessenkonflikte zwischen Rüstungs- und Monopolkapital unausweichlich. Dies hat der BDI — wenn auch zu einem früheren Zeitpunkt — eingestanden: „Eine einheitliche Einstellung ‚der Industrie‘ zur Rüstung läßt sich aus naheliegenden Gründen nicht konstruieren, weil... notwendigerweise die von Wirtschaftszweig zu Wirtschaftszweig und von Unternehmen zu Unternehmen verschiedenen wirtschaftlichen Gesichtspunkte eine Rolle spielen! Unternehmen, deren Programme die Rüstung nicht betreffen, werden der ganzen Sache naturgemäß weniger interessiert gegenüberstehen, als solche, die ihre Fertigungsanlagen für die Rüstung einsetzen oder aus der militärtechnischen Entwicklung Nutzen für ihre zivile Fertigung ziehen können.“⁴⁸

Dieser „naturgemäße“ Konflikt wird sich 20 Jahre später teils gleich, teils modifiziert darstellen: Die kapitalmäßige Einbindung des Rüstungs- in das Monopolkapital läßt die Konfliktlinien auch durch die Großunternehmen selbst verlaufen. Sie werden vor die Alternative gestellt, „entweder weiterhin hohe Rüstungsaufträge und hohe Profite in der Rüstungsabteilung bei gleichzeitiger fortschreitender Zerstörung der eigenen Reproduktionsgrundlagen, oder aber: Weniger Rüstungsaufträge, mehr Aufträge für Umweltschutzanlagen, Verlagerung des Profits also in eine andere Abteilung, wobei die Umweltschutzanlagen vom Staat installiert werden und zur Erhaltung der stofflichen Reproduktionsanlagen der Unternehmen beitragen“.⁴⁹

Für das Monopolkapital ist dies im Kern ein „Optimierungsproblem“, das aber im Selbstlauf sicherlich nicht zu einer Einschränkung der Rüstungsausgaben oder gar zur Abrüstung führen wird. Für die demokratische und Friedensbewegung bietet sich jedoch hier einer der Ansatzpunkte, die Kräfte des MIK zu isolieren und ihren Einfluß zurückzudrängen.

Das Ziel weitergehender Analysen müßte u.E. darin bestehen, die Interessendivergenzen und -konvergenzen zwischen Rüstungs- und übrigen Monopolkapital bzw. zwischen den einzelnen NATO-Staaten konkreter und differenzierter herauszuarbeiten,

47 P. Klein, K. Engelhardt, Weltproblem Abrüstung, a.a.O., S. 138.

48 BDI-Jahresbericht 1961/62, S. 157.

49 Jörg Huffschnid, Aufrüstung und Militarismus, in: Ders. (Hrg.), Rüstungs- oder Sozialstaat, a.a.O.

den Verlauf von Interessenlinien auf nationaler und internationaler Ebene zu verfolgen und den aktuellen und potentiellen Stellenwert der objektiven Differenzen zu bestimmen. Darin eingeschlossen wären eingehende empirische Untersuchungen der durch die Militarisierung hervorgerufenen Deformationen des Reproduktionsprozesses sowie deren unterschiedliche Auswirkungen für einzelne Monopol- und Finanzgruppen bzw. Nationalstaaten.

Untersuchungen mit dieser Intention böten zugleich die Chance, wichtige Forschungsanregungen aus den vorangegangenen Bänden der „Marxistischen Studien“ produktiv aufzugreifen. Fruchtbar dürfte es z.B. sein, die Beziehungen zwischen Rüstungs- und übrigen Monopolkapital unter dem Blickwinkel der Konkurrenz staatsmonopolistischer Komplexe zu analysieren. Da sich im Rüstungssektor wie auf keinem anderen Feld unmittelbares Profitinteresse (des Rüstungskapitals) mit politischen Grundorientierungen der herrschenden Klasse überhaupt überschneidet, dürften hier zudem wichtige Erkenntnisse über Kapitalfraktionen und somit für eine moderne Monopolgruppentheorie zu gewinnen sein.

Politische Systemkrise des SMK und außenpolitische Krisenstrategien

Eine Problemskizze

Bernd Greiner

1. Einleitung – 2. Elemente einer Theorie der politischen Systemkrise für den SMK – 2.1 Die strukturelle Krisenhaftigkeit der bürgerlichen Gesellschaft – 2.2 Die Organisation von „Gegentendenzen“ oder: Staat und politisches Herrschaftssystem als Reaktion auf die strukturelle Krisenhaftigkeit – 2.3 SMK und Allgemeine Krise des Kapitalismus – 3. Elemente einer Theorie außenpolitischer Krisenstrategien des Imperialismus nach 1945 – 3.1 Nachkriegskrise und Kalter Krieg – 3.2 Die Krise der Nachkriegspolitik und die Richtungsdivergenz bei der Formulierung einer neuen außenpolitischen Krisenstrategie – 3.3 „Grenzüberschreitungen“ zu einem neuen Machtmaximalismus: Strukturen der amerikanischen Krisenstrategie für die 80er Jahre und die Rolle der Verbündeten

1. Einleitung

Seit Jahren hat die „Krise“ Konjunktur. Zahllose Publikationen liegen vor zur „Unregierbarkeit“ und „Krise der Demokratie“¹; über „Krisenbogen“ und „neue Dimensionen und Aufgaben“ westlicher Sicherheit² wird intensiv diskutiert, ja die Krise erscheint den Handlungsträgern westlicher Politik mittlerweile nicht mehr als zeitlich und/oder räumlich begrenzter Störfaktor, sondern als neue Normalität, auf die es sich einzurichten gilt³.

Im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung steht zweifellos der Zusammenhang von *innenpolitischer Systemkrise* und *internationaler Politik* und damit auch die Frage des Verhältnisses von *Innen- und Außenpolitik*. Offensichtlich geht die Bourgeoisie der führenden imperialistischen Länder davon aus, an einem *politischen Wendepunkt* angekommen zu sein. Die in absehbarer Zeit zu realisierende Innen- und Außenpolitik wird als *Entscheidungsprozeß über Grundsatzfragen* der ökonomischen, sozialen, politischen, militärischen und ideologischen Verfassung des westlichen Bündnisses vorgestellt: nichts wird in Zukunft mehr so sein wie in der Vergangenheit (*Helmut Schmidt*). Mit der Definition der Krise als strukturellem Bezugspunkt aller Politik verbindet sich auch die Einsicht, daß über *künftige politische Kräftekonstellationen der Klassen* (national wie international) entschieden werden muß, aber diese Entscheidung unweigerlich von

1 Michel J. Crozier, Samuel P. Huntington, Joji Watanuki, (Ed.), *The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission*, New York University Press 1975.

2 Karl Kaiser, Winston Lord, Thierry de Montbrial, David Watt, *Die Sicherheit des Westens: Neue Dimensionen und Aufgaben*, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Bonn 1981.

3 Vgl. George Urban, *Wechsel im Weißen Haus*. Interview mit Zbigniew Brzezinski, in: *Der Monat*, Nr. 279, 2/1981, S. 4-20.

der augenblicklichen politischen Machtstruktur mitbeeinflusst wird und daß die *derzeit* im eigenen Lager zu formulierende Krisenstrategie ihrerseits über die politische Struktur, Programmatik, Stärke und Einfluß der Gegenseite mitbestimmt, d.h. daß auf diese Weise die Art der Krisenbewältigung „auch als genetisches Element... in die Präparation der nächsten Krise (miteingeht — B.G.)“⁴

Die marxistische Befassung mit diesen Problemen greift m.E. bisher an zwei entscheidenden Stellen zu kurz: erstens fehlt eine systematische Entwicklung der Kategorie „politische Krise“, die den Zusammenhang *innen- und außenpolitischer Krisenentwicklungen* herstellt sowie Gemeinsamkeiten und spezifische Differenzen der an Innen- und Außenpolitik gestellten Anforderungen markiert. Zweitens erfordert gerade das in der Imperialismustheorie stets reflektierte *Verhältnis von Krise und Krieg*⁵ die Analyse der Entwicklung und Anwendung *außenpolitischer (Krisen-)Strategien*. Dem Stand der Diskussion entsprechend, handelt es sich bei der folgenden „Problemskizze“ um den vorläufigen Versuch, einen analytischen Rahmen zu skizzieren, innerhalb dessen innen- und außenpolitische Krisenprozesse des gegenwärtigen SMK zu interpretieren wären.

2. Elemente einer Theorie der politischen Systemkrise für den SMK

2.1 Die strukturelle Krisenhaftigkeit der bürgerlichen Gesellschaft

Die „Krise“ ist kein der bürgerlichen Gesellschaftsformation äußerliches Moment: die in der Genese und Struktur dieser Formation angelegten antagonistischen Widersprüche ökonomischer und politischer Natur kulminieren im Prozeß ihrer historischen Entfaltung und auf allen Entwicklungsstufen gesetzmäßig in ökonomischen und politischen Krisen. Dieser Sachverhalt soll als strukturelle Krisenhaftigkeit der bürgerlichen Gesellschaftsformation bezeichnet werden.

Der Ausgangspunkt zur Bestimmung des Verhältnisses von ökonomischer und politischer Krise ist die *politische Ökonomie* der bürgerlichen Gesellschaft. In deren Zentrum stehen die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, die immer auch Aneignungsverhältnisse sind; kapitalistisches Eigentum wird nur produziert und reproduziert durch Aneignung unbezahlter Mehrarbeit. In den Eigentumsstrukturen und im Aneignungsprozeß liegt der Schlüssel zum Verständnis der *strukturellen ökonomischen Krisenhaftigkeit*. Mit der klassenmäßigen Spaltung der Gesellschaft in Privateigentümer der Produktions- und Arbeitsbedingungen einerseits und doppelt freie, zum Verkauf ihrer Arbeitskraft als Ware ökonomisch gezwungene Lohnarbeiter andererseits ist zugleich der *Grundwiderspruch* des Kapitalismus gegeben, nämlich die *prinzipielle* Nichtübereinstimmung zwischen *privater Aneignung* und *gesellschaftlicher Produktion*.

Die Produktion, obwohl gesellschaftlich betrieben, orientiert sich nicht an gesellschaftlichen Bedürfnissen, sondern am beständigen Drang des Kapitals nach unbezahlter Mehrarbeit. Dieser Heißhunger nach Mehrwert ist vom Standpunkt der Einzelkapitale der Drang nach *Profit*.

Die Entwicklung der (in ihrem Wesen *gesellschaftlichen*) Produktivkräfte ist eben die-

4 Wolf-Dieter Narr, Zur Genesis und Funktion von Krisen — einige systemanalytische Marginalien, in: Martin Jänicke (Hrsg.), Herrschaft und Krise, Opladen 1973, S. 224-36, hier S. 230.

5 Vgl. Jürgen Kuczynski, Monopol, Krieg und Krise, in: IPW-Berichte, 4/1972, S. 5-13.

sem *privaten Profitmaximalismus*⁶ unterworfen. *Entwicklung* der kapitalistischen Produktionsweise heißt ein doppeltes: Entfaltung des Grundwiderspruchs und aller auf ihn zurückzuführenden Widersprüche (z.B. das Auseinanderfallen von Wert und Gebrauchswert, Produktion und Realisierung) einerseits; andererseits werden mit ihrer Entfaltung „diese Widersprüche nach außen, auf die Ebene der realen Bewegung herausgetrieben und *bestimmen den Ablauf der kapitalistischen Reproduktion als Krisenprozeß.*“⁷

Dreh- und Angelpunkt dieses Krisenprozesses ist der tendenzielle Fall der Profitrate: über die Entfaltung der Produktivkräfte treibt das Kapital auf eine immer höhere organische Zusammensetzung hin, entzieht sich selbst damit tendenziell die lebendige Arbeit als einzige Quelle der Neuerschöpfung und erweist sich folglich — indem es seine eigene Rationalität immer wieder selbst untergraben *muß* — als Schranke seiner selbst. Einen Ausweg gibt es *prinzipiell nur* über die beständige Verschärfung der kapitalimmanenten Widersprüche, letztlich also über die Zuspitzung der strukturellen Krisenhaftigkeit: der tendenzielle Fall der Profitrate stimuliert einerseits die Weiterentwicklung der Produktivkräfte, ohne Rücksicht auf die gesetzten Schranken, „wodurch diese ständig neu und höher errichtet werden, andererseits die fortwährende Produktion von Kapital, das bei den gegebenen Profitbedingungen... unfähig zur Anlage, also relativ überschüssig ist.“⁸

Die dadurch auf ständig höherem Niveau sich zwanghaft durchsetzenden Krisenprozesse „sind immer nur momentane gewaltsame Lösungen der vorhandenen Widersprüche, gewaltsame Eruptionen, die das gestörte Gleichgewicht für den Augenblick wiederherstellen.“⁹ Gewaltsam vollzieht sich über den Krisenprozeß die Vernichtung überschüssigen Kapitals — was nichts anderes ausdrückt als den sozio-ökonomischen Prozeß der „Expropriation der Expropriateure“. In der ständig weitergetriebenen Konzentration und Zentralisation des Kapitals (Aktiengesellschaften, Monopole) realisiert sich der a priori zum Scheitern verurteilte Versuch, die privaten Aneignungsformen unterworfenen Produktionsverhältnisse mit der gesellschaftlichen Existenz der Produktivkräfte „auszusöhnen“ oder: relative Lösungsformen für die eskalierenden Widersprüche zu finden. *Marx* bezeichnete diese in der *strukturellen Krisenhaftigkeit* angelegte reale Kapitalvernichtung als „Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst“¹⁰

Strukturelle Krisenhaftigkeit heißt also konkreter gefaßt: die in der Existenz der kapitalistischen Gesellschaftsformation genetisch angelegten antagonistischen Widersprüche treiben in der realen Bewegung nicht allein zu Krisen, sondern über den Krisenprozeß wird die historische Aufhebung und Überwindung dieser Gesellschaftsformation exekutiert.

Die Transformation der bürgerlichen Gesellschaft ist jedoch nicht dem *stummen* Wirken ökonomischer Gesetzmäßigkeiten geschuldet, sondern die Ökonomie artikuliert sich

6 Ein in Anlehnung an die unten verwendete Kategorie des „Machtmaximalismus“ (Reinhard Opitz) geprägter Begriff.

7 Heinz Jung, Josef Schleifstein, Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker, Frankfurt/M. 1979, S. 16; Hervorhebung B.G.

8 Peter Hess, Methodologische und theoretische Probleme der Imperialismusforschung, in: Wirtschaftswissenschaft, 22. Jg., 2/1974, S. 187-208, hier S. 194.

9 Karl Marx, in: MEW 25, S. 259.

10 Zit. nach Hess, Probleme..., a.a.O., S. 198.

stets politisch, sie ist von ihrem Wesen her *politische* Ökonomie. Es stellt sich also die Frage: in welcher Weise betreibt das Wirken der ökonomischen Gesetze eine *strukturelle politische Krisenhaftigkeit*?

Der systematische Bezugspunkt zur Beantwortung dieser Frage ist darin zu sehen, daß der ökonomische Zwang stummer Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die bürgerliche (ökonomische und politische) Herrschaft durch die Bewegung und Entfaltung des Kapitals selbst beständig durchbrochen wird. Dieser Mechanismus tritt deshalb ein, weil das Kapital als nur auf sich selbst bezogener Wert in seinem Trieb nach Profitmaximierung beständig auf die unmittelbaren Lebensinteressen der Arbeiterklasse übergreift. Dies nicht nur durch den Versuch, den beschäftigten Arbeitern mehr absoluten und relativen Mehrwert abzupressen, sondern auch, indem es in der historischen Tendenz beständig und in jeder Krise aktuell Arbeitskräfte freisetzt und dezimiert. Die Arbeiterklasse ist also gezwungen, ihre materielle Existenzgrundlage kollektiv zu verteidigen, d.h.: „... im historischen Begriff des Kapitalverhältnisses als einer antagonistischen Bewegungsform (verbindet sich) die krisenhafte Bewegung des Verwertungsprozesses mit der sozialen Bewegung der antagonistischen Klassen.“¹¹

In der zunächst ökonomischen Abwehrreaktion auf *aktuelle* ökonomische Krisenprozesse ist der Keim der Konstitution der Arbeiterbewegung zu einer *dauerhaft* politischen Bewegung, zu ihrer Herausbildung als Klasse an und für sich, angelegt. In den ökonomischen und politischen Klassenauseinandersetzungen selbst konstituiert sich die Arbeiterklasse „als selbständig agierendes, historisches Subjekt, als Träger und Repräsentant des historisch ‚transitorischen Charakters‘ der kapitalistischen Produktionsweise...“¹²; somit „beinhaltet das Kapital *ökonomisch und politisch* zugleich seine ‚eigene Negation‘.“¹³

Zusammengefaßt heißt das: die ökonomische *und* soziale Entfaltung des Kapitalverhältnisses führt in der historischen Tendenz zur Infragestellung, letztlich Überwindung der ökonomischen und politischen Herrschaft der Bourgeoisie. *Strukturelle Krisenhaftigkeit impliziert also das systematische Zusammenwirken ökonomischer, politischer und ideologischer Krisenprozesse auf der Basis der historischen Entfaltung der für die bürgerliche Gesellschaft bestimmenden ökonomischen Kategorien: sie ist der „materiellen gesellschaftlichen Praxis“ des Kapitals immanent*¹⁴. Es wird hier vorgeschlagen, die Qualifizierung „strukturell“ dieser gesetzmäßig krisenhaften *Entwicklungstendenz* der bürgerlichen Gesellschaftsformation vorzubehalten und sie *nicht* auf ökonomische, politische und ideologische Krisenprozesse im einzelnen — die allesamt nur im Rahmen der so verstandenen strukturellen Krisenhaftigkeit zu begreifen sind und gleichsam deren Voraussetzung darstellen — zu übertragen.

11 Hans-Rainer Kaiser, Staat und gesellschaftliche Integration, Zur Analyse und Kritik des Staatsbegriffs bei Jürgen Habermas und Claus Offe, Marburg 1977, S. 60.

12 Frank Deppe, Heinz Jung, Entwicklung und Politik der herrschenden Klasse in der Bundesrepublik, in: Ulrich Albrecht u.a., Beiträge zu einer Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1979, S. 433-87, hier S. 442.

13 Kaiser, Staat..., a.a.O., S. 61; Hervorh. ebd.

14 Ebd.

2.2 Die Organisation von „Gegentendenzen“ oder: Staat und politisches Herrschaftssystem als Reaktion auf die strukturelle Krisenhaftigkeit

Was für den tendenziellen Fall der Profitrate gilt, trifft auch auf die politische Dimension der strukturellen Krisenhaftigkeit zu, nämlich, „daß die ganze Zwangsläufigkeit des Kapitalismus darin besteht, daß das Kapital gegen die Wirkung des Gesetzes angehen muß und auch tatsächlich angeht. ... Mit anderen Worten, das ‚Gesetz als solches‘ und seine ‚entgegenwirkenden Ursachen‘... bilden eine Einheit.“¹⁵ Dabei ist zweierlei zu beachten. Erstens: „Gesetz“ und „entgegenwirkende Ursachen“ heben sich nicht gegenseitig auf, sondern die Mobilisierung von „Gegentendenzen“ stabilisiert nur zeitweilig und um den Preis langfristiger Verschärfung der gesellschaftlichen Antagonismen. Indem das Monopol z.B. die Wirkungen des tendenziellen Profitratenfalls zeitweilig von sich abwendet, wälzt es diese lediglich auf die übrigen gesellschaftlichen Gruppen, Schichten und Klassen ab. Zweitens: weder ökonomisch noch politisch mobilisierte Gegentendenzen sind Ergebnis „planmäßiger Generalstabsarbeit“ des Kapitals, sondern setzen sich durch „im konkreten Prozeß der *Reaktion* der herrschenden Klasse auf Krisensituationen und Instabilitäten.“¹⁶

Diese Überlegung sollte auch im Zentrum stehen, wenn das Verhältnis von Staat bzw. politischem Herrschaftssystem zur strukturellen Krisenhaftigkeit diskutiert wird. Die politische Herrschaft ist bestimmt durch „die spezifische ökonomische Form, in der unbezahlte Mehrarbeit aus den unmittelbaren Produzenten ausgepumpt wird...“¹⁷, d.h.: ihre zentrale Funktion ist die Sicherung bürgerlicher Eigentums- und Aneignungsverhältnisse, und diese Funktion wiederum wird historisch erzwungen durch die strukturell krisenhafte Entfaltung des Kapitalverhältnisses. Insofern wird „das beständige *Reagieren* auf innere und äußere Krisenprozesse... zur wesentlichen Funktion der Apparate der bürgerlichen Klassenherrschaft...“¹⁸

Inwiefern kann der politische Herrschaftsapparat die gesellschaftliche Herrschaft der Bourgeoisie also *relativ stabilisieren*? Zunächst und in erster Linie dadurch, daß er seiner wichtigsten Funktion gerecht wird und die antagonistischen Klassenbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit reguliert. Da „der ökonomische und politische Kampf der Arbeiterklasse dem Kapital als *Verwertungsschranke* erscheinen muß“¹⁹, kommt es für den Staat — der im Mittelpunkt des politischen Herrschaftsapparates steht — darauf an, diesen Widerstand hauptsächlich mit repressiven, aber auch unter Zuhilfenahme integrativer Mechanismen zu brechen. Erst der Staat kann also das *gemeinschaftliche Basisinteresse* der auch in politischer Konkurrenz um Macht und Einfluß zueinander stehenden Einzelkapitale an der Systemerhaltung zu einer „Durchschnittsherrschaft“ verallgemeinern. Die Bestimmung des „Durchschnittsinteresses“ wiederum ist keine Umsetzung einer *abstrakten* Logik der Herrschaftssicherung, sondern setzt die *politische* Regulierung der Konkurrenz innerhalb der herrschenden Klasse voraus²⁰ — ein in sich widersprüchlicher Prozeß. Damit hat der Staat als „ideeller Gesamtkapitalist“ auch Vorsorge

15 Hess, Probleme..., a.a.O., S. 195; Hervorhebung ebd.

16 Jung/Schleifstein, Theorie..., a.a.O., S. 229; Hervorhebung B.G.

17 Karl Marx, MEW 25, S. 799.

18 Deppe/Jung, Entwicklung..., S. 442.

19 Hess, Probleme..., a.a.O., S. 203; Hervorhebung B.G.

20 Vgl. Deppe/Jung, Entwicklung..., a.a.O., S. 438 ff.

zu treffen gegen die Übergriffe einzelner Kapitalisten. Schließlich obliegt dem Staat als dritte wesentliche Funktion „die Bereitstellung der vom Kapital nicht zu erstellenden Bedingungen der Produktion und Reproduktion.“²¹

Die relative Stabilisierung bürgerlicher Herrschaft ist aber über diese vom Staat direkt zu übernehmenden Aufgaben allein nicht zu leisten. „Das System von Klassenherrschaft greift... über den Staat — als unmittelbares Organ der Klassenherrschaft — hinaus“²² und muß zur *hegemonialen* Beherrschung der Gesellschaft auch ideologische Apparate mobilisieren — einerseits, um die strukturelle Krisenanfälligkeit der „spontanen“ Integrationsmechanismen zu kompensieren, andererseits, um den täglich sich real immer wieder reproduzierenden Schein der Gleichheit zu bestärken.

Um die *Relativität* dieser Stabilisierungsmaßnahmen adäquat zu erfassen, erscheint es geboten, noch einmal auf die Bestimmung der „Gegentendenzen“ als „reaktive“ Maßnahmen zurückzukommen. Damit ist zunächst gemeint, daß der Staat samt seiner politischen Steuerungsmaßnahmen qua Genese und Funktion „in die Widersprüche und Krisen der Kapitalverwertung einbezogen“²³, d.h. an die strukturell widersprüchlichen und krisenhaft sich bewegenden Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise gefesselt ist und sich zu *keinem* Zeitpunkt planend über sie erheben kann. Die anarchische Bewegung der Ökonomie schafft stets politisch und ideologisch *nicht* antizipierbare Bedingungen. Darüber hinaus werden ökonomische Interessen keineswegs mechanisch in politische „umgesetzt“. Wenn Läßle darauf hinweist, daß Politik an der „Nahtstelle“ zwischen Basis und Überbau formuliert wird²⁴, so ist damit die charakteristische *Phasenverschiebung* zwischen ökonomischen, politischen und ideologischen Prozessen gemeint — jener Sachverhalt also, daß sich „soziale Interessen... im Bewußtsein ideologisch reflektieren... und sich nur durch Zusammenfassung und Systematisierung dieses schon ideologisierten Bewußtseins zu einer politischen Interessenrichtung konstituieren und in eine politische Interessenkonzeption übersetzen lassen...“²⁵

Die politische Konkurrenz der um ökonomische Positionsvorteile ringenden Kapitale überträgt sich als dauerhafte Konfliktquelle auf das Anliegen des politischen Prozesses, das bourgeoise Basisinteresse an Systemerhaltung und Machterweiterung in politisch realisierbare und möglichst dauerhaft effektive Strategie umzusetzen. Zwar resultiert aus diesem Widerspruch deshalb keine Lähmung, weil der Staat zu keinem Zeitpunkt paritätisch alle Einzelinteressen zu einer alle Kapitale zufriedenstellenden Politik kombiniert, sondern — in seiner relativen Selbständigkeit — die jeweils ökonomisch mächtigsten Kapitale und Kapitalverbände auch politisch favorisiert. Aber dennoch verbindet sich mit diesen Prozessen ein Moment *struktureller Instabilität*²⁶.

Wenn also vor diesem Hintergrund eine *politische Krise* als „Krise der Gegentendenzen“ bestimmt wird, so bleibt zu berücksichtigen: diese Krise ist keine den „Gegentendenzen“

21 H.J. Axt, Staat, multinationale Konzerne und politische Union in Westeuropa, Köln 1978, S. 118/19.

22 Deppe/Jung, Entwicklung..., a.a.O., S. 440.

23 Jung/Schleifstein, Theorie..., a.a.O., S. 229; vgl. Joachim Hirsch, Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals, Frankfurt/M. 1974, S. 26f.

24 Dieter Läßle, Staat und politische Organisation. Probleme marxistischer Staatsanalyse, in: H.J. Krysmanski, Peter Marwedel (Hrsg.), Die Krise in der Soziologie, Köln 1975, S. 211-241, hier S. 223.

25 Reinhard Opitz, Politische Ideologiekonzeptionen im Vorfeld der Gründung der Bundesrepublik, in: Albrecht u.a., Beiträge zu einer Geschichte..., a.a.O., S. 13-40, hier S. 15.

26 Vgl. Jung/Schleifstein, Theorie..., S. 208.

denzen" äußerliche Entwicklung, sondern reflektiert deren (durch antagonistische Widersprüche erzwungene) Genese und ihre vom Wesen des kapitalistischen Systems aufgeherrschte Organisationsform.

Als politische Krise wären folglich in einer ersten Zusammenfassung all jene Prozesse zu beschreiben, die zeitlich und räumlich kongruent die relative Funktionalität der aus der strukturellen Krisenhaftigkeit der bürgerlichen Gesellschaftsformation zwangsweise und reaktiv sich entwickelnden „Gegentendenzen“ entweder nachhaltig stören und/oder außer Kraft setzen — also für die antagonistischen politischen Lager einen Entscheidungsprozeß über alternative gesellschaftspolitische Maßnahmen einleiten. Ein „Versagen administrativer Problemlösungsverfahren“ muß also einhergehen mit dem politisch-ideologischen „Hegemonieverlust“²⁷ der herrschenden Klasse — ein Prozeß, der nur denkbar ist als Ausdruck politischer Klassenauseinandersetzungen, die sich zuvörderst auf ökonomische Krisenprozesse, also Verwertungskrisen des Kapitals, beziehen. Diesen Kriterien zufolge ist eine politische Krise immer umfassender als eine Krise des Staates: sie ist zugleich eine Krise des gesamten politischen Herrschaftsapparates und damit politische Systemkrise.

Diese Charakterisierung hat Vor- und Nachteile. Sie erlaubt eine Differenzierung zwischen „Staatskrise“ und „politischer Systemkrise“ und grenzt letztere ab von einer „revolutionären Situation“ (der sog. „Überlebenskrise“). Die politische Systemkrise ist einer revolutionären Situation stets vorgängig und insofern nicht von ihr zu trennen²⁸ — aber erst in letzterer stellt sich das Problem der Transformation der Gesellschaft akut: weil sich nämlich im Prozeß der politischen Systemkrise Klassenbewußtsein nicht nur „treibhausartig“ entwickeln konnte, sondern darüber vermittelt auch in revolutionäre politische Organisation umschlug (womit über Erfolg oder Mißerfolg der Revolution selbstverständlich noch nichts ausgesagt ist). Die Kennzeichnung der Krise als „Etappe höchster Instabilität“ (die eine zeitlich limitierte, akute Entscheidungssituation und einen Entscheidungszwang über alternative gesellschaftspolitische Modelle beinhaltet) sollte m.E. der revolutionären Situation oder revolutionären Krise als Weiterentwicklung der politischen Systemkrise vorbehalten bleiben²⁹. Dies in erster Linie deshalb, weil zwischen Hegemonieverlust und Auflösung des ideologischen Konsensus einerseits sowie entwickeltem Klassenbewußtsein andererseits kein mechanischer Zusammenhang besteht — ebensowenig wie zwischen ökonomischer und politischer Krise.

Damit sind die Nachteile obiger Charakterisierung angesprochen: der Zusammenhang von ökonomischer und politischer (System-)Krise kann bei unserer Fragestellung lediglich als allgemeiner unterstellt werden, bedarf aber zweifellos der begrifflichen und historischen Präzisierung. Auch ist der Prozeß der Krisenlösung (vom Standpunkt der herrschenden Klasse) noch nicht erfaßt — dieser ist aber integraler Bestandteil der Krise selbst. Als Tendenz kann vorläufig nur unterstellt werden, was Marx bereits in den Frankreich-Schriften explizierte: daß die Bourgeoisie in Zeiten der Krise ihrer Herrschaft zu Gewalt und Zwang greift. Spätestens an diesem Punkt zeigt sich die unbeding-

27 Deppe/Jung, Entwicklung..., a.a.O., S. 443.

28 Vgl. Manfred Kerner, Staat, Krieg und Krise. Die Varga-Diskussion und die Rolle des Zweiten Weltkriegs in der kapitalistischen Entwicklung, Köln 1981, S. 200.

29 Dies in Abgrenzung zu N. Paech, der die „politische Systemkrise“ gleichzeitig als „Staatskrise“ und „revolutionäre Situation“ begreift; vgl. Norman Paech, Staat und Krise — Krise des Staates? in: W. Goldschmidt (Hg.), Staat und Monopole III, Argument-Sonderband 36, Berlin-West 1979, S. 29, 44.

te Notwendigkeit, den politischen Krisenbegriff historisch konkreter zu entfalten und damit die *stadiale Entwicklung* des Kapitalismus in Rechnung zu stellen.

2.3 SMK und Allgemeine Krise des Kapitalismus

Die Überlegungen sollten ausgehen von *Lenins* Hinweis auf den *Zwangscharakter des Monopols*, konkret: daß das Monopol als ökonomisches Verhältnis zugleich politische *Gewalt* und *Reaktion* bedeutet³⁰. Der wesentliche ökonomische Inhalt des Monopols ist darin zu sehen, daß zur Abwehr des tendenziellen Falls der Profitrate ökonomischer Zwang — nämlich in Gestalt der Aneignung und Behauptung monopolistischer Extra-profite und darüber vermittelt des Abhängigwerdens kleiner und mittlerer Kapitale — ausgeübt wird³¹. Entscheidend für unseren Zusammenhang ist die Tatsache, daß die Beziehungen Ökonomie-Politik sich auf mehreren Ebenen intensivieren und zugleich ausdifferenzieren. Zunächst ist der Staat gezwungen, die monopolistischen Eigentumsverhältnisse abzusichern und den monopolistischen Akkumulationsprozeß zu fördern. Freilich kann dies nur um den Preis einer perspektivisch zunehmenden Verschärfung der Konflikte geschehen — ökonomisch durch die fortschreitende Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst, politisch-ideologisch durch die fortschreitende (sozio-ökonomische *und* politische) Polarisierung der Klassen im Inneren der Gesellschaft (Gewerkschaften als Massenorganisationen und Herausbildung sozialistischer Parteien mit starken marxistisch-revolutionären Flügeln) und durch neue außenpolitische Konfliktfelder im Zuge der imperialistischen Aufteilung der Welt — eine notwendige Bedingung der zwangsläufig nach außen expandierenden, da von den nationalen Märkten nicht mehr zu befriedigenden Verwertungsinteressen der Monopole.

Der politisch zentrale Umschlagpunkt wird mit der Oktoberrevolution und dem Beginn der *Allgemeinen Krise des Kapitalismus* erreicht, mit jener Entwicklungsphase also, in der der Kapitalismus vor dem Hintergrund und als (kriegspolitische) Folge seiner monopolistisch zugespitzten Widersprüche mit der in revolutionären Schüben sich vollziehenden Durchsetzung der neuen Gesellschaftsformation des Sozialismus konfrontiert wird. Im Inneren wie im Äußern stößt das Kapital jetzt zunehmend auf Verwertungsschranken. Die Bezeichnung „allgemeine Krise“ bietet sich deshalb an, weil es sich um einen Übergangsprozeß epochalen Charakters handelt.

Vor dem Hintergrund der Allgemeinen Krise stellt sich das Problem der politischen Systemkrise und der strategisch-politischen Abwehrbereitschaft der herrschenden Klasse grundlegend anders. Erstens ist ab sofort die traditionelle *Trennung von Innen- und Außenpolitik* hinfällig. Die politische Formulierung von Klassenherrschaft muß sich fortan auf beide Bereiche zugleich und nach Maßgabe eines integralen Herrschaftskonzepts beziehen. Dies bedeutet zweitens, daß sich das Problem der effektiven Kombination von *Repression und Integration* als Mittel der Herrschaftssicherung neu stellt. Zweifellos stärkt die historische Defensive die „immanente Diktaturneigung der Klasse an der Macht“³²:

30 Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, in: W.I. Lenin, *Ausgewählte Werke*, Bd. 1, Berlin 1970, S. 763-87.

31 Vgl. Hess, *Probleme...*, a.a.O., S. 195.

32 Paech, *Krise...*, a.a.O., S. 24.

ein an der Zunahme des staatlichen Repressionspotentials und dessen tatsächlichem Einsatz leicht ablesbarer Zusammenhang. Zugleich wird jedoch die Mobilisierung aller integrativen Potenzen durch die allgemeine Krise und in Vorwegnahme zukünftiger politischer Systemkrisen (die jetzt ungleich größere Gefahrenmomente in sich bergen) unausweichlich.

Die *Ausdifferenzierung* des bürgerlichen *politischen Richtungspotentials* im staatsmonopolistischen Kapitalismus ist in erster Linie diesen Notwendigkeiten geschuldet. Die politischen Auseinandersetzungen des Bürgertums als Klasse drehen sich fortan im Kern um den Entwurf einer optimalen „Krisenstrategie“ mit dem Minimalziel der Wahrung monopolistisch strukturierter Herrschaftspositionen und dem Maximalziel der Rückgewinnung der historischen Initiative gegenüber dem Sozialismus (zwar sollte die auch politisch relevante Differenzierung zwischen monopolistischer und nicht-monopolistischer Bourgeoisie nicht übersehen, aber genausowenig zum Hauptinhalt der Richtungs-differenzierung erhoben werden). Wie die Entwicklung der politischen Strategie der deutschen Bourgeoisie zwischen 1918 und 1933 bzw. 1945 beispielhaft zeigt³³, ist mit diesen Auseinandersetzungen die Frage einer „präventiven Krisenpolitik“ bzw. Strategie untrennbar verknüpft. Weniger denn je zuvor kann die Politik der herrschenden Klasse in politischen Krisensituationen oder gar unter der Bedingung einer politischen Systemkrise nur unter dem Aspekt der reaktiven Abwehr jeweils konkret vorfindlicher oder sich entwickelnder Krisenfaktoren begriffen werden.

Vielmehr tritt jetzt ein Moment in den Vordergrund, das gerade der politischen Systemkrise ein spezifisch neues Gepräge gibt: der von R. Opitz so bezeichnete, stets mit der Eventualplanung auf die terroristische Option ausgestattete und daher langfristig konzipierte „Machtmaximalismus“³⁴ der herrschenden Klasse. Am Beispiel des aufsteigenden deutschen Faschismus expliziert Opitz, daß am Ende der Weimarer Republik die Auflösung des gesellschaftspolitischen Konsens und der Verlust der hegemonialen Führungsfähigkeit der herrschenden Klasse keineswegs in eine revolutionäre, die politische Machtfrage aktuell stellende Situation umgeschlagen waren; es handelte sich vielmehr um eine politische Systemkrise, die eine Wiederherstellung des Konsens auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch reformpolitische Zugeständnisse durchaus erlaubt hätte. „... alle() Instrumente der monopolkapitalistischen Integration“ (588) mußten aber am „Machtmaximalismus“ (598) der herrschenden Klasse scheitern, an der vorab (in den Grundzügen bereits während der politischen Systemkrise der Novemberrevolution) definierten Weigerung des Monopolkapitals, politische und soziale Zugeständnisse zu machen; eben diese Weigerung begab sich aller traditionellen Mittel gesellschaftspolitischer Integration, mußte zur Sicherstellung von Ruhe und Ordnung letztlich auf die faschistische Partei zurückgreifen und beschwor damit die „akut faschismusträchtige Situation“ (588) herauf. „Dies aber, die Alternative zwischen einigen Abstrichen an den eigenen politischen Maximalzielen, auch nur geringfügigen Zugeständnissen an einige allgemeinste und elementarste Hauptforderungen dieses Massenpotentials – wie etwa Verzicht auf maßlose Rüstung und aktive Kriegsvorbereitung, bestimmte soziale Verbesserungen oder Gewährleistung bestimmter Mit-

33 Vgl. u.a. Reinhard Opitz, *Der deutsche Sozialliberalismus 1917-1933*, Köln 1973.

34 Reinhard Opitz, *Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus*, in: *Das Argument* 87, Nov. 1974, S. 543-604.

sprachrechte — und dem Übergang in die faschistische Diktatur ist *eine echte Wahlkonstellation* und nur aus dem Gesichtswinkel des kompromißunwilligsten Machtmaximalismus eine alternativlose Lage...“ (598; Hervorh. B.G.).

Daraus folgt: es wäre falsch, anzunehmen, die herrschende Klasse griffe nur „in äußersten Situationen... auf blanke Gewalt zurück“³⁵. *Unter monopolkapitalistischen Bedingungen und im Stadium der Allgemeinen Krise des Kapitalismus sind bereits politische Systemkrisen und nicht erst revolutionäre Situationen faschismus- und damit letztlich auch kriegsträchtig*. Damit ist keinerlei Automatismus oder Zwangsläufigkeit der Entwicklung unterstellt — etwa in der Weise, daß programmatisch vorgetragener Machtmaximalismus notwendig in Faschismus und/oder Krieg führe —, sondern lediglich der Zusammenhang von Monopol und Reaktion präziser bestimmt. Welche Strategie zur Krisenüberwindung sich konkret-historisch durchsetzt, entscheidet sich *nicht* nach deren immanenter Herrschaftsrationalität, d.h. Funktionalität für die Interessen der herrschenden Klasse; darüber befindet vielmehr die „Veränderung politischer Machtverhältnisse, die selbst mit dem Ausmaß und dem Bewußtseinsstand der realen Klassenbewegung verbunden sind.“³⁶ Gleichwohl: die reale Krisengeschichte der kapitalistischen Gesellschaft im 20. Jahrhundert ist in hohem Maße von Gewaltanwendung nach innen und außen geprägt und — in den Worten *Jürgen Kuczynskis* — charakterisiert durch das „fundamentale ökonomische Interesse (der Monopole) an der Auslösung von Weltkriegen.“³⁷

Die immanente Dialektik krisenabwehrender Gegenteilstendenzen wurde damit freilich nicht außer Kraft gesetzt. Gerade der in erster Linie gegen die allgemeine Krise des Kapitalismus mobilisierte Machtmaximalismus des deutschen Faschismus griff mit seiner Kriegspolitik zu einem Mittel, das die anvisierten Ziele nicht nur unterlaufen, sondern die Allgemeine Krise verschärfen mußte. Im Ergebnis des *Zweiten Weltkrieges* war das internationale Kapital mit einem sozialistischen Staatensystem und einem beschleunigten Dekolonisierungsprozeß konfrontiert (gemeinhin als *neue Etappe* innerhalb der *Allgemeinen Krise* verstanden³⁸). Parallel dazu waren die führenden kapitalistischen Länder Europas durch den Krieg geschwächt und als Folge im Innern mit einer *politischen Systemkrise* konfrontiert. Der umfassenden Stärkung der USA stand mithin eine akute Schwäche des Systems der imperialistischen Staaten gegenüber. Alle diese Krisenfaktoren können im Begriff der *Nachkriegskrise* zusammengefaßt werden.

3. Elemente einer Theorie außenpolitischer Krisenstrategien des Imperialismus nach 1945

Spätestens mit Beginn der innerkapitalistisch-integrativen Blockbildung (Bretton Woods, OEEC, NATO, Montanunion, EWG etc.) nach 1945 ist die Trennung von Innen- und Außenpolitik obsolet geworden. Trotz der Dominanz der Nationalstaaten

35 Paech geht von dieser These aus; vgl. ders., *Krise...*, a.a.O., S. 44.

36 Frank Deppe, *Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse*, Marburg 1979, S. 240.

37 Kuczynski, *Monopol, Krieg...*, a.a.O., S. 10.

38 Zu einer prägnanten Zusammenfassung dieser Periodisierung vgl. Kerner, *Varga-Diskussion...*, a.a.O., S. 249 ff.

sind die führenden kapitalistischen Länder sowohl durch objektive ökonomische Prozesse (konfliktbeladene Internationalisierung der Produktion und des Absatzes) als auch durch politische Veränderungen (Ausbreitung und Konsolidierung des sozialistischen Lagers nach 1945 und politisch-ökonomische Emanzipation der Entwicklungsländer) dazu gezwungen, *Krisenprogramme zur gemeinschaftlichen Wahrung von Basisinteressen* zu konzipieren — Programme, die sich ihrerseits nicht auf das Außenpolitische bzw. die internationale Politik beschränken können, sondern auch direkt zur krisenabwehrenden Formierung der Innenpolitik formuliert sein müssen. Insofern ist die Beschäftigung mit *außenpolitischer Strategiebildung* eine *notwendige Fortschreibung* der oben entwickelten Thesen zur *innenpolitischen Systemkrise*.

Außen- und Innenpolitik bleiben dennoch unterschiedene und unterscheidbare Sphären der Politik. Diesem Unterschied muß auch die Theoriebildung gerecht werden: die Kategorie der *politischen Systemkrise* sollte auf die *Innenpolitik* im engeren Sinn beschränkt bleiben. Die grundlegenden Kategorien freilich (z.B. das *gemeinschaftliche Interesse* der herrschenden Klassen, also das *Systeminteresse* und dessen widersprüchliches Verhältnis zu nationalstaatlichen „Einzelinteressen“, die Dimension der nur *relativen Stabilisierung* durch Krisenabwehr, das Verhältnis von *Repression* und *Integration*, die Frage nach dem *Machtmaximalismus* als Kern einer *präventiven Strategie*, die den Beschränkungen der bloßen Krisenreaktion Herr zu werden versucht, und die zwischen Ökonomie und politische Strategie tretende *Phasenverschiebung*) reflektieren Grundelemente kapitalistischer Entwicklung in *allen* ihren Stadien bzw. (wie der Machtmaximalismus) Spezifika der staatsmonopolistischen Phase. Sie sind daher in der Diskussion außenpolitischer Krisenstrategien zu berücksichtigen.

3.1 Nachkriegskrise und Kalter Krieg

Es wird von zwei allgemein anerkannten Voraussetzungen ausgegangen: daß sich das internationale System kapitalistischer Nationalstaaten am Ende des Zweiten Weltkrieges in einer — vom Standpunkt der herrschenden Klasse — tiefen Krise befand und daß die Strategie des Kalten Krieges letztendlich die Reaktion auf diese Krise darstellte.

Der Zugang zur *Strategie des Kalten Krieges* erschließt sich m.E. über zwei Thesen. Estens muß die Geschichte seit der Oktoberrevolution 1917 einbezogen werden. Gerade der Zweite Weltkrieg ist keine Ausnahmesituation, sondern integraler Bestandteil der Krisengeschichte der kapitalistischen Gesellschaft im 20. Jahrhundert. Insofern der deutsche Imperialismus *vor und während* des Zweiten Weltkrieges mit seiner Ostexpansion das gemeinsame (und während der bewaffneten Intervention im russischen Bürgerkrieg auch gemeinschaftlich verfolgte) Interesse der führenden kapitalistischen Staaten an der Lösung der „Allgemeinen Krise“ durch die Liquidation der UdSSR verfolgte, stieß er *nicht* auf Widerstand. Erst als der deutsche Faschismus den Krieg auch nach Westen getragen hatte, konnte die Anti-Hitler-Koalition zur Niederwerfung des faschistischen Machtmaximalismus praktisch durchgesetzt werden. Dies blieb aber stets eine „antagonistische Kooperation“³⁹, da die USA als mächtigstes Land (aber auch England!) während des Krieges ihre antisowjetischen Strategien beibehielten. Die Verzögerung

³⁹ Der Begriff geht zurück auf Wilfried v. Bredow; vgl. ders., *Die Zukunft der Entspannung*, Köln 1979.

des Aufbaus einer Zweiten Front und die noch 1944 geführten Sondierungen über einen Separatfrieden im Westen bezeugen diese Orientierung⁴⁰.

Schließlich stärkte die während des Krieges durchgesetzte *Hochrüstung* die expansiv-aggressiven Zielsetzungen des amerikanischen und internationalen Monopolkapitals auch über den Krieg hinaus: zunächst hatte während des Krieges das grundsätzliche Interesse der Monopole an einem raschen militärischen Sieg zu *keinem* Zeitpunkt die Profitinteressen beschneiden können. Gerade das amerikanische Kapital strebte danach, die „Hochkonjunktur besonderer Art“ (*Eugen Varga*) „möglichst lange aufrechtzuerhalten...“.⁴¹ Für die US-Monopole waren die Kriegsgewinne des Ersten, besonders aber des Zweiten Weltkrieges Profite von bisher beispiellosen Ausmaßen. Auch erschienen den herrschenden Kreisen der USA die während des Zweiten Weltkrieges entwickelten Luftstreitkräfte geradezu als Wunderwaffe und Unterpfand zur Durchsetzung künftiger weltpolitischer Ziele.

Damit sind freilich erst Voraussetzungen skizziert. Inhalt und Richtung der Strategie des Kalten Krieges wurden primär von der innerimperialistischen Machtverteilung bestimmt. Die zweite These lautet daher: entscheidend für die Genese des Kalten Krieges sollte sein, daß die USA ihren Optionsspielraum sehr rasch verengten und spätestens 1947 sich auf das Prinzip des *Machtmaximalismus* zur Gestaltung der internationalen Nachkriegsbeziehungen festgelegt hatten.

Was heißt das? „Machtmaximalismus“ ist wesensmäßig verknüpft mit monopolkapitalistischer Herrschaft, nicht jedoch mit (faschistischer) Diktatur oder Krieg; diese Konsequenzen sind unter bestimmten historischen Konstellationen möglich bzw. wahrscheinlich, freilich nicht zwingend. „Machtmaximalismus“ heißt zunächst Festlegung maximaler, per definitionem *globaler* politischer Ziele. Der noch aus der Kriegszeit stammende Anspruch, ein „amerikanisches Jahrhundert“ aufbauen zu wollen, war zu keinem Zeitpunkt eine Wahlphrase, sondern politisches Programm: das Streben nach *Weltherrschaft* im Sinne der Dominanz über Schlüsselpositionen und der Kontrolle der essentiellen weltpolitischen Entscheidungsprozesse in Ökonomie und Politik. Dementsprechend wurden praktisch *alle* Regionen der Erde als „lebenswichtig“ für die Interessen der Vereinigten Staaten eingestuft. Präsident *Truman* prägte die prosaische Formel, die USA müßten mindestens (!) 85 Prozent ihrer Vorstellungen über die Nachkriegsentwicklung durchsetzen⁴². Damit war zugleich angekündigt, daß die USA auch in die Domänen ihre kapitalistischen Konkurrenten einzubrechen gedachten.

Für die Nachkriegsgeschichte sollte jedoch die absolute *Kompromißunwilligkeit* der USA gegenüber dem außenpolitischen Antagonisten, der UdSSR, entscheidend werden. Diese Kompromißunwilligkeit war insofern absolut, als sie noch *vor* der Potsdamer Konferenz von amerikanischer Seite formuliert worden war und in den folgenden Jahren in immer umfassenderer Weise in *alle wesentlichen* Diskussionen mit der Sowjetunion über die Gestaltung der Nachkriegsbeziehungen eingebracht wurde.

40 Ausführlicher dazu Bernd Greiner, Kurt Steinhaus (Hrsg.), Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg? Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR. Eine Dokumentation, Köln 1980, S. 9-51.

41 Kerner, Varga-Diskussion..., a.a.O., S. 95; vgl. S. 373/74, 186/87.

42 Zit. nach John Lewis Gaddis, The United States and the Origins of the Cold War 1941-1947, New York, London 1972, S. 203.

Die Auswertung der bisher vorliegenden Dokumente aus jenen Jahren⁴³ berechtigt zu der Annahme, daß die amerikanische Politik weitgehend unabhängig von objektiver Lage, Interessen, proklamierten Zielen und praktischer Politik der UdSSR konzipiert und umgesetzt wurde. Der zu besiegende Gegner war die sozialistische Gesellschaftsordnung als solche, war das sozialistische Prinzip, und mithin ging es *nicht* um Opposition gegen eine bestimmte Linie sowjetischer Außenpolitik. So heißt es etwa in einem für diese Zeit zentralen Dokument (NSC-68), der Kalte Krieg müsse bis zum „Endsieg“ („ultimate victory“), verstanden als „ein Wandel in der Natur des sowjetischen Systems“, geführt werden, da er „tatsächlich ein wirklicher Krieg ist, in dem das Überleben der freien Welt auf dem Spiel steht.“⁴⁴ Verhandlungen jedweder Art wurden konsequenterweise als taktischer Bluff verstanden und eingesetzt; folglich konnte in allen wichtigen Fragen — wie etwa der Anerkennung einer sowjetischen Sicherheitszone in Osteuropa zu einer Zeit, als über die innenpolitische Machtstruktur dieser Länder noch lange nicht entschieden war — keinerlei Übereinkunft erzielt werden.

Der Kalte Krieg war folglich *unvermeidlich* — freilich nicht, weil die objektiven Umstände als solche einen Ausgleich zwischen amerikanischen und sowjetischen Positionen unmöglich gemacht hätten, sondern weil der amerikanische Machtmaximalismus *a priori* einen Kompromiß ausschloß. Ursache dieser Weigerung war die historisch beispiellose Akkumulation von Macht in Händen der amerikanischen Monopole⁴⁵. Erst durch den Zweiten Weltkrieg waren diese befähigt, die seit 1890 präsenste Vision einer weltweiten „Open-Door-Politik“ in der erforderlichen Weise zu verfolgen.

Machtmaximalismus heißt darüber hinaus, daß die USA

— ihre Politik in hohem Maße auch als präventive Krisenstrategie (Europa- und Dritte-Welt-Politik!) verstanden

— von einer grotesken Fehleinschätzung der weltpolitischen Kräfteverhältnisse und des eigenen Machtpotentials ausgingen und über Jahre hinaus keinerlei Alternative zu ihrem eingeschlagenen Kurs erblickten (Bewußtsein einer historisch „letzten Stunde“)

— schließlich bereit waren, in Friedenszeiten „bis an den Rand eines Krieges“ zu gehen und einen *Krieg* zur Durchsetzung ihrer Ziele einzukalkulieren sowie sich schon frühzeitig militärstrategisch und materiell auf diese Möglichkeit vorbereiteten.

Letzteres wurde bereits mit der Atomisierung zweier japanischer Städte im August 1945 zum Ausdruck gebracht, mit der „atomaren Diplomatie“⁴⁶ fortgeschrieben und schließlich durch die Militarisierung internationaler Beziehungen in den 50er Jahren und in der „Politik am Rande des Abgrunds“ fixiert. Im Zentrum dieser Militärpolitik

43 Vgl. jüngst: Thomas Etzold, John Lewis Gaddis (Ed.), *Containment: Documents on American Policy and Strategy, 1945-1950*, New York 1978; Michael S. Sherry, *Preparing for the Next War. American Plans for Postwar Defense 1941-45*, New Haven, London 1977; Greiner/Steinhaus, *3. Weltkrieg...*, a.a.O.

44 Zit. nach Bernd Greiner, *Amerikanische Außenpolitik von Truman bis heute. Grundsatzdebatten und Strategiediskussionen*, Köln 1980, S. 25 f.

45 Der Zusammenhang zwischen Monopolmacht und Machtmaximalismus kann nicht oft genug betont werden. Damit wird u.a. eine Abgrenzung zu jüngst wiederbelebten Theorien vorgenommen, die die amerikanische Intransigenz zwar anerkennen, aber auf einen blinden „Idealismus“ zurückführen, der die Politik in tragischer Weise in eine den eigenen Interessen widersprechende Richtung getrieben habe. So etwa Wilfried Loth, *Die Teilung der Welt 1941-1955*, München 1980, S. 335/36, 340; letztlich werden Außenpolitik und Krisenstrategie damit auf eine *Perzeptionsfrage* reduziert.

46 Vgl. das Standardwerk: Gar Alperovitz, *Atomare Diplomatie — Hiroshima und Potsdam*, München 1966.

standen Planungen nicht nur für den Ersteinsatz atomarer Waffen, sondern auch und gerade für den atomaren Erstschatz, also den Präventivkrieg⁴⁷. Der popularisierte Nenner dieser Politik war die von Präsident *Truman* griffig formulierte Formel: „Freiheit“ sei wichtiger als „Frieden“ (1947).

Diese Konzeption mußte scheitern — zum einen, weil die USA zumindest in den ersten beiden Nachkriegsjahren in der diffusen Hoffnung auf einen baldigen „Zusammenbruch“ der UdSSR und in völliger Überschätzung ihres eigenen Potentials faktisch im *Alleingang*, d. h. ohne nennenswerten machtpolitischen Rückhalt und ohne programmatische Einbindung der westeuropäischen Verbündeten diese Politik betrieben. Zum anderen, weil das Ziel des globalen Zurückrollens (Roll Back) des Sozialismus nur um den Preis eines Krieges einzulösen gewesen wäre, ein Krieg in der damaligen Zeit wie in den gesamten 50er Jahren aber aus verschiedensten Gründen objektiv und mit Aussicht auf Erfolg *nicht* geführt werden konnte⁴⁸.

Die USA sollten frühzeitig die Dysfunktionalität ihres Alleingangs erkennen und schlossen daraus, daß eine „realistische“ Krisenstrategie funktionierende *innerkapitalistische Gemeinschaftlichkeit* voraussetzt — d. h. eine arbeitsteilige Mobilisierung des wirtschaftlichen, politischen, militärischen und ideologischen Potentials (zumindest) der führenden kapitalistischen Länder (einschließlich der deutschen Westzonen und des besiegten Japan). Der politische Kern dieser „Gegentendenzen“ war die Durchsetzung der ungeminderten Dominanz monopolkapitalistischer Interessen unter *hegemonialer Führung der USA*. Allein darin sah man die Garantie nicht nur der präventiven Abwehr künftiger Positionsverluste, sondern auch der geplanten Offensive gegen die im Zuge des Zweiten Weltkrieges eingetretene machtpolitische Schwächung des kapitalistischen Gesamtsystems.

Folglich ging es mit dieser Politik *nicht* — wie in der (bisweilen auch marxistischen⁴⁹) Literatur immer wieder unterstellt wird — um die Abwehr einer „*lebensbedrohlichen*“ Krise des Systems, sondern um die *Verhinderung* auf der Basis der kapitalistischen Gesellschaftsordnung *möglicher* politischer *Kompromisse* mit den antikapitalistischen und antifaschistischen Kräften im Innern der USA wie Westeuropas, da derlei Kompromisse (ein bei den Führungsspitzen klar erkannter Zusammenhang) den außenpolitischen Manövrierraum unweigerlich hätten einengen müssen. (Selbstverständlich wurde zugleich gesehen, daß gesellschaftspolitische Kompromisse in einigen Ländern u. U. eine nicht mehr kontrollierbare Eigendynamik hätten entfalten und damit möglicherweise eine revolutionäre Situation — Frankreich, Italien! — hätten heraufbeschwören können; diese Gefahr aber stand weder im Zentrum der inneramerikanischen Debatte noch war sie zum Zeitpunkt der politischen Konzipierung und anfänglichen Umsetzung des

47 Vgl. die entsprechenden Dokumente bei Greiner/Steinhaus, 3. Weltkrieg..., a.a.O. Der Vollständigkeit halber sei darauf verwiesen, daß die Kategorie „Machtmaximalismus“ auf Programmatik und Politik der damals dominanten politischen Kräfte in den USA abzielt; selbstverständlich gab es auch in den Reihen der Bourgeoisie Widerstand, der freilich in keiner entscheidenden Frage mehrheitsfähig war.

48 Vgl. ebd., S. 42ff.

49 Vgl. Dietmar Goralczyk, Die Marxsche Theorie der Weltmarktbeziehung des Kapitals und die Rekonstruktion des Weltmarkts nach 1945, in: Frank Deppe (Hrsg.), Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Zur politischen Ökonomie der westeuropäischen Integration, Reinbek bei Hamburg 1975, S. 14-53, hier S. 35ff.

amerikanischen Machtmaximalismus akut. Eine „Überlebenskrise“ im Sinne unmittelbar drohenden Herrschaftsverlusts war also *nicht* indiziert.)

Die USA hatten mit dieser Orientierung unbestreitbaren Erfolg — darin gründet nicht zuletzt die Verfestigung des Kalten Krieges bis in die zweite Hälfte der 60er Jahre. Es stellt sich also die Frage: Wie konnte diese *krisenabwehrende Gemeinschaftlichkeit* — die in der internationalen Politik ja stets zwischen Nationalstaaten unter schwierigen Bedingungen koordiniert werden muß, ohne auf eine übergeordnete Ordnungsmacht (etwa eine supranationale Regierung) zurückgreifen zu können — hergestellt werden?

Entscheidend war das zeitliche und inhaltliche Zusammenwirken folgender Faktoren. Die ökonomische und militärische Potenz der USA, ihre *objektive* Stärke, war zum damaligen Zeitpunkt im Vergleich zu allen anderen kapitalistischen Staaten so weit entwickelt, daß die Anerkennung amerikanischer *politischer und strategischer Hegemonie* nicht bloß opportun bzw. de facto unausweichlich war, sondern darüber hinaus für die Bourgeoisien der einzelnen westeuropäischen Länder reale Möglichkeiten der *Herrschaftssicherung* nach innen und außen eröffnete, die sie aus eigener Kraft und in diesem Umfang nicht hätten durchsetzen können. Im Schatten der amerikanischen Hegemonie konnte sich der westeuropäische Kapitalismus unter Herstellung und Wahrung eines für seine Verhältnisse ebenfalls maximalen innenpolitischen Machtspielraums regenerieren — ein Prozeß, der auch für jeden einzelnen Staat (am Beispiel der BRD am deutlichsten ablesbar) der Wiedergewinnung bzw. Bewahrung äußerer Macht vorgeschaltet sein mußte. D. h.: „Die Klammer“ für die Durchsetzung der „atlantischen“ bzw. „westeuropäischen Partnerschaft“ „war die gemeinsame Frontstellung gegenüber den nationalen Arbeiterbewegungen und gegenüber den sozialistischen Staaten. Gerade für die Realisierung dieses... Konsenses war die Unterordnung unter die Führungsrolle der USA unumgänglich, denn nur diese verfügten über die ökonomischen und militärischen Ressourcen, um diesen Kampf durchzuhalten.“⁵⁰

Die Gemeinschaftlichkeit war also politisch erzwungen worden: durch die engen Grenzen, die amerikanischen „Alleingängen“ gezogen waren, und durch die Einsicht, daß die Nachkriegskrise nur unter weitgehender Vermeidung innerkapitalistischer politischer Dissonanzen würde beizulegen sein. Schließlich war klar, daß fortan Kriege zwischen imperialistischen Staaten unter allen Umständen vermieden werden mußten, da allein die sozialistischen Länder und die sozialistische Weltbewegung daraus Nutzen würden ziehen können.

Diese politischen Zwänge waren aber in der Praxis nur deshalb erfolgreich zu exekutieren, weil die ökonomischen Entwicklungsgesetze des Kapitals das erforderliche materielle Unterpfand bereitstellten. Im Grunde genommen hatte erst das Gesetz der ungleichmäßigen kapitalistischen Entwicklung — auf die Spitze getrieben durch die über außerökonomischen Zwang vollzogenen Umverteilungsprozesse zugunsten der USA während des Krieges — die Vereinigten Staaten in die Lage versetzt, mit der Expansion ihrer Wirtschaft und mit Hilfe der auf diese zugeschnittenen währungs- und finanzpolitischen Konditionen des Weltmarktverkehrs (Bretton Woods!) den westeuropäischen Wirtschaftsaufschwung zu stimulieren. Gleichermäßen waren es ökonomische Gesetzmäßigkeiten, die den *relativen Erfolg* und die *Dauer* innerkapitalistischer politischer

50 Frank Deppe, Zur ökonomischen und politischen Struktur des Integrationsprozesses, in: ders. (Hrsg.), EWG..., a.a.O., S. 175-285, hier S. 279; Hervorhebung B.G.

Vereinheitlichung verbürgten. Der Nachkriegsboom basierte auf einer Internationalisierung der Produktion und des Absatzes, die zunächst eine wachsende „Außenexpansion *aller imperialistischen Länder*“ ermöglichte, „ohne zu einer Verdrängung dieser oder jener Gruppen zu führen.“⁵¹ Auch erreichte die über den wissenschaftlich-technischen Fortschritt forcierte Produktivkraftentwicklung „institutionelle Rahmenbedingungen (GATT, IWF)..., die im Vergleich zur protektionistischen Struktur des Weltmarktes nach der Weltwirtschaftskrise der zwanziger Jahre wieder ein System des relativen Freihandels ermöglichten.“⁵² Auch die westeuropäische Integration verdankt ihren Ursprung und ihre Dauerhaftigkeit diesen Prozessen: in ihr trafen sich amerikanische und westeuropäische Kapitalinteressen und gaben, dem wirtschaftlichen Entwicklungsgefälle beider Pole entsprechend, der Integration zunächst eine atlantische Richtung⁵³.

Jedoch reichten die mit der Nachkriegskonjunktur verbundenen materiellen Gratifikationen zur Herrschaftssicherung in keiner Phase aus. Aus diesem Grund *und* wegen des Präventivcharakters der gemeinsamen Krisenstrategie wurde der *Grundkonsens* der 50er Jahre in den westlichen Ländern gemeinschaftlich mit *repressiven Mitteln* hergestellt. Dies im Wesentlichen durch politische Gewalt (so z. B. in den USA 1946, als die nach den englischen und italienischen Massenstreiks drittgrößte Streikbewegung in diesem Jahrhundert brutal unterdrückt wurde und der McCarthyismus der folgenden Jahre ein Wiederaufleben der Opposition fast ein Jahrzehnt lang erfolgreich verhinderte), ideologische Gewalt (Militarisierung des Bewußtseins) und präventive innenpolitische Funktionsorientierung der für die Systemauseinandersetzung geschaffenen militärischen Apparate: so war die *NATO* immer auch Instrument zur Wahrung der „inneren Sicherheit“ der Mitgliedsländer.

Die Krisenanfälligkeit der Strategie des Kalten Krieges und dessen spezifischer Vergemeinschaftung konnte jedoch lange Zeit im Zaum gehalten werden: zunächst durch die *dauerhaft* aus der Systemauseinandersetzung resultierenden Zwänge, des weiteren durch das Wirken der ökonomisch und machtpolitisch förderlichen Bedingungen. Zentrifugale Kräfte kamen lange Zeit nicht oder nur unerheblich zum Tragen — darin liegt der besondere Erfolg westlicher Nachkriegs- und Krisenpolitik bzw. -strategie.

Für das Verständnis der weiteren Entwicklung ist zweierlei wichtig: *Erstens sollte die Existenz von zentrifugalen und zentripetalen Kräften, die jeder Form innerkapitalistischer Vergemeinschaftung ihre besondere Prägung geben, nicht als bloßes Nebeneinander verstanden werden. Vielmehr gilt auch für die außenpolitischen Stabilisierungsmaßnahmen (in diesem Fall die „atlantische“ Gemeinschaftlichkeit), daß das projektierte Ziel „ständig in Konflikt mit den zu seiner Verwirklichung angewendeten Mitteln gerät...“⁵⁴: die Vergemeinschaftungsprozesse vollziehen sich nicht nur auf kapitalistischer Grundlage, sondern sind selbst kapitalistisch formbestimmt, also in strukturelle Krisenhaftigkeit eingebunden. Zentrifugale und zentripetale Kräfte bilden mithin eine Einheit. Die besonderen Bedingungen der erfolgreichen Realisierung der Nachkriegspolitik enthielten also von Anfang an auch die Momente des krisenhaften Zerfalls dieser Politik.*

51 Jung/Schleifstein, *Theorie...*, a.a.O., S. 71; Hervorhebung B.G.

52 Deppe, *Autonomie...*, a.a.O., S. 200/201.

53 Vgl. Axt, *Staat, multinationale Konzerne...*, a.a.O., S. 188ff.

54 Hess, *Probleme...*, a.a.O., S. 194; diese auf den ökonomischen Verwertungsprozeß bezogene Aussage gilt für politische Prozesse gleichermaßen.

Drei Beispiele mögen genügen: a) Die *innerimperialistischen Konkurrenzbeziehungen* — zwischen den USA und England selbst im Zweiten Weltkrieg nie beigelegt — waren auch in der Phase der relativen Vereinheitlichung westlicher Politik stets präsent. Obwohl die USA Westeuropa zu einem „Eckpfeiler des atlantischen Systems“⁵⁵ machen konnten und damit an dessen Stärkung interessiert waren, kam ihnen zugleich die Übernahme von Bastionen in ehemaligen europäischen Kolonialgebieten (Naher und Mittlerer Osten) immer gelegen. Diese Politik erforderte von den USA ein ständiges Balancieren zwischen kurzfristigen Gewinnen und der langfristig wirkenden Gefahr einer Überforderung ihrer Weltmachtrolle: um Letzteres abzuwehren, leisteten die USA z.B. dem britischen Rückzug aus Asien und Afrika Widerstand. „Herrschende Klasse und Staatsapparat der USA sind sich offensichtlich darüber im klaren, daß sie bei langwierigen und kostspieligen Großinterventionen in der Regel zwar des Beifalls der europäischen Bourgeoisie, nicht jedoch entsprechender militärischer Unterstützung gewiß sind.“⁵⁶

b) Auch innerhalb der EWG waren die „gemeinschaftlichen Interessen“ nie mehr als eine nach Maßgabe des jeweiligen Kräfteverhältnisses (als Ausdruck innerkapitalistischen Entwicklungsgefälles) kompromißhaft erzielte Zusammenfassung nationalstaatlich divergierender ökonomischer Interessen und politischer Strategien. Dies wird bereits daran deutlich, daß die BRD und Frankreich mit dem europäischen Vereinigungsprozeß praktisch konträre Ziele verbanden: maximale Ausschöpfung der Möglichkeiten zu einer Auferstehung als Großmacht hier, Beschneidung deutscher Hegemonialpläne dort⁵⁷.

c) Mit der politischen Grundsatzentscheidung, die *Rüstung* auf hohem und ständig steigendem Niveau und die militärische Organisation der NATO zum Kern der politischen *Systemauseinandersetzung* und damit zum Garanten des kapitalistischen „*Systeminteresses*“ zu machen, wurden nicht allein die in der Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus ständig betriebenen Kriegsrüstungen⁵⁸ in bisher ungekannter Weise eskaliert, sondern auch der Grundstein gelegt für die Prozesse, die *Jürgen Kuczynski* bereits 1939 als „Rüstungskrise“⁵⁹ beschrieben hatte: die Rüstungsfinanzierung über staatliche Anleihen forcierte nicht allein die Inflation, sondern senkte auch die Massenkaukraft (Steuererhöhungen etc.) und leistete damit der Überproduktionskrise im zivilen Sektor Vorschub. Zugleich hatte die UdSSR ein eigenes atomares Abschreckungspotential entwickeln können — das Offenhalten einer militärischen Option für die Systemauseinandersetzungen erforderte daher nicht allein ständig höhere ökonomische Aufwendungen, sondern mußte auch den politischen und militärisch-strategischen Entscheidungsprozeß im atlantischen Bündnis zusätzlich komplizieren. Zusammen mit den begründeten Zweifeln am amerikanischen „Atomschild“ bzw. der Bereitschaft der USA, um den Preis eigener Vernichtung Westeuropa zu „verteidigen“, sollten diese Momente bereits in den 60er Jahren zu eigenständigen ost- und entspannungspolitischen Initiativen

55 So Konrad Adenauer, *Erinnerungen, 1953-1955*, Frankfurt/M., Hamburg 1968, S. 377.

56 Kurt Steinhaus, *Koloniale Revolution und militärische Intervention*, in: Ekkehart Krippendorff (Hrsg.), *Probleme der internationalen Beziehungen*, Frankfurt/M. 1975², S. 159-177, hier S. 172.

57 Vgl. Gilbert Ziebur, *Die deutsch-französischen Beziehungen*, Pfullingen 1970.

58 Vgl. Kerner, *Varga-Diskussion...*, a.a.O., S. 57.

59 Zu einer prägnanten Zusammenfassung von Kuczynskis Position vgl. ebd., S. 45-51.

Frankreichs beitragen und letztlich den französischen Austritt aus der NATO-Militärorganisation bewirken.

Aus dem bisher Gesagten folgt also zweitens, daß sich die zentrifugalen Kräfte in dem Maße historisch entfalten und an die Oberfläche drängen mußten, wie sich die innerkapitalistischen Kräfteverhältnisse verschoben, wie weltpolitische Strukturveränderungen (fortschreitende Dekolonisierung und Bedeutungswandel der Entwicklungsländer) beständig sich wandelnde Anforderungen an die Politik stellten und wie keine Positionsgewinne in der Systemauseinandersetzung erzielt werden konnten.

3.2 Die Krise der Nachkriegspolitik und die Richtungsdivergenzen bei der Formulierung einer neuen außenpolitischen Krisenstrategie

Ab der zweiten Hälfte der 60er Jahre war offensichtlich geworden, daß die Generallinie westlicher Außenpolitik neu definiert werden mußte — und zwar im Spannungsfeld der durch die weltpolitischen Strukturveränderungen zwangsweise vorgegebenen drei Pole „Systemauseinandersetzung“, regionale kapitalistische „Integration“ sowie „innerimperialistische Konkurrenz“. Es ging also um die konzeptionelle Bestimmung des strategischen Basisinteresses der imperialistischen Länder gegenüber den sozialistischen Staaten und den Entwicklungsländern⁶⁰.

Im Zentrum dieser Krise stand der *amerikanische Hegemonieverlust*: die USA konnten nicht länger als globale kapitalistische Garantie- und Stabilisierungsmacht fungieren. Sie hatten insbesondere die Fähigkeit verloren, der innerkapitalistischen Gemeinschaftlichkeit Form und Richtung zu geben. Diese Entwicklung hängt zweifellos mit den inneren Klassenauseinandersetzungen und mit dem massiven, in der Nachkriegsgeschichte ungekannten politischen Protest gegen die Außenpolitik der USA zusammen, nicht zuletzt deshalb, weil sich die Bewegung immer stärker auf eine antiimperialistische Programmatik bezog und damit den politischen Kern amerikanischer „Ordnungspolitik“ (nicht nur in Vietnam!) traf.

Entscheidend für den Funktionsverlust der USA waren jedoch Entwicklungen im Äußeren. Der wirtschaftliche Aufstieg Westeuropas und Japans (ein notwendiges Produkt der Nachkriegskonjunktur) hatte den politischen Handlungsspielraum dieser Zentren erweitert, ohne sie jedoch zu befähigen, arbeitsteilig bestimmte von den USA ökonomisch, militärisch und politisch nicht mehr leistbare Aufgaben zu übernehmen. Alle diesbezüglichen Bemühungen z. B. *Westeuropas*, die ökonomische Integration durch eine *politische Vereinheitlichung* zu vollenden und einen regionalen kapitalistischen Hegemon mit Ordnungskompetenz im nördlichen Afrika, im Nahen und Mittleren Osten zu schaffen, *scheiterten*. Gerade die Geschichte der politischen Integration Westeuropas wurde immer mehr zu einer „Krisengeschichte“⁶¹: die ökonomische Integration beförderte noch die „Kompetenzerweiterung des Nationalstaates“ (einzelstaatliche Wirtschaftspolitik) und verstärkte die ökonomisch, politisch und sozio-strukturell ungleichmäßige Entwicklung der beteiligten Länder; die Polarisierung der Klassen im Innern

60 Als Frage nach der Entwicklung alternativer gesellschaftlicher Systeme erfaßt der Ost-West-Konflikt selbstverständlich auch die Entwicklungsländer; zugleich gehen in die Entwicklungspolitik Momente kapitalistischer Konkurrenz ein.

61 Vgl. Axt, Staat, multinationale Konzerne..., a.a.O., S. 169ff.

und die Wiederbelebung kämpferischer Traditionen in der Arbeiterklasse (Frankreich, Italien) waren nicht nur Resultat der krisenhaften Entwicklung der in der Nachkriegskonjunktur akkumulierten sozialen Widersprüche, sondern untergruben auch eine entscheidende Voraussetzung der hegemonialen Blockbildung des Kalten Krieges, den inneren Burgfrieden. Zugleich vermochte es die Bourgeoisie keines westeuropäischen Landes, im Verlauf der Krise die Arbeiterbewegung entscheidend zu schwächen und das Kräfteverhältnis grundlegend zu ihren Gunsten zu verschieben⁶².

Genau zu der Zeit, da die innerimperialistische Koordination in immer größere Schwierigkeiten kam, versagten auch die Instrumente der äußeren Positionssicherung. Dies betraf in erster Linie den machtpolitischen Kern der Nachkriegspolitik, die *Rüstung*. Auch diese hatte ihre eigene Negation erzeugt: die Hoffnung auf politische Erfreßbarkeit oder militärische Knebelung der sozialistischen Länder mußte in dem Maße schwinden, wie die UdSSR nachrüstete und (am Ende der 60er Jahre) nuklearstrategische Parität mit den USA erreichte. Fortan war die nukleare Hegemonie der USA auf das eigene Bündnissystem eingeschränkt. Zugleich hatte der Vietnam-Krieg gezeigt, daß es auch in der Dritten Welt trotz Counter-Insurgency und Anti-Guerilla-Taktik immer schwieriger wurde, sozialen Eigengesetzlichkeiten mit militärischem Zwang gegenzusteuern und die *Systemauseinandersetzung* in den Entwicklungsländern mit Gewalt zu führen. Diese Entwicklung wog um so schwerer, als nach 1945 die Zahl der in der Dritten Welt für imperialistische Interessen geführten Kriege beständig zugenommen hatte, der Krieg also immer häufiger zur ultima ratio geworden war (in Kriegsjahren: von 32,5 zwischen 1945—49 auf 89,75 zwischen 1965 und 1969⁶³).

Vor diesem Hintergrund wurde der Übergang zu den 70er Jahren von einer politischen *Richtungsdifferenzierung* innerhalb der internationalen Bourgeoisie geprägt. Sie schlug sich nieder in einem häufigen *Konzeptionswechsel* in der Bündnis- und Entwicklungspolitik und in der intersystemaren *Entspannungspolitik*. Dabei muß auf folgende wichtige Faktoren hingewiesen werden:

— Die Entspannungspolitik war weder im konzeptionellen Vorverständnis noch zur Zeit ihrer praktischen Umsetzung für die führenden kapitalistischen Staaten eine *prinzipielle* Alternative zum Machtmaximalismus des Kalten Krieges. Trotz aller politischen essentiellen Unterschiede setzte auch sie das Ziel, „langfristig-evolutionär“ einen gesellschaftlichen Systemwandel der existierenden sozialistischen Länder zu befördern. In dieser Form ist Entspannungspolitik daher lediglich als *Vorstufe* einer Politik der friedlichen Koexistenz zu begreifen⁶⁴.

— Sie setzte sich in den verschiedenen Ländern höchst unterschiedlich und mit oft erheblich abweichender öffentlicher Legitimierung (Unterschiede insbesondere zwischen den USA und der BRD) durch. In keinem Land gelang es jedoch, die Richtungsdifferenzierung so weit zu forcieren, daß ein auf Dauer konsistentes Entspannungskonzept

62 Vgl. Franz Holzberger, Wolfgang Müller, Zur Entwicklung der Klassenausinandersetzungen in einigen westeuropäischen Staaten seit dem Ende der sechziger Jahre, in: Frank Deppe (Hrsg.), Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration, Köln 1976, S. 182-228.

63 Kuczynski, Staat, Krieg..., a.a.O., S. 6.

64 Für die Beziehungen zur Dritten Welt galten keine entspannungspolitischen, sondern immer nur neokolonialistische Orientierungen, die trotz der Vietnam-Erfahrung die interventionistisch-militaristische Gewaltoption prinzipiell offenhielten (Chile!) — d.h. für den Westen war „Entspannung“ von Anfang an und per definitionem *teilbar*.

möglich geworden wäre. In Westeuropa scheiterte dies u.a. daran, daß die sozialliberale Richtung als Exponent der Entspannungspolitik im Zuge der Wirtschaftskrise der 70er Jahre ihre sozialintegrativen Potenzen zunehmend einbüßte und nicht in der Lage oder willens war, den innenpolitischen Integrationsverlust durch konsequente Verfolgung außenpolitischer Alternativen aufzufangen. In den USA hatte sich das Konzept der Dé-tente innerhalb der herrschenden Klasse wie in der Regierung nie hegemonial durchsetzen können, sondern war immer auf labile Mehrheiten gegenüber dem machtmaximalistischen Lager angewiesen.

— Unter diesen Bedingungen konnte ein innerkapitalistischer entspannungspolitischer Konsens nicht hergestellt werden. Dies sollte insbesondere bei der Behandlung des Kardinalproblems der Ost-West-Beziehungen, der Rüstung, negativ zu Buche schlagen. Gerade die USA hielten sich mit ihrem Rüstungskontrollkonzept — das in einflußreichen Kreisen nicht als Vorstufe, sondern als Alternative (!) zur Abrüstung verstanden wurde — die Möglichkeit offen, über rüstungstechnologisch-qualitative „Durchbrüche“ im Zweifelsfall erneut militärische Überlegenheit aufzubauen oder aber das Militär zur politischen Erpressung/Druckentfaltung einzusetzen.

Diese Hinweise sollen darauf aufmerksam machen, daß die Ende 1979 vollzogene neuerliche außenpolitische Wende der NATO unter amerikanischer Führung keinen radikalen Bruch zur vorausgegangenen Periode markiert, sondern als Möglichkeit in der nach 1969 sich entwickelnden Richtungsdifferenzierung von Anfang an angelegt war. Die Opposition gegen die Entspannungspolitik entfaltete sich nicht in erster Linie deshalb, weil die in sie gesetzten Hoffnungen sich nicht erfüllt hätten (innere „Aufweichung“ der sozialistischen Länder; „Einfrieren“ der sozio-ökonomischen und politischen Weiterentwicklung der Dritten Welt), sondern weil Mitte der 70er Jahre die *Weltwirtschaftskrise* des Kapitals — die schwerste ihrer Art seit 1929 — die bereits 1969 präsenten Widersprüche eskalierte: in dieser Wirtschaftskrise lösten sich alle den Nachkriegszyklus ehemals sichernden Faktoren in einem magischen „Krisenviereck“ auf (zyklische Überproduktionskrise; bis in die Wachstumsbranchen ausgeweitete Strukturkrisen; Weltmarktkrisen, u.a.: nationale Protektionismen, Handelskriege, Verschlechterung der Terms of Trade; internationale Währungskrisen). Das temporär erfolgreiche „Hinausschieben“ der Verwertungsschranken hatte neue, umso kompliziertere Hindernisse aufgebaut⁶⁵.

Insgesamt handelt es sich um einen dauerhaften internationalen Krisenprozess in Ökonomie und Politik: zeitliche Parallelität und inhaltliche Synchronisierung ehemals räumlich-geographisch und inhaltlich separierter Konflikte wirtschaftlicher und politischer Natur, die fortan in immer kürzer werdenden Intervallen, unter Einbeziehung ehemals „stabiler“ Strukturen und auf jeweils höherem Konfliktniveau kulminieren, dabei aber erst am *Anfang* ihrer Entwicklung stehen, *ohne* daß Aussicht auf kurz- oder mittelfristige Lösungen bestünde.

Diese Konflikt- und Krisenformation wird zu Recht als *zweite Nachkriegskrise* bezeichnet, weil sie die Potenzen des Regelmechanismus des kapitalistischen Weltsystems national wie international objektiv überforderte, weil sie — und dies ist der entscheidende Punkt — objektiv kompromißerheischende Fragen in einer Qualität und in einem

65 Vgl. jüngst Elmar Altvater, Die Zeitbombe auf dem Weltmarkt tickt. Anmerkungen zu den Krisentendenzen auf dem Weltmarkt, in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 42, 11. Jg., S. 6-24.

Umfang aufwarf (und weiterhin aufwirft), die den politischen Willen (im Sinne eines Ausdrucks realer Klasseninteressen) der herrschenden Klassen zum Kompromiß und Ausgleich offenbar überstiegen; weil dies (und hier kommt der Stand der genannten *Richtungsdifferenzierung* erneut ins Spiel) in einer Zeit sich abspielte, da die notwendiger denn je geforderte politische Koordination zwischen den drei Polen westlicher Außenpolitik mit den bisherigen Mitteln weniger denn je möglich war — d.h., da es nicht gelang, das gemeinsame Basisinteresse an der Regulierung bzw. Abwehr gegenläufiger Entwicklungen in Gestalt eines handhabbaren politischen (Krisen-)Programms zu formulieren.

In dieser Situation stellte sich also die Frage nach einer *außenpolitischen Krisenstrategie* zwangsläufig neu. Die vielbeschworene „Sprunghaftigkeit“ der Regierung Carter drückte im Grunde nichts anderes aus als einen Prozeß der Umorientierung, der diese Administration als Übergangsregierung einem hohen Verschleiß aussetzte⁶⁶. Spätestens mit Amtsantritt der Regierung Reagan war klar, daß die USA Grundzüge einer „neuen Krisenstrategie“ entworfen hatten und gedachten, das gesamte NATO-Bündnis darauf zu verpflichten.

Soweit besteht in der — im weitesten Sinne kapitalismuskritischen — Diskussion Einigkeit. Erhebliche Differenzen zeigen sich jedoch bei der *Interpretation der Krise bzw. der Krisenstrategien der 70er Jahre*. Theoretisch untauglich und politisch unbrauchbar sind offensichtlich all jene Ansätze, die die Krise des kapitalistischen Weltsystems leugnen und eine *neue Phase der „Stabilität“* zu erkennen glauben; als führender Vertreter dieser Position kann Immanuel Wallerstein gelten, dessen Thesen in der BRD starke Beachtung finden⁶⁷. Thomas Scheffler⁶⁸ z.B. knüpft an Wallerstein an: für ihn bedeutet die angebliche Unfähigkeit der Arbeiterbewegung, in den Kategorien des „kapitalistischen Weltsystems“ zu denken (822/23), ebenfalls eine Gratis-Stabilisierung des kapitalistischen „Weltsystems“. Wer im „Primat der Nation“ denke, lasse die entscheidenden „Verteidigungsanlagen des Weltsystems“ und damit den Garanten „bürgerliche(r) Hegemonie“ (823) unberührt.

Scheffler löst mit seiner Argumentation den Zusammenhang von Politik und Ökonomie völlig auf, z.B. die Beziehungen zwischen der nach wie vor nationalstaatlich begründeten Existenz des Kapitals und der nach wie vor ebenfalls nur nationalstaatlich möglichen Bewußtseinsentwicklung und Kampferfahrung der Arbeiterklasse, oder aber den Zusammenhang von nationalen Kapitalen und internationaler Politik. Besonders deutlich wird dies bei seiner Interpretation von *Krieg und internationalen Konflikten*. Beide erscheinen als der Ökonomie und ihrer als Weltsystem „stabil“ unterstellten Entwicklung *äußerliche Faktoren*, zurückzuführen auf die „innere Fragmentierung“ und „Reformunfähigkeit“ des Bürgertums im Innern (826/27). Hat das Bürgertum seine Fähigkeit zur Reform (in einer nicht näher benannten Weise) wiedergewonnen, so

66 Vgl. Bernd Greiner, Die Kräfteverschiebung in der amerikanischen Politik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/1980, S. 1426-1444.

67 Immanuel Wallerstein, The Modern World System. Capitalist Agriculture and the Origins of the European World Economy in the 16th Century, New York 1974; ders., Aufstieg und Niedergang des kapitalistischen Weltsystems. Zur Grundlegung vergleichender Analyse, in: Dieter Senghaas (Hrsg.), Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik, Frankfurt/M. 1979, S. 31-68.

68 Thomas Scheffler, Außenpolitik zwischen Legalität und Legitimität, in: Das Argument 124, S. 822-832.

entfällt fortan auch der nur innen-politisch erklärbare Krisenfaktor Krieg, und die Stabilität des Weltsystems ist wieder hergestellt. Der Zusammenhang zwischen Monopolen, Krisen und Krieg hat sich derweil irgendwo in den „Grabensystemen“ und „Verteidigungsanlagen“ in Wohlgefallen aufgelöst — hier wird das Modell zum intellektuellen Ärgernis und zur politischen Traditionsfälschung, da *Scheffler* sein Vorbild *Wallerstein* mit *Gramscis* Kategorien glaubt erklären zu müssen und damit in einem Prokrustesbett landet.

Nicht zuletzt aus Rücksichtnahme auf die nationalstaatlich bornierte „Öffentlichkeit“ (822, 828) sei die amerikanische Regierung gezwungen, Krisen und Spannungen mit der UdSSR heraufzubeschwören: die Öffentlichkeit fordere geradezu derlei aggressive Abgrenzung nach außen. Spätestens hier hat *Scheffler* das Niveau der krudesten Krisenlegitimation aus der Zeit des Kalten Krieges erreicht: Regalmeter bürgerlich-apologetischer Literatur erklären die *Truman*-Politik der „Befreiung“ als Reaktion auf den antikommunistischen „Grundkonsens“ der US-Wählerschaft bzw. osteuropäischer Einwanderergruppen.

Soziale Klasseninteressen der Bourgeoisie werden auch in jenen Theorien eliminiert, die Konfliktstrukturen (und letztendlich Krieg) entweder auf wesensmäßig *aggressive, verselbständigte Produktivkräfte bzw. Systeme von Produktivkräften*⁶⁹ und/oder auf *irrational verzerrte Umweltperzeptionen*⁷⁰ zurückführen. Letzteres wird im eklektizistischen Modell *Schefflers* zur Konsequenz geführt: konservatives Handeln sei „theoriegeleitet(!)“ (Ideen machen also wieder einmal Geschichte), aber in dem „Dilemma“ befangen, „nicht sagen zu dürfen, folglich auch nicht denken zu können, was er (der Konservatismus — B.G.) ist“. Dieses „Dilemma“ führe permanent zu einer „selektive(n) Wahrnehmungsweise weltpolitischer Probleme“ (827), da allein eine solche Selektivität die „logisch widerspruchsfreie Lösung“ des Dilemmas garantiere (827). Die *logisch* widerspruchsfreie Lösung führe aber konsequent in die praktisch-politische Krise — wegen der selektiven Wahrnehmung. Folglich wird unterstellt (und damit wird der Eklektizismus politisch reaktionär), der Konservatismus habe kein Klassenprogramm, sondern sei in einem ehernen Kreislauf nur damit befaßt, sein „Dilemma“ „widerspruchsfrei“ zu lösen. Daß in einer Krise die Lösung dieses Dilemmas die durchaus nicht mehr nur gedankliche Alternative Krieg oder Frieden annehmen kann, ist *Scheffler* kein Problem — und genau hierin liegt *sein* Dilemma.

Schließlich ist *Scheffler* schlecht beraten, apodiktisch eine *Funktionsuntauglichkeit der Repression* als Ausweg aus der Krise zu unterstellen. Der Sturz *Allendes* oder der Vietnam-Krieg sind für ihn *nicht* Ausdruck gewaltsamer Krisenstrategien, sondern eine „Abkehr (!) von bürgerlich-demokratischen Verkehrsformen in der Weltpolitik“ (!!)

(825) im Zeichen der „Gleichgewichtswahrung“ und zur Stabilisierung des „Weltsystems“.

69 Vgl. u.v.a.: Edward P. Thompson, Der Exterminismus als letztes Stadium der Zivilisation, in: Das Argument 127, S. 326-352; zur Kritik an Thompson vgl. u.a. Joachim Bischoff, in: Die Neue, 8./9.5.1981; zur Theorie des „Rüstungsautismus“ vgl. etwa den „klassischen“ Aufsatz von Dieter Senghaas, Rüstungsdynamik als restriktive Bedingung in Versuchen einer Überwindung des Ost-West-Konflikts; jüngst nachgedruckt in: Gert Krell (Hrsg.), Die Rüstung der USA. Gesellschaftliche Interessen und politische Entscheidungen, Baden-Baden 1981, S. 23-41.

70 Vgl. Karl W. Deutsch, Dieter Senghaas, Die brüchige Vernunft von Staaten, in: Dieter Senghaas (Hrsg.), Kritische Friedensforschung, Frankfurt/M. 1979⁵, S. 105-164; vgl. jüngst auch: Anton-Andreas Guha, Der Tod in der Grauzone. Ist Europa noch zu verteidigen?, Frankfurt/M. 1980, S. 182ff.

Die Vernachlässigung des Repressionspotentials bürgerlicher Herrschaft teilt *Scheffler* mit *Claus Offe*. Auch für ihn gehören autoritäre Krisenlösungen der Vergangenheit an – die heutigen binnengesellschaftlichen Strukturen seien für solche Lösungen zu „komplex“⁷¹. Die „Entstrukturierung“ als Indiz der „politischen Krisenlage“ (812/13) wird auch für die konservative Programmatik und Strategie geltend gemacht – folglich erscheint die Krise als „Entscheidungssituation“ auch *prinzipiell* nach jeder Seite und jeder Lösungsmöglichkeit hin *offen*⁷². „Krise“ ist für *Offe* ein Prozeß, in dem die relevanten sozialen Gruppen durch gemeinschaftliches Management eine möglichst sach-effektive Lösung erarbeiten. Da „Mäßigung“ und „Selbstbeschränkung“ (814) allen Beteiligten auferlegt sind, ist die Krise als soziales Kampffeld der Klassen eliminiert, ist die Frage nach der Kenntnis der Strategie des Klassengegners bedeutungslos geworden, da dieser ohnehin auf einen kompromißhaften Ausgleich verpflichtet werden wird.

3.3 „Grenzüberschreitungen“ zu einem Neuen Machtmaximalismus: Strukturen der amerikanischen Krisenstrategie für die 80er Jahre und die Rolle der Verbündeten

Der seit 1977/78 zu beobachtende Politikwandel der USA läuft nicht nur in einem (im Vergleich zur unmittelbaren Nachkriegszeit) grundsätzlich geänderten internationalen Umfeld ab: er wird sich gegen alle im Verlauf der Richtungsdivergenzierung nach 1969 entstandenen und potentiell in einigen Ländern noch immer mehrheitsfähigen politischen Alternativen in einem zähen Ringen durchsetzen müssen, will er auf Dauer erfolgreich sein.

Diese Umstände lassen es geboten erscheinen, in Abgrenzung zu den 50er Jahren *nicht* von einer Wiederaufnahme des amerikanischen Machtmaximalismus zu sprechen, sondern von einer *Grenzüberschreitung*⁷³ in Richtung auf einen *Neuen Machtmaximalismus*. Diese begriffliche Differenzierung markiert einerseits die Verschiebung der historischen Koordinaten und erlaubt andererseits, noch immer gängige oder reaktivierte Konzeptionen aus der Zeit des Kalten Krieges in ihrer unvermindert aggressiven Qualität kategorial und in ihrer historischen Funktion zu fassen.

Die *Kernpunkte* dieser Grenzüberschreitung werden auch von einflußreichen und an *westeuropäischer Politikplanung* unmittelbar beteiligten Kreisen geteilt. Dabei ist an erster Stelle zu nennen die außenpolitische Bestandsaufnahme der halbamtlichen Institute für Auswärtige Politik aus den USA, England, Frankreich und der BRD, vorgelegt im Februar 1981⁷⁴. Dieser Bericht formuliert, analog zu Theorie und Praxis der *Reagan-Administration*, den Kern westlicher Sicherheitspolitik folgendermaßen: Ausgegangen wird vom einzig noch verbliebenen Teil der klassischen amerikanischen Hegemonie, nämlich der *US-Militärmacht* innerhalb des westlichen Bündnissystems. *Diese soll erneut*

71 „Am Staat vorbei?“ – Interview mit Claus Offe, in: Das Argument 124, S. 809-822, hier S. 814.

72 Vgl. Claus Offe, „Krisen des Krisenmanagement“: Elemente einer politischen Krisentheorie, in: Jänicke (Hrsg.), Herrschaft und Krise, a.a.O., S. 197-224, hier S. 199.

73 Wir verwenden diesen Begriff in Anlehnung an Reinhard Opitz, der mit Blick auf die CSU-Konzeption 1980 von einer „Grenzüberschreitung“ in Richtung auf die autoritären Ordnungsmodelle der sog. „Jung-Konservativen“ in der Weimarer Republik sprach; vgl. Reinhard Opitz, Ist die CDU/CSU eine konservative Partei?, Vortrag, gehalten an der Philipps-Universität Marburg im Juni 1980.

74 Karl Kaiser u.a., Sicherheit des Westens..., a.a.O.

als politische Klammer des Bündnisses dienen, im Zentrum der gemeinschaftlichen Orientierung stehen und Hebel zur Realisierung amerikanischer Hegemonialinteressen sein.

Der Institutsbericht expliziert diesen Gedanken am Beispiel Rohstoffversorgung/Naher Osten/Eingreiftruppe: Die *politische* Dimension der Regelung westlicher Energieversorgung wird ausgeblendet und statt dessen auf die *militärische Option* orientiert. Diesen Überlegungen zufolge hätten die USA die materielle und strategische Hauptlast zu tragen, während die westeuropäischen Verbündeten politisch, materiell und logistisch entlastenden Flankenschutz bieten. Ihre personelle Beteiligung an der Schnellen Eingreiftruppe wird zwar gefordert (vgl. 40), erweist sich jedoch weniger als Mittel zur Sicherung militärischer Schlagkraft, sondern soll in erster Linie dazu dienen, Westeuropa in die *politische* Verantwortung zur Durchsetzung *militärischer* Operationen unter Führung der USA einzubeziehen.

„Arbeitsteilung“ heißt also nichts weiter als integrale Einbeziehung Westeuropas in die Risiken einer militarisierten amerikanischen Globalstrategie, die den imperialistischen Zugriff auf Rohstoffquellen in traditionell machtmaximalistischer Weise zu sichern gedenkt. Die Westeuropäer sollen dabei nicht nur an Kosten und Risiken zur Niederschlagung nationalistischer und/oder sozialrevolutionärer Befreiungsbewegungen im Nahen und Mittleren Osten (39) „beteiligt“ werden, sondern auch alle (wesensmäßig unkalkulierbaren) Risiken einer Politik mittragen, „den denkbaren militärischen Konflikt zwischen Ost und West auf den Nahen und Mittleren Osten zu begrenzen...“ (33; Hervorh. ebd.) Die augenblicklich (von der BRD an führender Stelle) forcierte Süderweiterung der EG und der NATO ist offensichtlich auch in diesem militärstrategischen Zusammenhang zu sehen.⁷⁵

Dem amerikanischen Konzept zufolge soll Westeuropa freilich nicht nur auf dieser Ebene in die US-Strategie eingebunden werden: die *Europäisierung des Nuklearkrieges* erfüllt in umfassender Weise den gleichen Zweck. Sind mit der Stationierung der dazu erforderlichen Systeme (Pershing-II und Cruise Missiles) erst einmal die materiellen Voraussetzungen geschaffen, so wäre Westeuropa nicht allein eine militärische Geisel in einem möglichen Nuklearkrieg⁷⁶, sondern könnte auch in Zeiten politischer Konflikte auf amerikanischen Konfrontationskurs gezwungen werden – und zwar eingeschwo-ren in die Überlegung, unter Drohung des Einsatzes der europäisch dislozierten Nuklearpotentiale den strategischen Druck auf den Gegner (also den Warschauer Pakt oder eines seiner Mitglieder) in erpresserischer Absicht dergestalt zu erhöhen, daß man ihn vor die Wahl des Nachgebens oder der Hinnahme „selektiver“, „chirurgischer“ Atomschläge (die mit den neuen Waffen technisch möglich wären) mit dem damit unweigerlich verbundenen Risiko einer in Totalvernichtung resultierenden Eskalation stellt. Dergleichen Spekulationen auf nukleare politische Erpressungskonstellationen sind Teilen auch der westeuropäischen Bourgeoisie durchaus nicht fremd und eröffnen den USA die doppelt verlockende Perspektive, ihr eigenes Territorium in einem Ost-West-Atomkrieg zu schonen.

75 Vgl. H.J. Axt, Konkurrenz und „Arbeitsteilung“. Griechenlands EG-Beitritt und die amerikanisch-west-europäische Mittelmeer-, Nahost- und Mittelostpolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/1981, S. 542-561.

76 Rudolf Augstein hat dieses Bild der Geiselnahme überzeugend entwickelt; vgl. Der Spiegel, Nr. 22/1981, S. 30ff.

Diese Orientierung wird erst dann überzeugend einsichtig, wenn man weiß, daß die USA mittlerweile wieder die *Prinzipien des militärischen Machtmaximalismus* aus der Zeit des Kalten Krieges in den *Mittelpunkt* ihrer Planungen rücken, d.h.: das Streben nach einem nuklearen Erstschlagspotential und der Entwurf politischer Kriegsziele für einen vom Sozialismus „befreiten“ Kriegsgegner⁷⁷ sollen einhergehen mit der Durchsetzung des politischen Willens und der Bereitschaft, diese „Eventualplanungen“ im Zweifelsfall auch zu realisieren⁷⁸. *Verhandlungspolitik* und Orientierung auf den politischen Kompromiß mit der Gegenseite sind in diesem Konzept nur noch *taktisch-legitimato-risch* bestimmt.

In der inneramerikanischen Diskussion wie im genannten Institutsbericht hat man erkannt, daß die anvisierte Militarisierung der Außenpolitik nur dann das westliche Bündnissystem politisch „klammern“ kann, nur dann die gewünschte Erweiterung des politisch-strategischen Handlungsspielraums gegenüber den sozialistischen Ländern und der Dritten Welt sowie die neuerliche Anerkennung der USA als richtungsweisende Führungsmacht bringen wird, wenn es gelingt, andere *kapitalistische Schlüsselländer* auf diesen Kurs zu verpflichten. Die Antwort auf dieses Problem läßt sich mit einem Schlagwort zusammenfassen: *Diktatur der Eliten*. Eine „Kerngruppe“, bestehend aus den USA, Frankreich, Großbritannien, der BRD und Japan (49) soll „getrennt von der NATO“ (50) die politische und militärische Koordination westlicher Krisenpolitik betreiben. „Vor allem die kleineren Mitglieder im Bündnis“ könnten „nicht immer einbezogen werden“ (46) — einfach deshalb, weil die Koordination der „Eliten“ den *nationalen politischen Willensbildungsprozeß in Krisenzeiten ausschalten und praktisch zu einer internationalen Notverordnungspolitik übergehen muß*, um effektiv zu bleiben. „Mit Blick auf die NATO ist eine engere Koordinierung der westlichen Politik gegenüber dem Osten notwendig, und zwar *bevor* nationale Einzelentscheidungen gefällt werden. ... es (darf) der Wirtschaftspolitik nicht erlaubt sein, die übergreifenden politischen Erfordernisse zu untergraben. Die verbündeten Regierungen müssen auf höherer politischer Ebene ein umfassenderes Instrumentarium zum Schutz ihrer Interessen entwickeln...“ (47; Hervorhebung ebd.).

Selbstverständlich sei dies eine „unpopuläre Politik“ (44; vgl. 33, 52) — Politiker und Medien müßten jedoch gemeinsam die Verantwortung zu ihrer ideologischen, hegemonialen Durchsetzung übernehmen. Damit ist zugleich die Notwendigkeit der *ideologischen Grenzüberschreitung* formuliert, nämlich die neuerliche Militarisierung des Denkens und Bewußtseins. Nichts anderes verbirgt sich hinter dem Trommelwirbel der „Überlebenskrise des Westens“, der Suggestion des einen noch ausstehenden „großen Wurfs“ zur endgültigen Niederringung des Gegners (*Reagans* Visionen des bevorstehenden Zusammenbruchs der UdSSR) und schließlich hinter der Einstimmung auf den Tag X: Es gibt in der Logik dieser Krisenstrategie in der Tat „Wichtigeres als den Frieden“ (*Alexander Haig*).

Damit sind die wesentlichen Kriterien eines im Zeichen des Machtmaximalismus stehenden, hinter alle nach 1969 vollzogenen Änderungen zurückfallenden *Konzeptionswechsels* erfüllt. Auch wenn die politische Hegemonie jetzt von einem machtelitären Staatenkonsortium ausgeübt werden soll, ist nicht zu übersehen, daß über den Hebel

77 Vgl. Colin S. Gray, Keith Payne, Victory is Possible, in: Foreign Policy, No. 39, Summer 1980, S. 14-28.

78 Vgl. Greiner/Steinhaus, 3. Weltkrieg..., a.a.O., S. 9-51; vgl. Greiner, Die Kräfteverschiebung..., a.a.O.

der Militärpolitik eine neuerliche Aufwertung der USA befördert werden soll — nicht nur zur Verbesserung ihrer ökonomischen Konkurrenzfähigkeit⁷⁹, sondern in erster Linie als Instanz, die der westlichen Politik zwischen den drei Polen Systemauseinandersetzung, regionale kapitalistische Integration und binnenkapitalistische Konkurrenz Richtung und Kohärenz gibt.

Nicht der Maßstab einer abstrakten Rationalität kann in der Analyse dieser Konzepte weiterhelfen, sondern allein das Urteil über die *Funktionalität* bestimmter Politiken für die Verwertungszwänge des Kapitals. Was vom Standpunkt der Menschheit als Gattung „irrational“ erscheint, kann für das Monopolkapital durchaus „rational“ sein (und ist es in der Regel auch, wie die Abenteuerlichkeit und maßlose Selbstüberschätzung imperialistischer „Krisenpolitik“ im 20. Jahrhundert zeigt)⁸⁰. Dies festzustellen heißt nichts anderes, als auf die historische Überlebtheit des Kapitalismus als Gesellschaftssystem hinzuweisen und den Grundwiderspruch in Erinnerung zu rufen, an dem sich alle Klassenkämpfe entzünden: für die Arbeiterbewegung ist der Kampf gegen die Rationalität des Kapitals die Ratio des eigenen Überlebens. Der *Zusammenhang von Krise und Krieg* ist auch im Nuklearzeitalter nicht aufgehoben.

79 Auf diesen Aspekt verkürzt etwa Frieder Schlupp die US-Strategie, ders., Kriegsgefahr und innerimperialistische Konkurrenz, in: links, 13. Jg., Mai 1981, Nr. 134, S. 7ff.

80 Es ist daher naheliegend, zu differenzieren zwischen einer „Sachlogik“ (z.B. der von der Friedensforschung zur Genüge nachgewiesenen technischen Unmöglichkeit, einen Atomkrieg „begrenzt“ zu halten) und einer imperialistischen „Machtlogik“ (in die die Vorstellung begrenzbarer Kriege bzw. zu gewinnender Atomkriege als objektives Planungsdatum seit 1945 kontinuierlich eingeht). Als Quellentext zur „Machtlogik“ vgl. W. Scott Thompson (ed.), National Security in the 1980s: From Weakness to Strength, Institute for Contemporary Studies, San Francisco 1980.

Internationale Konzerne und die Perspektiven des National-Staats in Westeuropa

Die Internationalisierung der Ökonomie als Triebkraft eines neuen Kosmopolitismus?

Heinz Jürgen Axt

1. Sind antikapitalistische Alternativen angesichts der Expansion multinationaler Konzerne noch auf nationaler Ebene realisierbar? — 2. Der Nationalstaat — die Basis der Aufhebung des Kapitalverhältnisses unter Internationalisierungs- und Integrationsbedingungen — 3. Kritik und Antikritik — 4. Die nationale Basis der weltweit operierenden Konzerne

1. Sind antikapitalistische Alternativen angesichts der Expansion internationaler Konzerne noch auf nationaler Ebene realisierbar?

Kosmopolitische Ideen haben in der Vergangenheit immer wieder die Menschen begeistern können, versprachen sie doch die Konflikte und Kriege zwischen den Fürstentümern und später den Nationalstaaten durch die Schaffung einer Weltgesellschaft und einer Weltregierung aus der Welt zu schaffen. Kam *Immanuel Kant* in durchaus kritischer Absicht gegenüber der Intervention Preußens und Österreichs gegen das nachrevolutionäre Frankreich im Jahre 1795 in seinem Traktat „Zum ewigen Frieden“ zu dem Schluß, daß der Friede nur auf einen „Föderalismus freier Staaten“ gegründet sein könne, so prägte sich in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts mit der Paneuropa-Idee eine Konzeption von der Überwindung der Nationalstaatlichkeit aus, die vor allem als Antwort auf die Herausforderung der Revolution in Rußland zu verstehen ist. Im Zuge der sich nach 1945 verschärfenden Konfrontation zwischen den „Blöcken in Ost und West“ gewann die „Europaidee“ in Westeuropa mit dem Anspruch, die nationalen Grenzen zumindest in einem Teil Europas aufheben zu wollen, vermehrt an Einfluß.

Hatte die Konfrontation in der Zeit des Kalten Kriegs nicht ausgereicht, die „Vereinigten Staaten“ in West-Europa zu schaffen, so wurde die Diskussion und Propagierung kosmopolitischer Ideen alsbald erneut belebt: Seit Ende der sechziger Jahre wurde die Öffentlichkeit verstärkt mit der wachsenden Bedeutung multinational agierender Konzerne konfrontiert und die wissenschaftlich-politischen Diskussionen beschäftigten sich in besonderer Weise mit der Frage, ob die internationalen Konzerne zu jenem „Katalysator“ werden könnten, der die Internationalisierung des Wirtschaftslebens mit der Errichtung des „Weltstaates“ vollendet. Es scheint, als würde der überwiegend idealistische Ursprung des Kosmopolitismus nun auf eine materialistische Basis gestellt. Daß internationale Konzerne ganze Volkswirtschaften durchdringen, daß sie mit herkömmlichen Mitteln der Wirtschaftspolitik kaum mehr zu kontrollieren sind, daß Organe der

Europäischen Gemeinschaft (EG) den nationalen Legislativen und Exekutiven Befugnisse und Kontrollrechte entziehen — dies alles wird als Indiz dafür genommen, daß nunmehr die weitere Existenz der Nationalstaaten in Frage gestellt sei. Deren Funktionstüchtigkeit sei durch den Internationalisierungs- und Integrationsprozeß auf jeden Fall stark eingeeengt, so daß zumindest in relevanten Bereichen die Schaffung übernationaler politischer Strukturen unabdingbar sei. Andernfalls drohe ein großer Verlust an allgemeiner Wohlfahrt, Sicherheit und politischer Steuerungsfähigkeit. In der amerikanischen politikwissenschaftlichen Diskussion, die sich relativ frühzeitig mit diesen Problemen auseinandersetzte und von daher auch die Diskussionen in Westeuropa nachhaltig beeinflusste, wurde eine wachsende Kluft zwischen den an Einfluß und Wirksamkeit zunehmenden multinationalen Konzernen und den demgegenüber schwächer werdenden Nationalstaaten konstatiert. Für die nationalen Staaten bleibe letztendlich nur, entweder in einer neuartigen internationalen politischen Ordnung aufzugehen oder zur Bedeutungslosigkeit herabzusinken. Allerdings werden die Chancen zur Realisierung der „Weltregierung“ durchaus skeptisch eingeschätzt. Für wahrscheinlicher wird daher die Herausbildung einer regional begrenzten Staatenföderation gehalten. Die günstigsten Bedingungen sieht man dafür in Westeuropa. Hier könnten die internationalen Konzerne gleichsam jenen entscheidenden Anstoß geben, um die ökonomische Verflechtung zwischen den westeuropäischen Ländern in eine politische Vergemeinschaftung bei allmählicher Überwindung der politischen Nationalstaatlichkeit weiterzuführen.

Während man auf konservativer und neoliberaler Seite vor allem bemüht war, die Kritik an den multinationalen Konzernen abzubauen — die Multis werden da als „Motor des Fortschritts“ und als „Entwicklungshelfer“ für die Dritte Welt apostrophiert —, werden die weltumspannenden Aktivitäten der internationalen Unternehmen in den sozialdemokratischen Parteien nicht selten recht scharf kritisiert. Allerdings finden sich immer wieder auch Bemühungen, die Expansion der multinationalen Konzerne zur Rechtfertigung dafür zu nehmen, daß die eigenen wirtschaftspolitischen Bestrebungen nicht genügend wirksam werden könnten. Die Multis sind daran schuld, daß es sozialdemokratischer Politik nicht gelingt, *innerhalb* der bestehenden sozioökonomischen Ordnung die Mängel des Kapitalismus zu beseitigen. Die Schlußfolgerung wird dann darin gesehen, daß man die internationalen Konzerne stärker kontrollieren müsse, ohne sie selbst und damit den Kapitalismus in Frage zu stellen. Auf diese Weise wird nicht länger danach gefragt, weshalb die bisherige Politik weder Krisen verhindern noch deren Folgen relativ rasch beseitigen konnte, wie es ja gerade sozialdemokratischer Anspruch gegenüber neoliberal orientierter Wirtschaftspolitik ist. Vielmehr wird geschlußfolgert, daß, wenn die bisherige Politik nicht erfolgreich genug gewesen sei, dies nicht an der betriebenen Politik, sondern an den multinationalen Konzernen liege. Also sucht man nach Wegen zu ihrer „Bändigung“. Was zunächst als Kritik an den internationalen Unternehmen erscheint, entpuppt sich als Legitimation dafür, die gewachsenen Probleme mit den gleichen Methoden und Mitteln, mit der alten unverändert prokapitalistischen Politik anzugehen — nur eben auf einer anderen Ebene: nicht mehr im Rahmen der Nationalstaaten, sondern auf übernationaler Ebene. So heißt es z.B. im Europa-Wahlprogramm der SPD von 1979: „Die multinationalen Gesellschaften stellen Wirtschaftsmächte bisher unbekanntes Ausmaßes dar. Diesen multinationalen Unternehmen darf es nicht länger ermöglicht werden, sich der demokratischen

Kontrolle der Gemeinschaft (d.h. der EG, H.-J.A.) und den Notwendigkeiten der Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder zu entziehen. Wir Sozialdemokraten fordern deshalb die Schaffung eines gemeinschaftseigenen, mit juristischen und technischen Möglichkeiten ausgestatteten Instruments zur Kontrolle der Tätigkeit großer Unternehmen und der Einhaltung der Wettbewerbsregeln, damit die Verwirklichung der sozialen und wirtschaftlichen Ziele der Gemeinschaftspolitik nicht in Frage gestellt wird.¹

Es erscheint angebracht, sich der zentralen Fragestellungen und vorläufigen Ergebnisse der mittlerweile etwas in den Hintergrund getretenen marxistisch orientierten Debatte über das Verhältnis von Nationalstaatlichkeit und sich internationalisierender Ökonomie zu erinnern. Im Rahmen der marxistischen, gleichwohl der Monopoltheorie und der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus kritisch bis ablehnend gegenüberstehenden neueren Diskussion sind u.a. Arbeiten von E. Altvater, E. Krippendorff, Ch. Neusüß und C.v. Braunnmühl von Interesse. Altvater wendet sich zwar nicht grundsätzlich dagegen, die multinationalen Konzerne in den Zusammenhang der Monopolentwicklung zu stellen. Internationale Konzerne hätten sich herausgebildet, als man zum ersten Mal die Bildung von Monopolen konstatiert habe. Die Entwicklung zum Monopolkapital ist jedoch bei ihm nicht der eigentliche Ausgangspunkt zur Analyse der internationalen Konzerne. Deren Besonderheit wird vielmehr in ihrer Multinationalität gesehen, indem sie als Einzelkapitale sowohl Teil des jeweiligen nationalen Gesamtkapitals als auch „Bestandteil des real existierenden internationalen Kapitals“ seien.² Eine Tendenz zur internationalen Angleichung des Produktivkraftniveaus und der Bildung einer international einheitlichen Durchschnittsprofitrate müsse letztlich zur Aufhebung der Nationalstaatlichkeit führen — eine Tendenz, die jedoch lediglich in Phasen weltweiter Prosperität zur Wirkung kommen soll. Die hier interessierende Frage nach dem *Verhältnis der internationalen Kapitalbewegung zur politischen Organisation des Kapitals in einem System nationaler Staaten* taucht bei Altvater als Problem nicht auf. Er sieht die Staatstätigkeit ausschließlich als Tätigkeit zugunsten des national operierenden Teils des Kapitals. Die international agierenden Konzerne bewegen sich dagegen relativ „staatsfrei“. Auch bei E. Krippendorff bleibt die Frage nach der „Nationalität“ des internationalen Kapitals unbeantwortet. Bei ihm werden die internationalen Konzerne zu einem Hebel für die beschleunigte Herstellung eines kapitalistischen Internationalismus, für die Abnahme der zwischen den entwickelten kapitalistischen Staaten existierenden Gegensätze. In dieser an *Karl Kautskys* Konstruktion des „Ultraimperialismus“ erinnernden Darstellung erscheinen Widersprüche in den internationalen Beziehungen kaum noch zwischen den entwickelten kapitalistischen Staaten, sondern vor allem zwischen entwickelten und wenig entwickelten Ländern in der Dritten Welt. In welcher Weise sich die kapitalistische Konkurrenz unter den Bedingungen zunehmender ökonomischer Internationalisierung auswirkt, wie sich die innerimperialistische Rivalität entwickelt — darauf geht Krippendorff nicht ein.³ In ihrer Arbeit „Imperialismus und Weltmarktbeziehung des Kapitals“ entwickelt Ch. Neusüß das Verhält-

1 SPD (Hrsg.), Soziale Demokratie für Europa. Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die erste europäische Direktwahl 1979, Bonn 1978, S. 28.

2 E. Altvater, Multinationale Konzerne und Arbeiterklasse, in: K. P. Tudyka (Hrsg.), Multinationale Konzerne und Gewerkschaftsstrategie, Hamburg 1974, S. 79–104.

3 E. Krippendorff, Zum Imperialismus-Begriff, in: Ders. (Hrsg.), Probleme der internationalen Beziehungen, Frankfurt/M. 1972, S. 177–203, bes. S. 194ff.

nis von Nationalstaat und international operierendem Kapital in einer Weise, daß der nationale Staat erst dann überhaupt aktiv wird, wenn die Weltmarktexpansion sich in einer krisenhaften Entwicklung befindet. In prosperierenden Phasen dagegen werden durch die multinationalen Konzerne die durch die Nationalstaaten gesetzten Friktionen der Konkurrenz überwunden, die der Entwicklung zu einem reellen Weltgesamtkapital und zu Angleichungsprozessen der Produktivkraftentwicklung entgegenstehen. Als „Weltkapital“ soll das Kapital erst voll seinem Begriff entsprechen. Bei dieser Konzeption, bei der lediglich die Krise die Ausbildung des Weltstaates verhindert, fällt auf, daß die Entwicklung des Kapitalverhältnisses ausschließlich als „Reifeprozess“ — das Kapital kommt zu seinem Begriff — gesehen wird. Daß das Kapitalverhältnis eine eigene Entwicklungsgeschichte hat, daß seine Entwicklung in Form von Stufen historischer Ausprägung des Kapitalismus stattfindet, daß Entwicklungsstufen im Verhältnis von Staat und Ökonomie festzustellen sind — das alles lehnt *Neusüß* ab, weshalb ihr Kapitalbegriff auch mehr einer abstrakten theoretischen Setzung gleicht, als die Vermittlung zur empirischen Realität erkennen läßt.⁴ Bei *C.v. Braunmühl* schließlich ist das Kapital im Begriff, sich zum „historisch wirklichen Weltkapital“ zu entwickeln. Anders als *Marx* dies getan habe, müsse man heute von einem weltumfassenden Reproduktionszusammenhang ausgehen. Obwohl die Notwendigkeit staatlicher Aktivitäten zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise anerkannt wird, dominiert bei ihr doch letztlich die Tendenz zur Internationalisierung über die zum Staatsinterventionismus, so daß auch hier das Verhältnis zwischen dem Nationalstaat und der Internationalisierung des Kapitals nicht präzise bestimmt wird.⁵

Auch wenn die verschiedenen Auffassungen, daß der Nationalstaat bedeutungslos werde, als überzogen zurückgewiesen werden, sollte dies nicht dazu führen, die Relevanz der Internationalisierungs- und Integrationsprozesse zu unterschätzen. 1975 erreichte der Wert der Produktion ausländischer Tochtergesellschaften von US-Unternehmen einen Anteil von gut 30 Prozent des US-amerikanischen Bruttosozialprodukts. 1960 hatte der entsprechende Wert noch gut 10 Prozent betragen. Bei den westeuropäischen internationalen Konzernen erreichte der Auslandsumsatz 1975 einen Anteil von knapp 25 Prozent des Bruttosozialprodukts, während er 1960 noch gut 12 Prozent betragen hatte. Dies zeigt einerseits die generell zunehmende Bedeutung der in den ausländischen Tochtergesellschaften realisierten Produktion und damit die zunehmende Bedeutung internationaler Unternehmen. Andererseits wird deutlich, daß die Internationalisierung in den USA weiter vorangeschritten zu sein scheint, was den Export von produktivem Kapital angeht. Tatsächlich konzentrierten 1975 die US-Multis fast die Hälfte aller getätigten direkten Auslandsinvestitionen auf sich, während die Unternehmen aus Westeuropa sich mit einem Anteil von gut 38 Prozent und die Japans mit einem Anteil von knapp 6 Prozent bescheiden mußten. Allerdings hatte 1960 der Anteil der US-Unternehmen noch über 55 Prozent betragen. Von den 41 größten multinationalen Unternehmen machte der Umfang der Auslandstätigkeit der dazugehörigen 23 westeuropäischen Unternehmen 1971 54,5 Milliarden Dollar aus. Die 15 US-amerikanischen Firmen kamen auf 46,3 Milliarden Dollar. Der Export von produkti-

4 Ch. Neusüß, *Imperialismus und Weltmarktbevægung des Kapitals*, Erlangen 1972.

5 Vgl. vor allem C.v. Braunmühl, *Kapitalakkumulation im Weltmarktzusammenhang*, in: *Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie*, Frankfurt/M. 1974, S. 30—51.

vem Kapital zur Gründung von Tochtergesellschaften im Ausland, zum Erwerb ausländischer Produktionsstätten gewinnt gegenüber dem Export von Waren zunehmend an Bedeutung. Die westeuropäischen Unternehmen erreichen zwar noch nicht die Anteile der US-Unternehmen, die 1975 4,3 mal mehr Auslandsumsatz realisierten als sie Waren ins Ausland ausführten. Aber auch in Westeuropa wächst die Bedeutung der im Ausland erzielten Umsätze. Diese erreichten 1960 einen Anteil von knapp 78 Prozent der Warenexporte. 1975 hatte sich das Verhältnis zugunsten der Auslandsumsätze umgekehrt, sie erreichten 106 Prozent der Warenexporte. Auch in der Bundesrepublik vollzieht sich ein forciertes Kapitalexport. Zwar ist die absolute Bedeutung des Warenexports noch immer erheblich größer als die des Kapitalexports. Aber die jährlichen Zuwachsraten der deutschen Auslandsproduktion liegen höher als die Exportsteigerungen. Betrag der Gesamtbestand deutscher Investitionen im Ausland 1967 noch ca. 12 Mrd. DM, so hatte er sich bis 1977 auf 52 Mrd. DM erhöht.⁶ Zwar in einem gänzlich anderen Sinne, als dies anfänglich propagiert wurde, hat auch die Europäische Gemeinschaft ihre Beständigkeit und Bedeutung als regionale Integrationsform unter Beweis gestellt. Sie hat zwar nicht zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ geführt, hat aber gleichwohl die ökonomische Verflechtung in Westeuropa verdichtet. Zwischen 1960 und 1972 hat sich der Handelsaustausch zwischen den 6 ursprünglichen EG-Ländern mehr als versechsfacht. Während 1958 die EG-Länder noch für 43,8 Milliarden Rechnungseinheiten (RE) Außenhandel mit Ländern außerhalb der Gemeinschaft betrieben und nur für 23,2 Milliarden RE mit anderen Gemeinschaftsländern, hat sich dieses Verhältnis 1978 umgekehrt: Die Außenhandelsumsätze zwischen den Gemeinschaftsländern erreichten 362 Milliarden RE und die mit Drittländern 354 Milliarden RE. Entgegen vielfachen Spekulationen, daß die EG eine umfassende Wirtschaftskrise kaum oder nur sehr bedingt überstehen werde, hat die Gemeinschaft gerade während der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise in den Jahren 1974/75 ihre Beständigkeit zumindest in der Form unter Beweis gestellt, daß sie nicht unter massiven nationalen Protektionismen zerbrochen ist. Vielmehr ist eine Gleichzeitigkeit von ökonomischer Verflechtung im Rahmen der EG und nationaler Protektion und Subvention zu beobachten.⁷

2. Der Nationalstaat — die Basis der Aufhebung des Kapitalverhältnisses unter Internationalisierungs- und Integrationsbedingungen

In diesem Aufsatz wird die These entfaltet, *daß der bürgerliche Nationalstaat die Basis der Aufhebung des Kapitalverhältnisses unter den Bedingungen von Internationalisierungs- und Integrationsprozessen ist* — und zwar im doppelten Sinne des Wortes Aufhebung: Der nationale Staatsapparat stellt relative Lösungsformen bereit, mittels derer das Kapital die Internationalisierungs- und Integrationsprozesse als Potenzen gegen die Verschlechterung der Verwertungsbedingungen nutzen kann — mit der Konsequenz allerdings, daß die Eingriffsmöglichkeiten der nationalen Staatsapparate selbst durch die internationale Vergesellschaftung der Produktion beschnitten und in ihrem Wirkungsradius beeinträchtigt werden. Auf der anderen Seite bedeutet Aufhebung des Kapitalver-

6 Vgl. Autorenkollektiv, Internationale Monopole, Berlin/DDR 1978, S. 70 und 77.

7 Vgl. ausführlich H.-J. Axt/F. Deppe, Europaparlament und EG-Erweiterung. Krise oder Fortschritt der Integration? Köln 1979.

hältnisses angesichts ökonomischer Internationalisierungsprozesse aber eben auch Transformation und Überwindung des Kapitalverhältnisses. Diese Prozesse — dies impliziert obige These — können auch unter den Bedingungen der internationalen ökonomischen und teilweisen politischen Verflechtung vorrangig nur durch Veränderungen auf der nationalen Ebene durchgesetzt werden — allerdings unter der Voraussetzung, daß die nationalen Bemühungen in die permanenten Anstrengungen zu transnationaler Kooperation eingebunden sind. Dies macht die unmittelbar politische Relevanz der Bestimmung des Verhältnisses von Nationalstaatlichkeit und Internationalisierung des Kapitals aus, daß damit immer schon eine Strategie der Arbeiterbewegung vorgezeichnet ist. Folgt man nämlich der These vom „Absterben“, zumindest von der den internationalen Konzernen gegenüber abnehmenden Bedeutung der Nationalstaaten, dann wird für eine sozialistische Transformationsstrategie der nationale Kampf immer weniger wichtig, dann wird oft die transnationale Strategie als solche zur Bedingung einer erfolgreichen antikapitalistischen Zielsetzung. Hier dagegen werden die Internationalisierung des Kapitals und seine — in der Bedeutung keineswegs abnehmende — nationalstaatliche Verfassung als eine widerspruchsvolle Einheit gesehen, bei der sich nicht letztlich der Widerspruch dadurch auflöst, daß die eine Seite, die Internationalisierung, über die andere, die Nationalstaatlichkeit, dominiert. Unter dieser Voraussetzung ist also auch der Kampf der Arbeiterbewegung in seiner Einheit als nationaler *und* internationaler zu bestimmen, wobei allerdings von seiner nationalen Priorität ausgegangen wird.

Entgegen den knapp dargestellten Auffassungen, daß die Herausbildung und Expansion der multinationalen Konzerne und der regionalen Integration in Westeuropa nichts mit der *Entwicklung* des Kapitalverhältnisses, mit der Monopolisierung und der Ausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu tun habe, soll im folgenden gerade der *Zusammenhang* dieser Entwicklungen expliziert werden. Ausgangspunkt der Überlegungen ist die Überzeugung, daß es nicht ausreicht zu versichern, daß eine Entwicklung eine kapitalistische ist, daß sie den Gesetzmäßigkeiten des Kapitals unterliegt. Es kommt vielmehr darauf an, die Entwicklungsgeschichte des Kapitals selbst aufzuspüren, seine Entwicklung als das Resultat seiner inneren Widersprüchlichkeit zu begreifen, und also Entwicklungen wie die Internationalisierung und die Integration in ihrer Genese und Funktion als aus diesen Widersprüchen hervorstrebend zu analysieren. Die internationalen Konzerne erscheinen dann nicht als Vehikel, mit dem das Kapital als Weltkapital zu seinem Begriff kommt, sondern die Internationalisierung der Produktion wird zusammen mit der Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus als relative Lösungsform der dem Kapital immanenten Widersprüche auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung aufgefaßt. Die innere Logik des Kapitals entfaltet sich, indem es seine immanenten Widersprüche entwickelt und dafür — unter der Bedingung der Aufrechterhaltung der privaten Kapitalverwertung — relative Formen der Überwindung seiner Widersprüche findet. Der bürgerliche Staat konstituiert sich im Unterschied zu Staatstypen vorkapitalistischer Produktionsweisen als *nationaler* und wird auch als solcher reproduziert.⁸ Indem die Bourgeoisie jedoch den Nationalstaat her-

⁸ Was hier bezüglich des Verhältnisses von Nationalstaat und ökonomischer Internationalisierung nur knapp skizziert werden kann, ist ausführlich dargestellt in: H.-J. Axt, Staat, multinationale Konzerne und politische Union in Westeuropa. Ein Beitrag zur Staatstheorie und Analyse regionaler Integration, Köln 1978.

stellt, schafft sie zugleich den Weltmarkt. Das Kapital ist zugleich nationalistisch und kosmopolitisch. Der bürgerliche Nationalstaat entstand aus der Notwendigkeit, einen einheitlichen nationalen Markt zu schaffen. „Unabhängige, fast nur verbündete Provinzen mit verschiedenen Interessen, Gesetzen, Regierungen und Zöllen wurden zusammengedrängt in *eine Nation, eine Regierung, ein Gesetz, ein nationales Klasseninteresse, eine Douanelinie.*“⁹ Der frühbürgerliche Staat beseitigt dabei nicht nur im Innern der Nationen die der Herstellung des nationalen Marktes entgegenstehenden Hemmnisse, sondern gibt auch dem nationalen Kapital den nötigen Schutz gegenüber äußeren Einwirkungen. Die Protektion der heimischen Produzenten wird zum „Kunstmittel, Fabrikanten zu fabrizieren“ (Marx). Ist erst einmal ein — durch nationale staatliche Protektion gestütztes — Stadium der Verallgemeinerung des Kapitalverhältnisses und seiner internationalen Konkurrenzfähigkeit gegeben, wird es Aufgabe des nationalen Staates, die Expansion des Kapitals auf dem Weltmarkt zu unterstützen. Schutzzoll und Freihandel stehen also keineswegs in unversöhnlichem Gegensatz zueinander. Vielmehr bilden die staatlich vermittelte Tendenz zur Weltmarktexpansion und die staatlich geförderte Protektion eine in sich allerdings widersprüchliche Einheit.

Mit der Ausbildung der nationalen Märkte und der nationalen Staaten ist die volle Entfaltung des *Weltmarktes* verbunden. Erst durch ihn wird der enge Kreis der Gebrauchswerte im nationalen Rahmen überwunden und kann sich der Wert universell entwickeln. Die Produktivkräfte treiben die Produktion voran und dehnen ihren gesellschaftlichen Zusammenhang aus. Die im Kapitalismus möglich und zur Notwendigkeit gewordene Massenproduktion drängt über den nationalen Markt hinaus, fordert den Welthandel. Die Entwicklung des Weltmarktzusammenhangs ist ein Ergebnis der Entfaltung des Produktivkraftsystems, das allerdings unter kapitalistischen Bedingungen spezifischen Beschränkungen unterliegt. Das Kapital beseitigt zwar die Schranken des lokalen Markts, indem es den nationalen Markt und darüberhinaus den Weltmarktzusammenhang herstellt. Es findet aber an seiner Kapitaleigenschaft selbst die größte Schranke. Das Kapital stellt den Weltmarktzusammenhang zwar her, beseitigt jedoch nicht die Grundlagen der Nationalstaatlichkeit. Der Weltmarkt konstituiert sich vielmehr als Zusammenhang der in nationalen Staaten politisch zusammengefaßten Kapitale.¹⁰ Auch die Weltmarktexpansion des Kapitals hebt dessen innere Widersprüchlichkeit nicht auf, sondern stellt sie auf eine neue Stufe. Wegen dieser inneren Widersprüche wird im Zuge der Entfaltung des Kapitalverhältnisses die verstärkte ökonomische Aktivierung des (nationalen) Staates erforderlich. Die Marxsche Feststellung, daß das Kapital auf dem Weltmarkt zu seinem Begriff gelange, wird also erst dann ausreichend erfaßt, wenn man sich einer anderen Marxschen Bestimmung, nämlich der über die immer nur *relative* Überwindung der dem Kapital gesetzten Schranken, erinnert: „Daraus aber, daß das Kapital jede solche Grenze als Schranke setzt und daher *ideell* darüber weg ist, folgt keineswegs, daß es sie *real* überwunden hat, und da jede solche Schranke seiner Bestimmung widerspricht, bewegt sich seine Produktion in Widersprüchen, die beständig überwunden, aber ebenso beständig gesetzt werden. Noch mehr. Die *Universalität*,

9 K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, Marx/Engels Werke (MEW), Bd. 4, S. 467.

10 Diesen Zusammenhang hat A. Statz (Grundelemente einer politökonomischen Theorie der westeuropäischen Integration, Frankfurt/M. 1979) mit der These von der immer schon durch außerökonomische Gewalt, also den Nationalstaat, vermittelten Weltmarktbeziehung des Kapitals ausführlich dargestellt.

nach der es hintreibt, findet *Schranken an seiner eigenen Natur*, die auf einer gewissen Stufe seiner Entwicklung es selbst als die größte Schranke dieser Tendenz werden erkennen lassen und daher zur Aufhebung durch es selbst hintreiben.“¹¹

Entscheidendes Resultat der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise ist die Herausbildung des *Monopols*, mit dem relative Anpassungsformen des Kapitals an die Bewegung der Produktivkräfte zur Erhaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse geschaffen werden. Die zunehmende Vergesellschaftung des Produktionsprozesses stößt im Kapitalismus auf privatkapitalistische Eigentumsverhältnisse, auf eine durch Private bestimmte Aneignungsweise, die dem Charakter der Gesellschaftlichkeit der Produktion nicht mehr entsprechen. Es müssen folglich Eigentumsformen geschaffen werden, die diesen Widerspruch zumindest bedingt aufheben können. Im Monopol werden die entsprechenden Eigentumsformen gefunden, ohne jedoch die kapitalistische Produktionsweise und das Kapitalverhältnis selbst aufzuheben. Auf einer bestimmten Entwicklungsstufe erfordert der „steigende Zwang (der Produktivkräfte, H. J. A.) zur Anerkennung ihrer gesellschaftlichen Natur“¹² an Stelle privatkapitalistischer Vergesellschaftungsformen die Einbeziehung des Staates zur Anpassung der Eigentumsformen an die zunehmende Vergesellschaftung des Produktivkraftsystems. Der Staat greift allerdings nicht direkt planend und organisierend ein, sondern operiert mit Mitteln, die als kapitalistische bereits die dominierende Rolle der Monopole widerspiegeln. Mit der Herausbildung von Monopolen kommt es zu einer inneren Differenzierung der Struktur des Gesamtkapitals. Einem Teil des Kapitals gelingt es, die sich aus der Verschlechterung der Verwertungsbedingungen ergebenden Probleme auf andere Kapitale abzuwälzen. Diese Differenzierung der Verwertungsbedingungen wird systematisch verfestigt.¹³

Wenn der Staat nun die Aneignungsverhältnisse gegenüber Übergriffen schützt, ist dieser Eigentumsgarantie bereits der monopolistische Differenzierungsprozeß des Gesamtkapitals vorausgesetzt. Mit dem Schutz des Kapitaleigentums wird die Sicherung monopolistischer Positionen gewährt. Im gegenwärtigen staatsmonopolistischen Kapitalismus paßt der Staat im gesamtgesellschaftlichen Maßstab die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte an. Die aus der Bewegung des privaten Kapitals herausfallenden Bereiche übernimmt er in eigener Regie, um sie im gesellschaftlichen Maßstab zu entwickeln. Mithin treibt auch der Staat den gesellschaftlichen Charakter der Produktion voran, ohne allerdings entsprechende Eigentumsverhältnisse hervorzubringen, sondern eben bloß relative Anpassungsformen. Der Staat wirkt als vergesellschaftendes Organ des Gesamtkapitals im Rahmen der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse. Wenn auch ökonomische Staatseingriffe nichts dem gegenwärtigen Kapitalismus Eigentümliches sind, so ist doch ihr Anwachsen als qualitativ neue Entwicklung zu sehen. Das Wachstum ökonomischer Staatseingriffe wird zur unmittelbaren Voraussetzung für den Akkumulations- und vor allem auch Reproduktionsprozeß.

11 K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Frankfurt/M.-Wien o.J., S. 313f. (Hervorh. d.V.).

12 F. Engels, Anti-Dühring, MEW Bd. 20, S. 258.

13 Vgl. u.a. zur Diskussion der Monopolproblematik: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (Hrsg.), Das Monopol - ökonomischer Kern des heutigen Kapitalismus, Frankfurt/M. 1976.

In der zunehmenden Gesellschaftlichkeit des Produktionsprozesses, in der historischen Bewegung der Kapitalverwertung liegt jedoch nicht nur die Ursache für die verstärkten ökonomischen Aktivitäten des Staates, sondern ebenso für die Internationalisierung und Herausbildung regionaler Integrationsformen. Die Mittel, mit denen der Kapitalismus die ihm gesetzten Schranken zu durchbrechen versucht, nämlich die Entwicklung der Produktivkräfte, führen zur steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals und damit zu einer Verschlechterung seiner Verwertungsbedingungen. Der permanent auftretende relative Kapitalüberschuß treibt zur Herausbildung internationaler Konzerne, fördert die Vergesellschaftung der Produktion im internationalen Rahmen. Kapital wird produktiv im Ausland angelegt — nicht weil es zuhause gar keine Verwertungschance mehr hätte, sondern weil es nach optimaler Verwertung strebt. Während die Produktivkräfte nach internationaler Vergesellschaftung der Produktion drängen, sind die *Eigentums- und Herrschaftsstrukturen jedoch national organisiert*. Es ist die Zuspitzung des Konfliktes zwischen Produktion und Verwertung im entwickelten Kapitalismus, die die Internationalisierung der Produktion vorantreibt und zugleich den Staat zwingt, zunehmend in den Reproduktionsprozeß einzugreifen und die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu verbessern. Der Kern zur Bestimmung des *gegenwärtigen* Verhältnisses von Nationalstaatlichkeit und Internationalisierung des Kapitals liegt also in der gleichzeitigen Forcierung der *Internationalisierung der Ökonomie* und der Verstärkung *ökonomischer Eingriffe seitens nationaler Staatsapparate*. Wird also hinsichtlich des genetischen Aspekts die Identität der Ursachen von Internationalisierung und nationalem Staatseingriff betont, so ist andererseits hinsichtlich der Auswirkungen zu berücksichtigen, daß sich die Internationalisierung der Ökonomie und die Nationalstaatlichkeit politischer Interventionen gegensätzlich zueinander verhalten, daß die Internationalisierungstendenzen durch die permanenten Staatseingriffe „gebrochen“ werden.

3. Kritik und Antikritik

Die hier entwickelte Konzeption zur Bestimmung des Verhältnisses von Nationalstaatlichkeit und ökonomischer Internationalisierung und Integration ist dahingehend kritisiert worden, daß das Verhältnis von Ökonomie und Politik, Basis und Überbau als Verhältnis der beiden „Seiten“ eines Widerspruchs entwickelt werde, was jedoch theoretisch in die Irre führen müsse.¹⁴ A. Statz, der im Übereifer der Kritik nicht selten Aussagen des Verfassers verfälschend und verkürzt wiedergibt, meint, es werde der gleiche Fehler wie bei den Anhängern der funktionalistischen Integrationstheorie und -methode wiederholt.¹⁵ Der kapitalistische Markt werde nämlich als Triebkraft oder

14 Vgl. zu dieser Kritik verschiedene Arbeiten von A. Statz, Grundlemente..., a.a.O. Ders., Die Direktwahl zum Europäischen Parlament — Bürgerliches Ablenkungsmanöver oder Eröffnung eines neuen Feldes des Internationalismus? In: Das Argument, H. 115, West-Berlin 1979, S. 428—439. Ders., Zum Stellenwert der Direktwahlen des Europäischen Parlaments im Integrationsprozeß — eine integrationstheoretische Skizze. Beitrag zur Arbeitsgruppe „Europäisierung politischer Parteien und ihre Folgen“ im Rahmen des wissenschaftlichen Kongresses der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft in Augsburg, 1.-4. Oktober 1979. Es kann im Rahmen dieser Arbeit nicht um eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Kritik von Statz gehen.

15 Zur unzutreffenden Wiedergabe der Thesen des Verfassers durch Statz vgl. H.-J. Axt, Eine „neue Qualität des Internationalismus“? In: Das Argument, H. 118, West-Berlin 1979, S. 871—875.

Schranke der westeuropäischen Integration genommen, ohne Raum für die politischen Formen der Vermittlung zwischen beiden zu lassen. Integration und Desintegration (im Rahmen der EG) würden bloß nebeneinander gestellt und objektivistisch mit dem Widerspruch zwischen Nationalstaatlichkeit und Internationalisierung sowie mit dem mit der Krisenhaftigkeit der Kapitalverwertung begründeten Zusammenwirken zentrifugaler und zentripetaler Tendenzen und Kräfte im Fortschreiten der Integration erklärt. Dies soll nicht nur die methodische Schranke der Arbeiten des Verfassers, sondern der gesamten Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus sein. „Aus dem Verweis auf die historische Entfaltung der Stufen der Kapitalentwicklung, in denen sich die ökonomischen wie die politischen Formen verändern, kann daher gerade nicht auf die immer wiederkehrende Reproduktion und zunehmende Verschärfung des Widerspruchs zwischen Internationalisierung und Nationalstaat geschlossen werden. Dieses Verständnis ist in letzter Konsequenz genauso mechanistisch wie die allgemeine Beschwörung von Krisenhaftigkeit und Konkurrenz als einer absoluten Schranke jeder Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise.“¹⁶ Es sei daher falsch, davon auszugehen, daß die ökonomische Integration nicht zur Vergemeinschaftung politischer Kompetenzen im EG-Rahmen führe.

Was die Kritik von *Statz* für weitere Diskussionen fruchtbar machen kann, ist seine Bestimmung, daß die Weltmarktbeziehung des Kapitals aufgrund der Struktur des Weltmarktes, die durch die Existenz der vielen Nationalstaaten und die Scheidung von äußerer und innerer Zirkulation gekennzeichnet ist, immer schon politisch durch den Staat vermittelt, daß die Bewegung des Kapitals auf dem Weltmarkt in den jeweiligen nationalen Akkumulations- und Verwertungsbedingungen begründet ist.¹⁷

Die kapitalistische Nation in ihrer Einheit von Ökonomie und Politik ist Ausgangspunkt und Träger der Bewegungsform des Verhältnisses von Ökonomie und Politik auf dem Weltmarkt. Zuzustimmen ist der Auffassung von *Statz*, daß Handlungszwänge nicht mit den politischen Handlungen selbst identifiziert werden dürfen, daß Handlungsspielräume und bewußte politische Strategien der Akteure nicht als sekundär abzutun sind, daß objektive Gegebenheiten in subjektive Handlungsstrategien erst übersetzt bzw. umgesetzt werden müssen. Hier setzt aber auch die *Kritik* ein: *Statz* ist dabei, die Analyse der politischen Aktivitäten der Handelnden von den Handlungszwängen, von den objektiven gesellschaftlichen Bedingungen abzukoppeln. Dies kommt u.a. darin zum Ausdruck, daß er die Chancen der Direktwahlen zum Europäischen Parlament vor allem darin sieht, daß die fortschrittlichen Kräfte im EG-Parlament die ideologische Hegemonie erringen und somit „vereinheitlichte, politische Strategien“ im Rahmen einer „neuen Qualität“ des Internationalismus zum Zwecke der Überwindung des Kapitalismus verfolgen könnten.¹⁸ Damit aber wird das Streben nach *ideologischer* Hegemonie verabsolutiert und von den politisch-ökonomischen Strukturen im Rahmen der EG abgelöst. Das die Perspektiven des Kampfes der Arbeiterbewegung bestimmende Moment — gleichsam der allgemeinste Handlungszwang — besteht jedoch darin, daß das Kapital als gesellschaftliches Verhältnis auch heute der nationalstaatlichen Form bedarf, daß die Eigentumsstrukturen und damit die Strukturen der Klassen und der Klassen-

16 A. Statz, *Grundelemente...*, a.a.O., S. 221f.

17 Ebd., S. 124.

18 Vgl. ders., *Die Direktwahl...*, a.a.O.

herrschaft national verankert sind. Wird dieser ganze Zusammenhang vernachlässigt, wird der ideologische Kampf per se zum politischen Kampf, reduziert sich letzterer auf ersteren und zeichnet sich die Bestimmung des Verhältnisses von nationalem und transnationalem Kampf der Arbeiterbewegung durch eine merkwürdig anmutende Unschärfe und Unbestimmtheit aus, die für die *unterschiedlichsten Auslegungen offenbleibt*, mithin opportunistischer Intention dienstbar scheint.

Ein zweites Argument ist zu berücksichtigen: Wenn *Statz* auf die Unterscheidung von konkreter Handlung und allgemeinen Handlungszwängen — zu Recht — besonderen Wert legt, dann müßte aus diesem Insistieren eine Konsequenz gezogen werden, die *Statz* selbst viel zu beiläufig zieht: Das Verhältnis von bürgerlicher Nationalstaatlichkeit und kapitalistischer Internationalisierung wäre nicht nur kategorial für das entwickelte Kapitalverhältnis zu entfalten sondern vor allem wäre die *Entwicklung der Handlungszwänge*, also die *Entwicklung des Kapitals* selbst in den Mittelpunkt der Analyse zu stellen. Der Zwang zur Herausbildung von Monopolen, zur Ausprägung staatsmonopolistischer Strukturen wird aber kaum systematisch entfaltet. Jener Gedanke, der in diesem Aufsatz eine zentrale Funktion hat, daß nämlich das Verhältnis zwischen dem Nationalstaat und der Internationalisierung und der Integration erst dann zureichend erfaßt und theoretisch für empirische Analysen aufbereitet werden kann, wenn die Entfaltung des Kapitalismus in Stufen seiner Widerspruchsentwicklung mit der Produktion jeweiliger relativer Lösungsformen zugrundegelegt wird, spielt bei *Statz* kaum eine Rolle.¹⁹ Der weitgehende Verzicht auf eine integrierende Einbeziehung der Monopolproblematik erscheint als grundlegende Schwäche der Arbeit von *Statz* — eine „Lücke“, die gleichermaßen als Voraussetzung wie Folge der oben erwähnten Unbestimmtheit in bezug auf die politische Strategiefindung zu begreifen ist.

Wenn hier dagegen an der zentralen Bedeutung der *Kapitalentwicklung* festgehalten wird, gilt es allerdings auch, den Eindruck zu vermeiden, nun könnten ökonomische, politische und gesellschaftliche Krisenerscheinungen nur noch durch den allgegenwärtigen Staatseingriff relativen Lösungsformen zugeführt werden. Es kommt darauf an, die objektiven, aus der Entwicklung der Produktivkräfte, der tendenziellen Verschlechterung von Verwertungsbedingungen resultierenden *Anforderungen* an staatliche Potenzen zu bestimmen, ohne daß damit schon der staatliche Eingriff, die Form politischen Handelns des Staats als einzige Alternative übrig bleibt. In welcher Weise den Anforderungen entsprochen wird, hängt nicht nur von dem Charakter der Anforderungen ab, sondern auch von dem konkreten Stand der Akkumulations- und Verwertungsbedingungen, dem Niveau der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und dem Kräfteverhältnis zwischen den Klassen.

Hilfreich für die weitere Diskussion dieses Zusammenhangs können Anregungen sein, die mit der Einführung des Begriffs von der „privatmonopolistischen Entwick-

¹⁹ Dies räumt auch *Statz* (*Grundelemente...*, a.a.O., S. 215) ein, wenn er schreibt, die Monopolisierung müsse bei der Untersuchung der westeuropäischen Integration und des in ihrem Rahmen gegebenen Verhältnisses von Politik und Ökonomie aus Gründen der eigenen Beschränkung sowie der der Forschung allgemein außerhalb der Betrachtung bleiben. Es ginge in diesem Kontext allerdings ja auch nicht darum, einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Monopoltheorie zu leisten, als vielmehr die durch die Monopolisierung bewirkten Modifikationen in der Produktion relativer Lösungsformen der kapitalimmanenten Widersprüche auf Genese und Funktion der Internationalisierung und regionalen Integration zu beziehen!

lungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus" für die Verhältnisse in der Bundesrepublik gegeben wurden.²⁰ Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante bedeutet dabei nicht, „daß die herrschende Klasse einen Abbau des staatsmonopolistischen Mechanismus in die Wege leiten könnte oder würde. Sie bedeutet aber mit der völligen Orientierung der staatlichen Wirtschaftspolitik auf die Förderung der Konzerne und, unter dem Diktum der Weltmarktkonkurrenz, auf die Stärkung ihrer ökonomisch-politischen Potenz den Verzicht auf die Entwicklung und ein Konzept, in dem der Ausbau der unmittelbaren Wirtschaftsaktivitäten des Staates aktuelle Priorität hat.“²¹ Dies kommt u.a. darin zum Ausdruck, daß die Bundesregierung vor dem Hintergrund der relativ starken ökonomischen Position des bundesdeutschen Kapitals für eine möglichst weitgehende Liberalisierung des Welthandels eintritt, daß keynesianische Lösungswege in der Bundesrepublik zugunsten von neoklassisch inspirierten stabilitätspolitischen Ordnungsvorstellungen zurückgedrängt werden, daß der Stabilitätspolitik Vorrang vor der Ausweitung staatlicher Programme zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit eingeräumt wurde. Die stabilitätspolitische Orientierung soll u.a. folgende positiven Effekte für das Kapital bewirken: die Inflation wird gebremst, die Außenwirtschaftsposition damit verbessert, die Erhöhung der Rohstoffpreise wird in Grenzen gehalten, die Arbeitsproduktivität erhöht sich, und das Wachstum der staatlichen Umverteilungsquote wird eingeschränkt. Außerdem bleibt die „Sozialpartnerschaft als ideologische und praktische Form der Klassenbeziehungen in der BRD (...) in der Krise trotz der Angriffe des Kapitals auf den Lohn- und Sozialstandard und trotz Massenarbeitslosigkeit im wesentlichen intakt.“²² Gerade an diesem Punkt könnte die Diskussion über den *gegenwärtig* zu konstatierenden Zusammenhang zwischen Nationalstaatlichkeit und Internationalisierungs- und Integrationsbewegungen vorangetrieben werden. Denn es stellt sich ja nicht nur die Frage, unter welchen Bedingungen in der Bundesrepublik die noch dominierenden *sozialpartnerschaftlichen Beziehungen* — als *eine wesentliche Voraussetzung und Reproduktionsbedingung der relativ einflußreichen internationalen Position* — erodieren können, sondern es käme auch darauf an, die spezifischen bundesdeutschen Verhältnisse in Beziehung zur Situation in anderen westeuropäischen Ländern zu setzen. Also die etwas idealtypische Vorstellung zu überprüfen, daß in westeuropäischen Ländern, die über eine starke, klassenkämpferische Arbeiterbewegung verfügen, die Tendenzen zur Ausweitung unmittelbar staatlicher Eingriffe stärker sind als in Ländern wie der Bundesrepublik, in der die Herausbildung der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante auch Ergebnis des spezifischen Kräfteverhältnisses von Kapital und Arbeit ist. Die analytische Durchdringung der EG und ihre Charakterisierung als eine Krisengemeinschaft könnte vertieft und präzisiert werden — zwar nicht dadurch, daß eine neue theoretische Variante zur Bestimmung des Verhältnisses von Nationalstaat und internationaler Vergesellschaftung der Produktion das Ergebnis wäre, wohl aber eine methodisch-theoretische Anleitung zur systematischen und strukturierenden Analyse der westeuropäischen Integration unter den gegenwärtigen Bedingungen. Eine

20 Vgl. H. Jung, Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD: Voraussetzungen, Inhalt, Perspektiven. In: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 1, Frankfurt/M. 1978, S. 9—57.

21 Ebd., S. 12f.

22 Ebd., S. 37f.

derartige Vertiefung der Untersuchung böte zumindest die Chance, weder bei einer „ökonomistischen“ noch bei einer „politizistischen“ Erklärung stehen zu bleiben, sondern die westeuropäische Integration als die herausragende Form, in der sich das Verhältnis von Nationalstaatlichkeit und Internationalisierung als eine widerspruchsvolle Einheit bzw. als relative Lösungsform verfestigt hat, als einen einheitlichen Zusammenhang von Ökonomie, Politik und Klassenkampf zu bestimmen und bezüglich seiner gegenwärtigen Entwicklung genauer zu erfassen. Auf diese Weise können auch gewisse Einseitigkeiten, wie sie der Analyse der EG-Krise durch *K. Busch* anhaften, vermieden werden. Nach *Busch* kann die Aufhebung der Nationalstaatlichkeit in Form einer Politischen Union „nur aus einer zunehmenden ökonomischen Verflechtung im EWG-Raum und einer Angleichung der ökonomischen Strukturen der einzelnen Mitglieds-länder hervordachsen.“²³ Weil sich aber die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen EG-Länder ungleichmäßig vollzieht, „sind die Versuche, den ökonomischen Integrationsprozeß über die Zollunion hinaus zu vertiefen, zum Scheitern verurteilt.“²⁴ Dies ist zwar eine durchaus zutreffende Analyse der Integration. Was *Busch* jedoch vernachlässigt, ist die Tatsache, daß im Prozeß der Integration immer schon *politisch* im nationalen Rahmen zusammengefaßte Ökonomien in Beziehung treten. Weil *Busch* diese staatliche Vermittlung ökonomischer Beziehungen im Rahmen der EG vernachlässigt, bleibt seine Analyse einseitig ökonomisch, erscheint die Tätigkeit und Existenz der Nationalstaaten im Prozeß der Integration eher äußerlich.

4. Die nationale Basis der weltweit operierenden Konzerne

Die ganze Widersprüchlichkeit des Verhältnisses zwischen (entwickelten) bürgerlichen Staaten und ökonomischen Internationalisierungstendenzen wird gegenwärtig an den Beziehungen zwischen Nationalstaaten und internationalen Konzernen einerseits und der regionalen Integration andererseits sichtbar. In beiden Fällen bestätigt sich, daß die relativen Lösungsformen der kapitalimmanenten Widersprüche, nämlich die ökonomische Internationalisierung vor allem in Form verstärkter Kapitalexporte und der Ausbau staatsmonopolistischer Interventions- und Regulierungssysteme, keineswegs diese Widersprüche auf Dauer aufheben können, daß sie zu neuen Widersprüchen führen und damit zur Ursache neuer Krisenentwicklungen werden. Einerseits bilden umfangreiche staatliche Förderungsmaßnahmen erst die Voraussetzungen einer effektiven Internationalisierung des Kapitals, andererseits stehen die Aktivitäten internationaler Konzerne aber auch im Konflikt mit den staatlichen Maßnahmen zur Regulierung der Gesamtwirtschaft, beeinträchtigen diese oder setzen sie gar außer Kraft. Es ist wichtig festzuhalten, daß internationale Konzerne zwar in globalen Dimensionen operieren und überall in der Welt Produktionsstätten aufbauen. Sie sind aber nicht völlig aus dem Bezug auf national verfaßte Staaten abgelöst. Vielmehr sind die Eigentumsstrukturen, sind die Besitzverhältnisse der international operierenden Unternehmen ganz überwiegend *nationalen* Charakters. Dies kommt dann auch darin zum Ausdruck, daß die Führungszentralen der multinationalen Konzerne im Heimatland angesiedelt und die gesamten Entscheidungsstrukturen innerhalb der Unternehmen auf diese Zentralen hin

23 *K. Busch*, Die Krise der Europäischen Gemeinschaft, Frankfurt/M. 1978, S. 33.

24 *Ebd.*, S. 197.

ausgerichtet sind.²⁵ Die weltumspannenden Aktivitäten multinationaler Konzerne, deren Umsätze nicht selten das Bruttosozialprodukt kleinerer und mittlerer entwickelter kapitalistischer Staaten übersteigen, beeinträchtigen die Funktionstüchtigkeit nationaler Staatsapparate und führen zur faktischen Aushöhlung der nationalen Souveränität. Die Fähigkeit der nationalen Staatsapparate, als ideelle Gesamtkapitalisten die Ökonomie im nationalen Maßstab zusammenzufassen und kompensatorisch den Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals entgegenzuwirken, wird eingeschränkt. Dabei sind jene Konflikte und Widersprüche zwischen multinationalen Konzernen und „Gastländern“ von denen zu unterscheiden, die zwischen den internationalen Unternehmen und ihren Heimatländern entstehen. Darüberhinaus tauchen Konflikte auch zwischen Gast- und Heimatländern in dem Maße auf, in dem internationale Konzerne zum Mittel der Außenpolitik der Ursprungsländer werden.

Ein erster zentraler Konfliktbereich ergibt sich daraus, daß ein zunehmend größer werdender Teil des internationalen Handels durch den Austausch zwischen Tochterunternehmen eines multinationalen Konzerns in verschiedenen Ländern beherrscht, also zum konzerninternen Handel wird. Export- und Importstrukturen werden wertmäßig dadurch verändert, daß multinationale Unternehmen zum Zwecke der Gewinnverlagerung oder auch der Verringerung von Steuerverpflichtungen Preisfestlegungen bei Ein- und Verkäufen im konzerninternen Handel relativ willkürlich behandeln („transfer-price-system“). Auf diese Weise können sich Verzerrungen bis hin zu Handelsbilanzdefiziten oder -überschüssen ergeben, die allein den Auswirkungen der manipulierten Lieferungen zwischen den verschiedenen Niederlassungen der multinationalen Konzerne entspringen. In dem Maße, wie Kapital ins Ausland exportiert wird, nehmen auch Zahlungsbilanzprobleme zu. Steigende Direktinvestitionen drängen zumeist den Warenexport zurück und ersetzen ihn teilweise. In den USA sah sich die Regierung aufgrund der anhaltenden Verschlechterung der Zahlungsbilanz seit 1965 gezwungen, Programme zu entwickeln und gesetzliche Vorschriften zu erlassen, mit denen der Warenexport gefördert und der Kapitalexport gebremst werden sollte. Zwar geschah dies nicht aus prinzipieller Ablehnung von Kapitalexporten — im Gegenteil. Nur kommt es für die nationalen Staatsapparate darauf an, daß die an sich schon beschränkten Möglichkeiten staatlicher Eingriffe zur Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung eines relativen volkswirtschaftlichen Gleichgewichts nicht noch weiter eingeschränkt werden. Die sich über die multinationalen Konzerne herstellende arbeitsteilige Struktur der Weltwirtschaft ist von den Nationalstaaten nur noch in geringerem Maße im Interesse einer langfristigen Sicherung der Kapitalverwertungsbedingungen zu beeinflussen. Die von den multinationalen Konzernen maßgeblich beeinflussten Handelsströme richten sich lediglich nach den Rentabilitätsgesichtspunkten dieser Unternehmen. Prioritäten nationaler Wirtschaftspolitik können unterlaufen, Maßnahmen der Währungspolitik behindert werden. Führt ein Land z.B. aus stabilitätspolitischen Gesichtspunkten Devisenbeschränkungen ein, können international operierende Konzerne diese viel leichter umgehen, da sie globalen Zugang zu Finanzierungsquellen haben. Die bei multinationalen Konzernen angesammelten Finanzmittel erreichen nicht selten einen solchen Umfang, daß ihr spekulativer Einsatz einzelne nationale Währungen unter Druck setzen

25 Es gibt nur einige wenige multinationale Konzerne, die im Besitz von Kapitalisten aus mehreren Staaten sind. Vgl. hierzu und zum folgenden H.-J. Axt, *Staat...*, a.a.O., S. 194ff.

kann.²⁶ Da sich multinationale Unternehmen vor allem in Wachstumsbranchen bzw. solchen Sektoren mit Spitzentechnologien ansiedeln, kann der ungehinderte Ausbau von Niederlassungen multinationaler Konzerne bedeuten, daß große Bereiche der Spitzenindustrien der nationalen Kontrolle entzogen werden. Schließlich können nationale Rechtssysteme dadurch beeinträchtigt werden, daß sich die Tochterunternehmen multinationaler Unternehmen gesetzlichen Regelungen des Heimat-, nicht aber des Gastlandes unterstellen bzw. mit Sanktionen drohen, falls dies verhindert werden soll. Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Einführung eines neuen Mitbestimmungsgesetzes Anfang der siebziger Jahre erklärte die US-Handelskammer, falls diese Bestimmungen auch auf US-Unternehmen angewandt würden, würden keine US-Investitionen mehr in der Bundesrepublik getätigt. Aus der Internationalisierung der kapitalistischen Produktion ergeben sich bezüglich der Nationalstaatlichkeit unterschiedliche, z.T. gegensätzliche Konsequenzen. Zum einen können international operierende Konzerne durch die weltweite Mobilität ihre Verwertungsbedingungen verbessern und aus der ungleichmäßigen Entwicklung einzelner Staaten Nutzen ziehen. Zum andern werden die Möglichkeiten nationaler Staatsapparate eingeschränkt, zum Zwecke der Verbesserung der Verwertungsbedingungen im Sinne eines ideellen Gesamtkapitalisten aktiv zu werden. Nationalstaatliche Interventionen wirken nur noch bedingt auf das Gesamtkapital ein, wenn Teile des Kapitals, die internationalen Konzerne, sich Restriktionen nationaler Wirtschaftspolitik entziehen können. Es verstärken sich zwar die wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen den einzelnen Nationalstaaten vor allem in Westeuropa, übertragen sich ökonomische Schwierigkeiten eines Landes auf andere und werden Handels- und Kapitalverflechtungen enger. Hieraus resultiert die Tendenz, bestimmte Staatsfunktionen aus dem nationalen Bezug zu lösen und zu internationalisieren. Diese Bewegungen stoßen jedoch stets auf Gegenkräfte, die aus dem Zwang zur staatlichen Absicherung von Verwertungsbedingungen des Kapitals resultieren. Diese kann angesichts der Aufrechterhaltung der Konkurrenz zwischen den nationalen Kapitalen nur von den nationalen Staatsapparaten gewährleistet werden. Es erscheint daher zu schematisch, von einer „zentripetalen Tendenz“, die auf politische Integration hinwirke, und von einer „zentrifugalen Tendenz“, die sich als Konflikt, Rivalität und Konkurrenz äußere, zur Kennzeichnung der Triebkräfte im Prozeß der Integration zu sprechen.²⁷ Es kommt darauf an, den notwendigen Zusammenhang beider Kräfte herauszuarbeiten, und sie nicht bloß als Verallgemeinerung erscheinender Bewegungen zu benennen.²⁸

Es kommt in der EG nicht zum tatsächlichen Ausbau umfassender supranationaler Strukturen und Organe mit entsprechenden Kompetenzen. Vielmehr führen die Tendenzen zur Internationalisierung von Staatsfunktionen letztendlich dazu, daß in der Gemeinschaft — gerade in letzter Zeit verstärkt — *zwischenstaatliche*, intergouvernementale Formen der Kooperation zwischen den einzelnen Mitgliedsländern ausgebaut werden. Die entscheidenden Kompetenzen verbleiben in der Hand nationaler Staatsapparate und Regierungen. Die Bemühungen zur Abstimmung der national betriebenen

26 Vgl. ebd., S. 214ff.

27 Vgl. Autorenkollektiv, Westeuropa in der heutigen Welt, Köln 1980, S. 180.

28 Vgl. hierzu in Übereinstimmung mit den diesbezüglichen Auffassungen des Verfassers: K.-H. Uhlig, EG — Gemeinschaft von Rivalen, Berlin 1980, S. 45, 90f.

Politik und zur internationalen politischen Arbeitsteilung werden jedoch intensiviert. Herausragende Beispiele dieser zwischenstaatlichen Kooperation in der EG sind die Außenpolitik und die Währungspolitik. In der Außenpolitik arbeiten die westeuropäischen Regierungen im Rahmen der „Europäischen Politischen Zusammenarbeit“ (EPZ) intensiv zur Abstimmung ihrer außenpolitischen Haltung zusammen, um das internationale Gewicht der EG-Länder gegenüber dritten Ländern und Regionen zu erhöhen. Die Verantwortung für die Festlegung außenpolitischer Strategien und Prioritäten verbleibt zwar letztlich bei den Regierungen der Mitgliedsländer. Doch wo sich die Regierungen auf einen Kompromiß einigen können, treten sie (relativ) geschlossen anderen Ländern gegenüber auf. Die EG-Länder gewinnen damit an internationalem Einfluß, ohne auf die nationale Souveränität in außenpolitischen Fragen zu verzichten. Exemplarisch läßt sich der Zusammenhang von Internationalisierungstendenzen und deren permanenten nationalen Restriktionen auch am „Europäischen Währungssystem“ (EWS) aufzeigen. Das System entstand aus der Notwendigkeit, die immer stärker auseinanderdriftenden Währungen der westeuropäischen Länder in ihrem gegenseitigen Verhältnis zueinander zu stabilisieren — eine Aufgabe, die von den nationalen Regierungen und Zentralbanken allein nicht mehr wahrgenommen werden kann. Die zu diesem Zweck gestarteten Bemühungen, eine Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) im Rahmen der EG zu verwirklichen, ließen sich nicht realisieren, weil dies vorausgesetzt hätte, daß sich einerseits die ökonomische Entwicklung der einzelnen EG-Länder weniger ungleichmäßig vollzogen hätte²⁹, und daß andererseits die nationalen Organe einen Teil ihrer Befugnisse an EG-Organe abgegeben hätten. Statt einer gleichmäßigeren ökonomischen Entwicklung der einzelnen Gemeinschaftsländer war aber eher das Gegenteil zu beobachten, und die Regierungen der Mitgliedsländer waren nicht bereit, ihre währungspolitischen Kompetenzen einer EG-Behörde zu übertragen. Dies lag u.a. daran, daß die einzelnen EG-Länder aufgrund der unterschiedlichen ökonomischen Entwicklung der Mitgliedsländer auch voneinander abweichende währungspolitische Konzeptionen verfolgten. Die Bundesregierung und vor allem die Bundesbank traten so z.B. durch eine besonders konsequente Vertretung restriktiver stabilitätspolitischer Ordnungsvorstellungen hervor, die von anderen EG-Ländern nicht, bzw. nicht in diesem Maße geteilt wurden. Das EWS als eine Form der währungspolitischen Kooperation zwischen westeuropäischen Staaten unter Einschluß von Staaten, die nicht Mitglied der EG sind, und unter Ausschluß von Gemeinschaftsstaaten (Großbritannien) kann also als spezifische Form der derzeit möglichen währungspolitischen Kooperation der EG-Staaten gelten. Das EWS stellt den Ersatz für die nicht realisierbare WWU dar, verzichtet auf die Übertragung nationaler Kompetenzen an EG-Organe, was bei einer WWU zwingend gewesen wäre, und begnügt sich mit der zwischenstaatlichen Kooperation zwischen jenen Mitgliedsstaaten der EG, deren ökonomische Lage sie dazu in die Lage versetzt. Mithin erscheint es angebracht, nicht die EG als solche schon als *relative Lösungsform* der Widersprüche zwischen Internationalisierungstendenzen und der Reproduktion der Nationalstaatlichkeit zu begreifen³⁰. Vielmehr ist in der knapp geschilderten *spezifischen* Form der Integration, die auf der Basis einer dichten ökonomischen Verflechtung zwischen den EG-Ländern zwar Tendenzen zur Schaffung übernationaler

29 Vgl. ausführlich K. Busch, Die Krise..., a.a.O.

30 So A. Statz, Grundelemente..., a.a.O.

Strukturen hervorbringt, diese jedoch aufgrund nationaler Restriktionen in zwischenstaatliche Kooperationsformen bei Erhaltung der nationalen Souveränität transformieren muß, die Form der relativen Lösung und Aufhebung der o.a. Widersprüche zu sehen.³¹

Aus der hier entwickelten Darstellung der widersprüchlichen Existenzbedingungen des Nationalstaates angesichts der an Bedeutung zunehmenden Internationalisierung des Kapitals folgt — um die eingangs erörterte Frage nach dem Verhältnis von nationalen und internationalen Formen des Kampfs der Arbeiterbewegung, nach den Chancen zur Transformation des Kapitalismus wieder aufzunehmen —, daß von einer *Priorität der nationalen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen*, von einem *Primat der nationalen Veränderungen der politischen Kräfteverhältnisse zur Überwindung des Kapitalismus* auszugehen ist. Maßgeblich dafür sind u.a. folgende Faktoren und Zusammenhänge: Auch die gegenwärtig rasch voranschreitende ökonomische Internationalisierung und die Herausbildung relativ stabiler regionaler Integrationsformen führt nicht dazu, daß die Nationalstaatlichkeit überwunden wird. Vielmehr verlieren auch unter den Bedingungen der Integration die nationalstaatlichen Eingriffe zur Verbesserung und Erhaltung von Verwertungsbedingungen keineswegs an Bedeutung. *Die ökonomische und politische Basis der Herrschaft des Kapitals, seine international operierenden Teile eingeschlossen, bleibt der Nationalstaat.* Er ist diejenige Ebene, wo es den herrschenden Kräften bislang gelingt, die antikapitalistischen Kräfte von der Erringung der Hegemonie fernzuhalten. Dies hervorzuheben bedeutet nun allerdings nicht, daß die nationalen Formen der Klassenauseinandersetzungen verabsolutiert, und daß die transnationalen Formen geringgeschätzt werden dürften.³² Zwar erscheint es überzogen, von einer „neuen Qualität des Internationalismus“ und davon auszugehen, daß anders als über die transnationale Parteienkooperation die „notwendige Strategie eines Bündnisses zwischen dem sozialdemokratisch-sozialistischen und dem kommunistischen Teil der Arbeiterbewegung“ nicht zu erreichen sei.³³ Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann aber eine Strategie der Arbeiterbewegung, die von der Priorität nationaler Forderungen und Auseinandersetzungen ausgeht, erfolversprechend nur dann noch verfolgt werden wenn sie in die *transnationale Kooperation* der Arbeiterbewegung eingebettet ist.

31 Vgl. hierzu H.-J. Axt/F. Deppe, Europaparlament..., a.a.O. Auch H.-J. Axt, Staat..., a.a.O.

32 Vgl. zu bestimmten Tendenzen in dieser Richtung in vorliegenden Arbeiten französischer Marxisten und bezüglich bestimmter Strategieelemente der Französischen Kommunistischen Partei: H.-J. Axt, „Vive la Nation“ — Eine taugliche Strategie gegen das „Europa der Konzerne“? In: Das Argument, Sonderband AS 36, West-Berlin 1979, S. 167—190.

33 So A. Statz, Die Direktwahl..., a.a.O., S. 436. Statz hebt sich durch die Betonung des „nationalen Weges zum Sozialismus“ (ebda.) zwar von den eingangs zitierten Autoren ab, jedoch bleiben seine Ausführungen auch hier für mannigfache Interpretationen offen.

Gramsci und der Austromarxismus Zur Renaissance zweier Politiktheorien der Zwischenkriegszeit

Christoph Butterwegge

Gramscis Hegemonietheorie – Grundlinien der Gramsci-Rezeption und ihre Bedeutung für die marxistische Staatsdiskussion – Gleichgewichtstheorie und Transformationsstrategie des Austromarxismus – Austromarxismus-Sackgasse oder „dritter Weg“ zum Sozialismus?

Seit geraumer Zeit ergießt sich über den marxistischen Gesellschaftskritik und Staatstheorie aufgeschlossenen Leser unseres Landes eine wahre Literaturflut, die Antonio Gramsci, Mitte der zwanziger Jahre Generalsekretär der italienischen Kommunisten, und den Austromarxismus, damals die Parteideologie der österreichischen Sozialdemokratie, besonders aber ihren Führer, Otto Bauer, zum Gegenstand hat. Man kann geradezu von einem Gramsci-Kult und einem „Bauer-Boom“ sprechen, die mit geistiger Traditionspflege und Aufarbeitung der Parteigeschichte schon nichts mehr zu tun haben, sondern nur noch mit der Parallelität kapitalistischer Weltwirtschaftskrisen, Erkenntnisdefiziten der (sozial)demokratischen und Arbeiterbewegung sowie politisch-strategischer Ratlosigkeit bei einem Teil der westdeutschen Linken, die ihn auf Lösungsmodelle der Vergangenheit zurückgreifen läßt, zu erklären sind. Warum der Erkenntnisgewinn, den er aus seiner Beschäftigung mit Gramsci und dem Austromarxismus (Bauer) zieht, gering bleibt, und welcher Herangehens- oder Zugriffsweise es bedarf, um sie für die Bewältigung einzelner Gegenwartsprobleme fruchtbar zu machen, soll im folgenden aufgezeigt werden.

Gramscis Hegemonietheorie

Antonio Gramsci übernahm Marxens Metapher von (sozialökonomischer) Basis und (politisch-ideologischem) Überbau, dessen Struktur er jedoch noch einmal in zwei Etagen unterteilte: „Politische Gesellschaft“ (Staat i.e.S., also Militär, Polizei, Bürokratie, Justiz usw.) und „bürgerliche/zivile Gesellschaft“ (Privatorganisationen, Verbände, Massenmedien), denen direkte Machtausübung (Gewaltakte) und Hegemonie (Konsensfindung, geistige Führung) als Methoden der Herrschaftssicherung einer Klasse entsprechen, bilden zusammen den „integralen Staat“. „Bisher lassen sich zwei große ‚Ebenen‘ als Überbau festlegen; diejenige, die man Ebene der ‚bürgerlichen Gesellschaft‘ nennen kann, umfaßt die Gesamtheit der Individuen, insofern sie umgangssprachlich ‚privat‘ genannt werden, die zweite Ebene ist die der ‚politischen Gesellschaft oder des Staates‘. Von diesen Ebenen entspricht die eine der Funktion der ‚Hegemonie‘, die die herrschende Gruppe in der gesamten Gesellschaft ausübt, die andere der Funktion der ‚direkten Herrschaft‘ oder der Befehlsgewalt, die ihren Ausdruck im Staat und in der

„gesetzlichen‘ Regierung findet.“¹ Weiter ging Gramsci davon aus, daß die relative Stabilität der westlichen Demokratien (im Unterschied zum zaristischen Gewaltstaat) weniger auf Unterdrückungsmaßnahmen des bürgerlichen Staatsapparates als auf ideologischen Integrationsmechanismen beruht, woraus für die revolutionäre Strategie der Arbeiterbewegung folgt, das Schwergewicht ihrer Tätigkeit in den Bereich der Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit zu verlagern, um Bündnispartner durch die Erringung der geistig-moralischen Führungsrolle im Leben des Landes an sich zu binden, bevor sie zur Eroberung der Staatsmacht schreiten kann. „Die Vormachtstellung einer sozialen Gruppe offenbart sich auf zweierlei Weise, als ‚Herrschaft‘ und als ‚geistige und moralische Führung‘. Eine soziale Gruppe ist herrschend gegenüber den gegnerischen Gruppen, die sie zu ‚liquidieren‘ oder selbst mit Waffengewalt zu unterwerfen sucht. Sie ist führend gegenüber den ihr verwandten und verbündeten Gruppen. Eine soziale Gruppe kann schon vor der Eroberung der Regierungsmacht führend auftreten, ja sie muß es sogar (dies gehört zu den Grundvoraussetzungen für die Eroberung der Macht). Später, wenn sie die Macht ausübt und auch, wenn sie sie fest in der Hand hat, wird sie zur herrschenden Gruppe, muß aber auch weiterhin ‚führend‘ bleiben.“²

Wer diesen Passus aus den „Gefängnisheften“, im faschistischen Kerker entstandenen Fragmenten, liest und seine Aussagen daraufhin prüft, ob sie die zeitgenössischen Anforderungen des Klassenkampfes erfüllen, wird Gramsci kaum vorwerfen können, die Staats- und Machtfrage zu tabuisieren, das Kardinalproblem revolutionärer Gesellschaftsveränderungen im Übergang zum Sozialismus zu bagatellisieren oder die Grundkenntnisse des Marxismus-Leninismus zu ignorieren. Vielmehr hatte Gramsci bei allen Überlegungen zur Gewinnung der Hegemonie des Proletariats ihre Verkoppelung mit der Staatsmacht dieser Klasse im Hinterkopf. Dagegen versuchen seine Epigonen bisweilen, einen Gegensatz zwischen Gramscis und Lenins Revolutionstheorie zu konstruieren und den Mitbegründer der KPI womöglich als Kronzeugen antisowjetischer Propagandakampagnen zu reklamieren³. Tatsächlich setzte Gramsci das Werk Lenins fort, übertrug seine Einsichten auf die Bedingungen einer kapitalistischen Industriegesellschaft Westeuropas und entwickelte sie unter Auswertung neuer Erfahrungsmomente weiter. Diese Feststellung gilt auch und gerade für die Hegemonielehre, deren Wurzeln bis zu Marx und Engels zurückreichen. Die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus verwendeten den Terminus „Hegemonie“ zur Charakterisierung der Vormachtstellung Preußens im Deutschen Bund. Der Grundgedanke der Hegemonietheorie finden sich bereits in der „Deutschen Ideologie“, wo Marx und Engels hervorheben, daß die Klassenherrschaft auf der geistigen Verallgemeinerung des ihr zugrunde liegenden Partikularinteresses basiert: „Jede neue Klasse nämlich, die sich an die Stelle einer vor ihr herrschenden setzt, ist genötigt, schon um ihren Zweck durchzuführen, ihr Interesse als das gemeinschaftliche Interesse aller Mitglieder der Gesellschaft darzustellen, d.h. ideell ausgedrückt: ihren Gedanken die Form der Allgemeinheit zu geben, sie als die einzig vernünftigen, allgemein gültigen darzustellen.“⁴ Und was meint der Hegemonie-

1 Antonio Gramsci, Zu Politik, Geschichte und Kultur, Ausgewählte Schriften, Frankfurt am Main 1980, S. 228

2 Ebd., S. 227

3 Vgl. z.B. Gerhard Roth, Gramscis Philosophie der Praxis, Eine neue Deutung des Marxismus, Düsseldorf 1972

4 Karl Marx/Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie, in: Werke (MEW), Bd. 3, S. 47

begriff anderes als die Herbeiführung einer „Umwälzung in den Köpfen der Arbeitermassen“ mit dem Ziel, „die besitzenden Klassen vom Ruder zu verdrängen“, wie sie Engels 1891 forderte⁵

Der eigentliche Begründer der Hegemonietheorie war *Lenin*, dessen Hauptinteresse sich auf die Bündnispolitik der Arbeiterklasse, Möglichkeiten und Grenzen ihrer Kooperation mit benachbarten, nichtmonopolistischen Gesellschaftsschichten richtete. Dabei spielte die Fähigkeit des Proletariats, seine Koalitionspartner geistig zu beeinflussen und zu führen, von Anfang an eine wichtige Rolle. Um diese Aufgabe zu formulieren, griff *Lenin* auf den Hegemoniebegriff, eine Schlüsselkategorie der russischen Revolutionsliteratur und des Diskussionsprozesses der seit 1903 in Bolschewiki und Menschewiki gespaltenen Sozialdemokratie⁶, zurück. „Als die einzige konsequent revolutionäre Klasse der modernen Gesellschaft muß das Proletariat der Führer sein, der Hegemon im Kampf des ganzen Volkes für die vollständige demokratische Umwälzung, im Kampf aller Werktätigen und Ausgebeuteten gegen die Unterdrücker und Ausbeuter. Das Proletariat ist nur insofern revolutionär, als es sich dieser Idee der Hegemonie bewußt ist und sie in die Tat umsetzt.“⁷ Ursprünglich auf die Führungsrolle des Proletariats in der bürgerlich-demokratischen Revolution gemünzt, avancierte der Hegemoniebegriff durch Ausdehnung seines Geltungsbereichs zum Abgrenzungskriterium des Marxismus gegenüber dem Reformismus. Besser als vergleichbare Wortschöpfungen bringt er die Bedeutung des subjektiven Faktors zum Ausdruck und war von daher geeignet, *Lenins* Kampf gegen den ökonomistischen Determinismus der II. Internationale zu unterstützen. *Lenin* hielt an diesem Terminus auch nach der Oktoberrevolution 1917 fest und gab ihn nicht, wie *Perry Anderson* behauptet⁸, im Übergang zum Sozialismus auf. Die Phase, in der *Lenin* die Hegemonie des Proletariats für unabdingbar erachtete, umfaßt den Aufbau des Sozialismus und erstreckt sich bis zum Beginn der klassenlosen Gesellschaft. „Nur eine bestimmte Klasse, nämlich die städtischen Arbeiter und überhaupt die Fabrikarbeiter, die Industriearbeiter, ist imstande, die ganze Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten zu führen im Kampf für den Sturz der Macht des Kapitals, im Prozeß des Sturzes dieser Macht, im Kampf um die Sicherung und Festigung des Sieges, bei der Schaffung der neuen, der sozialistischen Gesellschaftsordnung, in dem ganzen Kampf für die völlige Aufhebung der Klassen.“⁹

In einem Nachruf für die „*Iswestia*“ anerkannte *Otto Bauer* *Lenins* welthistorische Leistung, wobei er die Bündnisstrategie der Bolschewiki als bleibendes Verdienst des toten Revolutionärs würdigte. „Die Hegemonie des Proletariats über die Bauernschaft, das allein ist der Weg zur Macht; so hat uns *Lenin* gelehrt. Wir glauben, daß diese Hegemonie in Mittel- und Westeuropa nur auf ganz anderem Wege und mit ganz anderen Mitteln erreicht werden kann als in Rußland; daß sie aber auch hier erreicht werden muß, ist uns die größte Lehre von *Wladimir Iljitschs* Siegen.“¹⁰ Nun hat *Lenin* freilich nie die Meinung vertreten, der revolutionäre Entwicklungsprozeß werde einförmig,

5 Siehe Engels an Max Oppenheim, 24. März 1891, in: MEW, Bd. 38, S. 64

6 Vgl. Perry Anderson, Antonio Gramsci, Eine kritische Würdigung, Westberlin 1979, S. 20 ff.

7 W.I. Lenin, Der Reformismus in der russischen Sozialdemokratie, in: Werke (LW), Bd. 17, S. 219

8 Vgl. Perry Anderson, Antonio Gramsci, a.a.o., S. 24

9 W.I. Lenin, Die große Initiative, in: LW, Bd. 29, S. 409

10 Otto Bauer, zit. nach: Herbert Steiner, Am Beispiel Otto Bauers — die Oktoberrevolution und der Austromarxismus in: Weg und Ziel, Juli 1967 (Sonderheft), S. 3 f.

überall gleich und nach russischem Muster verlaufen. Er war sich vielmehr durchaus der Notwendigkeit bewußt, trotz oder gerade wegen des Greifens allgemeiner Gesetzmäßigkeiten im Übergang zum Sozialismus die nationalen Besonderheiten, politischen Institutionen und kulturellen Traditionen eines Landes zu berücksichtigen; wir verdanken ihm auch den wichtigen Hinweis, daß die Revolution im Westen einer längeren Anlaufzeit bedürfe, aber um so leichter siegen werde¹¹.

Hier knüpften Gramscis Überlegungen in bezug auf das Wesen des (parlamentarisch-demokratischen) Staates und seine konsensualen, hegemonialen Funktionen zur Sicherung der Bourgeoisie an. Er benutzte das Bild der Wende vom „Bewegungskrieg“ zum „Stellungskrieg“, um Lenins Sichtweise der Unterschiede zwischen einer sozialistischen Umwälzung in Staaten mit mehr und weniger entwickeltem Kapitalverhältnis zu illustrieren. Als Ausgangspunkt dieses Vergleichs diente die Große Sozialistische Oktoberrevolution. „Im Osten war der Staat alles, die bürgerliche Gesellschaft steckte in ihren Anfängen, und ihre Konturen waren fließend. Im Westen herrschte zwischen Staat und bürgerlicher Gesellschaft ein ausgewogenes Verhältnis, und erzitterte der Staat, so entdeckte man sofort die kräftige Struktur der bürgerlichen Gesellschaft. Der Staat war lediglich ein vorgeschobener Schützengraben, hinter dem eine robuste Kette von Befestigungswerken und Kasematten lag, natürlich mehr oder weniger von Staat zu Staat, aber gerade dies erforderte eine eingehende Erkundung im Landesmaßstab.“¹² Obwohl der Austromarxismus dasselbe Begriffspaar verwendete – Robert Danneberg sprach vom „Bewegungskrieg in der Politik“¹³, Oskar Pollak von einer „Zeit stabiler politischer Verhältnisse und im Stellungskrieg erstarrter Klassenfronten“¹⁴ –, darf Gramscis Option für eine Art Belagerungstaktik des Proletariats im Klassenkampf weder mit Karl Kautskys „Ermattungsstrategie“ (im Gegensatz zur „Niederwerfungsstrategie“) noch mit dem Theorem der „Pause“ zwischen zwei Revolutionsperioden verwechselt oder gleichgesetzt werden.

Grundlinien der Gramsci-Rezeption und ihre Bedeutung für die marxistische Staatsdiskussion

Ohne Gramscis Verdienst um die Entwicklung einer materialistischen Politiktheorie schmälern oder seine Originalität als „Philosoph der Praxis“ bestreiten zu wollen, muß ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß Lenin die Grundgedanken der Hegemonielehre vorweggenommen hat. Gramsci vertiefte, bereicherte und verfeinerte die Hegemonietheorie im Geiste Lenins. Er gab ihr mit seinem Konzept des „integralen Staates“, der Gewalt- und Ideologieapparate umfaßt, ein tragfähiges Fundament. Gramsci trat der vulgärmarxistischen Reduktion des Staates auf Repression entgegen und betonte die Rolle ideologischer Vermittlungsglieder bei der Herrschaftssicherung. Wahrscheinlich bestand Gramscis hervorstechendste Leistung darin, im Zusammenhang seiner als „Philosophie der Praxis“ apostrophierten Politiktheorie durch die – eng mit

11 Vgl. W.I. Lenin, Politischer Bericht des Zentralkomitees, Außerordentlicher Siebenter Parteitag der KPR (B), 6.–8. März 1918, in: LW, Bd. 27, S. 85

12 Antonio Gramsci, Zu Politik, Geschichte und Kultur, a.a.O., S. 273

13 Siehe Robert Danneberg, Für und wider die Koalition, in: Der Kampf 5/1928, S. 195

14 Siehe Oskar Pollak, Österreichs Anpassung an die „Pause“, in: Der Kampf 3/1930, S. 1

der Kategorie „Hegemonie“ verknüpfte – „Erweiterung“ des Staatsbegriffs über den Rahmen der militärischen, polizeilichen und bürokratischen Gewaltapparate hinaus eine Grundlage für die Erforschung der Legitimationsbasis des bürgerlich-demokratischen Klassenstaates geschaffen zu haben. Zu diesem Zweck unterteilte Gramsci den Überbau *methodisch* in „politische“ und „bürgerliche/zivile Gesellschaft“, die er *organisch* mit der sozialökonomischen Basis verklammert sah, was sein Begriff „historischer Block“ zum Ausdruck bringt. „Basis und Überbauten bilden einen ‚historischen Block‘, d.h. das komplexe, widersprüchliche und ungleiche Ganze der Überbauten ist der Reflex der gesamten gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse.“¹⁵ Der bürgerliche Staat ist tief in die Basisstruktur des Gegenwartskapitalismus eingedrungen, zum widersprüchlichen Teilmoment seiner Wirtschaftstätigkeit geworden, so daß es gerechtfertigt erscheint, von einem „staatsmonopolistischen Block“ zu sprechen, der ihre Versäulung auf den Begriff bringt, ohne zu übersehen, daß wir zwei wesensverschiedene Elemente der gesellschaftlichen Totalität vor uns haben. Ein Terminus, der die Blockbildung zwischen Staatsbürokratie und Finanzoligarchie berücksichtigt, ist besser als konkurrierende Kategorien in der Lage, die Verhärtung der Klassenfronten unter imperialistischen Bedingungen zu akzentuieren. Jedenfalls wäre Gramscis Staatsbegriff auf seine Tragfähigkeit für die Erforschung der Verflechtungstendenzen zwischen Staatsadministration und privatwirtschaftlicher Organisation (z.B. der Monopolverbände) zu testen.

Nach Gramsci rührt die (relative) Stabilität der westlichen Demokratien daher, daß sie von den Massen freiwillig akzeptiert werden, weil ihre Herrschaftsorganisation nicht vom Militär, sondern vom moralischen Gewicht der Kapitalistenklasse, die keineswegs nur ökonomisch, sondern auch auf ideologischem und intellektuellem Gebiet dominiert, garantiert wird. Gramsci hob hervor, daß die Bourgeoisie im modernen Repräsentativsystem nicht *allein* mittels der Gewalt herrscht, sondern ihre Vormachtstellung durch kulturelle Überlegenheit gegenüber den untergeordneten Klassen und Schichten sichert, daß ihre Suprematie *im wesentlichen* hegemonialer Art ist, weniger auf Zwang als auf einem allgemeinen, gesamtgesellschaftlichen Konsens beruht, was weitreichende Konsequenzen für Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung hat. „Gramscis Originalität gegenüber anderen Marxisten liegt in seiner These, daß die wirkliche Stärke jedes historischen Herrschaftsblocks und überhaupt jeder Gesellschaftsordnung nicht nur auf der von der herrschenden Klasse ausgeübten Gewalt, sondern auch der Übereinstimmung der Regierten mit der Weltanschauung der herrschenden Klasse beruht.“¹⁶

Die grundlegende Veränderung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat erfordert, daß Zwang und Konsens als komplementäre Stützen der Bourgeoisie herrschaft begriffen und daß dieser machtpolitisch *und* kulturell gewachsene Klassenbündnisse geschmiedet werden. Bevor das Proletariat gemeinsam mit seinen Bündnispartnern die Staatsmacht ergreift, muß es geistig gereift (Heranbildung „organischer Intellektueller“) und fähig zur moralischen Reform sein. Die „Staatwerdung“ einer subalternen Klasse vollzieht sich durch den Aufstieg von der „ökonomisch-korporativen“ zur „ethisch-politischen“

15 Antonio Gramsci, Philosophie der Praxis, Eine Auswahl, herausgegeben und übersetzt von Christian Riechers mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth, Frankfurt am Main 1967, S. 163

16 Giuseppe Fiori, Das Leben des Antonio Gramsci, Biographie, Westberlin 1979, S. 218 f.

Entwicklungsstufe, mittels der Übersetzung ihrer Partialinteressen in eine die Gesamtheit bindende, ideologisch verbrämte Form. „Die Gründung einer herrschenden Klasse (das heißt eines Staates) kommt der Schöpfung einer Weltanschauung gleich.“¹⁷ Natürlich ist es nützlich und notwendig, schon vor der Machtergreifung des Proletariats um Einfluß auf die ideologischen Apparate der bürgerlichen Gesellschaft zu kämpfen. Ultima ratio des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems aber ist nicht die Ideologie, sondern die (ökonomische, politische und militärische) Gewalt. Was nützt der unterdrückten Klasse die geistig-moralische Überlegenheit, wenn sie keine Machtmittel besitzt oder einsetzt, um ihren Führungsanspruch durchzudrücken, was die Fähigkeit, bessere Fernsehprogramme zu machen, wenn vor den Rundfunkanstalten Panzer stehen? In den USA werden die Arbeiter eben nicht nur durch das (kommerzielle) Fernsehen und Hollywood-Filme eingekullt, sondern (bei Streiks) auch mit der Flinte in Schach gehalten. Hollywood-Produktionen beherrschen weite Teile der Kinowelt, weil der US-Imperialismus auf dem Weltmarkt führt und seine Nuklearstreitmacht ihn zur Hegemonie über die westliche Hemisphäre befähigt, nicht umgekehrt. Gramsci ließ keine Zweifel aufkommen, daß wirkungsvoll führen nur kann, wer die Macht dazu hat; seine Bewunderer unterschlagen diese Erkenntnis, auf der die Hegemonielehre aufbaut, bisweilen.¹⁸ Wer Gramscis Hegemonietheorie auf eine Sozialpartnerschaftsideologie der Klassenkollaboration oder eine Strategie des friedlichen Hineinwachsens der kapitalistischen Gesellschaft in den Sozialismus verkürzt und die Rolle der revolutionären Gewalt verkennt, verfälscht sie. Letztlich wird der Klassenkampf sowohl im nationalen als auch im Weltmaßstab (Systemauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus) nicht auf ideologischem, sondern auf (macht)politischem oder militärischem Gebiet entschieden.

Gramscis Hegemonietheorie blieb — schon aufgrund ihres fragmentarischen Charakters — nicht frei von Fehler(quelle)n, die sich bei seinen Epigonen verdichteten und Anlaß zur Kritik boten. Bedenken wurden vor allem geltend gemacht, was die erschwerte Differenzierung zwischen „öffentlichen“ Institutionen und „privaten“ Organisationen betrifft. Die Überdehnung des Staatsbegriffs, wie sie sich in der Unterscheidung „ideologischer Staatsapparate“ (Schule, Familie, Massenmedien u.ä.) neben dem repressiven Staatsapparat durch die sog. Althusser-Schule manifestiert¹⁹, signalisiert eine Überschätzung des ideologischen Kampfes bei gleichzeitiger Unterbewertung der Organisationsform sozialer Einrichtungen und macht eine saubere Trennung zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus, für den die Verstaatlichung privat(rechtlich)er Herrschaftsstrukturen kennzeichnend ist (Staatskirche, Staatsrundfunk, Aufhebung der Gewerkschaftsautonomie usw.), praktisch unmöglich²⁰. Hier liegen die Nachteile der gramscianischen Begriffs-inflation und -diffusion, was Karl-Heinz Braun zu der Warnung veranlaßte: „Eine ‚Erweiterung‘ des Staatsbegriffs in der dargelegten Richtung ist (...) nicht erkenntnisfördernd, sondern desorientierend, weil: erstens die reale relative

17 Antonio Gramsci, Zu Politik, Geschichte und Kultur, -a.a.O., S. 221

18 Gleiches gilt für den Bedingungs-zusammenhang zwischen Ökonomie und Hegemonie.

19 Siehe Louis Althusser, Ideologie und ideologische Staatsapparate, Aufsätze zur marxistischen Theorie, Hamburg/Westberlin 1977, S. 108 ff.

20 Vgl. Karin Priester, Die Bedeutung von Gramscis „erweiterter“ Staatsbegriff, in: Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung (Hrsg.), Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik, Argument-Sonderband 44 (1979), S. 37

Selbständigkeit von gesellschaftlichen Institutionen wie Kirche, Familie usw. gegenüber dem Staat gelehnt, von realen Widersprüchen abstrahiert wird und die vielfältigen möglichen Ansatzpunkte zur Demokratisierung verkannt werden; zweitens wird dem ideologischen Klassenkampf die letztlich entscheidende, also eine unberechtigt große Rolle zugewiesen und damit die Einheit von ökonomischem, politischem und ideologischem Kampf ins Wanken gebracht; drittens liegt die Spezifik der Staatstätigkeit im staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht so sehr in der verstärkten ideologischen Tätigkeit, sondern darin, daß der Vergesellschaftungsgrad der Produktion den dauerhaften Eingriff in den ökonomischen Prozeß zur Sicherung der allgemeinen materiellen Produktions- und Verkehrsbedingungen erfordert."²¹

Wie nicht anders zu erwarten, wurde Gramscis Hegemonietheorie, insbesondere die aus ihr abgeleitete Strategie, bald nach der „Wiederentdeckung“ des vergessenen geglaubten Politikers und Parteiführers zum Schlachtfeld der miteinander konkurrierenden Ideologien. „Es ist ein offenes Geheimnis, daß in Gestalt der derzeitigen Gramsci-Debatte ein erbitterter Richtungsstreit innerhalb der westeuropäischen Linken um die strategische Orientierung der demokratischen Kräfte ausgetragen wird und in diesem Streit jeder mit Gramsci gegen jeden kämpft, was in der Summe den ‚Gramsci-Boom‘ ergibt und verständlich macht, daß es im Zuge dieser so ausgefochtenen aktuellen Richtungsauseinandersetzung auch zu den willkürlichsten, nach Belieben vom historischen Kontext der Zitatstellen absehenden Gramsci-Berufungen und -interpretationen kommt, so etwa – um nur ein Beispiel zu nennen – Gramscis gegen den Trade-Unionismus der II. Internationale, ihre aufs Wirtschaftliche eingeeengte Auslegung der Interessen der Arbeiterklasse (gegen das Eindringen also des bürgerlichen Interessenbegriffs in ihre Politik) gerichtete ‚Ökonomismus‘-Kritik heute gern so zitiert wird, als sei sie umgekehrt an die Marxisten der Kommunistischen Internationale adressiert gewesen.“²² Gemeint sind damit Vertreter idealistischer/politizistischer Konzeptionen, die unter dem Banner eines modischen „Antiökonomismus“ kämpfen, der staatlichen Sphäre eine weitgehende Unabhängigkeit gegenüber dem ökonomischen Kernbereich, den Klassen und ihren Konflikten zusprechen, die sie nicht besitzt, und als strategische Quintessenz solcher Analysen den bürgerlich-parlamentarisch-demokratischen Staat zum Schauplatz der sozialistischen Umwälzung erklären. „Das Problem von ‚Staat und Revolution‘ stellt sich angesichts der Bedeutung der ideologischen, konsensualen Praxen und Apparate nicht mehr als Aufgabe, die ‚Staatsmaschine‘ zu ‚zerbrechen‘ – die vielen Stützen und Verstrebenungen des Staates vom Sportverein bis zu den politischen Parteien kann man nicht ‚zerbrechen‘, sondern man kann sie nur als Felder der Herrschaftsstabilisierung in ideologischen Praxen auffassen, auf denen um die Verbündung der Massen mit ihren Unterdrückern oder ihren eigenen Zusammenschluß gekämpft wird.“²³ Die Berufung auf Gramscis Hegemonietheorie muß dazu herhalten, eine antileninistische, schrittweiser Reform verpflichtete Position der allmählichen Gesellschaftsveränderung in Richtung Sozialismus zu legitimieren.

21 Karl-Heinz Braun, Die politische Theorie Antonio Gramscis und die aktuelle Gramsci-Rezeption in der Bundesrepublik in: Marxistische Blätter 1/1979, S. 80

22 Reinhard Opitz, Über vermeidbare Irrtümer. Zum Themenschwerpunkt „Faschismus und Ideologie“, in: Das Argument 121 (1980), S. 360

23 Projekt Ideologie-Theorie, Theorien über Ideologie, Argument-Sonderband 40 (1979), S. 75

Die Diskussion verlief entlang der Problemlinie Dialektik von Kontinuität und Bruch, drehte sich um die Beziehung des Mitbegründers der IKP zu *Lenin* und zur Komintern, womit sie die Grundlinien der *Gramsci*-Rezeption freilegte: reformistische, linksrevisionistische und marxistische Interpretation. *Gramscis* Hegemonielehre ist weder, wie *Christian Riechers*, der sich um die Publizierung und Popularisierung seiner Schriften in der BRD verdient gemacht hat, zu zeigen versuchte, das Produkt bürgerlich-idealistischer Spekulation²⁴, noch eine „Alternative zum Leninismus“, wie *Claudio Signorile* annimmt²⁵, sondern sie stellt eine wichtige Weiterentwicklung und Anwendung der marxistisch-leninistischen Staatskonzeption auf die Verhältnisse eines kapitalistischen Industriestaates dar. Fraglos steht *Gramsci* in der Tradition des revolutionären Marxismus und war in einem sehr viel umfassenderen Sinne Leninist, als es sich seine „falschen Freunde“ träumen lassen. „Die immer wieder in *Gramsci*-Forschungen auftauchende Entgegensetzung zu *Lenin* basiert auf dem Verkennen einerseits des materialistischen Denken *Gramscis* und andererseits der philosophischen Bedeutung von *Lenins* Theorie des subjektiven Faktors.“²⁶ Die Bestrebungen, *Gramsci* aus dem geistigen Koordinatensystem des Marxismus-Leninismus herauszuberechnen, sind schon deshalb zum Scheitern verurteilt, weil er sich auf die Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus berief und seine Hegemonietheorie als Ergänzung, nicht als Ersatz früherer Staatskonzeptionen dieser Forschungsrichtung begriff²⁷.

Konkretisiert sei diese Aussage anhand des Vergleichs zwischen zwei Termini, die den Führungs- und Herrschaftsanspruch der Arbeiterklasse im Übergang zum Sozialismus untermauern: Man würde es sich zu einfach machen, wollte man *Hegemonie* und *Diktatur des Proletariats* als begrifflichen Gegensatz auffassen. *Gramscis* Hegemoniebegriff reicht allerdings weiter. „Hegemonie ist das entwickeltste Synonym für Herrschaft der Arbeiterklasse. Die Qualität dieses Konzepts besteht darin, daß es den Weg zu dieser Herrschaft konkreter und differenzierter benennt als der in erster Linie zielterminierte Begriff der Diktatur.“²⁸ Der Hegemoniebegriff schließt ideologische Führung ebenso wie die Klassenherrschaft in vorsozialistischen Gesellschaftsformationen mit ein. „Das Problem der Diktatur des Proletariats muß somit abgetrennt untersucht und diskutiert werden und nicht, wenn wir uns mit der allgemeinen Theorie der Hegemonie befassen, die auf alle Klassen zu beziehen ist, sondern wenn wir – im Rahmen dieser allgemeinen Theorie – uns mit den spezifischen Formen beschäftigen, derer sich die Arbeiterklasse bedient, um ihre Hegemonie zu erringen und auszuüben.“²⁹ Durch Ausarbeitung seiner Hegemonietheorie hebt *Gramsci* den Diktaturbegriff im dialektischen Sinne (des Aufbewahrens, Höherschraubens und Überwindens) auf. „*Gramsci*, der sich als überzeugter Leninist versteht, geht über diesen hinaus, indem er gerade im Unterschied zum alten zaristischen Staat in Rußland die ganze Komplexität der gesell-

24 Vgl. Christian Riechers, Antonio Gramsci, Marxismus in Italien, Frankfurt am Main 1970, S. 49

25 Siehe Claudio Signorile, Die Demokratie, die den Staat verändert, in: Sozialisten, Kommunisten und der Staat. Über Hegemonie, Pluralismus und sozialistische Demokratie, Hamburg/Westberlin 1977, S. 132

26 Sabine Kebir, Die Kulturkonzeption Antonio Gramscis, München 1980, S. 62

27 Vgl. Antonio Gramsci, Philosophie der Praxis, a.a.O., S. 258

28 Hans Heinz Holz/Hans Jörg Sandkühler, Gramsci-Debatte und Politik der demokratischen Wende, in: dies. (Hrsg.), Betr.: Gramsci, Philosophie und revolutionäre Politik in Italien, Köln 1980, S. 54

29 Valentino Gerratana, Staat, Partei, Institutionen, Politische Hegemonie der Arbeiterklasse in: Biago De Giovanni u.a., Gramsci-Debatte 1, Hegemonie, Staat und Partei, Hamburg 1978, S. 35 f.

schaftlichen Veränderung des Staates ‚im Westen‘ herausarbeitet, diese zum Ausgangspunkt des Ringens der Arbeiterbewegung um ihre Führungs- und Herrschaftsfähigkeit gegenüber der alten herrschenden Klasse macht (wobei er alte Leninsche Äußerungen zur Hegemonie während der Revolution von 1905 fortführt) und damit schließlich die schon von *Marx* und *Engels* angesprochene Thematik der verschiedenen, gewaltsamen und nicht-gewaltsamen Wege zum Sozialismus (heute aktuell etwa in den unterschiedlichen Strategien der Arbeiterbewegung im Westen und der anti-imperialistischen Befreiungsbewegungen) mit einer neuen materiellen Begründung versieht.³⁰ Betrachtet man den Diktaturbegriff als durch die faschistischen Terrorregime *Mussolinis*, *Hitlers* und *Pinochets* diskreditiert, bietet sich der Hegemoniebegriff als Alternative geradezu an. Dabei darf der machtpolitische und Gewaltaspekt des marxistischen Diktaturbegriffs jedoch nicht verlorengehen, muß vielmehr in die Begrifflichkeit, derer sich *Gramsci* bediente, mit einfließen.

Gleichgewichtstheorie und Transformationsstrategie des Austromarxismus

Wie bereits mehrfach angedeutet, sind die Parallelen zwischen *Gramscis* Hegemonie-theorie einerseits, Parteideologie und Bündnisstrategie der österreichischen Sozialdemokratie zwischen den beiden Weltkriegen, die als „Austromarxismus“ bekannt wurden, andererseits, nicht zu übersehen. Dennoch drängt sich der Eindruck auf, daß wir es hier bei einer rein formalen Ähnlichkeit mit tiefgreifenden, klassenpolitischen Unterschieden zu tun haben. *Gramscis* Hegemonielehre am nächsten kam eine frühe Formulierung *Karl Renners*, bezeichnenderweise Exponent des rechten Parteiflügels, die das Nationalitätenproblem der Donaumonarchie um die Jahrhundertwende vom Standpunkt der deutschsprachigen Minderheit aus behandelte: „Die Deutschen können nur herrschen, wenn sie führen; führen können sie heute nur im Zeichen der Demokratie.“³¹ Was *Gramsci* als „Katharsis“ bezeichnete, die Überwindung korporativer Interessenvertretung, spielte auch in den Überlegungen der Austromarxisten eine Rolle. Für *Friedrich Austerlitz*, den Chefredakteur ihres Zentralorgans „Arbeiter-Zeitung“, bemät sich „der moralische Gehalt einer Klasse“ unter anderem „daran, ob sie fähig ist, sich über den Egoismus ihrer Interessen zu erheben“³². Mag es bei *Gramsci* aufgrund idealistischer Begriffsreste scheinen, als kollidiere seine Hegemonielehre mit der Staatskonzeption von *Marx*, *Engels* und *Lenin*, ohne daß dieser Eindruck zutrifft, so verhält es sich beim Austromarxismus genau umgekehrt: Seine Repräsentanten kokettierten zwar ausnahmslos mit der marxistischen Terminologie und Geschichtsmethodologie, die pseudorevolutionäre Gesellschaftstheorie kaschierte und legitimierte aber eine systemkonforme Parteipraxis.

Während *Gramsci* im faschistischen Gefängnis darüber nachdachte, wie die Arbeiterklasse sich von den Fesseln der monopolkapitalistischen Gewaltherrschaft befreien

30 Detlev Albers, Nachwort: Pietro Ingrao als marxistischer Staatstheoretiker, in: Pietro Ingrao, Massenbewegung und politische Macht, Hamburg 1979, S. 198 f.

31 Rudolf Springer (Karl Renner), Staat und Parlament. Kritische Studie über die Österreichische Frage und das System der Interessenvertretung, Wien 1901, S. 31

32 Siehe Friedrich Austerlitz, Kampf gegen den Austromarxismus oder Haß gegen die Arbeiter?, in: Der Kampf 10/1928, S. 473

konnte, wobei er das Bündnis mit benachbarten, nichtmonopolistischen Schichten (Kleinbürger, Bauern) in den Vordergrund schob und die Aktionseinheit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten als Kernstück der Volksfrontstrategie gegen Kritik von links und rechts verteidigte, keine Kompromisse mit dem *Mussolini*-Regime, das ihn aufforderte, ein Gnadengesuch zu stellen und seine Schuld indirekt zuzugeben, einging und lieber unter schrecklichen Qualen starb, zögerte *Bauer*, an der Spitze einer sich als stärkste Kraft der westeuropäischen Arbeiterbewegung begreifenden Massenpartei stehend, auch nach der Machtübernahme *Hitlers* und des Austrofascismus noch immer, den Generalstreik auszurufen und die *Dollfuß*-Diktatur gewaltsam niederzuwerfen. Als ein Teil der österreichischen Arbeiterklasse, die mittlerweile demoralisiert und durch das ständige Zurückweichen geschwächt war, im Februar 1934 zu den Waffen griff, fehlte ihrem Widerstandskampf die entschlossene Führung, um der Armee, die ein Blutbad anrichtete, länger als wenige Tage gewachsen zu sein. *Bauer* nahm die Schuld für das Scheitern der Abwehrschlacht des Proletariats auf sich, gab dafür indes eine Begründung, die nicht befriedigen kann: „Daß wir Fehler begangen haben, unterliegt keinem Zweifel; nur wer nicht handelt, begeht keine Fehler.“³³ Ihre Passivität gehörte jedoch zu den größten Fehlern, die der Sozialdemokratie im antifaschistischen Kampf unterliefen und nicht zufällig erfolgten, sondern in der Staatskonzeption des Austromarxismus angelegt waren. „Eine von der Praxis getrennte Theorie des Austromarxismus gibt es nicht und kann es nicht geben. Austromarxismus ist Widerspruch zwischen Wort und Tat, zwischen Theorie und Praxis.“³⁴

Nichts verdeutlicht die Widersprüchlichkeit des Austromarxismus besser als *Bauers* Versuch, eine Art reformistischer Revolutionstheorie auf der Erfahrungsgrundlage seiner opportunistischen Praxis zu entwickeln. *Bauer* benutzte den Hegemoniebegriff zur Kennzeichnung seiner Bündniskonzeption im Kampf der Monopolbourgeoisie und des Proletariats um die Mittelschichten: „Die Großbourgeoisie kann ihre Herrschaft nur dann behaupten, wenn es ihr gelingt, die kleinbürgerlich-bäuerlichen Massen unter ihrer Hegemonie zu halten. Die Arbeiterklasse kann nur dann die Herrschaft der Großbourgeoisie stürzen, nur dann die Mehrheit im Volk und im Parlament erobern, nur dann die Herrschaft im Staat an sich reißen, wenn es ihr gelingt, einen Teil der kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Massen von den bürgerlichen Parteien loszureißen und sie für die Sozialdemokratie zu gewinnen.“³⁵ *Bauers* Auffassung von Hegemonie schließt das diktatorische Zwangselement, zumindest für die entwickelteren Klassenverhältnisse Mittel- und Westeuropas, wo Kleinbürger und Bauern im Gegensatz zum zaristischen Rußland durch die Schule der Demokratie politisch bewußte Staatsbürger wurden, aus.³⁶

War *Gramscis* Hegemonietheorie der breitangelegte Versuch, die Lehren aus der russischen Oktoberrevolution und dem Mißlingen aller Umsturzbestrebungen in Westeuropa zu ziehen, so verlor der Austromarxismus, den Blick starr auf die Besonderheiten der Revolution *im Westen* gerichtet, den welthistorischen und strategischen Gesamtzu-

33 Otto Bauer, *Der Aufstand der österreichischen Arbeiter, Seine Ursachen und seine Wirkungen*, in: Werkausgabe (BW), Bd. 3, S. 987

34 Bruno Frei, *Otto Bauer und der Eurokommunismus*, in: *Das Argument* 119 (1980), S. 90 f.

35 Otto Bauer, *Der Kampf um die Macht*, in: BW, Bd. 2, S. 952

36 Vgl. ebd., S. 957

sammenhang sowie die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Übergangs zum Sozialismus aus dem Auge. Für *Bauer* stellte sich die Staats- und Machtfrage in der Form „Stimmzettel oder Bürgerkrieg?“ (Zwischenüberschrift in *Bauers* „Der Kampf um die Macht“), womit er einer Scheinalternative aufsaß, denn aus der Geschichte wissen wir, daß die Konterrevolution der Arbeiterbewegung den Bürgerkrieg aufzwingt, ganz gleich, ob diese bei Wahlen siegreich war oder nicht. Der Austromarxismus verabsolutierte die ideologische Komponente im Ringen der Klassen, hypostasierte den „Kampf um die Köpfe“ und konzentrierte sich auf die Weiterentwicklung der geistigen Waffen, wohingegen er die ausschlaggebende Bedeutung der Kontrolle über den Staatsapparat, seines militärischen Machtpotentials und der revolutionären Gewalt unterschätzte.

In keinem Land Mittel- und Westeuropas war die Gelegenheit für eine sozialistische Umwälzung während des Ersten Weltkrieges oder unmittelbar danach ähnlich günstig wie in Österreich, das dem Zarenreich zur Zeit der russischen Oktoberrevolution seinen Klassenverhältnissen, Machtkonstellationen und Bewußtseinsstrukturen nach mehr glich als andere Staaten. Beim Zusammenbruch der Habsburgermonarchie (Oktober/November 1918) fiel dem Proletariat und seiner (noch nicht gespaltenen) Partei, der Sozialdemokratie, fast automatisch die Führungsrolle in der Revolution zu, ohne daß ihre Politik die Kapitalherrschaft erschüttert hätte. Trotz der Forderung ihrer Massenbasis, mit dem Klassenfeind „russisch zu reden“, entschied sich die SDAP nicht für den Bruch, sondern für ein Bündnis mit der Bourgeoisie und ihrem Staat, dessen Regierungskoalition sie beitrug, wahrte die parlamentarische Kontinuität und unternahm keinerlei Anstrengungen, um eine Räteregierung zu bilden. Die österreichische Novemberrevolution 1918/19, deren Gelingen das fehlende Kettenglied zwischen der russischen, ungarischen und bayerischen Räterepublik geschaffen und der Weltgeschichte wahrscheinlich einen ganz anderen Verlauf, eine entscheidende Wende zum Sozialismus gegeben hätte, lieferte einen schlagenden Beweis dafür, daß es nicht hinreicht, die Hegemonie zu erringen, wenn es an der Entschlossenheit fehlt, die Staatsmacht zu erobern. Später gestand *Bauer* das Versagen seiner auf ideologische Erfolge im Bündnisbereich gerichteten Strategie, die dem paramilitärischen und machtpolitischen Übergewicht der Reaktion zu wenig Aufmerksamkeit widmete, ein. Während der Bürgerblockregierungen ab 1920 sei, so stellte *Bauer* rückblickend fest, „der Einfluß, der Machtbereich der Sozialdemokratie innerhalb des österreichischen Volkes stetig und unaufhaltsam gewachsen. Aber in demselben Maße, in dem unsere geistige Macht innerhalb des deutschösterreichischen Volkes gewachsen ist, in demselben Maße haben sich die physischen Gewaltverhältnisse zugunsten unserer Gegner verschoben.“³⁷ Die Geschichte der Ersten Republik Österreich ist ein Musterbeispiel dafür, daß eine Hegemonietheorie, die vom Problem der politischen Macht und (konter)revolutionären Gewalt abstrahiert, keine wirksame Waffe der Arbeiterbewegung im Kampf gegen Reaktion und Faschismus darstellt.

Als die *Dollfuß*-Diktatur den Republikanischen Schutzbund im Februar 1934 mit Waffengewalt niedergeworfen hatte, erkannte *Bauer*, daß der Hegemoniebegriff umfassender sein muß, nicht nur die geistige Überlegenheit meinte, daß die ideologische Führungsfähigkeit einer Klasse vielmehr aus ihrem ökonomischen, politischen und militäri-

37 Otto Bauer, *Der Kampf um die Demokratie*, Rede auf dem sozialdemokratischen Parteitag, abgehalten vom 8. bis 10. Oktober 1929 in Wien, in: *BW*, Bd. 5, S. 526

schen Machtpotential erwächst: „Erst wenn das Proletariat wieder stark, wieder kampffähig sein wird, kann es zum Führer des ganzen werktätigen Volkes gegen die faschistische Tyrannei werden. Die Hegemonie kann nur der Starke erringen.“³⁸

Kennzeichnend für die Staats-, Revolutions- und Faschismustheorie des Austromarxismus sind drei Argumentationsmuster:

Erstens wird die bürgerlich-demokratische Staatsform als Widerspruch zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung aufgefaßt und ein Spannungszustand zwischen beiden angenommen, der dazu tendiert, daß sich ein Gleichgewicht der Klassenkräfte herausbildet, wobei dem Kapital die Herrschaft auf ökonomischem Gebiet, der Arbeiterklasse die Verfügungsgewalt über Staat und Politik vorbehalten bleibt. Zuerst vertrat *Julius Braunthal* nach *Mussolinis* „Marsch auf Rom“ (1922) eine Gleichgewichtstheorie, die den Faschismus als Mittel der Bourgeoisie zur Beseitigung einer Pattsituation im Klassenkampf begriff. „In den Ländern der Demokratie mit starker Arbeiterbewegung wurde ein für die tatsächliche ökonomische Herrschaftsstellung der Bourgeoisie lähmender, geradezu unerträglicher Gleichgewichtszustand der Klassenkräfte geschaffen. Die Bourgeoisie verfügt über alle ökonomische Gewalt, das Proletariat aber über die entscheidende materielle politische Gewalt. Die Demokratie wird als Herrschaftsform der Bourgeoisie unmöglich. Darum sucht sie sich gleichsam außerhalb des Staates, neben der Armee und der Gendarmerie, ein illegales Gewaltinstrument zu schaffen, über das sie ausschließlich verfügt, und das dazu bestimmt ist, die Demokratie zu zertrümmern und an ihre Stelle die Oligarchie zu setzen.“³⁹

Bauer benutzte ebenfalls das Bild vom sozialen Kräftegleichgewicht und übertrug es auf die Klassenverhältnisse Österreichs nach der Revolution 1918/19. „Die Republik war in dieser Phase kein Klassenstaat, das heißt kein Instrument der Herrschaft einer Klasse über die andere Klasse, sondern ein Ergebnis des Kompromisses zwischen den Klassen, ein Resultat des Gleichgewichts der Klassenkräfte.“⁴⁰ *Bauer* modifizierte die These einer ökonomischen und politischen Machtdisparität der Klassen und verglich den Faschismus mit dem Bonapartismus. Auch der Bolschewismus brachte für *Bauer* ein Kräftegleichgewicht im Klassenkampf zum Ausdruck. Infolgedessen seien nicht mehr alle Staaten, wie noch das „Kommunistische Manifest“ meinte, Prokuristen des Kapitals. „Aber dem Klassenstaat der Bourgeoisie ist nicht die Diktatur des Proletariats gefolgt, sondern ein Zustand des Gleichgewichts der Klassenkräfte, der sich politisch in sehr mannigfachen Staatsformen ausdrückt. Diese Erfahrung macht es wahrscheinlich, daß zwischen der Periode, in der der Staat eine Klassenorganisation der Bourgeoisie war und der Periode, in der er eine Klassenorganisation des Proletariats sein wird, eine Übergangsperiode liegen wird, in der die Kräfte der Klassen einander das Gleichgewicht halten.“⁴¹ *Bauers* Konzeption, wonach jede soziale Umgestaltung ein Tal des Klassengleichgewichts durchschreitet, in dem die Kämpfenden entweder einen Kompromiß schließen, oder sich der Staat verselbständigt und über sie erhebt, ist nur verständlich als Legitimation der Koalitionsbildung mit bürgerlichen Parteien nach dem Sturz der Habsburgermonarchie. *Marx* hingegen hatte, als er „Der achtzehnte Brumaire des Louis

38 Ders., Das Wesen der Volksfront, in: BW, Bd. 9, S. 729

39 Julius Braunthal, Der Putsch der Fascisten, in: Der Kampf 11/1922, S. 322

40 Otto Bauer, Die österreichische Revolution, in: BW, Bd. 2, S. 805

41 Ders., Das Gleichgewicht der Klassenkräfte, in: BW, Bd. 9, S. 67

Bonaparte" schrieb, das Frankreich nach der Revolution 1848/49 und dem Staatsstreich *Napoleons III.* im Dezember 1851 vor Augen und hütete sich vor dem Irrglauben, die Staatsgewalt hänge in der Luft.⁴² Der Schluß, den *Marx* aus dem Putsch zog, betraf eine Konstellation der Klassenkräfte, die, wiewohl sie sich — beispielsweise unter *Bismarck* — in anderen Ländern wiederholte, nicht zur Regel seiner Revolutionstheorie emporstilisiert werden darf.

Zweitens werden Demokratie und Diktatur (des Proletariats) als Gegensatz, als unterschiedliche Strategien der Arbeiterbewegung im Übergang zum Sozialismus begriffen. „Das Ziel unseres Kampfes ist die Eroberung der Staatsgewalt. Die Macht, die heute in den Händen der besitzenden Kreise ist, muß ihnen entrissen werden und in die Hände des Proletariats fallen. In diesem Kampf kann sich das Proletariat zweier Methoden bedienen: der Methode der revolutionären Diktatur oder der Methode der Demokratie.“⁴³ Mit diesem Methodendualismus, der sein gesamtes Werk durchzieht, und hinter dem sich der Antagonismus zwischen revolutionärem Marxismus und reformistischer Arbeiterpolitik verbirgt, antizipierte *Bauer* 1913 die Spaltung des Proletariats in zwei Parteien. *Bauers* Hin- und Herschwanen wies ihn als Vertreter des Zentrismus aus, der „mitten zwischen dem Reformismus und dem Bolschewismus“ zu stehen wähnte⁴⁴, im Konfliktfall jedoch umfiel und für die Rechtssozialdemokratische Partei ergriff. *Bauer* hielt zwar an der Unterscheidung zwischen bürgerlicher und sozialistischer/proletarischer Demokratie fest, führte sie allerdings dadurch ad absurdum, daß er noch einmal zwischen proletarischer und sozialistischer Demokratie (als Organisationsform der klassenlosen Gesellschaft) differenzierte, den Sozialismus als Klassenlosigkeit definierte und mit dem Kommunismus (bei *Marx*) identifizierte, mithin eine Polarität zwischen Demokratie und proletarischer Diktatur konstruierte. Diese Auffassung prägt auch das Linzer Parteiprogramm der SDAP, das im Jahre 1926 verabschiedet wurde und *Bauers* Handschrift trägt: „Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird die Staatsmacht in den Formen der Demokratie und unter allen Bürgschaften der Demokratie ausüben. (...) Wenn sich aber die Bourgeoisie gegen die gesellschaftliche Umwälzung, die die Aufgabe der Staatsmacht der Arbeiterklasse sein wird, durch planmäßige Unterbindung des Wirtschaftslebens, durch gewaltsame Auflehnung, durch Verschwörung mit ausländischen gegenrevolutionären Mächten widersetzen sollte, dann wäre die Arbeiterklasse gezwungen, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen.“⁴⁵

Für *Bauer* war Demokratie gleichbedeutend mit Gewaltlosigkeit und Diktatur ein Synonym für Terrorismus. Er hielt Demokratie und Diktatur des Proletariats für historisch aufeinanderfolgende Stufen der Staatsentwicklung, die zwar nicht starr voneinander zu trennen sind, aber auch keine dialektische Einheit bilden. Die Verkürzung seines Staatsverständnisses auf eine reine Formenlehre sowie die mangelhafte Vermittlung von Ökonomie und Politik, in der sich das Klassenwesen staatlichen Handelns überhaupt erst enthüllt, hinderten *Bauer* an der Entwirrung des im Begriffspaar Demokratie/Dik-

42 Vgl. Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW, Bd. 8, S. 198

43 Otto Bauer, Die Grundfrage unserer Taktik, in: BW, Bd. 8, S. 811

44 Siehe ders., Nach dem Parteitag, in: BW, Bd. 9, S. 168

45 Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs, beschlossen vom Parteitag zu Linz am 3. November 1926, in: Hans Jörg Sandkühler/Rafael de la Vega (Hrsg.), Austromarxismus, Texte zu „Ideologie und Klassenkampf“, Frankfurt am Main 1970, S. 92

tatur enthaltenen Problems. *Max Adler*, Repräsentant des linken Parteiflügels, widersprach der Gleichbehandlung von Demokratie und Diktatur des Proletariats als Staatsformen und vermied es, dem marxistischen Diktaturbegriff einen pejorativen Sinngehalt unterzuschieben, der diesem fremd war. Dennoch glich sein Ansatz in Kernfragen der Politiktheorie und Strategie dem *Bauers*. Gemeinsam war beiden die „Erweiterung“ des Demokratiebegriffs dahingehend, daß er das soziale Umfeld der politischen Institutionen einbegreift, und, damit zusammenhängend, die Überzeugung, daß der Staat nicht — wie von *Marx* und *Engels* prophezeit — „abstirbt“, sondern als „vollendete Demokratie“ im Kommunismus/Sozialismus fortlebt. Die bürgerliche Demokratie fungiert nicht als Herrschaftsmodus des Kapitals, sondern wird als Partizipationsmechanismus glorifiziert, der bloß auf Wirtschaft und Gesellschaft projiziert werden muß, um die Emanzipation des Proletariats abzuschließen. „Solange die Demokratie auf dem Boden von Klassengegensätzen ruht, ist sie (...) gar nicht möglich. Demokratie ist weder im bürgerlichen noch im proletarischen Staate möglich (...), sondern sie ist es nur in dem Sozialstaate der klassenlosen Gesellschaft, die erst der Zukunft angehört.“⁴⁶ Während der Marxismus die Demokratie als Äußerungsform des Klassenstaates (Sklavenhalterdemokratie, bürgerliche bzw. proletarische Demokratie) und den Sozialismus als Klassenherrschaft der Arbeiterklasse im Übergang zur Klassenlosigkeit charakterisiert, transponiert *Adler* die Demokratie auf die gesellschaftliche Ebene, weitet also die Form des Klassenstaates in unzulässiger Weise aus und erblickt darin zu allem Überfluß auch noch die Verwirklichung des Sozialismus, der seiner Meinung nach keine Klassenherrschaft mehr, wohl aber einen Staat — *Marx* und *Engels* zufolge gerade konzentriertester Ausdruck der Klassenantagonismen — kennt.

Drittens wird die proletarische Revolution im Analogieschluß zur bürgerlich-demokratischen Revolution (der Franzosen) als bloßer Machtwechsel und sukzessive Umstrukturierung beschrieben, woraus strategische Verkürzungen der Transformationsproblematik resultieren. Die Gleichsetzung von sozialistischer und bürgerlicher Revolutionsperspektive taucht bei *Bauer* schon vor dem Ersten Weltkrieg auf: „Wie sich die soziale Revolution der Arbeiterklasse vollziehen wird, werden wir erkennen, wenn wir uns erinnern, wie sich die soziale Revolution der Bourgeoisie vollzogen hat.“⁴⁷ Nach dem Krieg nahm *Bauer* diesen Argumentationsstrang im Zusammenhang mit der Oktoberrevolution wieder auf, um die angebliche Notwendigkeit einer davon abweichenden Transformationsstrategie für Österreich zu begründen. Zu diesem Zweck verglich er den Umgestaltungsprozeß in Ost und West mit aufeinanderfolgenden Entwicklungsphasen der französischen Revolution, in denen das Proletariat unterschiedliche Aufgaben gestellt bekommen habe, nämlich im Bündnis mit den Bauern die Feudalstrukturen zu zerschlagen (Große Französische Revolution) und seinen Machtanspruch gegen die Reaktion der Bauern und Kleinbürger durchzusetzen (Revolution 1848). „Die Voraussetzungen der proletarischen Revolution sind also in West- und Mitteleuropa ganz andere als im russischen Osten. Die Konzeption der proletarischen Diktatur, wie sie *Marx* aus der französischen Revolution von 1793 abstrahiert und der deutschen Revolution von 1848 vorgezeichnet hat, konnte in der russischen Revolution von

46 Max Adler, Die Staatsauffassung des Marxismus, Ein Beitrag zur Unterscheidung von soziologischer und juristischer Methode, Darmstadt 1964 (Reprint), S. 115

47 Otto Bauer, Die Grundfrage unserer Taktik, a.a.O., S. 826

1917 ihre Verwirklichung finden; aber sie ist aus demselben Grunde auf die proletarischen Bewegungen West- und Mitteleuropas in unseren Tagen nicht anwendbar, aus dem sie schon auf die französische Revolution von 1848 nicht anwendbar war.“⁴⁸ *Bauer*, der dem „despotischen Sozialismus“ in Rußland die (bürgerlich-parlamentarische) Demokratie des Westens gegenüberstellte, ignorierte den grundlegenden Unterschied zwischen beiden Revolutionstypen und übersah, daß sich die Bourgeoisie, als sie die Staatsgewalt ergriff, bereits im Besitz der ökonomischen Entscheidungszentren befand, wohingegen das Proletariat die politische Macht zur Veränderung der gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen benötigt. Er blieb im Bann des bürgerlichen Demokratieverständnisses befangen und hat die Grenzen dieser Staatsideologie nie ganz überschritten.

Austromarxismus – Sackgasse oder „dritter Weg“ zum Sozialismus?

Otto Bauers Ruf als integrierter Parteiführer wird im Rahmen der gegenwärtigen Austromarxismus-Renaissance benutzt, um das Konzept eines „dritten“, demokratischen Weges jenseits von Reformismus und Leninismus zu begründen.⁴⁹ Die Bezeichnung stammt von *Max Adler*, der sich damit gegenüber der SDAP-Rechten und den Kommunisten gleichermaßen abgrenzen wollte.⁵⁰ Im Gefolge tiefgreifender Existenzbedrohungen der bürgerlichen Gesellschaft breiten sich regelmäßig Illusionen bezüglich eines „dritten Weges“ innerhalb der Arbeiterklasse aus, sei es nun, daß dieser zwischen Kapitalismus und Sozialismus, sei es, daß er zwischen verschiedenen Modellen der sozialistischen Gesellschaftsveränderung hindurchführen soll: Erste Ansätze dazu finden sich nach dem „Gründerkrach“ und der sog. Großen Depression im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts (*Georg von Vollmars* „Staatssozialismus“, *Eduard Bernsteins* Revisionismus), weitere während der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise 1929/33 (*Rudolf Hilferdings*/*Fritz Naphtalis* Konzeption der „Wirtschaftsdemokratie“ auf der Grundlage des „organisierten Kapitalismus“) und im Anschluß an den Zweiten Weltkrieg (*Kurt Schumachers* „Sozialismus als Gegenwartsaufgabe“). Der „dritte“ Weg ist einer *Fata Morgana* vergleichbar, die immer dann bei (privilegierten) Teilen der Werk tätigen Platz ergreift, wenn der Kapitalismus von Krisen geschüttelt wird, ohne daß sich daraus unmittelbar eine revolutionäre Situation ergibt, und die politische Agitation scheinbar stagniert, weil die Mehrheit der Bevölkerung abwartend reagiert. Die „Ausweichstrategie“ des Dritten Weges setzt auf eine schrittweise Reformierung der Gesellschaft und des Staates, weil sie den Glauben an deren Revolutionierung verloren hat, ist also im Grunde resignativ. Auch der „dritte“ Weg des Austromarxismus war, wie das Weiterbestehen der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung trotz Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs (später der SPÖ) beweist, eine Sackgasse, ihr „Zweifrontenkrieg“ gegen Reformismus und Bolschewismus/Leninismus mehr als einseitig – Kampf dem Kommunismus!

48 Ders., *Bolschewismus oder Sozialdemokratie?*, in: BW, Bd. 2, S. 297

49 Vgl. z. B. *Detlev Albers* u. a. (Hrsg.), *Otto Bauer und der „dritte“ Weg. Die Wiederentdeckung des Austromarxismus durch Linkssozialisten und Eurokommunisten*, Frankfurt am Main 1979; *Detlev Albers*, *Gedanken über den „dritten Weg zum Sozialismus“* in Westeuropa, in: ders. u.a. (Hrsg.), *Perspektiven der Eurolinken*, Frankfurt am Main 1981, S. 126ff.

50 Siehe *Max Adler*, zit. bei: *Julius Braunthal*, *Die Arbeiterräte in Deutschösterreich. Ihre Geschichte und ihre Politik*, Wien 1919, S. 25

Wie weit der Antikommunismus des Austromarxismus ging, und welche Blüten er trieb, zeigt das Beispiel *Karl Kautskys jun.*, von Beruf Arzt, der operative Behandlungsmethoden mit der Begründung ablehnte, die Chirurgie habe „manches mit dem Bolschewismus gemein, nicht nur darin, daß sie radikale Heilung über Nacht verspricht, sondern auch in ihrem Anspruch auf die umfassende Gültigkeit ihrer Methode.“⁵¹ Das Schlagwort vom „demokratischen Weg zum Sozialismus“ desavouiert frühere und gegenwärtige Volkserhebungen, angefangen bei der Pariser Kommune 1871 über die russische Oktoberrevolution 1917 bis hin zu nationalrevolutionären Befreiungsbewegungen der sog. Dritten Welt, weil der Eindruck erweckt wird, als handle es sich um undemokratische Emanzipationsprozesse im Gegensatz zur demokratischen Transformation hochindustrialisierter Staaten des Westens, fungiert als antikommunistische Kampfformel und diskriminiert revolutionäre Richtungen innerhalb der Arbeiterbewegung, die am Begriff der Diktatur des Proletariats zur Kennzeichnung der sozialistischen Staatsmacht festhalten. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß *Bauers* „Zwischen zwei Weltkriegen?“⁵², dessen neuerliche Aktualität schon der Titel signalisiert, gewarnt hat, man dürfe „Demokratie und Diktatur des Proletariats nicht als unvereinbare Gegensätze einander entgegenstellen. Die Diktatur des Proletariats ist nichts anderes als eine vom Proletariat eroberte Staatsmacht, die stark und dauerhaft genug ist, die Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische zu vollziehen. Welche Formen eine solche Staatsmacht annehmen wird, wird von den geschichtlichen Umständen, unter denen die Arbeiterklasse die Staatsmacht erobert, und von der Kraft der Widerstände, die diese Staatsmacht zu brechen hat, abhängen.“⁵² Es wäre ein nicht wiedergutzumachender Fehler, würde sich die Arbeiterbewegung der Gegenwart, statt die Gretchenfrage nach dem Klassenwesen der Übergangsgesellschaft (Kapitalismus oder Sozialismus?) zu stellen, die Scheinalternative der bürgerlichen Staatsideologie „Demokratie oder Diktatur (des Proletariats)?“ aufdrängen lassen.

Der Austromarxismus war weder authentischer noch *Anti-Marxismus*; er muß, wie *Wolfgang Abendroth* postuliert⁵³, *kritisch* rezipiert werden. *Bauer* hat besonders in seinem Spätwerk, das den Siegeszug des Faschismus in Mitteleuropa reflektiert, frühere Fehleinschätzungen revidiert, hat über den (Staat im) Kapitalismus viel Richtiges und Wichtiges gesagt; aber fast immer, wenn es um die Revolution, den Übergang zum Sozialismus und die Klassenherrschaft des Proletariats ging, wurde der Marxismus verfälscht oder verflacht, immer, wenn es an Knotenpunkten der Zeitgeschichte (Kriegsausbruch 1914, beim Zusammenbruch der Donaumonarchie 1918/19 oder im Kampf gegen den Austrofaschismus 1933/34) um die praktische Aktion ging, hat die österreichische Sozialdemokratie — wie auch ihr langjähriger Führer — kläglich versagt. *Bauers* Rezeption der marxistischen Staatskonzeption blieb bruchstückhaft; selbst zu der Zeit, als er den „integralen Sozialismus“ mit dem Ziel einer Synthese von Sozialreformismus

51 Karl Kautsky, Die Strömungen in der modernen Medizin im Lichte des historischen Materialismus, in: O. Jenssen (Hrsg.), *Der lebendige Marxismus*, Festgabe zum 70. Geburtstag von Karl Kautsky, Jena 1924, S. 479

52 Otto Bauer, *Zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus*, in: BW, Bd. 4, S. 210 f.

53 Vgl. Wolfgang Abendroth, *Renaissance des „klassischen“ Austromarxismus?*, in: Frank Deppe u.a. (Hrsg.), *Marxismus und Arbeiterbewegung*, Josef Schiefstein zum 65. Geburtstag, Frankfurt am Main 1980, S. 105

und Bolschewismus propagierte, gelang es ihm nicht, die Grundbestimmungen der Staats- und Demokratietheorie des wissenschaftlichen Sozialismus zu rekonstruieren. Auch leistet der Austromarxismus zur Lösung des Kardinalproblems der Imperialismusanalyse, der Frage nach dem Verhältnis von Ökonomie und Politik, anders gesagt: der Wechselbeziehung zwischen Staat und Monopolen im gegenwärtigen (BRD)-Kapitalismus, keinen konstruktiven Beitrag. Anzuknüpfen wäre an zwei Entwicklungsphasen des Bauerschen Werkes: Die Episode gegen Ausgang des Ersten Weltkrieges, als sich *Bauer* zum Wortführer der SDAP-Linken aufschwang, den Sozialpatriotismus und die Burgfriedenspolitik des Parteivorstandes bekämpfte, bietet Ansätze für eine bis heute brauchbare Reformismuskritik; die Schaffensperiode nach dem Sieg des Austrofascismus enthält Momente der Selbstkritik, die zum Abbau legalistischer Bewußtseinsrestriktionen beitragen könnten. Dazwischen liegt ein Lebensabschnitt, in dem *Bauer* als Spitzenfunktionär verstärkt parteitaktischen Zwängen unterlag, und wo sich seine Begabung zur wissenschaftlichen Analyse und strategischen Vorausschau weniger entfalten konnte, was den Wert der zu dieser Zeit entstandenen Arbeiten herabmindert. Abschließend wäre zu fragen (und ggf. als Forschungsdesiderat einzuklagen), ob *Bauers* Gleichgewichtstheorie, auf die internationalen Beziehungen der Gegenwart angewendet, für die Formulierung einer den Systemgegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus, den Klassenwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital im Weltmaßstab zum Bezugspunkt wählenden Transformationsstrategie fruchtbar gemacht werden kann.

Zu einigen Entwicklungstendenzen des politischen Klimas in der Bundesrepublik

Kurt Steinhaus

1. Wahlverhalten: Schwächung der konservativen Kräfte — 2. Umfrageergebnisse: Realismus gewinnt an Boden — 3. Praktisch-politisches Handeln: Belebung außerparlamentarischer Aktionen.

Nicht selten stößt man gerade unter Linken auf die Auffassung, die bisherige Geschichte der Bundesrepublik sei im Grunde ein einziger Prozeß der Rechtsentwicklung; die großen Veränderungen, die sich in den vergangenen drei Jahrzehnten in der Welt vollzogen haben, hätten um dieses Land einen Bogen geschlagen — und würden das wohl auch in Zukunft tun. In der konservativen Publizistik ist demgegenüber immer häufiger von einem „Wechsel des politischen Großklimas“¹, von einer „Linksverschiebung des politischen Spektrums“² die Rede.

Die in derartigen Formulierungen zum Ausdruck kommende Sorge um den Erhalt des politischen Status quo ist ernst gemeint. Denn in der Tat ist in der Bundesrepublik manches in Bewegung geraten, was bis dahin geradezu unwandelbar erschien: Geändert haben sich vor allem die weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, geändert hat sich aber auch das politische und geistige Klima.

So widerspruchsvoll die Entwicklung unseres Landes seit den 60er Jahren auch verlaufen ist — die Generaltendenz ist positiv. Der Friedenswille im Volk ist stärker geworden; fortschrittliches Gedankengut hat sich ausgebreitet; es sind Ansätze einer demokratischen Gegenkraft entstanden. Nicht allein die herrschende Klasse und die von ihr vorangetriebene allgemeine Rechtsentwicklung bestimmen den Gang der Dinge.

1. Wahlverhalten: Schwächung der konservativen Kräfte

So ähnlich die Bundestagsparteien sich inzwischen im Grundsätzlichen auch geworden sein mögen — sie unterscheiden sich sowohl in ihren Herangehensweisen an politische Probleme als auch nach der Zusammensetzung ihrer Mitglied-, Anhänger- und Wählerschaft; und die Menschen verbinden mit ihnen unterschiedliche Vorstellungen. Wahlergebnisse sagen daher viel über die politische Stimmung in der Bevölkerung aus. Tatsächlich sind auch in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik wesentliche Veränderungen der politischen und ökonomischen Situation meist mit Veränderungen im Wählerverhalten und in der parteipolitischen Zusammensetzung von Regierungskoalitionen verbunden gewesen.

Tabelle 1 stellt den Versuch dar, aus den Ergebnissen der bisherigen Bundestagswahlen mittels Zusammenfassung nach politischen „Richtungen“ einen bestimmten Trend

1 Frankfurter Allgemeine (FAZ), 13.5.1980

2 FAZ, 14.11.1978

Tabelle 1: Bundestagswahlergebnisse 1949-80³

	Gültige Zweitstimmen in %											
	1949	1953	1957	ø1949-57	1961	1965	1969	ø1961-69	1972	1976	1980	ø1972-80
„Konservative“	53,2 ^e	58,4 ^e	60,3 ^k	57,3	49,1 ^m	49,9 ^o	50,9 ^p	50,0	45,5 ^r	49,0 ^t	44,7 ^v	46,4
„Liberale“ ^a	11,9	9,5	7,7	9,7	12,8	9,5	5,8	9,4	8,4	7,9	10,6	9,0
„Sozialdemokraten“ ^b	29,2	28,8	31,8	29,9	36,2	39,3	42,7	39,4	45,8	42,6	42,9	43,8
„Linke“	5,7 ^f	3,4 ^h	0,2 ^l	3,1	1,9 ⁿ	1,3 ⁿ	0,6 ^q	1,3	0,3 ^s	0,5 ^u	1,7 ^w	0,8
„Bürgerblock“ ^c	65,1	67,9	68,0	67,0	61,9	59,4	56,7	59,3	53,9	56,9	55,3	55,4
„Sozial-liberale“ ^d	41,1	38,3	39,5	39,6	49,0	48,8	48,5	48,8	54,2	50,5	53,5	52,7
Relation „Konservative“/„Sozialdemokratie“	1,82:1	2,03:1	1,90:1	1,92:1	1,36:1	1,27:1	1,19:1	1,27:1	0,99:1	1,15:1	1,04:1	1,06:1
Relation „Bürgerblock“/„Sozialdemokratie“	1,58:1	1,77:1	1,72:1	1,69:1	1,26:1	1,22:1	1,17:1	1,22:1	0,99:1	1,13:1	1,03:1	1,05:1
Relation „Konservative“/„Sozial-liberale“	1,29:1	1,52:1	1,53:1	1,45:1	1,00:1	1,02:1	1,05:1	1,02:1	0,84:1	0,97:1	0,84:1	0,88:1

3 Quellen: Handbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. v. Kurt Sontheimer und Hans H. Röhrling, München-Zürich 1977, S. 701 ff.; Das Parlament, 11.10.1980. a) FDP; b) SPD; c) „Konservative“ + „Liberale“; d) „Sozialdemokratie“ + „Liberale“; e) CDU/CSU, BP, DP, Zentrum, WAV, DRP, RSF, SSW, EVD, RWVP, Unabhängige; f) KPD; g) CDU/CSU, BHE, DP, BP, DRP, Zentrum, DNS, SSW; h) KPD, GVP; k) CDU/CSU, GB/BHE, DP, DRP, FU, UDM, SSW, DG; l) BdD; m) CDU/CSU, GDP, DRP, DG, SSW; n) DFU; o) CDU/CSU, NPD, AUD, CVP; p) CDU/CSU, NPD, BP, EP, GDP; q) ADF; r) CDU/CSU, NPD; s) DKP; t) CDU/CSU, AUD, NPD; u) DKP, Maoisten; v) CDU/CSU, NPD; w) DKP, Grüne.

abzuleiten. Dabei werden unterschieden: „Konservative“: CDU/CSU plus andere bürgerliche Parteien, einschließlich Neofaschisten, aber ohne FDP; „Liberalen“: FDP; „Sozialdemokratie“: SPD; „Linke“: das ist die heterogenste Rubrik, sie umfaßt die Wählerstimmen der Kommunisten und verschiedener anderer fortschrittlicher Parteien und Gruppierungen, schließt aber auch maoistische Gruppen ein; „Bürgerblock“: Koalition von „Konservativen“ und „Liberalen“; „Sozial-liberale“: SPD/FDP-Koalition.

Bereits ein flüchtiger Blick auf die Tabelle läßt erkennen, daß die Anhängerschaft des „bürgerlichen Lagers“ in den vergangenen zwei Jahrzehnten beträchtlich geschrumpft ist. Das parlamentarische Kräfteverhältnis zwischen der konservativen Richtung und der Sozialdemokratie hat sich von rund 2:1 zu einem annähernden Gleichstand hin verschoben. Die Möglichkeit einer konservativen Alleinregierung hat sich wesentlich verringert, aber auch die einer Regierung vom „Bürgerblock“-Typ ist kleiner geworden — und zwar nicht nur in arithmetischer Hinsicht. Denn die heutige FDP ist nicht mehr eine „Mittelstandspartei“ traditionell „nationalliberalen“ Zuschnitts, sie ist nicht mehr automatisch ein Koalitionspartner der CDU/CSU: „Eine Hälfte der FDP-Wähler mag ... für einen bürgerlichen Koalitionskurs sein, die andere Hälfte fühlt sich an die SPD gebunden. Das heißt, die Partei ist einem siamesischen Zwilling vergleichbar; eine Trennungsoption wäre, wegen der Fünf-Prozent-Klausel, hochgefährlich.“⁴ So gesehen ist „das bürgerliche Lager ... gespalten — dies ist sein eigentliches Dilemma“.⁵

Natürlich repräsentieren die Führungen der Bundestagsparteien, indem sie gemeinsam Politik für die Großbourgeoisie machen, vom Wesen her allesamt „das bürgerliche Lager“. Die sozialdemokratische Führung steht ebenso auf dem Boden des staatsmonopolistischen Systems wie die Führungen von FDP und CDU/CSU, sie betreibt wie diese eine imperialistische Außen- und Militärpolitik. Aber hinter ihren Wählerstimmen stehen doch recht ausgeprägte Erwartungen auf eine Politik des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit. Insofern ist das veränderte Wahlverhalten auch ein wichtiges Indiz dafür, daß sich im politischen Klima der Bundesrepublik positive Wandlungen vollzogen haben.

Bekanntlich ist erst 1969 eine „sozial-liberale“ Koalition zustande gekommen. Eine wirklich arbeitsfähige Mehrheit erhielten SPD und FDP sogar erst bei den vorgezogenen Bundestagswahlen 1972. Gemessen an den Stimmergebnissen liegt die eigentliche Zäsur jedoch schon im Wahljahr 1961.⁶ Und dieses Jahr beinhaltet auch gesamtpolitisch für die Bundesrepublik eine entscheidende Zäsur. Denn bereits damals, mit dem Bau der „Mauer“, machte das illusionäre Konzept des „Anschlusses“ der sozialistischen DDR an die kapitalistische BRD augenscheinlich bankrott. Es bedurfte offensichtlich erst der Ernüchterung durch den Schock des 13. August 1961, um in unserem Land den Weg für eine Anpassung an die nach dem 2. Weltkrieg entstandenen neuen Realitäten freizumachen. Die Verringerung des konservativen Stimmenanteils von über 60 % auf weniger als 50 % bereits wenige Wochen nach der Schließung der bis dahin offenen Grenzen der DDR war ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Diese Tendenz fand 1966 in der Bildung einer Koalition aus CDU/CSU und SPD, 1969 schließlich einer SPD/FDP-Regierung ihren Ausdruck. Und als sich die sozialde-

4 FAZ, 18.3.1981

5 FAZ, 7.10.1980

6 Aufgrund der Wirkungen der 5%-Sperrklausel sind die Stimmergebnisse, wie sie die Tabelle 1 zeigt, nicht mit der für die Regierungsbildung entscheidenden Verteilung der Parlamentssitze identisch.

mokratische Führung im Übergang von den 60er zu den 70er Jahren tatsächlich zu einer realistischeren Außenpolitik durchrang, sich zur Fürsprecherin „innerer Reformen“ machte, als damit dann im Bewußtsein der Bevölkerung so etwas wie eine politische Alternative sichtbar wurde, kam es auch zu einer weiteren Verschiebung des parlamentarischen Kräfteverhältnisses: 1972 verlor die CDU/CSU sogar ihre Position als stärkste Partei.

Die Wahlergebnisse dieser Zeit sind zweifellos hochgradig durch die internationale Entwicklung beeinflußt worden. In ihnen kommt vor allem die wachsende Erkenntnis der Bevölkerung zum Ausdruck, daß es zur Politik der friedlichen Koexistenz keine vernünftige Alternative gibt. Diese Erkenntnis hat auch 1976 und 1980 das Wahlverhalten wesentlich beeinflußt. Daß die „sozial-liberale“ Koalition, die sich den Wählern verbal als „Garant der Entspannungspolitik“ darbot, die Oberhand behielt, ist ein wichtiges Indiz für die relative Stabilität jener Veränderungen, die sich im politischen Klima der Bundesrepublik seit den 60er Jahren vollzogen haben. Dabei war die Bundestagswahl von 1980 dafür insofern ein besonders aussagekräftiger „Test“, als die CDU/CSU mit ihrem Kanzlerkandidaten *Strauß* — einer ausgesprochenen Symbolfigur der Reaktion und des kalten Krieges — ihr Wahlergebnis von 1972 sogar noch unterbot.⁷

Tabelle 1 spiegelt freilich noch eine andere Entwicklung wider, die nicht übersehen werden sollte: die beträchtlichen parlamentarischen Positionsverluste linker Kräfte. Stellt man die 5,7 % der KPD von 1949 den 0,2 % der DKP von 1980 gegenüber, so zeigt sich sehr deutlich, in welchem Maße es den herrschenden Kreisen gelungen ist, antikapitalistische Positionen zurückzudrängen und neu entstandene linke Strömungen parlamentarisch immer wieder im Rahmen der etablierten Parteien aufzufangen.

2. Umfrageergebnisse: Realismus gewinnt an Boden

Aufgrund der exponierten Lage der Bundesrepublik an der Nahtstelle zwischen den beiden Weltsystemen, aufgrund der Existenz eines kapitalistischen und eines sozialistischen deutschen Staates wirkt die Systemauseinandersetzung Sozialismus-Kapitalismus auf das politische Klima unseres Landes besonders intensiv ein. Diese Einwirkungen vollziehen sich zu einem beträchtlichen Teil über eine außerordentlich massive und geschickte antikommunistische Propaganda. Aber die darauf beruhenden Zerrbilder geraten doch ständig in Widerspruch zur Wirklichkeit. Die Wandlungen, die sich seit den 50er Jahren sowohl im internationalen Kräfteverhältnis als auch in den Ost-West-Beziehungen vollzogen haben, sind an den Menschen keineswegs spurlos vorübergegangen. Das kommt nicht nur in Wahlergebnissen zum Ausdruck, das reflektiert sich auch in demoskopischen Untersuchungen.

Tabelle 2 läßt anhand der Ergebnisse einer seit den 50er Jahren mehrfach wiederholten Umfrage erkennen, wie sich die Meinung der Bevölkerung der Bundesrepublik über die weltpolitische Rolle der USA und der Sowjetunion gewandelt hat. Die entsprechenden Veränderungen offenbaren sich insbesondere im Vergleich der beiden „Extremwerte“ von 1953 und 1975, aber auch der zusammengefaßten Durchschnittszahlen für die 50er, 60er und 70er Jahre. Einmal ganz unabhängig davon, wie fundiert derartige Mei-

⁷ Die Feststellung der FAZ vom 14.4.1980, „der Meinungsklimadruck gegen die CDU erreicht... die Stärke von 1972“, traf so durchaus den Kern der Sache.

nungen sein mögen und von welchen tagespolitischen Ereignissen sie jeweils beeinflusst werden — diese Zahlen beweisen, daß die Einschätzung des internationalen Kräfteverhältnisses zunehmend realistischer geworden ist.

Tabelle 2: Internationales Kräfteverhältnis im Spiegel von Umfragen 1953-80^a

„...was glauben Sie, wie die Welt in 50 Jahren aussieht: Wer wird dann mächtiger sein: Amerika oder Rußland?“

	Antworten in % der Befragten		Verhältnis A:B
	„Amerika“ (A)	„Rußland“ (B)	
Umfrage 1953	32	11	2,91:1
Umfrage 1975	14	37	0,38:1
50er Jahre ^a	24	19	1,26:1
60er Jahre ^b	24	18	1,33:1
70er Jahre ^c	17	32	0,53:1

Tabelle 3, die nach der Einschätzung der vermeintlichen Bedrohung durch die Sowjetunion fragt, schließt sich inhaltlich an die Fragestellung von Tabelle 2 an. Die Verschiebung der Relationen „bedroht“/„nicht bedroht“ ist ebenfalls offenkundig.

Tabelle 3: Vermeintliche Bedrohung durch die Sowjetunion im Spiegel von Umfragen 1952-78^a

„Haben Sie das Gefühl, daß wir durch Rußland bedroht sind oder nicht bedroht sind?“

	Antworten in % der Befragten		Verhältnis A:B
	„Bedroht“ (A)	„Nicht bedroht“ (B)	
Umfrage 1952	66	15	4,40:1
Umfrage 1969	32	55	0,58:1
50er Jahre ^a	59	21	2,81:1
60er Jahre ^b	42	41	1,02:1
70er Jahre ^c	40	42	0,95:1

Verändert hat sich auch die Haltung der Bevölkerung der Bundesrepublik zur Frage Krieg oder Frieden. Das wird durch Tabelle 4 bestätigt, in der es um die Frage geht, ob die Verteidigung „unserer Lebensform“ oder die Vermeidung eines Krieges wichtiger

8 Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, Allensbacher Berichte, Nr. 12/1980, Tab. 1, S. 4. a) Durchschnitt 1953, 1955, 1957 u. 1959; b) Durchschnitt 1962, 1966 u. 1969; c) Durchschnitt 1973, 1975, 1977 u. 1980.

9 Quellen: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1976—1977, Bd. VII, Wien-München-Zürich-Innsbruck 1977, S. 135; Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 3024, 3052, 3073; 1978 lautete die Fragestellung: „Machen Sie sich Sorgen oder keine Sorgen, daß wir vom Osten bedroht werden?“ a) Durchschnitt 1952 u. 1958; b) Durchschnitt 1964, 1968 u. 1969; c) Durchschnitt 1971, 1976 u. 1978

sei. Die Verschiebung der entsprechenden Verhältniszahlen von rund 1 : 1 auf rund 0,5 : 1 ist umso bemerkenswerter, wenn man die bewußte Demagogie der Fragestellung in Rechnung stellt.

*Tabelle 4: Stellung zur Frage Krieg oder Frieden im Spiegel von Umfragen 1956-76¹⁰
„...was ist wichtiger: unsere Lebensform zu verteidigen ... oder vor allem den Krieg zu vermeiden...?“*

	Antworten in % der Befragten		Verhältnis A:B
	„Lebensform verteidigen“ (A)	„Krieg ver- meiden“ (B)	
Umfrage 1956	35	34	1,03:1
Umfrage 1975	25	49	0,51:1
50er Jahre ^a	34	34	1,00:1
70er Jahre ^b	27	51	0,53:1

Besonders augenfällig ist die Zurückdrängung revanchistischen Gedankenguts seit den 60er Jahren. So waren noch 1964 lediglich 22% der Bundesbürger gewillt, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen, 59% waren dazu nicht bereit. 1972 hatten sich die Relationen nahezu umgekehrt: 62 % erklärten ihre Bereitschaft, diese Realität hinzunehmen, nur noch 18% lehnten das ab.¹¹ Ein anderes Beispiel: 1965 war die „Wiedervereinigung“ noch für 47% der Bevölkerung der Bundesrepublik „die wichtigste Frage“; in den 70er Jahren kam diese Antwort lediglich noch von rund 1% der Befragten. Demgegenüber erhöhte sich der Anteil der Antwort „Wirtschaftliche Probleme“ von 27% im Jahre 1965 auf 75-85 % in den 70er Jahren.¹²

Die zunehmende Einbeziehung der Bundesrepublik in die sich verschärfenden weltweiten kapitalistischen Krisenprozesse, die hierin zum Ausdruck kommt, ist nächst der internationalen Entwicklung der Hauptfaktor des Stimmungswandels in der Bevölkerung. Die Zahlen von *Tabelle 5* über die Veränderung der allgemeinen Zukunftserwartungen der Bundesbürger zeigen einen deutlich pessimistischen Trend, den man durchaus als Spiegelbild der tatsächlichen Wirtschaftsentwicklung werten kann.

In *Tabelle 6* geht es um konkrete Zukunftserwartungen und -wünsche, die das Allensbacher Institut für Demoskopie 1962 und 1979 bei einem repräsentativen Bevölkerungsquerschnitt erfragt hat. Die Institutsleiterin, *Elisabeth Noelle-Neumann*, kommentiert diese Untersuchungen dahingehend, daß „die Umfrage von 1962... fast in jeder Hin-

10 Quellen: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1974—1976, Bd. VI, Wien-München-Zürich 1976, S. 289; Allensbacher Jahrbuch..., Bd. VII, a.a.O., S. 135. Ursprünglich lautete die Frage: „Wenn wir eines Tages vor der Wahl stehen, entweder Europa sowjetisch werden zu lassen oder uns mit allen Mitteln gegen die Russen zu verteidigen — was ist dann wichtiger: Unsere Lebensform zu verteidigen, auch wenn es dabei zu einem Atomkrieg kommt — oder vor allem den Krieg zu vermeiden, auch wenn man dann unter einer kommunistischen Regierung leben wird?“ 1976 wurde der demagogische Charakter dieser Fragestellung noch verstärkt, indem man den Begriff „unsere Lebensform“ durch den Begriff „die demokratische Freiheit“ ersetzte. a) Durchschnitt 1956 u. 1959; b) Durchschnitt 1975 u. 1976.

11 Vgl. Allensbacher Jahrbuch..., Bd. VII, a.a.O., S. XXVI.

12 Vgl. Allensbacher Jahrbuch..., Bd. VI, a.o.O., S. 221; Allensbacher Jahrbuch..., Bd. VII, a.a.O., S. 193

Tabelle 5: Allgemeine Zukunftserwartungen im Spiegel von Umfragen 1957-77¹³
 „Wird das Leben leichter oder schwerer?“

	Antworten in % der Befragten		Verhältnis A:B
	„Schwerer“ (A)	„Leichter“ (B)	
Umfrage 1966	39	28	1,39:1
Umfrage 1977	63	12	5,25:1
50er Jahre ^a	54	22	2,45:1
60er Jahre ^b	43	28	1,54:1
70er Jahre ^c	56	18	3,11:1

sicht den Höhepunkt eines Kraftgefühls (markiert), was sich alles an wünschenswerten Dingen erreichen lasse“, während die Umfrage von 1979 zeige, daß „das 'Alles ist machbar' nicht mehr die Grundstimmung dieser Zeit (ist)“.¹⁴ In der Tat lassen die Zahlen die klare Tendenz einer Desillusionierung erkennen. Und diese subjektive Desillusionierung widerspiegelt objektive Prozesse. Sie ist vor allem Ausdruck der Tatsache, daß das kapitalistische System auch in der Bundesrepublik mit seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik an bestimmte Grenzen gestoßen ist und heute viel weniger als in der Vergangenheit imstande ist, die diesbezüglichen Erwartungen der Menschen zu erfüllen.

Tabelle 6: Konkrete Zukunftserwartungen und -wünsche im Spiegel von Umfragen 1962-79¹⁵

	Antworten in % der Befragten			Verhältnis	
	Erwartungen		Wünsche		
	1962 für 1980/90 (A)	1979 für 1990 (B)	1979 für 1990 (C)	A:B	B:C
Jeder begabte junge Mensch kann studieren	63	43	62	1,47:1	0,69:1
Durch technischen Fortschritt werden Wasser und Luft rein gehalten	61	34	79	1,79:1	0,43:1
Die Straßen sind so aus- gebaut, daß es viel weniger Unfälle gibt	57	28	61	2,04:1	0,46:1

13 Quelle: Allensbacher Jahrbuch..., Bd. VII, a.a.O., S. 16. a) Durchschnitt 1957 u. 1958; b) Durchschnitt 1960, 1961, 1965, 1966 u. 1968; c) Durchschnitt 1973, 1974 u. 1977

14 FAZ, 4.1.1980

15 Quelle: ebd.

	Antworten in % der Befragten			Verhältnis	
	Erwartungen		Wünsche		
	1962 für 1980/90 (A)	1979 für 1990 (B)	1979 für 1990 (C)	A:B	B:C
Die neuen Stadtteile werden so gebaut, daß es fast keinen Lärm mehr gibt	46	28	68	1,64:1	0,41:1
Mit 50 Jahren Ruhestand, dann bekommt man eine gute Rente	25	21	58	1,19:1	0,36:1
Der Wohlfahrtsstaat ist vollkommen ausgebaut, niemand kann mehr in Elend geraten	31	18	63	1,72:1	0,29:1
Kostenlose Krankenversorgung für alle	35	18	66	1,94:1	0,27:1

Das Ausmaß dieser Desillusionierung wird noch deutlicher, wenn man die Einschätzung der wirtschaftlichen Perspektiven durch die Bevölkerung („geht es eher bergab oder bergauf?“) zur Zeit der Rezession von 1966/67, nach dem „Ölpreisschock“ vom Herbst 1973 und Ende 1980 — in Erwartung einer neuen zyklischen Krise — miteinander vergleicht: Das Verhältnis zwischen den Antworten „bergab“ und „bergauf“ hat sich von 1,95:1 über 2,93:1 auf 5,89:1 verschoben.¹⁶ Die Bereitschaft, sich materiell einzuschränken, ist demgegenüber 1980 im Vergleich zu 1974 — trotz der deutlich negativeren Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung — geringer geworden.¹⁷ Das in dieser Diskrepanz liegende Konfliktpotential ist kaum zu übersehen.

3. Praktisch-politisches Handeln: Belebung außerparlamentarischer Aktionen

In der Zeit des „kalten Krieges“ und des „Wirtschaftswunders“ war das Denken der Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik durch militant antikommunistische und antisowjetische Einstellungen sowie durch den Glauben an eine ständige wirtschaftliche und soziale Aufwärtsentwicklung geprägt. Mit der Einbeziehung der Bundesrepublik sowohl in den internationalen Entspannungsprozeß als auch in die weltweite kapitalistische Krise haben sich die Denkmuster der 50er und der frühen 60er Jahre zunehmend abgeschwächt.

Für die Ideologen der Bourgeoisie ist das verständlicherweise eine sehr „unangenehme Wahrheit“: „Der Antikommunismus alten Stils, wie er unter Adenauer in der ver-

¹⁶ Vgl. FAZ, 31.1.1981

¹⁷ Vgl. ebd.

blüffend einfachen Formulierung 'hier christliches Abendland, dort gottloser Kommunismus' kulminierte, ist angesichts der weltweiten Entspannungspolitik zerbröckelt."¹⁸ Das bekommen vor allem jene reaktionären imperialistischen Kreise zu spüren, die auf eine Wiederbelebung des militanten Antisowjetismus der 50er Jahre aus sind. Trotz einer enormen Intensivierung der entsprechenden Hetzkampagnen stoßen sie dabei auf beträchtliche Hindernisse. Zwar fühlten sich z.B. im Januar 1980 wieder 63 % der im Rahmen einer Repräsentativumfrage Befragten „vom Osten bedroht“ — gegenüber etwas über 40 % zum gleichen Zeitpunkt der beiden Vorjahre.¹⁹ Gleichzeitig mußte aber *Die Welt* feststellen: „Obwohl die Leute sich von den Russen bedroht fühlen und obwohl sie ihnen nicht glauben, plädiert eine hohe Majorität für eine Fortsetzung der Entspannungspolitik (74 Prozent). Daß sich die Ostpolitik ‚bisher gelohnt hat‘, meint mindestens jeder zweite... Etwas kann da doch nicht stimmen.“²⁰

Der Widerspruch, der hier zum Ausdruck kommt, ist offenkundig der, daß die imperialistische Propaganda zwar durchaus noch imstande ist, den Bundesbürgern Angst vor der Sowjetunion einzujagen, daß sie aber auf zunehmende Schwierigkeiten stößt bei dem Versuch, diese Angst in politische Aggressivität umzusetzen. Die Erfahrungen mit den positiven Auswirkungen eines Jahrzehnts der internationalen Entspannung haben offenkundig doch manches bewirkt.

Wenn reaktionäre Kreise die Befürchtung äußern, daß sich die Entspannungspolitik „gleichsam nach innen fortgesetzt“ hat²¹, so denken sie dabei vor allem an die ablehnende Wirkung des nach innen gerichteten Antikommunismus: Beispielsweise erklärten 1959 noch 70 % der Bevölkerung Christentum und Kommunismus für unvereinbar und lediglich 12 % für vereinbar, während 1974 diese Werte 57 % bzw. 28 % betragen.²² Das entspricht einer Veränderung der Relation „unvereinbar“/„vereinbar“ von 5,83:1 auf 2,04:1. Eine demoskopische Untersuchung von 1978 zeigt, daß der Anteil der mehr oder weniger entschiedenen Antikommunisten unter den bundesdeutschen Studenten auf ein Viertel bis ein Drittel abgesunken ist. Die Tatsache, daß 61% der Befragten zwar gegenüber dem realen Sozialismus eine ablehnende Haltung bekundeten, jedoch „von der Idee her... den Kommunismus für gut“ erklärten, veranlaßte *Elisabeth Noelle-Neumann* in der *FAZ* zu folgendem Kommentar: „Sicherlich: nur 6 Prozent der Studenten erklären die Realität der kommunistischen Länder als erfreulich. Aber sind deswegen die 61 Prozent für ‚Kommunismus — eine gute Idee‘ weniger ernst gemeint? Der Kontrast zwischen den 6 Prozent und den 61 Prozent ist eher alarmierend.“²³

Überhaupt ist der „Zeitgeist“ der Reaktion ein zunehmendes Ärgernis: „Konservative Grundhaltungen haben nach wie vor ihr Gewicht, das ist richtig, aber sie bröckeln ab, namentlich in der jungen Generation.“²⁴ Das bezieht sich etwa auf die Lockerung religiöser Bindungen: So ist zwischen 1963 und 1976 der Anteil der regelmäßigen Kirchgänger unter den 16- bis 29jährigen von 11 % auf 3 % bei den Protestanten und von

18 *Die Welt*, 21.2.1975

19 Vgl. *Die Welt*, 1.2.1980

20 Ebd.

21 *FAZ*, 17.9.1980

22 Vgl. *Allensbacher Jahrbuch...*, Bd. VI, S. 36

23 *FAZ*, 2.10.1978

24 *FAZ*, 9.8.1980

52 % auf 21 % bei den Katholiken zurückgegangen.²⁵ Das gilt aber auch für solche Erscheinungen wie die Abwendung der studentischen Jugend von traditionellen Organisationsformen: So sank zwischen 1966 und 1978 der Anteil der Studenten, die Mitglieder einer Verbindung oder einer religiösen Gruppe waren, von 22 % auf 8 %, während die Mitgliedschaft in politischen Parteien, Jugend- und Studentenorganisationen sowie in Bürgerinitiativen von 13 % auf 38 % anstieg.²⁶ Aber auch in bezug auf die organisationspolitischen Bindungen der Arbeiterklasse hat sich einiges getan: Die DGB-Mitgliedschaft etwa ist von weniger als 6,4 Mio 1961 und knapp 6,9 Mio 1971 auf über 7,8 Mio 1979 angestiegen.²⁷

Vor allem haben sich jedoch im Bereich des praktisch-politischen Handelns deutliche Veränderungen vollzogen. Davon kann sich jeder überzeugen, der die Entwicklung außerparlamentarischer Bewegungen und Aktionen in der Bundesrepublik verfolgt: Eine Periode scharfer Auseinandersetzungen um die Restauration der alten Macht- und Besitzverhältnisse, um die Frage der nationalen Einheit und der Remilitarisierung, in der sich starke Volksbewegungen und Arbeiterkämpfe entfalteten, endete Mitte der 50er Jahre. Mit der Illegalisierung der revolutionären Arbeiterbewegung durch das KPD-Verbot von 1956 wurde der gesamten demokratischen Bewegung ein schwerer Schlag versetzt. Die Intensität außerparlamentarischer Auseinandersetzungen ging beträchtlich zurück.

Gegen Mitte der 60er Jahre begann sich die außerparlamentarische Szenerie wieder zu beleben. Es entstand eine linke Studentenbewegung, es entwickelten sich Bewegungen gegen die Bildungsmisere, gegen die Notstandsgesetze, für die Aufhebung des KPD-Verbots, gegen die USA-Aggression in Vietnam, gegen die neonazistische NPD, für die Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze, für Frieden und Entspannung, es entfalteten sich verstärkt betriebliche und gewerkschaftliche Aktionen. Mit der Konstituierung der DKP, mit der Gründung der marxistischen Arbeiterjugend- und Studentenorganisation SDAJ und MSB Spartakus erlangte die revolutionäre Arbeiterbewegung wieder die Legalität.

Leider existieren keine allgemein zugänglichen Statistiken über Demonstrationen und andere Formen demokratischer Betätigung, die die Vervielfachung dieser Aktivitäten seit den 60er Jahren zahlenmäßig deutlich machen könnten. Auch statistisch nachweisbar ist aber die Zunahme der Arbeiterkämpfe, die in Wirklichkeit freilich noch wesentlich größer ist, als es die offiziellen Streikzahlen (*Tabelle 7*) erkennen lassen.

Die Veränderung des parlamentarischen Kräfteverhältnisses und solche unverkennbar positiven politischen Entwicklungen wie die Wende vom kalten Krieg zur Entspannung sind mit der Belebung außerparlamentarischer Aktivitäten und mit dem darin zum Ausdruck kommenden Stimmungswandel in Teilen der Bevölkerung — vor allem der jüngeren Generation — untrennbar verbunden. Um nur einige besonders wichtige konkrete Beispiele zu nennen: Die demokratischen Massenaktionen der späten 60er und der frühen 70er Jahre haben einen unverzichtbaren Anteil daran, daß die CDU/CSU von den Hebeln der zentralen Regierungsgewalt verdrängt, daß der NPD

25 Vgl. Allensbacher Jahrbuch..., Bd. VI, S. 38. Insgesamt ist der regelmäßige Kirchenbesuch von 15 % auf 8 % bei den Protestanten und von 559% auf 34 % bei den Katholiken zurückgegangen.

26 Vgl. FAZ, 2.10.1978

27 Vgl. Statistisches Jahrbuch für die BRD 1962, S. 162; 1974, S. 157; 1980, S. 549

Tabelle 7: Streiks und Aussperrungen 1949-80²⁸

	Jahresdurchschnitt in 1 000		
	1949-60	1961-70	1971-80
Streikende bzw. Ausgesperrte	123	98	184
Streik- bzw. Aussperrungstage	846	322	1 168

der Einzug in den Bundestag verwehrt, daß das von den USA geforderte militärische Engagement der Bundesrepublik in Vietnam verhindert werden konnte, daß schließlich die Ostverträge unterzeichnet und ratifiziert wurden.

Die Belebung des außerparlamentarischen Kampfes in jenen Jahren vollzog sich auf der Grundlage einer im wesentlichen nach wie vor stabilen und dynamischen Wirtschaftsentwicklung. Die Krise von 1966/67 schien nur ein kurzfristiger „Betriebsunfall“ gewesen zu sein. Gegen Mitte der 70er Jahre begann sich die ökonomische Situation jedoch wesentlich zu verändern. Was Ende 1973 in Gestalt des „Ölpreisschocks“ und 1974/75 in Form der zweiten Rezession in der Geschichte der Bundesrepublik zutage trat, erwies sich sehr schnell als Ausdruck einer grundlegenden Verschlechterung der allgemeinen Existenz- und Entwicklungsbedingungen des bundesdeutschen Kapitalismus.

Im Verlauf von etwas mehr als einem halben Jahrzehnt sind für die Bevölkerung unseres Landes eine ganze Reihe kapitalistischer Übel Dauererscheinungen geworden, die ihr bislang nur kurzfristig oder vom Hörensagen bekannt waren: Massenarbeitslosigkeit und inflationäre Geldentwertung, Bildungsmisere und Wohnungsnot, Energie- und Umweltprobleme, Krise der Staatsfinanzen und der Außenwirtschaftsbeziehungen. Dieses Offenbarwerden von tiefgreifenden Krisenerscheinungen hat auf viele arbeitende Menschen zunächst eher lähmende Wirkungen gehabt. Ebenso ist die seit Mitte der 70er Jahre zunehmend aggressiver werdende antikommunistische, antisowjetische und entspannungsfeindliche Propaganda nicht ohne Wirkungen geblieben.

Insgesamt kam es auch zu einem gewissen Abebben antikapitalistischer, sozialistischer Stimmungen in der jungen Generation²⁹, man sprach sogar von einem neuen Trend des Konservatismus. Seit Ende 1974 glaubten konservative Kommentatoren, eine neue „Grundwohle“ zu erkennen: „...die Quote derer, die den heraufziehenden Sozialismus als eine Gefahr ansehen, ist innerhalb von zwei Jahren von 19 auf 29 Prozent hinaufgeschneilt. ...Die Sorge vor dem heraufziehenden Sozialismus... hat in der Bevölkerung in gleichem Maße zugenommen, wie die ostpolitischen Illusionen dahinschwanden: eine bemerkswerte Parallelität. Die kausale Verknüpfung beider Entwicklungen ist

28 Quellen: Kurt Steinhaus, Streiks in der Bundesrepublik 1966—1974, Frankfurt 1975, S. 13 f.; Statistisches Jahrbuch für die BRD 1976, S. 161; 1978, S. 107; Wirtschaft und Statistik, Nr. 2/1981, S. 98. Die offizielle Statistik berücksichtigt spontane Streiks und Warnstreiks, die seit 1969 besonders stark zugenommen haben, kaum. Vgl. hierzu die Berechnungen und fortlaufenden Statistiken in der Reihe „Soziale Bewegungen — Analyse und Dokumentation des IMSF.“

29 Vgl. etwa: Die Einstellung der jungen Generation zur Arbeitswelt und Wirtschaftsordnung 1979. Studie im Auftrag des Jugendwerks der Deutschen Shell, München 1980, S. 69

unübersehbar.“³⁰ Aus einem solchen Blickwinkel erschien die Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre zutage getretene Tendenz einer Linksentwicklung in Teilen der Jugend nur eine kurze Episode gewesen zu sein: „Es war einmal schick, links zu sein, marxistisches Vokabular zu benutzen. ...Aber so ist es nicht mehr.“³¹

Derart problemlos sind die Dinge für die Bourgeoisie jedoch seither keineswegs gelaufen: Die konsequenten Linkskräfte konnten — was auch in der positiven Entwicklung der SDAJ und des MSB Spartakus zum Ausdruck kommt — ihre Positionen unter der Jugend behaupten und teilweise ausbauen. Außerdem entwickelten sich in der jungen Generation — zunächst vor allem aus Massenaktionen gegen Kernkraftwerke heraus — neue demokratische Kräfte, die sich ideologisch und politisch stark von den außerparlamentarischen Bewegungen der späten 60er und frühen 70er Jahre unterscheiden, deren objektiv antiimperialistische und antimonopolistische Stoßrichtung gleichwohl unübersehbar ist.

Sicherlich sind jene Strömungen, die sich seit Ende des vergangenen Jahrzehnts unter der Bezeichnung „ökologisch“, „grün“, „bunt“ oder „alternativ“ zu formieren begonnen haben, sehr heterogen. Größtenteils haben sie bisher mit der marxistischen Theorie und der revolutionären Arbeiterbewegung noch kaum Berührung gehabt. Aber das muß ja nicht so bleiben. Und Tatsache ist, daß hier sehr massiv Protest gegen die Lebensfeindlichkeit des staatsmonopolistischen Systems angemeldet wird. Tatsache ist weiterhin, daß es bei diesen neuen Strömungen und Bewegungen die Tendenz gibt, sich in die großen politischen Auseinandersetzungen unserer Zeit, vor allem in den Kampf für den Frieden, einzuschalten. Und dabei wirken sie zunehmend gemeinsam mit anderen Kräften der demokratischen und Arbeiterbewegung, mit Kommunisten und Sozialdemokraten, mit Gewerkschaftern, mit Christen und Liberalen.

Alles in allem kann man zu Beginn der 80er Jahre feststellen, daß der Kampf der demokratischen Kräfte einen neuen Aufschwung erlebt. Davon zeugt vor allem die Tatsache, daß im Widerspruch gegen die Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen „Friedenswillen in zunehmendem Maße in konkrete Friedensaktivität um (schlägt)“, daß sich „eine breite Friedensbewegung... entwickelt“ hat: „eine Bewegung neuer Dimensionen, eine Bewegung vielfältiger Kräfte, eine Bewegung mit einer unübersehbaren Ausstrahlungskraft“.³² Aber nicht nur „Friedens-Verstiegenheit“ — wie die Reaktion die Friedenssehnsucht der Menschen denunziert³³ — macht sich in der Bundesrepublik breit: es gibt auch eine wachsende Bewegung für die konkrete Verteidigung sozialer und demokratischer Rechte.³⁴ Kurz gesagt: Innerhalb der Bevölkerung, auch unter den Anhängern der Bundestagsparteien, gibt es eine Tendenz des Aufbegehrens gegen die Politik der Herrschenden, wächst die Bereitschaft, die eigenen Interessen zur Gel-

30 FAZ, 4.11.1974

31 Ebd.

32 Alles für den Frieden! Die sozialen und demokratischen Rechte verteidigen! Bericht des Parteivorstands der DKP an den 6. Parteitag (Hannover, 29.—31.5.1981), Berichterstatter: Herbert Mies, S. 9.

33 Vgl. FAZ, 9.7.1981.

34 Dabei ist nicht nur die Entwicklung neuer Bewegungen (wie etwa die der Instandbesetzer) festzuhalten, sondern auch eine wachsende Aktivität auf „traditionellen“ Kampffeldern, etwa im betrieblich-gewerkschaftlichen Bereich: so beteiligten sich im März/April 1981 an Warnstreiks in der Metallindustrie annähernd 3 Millionen Arbeiter und Angestellte aus über 7 600 Betrieben.

tung zu bringen. In der Tat: „Zwischen Führung und Fußvolk tun sich in existentiellen Fragen tiefe Klüfte auf.“³⁵

Was hat die „Führung“ dem „Fußvolk“ zu bieten? „Nach Jahrzehnten, in denen die Zukunft in strahlendem Licht erschien, ist dieses Land in ein anderes Zeitalter eingetreten. ...Vor allem sind die goldenen Jahre des ständigen Fortschritts im sozialen Bereich vorbei. ...Jetzt müssen alle Bürger, statt immer wieder Ansprüche zu stellen, zum Verzicht bereit sein.“ Der Schreiber dieser Zeilen hat so unrecht nicht, wenn er fortfährt: „Solche Schwellen in der geschichtlichen Entwicklung sind nicht ungefährlich. Neuen Maximen zu folgen fällt den Menschen schwer, vor allem wenn das Wohlbefinden darunter leidet.“³⁶

Die „neuen Maximen“, die das krisengeschüttelte kapitalistische System anzubieten hat, sind wahrlich alles andere als attraktiv. Die Menschen, deren Interessen in einen zunehmenden Gegensatz zu diesem System geraten, haben allen Grund, nach Alternativen Ausschau zu halten. Letztlich kann das nur eine Alternative sein, „die im Einklang steht mit der grundlegenden Gesetzmäßigkeit unserer Epoche: mit dem Vorstoß der Völker vom historisch überlebten kapitalistischen Ausbeutersystem zu der wahrhaft demokratischen und menschlichen Gesellschaftsordnung des Sozialismus.“³⁷

35 FAZ, 3.2.1981

36 FAZ, 19.2.1981

37 Programm der Deutschen Kommunistischen Partei. Beschlossen vom Mannheimer Parteitag der DKP, 20.–22.10.1978, S. 6

Das Staatsbewußtsein der Arbeiter in der BRD

Harald Werner

1. Das Dilemma der Empirie in der Bewußtseinsforschung — 2. Welchen Rückhalt hat der Staat im Bewußtsein der Arbeiter? — 3. Die doppelte Gestalt des Staatsillusionismus

Trotz anhaltender und sich gar vertiefender Krisenerscheinungen zeichnet sich das politische System der BRD durch relative Stabilität aus. Die Institutionen des Staates, die öffentlichen Rituale, mit denen hierzulande die ideologische Vergesellschaftung betrieben wird, haben beim übergroßen Teil der Bevölkerung nicht an Wirksamkeit verloren. Und obwohl in den „staatstragenden Parteien“ selbst die Widersprüche zunehmen und sich in die selbstbewußten Tagesschau-Bekundungen der staatlichen Repräsentanten Züge von Resignation einzuschleichen beginnen, scheint deren integrierende Kraft ungebrochen. Sieht man von den Klagen der herrschenden Parteien über die Staatsverdrossenheit der Jugend ab, so ist die Massenloyalität und insbesondere die der Arbeiterklasse offenbar unerschüttert. Nicht zuletzt die scheinbare Loyalität der Arbeiterklasse, ihre Identifikation mit dem bürgerlichen Staat und seinen Institutionen, haben deshalb in den vergangenen Jahren innerhalb der Linken zu einer Staatsdiskussion geführt, in der die Frage nach den spezifischen ideologischen Vergesellschaftungsformen des bürgerlichen Staates eine entscheidende Rolle einnimmt. Insbesondere die Gramsci-Diskussion zeigt überaus deutlich, wie stark das analytische Bemühen ist, jene Elemente des subjektiven Faktors auszumachen, die die Verankerung der bürgerlichen Staatsideologie im Massenbewußtsein bewirken.¹

Die Rezeption der Gramsci-Texte hat im wesentlichen dazu beigetragen, undifferenzierte Vorstellungen vom Staat als bloßem Gewaltapparat oder als blindem ökonomischem Reflex zu überwinden. Es scheint wichtig, die verschiedenen Ebenen analytisch zu erfassen, die den gesamten Überbau ausmachen, weil diese Ebenen, wie etwa Parteien, Gewerkschaften, Interessenverbände und die zahlreichen öffentlich-rechtlichen Institutionen, eine Nahtstelle zwischen dem bilden, was bei Gramsci einerseits als „politische Gesellschaft“ und andererseits als „bürgerliche Gesellschaft“ in Erscheinung tritt.²

Die Einführung neuer analytischer Begriffe ist freilich oft genug mit dem Auftauchen neuer Probleme verbunden. So auch in diesem Fall, wenn die Differenzierung der Staatsvorstellung bis an die Grenze materialistischer Analyse geht, wenn der Staat mystifiziert und die Grenze zwischen objektivem Sein und Bewußtsein verwischt wird und das Staatsbewußtsein als Demiurg des Staates in Erscheinung tritt. So schreibt etwa Michael Jäger einerseits völlig richtig: „dieser Staat kann als Macht über die Individuen nur existieren indem er nicht bloß äußerliche Gewalt ist, sondern in die Individuen selbst hineingeht...“³ Andererseits geht seine Vorstellung dieses Prozesses so weit, daß

1 Vgl. dazu: Karin Priester, Zur Staatstheorie bei Antonio Gramsci, Argument 104, S.515ff

2 Ebenda, S.524

3 Michael Jäger, Marxistische Staatstheorie, Argument 124, S.801

er sich fragt: „wo fängt der Staat eigentlich an und wo hört er auf?“⁴ Die „Substantialität“ des Staates besteht für *Jäger* darin, daß er in den Individuen wurzelt — und dies deshalb, weil jeder, der sich mit dem Staat einläßt, sich in ihm auflöst „wie in einer Säure“.⁵ Zweierlei ist an diesem vordergründig bestehenden Bild falsch und für die weitere Analyse irreführend. Erstens die mechanistische, die Dialektik begrabende Betrachtungsweise, und zweitens, daraus folgend, die Widerspruchsfreiheit des Ergebnisses.

Jäger benutzt in seiner Beweisführung den Zusammenhang von Kirche und Religion und kommt zu dem Schluß, „daß nicht die Kirche die Religion, sondern die Religion die Kirche“⁶ schafft. Was unterbleibt ist freilich die Antwort darauf, was die Religion schafft. Indem er diese Antwort schuldig bleibt, und die Kirche aus dem religiösen Bewußtsein entstehen läßt, verschafft er sich die notwendige Ausgangsposition, um im Analogieschluß zu fragen, ob denn nicht auch der Staat auf diese Weise zur Existenz kommt. Verkürzt gesagt und in aller Konsequenz zu Ende gedacht: Das religiöse Bewußtsein schafft die Kirche, das Staatsbewußtsein schafft den Staat. Wohlgermerkt, nicht daß *Jäger* hier objektiver Idealismus unterstellt werden sollte; was er nur vernachlässigt, das ist die bestimmende Seite materieller Verhältnisse, und dies nicht nur als bloße ökonomische Struktur, sondern als wirkliche Lebensverhältnisse, die insbesondere die Arbeiterklasse in ein Verhältnis zum Staat setzten, das sehr wohl die Grenze zum Staat erkennen läßt. Denn von der Klassenlage des Proletariats aus betrachtet, sind die objektiven Möglichkeiten, im Staat wie in einer Säure aufzugehen, trotz aller Vergesellschaftungsprozesse nach wie vor nicht gegeben. Wenn rechte Sozialdemokraten oder opportunistische Gewerkschaftsfunktionäre Opfer dieses Vorgangs werden, dann ist das nicht die Regel, sondern eher eine folgenschwere Ausnahme, die wohl eine Seite der Aufrechterhaltung bürgerlicher Herrschaft, nicht aber deren Begründung zeigt.

Für die Masse der arbeitenden Bevölkerung gilt, daß sie nicht etwa den Staat aus ihrem Bewußtsein entstehen läßt, wie die Kirche stets aufs neue aus der Religiösität entsteht, weil eben die Bedingungen der Religiösität gegeben sind, sondern für sie gilt, daß sie den Staat duldet, weil ihr objektive Verhältnisse gegeben sind, die die gedankliche Antizipation unterdrücken. So ist denn auch das Staatsbewußtsein der Arbeiter eher vom Mangel an Antizipation politischer Herrschaft als von Zustimmung zur bestehenden Herrschaft geprägt. Eine Aussage, die im folgenden zu beweisen sein wird, die aber scheinbar im Gegensatz zur empirischen Bewußtseinsforschung und natürlich im Gegensatz zur Alltagserfahrung steht, die sich in diesem Fall freilich auf nichts mehr als auf das im vierjährigen Turnus ablaufende Wahlverhalten stützen kann.

Um dem tatsächlichen Bewußtsein der Arbeiter vom Staat auf die Spur zu kommen, sollen im folgenden drei Schritte unternommen werden: Als erstes gilt es, die empirischen Vorgehensweisen zu überprüfen, die bestimmte Grundannahmen über das Bewußtsein der Arbeiter vom Staat geprägt haben und die zweifelsfrei auch ihren Niederschlag in den theoretischen Ausführungen über die Perpetuierung bürgerlicher Herrschaft finden. In einem zweiten Schritt gilt es zu hinterfragen, wie loyal tatsächlich die Arbeiterklasse der BRD gegenüber dem bürgerlichen Staat ist und wie weit aus ihrem Bewußtsein die Herrschaft dieses Staates erwächst. Drittens gilt es, jenen ebenfalls

4 Ebenda, S.802

5 Ebenda, S.801

6 Ebenda

scheinbar empirisch gesicherten Begriff des Staatsillusionismus zu prüfen, der immer wieder die Diskussion des Arbeiterbewußtseins in der BRD beherrscht.

1. Das Dilemma der Empirie in der Bewußtseinsforschung

Die meisten jüngeren Arbeiten zum Arbeiterbewußtsein stützen sich auf empirische Erhebungen. Der leichtere Zugang und die größere Verbreitung von EDV-Anlagen sowie das Vorhandensein relativ problemlos zu handhabender Programme haben der empirischen Bewußtseinsforschung neue Möglichkeiten eröffnet, die von vornherein zu begrüßen sind, von sich aus aber keine Erkenntniserweiterung bringen. Setzt man eine regelmäßige Beziehung zwischen individuellem Bewußtsein und den bedingenden Faktoren von objektiver Realität, subjektivem Faktor und gesellschaftlicher Praxis voraus, dann muß das Hauptgewicht der Forschung auf die begriffliche Erfassung des Gegenstandes sowie auf die Erfassung des Tätigkeitszusammenhangs gesetzt werden, innerhalb dessen sich der Gegenstand im Bewußtsein widerspiegelt. Erst aus der begrifflichen Klärung des Gegenstandes und aus der Entschlüsselung der Aufbaugesetze von Bewußtseinsinhalten lassen sich Erhebungsinstrumente entwickeln und Daten interpretieren. Bezieht sich empirische Bewußtseinsforschung auf den Marxismus-Leninismus, dann muß sie die Verbindung von Theorie und Empirie auf eine Weise herstellen, wie sie *Marx* in der Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie als Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten gekennzeichnet hat.⁷ Innerhalb dieser Methode kann der empirischen Erhebung von sprachlichen Reflexen nur dann ein Erkenntniswert zugesprochen werden, wenn diese mit der begriffenen Struktur des Widerspiegelungsgegenstandes und den Verarbeitungsformen des Bewußtseins konfrontiert werden. Das irrliehende Medium Sprache kann nur verstanden werden, wenn die Zusammenhänge begriffen sind, aus denen es entsteht.

Von daher verbietet es sich für unsere Analyse des Staatsbewußtseins, aus empirischen Verteilungen, denen diese begriffliche Klärung nicht vorausgegangen ist, auf Inhalte von Bewußtsein zu schließen. Das gilt für die kritiklose Übernahme von Ergebnissen der bürgerlichen Demoskopie, die mit ihrem Verständnis von Gesellschaft und Politik den Interviewpartnern Antworten abpreßt, die mehr von der ideologischen Frage denn vom tatsächlichen Bewußtseinsinhalt des Befragten strukturiert werden. Dieser Vorbehalt gilt aber auch für die meisten Bewußtseinsanalysen linker Sozialforscher, die sich von Allensbach meist nur dadurch unterscheiden, daß sie den Antwortvorgaben andere Alternativen zuordnen. Nicht nur, daß den Fragebögen oder Interview-Leitfäden die theoretische Begründung der sprachlichen Reize fehlt, oft genug werden auch noch kritiklos Fragen aus der bürgerlichen Meinungsforschung übernommen, deren erkenntnisbegrenzende Syntax den Interviewpartner in die Schablone bürgerlicher Bewußtseinsformen zwingt.

In der Bewußtseinsforschung gibt es eine fatale Traditionsbildung; die einmal eingeführten Fragen, die sich auf bestimmte Dimensionen des Bewußtseins richten sollen, werden von einer Untersuchung zur anderen weitergereicht, ohne daß deren Validität jemals theoretisch begründet worden wäre. So stellt sich nun die unbehagliche Frage, ob denn die empirische Bewußtseinsforschung überhaupt mehr erfaßt als die Reaktion

⁷ Karl Marx, Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 13, S.631f.

auf ein sich selbst perpetuierendes Fragenensemble, dessen realer Bezugspunkt nicht im Arbeiterbewußtsein, sondern im Bewußtsein der Sozialforscher über das Arbeiterbewußtsein liegt. Selbst dort, wo die Form des offenen Interviews gewählt wird, „um die Dominanz kategorialer Vorgaben seitens des Forschers möglichst gering zu halten“⁸, werden zum Zwecke der Quantifizierung dem sprachlichen Material nachträglich Nominalskalen übergestülpt, die alle Differenzierungen wiederum unter Prozentverteilungen begraben. So reduzieren *Kudera u. a.* in der zitierten Untersuchung das staatsbürgerliche Bewußtsein der Arbeiter auf sechs Typen, deren Kategorisierung nicht minder erkenntnishemmend ist als die Verwendung standardisierter Fragebögen.⁹ Die aus den Widersprüchen in den Antworten aller Befragten erkennbaren Entwicklungsformen des Bewußtseins werden damit nachträglich eliminiert und in eine Skala gepreßt, in der nur noch einer Klasse, nämlich dem so bezeichneten „gespaltenen Bürger“, widersprüchliches Begreifen als konstitutives Bewußtseinsmerkmal zugeordnet wird.

Für die erwähnte wie für andere Untersuchungen auch läßt sich obendrein feststellen, daß, allem Vorbehalt gegenüber der positivistisch bestimmten Empirie und ihren Methoden zum Trotz, aus quantitativen Verteilungen Rückschlüsse auf Entwicklungsrichtungen des Arbeiterbewußtseins gezogen werden.¹⁰ Doch während die Positivisten zumindest noch Probleme der Repräsentativität, der Reliabilität und der Signifikanz vor die quantitative Beweisführung schalten, hat sich bei linken empirisch arbeitenden Sozialforschern teilweise eine methodische Leichtfertigkeit herausgebildet, die auch nicht mit der Einschränkung zu entschuldigen ist, daß es sich nur um „vorsichtige Tendenzaussagen“ handele. Schlußfolgerungen, die sich auf prozentuale Überrepräsentanzen stützen, ohne daß die Signifikanz der Unterschiede nachgewiesen wird, sind nicht nur methodisch fragwürdig, sie sind falsch.¹¹

Ähnliche Fehler bei der Handhabung empirischer Methoden lassen sich in den meisten Untersuchungen feststellen. So werden bei *Kudera u. a.* zweidimensionale Verteilungen vorgenommen, obwohl die Stichprobe so klein ist, daß einzelne Klassen nur noch mit einem Befragten besetzt sind, was die Autoren nicht hindert, diesem auch noch einen Prozentwert von 3 zuzuordnen. In der Studie von *Kern/Schumann* werden Ordinalskalen, für die nur begrenzte statistische Berechnungen zulässig sind, in Intervallskalen transformiert, damit metrische Korrelationen und sogar Faktorenanalysen durchgeführt werden können.¹² All diese Fehler begründen nicht nur das Unbehagen, das einen beschleichen muß, wenn man die Aussagen der einzelnen Studien wertet, dieses Unbehagen richtet sich auch auf die gesamte empirische Bewußtseinsforschung, da die so gewonnenen Dateninterpretationen wiederum die Ausgangshypothesen für die folgenden Untersuchungen abgeben. Mehr als durch den wirklichen sozialen Lebensprozeß der Arbeiter und die begriffliche Fassung der Bewußtseinsprozesse lassen sich

8 Werner Kudera u. a.: Gesellschaftliches und politisches Bewußtsein von Arbeitern, Frankfurt/M. 1979, S.18

9 Ebenda S.269

10 Ebenda S.344

11 Kritisch sind unter diesem Gesichtspunkt auch die folgenden Untersuchungen zu werten: Walter Nickel, Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Gewerkschaft, Köln 1974 und Christiane Bierbaum u. a., Ende der Illusionen? — Bewußtseinsänderungen in der Wirtschaftskrise, Köln 1977

12 Horst Kern / Michael Schumann, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Frankfurt/M. 1973, Teil II, S.205

die meisten Forscher bei ihrer Hypothesenbildung durch Stereotype beeinflussen, die von den Klassikern der Bewußtseinsforschung in die wissenschaftliche Diskussion eingeführt wurden. Empirisch gewonnene Begriffe wie die der „instrumentellen Arbeitsorientierung“ von *Goldthorpe u. a.*, des „dichotomischen Gesellschaftsbildes“ von *Po-pitz/Bahrdt* oder der von *Kern/Schumann* unterstellte „Zerfall kollektiven Bewußtseins“ erweisen sich zunehmend als erkenntnishemmende Kategorien, die, obwohl empirisch auffindbar, das Wesen der Bewußtseinsprozesse nicht erfassen.

Meiner Auffassung nach kann die Bewußtseinsforschung dem Dilemma nur entgehen, wenn sie einerseits in der empirischen Erfassung ihres Gegenstandes vielfältigere Methoden anwendet und andererseits ihre Kategorien und Begriffe nicht aus dem empirischen Erscheinungsbild, sondern aus der theoretischen Erfassung dessen gewinnt, was sie beobachtet. Die Fixierung empirischer Erscheinungen wie deren Quantifizierung lassen keine Aussagen über wesentliche Sachverhalte oder gar über Entwicklungstendenzen zu, da gerade das Neue oder Wesentliche im Bewußtsein nicht als Durchschnitt, als Konzentration, sondern als Abweichung, als Widerspruch und als Ausnahme in Erscheinung tritt.¹³

Bei der Bestimmung der theoretischen Voraussetzungen, die der empirischen Bestimmung von Bewußtseinsinhalten vorausgehen müssen, wurden oben zwei Anforderungen genannt: Erstens die Analyse des sich im Bewußtsein wiederspiegelnden Gegenstandes und zweitens die Analyse der Praxis, des Tätigkeitszusammenhangs, innerhalb dessen Widerspiegelung stattfindet. Beide Voraussetzungen knüpfen sich sowohl an die Entwicklung des Erhebungsinstruments als auch an die Methode der Dateninterpretation. Doch das Aufsuchen jener Handlungsstrukturen, die ein Individuum, eine Gruppe oder Klasse gegenüber dem zu erkennenden Objekt entwickelt und welche erst den Schlüssel zum Verständnis seiner Widerspiegelungsformen liefert, kommt in den meisten Bewußtseinsuntersuchungen zu kurz. Das Bewußtsein aber spiegelt nicht den bloßen Gegenstand, sondern seine Tätigkeit im Zusammenhang mit dem betreffenden Gegenstand wider. So ist die Analyse des gegenwärtigen Staates zwar eine notwendige, bei weitem aber noch nicht hinreichende Voraussetzung für die Erfassung des Staatsbewußtseins. Wie im folgenden zu zeigen sein wird, führt gerade die Vernachlässigung des Tätigkeitsaspekts der Befragten und das Ausgehen vom vorgestellten Sinn ihrer Aussagen zu äußerst fragwürdigen Schlußfolgerungen über die Bewußtseinsinhalte.

2. Welchen Rückhalt hat der Staat im Bewußtsein der Arbeiter?

Die empirischen Untersuchungen des Staatsbewußtseins erheben in der Regel „politische Orientierungen“, um auf diese Weise Aussagen über das politische Handlungspotential machen zu können. So heißt es in der Studie von *Kudera u. a.*: „Die Frage der politischen Orientierung der Arbeiter ist zentriert um ihr Verhältnis zu den politischen Institutionen und zur bestehenden politischen Ordnung.“¹⁴ Dieses „Verhältnis“ wird dann abgeleitet aus gedanklichen Widerspiegelungen der Staats-tätigkeit beziehungsweise aus sprachlichen Äußerungen über die Rolle des Staates, das Handeln der Regierung und die individuelle Bewertung dieser Merkmale. Es erscheint aber mehr als fraglich, ob aus dem sprachlichen Verhal-

13 Vgl. dazu Frigga Haug, *Dialektische Theorie und empirische Methodik*, Argument 111, S.653

14 Kudera u.a., a.a.O., S.293

ten, denn nur dies wird hier erhoben, auf das „Verhältnis zu den politischen Institutionen“ geschlossen werden kann. Das Verhältnis zum Staat ist in erster Linie ein praktisches, das sich in Tätigkeit ausdrückt, und das gedankliche und letztlich damit das sprachliche Verhalten sind Reflexe dieses wirklich realen Verhältnisses, aus dem heraus auch nur die sprachlichen Reflexe zu verstehen sind. Aus den Bewußtseinsäußerungen an sich kann überhaupt nicht auf politisches Handlungspotential geschlossen werden, wenn nicht berücksichtigt wird, aus welchen Tätigkeitszusammenhängen heraus die sprachliche Bewertung vorgenommen wird.

In der oben zitierten Untersuchung etwa wird das „staatsbürgerliche Bewußtsein“ der Arbeiter in fünf Kategorien gefaßt: Der „*unpolitische Privatier*“, der „*Irrational-Distanzierte*“, der „*Kritisch-Distanzierte*“, der „*gespaltene Bürger*“ und der „*Staatsbürger*“.¹⁵ Die nominal benannten Klassen umfassen das gesamte „staatsbürgerliche Bewußtsein“ und damit zugleich das politische Handlungspotential zumindest der untersuchten Gruppen. Sind hier schon Zweifel angebracht, ob damit nicht dem vielfältigen, aus offenen Interviews stammenden sprachlichen Material Gewalt angetan wird, so verdichtet sich dieser Zweifel erst recht bei den Schlussfolgerungen, die die Autoren ziehen. Denn obwohl nach politischer Orientierung, also nach Zwecksetzung und nach Handlungspotential gefragt wird, zwingt die Beschreibung der fünf Bewußtseinsformen die Befragten in ein statisches Modell, dem jede Entwicklungsrichtung fehlt, das nur beschreibt und nichts erklärt.

Zusammenfassend beschreiben die Autoren ihre fünf gefundenen Bewußtseinsformen vom Staat wie folgt: „Der *Staatsbürger* läßt nicht davon ab, zumindest am Ideal der Versöhnung festzuhalten, der *gespaltene Bürger* und der *Kritisch-Distanzierte* drücken die nicht gelungene Versöhnung unmittelbar in der Konstitution ihres Bewußtseins aus. Der *Irrational-Distanzierte* und der *Privatistisch Orientierte* schließlich lassen den Widerspruch als unmittelbare Verkrüppelung des Bewußtseins erscheinen.“¹⁶ Die so beschriebenen Kategorien verharren auf der Ebene empirischer Begriffe, ihr theoretischer Gehalt ist gleich Null, weil das Wesentliche, nämlich der Entstehungszusammenhang der sprachlichen Äußerungen und damit ihr verallgemeinbarer Inhalt, ausgeblendet wird. Dennoch schlußfolgern die Autoren: „Im Ganzen kann mit einiger Wahrscheinlichkeit gesagt werden, daß die demokratische Ordnung in ihrer gegenwärtigen Gestalt auf einen Rückhalt bei der Mehrheit der Befragten rechnen kann.“¹⁷ Womit scheinbar ein weiterer empirischer Beweis für die dauerhafte Massenloyalität erbracht wäre, findet sich doch in der inhaltlichen Beschreibung der fünf „Formen staatsbürgerlichen Bewußtseins“ auch nicht die Spur fundamental antizipierenden Staatsbewußtseins.

Die Befragung wurde in zwei Betrieben der Investitionsgüterindustrie vorgenommen, die sich in mehrfacher Hinsicht voneinander unterscheiden. Während der Betrieb A eine ältere Belegschaft aufweist, ein niedrigeres Qualifikationsniveau erkennen läßt, weniger gewerkschaftlich organisiert ist und auch geringe Streikerfahrungen hat, zeigen sich im Betrieb B geradezu gegenteilige Strukturen. Gerade diese subjektiven Faktoren hätten in der Frage des Staatsbewußtseins eine noch größere Differenzierung zwischen den beiden Belegschaften vermuten lassen. Eine Erwartung, die an anderen Stellen und bei präziseren, auf die unmittelbare Erlebniswelt der Befragten gerichteten Interview-

15 Ebenda, S.292

16 Ebenda, S.293

17 Ebenda, S.348

teilen auch erfüllt wird. Hier zeigen sich deutlicher abweichende Bewußtseinsinhalte zwischen den beiden Belegschaften als in der folgenden Tabelle.

*Formen staatsbürgerlichen Bewußtseins*¹⁸

	Betrieb A (N = 87) %	Betrieb B (N = 96) %
Der unpolitische Privatier	20	13
Der Irrational-Distanzierte	26	10
Der Kritisch-Distanzierte	13	23
Der „gespaltene“ Bürger	29	36
Der Staatsbürger	13	19
Summe	101 (= 100)	100

Greift man allerdings die wörtlichen, ebenfalls in der Untersuchung zitierten Aussagen der Arbeiter mit anderen Begriffen, nämlich mit Begriffen, die theoretisch sinnvoll sind, dann kommt man zu völlig gegensätzlichen Schlußfolgerungen. Die „irrationale Distanz“ erweist sich nicht als eine „Verkrüppelung des Bewußtseins“, sondern als durchaus zutreffende Widerspiegelung verkrüppelter Verhältnisse, die ihren Ursprung nicht im Bewußtsein der Arbeiter, sondern im wirklichen staatlichen und politischen Lebensprozeß dieser Gesellschaft haben. Auch der angeblich „privatistisch orientierte“ Arbeiter hat keine seinem Bewußtsein entspringende Orientierung auf das Private, sondern was die Autoren als eine solche Orientierung ausgeben, ist nichts anderes als eine reale, mit vielfältigen Mitteln erzwungene Begrenzung des Arbeiters auf sein Privatleben. In den Antworten spiegelt sich keinesfalls verminderte Handlungsbereitschaft wider, sondern lediglich die zutreffende Einsicht in mangelnde Handlungsmöglichkeiten.

Nun könnte darauf geantwortet werden, für die empirische Analyse sei nur das Feststellen der tatsächlich vorhandenen Bewußtseinsinhalte maßgeblich, die Frage, was das Ursprüngliche und was das Abgeleitete sei, sei damit nicht beantwortet worden. Wer jedoch so mit empirisch erfaßten Merkmalen operiert, gerät in bedenkliche Nähe zum Positivismus, dem ja ebenfalls die Erscheinung das Wesentliche ist und der die Frage nach Entwicklungstendenzen über das Vermeiden der Frage nach den Ursachen ausblendet. In der zitierten Untersuchung kommt jedoch hinzu, daß gerade aus der empirischen Erscheinung Entwicklungstendenzen abgeleitet werden, daß also keineswegs bei der bloßen Feststellung stehengeblieben wird. Erstens verrät die Kategorisierung eine Ursache und Wirkung der entsprechenden Bewußtseinsformen einschließende Wertung und zweitens wird diese Wertung auch explizit vorgenommen. Denn wie anders soll man die Aussage beurteilen, „daß die demokratische Ordnung in ihrer gegenwärtigen Gestalt auf einen Rückhalt bei der Mehrheit der Befragten rechnen kann.“ Die Loyalität gegenüber dem bürgerlichen Staat und seinen Institutionen, die damit unterstellt wird, erweist sich bei genauer Betrachtung aber als Einsicht in die eigene politische Rolle, als durchaus bewußte Verarbeitung gesellschaftlicher Machtstrukturen, im

¹⁸ Ebenda, S.292

negativen Fall als Resignation, in fast keinem der zitierten Interviews jedoch als Zustimmung zur Funktion und zur Struktur des politischen Systems.

Der „unpolitische Privatier“, der in der zitierten Untersuchung in einem Betrieb mit 20 Prozent und im anderen mit 13 Prozent vertreten ist, wird von den Forschern als „unpolitisch“ eingestuft, da sein „bestimmender Zug“ angeblich „Desinteresse an allem, was mit Politik zu tun hat“ ist.¹⁹ Dabei werden von dieser Gruppe Antworten wie die folgenden zitiert: „Na ja, politische Parteien, Aufgaben... darüber kann ich eigentlich nichts sagen... die machen sowieso was sie wollen./Ich habe kein richtiges Interesse an der Politik, weil die sowieso machen, was sie wollen./Weil wir allgemein gar nix zu sagen haben. An wen soll ich mich, wenn ich was zu sagen hab, an wen soll ich mich wenden, an wen?? Ich kann doch net von hier aus raufgehen zum Bürgermeister, weiß genau, daß der SPD ist.“²⁰ Von diesem so definierten Bewußtseinstyp zu sagen, er sei unpolitisch, im Sinne einer loyalen Gleichgültigkeit oder halte sich zustimmend aus der politischen Sphäre heraus, ist sicherlich sehr gewagt. Stattdessen wird deutlich, daß selbst hinter solchen Aussagen wie „Politik – hören wir bloß auf damit“²¹ nicht, wie die Autoren meinen, Rückhalt für die „demokratische Ordnung in ihrer gegenwärtigen Gestalt“ steckt, sondern resignierte Ablehnung.

Nicht anders ist die Gruppe der angeblich „Irrational-Distanzierten“ zu bewerten, für die exemplarisch folgende Aussagen zitiert werden: „Wenn sie (sc. die Parteien) einmal an der Regierung sind, sehen sie die Interessen nicht mehr, für die sie sich vorher eingesetzt haben. Vorher werden immer Dinge versprochen und hinterher ... also ist das Volk hinters Licht geführt worden. / Wenn ein Arbeiter Minister ist, dann hat er es in vier Wochen vergessen, daß er mal Arbeiter war. Der vertritt da ja nur wieder die Interessen seiner Klasse, in der er jetzt ist.“²² Es leuchtet nicht ein, was an diesen Aussagen irrational sein soll, spiegeln sie doch treffend wider, was die Arbeiterklasse hierzulande seit Jahrzehnten mit sozialdemokratischen Ministern erfahren hat. Geradezu pejorativ ist dementsprechend das Urteil, das die Autoren über diesen Bewußtseinstyp fällen: „Der Bezug zur Politik ist nicht der der Reflexion, sondern der eines moralisch sich gebenden, durch Ressentiments bestimmten Sich-Ereiferns.“²³

Dem „kritisch-distanzierten“ Typ sagen die Autoren nach, daß ihm die Sphäre der Politik als eine erscheint, in der es allenfalls um andere Interessen, nicht aber um seine eigenen geht. Da der betreffende Bewußtseinstyp angeblich „aber bedingungslos seinen privaten Interessenstandpunkt vertritt, stellt sich ihm die Frage politischer Einflußmöglichkeiten nicht: er sucht keine, weil er sie nicht braucht.“²⁴ Auch diese Schlußfolgerung kontrastiert auffällig mit den exemplarischen Antworten, die die Verfasser zitieren. So kommt das bedingungslose Vertreten angeblich „privater Interessen“ darin zum Ausdruck, daß die Befragten deutlicher noch als die bisher zitierten Gruppen die Rolle des Staates als Erfüllungsgehilfe der Unternehmer kritisieren: „Es werden immer die Unternehmer bevorzugt, ich haben noch nie gemerkt, daß der Arbeiter bevorzugt wor-

19 Ebenda, S.280

20 Ebenda, S.281f.

21 Ebenda

22 Ebenda, S.283

23 Ebenda, S.285

24 Ebenda, S.287

den ist./ Das sind ja praktisch alles Unternehmer, was da in der Regierung sitzen."²⁵ Was hier als privater Interessenstandpunkt ausgegeben wird, erweist sich letztlich als Klassenstandpunkt, was auch die Autoren im Widerspruch zu ihren anderen Aussagen zugestehen, wenn sie schreiben: „Für diesen Typ steht in der Regel außer Frage, daß der Staat ein Unternehmerstaat ist und Politik in erster Linie deren Interessen dient."²⁶ Auch hier findet sich bei den Befragten keine Spur von Loyalität gegenüber dem bürgerlichen Staat, sondern eher eine besonders scharf formulierte Kritik an seinen Institutionen, insbesondere den Parteien. Und wenn die Verfasser zu dem Schluß kommen, daß diese Arbeitergruppe keine Einflußmöglichkeiten sucht, dann nicht, weil sie glaubt, sie nicht zu brauchen, sondern weil sie sich besonders ausdrücklich auf starke und unabhängige Gewerkschaften als Mittel zur Durchsetzung von Arbeiterinteressen beruft.

Bedauerlicherweise unterbreiten die Autoren der Studie für den am stärksten vertretenen Bewußtseinstyp, den „gespaltenen Bürger“, die wenigsten sprachlichen Aussagen. Sind die zitierten Aussagen tatsächlich exemplarisch, dann kann diese Gruppe am ehesten als loyal gegenüber dem politischen System betrachtet werden, was etwa in der folgenden Antwort deutlich wird: „Es soll jeder seine Aufgabe erfüllen. Die Gewerkschaft, daß ihre Mitglieder zufrieden sind und die Partei, die soll so die Politik betreiben, daß ihre Bürger zufrieden sind, wenn die Partei an der Regierung ist.“²⁷

Als „Staatsbürger“ erscheint den Autoren ein Bewußtseinstyp, der „sowohl als Privatmann ein konkretes Bewußtsein seiner Interessenlage wie auch als Staatsbürger die Einsicht in die Notwendigkeit, seine Interessen öffentlich zu vertreten“²⁸ hat. Der hinter dieser Typisierung vermutete loyale Staatsbürger, der sich scheinbar von harmonistischen, durch Interessenausgleich bestimmten Gesellschaftsvorstellungen leiten läßt, verflüchtigt sich aber wiederum bei der Durchsicht exemplarisch zitierter Antworten; denn was diese Befragten zum Ausdruck bringen, ist in erster Linie die Einsicht in den Zusammenhang von sogenanntem Privatleben und Politik. So etwa in der folgenden Aussage: „Jedes Stück Brot, was wir essen, alles hängt mit Politik zusammen. Wenn ich mehr Geld verlange, ist es schon Politik.“²⁹ Harmonievorstellungen könnten bestenfalls aus solchen Aussagen abgeleitet werden, die das gewerkschaftliche Engagement in der Politik zwar bejahen, dennoch aber „die große Politik“ den Parteien zuschreiben. Völlig unverständlich bleibt, was die Autoren veranlaßt, diesem Bewußtseinstyp auf Interessenausgleich basierende Gesellschaftsvorstellungen unterzuschieben, wenn von ihnen gleichzeitig die folgenden offenbar typischen Antworten zitiert werden: „Die Unternehmer haben ja im Grunde die Macht in der Hand, da kann die Politik nicht viel dran ändern./ Die Industrie ist ohne weiteres in der Lage, einer Regierung, die ihr nicht genehm ist, solche Schwierigkeiten zu machen, daß die Regierung gezwungen ist, andere Gesetze zu machen.“³⁰

Beim letztgenannten, aber auch bei allen anderen Typen staatsbürgerlichen Bewußtseins, wie sie in der Untersuchung beschrieben werden, zeigen sich mehr oder minder

25 Ebenda, S.285

26 Ebenda,

27 Ebenda, S.287

28 Ebenda, S.289

29 Ebenda

30 Ebenda, S.290

klar formulierte Vorbehalte gegenüber dem bürgerlichen Staat und seinen Institutionen. Meiner Auffassung nach ist es nicht nur falsch, auf der Grundlage der zitierten Antworten dem einen oder anderen Typ eine stärker oder schwächer ausgeprägte Loyalität gegenüber dem bürgerlichen Staat zuzuschreiben, falsch ist überhaupt die Typisierung. Denn die Stereotype, mit denen der Staat als „Unternehmerstaat“ gekennzeichnet, die Abhängigkeit der Politiker und Parteien, aber auch der Regierung vom Willen des Kapitals beschrieben wird, durchziehen alle fünf Bewußtseinstypen. Sie sind das eigentlich wesentliche, das verbindende Moment innerhalb der befragten Arbeitergruppen. Die Bildung von Bewußtseinsklassen, sofern sie überhaupt zu bilden sind, hätte von diesem Merkmal und seiner unterschiedlichen Ausprägung ausgehen müssen. So aber begräbt die empirische Begriffsfindung das Wesentliche unter ihren Kategorien und erhebt sprachliche Besonderheiten zum kategorialen Merkmal, wo unschwer erkennbar ist, daß nicht der Bewußtseinsinhalt, sondern die sprachliche Präsentation den Unterschied bilden. So etwa bei der Differenzierung zwischen dem sogenannten „Irrational-Distanzierten“ und dem „Kritisch-Distanzierten“, die die Autoren auf der Grundlage geradezu oberlehrerhafter Sprachanalyse vornehmen. Denn was dort den wissenschaftlich ausgebildeten Forschern als „irrational“ erscheint, was sie veranlaßt, dieser Arbeitergruppe „moralisch gewendete Ressentiments“ zuzuschreiben, das sind klassenspezifische, von den Fragern unbegriffene Widerspiegelungsformen, die nicht schon dadurch irrational sind, also jenseits gedanklich durchdrungener Realitätserfassung liegen, daß sie in emotionale und vom subjektiven Erleben geprägte Ausdrucksformen gekleidet werden. Ganz offensichtlich wiederholt sich hier in der Bewußtseinsforschung ein Mißverständnis proletarischer Sprachformen, das schon in der Sozialisationsforschung den Begriff des „restringierten Code“ prägen half. Die sicherlich gegebenen Vorteile des offenen Interviews, die Chancen, die sich aus der Analyse nichtstandardisierter Antworten ergeben, werden dadurch vertan, daß das sprachliche Material an der Elle des akademischen Sprachgebrauchs gemessen wird.

So läßt sich auch eine Erklärung für die Überrepräsentanz des sogenannten Irrational-Distanzierten im Betrieb A der Untersuchung finden. Was den Autoren als irrational erscheint, ist ein deutlich weniger differenzierter Sprachgebrauch, der sich leicht erklären läßt, wenn die dort vorherrschende Qualifikationsstruktur, das Übergewicht älterer Befragter und die in diesem Zusammenhang anzunehmenden Schulabschlüsse als bedingende Variablen begriffen werden.

Bei der kritischen Lektüre der zitierten Untersuchung und bei der Interpretation der abgedruckten Statements ergeben sich völlig entgegengesetzte Schlußfolgerungen, wenn vom wirklichen Lebensprozeß der Arbeiter ausgegangen wird und vor diesem Hintergrund auch ihre sprachlichen Reflexionen über diesen Lebensprozeß betrachtet werden.

Der wirkliche Lebensprozeß, und dies umfaßt die verschiedenen Seiten dieses Prozesses in all seinen gesellschaftlichen Bezügen, schließt die Arbeiterklasse in der BRD von den politischen Handlungen weitgehend aus. Nach wie vor gilt, was *Marx* als das Wesen der bürgerlichen Demokratie erfaßte, daß sie den Unterdrückten alle Jahre einmal gestattet, darüber zu entscheiden, wer sie im Parlament ver- oder zertreten soll. Auch *Lenin* folgerte, daß die kapitalistische Ausbeutung die modernen Lohnsklaven so „bedrückt, daß ihnen ‚nicht nach Demokratie‘, ‚nicht nach Politik‘ der Sinn steht, so daß bei dem gewöhnlichen, friedlichen Gang der Ereignisse die Mehrheit der Bevölkerung von der

Teilnahme am öffentlichen und politischen Leben ausgeschlossen ist.“³¹ Der Verweis auf die formale Möglichkeit, der selbst schon zur die Verhältnisse absichernden Ideologie geworden ist, läßt die vielen nichtinstitutionalisierten, aber dennoch objektiv vorhandenen Beschränkungen außer acht, die politische Betätigung unterbinden. Selbst bürgerliche Veröffentlichungen kommen zu dem Schluß, daß die Wahrnehmung politischer Einflußmöglichkeiten durch Arbeiter und Angestellte objektiv schwerer wird.

Lenin führte 1917 vor, wie selbst in Deutschland, wo die Sozialdemokratie wie keine andere Partei die Legalität innerhalb der bürgerlichen Demokratie genutzt hatte und zur stärksten Partei geworden war, der Anteil der politisch aktiven Arbeiter gering geblieben war: „Eine Million Mitglieder der sozialdemokratischen Partei – von fünfzehn Millionen Lohnarbeitern!“³² Heute jedoch, unter weitaus günstigeren formalen Bedingungen, nach mehr als einem Jahrzehnt sozialliberaler Regierung und vielfältiger Mehrheit in Ländern und Städten zählt die Sozialdemokratie nicht wesentlich mehr Mitglieder, darunter aber nur noch 29 Prozent Arbeiter.³³ Betrachtet man die aktive Beteiligung der Arbeiter innerhalb der Sozialdemokratie, so wird die Diskrepanz zwischen formaler Möglichkeit, am politischen Leben teilzunehmen, und der tatsächlichen Repräsentanz in jener Partei, die noch immer die meisten Arbeiter in der BRD organisiert, noch deutlicher. Dem Arbeiteranteil von 29 Prozent steht eine Vertretung in den Vorständen auf Unterbezirksebene von 7,5 Prozent und auf Bezirksebene von 6,8 Prozent gegenüber.³⁴

Noch ungünstiger sieht die Situation in den Parlamenten aus, deren Statistik, so weit überhaupt vorhanden, nur noch deshalb Arbeiter ausweist, weil langjährig hauptamtliche Funktionäre mit ihrem erlernten Beruf geführt werden. Der rückläufige Arbeiteranteil bei den Bonner Parteien und die noch unter diesem Anteil liegende Repräsentanz in Vorständen und Parlamenten ist für sich genommen ein bedeutsames Element im subjektiven Faktor der BRD, das zwar von bestimmendem Einfluß auf die Entwicklung des politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse ist, das aber nicht aus ihm selbst heraus erklärt werden kann. Die Ursachen müssen in den Bedingungen der bürgerlichen Demokratie und in den Arbeits- und Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse gesucht werden. Erst dann läßt sich auch der Inhalt des politischen Bewußtseins, und darunter als besondere Seite das Bewußtsein vom Staat, erklären.

Die bürgerliche Demokratie schaltet den Arbeiter nicht mehr direkt durch formale Beschränkungen aus dem politischen Prozeß aus, sie produziert innerhalb ihres scheinbar offenen Herrschaftsapparates Bedingungen, die von vornherein selektiv wirken. Bei zunehmender Vergesellschaftung aller Lebensbereiche und daraus entspringender Komplexität politischer Prozesse gewinnen in den Parteien solche Qualifikationen an Bedeutung, die selbst wiederum nur im Staatsapparat entwickelt werden, wie etwa verwaltungstechnische, juristische und haushaltstechnische Kenntnisse. Die „Verbeamtung der Parlamente“ hat nicht nur eine dienstrechtliche, in der Bevorzugung der Staatsbeschäftigten begründete Ursache, sondern wurzelt in der Professionalisierung der Poli-

31 *Lenin, Staat und Revolution, Werke 25, S.474*

32 *Ebenda*

33 Vgl. Hartmut Klatt, *Die Verbeamtung der Parlamente*, Aus Politik und Zeitgeschichte, Beitrag zur Wochenzeitung *Das Parlament*, 11.11.80, S.33; *Staatsmonopolistischer Kapitalismus der Bundesrepublik Deutschland in Daten und Fakten*, hrsg. vom IMSF, Frankfurt/M. 1981, S.285ff

34 *Ebenda*

tik. So schreibt auch *Klatt* in der zitierten Untersuchung über die zunehmende Bedeutung, die höhere Beamte und qualifizierte Angestellte in der Politik haben: „Die Beherrschung sozialer Techniken gilt bereits als Voraussetzung für ihre Berufstätigkeit. Verwaltungsbeamte oder -angestellte höherer Ränge verfügen über politisch verwertbares Dienstwissen und in der Regel auch über technische Hilfsmittel (Telephon, Fotokopierer, Sekretärin), die für die Kommunikation und für die organisatorische Arbeit in der Partei von Vorteil sind.“³⁵

Im gleichen Maße, wie sich für die höheren Staatsbeschäftigten die Möglichkeiten verbesserten, den Staat selbst zu regieren, verschlechterten sich die Mitwirkungsmöglichkeiten der Arbeiter. Über fünf Millionen abhängig Beschäftigte, in ihrer Mehrzahl Gruppen der Arbeiterklasse, leisten regelmäßig Schichtarbeit. Für diese stark anwachsende Gruppe ist regelmäßige politische Arbeit unter den bestehenden Bedingungen erheblich erschwert, wenn nicht ausgeschlossen. Das Auseinanderreißen von Arbeits- und Wohnort, die Zunahme der Wegezeit, kommt als weitere Beschränkung für viele Arbeiter hinzu. Bei diesen ungleichen Ausgangsvoraussetzungen, im politischen Prozeß eine Rolle zu übernehmen, erweist sich die Rede von der Gleichheit der politischen Bürger als ideologische Waffe, die es gestattet, den Arbeitern selbst die Schuld für ihre mangelhafte politische Aktivität zuzuschreiben. Im Prinzip begehen diesen Fehler auch die Verfasser der oben zitierten Studien zum Arbeiterbewußtsein, indem sie diese objektiven Bedingungen übersehen und die Distanzierung von der Politik subjektivieren. Erst dadurch wird die Fehlinterpretation der Interview-Inhalte möglich, kann als „Privatisierung“, „schimpfendes Zurückziehen“ oder bewußte „Distanz“ gewertet werden, was lediglich Widerspiegelung wirklicher Verhältnisse ist. Völlig falsch wird das sprachliche Material aber erst recht gewertet, wenn aus der sich im Bewußtsein widerspiegelnden Beschränkung nicht nur Distanzierung, sondern gar Loyalität abgeleitet wird.

Zu ähnlichen Fehleinschätzungen des Sprachgebrauchs der Arbeiter und damit zur verkürzten Interpretation ihrer Bewußtseinsformen gelangen auch die Autoren der Studie „Ende der Illusionen?“. In ihrem Abschnitt über „die Vorstellungen vom politischen System“³⁶ heißt es: „Generell gibt es zwischen der Gesamtbevölkerung und den Lohnarbeitern des Kapitals keine großen Differenzen in der Beurteilung der Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland. Sie sind vom Kapital bestimmt und dennoch lebt man in der Bundesrepublik in einer stabilen Demokratie.“ Diese Aussage bezieht sich auf eine Fragenbatterie, innerhalb derer mehrere Statements zum politischen System der BRD zu bewerten waren. Darunter die beiden scheinbar gegensätzlichen: „Letzten Endes bestimmt das Kapital, was in der Politik gemacht wird. Erst wenn die Kapitalisten verschwunden sind, kann sich eine richtige Demokratie entwickeln“ und „Wir haben es in der Bundesrepublik mit einer stabilen Demokratie zu tun. Die beiden großen Parteien entsprechen auch der Meinung im Volk.“³⁷

Der scheinbar logische Widerspruch, der in der Zustimmung zu beiden Antwortvorgaben vermutet wird, ist nur erklärbar, wenn er nicht im Bewußtsein, sondern im bewußten Sein gesucht wird. Die Lebenswirklichkeit der Arbeiter, ihre Erfahrung mit dem bürgerlichen Staat zwingt zur Bejahung beider Antwortvorgaben. Einerseits erfah-

35 Ebenda

36 Bierbaum u.a., a.a.O., S.123ff

37 Ebenda, S.213

ren sie die Übermacht des Kapitals in der Politik, erkennen im staatlichen Handeln die erzwungene oder freiwillige Orientierung auf das Kapitalinteresse, und andererseits erfahren sie die BRD als „stabile Demokratie“. Dabei hat es den Anschein, daß die auf diese Weise scheinbar widersprüchlich antwortenden Arbeiter das Wort Demokratie klassenbewußter, nämlich als bürgerliche Demokratie verstehen, während die Fragebogenkonstrukteure auf ihre subjektive Wortbedeutung rekurrieren. Sie übersehen, daß für die Arbeiter Demokratie das ist, was man ihnen als Demokratie bezeichnet — und die ist in der BRD in der Tat überraschend stabil. Der zweite Satz im Antwortstatement aber, daß die beiden großen Parteien der Meinung im Volk entsprechen, kann die Zustimmung von jedem finden; es sei denn, er bezweifelt den Zusammenhang von Meinung und Wahlverhalten.

Die Autoren jedoch interpretieren die scheinbar gegensätzlichen Antworten als „Widerspruch in der Wahrnehmung der gesellschaftlichen Verhältnisse.“³⁸ Das ist in zweierlei Hinsicht falsch. Zum einen sind bei der Konstituierung des gesellschaftlichen Bewußtseins nicht die Wahrnehmungsleistungen widersprüchlich, sondern die Verhältnisse selbst, und zum anderen steckt in diesem Fall der Widerspruch nicht im Bewußtsein der Befragten, sondern im Fragebogen.

Überhaupt wird in der Literatur über das Arbeiterbewußtsein die Widerspruchskategorie geradezu inflationär benutzt. Es gehört bereits zur Methode der empirischen Bewußtseinsforschung, jede fehlende Konsistenz statistischer Ergebnisse als Widerspiegelung eines Bewußtseinswiderspruchs auszugeben, wo doch als erstes die Frage angebracht wäre, ob sich hier nicht eine schlechte Skalenqualität widerspiegelt. *Markard* stellt deshalb die Frage, ob überhaupt „ein eindimensionaler Fragebogen die gesellschaftliche Wirklichkeit und deren Widerspiegelung in den Köpfen der Menschen abbilden“³⁹ kann. Doch dies grundsätzlich in Frage zu stellen, scheint unbegründet. Mit Sicherheit spiegeln sich in den Ergebnissen auch standardisierter Fragebögen Bewußtseinsinhalte und auch die ihnen anhaftenden Widersprüche wider. Fragwürdig ist nur, in welcher Form und welcher Vollständigkeit. Völlig fraglos ist aber, daß statistische Methoden, deren Merkmal die Widerspruchsfreiheit ist, weder die Widersprüche an sich noch ihre bestimmenden Seiten erfassen können. Dies ist nur möglich, wenn die bruchstückhaften Bewußtseinsdaten aus dem Gewordensein des Bewußtseins erklärt werden und somit die Verbindung von Theorie und Empirie hergestellt wird. Das widersprüchliche Bewußtsein, in unserem Fall das vom Staat, zerfällt nicht einfach in gegensätzliche Inhalte, die sich auf den gleichen Gegenstand, eben den Staat, beziehen, sondern das Bewußtsein bezieht sich auf die Tätigkeit des Individuums und ist in diesem Sinne einheitlich. Das Bewußtsein spiegelt das Ergebnis der Tätigkeit wider und nimmt im Denkprozeß künftige Handlungen vorweg. Der Vorgang der Antizipation ist auf die realitätsgerechte Handlung ausgerichtet und daher ständig dem Ziel untergeordnet, Widersprüche in der Realität und im Bewußtsein zu überwinden. Voraussetzung ist jedoch jeweils das Vorhandensein von Handlungsalternativen und -notwendigkeiten.

Gehen wir von dieser Funktion des Bewußtseins als tätigkeitssteuerndem Organ aus

38 Ebenda, S.124

39 Morus Markard, Die Fragwürdigkeit der Skalierung von Arbeiterbewußtsein, in: K.H. Braun u.a., Kapitalistische Krise, Arbeiterbewußtsein, Persönlichkeitsentwicklung, Köln 1980, S.84

und beziehen in unsere Überlegungen zum Staatsbewußtsein der Arbeiter sowohl die oben zitierten Bewußtseinstatsachen als auch die geschilderte politische Praxis der Arbeiter mit ein, dann lassen sich zum Staatsbewußtsein der Arbeiter Schlußfolgerungen ziehen, die weit von der Feststellung loyaler Zustimmung zur gegenwärtigen staatlichen Ordnung entfernt sind. Vielmehr kann angenommen werden, daß ein tief verwurzeltes Mißtrauen gegenüber den staatlichen Institutionen besteht, das sich unter anderem auch auf die Einsicht stützt, daß das Kapital die beherrschende Rolle unter den politischen Einflußfaktoren spielt, die das staatliche Handeln bestimmen. Diese Annahme wird nicht nur durch die oben zitierten Untersuchungen, sondern auch durch viele andere gestützt.⁴⁰

Der Staat wird von der Arbeiterschaft der BRD jedoch überwiegend nicht in eigenen Handlungen erfahren, sondern passiv erduldet. Der weitestgehende Ausschluß aus der bewußten Bestimmung ihrer eigenen Lebensverhältnisse hinterläßt aber nicht nur Hilflosigkeit und Resignation, dieses Fehlen von Handlungsmöglichkeiten und, so lange der normale Gang der Verhältnisse gesichert ist, auch das Fehlen unumgänglicher Handlungsnotwendigkeiten, sondern beseitigt auch den Zwang zur gedanklichen Antizipation. Die Folge ist ein diffuses Staatsbewußtsein, das zwar die reale Abhängigkeit widerspiegelt, das aber ebensowenig auf konkretes politisches Handeln ausgerichtet ist, wie es aus Handeln entstanden ist. Der scheinbare Widerspruch zwischen rationaler Einsicht in die Fremdbestimmung des eigenen Lebens durch Staatsapparat und Kapital und loyalem Wahlverhalten gegenüber den staatstragenden Parteien, insbesondere der SPD, wurzelt deshalb auch nicht in der verkehrten Wahrnehmung staatlichen Handelns, er ist die Folge des erzwungenen Handlungsausschlusses.

Die Arbeiterklasse der BRD hat sich mit dem Staat und seinen Institutionen arrangiert, sie verhält sich nicht bewußt zu ihm, das heißt, sie handelt nicht ihm gegenüber, und so ist dementsprechend ihr Bewußtsein vom Staat ohne Handlungsbezug. Die Hegemonie, die die Bourgeoisie in der „politischen Gesellschaft“ ausübt, stützt sich nicht auf das Einverständnis, wohl aber auf die Duldung der Beherrschten.

3. Die doppelte Gestalt des Staatsillusionismus

Unter den vielen subjektiven Faktoren, von der „Staatsloyalität“ bis zum angeblichen „autoritären Potential“, die der deutschen Arbeiterklasse in der Bewußtseinsliteratur zugeschrieben werden, um damit die relative Stabilität der gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD zu erklären, nimmt der Begriff „Staatsillusionismus“ eine besondere Rolle ein. Ganz im Gegensatz zum Begriff der „Staatsloyalität“ oder der phänomenologisch abgeleiteten Unterstellung einer „typisch deutschen“ Obrigkeitshörigkeit nicht nur des Bürgertums, sondern auch der Arbeiterklasse, wird mit „Staatsillusionismus“ ein Bewußtseinsinhalt beschrieben, der sich deutlich im realhistorischen Prozeß erkennen läßt und der als tradiertes Element des subjektiven Faktors von erheblicher Bedeutung ist. Dieses Element ist im Zusammenhang mit der deutschen Arbeiterbewegung entstanden und hat gänzlich andere Bezugspunkte als jene eher kleinbürgerliche

⁴⁰ Vergl. dazu: J.H. von Heiseler, Die elementare Basis bürgerlichen und sozialistischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse, in: *Marxistische Studien — Jahrbuch des IMSF* 2/1979, S.370ff und Harald Werner, *Arbeiterbildung und gesellschaftliches Bewußtsein*, Köln 1979

Handlungsorientierung, die umgangssprachlich als Untertanengeist gekennzeichnet wird.

Der „Staatsillusionismus“ beginnt mit *Lassalle*, setzt sich sogar in den undifferenzierten Vorstellungen der revolutionären Sozialdemokratie vom „Zukunftsstaat“ fort und hat seine wohl stärkste Verankerung in der Weimarer Republik gefunden, als die SPD den bürgerlichen Staat zu „ihrer Republik“ erklärte. Die „Modell-Deutschland-Ideologie“ der SPD, mit dem Eintritt in die sozialliberale Regierung auf breitester Grundlage entwickelt, hat diese Illusion einer möglichen Übernahme des bürgerlichen Staatsapparats nicht durch, scheinbar aber im Dienste der Arbeiterklasse, weiter befestigt.

Gleichzeitig ist mit dieser Illusion jedoch ein handlungsorientierendes Moment verbunden, das diesen Bewußtseinsinhalt als Entwicklungsform ausweist, dies freilich nur als momentan unwirksame Keimform, nicht als entwickeltes Motiv. Wie die entsprechende Theorie von der Übernahme des bürgerlichen Staates den an sich richtigen Gedanken des Kampfes um die politische Macht enthielt, in der Verkenning des Charakters bürgerlicher Institutionen aber in den Revisionismus mündete, so enthält auch die dementsprechende Bewußtseinsform die Einsicht in die Notwendigkeit, über politische Macht die eigenen Lebensinteressen zu regeln, verkehrt sich aber durch die bewußtseinsmäßige Kopplung dieses Ziels an den bloßen Wahlakt in sein Gegenteil.

Im „Staatsillusionismus“ allerdings den Keim sozialistischen Bewußtseins zu entdecken, fällt um so schwerer, je mehr die konkreten Auswirkungen dieser borniert-defensiven Orientierung betrachtet werden. Dennoch sind die Bedingungen relativ klar benennbar, unter denen der realistische Kern dieses Bewußtseinsinhalts die Einsicht in die Notwendigkeit eigenen Handelns im politischen Raum befördern kann. Zunächst freilich scheint gerade der „Staatsillusionismus“ dafür verantwortlich zu sein, daß große Teile der Arbeiterschaft einerseits die gegen ihre eigenen Interessen gerichtete Politik des Staates zwar kritisieren, andererseits aber dennoch den Repräsentanten dieser Politik ihre Stimme geben. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Erwartungen sich nicht an den Staat an sich, sondern beim übergroßen Teil der Arbeiterschaft an die Sozialdemokratie knüpfen. Solange diese an der eigenen Basis und in den Gewerkschaften auf die „Bremsfunktion“ der FDP verweisen kann, ist das Auseinanderfallen von Erwartung an den Staat und tatsächlichem staatlichem Handeln eine scheinbar erklärbare Übergangserscheinung, die in der Vorstellung vieler Arbeiter nur durch das Erreichen der absoluten SPD-Mehrheit überwindbar ist.

In einer Befragung unter 284 Gewerkschaftern wurde deutlich, daß selbst die Befürworter einer sozialistischen Entwicklung der BRD zu 57,5 Prozent dem Statement zustimmten: „Die SPD muß die absolute Stimmenmehrheit im Bundestag haben, dann wird sie schon einen Weg zum Sozialismus finden.“⁴¹ Andererseits stand in der zitierten Untersuchung diese Erwartung im krassen Gegensatz zur Kritik an der gegenwärtigen Regierungspolitik, und als Arbeiterpartei mochten nur rund 24 Prozent der Befürworter einer sozialistischen Politik die SPD einstufen.⁴²

Ganz offensichtlich ist der Widerspruch zwischen Erwartung an Staat und Sozialdemokratie auf der einen und den Realitäten auf der anderen Seite zur Zeit der Untersu-

41 Werner, a.a.O., S.309

42 Ebenda

chung noch nicht so groß gewesen, daß aus ihm der Zwang zur Aneignung neuer Bewußtseinsinhalte entstehen konnte. Damit dies geschieht, müssen verschiedene Bedingungen erfüllt sein, die sich nicht im Vergrößern der Widersprüche erschöpfen. Das Individuum ist nur dann bereit, den Widerspruch zwischen Anspruch und Realität durch zielgerichtetes Handeln zu überwinden, wenn die Handlung unausweichlich und das Ziel der Handlung erkennbar ist. Anderenfalls überwiegt die Tendenz zum Einrichten im Bestehenden, zum ängstlichen Festhalten an den vertrauten Strukturen oder zur Flucht aus den Widersprüchen in die scheinbar ungefährdete Privatheit.

In welche Richtung sich das Staatsbewußtsein der Arbeiterklasse in der BRD entwickeln wird, ist schlecht prognostizierbar. Angebbbar ist aber, unter welchen Bedingungen das Anspruchsniveau gegenüber dem Staat und der zwischen diesem Bewußtseinsselement und der Realität auftretende Widerspruch zu einem bewegenden Moment werden können. Die objektiven Bedingungen sind mit dem Sinken des Realeinkommens, dem massiven Sozialabbau und der immer sichtbarer werdenden Ausrichtung des Staatshaushalts an den Erfordernissen der Hochrüstung bereits gegeben. Daß diese Entwicklung zumindest ihren Niederschlag im Bewußtsein der aktiven Arbeiter findet, zeigen Beschlüsse der Gewerkschaften, demonstrieren gerade auch die Aktivitäten gewerkschaftlicher Funktionäre und Gremien in der Friedenspolitik. Ausschlaggebend für die weitere Entwicklung des Massenbewußtseins dürfte jedoch der subjektive Faktor sein, der die Voraussetzungen für das Austragen der objektiven Widersprüche schafft.

Zwei Elemente des subjektiven Faktors sind dabei als entscheidende zu nennen: Die Verbreitung einer Theorie, die die gegenwärtigen Widersprüche erklärt, die an die vorhandenen Bewußtseinsformen anknüpfen kann und dazu beiträgt, das Unverständliche verstehbar zu machen; darüber hinaus die Propagierung von Aktionsformen, die dem Bedürfnis nach Überwindung der Fremdbestimmung entsprechen, die Entwicklung neuer produktiver Bedürfnisse vorantreiben und zu dauerhaften Überzeugungen führen.

Der Entwicklung dieser Elemente im subjektiven Faktor der BRD-Gesellschaft stehen jedoch erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Der jahrzehntelange Antikommunismus, das Totschweigen der DKP mehr noch als ihre Dämonisierung und die zweifellos vorhandenen propagandistischen und organisatorischen Schwächen der Kommunisten behindern die der realen Lage angemessene Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus. Gleichzeitig zeigen sich aus Angst und Unsicherheit über die Sicherung der menschlichen Lebensbedingungen geborene, fortschrittsfeindliche und im ganzen resignative Ideologien, von denen noch nicht klar ist, wie weit sie von Einfluß auf die Zukunftserwartungen der Arbeiterklasse sind. Zu befürchten ist jedoch, daß die irrationale Flucht aus den Widersprüchen in eine scheinbar heile Vergangenheit und die Beschwörung der Grenzen menschlicher Entwicklung den Glauben an die Machbarkeit der Geschichte durch die handelnden Menschen beeinträchtigt. Eng damit verbunden ist das Problem der Vermittlung angemessener Handlungsorientierungen und Aktionsformen. Zwar hat die bundesdeutsche Arbeiterklasse, beginnend mit den Septemberstreiks 1969, neue Kampferfahrungen gesammelt, die Ergebnisse vieler Streikkämpfe blieben jedoch weit hinter den Erwartungen der Teilnehmer zurück, und das spontane, das Gefühl der Fremdbestimmtheit überwindende Moment hat sich erst in wenigen Streikkämpfen herausbilden können.

All diese Feststellungen dürfen jedoch nicht den Blick für die weiterführenden Bedingungen, für das Neue, verstellen. Neu ist z.B., daß die aktiven Gruppen der Arbeiter-

klasse der BRD über das Betriebsverfassungsgesetz und abgesichert durch einige Bildungsurlaubsgesetze in den Ländern in einem bisher noch nicht gekannten Ausmaß an politischer Bildung teil haben, die in ihrer Tendenz überwiegend antikapitalistisch ist und auch marxistische Ansätze integriert. Und was die Handlungsorientierung betrifft, so tragen die Verschmelzung von Ökonomie und Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus wie aber eben auch das hohe Anspruchsniveau der bundesdeutschen Arbeiter gegenüber dem Staat dazu bei, daß sich die Forderungen immer häufiger direkt an die staatlichen Institutionen richten, daß die Grenzen von ökonomischen und politischen Forderungen fließender werden.

Wenn eingangs festgestellt wurde, daß das Neue zunächst nicht als Massenerscheinung auftritt, so muß gerade bei der Analyse von Entwicklungstendenzen nach dem Besonderen Ausschau gehalten werden, das die Bedingungen der Entwicklung in sich trägt. Auch *Lenin* würdigte die ersten „kommunistischen Subbotniks“ zu einer Zeit, als sie eine noch verschwindende Ausnahme in der jungen Sowjetunion waren, mit einem ganzen Aufsatz, um aus dieser geringfügig erscheinenden Ausnahme das Neue der sozialistischen Arbeit zu erläutern.⁴³ Er schrieb dazu: „Wir müssen die Keime des Neuen sorgsam untersuchen, ihnen die größte Aufmerksamkeit entgegenbringen ...“⁴⁴ Das gleiche scheint mir sowohl für die wissenschaftliche Analyse als auch für die praktische Politik in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe der BRD zu gelten. Hier gilt es zu beobachten, wo sich in den ökonomischen Kämpfen und in den anderen sozialen Bewegungen Handlungsorientierungen gegenüber den staatlichen Institutionen herausbilden, die vor dem Hintergrund des hohen Anspruchsniveaus, das sich auf den Staat richtet, Keime eines neuen Staatsbewußtseins erkennen lassen.

Ein solches geringfügig erscheinendes Beispiel neuer Handlungsorientierung lieferten am 12. Mai 1981 ca. 1 500 Metallarbeiter im ostfriesischen Leer. Aus Protest gegen Pläne des AEG-Konzerns, 750 Arbeitsplätze im dortigen Olympia-Zweigwerk zu vernichten, blockierten die Beschäftigten im Anschluß an eine Demonstration zuerst eine Ampelkreuzung und besetzten anschließend das Rathaus, das sie erst verließen, als der Bürgermeister eine Rats-Sondersitzung zur Behandlung der AEG-Pläne versprach.⁴⁵

Zweierlei kommt in diesem Beispiel zum Ausdruck: Das im sogenannten „Staatsillusionismus“ aufgehobene Erwartungsniveau kann nicht nur zu direkten Aktionen gegenüber staatlichen Institutionen führen, die Handlungen selbst sind auch abhängig von der Form, in der gesellschaftliche Auseinandersetzungen aktuell geführt werden. Die Erwartungen an den Staat schließen keinesfalls ein, daß sich die Arbeiterklasse in jedem Fall auch an den staatlich sanktionierten Verhaltensnormen orientiert, sie greift spontan auch zu anderen Kampfformen, wenn diese in anderen sozialen Konfliktfeldern zum gängigen Mittel werden. Das Durchbrechen der Verhaltensnormen aber schafft die Voraussetzungen für gedankliche Antizipationen, in denen nicht nur die Ziele, sondern auch die Strukturen des Staatsapparates hinterfragt werden, die Hegemonie im Staat notwendig zur Kernfrage wird.

43 *Lenin, Die große Initiative, Werke Bd.29, S.396ff*

44 *Ebenda S.415*

45 *UZ vom 14.5.81, S.1*

Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens

Johannes Henrich von Heiseler

1. Stimmabgabe nach Altersgruppen — 2. Klassen- und Sozialstruktur und Wahlverhalten — 3. Konfessionsstruktur und Wahlverhalten — 4. Beständigkeit der Parteienlandschaft?

Am Anfang der Betrachtung sollen die Ergebnisse der Bundestagswahlen von 1972 bis 1980 sowie der Europawahlen 1979 stehen.¹

Ergebnisse der Bundestagswahlen 1972 bis 1980 und der Europawahl 1979 in der Bundesrepublik in Tausend Stimmen bzw. in Prozent

	SPD		CDU/CSU		FDP		DKP		GRÜNE	
1972	17 175	45,8	16 806	44,9	3 130	8,4	114	0,3		
1976	16 099	42,6	18 395	48,6	2 995	7,9	119	0,3		
1979	11 370	40,8	13 700	49,2	1 663	6,0	112	0,4	894	3,2
1980	16 267	42,9	16 898	44,5	4 031	10,6	72	0,2	570	1,5

Die Zahlen zeigen die für die Bundesrepublik kennzeichnende Konzentration der Stimmen auf die beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD: zusammen zwischen 87 und 91 Prozent. Sie zeigen auch, daß der CDU/CSU-Block zwar zunächst im Zeichen der damals als „Trend-Umkehr“ bezeichneten Tendenz aufholen konnte, 1980 jedoch wieder beim Stand von 1972 ankommt. Das war seit 1949 auf Bundesebene das schlechteste Ergebnis. Dies wirkte sich aber im Endergebnis nicht einfach zu Gunsten der SPD aus. Vielmehr schlug es vor allem bei der FDP zu Buche, die (wieder außer 1949) nur 1961 ein besseres Stimmergebnis vorzeigen konnte. Die Ergebnisse bei den Europawahlen zeigen zudem, daß die Grünen ein gewisses Potential an sich ziehen können. Der DKP als prinzipieller Systemopposition gelang es bisher nicht, den Einfluß konservativen, sozialreformistisch- sozialpartnerschaftlichen und bürgerlich-liberalen Denkens auf politischer Ebene wirksam zurückzudrängen.

1. Stimmabgabe nach Altersgruppen

Sehen wir uns die folgenden Tabellen an, so wird deutlich, in welchen Altersgruppen sich diese Prozesse vor allem vollzogen haben.

¹ Bei allen Bundestagswahlergebnissen werden im folgenden Zweitstimmen und Zweitstimmenanteile herangezogen; bei der Europawahl gab es nur eine Stimme. Tabellen und Berechnungen dieses Beitrags beruhen auf den Daten des Statistischen Bundesamtes über Wahlergebnisse und Strukturdaten der Bundestagswahlkreise, soweit nichts anderes vermerkt ist. Herangezogen wurden: Fachserie A: Bevölkerung und Kultur, Reihe 8: Wahlen zum 7. Deutschen Bundestag 1972, Heft 9; Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Wahl zum 8. Deutschen Bundestag 1976, Heft 6, Heft 8; Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments 1979, Heft 6; Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Wahl zum 9. Deutschen Bundestag 1980, Heft 2, Heft 8.

Stimmabgabe für die SPD nach Altersgruppen

Von 100 gültigen Zweitstimmen der jeweiligen Altersgruppe wurden für die SPD abgegeben:

	1972	1976	1979	1980
18 - 25	54,6	49,8	44,7	48,9
25 - 35	47,8	44,9	46,0	47,1
35 - 45	47,9	41,1	40,6	40,5
45 - 60	44,2	42,4	41,4	42,4
60 und mehr	42,2	42,0	40,1	42,1

Stimmabgabe für die CDU/CSU nach Altersgruppen

Von 100 gültigen Zweitstimmen der jeweiligen Altersgruppe wurden für CDU und CSU abgegeben:

	1972	1976	1979	1980
18 - 25	35,3	40,2	37,5	34,4
25 - 35	41,2	43,7	40,4	36,6
35 - 45	42,6	49,5	49,8	45,2
45 - 60	45,4	49,2	50,6	46,6
60 und mehr	50,6	51,9	53,5	49,8

Stimmabgabe für die FDP nach Altersgruppen

Von 100 gültigen Zweitstimmen der jeweiligen Altersgruppe wurden für die FDP abgegeben:

	1972	1976	1979	1980
18 - 25	9,2	8,5	6,4	11,4
25 - 35	10,3	10,5	7,1	13,3
35 - 45	8,6	8,9	6,7	13,1
45 - 60	8,2	7,5	5,5	9,9
60 und mehr	6,1	5,4	4,7	7,4

Stimmabgabe für die DKP nach Altersgruppen

Von 100 gültigen Zweitstimmen der jeweiligen Altersgruppe wurden für die DKP abgegeben:

	1972	1976	1979	1980
18 - 25	0,5	0,6	0,6	0,2
25 - 35	0,2	0,4	0,6	0,3
35 - 45	0,2	0,2	0,2	0,1
45 - 60	0,3	0,2	0,3	0,1
60 und mehr	0,4	0,2	0,4	0,2

Stimmabgabe für die Grünen nach Altersgruppen

Von 100 gültigen Zweitstimmen der jeweiligen Altersgruppe wurden für die Grünen abgegeben:

	1979	1980
18 - 25	10,4	4,8
25 - 35	5,6	2,4
35 - 45	2,4	0,9
45 - 60	1,8	0,6
60 und mehr	0,8	0,4

Die SPD ist vergleichsweise am schwächsten in der Altersgruppe von 35 bis 45 Jahren. Sonst ist sie in den jüngeren Altersgruppen relativ besser vertreten: Geht man von der Wählerschaft der SPD 1980 aus, so sind 32 Prozent der SPD-Wähler unter 35. Aber gerade bei den Jüngeren zeigt sich die von 1972 bis 1976 abfallende Tendenz sehr deutlich. Bei den jüngsten Wählern im Alter von 18 bis 25 hielt die Abwärtsbewegung nach 1972 sogar bis 1979 an. Gerade bei diesen jüngsten Wählern und bei den problematischen mittleren Altersgruppen wurde der nach 1972 beginnende Verlust bis 1980 nicht mehr ganz wettgemacht. (Man muß berücksichtigen, daß hier von Altersgruppen die Rede ist — daß also die Gruppe der 18- bis 25-jährigen Wähler von 1972 1980 nicht mehr in dieser Altersgruppe zu finden ist.)

Die CDU/CSU ist in den meisten Altersgruppen nach vorübergehendem Aufschwung 1980 wieder bei dem gleichen Ergebnis wie 1972 angelangt. Nur zwei deutliche Abweichungen gegenüber 1972 zeigen sich: Bei den mittleren Altersgruppen steht die CDU/CSU etwas günstiger da, bei den jüngeren dagegen bedeutend schlechter. Was die Wählerschaft der Parteien angeht, so zeigen sich zwischen CDU und CSU gewisse Unterschiede: Von den CSU-Wählern sind nur 27 Prozent unter 35 Jahren alt, von den CDU-Wählern sogar nur 22 Prozent.

Die FDP hatte bei der Europawahl 1979 ein besonders schlechtes Ergebnis. Bei den Bundestagswahlen 1980 dagegen konnte sie in allen Altersgruppen, besonders aber bei den mittleren und jüngeren, gewinnen. Das drückt sich in der Zusammensetzung der FDP-Wählerschaft so aus, daß davon 34 Prozent unter 35 Jahren alt sind und 24 Prozent zwischen 35 und 45 Jahren.

Für die DKP zeigen die Zahlen eine besondere Schwäche in den gesamten mittleren Altersgruppen von 35 bis 60. Dadurch werden Schwierigkeiten, die sich aus der Kleinheit der Partei schon ergeben, noch in besonderer Weise akzentuiert. Diese Schwäche ist gewiß aus der deutschen und bundesrepublikanischen Geschichte zu erklären. Die Generationen, die durch die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft und die Adenauer-Ära, durch Antikommunismus und „Wirtschaftswunder“ geprägt wurden, haben ein politisches Verhalten entwickelt, das gegenüber einer prinzipiellen Systemopposition besonders schwer zugänglich ist. Das gilt leider nach wie vor auch noch für die große Mehrheit der Arbeiterklasse der Bundesrepublik. Wie weit unter der Oberfläche Anknüpfungspunkte und Elemente antikapitalistischer Politik² vorhanden sind, kann aus einer Wahluntersuchung vorerst nicht entwickelt werden. 44 Prozent der DKP-

2 Vgl. dazu Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 2, 1979, S. 323—380.

Wähler und DKP-Wählerinnen sind unter 35 Jahre alt. Der Anteil der jüngeren Wähler liegt damit höher als bei allen Bundestagsparteien. Allerdings ist der Verlust an Stimmenanteilen und erst recht an Stimmen bei den jüngeren Altersgruppen schwerwiegend. Das verdeutlicht eine Gegenüberstellung der Ergebnisse von 1976 und 1980.

Stimmen für die DKP in den verschiedenen Altersgruppen bei den Bundestagswahlen 1976 und 1980 (in Tausend)

	1976	1980
18 - 25	30	11
25 - 35	24	20
35 - 45	14	8
45 - 60	25	15
60 und mehr	26	17

Stimmverluste zeigen sich in allen Altersgruppen. Daß der Verlust bei der Altersgruppe zwischen 25 und 35 verhältnismäßig geringer ausgefallen ist, hängt damit zusammen, daß 1980 mehr als die Hälfte derer, die 1976 zwischen 18 und 25 Jahren alt waren, nun in diese Altersgruppe hineingewachsen ist. Aber äußerst schmal ist der Zugang von Jungen geworden, besonders im Vergleich zur Lage vier Jahre vorher. Man kann vermuten, daß jugendliche Oppositionsstimmen, die 1976 der DKP zugute kamen, bei den jetzt Jugendlichen 1980 zum Teil den Grünen gegeben wurden.

Bei den Grünen ist das Übergewicht jüngerer Altersgruppen noch sehr viel stärker ausgeprägt als bei der DKP. Geht man von der Wählerschaft aus, so sind hier sogar 70 Prozent der Wähler und Wählerinnen unter 35 Jahren.

Es sollen jetzt die Daten der Bundestagswahlen 1976 bis 1980 sowie der Europawahl 1979 einer sogenannten „ökologischen Analyse“ unterzogen werden.³

3 Bei einer „ökologischen Analyse“ werden als kleinste technische Einheiten der Untersuchung Gebiets-einheiten benutzt, von denen man Merkmale kennt. In unserem Falle sind dies die Bundestagswahlkreise nach der Einteilung von 1980. Von diesen Gebiets-einheiten sind nun einerseits die Stimmen und die Stimmenverhältnisse für die verschiedenen politischen Parteien bekannt, andererseits eine Reihe von wichtigen Daten wie z.B. der Arbeiteranteil an der Bevölkerung des Wahlkreises oder auch die Anzahl von Wohnungen je tausend Einwohner im Wahlkreis.

Die Strukturdaten für die Bundesrepublik nach der Einteilung der Wahlkreise 1980 stammen einerseits vom Statistischen Bundesamt, zum anderen Teil wurden sie mir freundlicherweise von der Forschungsgruppe Wahlen in Mannheim zur Verfügung gestellt, der ich hiermit meinen Dank dafür abstatten möchte.

Es ist nun möglich, durch einen Vergleich von zwei solchen Datenreihen festzustellen, ob es eine Beziehung zwischen ihnen gibt. Man kann etwa die Frage stellen, ob in Wahlkreisen mit einem hohen Anteil von Lohnarbeitern und lohnabhängig Beschäftigten der Anteil der CDU-Wähler in der Regel höher oder in der Regel niedriger liegt. Als Ausdruck dieser Beziehung benutzt man den Korrelationskoeffizienten r . Diese Meßzahl kann Werte zwischen $+1$ und -1 annehmen. Ist die Meßzahl positiv und zugleich deutlich von Null unterschieden, so drückt dies eine positive Beziehung zwischen den beiden Merkmalsreihen aus: Eine Vergrößerung des einen Merkmalswerts geht in der Regel mit einer Vergrößerung des anderen Merkmalswerts zusammen. Nähert sich die Meßzahl gar dem Wert $+1$, so nähert sich die Beziehung zwischen den beiden Merkmalsreihen einem vollständig regelmäßigen Zusammenhang. Je weiter die Meßzahl dagegen von den Grenzen $+1$ und -1 entfernt ist, desto schwächer ist der Zusammenhang, die Regelmäßigkeit ist gestört. Ist die Meßzahl negativ und zugleich deutlich von Null unterschieden, so zeigt sich eine negative Beziehung zwischen den beiden Merkmalsreihen. Das heißt, daß eine Vergrößerung des einen Merkmalswerts in der Regel mit einer Verkleinerung des anderen Merkmalswerts zusammengeht.

2. Klassen- und Sozialstruktur und Wahlverhalten

Betrachten wir zunächst die Zusammenhänge zwischen dem Anteil von Arbeitern, Angestellten und Beamten an der berufstätigen Bevölkerung des Wahlkreises und den Stimmanteilen bei den Bundestagswahlen 1976 und 1980 bzw. der Europawahl 1979.

Korrelationskoeffizienten zwischen dem Anteil an Arbeitern, Angestellten und Beamten und den prozentualen Stimmanteilen in den Wahlkreisen der Bundesrepublik 1976 bis 1980

	SPD	CDU/CSU	FDP	DKP	GRÜNE
1976	+ 0,6583	— 0,6924	+ 0,4074	+ 0,4988	
1979	+ 0,6425	— 0,6784	+ 0,3026	+ 0,5207	(+ 0,1404)
1980	+ 0,6373	— 0,6776	+ 0,4293	+ 0,4084	*

Es zeigt sich, daß bei allen Parteien mit Ausnahme der Grünen eine Beziehung zwischen diesem grundlegenden Merkmal der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Bevölkerung der Wahlkreise und den Stimmanteilen der Parteien besteht. Während die sozialdemokratischen Stimmen in solchen Wahlkreisen, in denen der Anteil von Arbeitern, Angestellten und Beamten an der berufstätigen Bevölkerung hoch ist, sich häufen, nehmen die Stimmen für die CDU bzw. die CSU in solchen Wahlkreisen ab. Umgekehrt ist es in den Wahlkreisen, in denen der Anteil der Arbeiter, Angestellten und Beamten niedrig ist. Der Zusammenhang zwischen sozialer Zusammensetzung der Wahlkreisbevölkerung und der Stimmabgabe für eine der beiden großen Parteien hat sich von 1976 bis 1980 nicht signifikant verändert.

Trotz in der Methode liegender Schwierigkeiten bei kleineren Parteien⁴ zeigt sich bei der FDP und (etwas stärker) bei der DKP eine Beziehung zwischen Sozialstruktur und Stimmabgabe. In beiden Fällen ist es so, daß in Wahlkreisen mit einem höheren Anteil von Arbeitern, Angestellten und Beamten der Anteil an den Wählerstimmen im Verhältnis höher ist. Bei der FDP wird allerdings bei der Europawahl 1979 dieser Zusammenhang ziemlich schwach. Bei den Grünen schließlich zeigt sich kein bedeutsamer Zusammenhang.⁵ Man kann also vermuten, die Grünen seien bis zur Bundestagswahl 1980 noch nicht deutlich mit einem bestimmten sozialen Milieu verbunden.

Unterscheidet man aber die Gesamtgruppe der Lohnarbeiter und Lohnabhängigen in Arbeiter einerseits, Angestellte und Beamte andererseits, so zeigen sich einige überra-

4 Bei den kleineren Parteien ergibt sich ein Problem, das in der Natur dieser Untersuchungsmethode liegt. Verglichen werden ja hier zwei Reihen von unterschiedlichen Werten, eine dieser Reihen wird durch die Stimmanteile gebildet. Die niedrigsten Stimmanteile für die SPD sind von den höchsten um 40 Prozentpunkte entfernt. Schon bei der FDP, besonders aber bei der DKP und den Grünen liegen die Extremwerte ziemlich nahe beieinander, einfach deshalb, weil ja die „höchsten“ Stimmanteile immer noch ziemlich niedrig liegen. Es ergeben sich also hier allein schon aus rechnerischen Gründen im Verhältnis niedrigere Werte für die Korrelationskoeffizienten.

5 Wir legen für die Zwecke unserer Untersuchung fest, daß alle Korrelationskoeffizienten unter 0,30 eine so schwache Beziehung ausdrücken, daß wir sie vernachlässigen können. Ein Korrelationskoeffizient von 0,30 ist zwar bei unserem Material noch statistisch signifikant, erklärt aber gerade noch 9 Prozent der Varianz der einen Größe durch die der anderen. Alle Korrelationskoeffizienten unter 0,30 werden daher im folgenden durch ein Sternchen ersetzt.

schende Ergebnisse.⁶ Vergleicht man nun die Arbeiteranteile in den Wahlbezirken mit den Wahlergebnissen, so fällt vor allem auf, daß weder die DKP-Stimmen noch die SPD-Stimmen in irgendeiner Beziehung zum Arbeiteranteil stehen. An beachtlichen Korrelationen sind nur negative Beziehungen zwischen dem jeweiligen Arbeiteranteil im Wahlkreis und den Stimmanteilen der FDP und der Grünen erkennbar. Bei der FDP ist diese Beziehung verhältnismäßig schwach ausgeprägt (- 0,3381); dagegen liegen die Stimmanteile der Grünen deutlich höher, wenn der Arbeiteranteil im Wahlkreis niedriger liegt (- 0,3888). Der Korrelationskoeffizient zwischen Arbeiteranteil und Stimmanteil der DKP liegt sogar ein klein wenig unter Null mit - 0,1537. In diesem Fall könnte man das möglicherweise dadurch erklären, daß — bei dem insgesamt sehr geringen Stimmanteil der DKP — sonst kennzeichnende Beziehungen durch die für die DKP herausragenden Ergebnisse solcher Wahlkreise wie Marburg und Tübingen überdeckt werden. Bei den großen Unterschieden im SPD-Stimmanteil in den verschiedenen Wahlkreisen ist eine solche Erklärung für die kaum vorhandene Korrelation zwischen SPD-Stimmanteil und Arbeiteranteil nicht möglich.

Hinsichtlich der Beziehung zwischen dem Anteil der Angestellten und Beamten im Wahlkreis und dem Stimmanteil verhalten sich die beiden großen Parteien SPD und CDU/CSU wiederum spiegelbildlich. Die positive Korrelation zwischen SPD-Stimmanteil und dem Anteil der Angestellten und Beamten wird allerdings von der DKP und der FDP noch übertroffen. Bei der FDP stützt das die Vermutung, daß sich darin die gelungene Umorientierung dieser Partei auf die lohnabhängigen Mittelschichten zeigt.

Korrelationskoeffizienten zwischen dem Anteil der Angestellten und Beamten und den prozentualen Stimmanteilen in den Wahlkreisen der Bundesrepublik 1976 bis 1980

	SPD	CDU/CSU	FDP	DKP	GRÜNE
1976	+ 0,4366	- 0,5373	+ 0,6046	+ 0,5346	
1979	+ 0,4356	- 0,5112	+ 0,3894	+ 0,4919	*
1980	+ 0,4110	- 0,5490	+ 0,6172	+ 0,5176	+ 0,3513

Auch bei den Grünen ist eine schwächere positive Beziehung zwischen dem Anteil der Angestellten und Beamten und dem Stimmanteil festzustellen.

Bisher haben wir nicht unterschieden zwischen Gebieten mit alter Industriestruktur und großer Bevölkerungsdichte und stärker ländlich geprägten Regionen, in denen in-

6 Die Unterscheidung in Arbeiter einerseits, Angestellte und Beamte andererseits trifft freilich nicht die Unterscheidung nach klassenmäßigen Gesichtspunkten, faßt klassenmäßig unterschiedliche Gruppen zusammen. Während die Kategorie „Arbeiter“ eine Hauptgruppe der Arbeiterklasse, und zwar den überwiegenden Teil des Kerns der Klasse, umfaßt, werden durch die Kategorien „Angestellte“ und „Beamte“ Verkäuferinnen in Warenhäusern und Laboranten in Chemiefabriken mit Spitzenmanagern, Staatssekretären und Generalen zusammengezählt. Man kann etwa davon ausgehen, daß die „Angestellten und Beamten“ rund 80 Prozent Gruppen der Arbeiterklasse und dazugehörige Rand- und Übergangsgruppen, rund 17 Prozent Gruppen, die den lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz zuzurechnen sind, und rund drei Prozent der herrschenden Klasse zuzuordnende Gruppen einschließen.

Vgl. dazu: Eberhard Dähne, Heinz Jung (IMSF) (Hrsg.): Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950—1970, Teil II: Sozialstatistische Analyse, Erster Halbband, Frankfurt/M. 1974, SS. 272—274; 334—337; 346—354; 377—381. Die möglichen Verschiebungen seit 1970 konnten natürlich nicht in Rechnung gestellt werden.

zwischen auch ein hoher Anteil von im produktiven Sektor Tätigen sich herausgebildet hat. Der Anteil der abhängig Beschäftigten im Sektor Handel und Verkehr liegt allerdings in Regionen, die schon seit langem industriell geprägt sind, höher als dort, wo ein hoher Anteil industrieller Beschäftigung erst in neuerer Zeit erreicht wurde.

Korrelationskoeffizienten zwischen dem Anteil der abhängig Beschäftigten im Sektor Handel und Verkehr und den prozentualen Stimmanteilen in den Wahlkreisen der Bundesrepublik 1976 bis 1980

	SPD	CDU/CSU	FDP	DKP	GRÜNE
1976	+ 0,3981	- 0,4489	+ 0,3745	+ 0,3936	
1979	+ 0,3828	- 0,4118	*	+ 0,3653	*
1980	+ 0,3781	- 0,4474	+ 0,3899	+ 0,3951	*

Die Stimmanteile der DKP, der FDP und der SPD liegen verhältnismäßig höher, wenn der Anteil der Beschäftigten in Handel und Verkehr verhältnismäßig groß ist. Umgekehrt verhält es sich bei der CDU/CSU. Die Entwicklung in diesem Sektor muß unter anderem deswegen unsere Aufmerksamkeit beanspruchen, weil er in den letzten Jahrzehnten stark gewachsen ist und sich besonders im Bereich von Handel und Banken die gewerkschaftliche Organisiertheit von einem zunächst äußerst niedrigen Ausgangsniveau aus stark erhöht hat.

Stark gewachsen ist auch der Bereich der „Sonstigen Dienstleistungen“ — leider ebenfalls eine Kategorie, in der nur zum Teil Vergleichbares zusammengefaßt wird. Hier zeigen sich positive Korrelationen zu den Stimmergebnissen bei der FDP und den Grünen: Liegt der Anteil der im Dienstleistungssektor Beschäftigten hoch, so liegen auch die Stimmergebnisse für die FDP und die Grünen über dem Durchschnitt. Dies stützt die These, daß die FDP sich erfolgreich auf die (mit der modernen Produktion wachsenden) lohnabhängigen Mittelschichten umorientiert hat. Für die Grünen kann man auf der Grundlage dieses Ergebnisses vermuten, daß sie in einem ähnlichen sozialen Milieu wie die heutige FDP zu Hause sind.

Diese Vermutung scheint durch die Beziehungen zwischen den Stimmanteilen und dem jeweiligen Anteil der Angestellten an den industriell Beschäftigten bestätigt zu werden.

Korrelationskoeffizienten zwischen dem Anteil der Angestellten an den industriell Beschäftigten und den prozentualen Stimmanteilen in den Wahlkreisen der Bundesrepublik 1976 bis 1980

	SPD	CDU/CSU	FDP	DKP	GRÜNE
1976	*	- 0,3121	+ 0,6513	*	
1979	*	- 0,3146	+ 0,5611	*	+ 0,3690
1980	*	- 0,3168	+ 0,6134	*	+ 0,3886

Der Angestelltenanteil wächst gerade in modernen Industrien besonders stark an. Nur die FDP und die Grünen haben höhere Stimmanteile da, wo der Anteil der Angestellten an den industriell Beschäftigten vergleichsweise höher liegt; umgekehrt liegen

die Stimmergebnisse für die CDU/CSU in diesen Kreisen verhältnismäßig niedriger als in anderen.

Werfen wir dagegen einen Blick auf einen traditionellen Bereich der selbständigen Mittelschichten, auf das Handwerk, so stellen wir dort gänzlich andere Verhältnisse fest.

Korrelationskoeffizienten zwischen der Anzahl der Handwerksbetriebe auf tausend Einwohner und den prozentualen Stimmanteilen in den Wahlkreisen der Bundesrepublik 1976 bis 1980

	SPD	CDU/CSU	FDP	DKP	GRÜNE
1976	— 0,6776	+ 0,6747	*	— 0,4503	
1979	— 0,6560	+ 0,6308	*	— 0,4548	*
1980	— 0,6674	+ 0,6793	— 0,3646	— 0,4331	*

In einem stark von Handwerksbetrieben geprägten Gebiet liegen die Stimmergebnisse für die CDU/CSU überdurchschnittlich hoch und die für SPD und (in geringerem Maße) für DKP und FDP unter dem Durchschnitt. Regionen, die in Bezug auf die Sozialstruktur noch weniger von der Dynamik der modernen Produktionsweise erfaßt worden sind, erweisen sich als ein relativ günstigeres Wirkungsfeld der CDU/CSU.

Aber die Sozialstruktur ist nicht die einzige Kraft, die das Stimmergebnis bei politischen Wahlen beeinflusst. Eine Rolle spielt offensichtlich, wie man wohnt. Dazu steht uns unter anderem die Angabe „Anzahl der Wohngebäude auf tausend Einwohner“ zur Verfügung. In Gebieten, in denen Häuser für einzelne Familien häufig sind, steigt diese Ziffer; in Gebieten, in denen Gebäude mit vielen Wohneinheiten häufig sind, sinkt sie.

Korrelationskoeffizienten zwischen der Anzahl der Wohngebäude auf je tausend Einwohner und den prozentualen Stimmanteilen in den Wahlkreisen der Bundesrepublik 1976 bis 1980

	SPD	CDU/CSU	FDP	DKP	GRÜNE
1976	— 0,3384	+ 0,3929	— 0,3587	— 0,3877	
1979	*	+ 0,3609	*	— 0,3694	*
1980	*	+ 0,3633	— 0,3519	— 0,4371	*

Wie ein Blick auf die Tabelle zeigt, findet die CDU/CSU in Gebieten, die mehr Ein- und Zweifamilienhäuser aufweisen, günstigere Bedingungen, während die DKP und die FDP umgekehrt günstigere Bedingungen da vorfinden, wo Häuser mit vielen Wohneinheiten häufiger sind.

Eigentümlicherweise sieht es ein wenig anders aus, wenn wir die Stimmergebnisse mit der Anzahl der Einwohner auf den Quadratkilometer vergleichen.

Den nachfolgend wiedergegebenen Ergebnissen entspricht, daß die CDU/CSU in bevölkerungsdichten Gebieten ungünstigere, die DKP günstigere Resultate hat als anderswo. Nimmt man aber die Bevölkerungsdichte als Maßstab, so zeigen sich keine bedeutenden Beziehungen mehr zu den FDP-Stimmergebnissen, wohl aber positive zu den

Korrelationskoeffizienten zwischen der Bevölkerungsdichte und den prozentualen Stimmanteilen in den Wahlkreisen der Bundesrepublik 1976 bis 1980

	SPD	CDU/CSU	FDP	DKP	GRÜNE
1976	+ 0,4960	— 0,5228	*	+ 0,5099	
1979	+ 0,4563	— 0,4880	*	+ 0,5394	*
1980	+ 0,4592	— 0,4837	*	+ 0,5466	*

SPD-Stimmen. Möglicherweise werden die Unterschiede zwischen diesen beiden Tabellen dadurch erklärt, daß die SPD auch in ländlichen Gebieten mit traditionell starker Industriestruktur einen günstigen Boden findet, die FDP dagegen in Wohngebieten an Großstadträndern, in denen Mehrfamilienhausbau mit nicht so großer Bevölkerungsdichte zusammengeht.

Die starke Beziehung der DKP zur Bevölkerungsdichte, die etwas schwächere der SPD und die nicht vorhandene bei der FDP und den Grünen bringen möglicherweise in vermittelter Form eine wichtige, klassenmäßige Trennungslinie innerhalb der „Angestellten und Beamten“ zum Ausdruck. Die SPD hat einen relativ stärkeren Zugang zu den in den großen Stadtregionen wohnenden, zur Arbeiterklasse zählenden großen Untergruppen dieser Kategorie als zu den zahlenmäßig schwächeren Obergruppen, die (zu den lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz gehörig) im weiteren Umkreis der Stadtregionen wohnen; bei der FDP und den Grünen ist ein stärkerer Zugang zu eben diesen Obergruppen zu vermuten. Bei der DKP scheint es ähnlich auszusehen wie bei der SPD.

Wenn wir die bisherigen Daten der ökologischen Analyse betrachten, können wir bemerken, daß sich verschiedene Gruppierungen der Parteien nach ihren Beziehungen zu objektiven Strukturdaten bilden lassen. Ein hoher Anteil von lohnabhängiger Arbeit, insbesondere ein starker Anteil von Angestellten und Beamten, ein starker Sektor Handel und Verkehr und ein geringer Anteil handwerklicher Produktion sind Bedingungen, in denen sowohl die Parteien der Regierungskoalition wie die DKP verhältnismäßig günstigen Boden finden, während die CDU/CSU in solchen Wahlkreisen schlechter als in anderen abschneidet. Mit dem Anteil der Angestellten und Beamten korreliert außerdem positiv das Stimmergebnis der Grünen. Durch die positive Beziehung zwischen Stimmergebnis und dem Anteil der im Dienstleistungssektor Beschäftigten sowie der Angestellten unter den industriell beschäftigten Arbeitskräften sind wiederum die FDP und die Grünen miteinander verbunden.

Mit der entsprechenden Vorsicht kann man folgende Erklärung für diese Beziehungen anbieten: Sozialstrukturell lassen sich etwa drei regionale Typen unterscheiden. Die Regionen mit noch hohem Anteil von Handwerksbetrieben und anderen Selbständigen, mit noch geringer Dichte, mit einem noch geringeren Grad von lohnabhängiger Arbeit, mit noch geringem Dienstleistungssektor, aber auch noch geringem Sektor Handel und Verkehr, die Regionen also, die noch den verhältnismäßig geringsten Kontakt mit den modernsten Produktivkräften haben, sind günstiger als andere für die Entwicklung der CDU/CSU. Diesen relativ rückständigen Sektor schöpft sie vornehmlich aus.

Wie ausführlich nachgewiesen wurde⁷, ist aber die Ausdehnung der lohnabhängigen Arbeit noch nicht unmittelbar gleichzusetzen mit der Ausdehnung der Arbeiterklasse.

Vielmehr entwickelt sich ein wachsender und mit den modernen Produktivkräften eng verbundener Sektor lohnabhängiger Mittelschichten. Während nun die SPD und die DKP verhältnismäßig günstigere Bedingungen im Bereich der Arbeiterklasse (einschließlich der neu dazugekommenen Gruppen) haben, scheinen FDP und Grüne ihre günstigsten Bedingungen da zu finden, wo die lohnabhängigen Mittelschichten stark vertreten sind.

Zur Art des Zusammenhangs muß dabei noch einmal betont werden, daß der unmittelbare Schluß von einer positiven Korrelation auf das Wahlverhalten der einzelnen Angehörigen einer Gruppe weder zwingend noch stets plausibel ist. Dennoch stellt sich die Frage, wie der unterschiedliche Anteil insgesamt nicht so großer Bevölkerungsgruppen (insbesondere der abhängigen und — mit entgegengesetzter Tendenz — der selbständigen Mittelschichten) das Wahlverhalten in solch starkem Maße bestimmen kann. In den Untersuchungen unseres Instituts zur Klassen- und Sozialstruktur wurde bereits darauf hingewiesen⁷, daß die Angehörigen dieser Schichten einen höheren Anteil an der Gesamtbevölkerung haben als ihre werktätigen Teile an der werktätigen Bevölkerung. Aber der gleichsam klimabestimmende Einfluß dieser Schichten reicht oft weiter als ihr eigener Umfang. Das Bewußtsein von Familienverbindungen, aber auch andere soziale Kontakte schaffen ein weites Umfeld, das von jeweils kennzeichnenden Verhaltensformen und Werten dieser Schichten geprägt ist. Umgekehrt kann man sagen, daß heute in der Bundesrepublik ein ausgesprochenes Arbeiter-Milieu bedeutend schwächer ausgeprägt ist, als es dem zahlenmäßigen Umfang der Arbeiterschaft entspricht.

Um Einfluß innerhalb der Arbeiterklasse zu gewinnen, kann es deshalb von großer Bedeutung sein, in einer so wichtigen Gruppe „sozialer Nachbarn“, wie es die lohnabhängigen Mittelschichten sind, Einfluß zu gewinnen. Bei dieser Gruppe ist politisch offensichtlich etwas in Bewegung, wie die Tatsache zeigt, daß die Grünen in den jüngeren Jahrgängen zu einer ernstzunehmenden Konkurrenz für die FDP werden konnten. Die Vorstellung, die Arbeiterklasse müsse erst zu sich selbst kommen, dann entstehe schon ein starker Anziehungspunkt für politische und soziale Bewegungen in anderen Klassen und Schichten, übersieht genau diese Bewegungs- und Verbreitungsformen von Bewußtsein und Verhalten.

Die DKP ist auch unter den jüngeren Jahrgängen keineswegs zu einer Alternative für einen Teil der SPD-Wähler geworden. Wie die Kommunalwahlen in Hessen 1981 gezeigt haben, ist die Position der SPD gerade unter den Jüngeren aber nicht so unerschütterlich, wie man aus den Daten der Bundestagswahlen und der Europawahlen annehmen könnte. Die hessischen Kommunalwahlen haben außerdem gezeigt, daß es den Grünen gelingen kann, ein kritisches Potential unter jüngeren Arbeitern und Angestellten für sich zu gewinnen. Als Partei der Arbeiterklasse und als Partei einer sozialistischen Perspektive ist die DKP zugleich die Partei, die potentiell auch allen anderen nichtmonopolistischen Gruppen und Schichten eine demokratische und sozialistische Zukunft und Lebensmöglichkeit zeigen kann. Eine Strategie, die diese Gruppen und Schichten anspricht, ist also nicht wahltaktisch begründet. In Bezug auf die Wahlen

7 Heinz Jung, Christoph Kievenheim, Margarete Tjaden-Steinhauer, Karl Hermann Tjaden (Hrsg. IMSF): Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950—1970, Teil I: Theoretische Grundlagen und Diskussion, Frankfurt/M. 1973, passim

8 Dähne, Jung, a.a.O., S. 182 und ebenda, Zweiter Halbband, Frankfurt/M. 1974, S. 328, 329.

aber kann der scheinbare Umweg zu einem direkten Weg zu kritischen jüngeren Gruppen der Arbeiterklasse selbst werden.

3. Konfessionsstruktur und Wahlverhalten

Neben den sozialstrukturellen Bestimmungsgründen des Wahlverhaltens zeigt sich aber in der ökologischen Analyse die — zumindest von mir — oft unterschätzte Bedeutung eines rein ideologischen Faktors: Von etwa gleich großer Bedeutung wie die soziale Struktur des Wahlkreises ist für die Stimmabgabe seine konfessionelle Struktur.

Korrelationskoeffizienten zwischen dem Anteil der Katholiken an der Bevölkerung und den prozentualen Stimmanteilen in den Wahlkreisen der Bundesrepublik 1976 bis 1980

	SPD	CDU/CSU	FDP	DKP	GRÜNE
1976	— 0,6510	+ 0,7108	— 0,5278	— 0,3093	
1979	— 0,6827	+ 0,7215	— 0,3264	*	*
1980	— 0,6537	+ 0,7410	— 0,5685	*	— 0,3514

Es zeigt sich, daß besonders die positive Korrelation zwischen dem Anteil der Katholiken an der Bevölkerung des Wahlkreises und der Stimmabgabe für die CDU/CSU herausragt. Allein 55 Prozent der Varianz der Stimmergebnisse für die CDU/CSU werden durch die konfessionelle Struktur erklärt. Umgekehrt zeigt sich für die SPD: Je höher der Anteil der Katholiken an der Bevölkerung des Wahlkreises, desto verhältnismäßig kleiner der Anteil der SPD-Stimmen. Immerhin noch 43 Prozent der Varianz der SPD-Stimmergebnisse werden durch die konfessionelle Struktur erklärt. Für die FDP sind es noch 32 Prozent ihrer Varianz, die durch die Konfessionsstruktur erklärt werden, bei den Grünen nur noch 12 Prozent; die Beziehung zwischen Konfessionsstruktur und DKP-Stimmverteilung ist nicht mehr erheblich.

Nur grundlegende Daten der sozialen Zusammensetzung, wie etwa der Anteil der Arbeiter, Angestellten und Beamten an der berufstätigen Bevölkerung des Wahlkreises, wirken ähnlich stark. Zum Vergleich: Durch den Anteil der Lohnabhängigen an der berufstätigen Bevölkerung des Wahlkreises werden 41 Prozent der Varianz der SPD-Ergebnisse, 46 Prozent der Varianz der CDU-Ergebnisse, 23 Prozent der Varianz der DKP-Ergebnisse und 18 Prozent der Varianz der FDP-Ergebnisse 1980 erklärt.

Wir müssen dabei betonen, daß die Beziehungen zwischen konfessioneller Struktur und Wahlergebnissen keineswegs letztlich durch die Sozial- und Klassenstruktur erklärt werden. Wir können davon ausgehen, daß einerseits die Grunddaten der Sozial- und Klassenstruktur, andererseits die konfessionellen Verhältnisse zwei voneinander unabhängige Wirkungskräfte sind, die die jeweiligen Stimmergebnisse ganz entscheidend prägen.

Das vom Einfluß des jeweils anderen Faktors bereinigte Gewicht der Faktoren „Anteil der Lohnarbeiter und anderen Lohnabhängigen“ und „Anteil der Katholiken“ für die Stimmergebnisse der Parteien sah 1980 so aus:⁹

⁹ Standardisierter Regressionskoeffizient beta auf der Grundlage einer multiplen Regression.

	Anteil der Lohnarbeiter und anderen Lohnabhängigen	Anteil der Katholiken
SPD	+ 0,4965	— 0,5140
CDU/CSU	— 0,5136	+ 0,5964
FDP	*	— 0,4855
DKP	+ 0,4258	*
GRÜNE	*	— 0,3577

Vergleicht man die in den Maßzahlen ausgedrückten verhältnismäßigen Gewichte der beiden Wirkungskräfte miteinander und mit den entsprechenden Maßzahlen bei den anderen Parteien, so ergibt sich, daß die beiden großen Parteien jeweils doppelt bestimmt sind: die CDU/CSU durch eine positive Korrelation zum Katholikenanteil und eine negative zum Anteil der Lohnarbeiter und anderen Lohnabhängigen, die SPD umgekehrt. Der Einfluß des konfessionellen Faktors ist keineswegs kleiner als der des klassen- und sozialstrukturellen. Vor allem durch den konfessionellen Faktor geprägt — und zwar durch eine negative Korrelation zum Katholikenanteil — ist die relative Stimmenverteilung bei der FDP und bei den Grünen, während bei beiden Parteien *unter diesen Voraussetzungen* (der oben im einzelnen allerdings aufgezeigte) sozialstrukturelle Bestimmungsgrund in die Zone unterhalb von 0,3 abrutscht. Dagegen ist bei der DKP allein die sozialstrukturelle Bestimmtheit der relativen Stimmenverteilung auszumachen.

Der konfessionelle Faktor hat sich von 1976 bis 1980 auch nicht in seiner Bedeutung für die *relative* Stimmenverteilung zwischen Hochburgen und Schwachstellen der großen Parteien verringert; wenn damit auch nichts über die *absolute* Stimmverteilung *zwischen* den Parteien ausgesagt wird, so ist es doch zumindest mißverständlich, von einem Bedeutungsverlust dieses Faktors für die Parteienlandschaft in der Bundesrepublik zu sprechen.

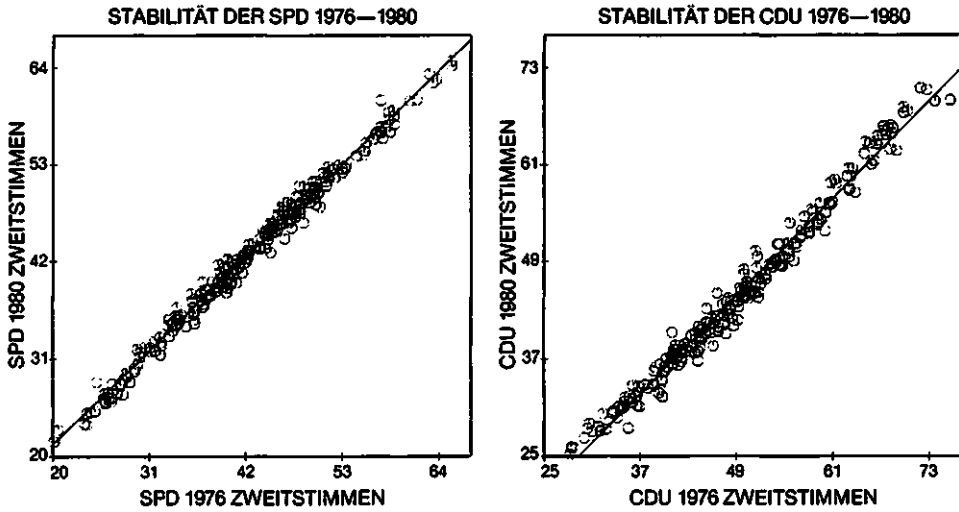
4. Beständigkeit der Parteienlandschaft?

Die Parteienstruktur der Bundesrepublik zeichnet sich bisher — den Veränderungen, die politisch sehr bedeutsam sein können, zum Trotz — durch eine erhebliche Beständigkeit aus.

Korrelationskoeffizienten zwischen den Stimmanteilen der Parteien bei den Bundestagswahlen 1980 und den Stimmanteilen bei früheren Wahlen

	zu 1976	zu 1979
SPD 1980	+ 0,9945	+ 0,9927
CDU/CSU 1980	+ 0,9911	+ 0,9892
FDP 1980	+ 0,9652	+ 0,8435
DKP 1980	+ 0,9407	+ 0,9393
GRÜNE 1980		+ 0,7771

Signifikante Veränderungen über die Zeit zeigen sich nur für das Abschneiden der FDP bei den Europawahlen 1979. Die Graphiken I und II zeigen eindrucksvoll diese starke Beständigkeit der relativen Verteilung der Wählerstimmen der Parteien.



Der CDU-Verlust von 1976 bis 1980 zeigt sich darin, daß die Linie der kleinsten Quadrate nach rechts unten versetzt von der Diagonale erscheint; an der relativen Struktur der Stimmenverteilung hat sich dadurch aber kaum etwas geändert. Nicht zuletzt diese Stabilität der Wählerstruktur der systemtragenden Parteien befähigt den staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik bisher, die tiefgehenden ökonomischen und sozialen Krisen politisch zu verarbeiten.

Zweifel an der Stabilität der Parteienstruktur können höchstens geweckt werden durch den Anstieg der Nichtwähleranteile.¹⁰

Nichtwähler bei den Bundestagswahlen 1972 bis 1980 und der Europawahl 1979 in Prozent der Wahlberechtigten der Altersgruppen

	1972	1976	1979	1980	Anstieg von 1972 bis 1980 in Prozent (1972 = 100)
unter 21	14,7	15,0	43,0	18,2	23,8
21 - 25	14,7	15,7	46,9	19,1	29,9
25 - 30	11,3	12,6	45,3	16,2	43,4
30 - 35	8,9	10,2	41,7	12,8	43,8
35 - 40	7,5	8,2	37,2	10,8	44,0
40 - 45	6,8	7,1	32,4	9,2	35,3
45 - 50	6,0	6,3	30,8	8,4	40,0
50 - 60	5,9	6,1	28,5	7,4	25,4
60 - 70	6,7	6,1	24,8	7,4	10,4
70 und mehr	12,7	10,7	29,1	12,4	- 2,4

¹⁰ Die Zahlen wurden errechnet, indem bei den einzelnen Altersgruppen von Briefwählern von der durchschnittlichen Beteiligung der Briefwähler aller Altersgruppen ausgegangen wurde. Vom Statistischen Bundesamt werden immer nur die Beteiligungen der Direktwähler ausgewiesen.

Die Tabelle zeigt, daß besonders bei den jüngeren Gruppen von Wahlberechtigten der Anteil der Nichtwähler von 1972 bis 1980 stark zugenommen hat. Die Europawahl paßt nicht in diese Reihe, weil sie von vielen wohl als nicht so bedeutsam angesehen wird. Wenn man jeweils eine Altersgruppe 1976 mit der jeweils folgenden Gruppe von fünf Jahrgängen 1980 vergleicht, so erfaßt man mit Ausnahme je eines Jahrgangs jeweils die selbe Gruppe von Wahlberechtigten. So können wir etwa den Anstieg der Nichtwähler bei der betreffenden Kohorte ausdrücken.

*Annähernder Vergleich von Jahrgangsgruppen 1976 bis 1980:
Anstieg der Nichtwähler*

	1976	1980	Anstieg in Prozent (1976=100)
unter 21	15,0		22
21 - 25		19,1	
21 - 25	15,7		3
25 - 30		16,2	
25 - 30	12,6		2
30 - 35		12,8	
30 - 35	10,2		6
35 - 40		10,8	
35 - 40	8,2		12
40 - 45		9,2	
40 - 45	7,1		18
45 - 50		8,4	

Es zeigt sich besonders bei den 1980 40—50jährigen und bei den 1980 21—25jährigen ein starker Anstieg der Nichtwähleranteile, bei der letzten Gruppe nicht nur relativ, sondern auch absolut. Im Zusammenhang mit dem Ergebnis der hessischen Kommunalwahlen 1981, bei denen die SPD vor allem unter den jungen Wählern Boden verloren hat, kann man das als eine Unsicherheit, die neue Orientierungen ermöglicht, deuten.

Vielleicht kann man einen Vergleich ziehen. 1965 und 1969 war gerade bei den jüngeren Wählern der Anteil der Nichtwähler noch höher; bei den Wahlen 1972 orientierten sich entscheidende Teile der Wählerschaft um. Angesichts des gegenwärtigen Anstiegs des Nichtwähleranteils fragt es sich daher, ob die bisher vorhandene Stabilität der räumlichen, gesellschaftlichen und ideologischen Struktur des Wahlverhaltens so ohne weiteres in die Zukunft projiziert werden darf.

Soziale Basis und Widersprüchlichkeit der Bürgerinitiativen

Fred Karl

1. Vielfalt und Entwicklung der BI-Bewegung — 2. Zum Stellenwert des BBU und von Bundeskonferenzen — 3. Die gegenwärtige soziale Basis der Bürgerinitiativen — 4. Thesen: Chancen und Grenzen der Bürgerinitiativen

1. Vielfalt und Entwicklung der BI-Bewegung

Aktion Kleine Klasse, Arbeitsgemeinschaft Westend, Bürgerinitiative Nordstadt, Arbeiterinitiative gegen den Abriß von Werkssiedlungen, Frauenaktion 70, Jugendzentrums-Initiative, Bürgerinitiative Kulturzentrum, Komitee gegen Berufsverbote, Rote-Punkt-Aktion, Bürgerinitiative gegen Flughafenerweiterung, Bürgeraktion Garlstedter Heide, Bürgerinitiative gegen Bayer-Umweltgefährdung, Aktion Rettet den Rhein, Initiativgruppe Bürger gegen Atommüllaufbereitung, Bürgerinitiative gegen Arbeitsplatzvernichtung usw. — diese Auswahl von Aktionsgruppen, die als Bürgerinitiativen sich verstehen oder ähnlich wie Bürgerinitiativen agieren, gibt einen Eindruck von der Vieltätigkeit und thematischen Breite einer nunmehr seit über 10 Jahren bestehenden politischen Aktionsform.

Bescheiden geschätzt, gibt es seit 1975 weit mehr als 4000 Bürgerinitiativen, in denen über 200 000 Bürger aktiv sind (andere Angaben sprechen von zehntausend BIs). Die grundsätzliche Bereitschaft der Bundesbürger, in Initiativen mitzuarbeiten, ist zwei- bis dreimal so hoch wie die, Mitglied in einer politischen Partei zu werden¹.

Gleich, ob sie Arbeitsgemeinschaft, Bürgeraktion oder Initiativgruppe heißt, kann man im weitesten Sinne dann von einer Bürgerinitiative sprechen, wenn sich in ihr Menschen unterschiedlicher politischer und sozialer Herkunft zur Verhinderung oder Erreichung zunächst ganz konkreter Vorhaben in ihrem unmittelbaren Lebensbereich zusammenfinden. Da Bürgerinitiativen in der Öffentlichkeit einen hohen Bekanntheitsgrad aufweisen — nur 7 % der Bevölkerung sind BIs unbekannt² — und grundsätzlich positiv beurteilt werden, greifen in den letzten Jahren immer mehr Aktionsgruppen den BI-Begriff zur Selbstbezeichnung auf. Was früher vielleicht Bürgerausschuß oder Aktionskomitee hieß, artikuliert sich heute als Bürgerinitiative. Längst sind diese Initiativen nicht mehr auf einen Aktionskreis politisch schon Aktiver aus miteinander kooperierenden politischen Organisationen beschränkt — wie die Entwicklung der ört-

1 Vgl. die Datenaufbereitung des empirischen Materials über Bürgerinitiativen bei Fred Karl, *Die Bürgerinitiativen, Soziale und politische Aspekte einer neuen sozialen Bewegung*, IMSF-Reihe „Soziale Bewegungen“ Heft 10, Frankfurt 1981, Kap. II; hier: Kap. II 1

2 Vgl. Emnid-Aktueller politischer Dienst, April 1977, S. 50ff.; zit. nach Otthein Rammstedt, *Die Bürgerinitiativbewegung unter Ideologisierungszwang*, in: Volker Hauff (Hrsg.), *Bürgerinitiativen in der Gesellschaft*, Villingen-Schwenningen 1980, S. 485.

lichen Friedensbündnisse zeigt, die inzwischen teilweise als Bürgerinitiativen für Frieden und Abrüstung (BIFAs) auftreten, engagieren sich in ihnen zunehmend auch parteilose, unorganisierte Bürger. Wesentlich für die ursprüngliche Herausbildung der Bürgerinitiativen ist jedoch, daß sie außerhalb von politischen oder gewerkschaftlichen Organisationen entstanden, daß sich in ihnen aufgrund eines konkreten Problems Betroffene zu gemeinsamer Interessenartikulation zusammatenen.

Ursachen für das Entstehen der Bürgerinitiativen sind neben politischen Tendenzen des Abbaus demokratischer Rechte v.a. neue Anforderungen an die gesellschaftliche Konsumtion aufgrund erweiterter Reproduktionsbedürfnisse der Arbeitskraft. Neue Konflikte ergeben sich aus der subjektiven Erfahrung der staatsmonopolistischen Vergesellschaftung wichtiger Bereiche des außerbetrieblichen Alltags³.

Anfang der 70er Jahre traten die ersten Bürgerinitiativen als fast ausschließlich lokal orientierte, lockere und zeitlich begrenzte Zusammenschlüsse reformorientierter Bürger auf, um Mängel in der Versorgung mit Kinderspielplätzen und Grünanlagen zu beheben, freiwillige soziale Dienste einzurichten, sich für wohnliche Stadtteile zu engagieren. 1973 wurde vom Bundespräsidenten der Theodor-Heuss-Preis für den „mündigen Bürger“ stellvertretend an drei Bürgerinitiativen verliehen, die als Beispiel für systemintegrierte „Partizipation“ galten. In der wissenschaftlichen Literatur wurden „Ein-Punkt-Aktionen“ beschrieben, die sich schnell wieder auflösten, wenn das eingegrenzte, fest umrissene Ziel erreicht wurde oder sich als undurchsetzbar herausstellte.

Für einen Teil der Bürgerinitiativen gilt diese Kennzeichnung sicherlich auch heute noch. Mit der Themenverlagerung der BI-Aktivitäten hin zu Umweltschutzfragen im weitesten Sinne (Energie, Verkehr, Landschafts- und Naturschutz, Stadtplanung) veränderte sich jedoch in der zweiten Hälfte der 70er Jahre das Bild. Folgende Entwicklungen⁴ markieren den Strukturwandel von vereinzelt BI-Gruppen zu einer dauerhaften Bürgerinitiativen-Bewegung:

- Einzelne Bürgerinitiativen sind keine „flüchtigen“ Erscheinungen mehr; sie lösen sich nicht sofort nach Erfolg oder Mißerfolg auf, sondern erweitern oder verändern stattdessen eher ihren Themenbereich (z.B. von „Kein AKW in Wyhl“ zu „Kein AKW in Wyhl und auch nicht anderswo!“, bzw. von der „Aktion Kleine Klasse“ zur bundesweiten Elterninitiative gegen Schulnotstand);
- je länger eine Initiative besteht, desto mehr wird das spontane, lockere Zusammenwirken durch festere Organisationsstrukturen ersetzt (Vereinsstatus, Wahl von Vorständen, Einrichten von Arbeitskreisen und Ausschüssen);
- der Aktionsraum vieler Bürgerinitiativen (v.a. in Bereichen wie dem Umweltschutz, wo der konkrete Aktionsauslöser als Bestandteil eines allgemeinen Problems erkannt wird) bleibt nicht mehr lokal begrenzt; es besteht die Tendenz, sich zwecks Informations- und Erfahrungsaustausch regional und national in Koordinationsstellen und Bundesverbänden zusammenzuschließen (z.B. Internationales Komitee der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz u.a.);
- Bürgerinitiativen verfolgen nicht mehr allein Einzelforderungen, sondern auch gesamtgesellschaftliche Ziele bzw. ordnen die konkreten Konfliktthemen in allgemeine Zusammenhänge ein (z.B. sehen zwei Drittel einer befragten Auswahl von Umwelt-

³ Vgl. ausführlicher Fred Karl, a.a.O., Kap. III 1: Ursachen der Bürgerinitiativen-Bewegung

⁴ Vgl. ebenda, Kapitel II und III.

schutz-Bürgerinitiativen das Erreichen der konkreten Aktionsziele und die zunehmende Einsicht in gesellschaftliche Strukturen als gleich wichtig an)⁵;

– Bürgerinitiativen sind nicht mehr auf den Reproduktionsbereich (Wohnen, Bildung, Soziales, Freizeit usw.) beschränkt, Reichweite und Konsequenzen ihrer Forderungen sowie neue Themen tangieren auch den Produktionsbereich (Industrieansiedlung, Energiefrage, Arbeitsplatzvernichtung);

– Bürgerinitiativen formulieren inzwischen ein „Selbstverständnis der BI-Bewegung“, erproben neue Arten der Interessensartikulation (neue Politikformen) und suchen nach gesellschaftlichen Alternativen. Das von ihnen mitvertretene Protestpotential hat sich unter anderem über Grüne und Alternative Listen auch als Faktor im parlamentarisch-politischen Kräftefeld stabilisiert.

Die Herausbildung zur BI-Bewegung gründet sich also sowohl auf die organisatorische Konsolidierung und zeitliche Bestandsfähigkeit eines Großteils von Bürgerinitiativen wie auf die Verallgemeinerung der Zielorientierungen vom isoliert gesehenen Mißstand zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen. Dieser Prozeß rührt daher, daß die lokalen Initiativen erkennen mußten, daß ihr eigenes Anliegen kein auf sie beschränktes Problem darstellt, vielmehr auch Initiativen an anderen Orten beschäftigt.

Ging es darum, eine Planung zu verhindern, die die eigenen Lebensinteressen verletzte (z.B. ein Flughafenbau, eine Mülldeponie, eine Autobahnführung), so dominierte anfangs vielleicht die Einstellung, das Übel anderswo anzusiedeln, ist zunächst einmal das St. Florians-Prinzip („...verschon mein Haus, zünd' andere an“) am Werke gewesen. Das Bemerkenswerte ist nun, daß solche Positionen von der Mehrheit der BIs überwunden wurden. Vielmehr besteht gegenwärtig ein Trend, sich zum Informations- und Erfahrungsaustausch zusammenzusetzen. Parallel zur organisatorischen Koordinierung über Regional- und Bundeskonferenzen (und -vereinigungen) wurden die gemachten Erfahrungen mit dem politischen System, dem Gegner und mit potentiellen Bündnispartnern verallgemeinert; Ansätze einer gesamtgesellschaftlichen Sichtweise bildeten sich heraus.

Vor allem im weiten Bereich des Umweltschutzes wurde der gesellschaftliche Charakter der aufgegriffenen Probleme bald bewußt. In die Phase der sich durch die Auseinandersetzungen um Wyhl und Brokdorf (nach 1975) sprunghaft entwickelnden BI-Bewegung „fällt die wachsende Erkenntnis von den strukturellen Ursachen und dem inneren Zusammenhang verschiedener Probleme im Bereich Energie, Verkehr, Stadtplanung, Umweltschutz usw. Die einzelnen Bürgerinitiativen ... erweitern ihren Problemhorizont und versuchen, zu den Ursachen der kritisierten Mißstände vorzudringen“⁶. Der ehemalige BBU-Vorsitzende *Wüstenhagen* stellte damals fest: „Bei den Gruppen wuchs aus dem Umgang mit dem Objekt das Wissen um Zusammenhänge“⁷. Dieser Lernprozeß drückt sich z.B. auch darin aus, daß knapp drei Viertel der untersuchten

5 Ebd. Kap. II 6.1; Zahlen nach Walter Andritzky, Ulla Wahl-Terlinden, *Mitwirkung von Bürgerinitiativen an der Umweltpolitik*, Berlin(West) 1978, S. 69

6 Dieter Rucht, Von Wyhl nach Gorleben, *Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsorgung*, München 1980, S. 80.

7 Hans Helmuth Wüstenhagen, *Erfahrungen mit Bürgerinitiativen für Umweltschutz*, in: Bernd Moldenhauer, H.H. Wüstenhagen, *Atomindustrie und Bürgerinitiativen gegen Umwelterstörung*, Köln 1975, S. 38.

Umweltschutz-Bürgerinitiativen Arbeitsgruppen unterhalten und Alternativplanungen vorlegen⁸.

2. Zum Stellenwert des BBU und von Bundeskonferenzen

Ein Bundesverband mit wachsendem politischem Gewicht hat sich im Bereich des Umweltschutzes gebildet: der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU). Im BBU arbeiten etwa 1000 Bürgerinitiativen aus den Bereichen Umwelt, Verkehr, Energie, Chemie zusammen. Es wäre jedoch ein Trugschluß, den BBU (wie Parteien und Gewerkschaften) als einen festumrissenen Verband zu verstehen, der im Namen der etwa 300 000 Mitglieder repräsentierenden Einzel-Initiativen sprechen könnte.

Direkt sind im BBU nur etwa 300 BIs Mitglied, der Rest gehört dem BBU über die Mitarbeit in den vier Landesverbänden (West-Berlin, Niedersachsen, NRW, Rheinland-Pfalz) an. Diese Landesverbände haben selbst wiederum nur Rechte wie eine Bürgerinitiative. Bei den Mitgliederversammlungen des BBU, die Beschlüsse zur Arbeit des BBU-Vorstands (und keine verbindlichen Beschlüsse etwa für die Mitgliedsgruppen) fassen, sind bisher nur Delegierte von 100 Gruppen anwesend gewesen. An der Basis besteht eine weit verbreitete Organisationskepsis, dominiert der Wille, die eigene Politik selbständig zu entwickeln. Das heißt, daß Erkenntnisse, die sich im BBU-Vorstand oder bei Mitgliederversammlungen durchgesetzt haben — z.B. die Annäherung an die Gewerkschaften und die Friedensbewegung zu suchen, Aktionen gegen die Stationierung von Atomraketen durchzuführen —, noch lange nicht automatisch von den örtlichen BIs und ihren Mitgliedern „umgesetzt“ werden.

Der BBU versteht sich also „nicht als repräsentative ‚Spitzenorganisation‘ der Umweltschützer. (...) Seine Hauptaufgaben liegen in der Koordination und der Herstellung eines kontinuierlichen Informationsprozesses der Gruppen untereinander. (...) Der BBU ist ein äußerst dezentral organisierter Verband. Jede Bürgerinitiative ist in ihrer Arbeit vollkommen selbständig“⁹. Am deutlichsten zeigt sich die inhaltliche und organisatorische Ambivalenz der Bewegung in dem Bereich der Auseinandersetzungen, wo die Bürgerinitiativen seit 1975 den Durchbruch zur Massenbewegung schafften: in der Anti-AKW-Bewegung. Seit Brokdorf 1976/77 finden in Zusammenarbeit mit dem BBU, aber eigenständig je nach Anlaß und Übereinkunft „Bundeskonferenzen der Anti-AKW-Bewegung“ statt, an denen allerdings nahezu alle Gruppen — wie z.B. im November 1980 in Bremen mit 1 500 Beteiligten aus 220 verschiedenen Gruppen — teilnehmen. Diese Bundeskonferenzen widerspiegeln deutlicher als BBU-Mitgliederversammlungen die Spontaneität und Heterogenität der Bürgerinitiativen im Anti-AKW-Bereich.

„Die Anti-Atomkraftbewegung ist eine Bewegung der latenten und zuweilen offenen Gegensätze. Gerade die regionalen Arbeitsgemeinschaften, die Landeskonferenzen und die bundesweiten Arbeitstreffen, wo die Schwerpunkte der Tätigkeit und die Richtung und Form von Aktionen abgestimmt werden sollen, offenbaren das Dilemma sich mehrfach überlagernder Fronten zwischen grünen, bunten, gewaltfreien, spontaneisti-

⁸ Vgl. W. Andritzky, U. Wahl-Terlinden, a.a.O., S. 68/69

⁹ Vgl. BBU-Faltblatt „Das Selbstverständnis der Bürgerinitiativen“, Karlsruhe o.J., S. 4 und die BBU-Selbstdarstellung in: TAZ-Dokumentation „Gorleben“ vom 21.6.80, S. 2.

schen, verbandsorientierten, kaderorientierten, individualistischen oder an den etablierten Parteien orientierten Gruppierungen"¹⁰. Insofern ist es schon ein wichtiger Schritt für die Anti-AKW-BIs, Bundeskonferenzen zumindest „als Ausgangspunkt für einen intensiven Meinungs- und Erfahrungsaustausch zu betrachten und keine falschen Erwartungen auf rasche Vereinheitlichung der Standpunkte in sie zu setzen“¹¹.

Wohl kann diese Bewegung zu Höhepunkten der Auseinandersetzung um den Bau von Atomkraftwerken Großdemonstrationen „aus dem Boden stampfen“; sie fällt aber sehr leicht wieder — wie nach der Räumung und Zerstörung der „Freien Republik Wendland“ am Bohrloch 1004 in Gorleben im Sommer 1980 — in ohnmächtige Wut, Resignation und Ratlosigkeit (die zunächst durch die Großdemonstration in Brokdorf 1981 aufgefangen wurde) zurück. Die Attraktivität der BIs, nämlich die Vielfalt der Protestmotivationen und alternativen Projekte, zeigt hier in der fehlenden gemeinsamen strategischen Orientierung ihre Kehrseite.

Demgegenüber gewährleistet der einen Teil der Umweltschutz-Bürgerinitiativen abdeckende BBU die Kontinuität v.a. der inhaltlichen und Öffentlichkeitsarbeit auch in den gegenwärtig weniger spektakulären, aber nicht minder wichtigen Umweltschutzbereichen Chemie (die Chemisierung unseres Lebens wirft größere Probleme für die Weiterexistenz der Menschheit auf als die friedliche Nutzung der Atomenergie) und Verkehr. Von der organisatorischen Stabilisierung und inhaltlichen Weiterentwicklung des BBU wird es mit abhängen, ob die BI-Bewegung in Einzelfraktionen verharret oder in Kooperation mit der Arbeiter- und Friedensbewegung ihre politische Stoßkraft erweitern kann.

3. Die gegenwärtige soziale Basis der Bürgerinitiativen

Wie Fallstudien und empirische Untersuchungen der sozialen Basis von Bürgerinitiativen belegen¹², engagieren sich in Bürgerinitiativen v.a. Angestellte und Beamte, Selbständige und Freiberufler. Welche objektiven Ursachen gibt es für das Aktivwerden dieser überrepräsentierten sozialen Gruppen?

Seit Beginn der 50er Jahre setzte eine massenhafte Vernichtung selbständiger Mittelschichten und kleiner Unternehmer ein, und seit Anfang der 60er Jahre nimmt die Angestelltenbeschäftigung aufgrund von Veränderungen im Bereich der Produktivkräfte überdurchschnittlich zu: Die Verwissenschaftlichung der Produktion sowie die „Durchkapitalisierung“ und Bürokratisierung von immer mehr gesellschaftlichen Feldern lassen den Anteil der Angestellten und Beamten an der Bevölkerung steigen. Dieser Prozeß führt einmal zu einem quantitativen Wachstum der Arbeiterklasse. Weiterhin nimmt im Bereich der Mittelschichten deren lohnabhängiger Teil zu. Zusammengefaßt heißt dies auch, daß sich soziale Lage und Interessen zwischen den lohnabhängigen Mittelschichten und den „oberen“ Gruppen der Arbeiterklasse annähern.

Die zwischen Monopolkapital und Arbeiterklasse sich befindenden Zwischenschichten werden von den Prozessen der Kapitalkonzentration und der „reellen Subsumtion“ weiterer Lebensbereiche unter die Logik des Kapitals direkt betroffen: Es schwindet die Existenzgrundlage des „alten“ Mittelstands in dem Maße, wie eine rationeller arbeiten-

10 Dieter Rucht, a.a.O., S. 96

11 Atomexpress November 1980 (Göttingen), S. 40

12 Vgl. die Zusammenstellung bei Fred Karl, a.a.O., Kap. II 3

de Großproduktion billiger und massenhaft Gebrauchsgüter herstellt. Auch die Lage der Bauern zeigt, daß nur noch große landwirtschaftliche Betriebe und Sonderkulturen überleben können. Die Perspektiven vieler ehemals kleiner „Selbständiger“ ist Lohnabhängigkeit. Ähnliche Deklassierungsprozesse betreffen die „neuen Mittelschichten“. Auch Verwaltungs- und Bürotätigkeiten, ehemals schöpferische Arbeiten von Intellektuellen, werden zunehmend rationalisiert und standardisiert; früher qualifizierte Tätigkeiten werden austauschbar gemacht.

Die Mittelschichten sind also, jeweils unterschiedlich, von Prozessen der sozialen Deklassierung und Proletarisierung betroffen; ihre Tätigkeiten nehmen damit mehr und mehr Züge der Entfremdung an, die Bedrohung durch Arbeitslosigkeit wird realer (z.B. sichtbar in der Zunahme der Akademikerarbeitslosigkeit), der Lebensstandard droht abzusinken.

Da dieser Prozeß aufgrund der Vergesellschaftung der Produktion unumkehrbar ist, nähern sich neben der sozialen Lage auch die objektiven Interessen dieser Schichten jenen der Arbeiterklasse an. D.h., sie sind gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen und haben ein Interesse, möglichst optimale Reproduktionsbedingungen für den Erhalt und die Verbesserung des eigenen Arbeitsvermögens zu bewahren bzw. herzustellen. Ein Ausdruck des Wirksamwerdens dieser objektiven Interessen bei den Mittelschichten bzw. den neuen „oberen“ Gruppen der Arbeiterklasse ist die steigende gewerkschaftliche Organisiertheit von Angestellten und Beamten, deren ansatzweise stattfindende Beteiligung an Arbeitskämpfen und ihre zunehmende politische Aktivität in Parteien und Bürgerinitiativen.

Neben den erst ansatzweise sich umsetzenden objektiven Interessen im Sinne einer gewerkschaftlichen Orientierung werden jedoch immer wieder alte, rückschrittliche Interessen wirksam. Eben weil der Prozeß der sozialen Deklassierung mit dem Verlust von Privilegien, mit Fremdbestimmtheit der Arbeit und damit Identitätsverlusten, zudem mit wachsender sozialer Unsicherheit verbunden ist, sind die Vergesellschaftungsprozesse angstbesetzt, richtet sich der Protest gegen den als schmerzlich empfundenen Fortschritt schlechthin, scheinen „die Technik“, die neuen automatischen Maschinen „an sich“ das Übel zu sein, wünscht man sich „kleine Produktionseinheiten“, überschaubare Strukturen der einfachen Warenproduktion zurück.

Hier sind die sozialen Ursachen für die teils antikapitalistischen, teils antiindustriellen (und antigewerkschaftlichen) Bestandteile des Selbstverständnisses von Bürgerinitiativen und der Ökologie- und Alternativbewegungen zu finden. Zudem verfügen viele Intellektuelle, die in der Diskussion dieser Bewegungen Einfluß haben, oft „über keine Erfahrungen in der praktischen Beherrschung von Technik — (sind) also von daher anfällig für einen ausgesprochen bürgerlichen, dämonisierenden Technikbegriff“¹³. Daß diese reduzierte Technikkritik bei Mitgliedern von Bürgerinitiativen Anklang finden kann, ergibt sich auch aus der Unmittelbarkeit der gemachten Erfahrungen vor Ort: die Umweltzerstörung erscheint auf den ersten Blick als von der Technik, der industriellen Produktion schlechthin verursacht und nicht von der spezifisch kapitalistischen Entwicklung und Anwendung der Produktivkräfte.

Die Mittelschichten fühlen sich besonders von der kapitalistischen Rationalisierung,

13 Thomas Neumann, in: IMSF (Hrsg.), Technik-Umwelt-Zukunft, Eine marxistische Diskussion über Technologie-Entwicklung, Ökologie, Wachstumsgrenzen und die „Grünen“, Frankfurt/M. 1980, S. 83.

der Entpersönlichung weiterer Lebensbereiche betroffen. Diese objektive Tendenz führt im Wertebereich zu einer stärkeren Suche nach Kommunikation, emotional erfahrbarer Solidarität und individueller Selbstverwirklichung. Den zunehmenden Leistungsstreß spüren die bisher in ihren Arbeitsbedingungen mit relativen Spielräumen ausgestatteten Intelligenz- und Angestelltenberufe subjektiv besonders empfindsam. Für sie sind die zerstückelten, entfremdeten Arbeitsprozesse (denen die Arbeiterschaft bereits länger und intensiver ausgesetzt ist) neue Erscheinungen. Eine Reaktion von Teilen der Mittelschichten darauf ist die Infragestellung des gegenwärtigen Wertesystems. So wird in der bürgerlichen Wissenschaft von einer „Legitimations- und Motivationskrise“ gesprochen: eine „postmaterialistische“ Sozialschicht bilde sich heraus, für die Arbeits- und Leistungswerte, Statusorientierungen und Karriereinstellungen an Bedeutung abnehmen.¹⁴

Auch in der Suche nach neuen Werten und Zielvorstellungen des „anders leben“ schlägt sich die Widersprüchlichkeit der sozialen Lage der Mittelschichten nieder. Einerseits reagieren sie auf neue Anforderungen der gesellschaftlichen Konsumtion „seismographisch“, besonders sensibel, und artikulieren neue soziokulturelle Bedürfnisse unter anderem in der BI- und Alternativbewegung. Andererseits werden diese für alle nichtmonopolistischen Klassen und Schichten bedeutsamen erweiterten Reproduktionserfordernisse auf der Basis einer noch relativ gesicherten materiellen Bedürfnisbefriedigung und einer (im Vergleich zu den Lebensbedingungen der Arbeiterklasse) noch privilegierten Lebens- und Wohnsituation als „postmaterialistische“ Bedürfnisse begriffen und gewerkschaftlichen Lohnforderungen der Arbeiter, deren soziale Lage nicht erst tendenziell, sondern seit jeher in stärkerem Maße ungesichert ist, entgegengesetzt. Neue soziokulturelle Ansprüche des „anders leben“ und der „Fortschrittspessimismus“ wirken dabei über die Massenmedien und die Annäherung der Lebensbedingungen zwischen den Gruppen der Lohnabhängigen auch in Teile der Arbeiterklasse und der Arbeiterjugend hinein.

4. Thesen: Chancen und Grenzen der Bürgerinitiativen

1. Die Stärke der Bürgerinitiativen liegt zu allererst darin, daß sich in ihnen Menschen unterschiedlicher sozialer und politischer Herkunft aufgrund direkter, hautnaher Betroffenheit und Interessen (auf dem Hintergrund einer allgemeinen Verunsicherung) zum gemeinsamen Handeln zusammenfinden, selbst aktiv werden, sich nicht mehr auf die Wahl von Stellvertretern in den Parlamenten beschränken. Die Vielfalt der Zugänge, die Breite der Aktionsanlässe, die Heterogenität der Meinungen und Standpunkte der Beteiligten erschweren andererseits die Erkenntnis des gemeinsamen Gegners, die Herausbildung einer gemeinsamen Gesamtorientierung. Ständig besteht die Gefahr der Spaltung der BI-Bewegung, des Ausspielens verschiedener Teile gegeneinander.

2. Der spontane, dezentrale Charakter, die teilweise Unverbindlichkeit der Mitarbeit machen die Bürgerinitiativen für viele attraktiv. Jedoch birgt der lockere und fluktuierende Charakter der Aktionsteilnahme ein starkes Maß an Instabilität und Mißtrauen gegen — angesichts des hohen Organisations- und Konzentrationsgrades des Gegners

¹⁴ Vgl. Peter Kmiecik, Wertstrukturen und Wertwandel in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1976

bei Unternehmerverbänden, Staat und Verwaltung notwendige — Organisationsstrukturen. Die Spontaneität erschwert die Arbeit in den BI-Dachverbänden, die Zusammenarbeit mit Ansprech- und Bündnispartnern.

3. Bei solchen Formen der „Politik in der ersten Person“ und unverbindlichen Organisationsstrukturen werden einerseits punktuell für Aktionen und zu Höhepunkten eine Großzahl von sich betroffen Fühlenden v.a. aus der Jugend einbezogen; dicht neben „Wehrt Euch“-Einsichten liegen jedoch „Scheißegal“- und „Tunix“-Stimmungen, neben der Aktionsbereitschaft die Resignation.

4. Dieser Stil „neuer Politikformen“ bezieht viele Menschen ein, die bei den sozialen und politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre abseits gestanden haben und reaktiviert einen Teil schon früher (in der APO, der Studentenbewegung) Aktiver, die sich aufgrund der „Mühen der Ebenen“ und scheinbarer Erfolgslosigkeit (z.B. der DKP) von den „traditionellen“ politischen Organisationen zurückgezogen haben.¹⁵

5. Für die meisten stellt die Teilnahme an BI-Aktivitäten jedoch einen ersten Einstieg in die Politik dar. Die einmal gemachten Erfahrungen mit Konzernen und Staat drohen aber dann immer wieder zugeschüttet zu werden, wenn die praktischen Erkenntnisse aus den BI-Aktionen nicht mehr vertieft und ausgeweitet werden. Darin liegt eine Grenze des „bloßen“ BI-Engagements. Dennoch stellt das BI-Bewußtsein eine wichtige „Keimform“ für grundsätzlichere politische Einsichten und für die Bereitschaft dar, mit anderen sozialen und politischen Kräften zusammenzuarbeiten.

6. Da die aufgegriffenen „Mißstände“ Folge allgemeiner staatsmonopolistischer Strukturen sind, kommen die einzelnen Initiativen trotz der Partikularität der konkreten Aktionsauslöser mit der „großen Politik“ in Berührung und suchen (v.a. bei den Themen Wohnen, Miete, Energie und Umwelt) nach einer Erklärung für die Ursachen der jeweiligen Probleme. Damit finden in den Bürgerinitiativen unumgängliche Verallgemeinerungs- und Klärungsprozesse statt. Zunehmend verschwimmen die Grenzen zwischen den Bürgerinitiativen, alternativen Projekten und der Öko-Bewegung. Es wächst eine Fundamentalströmung heran, die gesamtgesellschaftliche Lösungen sucht.

7. Selbst neuentstandene, noch als Ein-Punkt-Gruppen agierende Bürgerinitiativen finden sich somit als Bestandteil einer größeren Bewegung wieder, finden dort argumentativ-moralische Unterstützung und werden von den jeweiligen Verallgemeinerungen beeinflusst (d.h., keine BI bleibt in der Unschuld des „konkreten Anlasses“ bestehen).

8. An diesem Verallgemeinerungsprozeß setzen Kräfte verschiedener politischer Richtung an, um die Verarbeitung der Erfahrungen interessenspezifisch zu beeinflussen. Offensichtlich sind gegenwärtig die Grenzen der Integrationskraft der Bundestagsparteien und die Tendenz, Anliegen und Potential der BI-Bewegung über Grüne und Alternative Listen zu artikulieren. Man muß sehen, wie dieser Trend sich zur notwendigen Breite und Überparteilichkeit der Bürgerinitiativen verhält.

9. Bürgerinitiativen müssen sich zunächst in der konkreten Aktion auf eingegrenzte Forderungen und nächste Schritte einigen, um Menschen mit unterschiedlichen Motiven und ein möglichst breites Potential verschiedener politischer Kräfte zur Teilnahme zu aktivieren. Ein breiter Konsens über Ziele, Aktionsformen und Bündnispartner ist Voraussetzung, Basis für weitergehende Lernprozesse. Diese Breite wird langfristig aber

15 Vgl. Norbert Mappes, Die Grünen, Alternative oder Sackgasse? in: Frontal 1/1980, S. 17.

nicht durch permanentes Ausklammern strittiger Fragen garantiert. Weil Bürgerinitiativen eben keine Organisationen mit fest ausgebildeten politischen und ideologischen Vorstellungen sind (die bewußt eingegrenzte und taktisch ausgehandelte Bündnisse eingehen könnten), sondern Prozeßcharakter besitzen, im Lernen begriffen sind, sind sie nicht geneigt, als brennend empfundene Fragen (z.B. Atomkraftwerke in sozialistischen Ländern) einfach auszuklammern.

10. Als „Zwischenergebnis“ des momentanen Verallgemeinerungsprozesses der BI-Erfahrungen erscheint das vom BBU formulierte „Selbstverständnis der Bürgerinitiativen“¹⁶, das die Ansammlung verschiedenster Interpretationsversatzstücke widerspiegelt und sowohl antikapitalistische, teils auch antimonopolistische Erkenntnisse wie auch einen diffus konvergenztheoretischen Antiindustrialismus, die Ablehnung von Technik und wissenschaftlichem Fortschritt schlechthin enthält.

11. Dieses „Selbstverständnis“ ist Ausdruck inhaltlicher Zielvorstellungen und der Interessenkonstellation der in den Bürgerinitiativen überrepräsentativ aktiven „neuen Mittelschichten“ (Angestellte und Beamte, Intelligenzberufe), denen in der Formulierung neuer gesellschaftlicher Probleme, die aus der staatsmonopolistischen Vergesellschaftung zusätzlicher Lebensbereiche resultieren, eine „seismographische“ Vorreiterfunktion zukommt. Dennoch wäre es verfehlt, die Bürgerinitiativen als „kleinbürgerliche“ Bewegungsformen nichtproletarischer Zwischenschichten aufzufassen. Vielmehr ist die soziale Basis dieser Bewegungen nicht generell festgelegt. Tatsächlich nehmen seit den letzten fünf Jahren neben Jugendlichen und Frauen zunehmend – v.a. bei Bürgerinitiativen gegen chemische Vergiftung, bei Mieterinitiativen und Verkehrs-BIs – auch Teile der Arbeiterschaft an BI-Aktionen teil.

12. Aufgrund der Unmittelbarkeit und Spontaneität der BI-Aktivitäten, der Unerfahrenheit von neu in die politische Arena eintretenden sozialen Kräften (wie den „neuen Mittelschichten“) laufen Bürgerinitiativen Gefahr, von den herrschenden Kräften für systemstabilisierende Zwecke funktionalisiert zu werden: Z.B. durch materiellen Eigeneinsatz (soziale Dienste, freiwilliges Einrichten eines Abenteuerspielplatzes usw.) Lücken staatlicher Gemeinschaftsaufgaben zu füllen („Bürgermitarbeit“), durch unverbindliche Partizipationsmodelle (Beiräte, „Clearing-Stellen“) den Schein der Funktionsfähigkeit des politischen Systems und einer „lebendigen Demokratie“ wiederherzustellen.

Seit dem Scheitern der sozialliberalen „inneren Reformen“ und der Dauerkrise seit 1974 (die Rotstiftpolitik verschärft infrastrukturelle Probleme und schmälert Möglichkeiten materieller Zugeständnisse durch den Staat) und mit der Generalisierung der BI-Themen hin zu einer systemkritischen Orientierung ist der Spielraum immer wiederkehrender punktueller Integration allerdings geschmälert.

13. Das gegenwärtig effektivste Mittel, Bürgerinitiativen untereinander und gegen die Arbeiterbewegung auszuspielen, ist der konstruierte Gegensatz zwischen Arbeitsplatzsicherung und Umweltschutz. Das Aufheben dieses Spaltungsmoments erfordert Anstrengungen von beiden Seiten: Bürgerinitiativen, die erkennen, daß sie ohne die Einbeziehung der Arbeiterschaft letztlich keinen gesamtgesellschaftlichen Erfolg erzielen

¹⁶ Vgl. BBU-Faltblatt „Das Selbstverständnis der Bürgerinitiativen“, Karlsruhe o.J.; vgl. Wolfgang Sternstein, Bürgerinitiativen als vierte Gewalt? Wie Bürgerinitiativen sich selbst verstehen / Orientierungspapier des BBU, in: Volker Hauff (Hrsg.), a.a.O., S. 319–350

können, müssen bewußt die Arbeitsplatzinteressen der Lohnabhängigen mit den Forderungen nach Umweltschutz verbinden. (Allerdings kann auch nicht verkannt werden, daß für manche BI-Mitstreiter die Attraktivität „neuer“ Bewegungen gerade darin liegt, daß sie explizit an der „alten“ Arbeiterbewegung vorbeiorganisiert sind).

Auf der anderen Seite liegt es an den Gewerkschaften und politischen Organisationen der Arbeiterklasse, sich bewußter qualitativen Lebens- und Überlebensfragen (Arbeitsbedingungen und Freizeit, Ökologiekrisis und Friedensbedrohung) zu stellen und Praxisorientierungen zu geben. Die Mitarbeit gewerkschaftlich Aktiver in den Bürgerinitiativen ist eine Voraussetzung dafür, daß Arbeiterbewegung und neue soziale Bewegungen sich stärker als bisher annähern.

Thesen zur Frauenarbeit*

Redaktionskollektiv des Arbeitskreises beim IMSF zur Frauenfrage

Gemeinsam ist den Gruppen und Strömungen der Frauenbewegung in der BRD die Erfahrung der mangelnden Entwicklungs- und Verwirklichungsmöglichkeiten der Frau in unserer Gesellschaft. Wie jedoch die Unterdrückung erfahren wird, ist unterschiedlich. Den verschiedenen Erfahrungen entspricht die unterschiedliche Art der Analyse und Verarbeitung sowie der Gegenwehr in vielfältigen Aktions- und Organisationsformen. Mit dem Anwachsen der demokratischen Frauenbewegung und dem Erfassen breiterer Kreise in den siebziger Jahren sind teils neue, teils erweiterte bzw. differenzierte Frage- und Problemstellungen verbunden. In der Auseinandersetzung innerhalb der Frauenbewegung über die Ursachen von Frauenunterdrückung und Strategien des Kampfes ist die Bedeutung der Arbeit von Frauen im Prozeß ihrer Emanzipation einer der zentralen Diskussionspunkte. Der Streit der Meinungen entzündet sich insbesondere an der These von der Berufstätigkeit der Frau als Voraussetzung ihrer Emanzipation. Häufig fällt das Argument, der Marxismus habe in seiner ökonomischen Analyse den Reproduktionsbereich und somit auch die von Frauen geleistete Arbeit völlig unberücksichtigt gelassen. Marxisten wird ein verkürzter Emanzipationsbegriff unterstellt, die Forderung nach Recht auf Arbeit als zynisch empfunden: die Frauen hätten schon immer gearbeitet.

Im folgenden soll 1. kurz der Begriff von Arbeit, wie er in der marxistischen Wissenschaft gebräuchlich ist, dargestellt und auf den Zusammenhang von Produktion und Reproduktion in seiner Bedeutung für die Analyse der Hausarbeit eingegangen werden. Des weiteren soll 2. versucht werden, die Bedeutung der Arbeit von Frauen für die gesellschaftliche Entwicklung sowie für den Prozeß ihrer Emanzipation zu umreißen, sowie 3. die Bedeutung des Rechts auf Arbeit für die Frauen herauszuarbeiten.

1.

Arbeit ist zweckmäßige, bewußte Tätigkeit des Menschen, in der er mit Hilfe von Arbeitsmitteln Naturstoffe (Arbeitsgegenstände) verändert und sie seinen Zwecken nutzbar macht. Sie ist „erste Grundbedingung allen menschlichen Lebens, und zwar in einem solchen Grade, daß wir in gewissem Sinne sagen müssen: Sie hat den Menschen selbst geschaffen“ (*Engels*). Indem der Mensch auf die Natur einwirkt und sie verändert, verändert er zugleich sich selbst. Durch Arbeit entwickeln sich physisches Vermögen, Sprache und Bewußtsein. Von der Arbeit, ihrem spezifischen Charakter in den ver-

* Es handelt sich um Thesen zur Diskussion, die der Anfang 1981 beim IMSF neu geschaffene Arbeitskreis zur Frauenfrage zu behandeln für wichtig erachtete. Der Beitrag versteht sich als Anregung, auf dem Hintergrund der marxistischen Theorie einige Probleme der Frauenemanzipation und Frauenbewegung zu überdenken.

Im Rahmen des Arbeitskreises wurde zu dem hier angesprochenen Themenkomplex eine erste Bibliographie zusammengestellt, die auf Wunsch erhältlich ist. Der Arbeitskreis ist an Anregungen und Meinungsäußerungen interessiert.

schiedenen Entwicklungsetappen der menschlichen Gesellschaft, hängen letztlich alle übrigen gesellschaftlichen Erscheinungen sowie alle zwischenmenschlichen Beziehungen ab.

Arbeit wird nur innerhalb der Gesellschaft geleistet; im Produktionsprozeß treten die Menschen in bestimmte gesellschaftliche Beziehungen zueinander. Im Kapitalismus ist die bestimmende Beziehung die der privaten Aneignung gesellschaftlich erarbeiteter Werte; Arbeit hat hier doppelten Charakter: Zum einen dient sie, auf Grund ökonomischer Zwänge und Profitinteressen der Herrschenden, zur Ausbeutung des Menschen. Zum anderen beteiligt sie den einzelnen Menschen mit seinen Kenntnissen und Fähigkeiten an der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums. Sie ist daher auch Ausgangspunkt für den gemeinsamen Kampf aller gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

Marx führt im 1. Band des „Kapitals“ aus, daß die „Bedingungen der Produktion (...) zugleich die Bedingungen der Reproduktion“ sind. Jeder Produktionsprozeß ist zugleich Reproduktionsprozeß, beide Bereiche bedingen sich gegenseitig und hängen in ihrer konkreten Form voneinander ab. Für kapitalistische Produktionsverhältnisse heißt dies, daß der Reproduktionsprozeß den Gesetzen der (kapitalistischen) Produktion unterworfen ist. Für die Analyse der Hausarbeit in unserer Gesellschaft ist dieser Zusammenhang von entscheidender Bedeutung, denn sie ist folglich kein losgelöster Bereich — etwa mit nichtkapitalistischen Bedingungen. Die Reproduktion umfaßt die Wiederherstellung und Erneuerung der materiellen Produktionsbedingungen, der Produktionsverhältnisse und der Arbeitskraft des Menschen, also Dienstleistungen, Bildungs- und Kulturbereiche und nicht zuletzt Haushalt und Familie.

Hausarbeit ist gesellschaftlich nützliche Arbeit. Vom gesellschaftlichen Produktionsprozeß unterscheidet sie sich dadurch, daß sie nicht beliebig reproduzierbare Waren, sondern unmittelbar zur individuellen Konsumtion bestimmte Waren schafft. Hausarbeit ist gesellschaftlich notwendige Arbeit; sie dient zur Versorgung und Betreuung der Familien, zur Erziehung neuer Träger der Arbeitskraft. Zu untersuchen wäre nun, welche Bereiche und Formen der Haus- und Familienarbeit a) den kapitalistischen Verwertungsbedingungen auf welche Weise unterworfen sind, b) im Kapitalismus noch privat erledigt werden und daher als Lückenbüßer staatlicher Sparpolitik und kapitalistischer Krisenbewältigung zu benutzen sind, c) gesellschaftlich notwendig, aber weiterhin privat organisiert sind, d) vergesellschaftet zur Verringerung der Doppelbelastung der Frau beitragen und diese schließlich aufheben können. Nur auf der Grundlage einer solchen Analyse ist zu entscheiden, welche Momente privater Reproduktionstätigkeiten historisch überholt sind.

2.

Die berufliche Tätigkeit von Frauen ist Folge und Voraussetzung des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses. Als eine mit der kapitalistischen Produktionsweise aufkommende Gesetzmäßigkeit ist sie keine vorübergehende Erscheinung und steht gesamtgesellschaftlich nicht zur Disposition. Keine Volkswirtschaft kann auf die Leistung der Frau verzichten; ein Drittel aller zur Erhaltung der menschlichen Existenz erforderlichen materiellen Güter wird von Frauen erzeugt. Die Erwerbstätigkeit von Frauen trägt bei zur Steigerung der Produktion und damit zur Erhöhung des gesellschaftlichen Reichtums; ihre Arbeit fördert seine Ausweitung sowohl in quantitativer (Produktions-

und Konsumgüterindustrie) als auch in qualitativer Hinsicht (z. B. infrastrukturelle, soziale, medizinische, kulturelle Leistungen). Eine grundlegende Verbesserung der Arbeits- und Reproduktionsbedingungen der Frauen setzt die Steigerung der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit voraus — auf der Basis von Nullwachstum findet sie nicht statt.

Die Einbeziehung der Frauen in den gesellschaftlichen Arbeitsprozeß wird durch die wissenschaftlich-technische Entwicklung verstärkt; sie ermöglicht den Abbau körperlicher Belastungen und damit die Arbeit von Frauen in zunehmend mehr Bereichen, sie erhöht insgesamt den Bedarf an (qualifizierten) Arbeitskräften. Widersprüchliche und gegenläufige Phasen dieser langfristigen Tendenz in Umfang und Struktur der Erwerbstätigkeit führen dazu, daß der Anteil der berufstätigen Frauen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen die Marke von 35 bis 40 Prozent in der BRD kaum zu überschreiten vermag.

Frauenarbeit ist gesellschaftliche Notwendigkeit, für das Kapital erfüllt sie verschiedene Funktionen und stößt damit zugleich an die von diesem gesetzten Grenzen. Als Teil der kapitalistischen Reservearmee dienen Frauen als stets verfügbares Arbeitskräftereservoir, als Krisen- und Konjunkturpuffer sowie als Instrument zur Senkung des allgemeinen Lohnniveaus. In der Produktion schaffen sie, weil geringer bezahlt, Extraprofite. In der Krise bilden sie die Reserve im privaten Reproduktionsbereich, indem sie bis dahin zugestandene und nun „eingesparte“ Dienste gesellschaftlicher Einrichtungen übernehmen und somit zur Senkung der Kosten der Reproduktion der Arbeitskraft beitragen.

Die These, die Berufstätigkeit der Frau sei Voraussetzung ihrer Emanzipation, ist nur auf dem Hintergrund des anfangs dargestellten Arbeitsbegriffs zu verstehen. Die Aussage von Engels „Die Befreiung der Frau, ihre Gleichstellung mit dem Mann ist und bleibt eine Unmöglichkeit, solange die Frau von der gesellschaftlich produktiven Arbeit ausgeschlossen und auf die häusliche Privatarbeit beschränkt bleibt“ läßt sich auf vier Ebenen konkretisieren und zugleich differenzieren.

a) Die berufliche Tätigkeit der Frau fördert objektiv ihre ökonomische und persönliche Unabhängigkeit vom Mann, ihre Selbständigkeit und ihr Selbstwertgefühl, ihre Teilhabe an außerhäuslichen Kontakten und politischen Prozessen im Berufs- und öffentlichen Leben. Dadurch wird die Frau — weil geringer auf Mann, Kinder und Haushalt fixiert — eher in die Lage versetzt, das tradierte Frauenideal in Frage zu stellen. Die berufliche Tätigkeit der Frau wird damit zur wesentlichen Triebkraft ihrer Persönlichkeitsentwicklung. Diesen befreienden Momenten der Frauenerwerbstätigkeit sind unter kapitalistischen Bedingungen Grenzen gesetzt. Die große Mehrheit der Frauen arbeitet unter unmenschlichen Bedingungen. In der Regel völlig unzureichend qualifiziert, werden sie vor allem in Arbeitsbereichen eingesetzt, die gekennzeichnet sind durch inhumane, mit hoher psychischer und physischer Belastung verbundene Arbeitsplätze und -zeiten, durch Zerstückelung und Intensivierung der Arbeit, durch schlechte Entlohnung, unzureichende und diskriminierende Schutzmaßnahmen und fehlende Qualifikationsmöglichkeiten. Zudem handelt es sich um Arbeitsbereiche mit besonders großer Arbeitsplatzunsicherheit durch Rationalisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen.

Der Entwicklungsprozeß verweist in zwei Richtungen: Zum einen sind zunehmende Reduzierung an Arbeitsinhalten (z. B. Bildschirmtätigkeiten) sowie die hohe Frauenar-

beitslosigkeit wenig geeignet, Selbständigkeit und Selbstwertgefühl (durch Beteiligung am gesellschaftlichen Produktionsprozeß und daraus resultierende gesellschaftliche Anerkennung) zu steigern. Zum anderen wächst der Anteil der Frauen, die trotz schlechter Arbeitsbedingungen und Verdienstverhältnisse vor allem der sozialen Kontakte und der ökonomischen Unabhängigkeit vom Mann wegen auf eine berufliche Tätigkeit nicht mehr verzichten wollen.

b) Die berufliche Tätigkeit fördert objektiv das partnerschaftliche Verhalten zwischen Mann und Frau, die Veränderung der Einstellung des Mannes zur Rolle der Frau und eine größere Intensität der familiären Kommunikation. Sie fördert die Selbständigkeit, das Selbstbewußtsein und die kognitiven Fähigkeiten der Kinder und beeinflusst deren Lebensplanung, vor allem die positive Einstellung der Mädchen zur Berufstätigkeit.

Auch diese emanzipatorische Potenz der Berufstätigkeit stößt an systemimmanente Grenzen. Solange Frauen auf dem Arbeitsmarkt nicht als vollwertige Arbeitskräfte angesehen werden, ihnen trotz des Zwangs zur Lohnarbeit lediglich die Rolle der Zubzw. gar „Doppel“verdienerin zugewiesen wird, kann sich ihre Stellung innerhalb der Familie und gegenüber dem Mann kaum ändern. Die für die Rationalisierung des Profits im Kapitalismus notwendige Funktion der Reservearmee wird ideologisch abgesichert durch die Restauration des auf Hausfrauen- und Mutterrolle reduzierten Frauenbildes, dem auch erwerbstätige Frauen nur schwer sich entziehen können. Die Folge ist, daß trotz Berufstätigkeit häufig die familiären Aufgaben das Zentrum der Lebensgestaltung und -planung darstellen und das Verhältnis zu Mann und Kindern beeinflussen.

c) Die Vergesellschaftung der Hausarbeit ist zugleich Folge und Voraussetzung der beruflichen Betätigung von Frauen. Die gesellschaftliche Produktion an Bekleidungsgegenständen beispielsweise begann im Zusammenhang mit der Einbeziehung von Frauen in die gesellschaftliche Produktion zu Zeiten der industriellen Revolution. Die berufliche Tätigkeit der Frau birgt die Möglichkeit in sich, daß Hausarbeit nicht mehr der Unterdrückung und Ausgrenzung der Frau dient. Hausarbeit und Kindererziehung werden Aufgabe beider Partner; sie werden Pflichten der Gesellschaft, die für die Schaffung von Voraussetzungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sorgen hat. Die Arbeitsteilung der patriarchalischen Familie wird in Frage gestellt und — historisch überholt — tendenziell aufgelöst.

Die Grenzen dieser progressiven Veränderung liegen darin, daß die Frauen, obgleich zunehmend auf Erwerbstätigkeit und eigenen Lohn angewiesen, weiterhin für die Arbeiten im häuslichen Bereich zuständig bleiben. Gesellschaftlich notwendige Leistungen im Reproduktionsbereich, abhängig vom Verwertungsprozeß des Kapitals in Krisen zuerst reduziert, werden von den Frauen weiterhin kostenlos übernommen. Die Folge ist, daß die große Mehrheit der Frauen Berufs- und Familientätigkeit nur unter starken physischen und psychischen Belastungen bewältigen kann. Eine Aufteilung der Haushaltspflichten zwischen Mann und Frau trägt sicherlich dazu bei, überkommene Strukturen aufzubrechen — die Lösung der komplizierten Aufgabe, beide Bereiche miteinander zu vereinbaren, bleibt weiterhin der einzelnen Familie überlassen. Gesellschaftliche Einrichtungen zur Entlastung von dem privaten Bereich zugeordneten, jedoch gesellschaftlich notwendigen Arbeiten werden ihr fast völlig vorenthalten.

d) Die berufliche Tätigkeit der Frau fördert die Entwicklung von Klassenbewußtsein, da die Konfrontation zwischen Kapital und Arbeit und die Widersprüche der Lage der

arbeitenden Frau im Kapitalismus unmittelbar erfahren werden. Sie fördert gewerkschaftliches und politisches Engagement, ihre Fähigkeit zur Solidarisierung und das einheitliche Handeln der arbeitenden Bevölkerung in sozialen und politischen Auseinandersetzungen.

Entsprechend den oben angeführten Widersprüchen in den objektiven Emanzipationsbedingungen der Frau verläuft auch die Entwicklung von Selbst- bis hin zum Klassenbewußtsein widersprüchlich. Einerseits wird sie durch die Teilhabe am gesellschaftlichen Produktionsprozeß gefördert, andererseits durch Doppelbelastung und Mutterchafts- und Hausfrauenideologie extrem behindert. Die Orientierung der Frau auf „ihren ureigensten“ Bereich versucht, den gesellschaftlichen Charakter der Frauenarbeit zu leugnen und eine Gleichwertigkeit von und Wahlmöglichkeiten zwischen beruflicher und häuslicher Tätigkeit vorzugaukeln. Ihre Funktion als industrielle Reservarmee bei gleichzeitiger Fixierung auf den Reproduktionsbereich läßt die Frauen die Widersprüche ihrer Lage zwar unmittelbar erfahren; ihre Position zwischen Produktions- und Reproduktionsbereich birgt zunehmend bewußt werdendes und aktiv angegangenes Konfliktpotential in sich. Ihrem gewerkschaftlichen und politischen Engagement sind aber gerade durch ihre Verwendung als Reservisten sowie durch ihre familiären Pflichten enge Grenzen gesetzt. Solange die Berufstätigkeit von Frauen nicht als Notwendigkeit ihrer Existenz verstanden wird, werden sie bereitwillig den Rückzug ins Private antreten, wenig Erfahrungen in offensiven Klassenauseinandersetzungen sammeln und zum einheitlichen Vorgehen der arbeitenden Bevölkerung in den Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit nur bedingt beitragen können. Gleiches gilt für die Versagung gesellschaftlicher Einrichtungen zur Wahrnehmung bislang privat organisierter Arbeiten.

Zu untersuchen wäre jedoch, inwieweit — auf dem Hintergrund der Tatsache, daß fast alle Frauen in ihrem Leben einmal berufs- oder erwerbstätig waren — die Beteiligung an nichtbetrieblichen und nichtgewerkschaftlichen Bewegungen, d. h. Bürgerinitiativen, Friedens- und Frauengruppen und dgl. im Prozeß der Bewußtwerdung und Aktivierung von Frauen bedeutsamer werden. Politikkonzepte der Frauenemanzipation werden jedenfalls nicht umhin können, beide Bereiche, Beruf und Familie, als Ausgangspunkt ihrer Strategien heranzuziehen.

3.

Folgt man den bisherigen Ausführungen, so wird deutlich, daß der Angelpunkt des Kampfes um die Emanzipation der Frau in der Forderung nach Recht auf Arbeit liegt. Die Durchsetzung dieser Forderung zielt auf den Kern aller Klassenauseinandersetzung. Das Recht auf Arbeit ist unabdingbares Menschenrecht für Männer und Frauen, Schnittpunkt der Interessen. Für die Emanzipationsbestrebungen der Frau birgt das Recht auf Arbeit weitere Dimensionen: Es ist Ausgangspunkt für die Aufhebung der doppelten Unterdrückung der Frau durch das Kapital und auf Grund ihrer Geschlechtszugehörigkeit. Die Durchsetzung dieses Rechtes beinhaltet die Möglichkeit, der Aufhebung der geschlechtsspezifischen Unterdrückung eine gesamtgesellschaftliche (im Gegensatz zur privaten) Perspektive zu geben, die in der Vergesellschaftung der Hausarbeit, der gesellschaftlichen Verantwortung für die Kindererziehung, in der Orientierung der Geschlechter auf Gleichberechtigung liegt.

Die Forderung nach Recht auf Arbeit geht über die Forderung nach ökonomischer, sozialer und politischer Gleichberechtigung der Frau hinaus. Ihre Verwirklichung und die durch die Berufstätigkeit veränderte Stellung der Frau verlangen eine neue Form der gesellschaftlichen Organisation, die die Emanzipation (Befreiung) der Frau (und des Mannes) ermöglichen wird. Die Forderung nach Recht auf Arbeit erschöpft sich nicht im Anspruch, unter kapitalistischen Bedingungen einer wie auch immer gearteten Tätigkeit nachzugehen. Recht auf Arbeit bedeutet Recht auf Entwicklung der Persönlichkeit und gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß. Recht auf Arbeit heißt Beteiligung an der Geschichte, an aktuellen Klassenkampfauseinandersetzungen und Bestimmung einer menschenwürdigen und lebenswerten Zukunft.

Das Recht auf Arbeit ist nicht auf ökonomische Aspekte wie finanzielle Unabhängigkeit reduzierbar. Zu den Voraussetzungen, dieses Recht überhaupt in Anspruch nehmen zu können, gehören

- gleichberechtigte Bildungs- und Berufschancen für die Frauen;
- menschengerechte Gestaltung der Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitverkürzung;
- die Verwirklichung des Prinzips „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“;
- qualifizierte Aus- und Weiterbildung für Frauen;
- Abbau von Doppelbelastungen durch Übernahme von Hausarbeit und Kindererziehung in gesellschaftliche Verantwortung;
- Überwindung geschlechtsspezifischer Rollenklischees und rückwärts gerichteter Ideologien im privaten und gesellschaftlichen Bereich;
- Einbeziehung und Beteiligung von Frauen in politischen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen;
- Qualifizierte Mitbestimmung in Betrieb, Politik und sozialen Bereichen.

Der Stellenwert der Forderung nach Recht auf Arbeit zeigt sich deutlich am Beispiel der kapitalistischen Rationalisierung, die besonders im Angestelltenbereich, in dem viele Frauen beschäftigt sind, um sich greift. Die Frauenbewegung hat genau zu beobachten, wie die Strategien des Kapitals in diesem Zusammenhang den Frauen das Recht auf Arbeit abzuspochen bemüht sind. Rationalisierung bedeutet für Frauen oft Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzverlust und ideologische Orientierung auf eine extrem reaktionäre Lösungsvariante der Frauenfrage, den sogenannten weiblichen Aufgabenbereich. Den Kämpfen der Frauenbewegung gegen die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung kommt daher im Hinblick auf das Menschenrecht auf Arbeit für Frauen entscheidende Bedeutung zu.

Streiks und gewerkschaftliche Gegenmacht

Funktion und Entwicklungstendenzen von Streiks in der Bundesrepublik

Klaus Pickshaus

1. Zur theoretischen Bestimmung des Streiks — 2. Die staatliche Regulierung des Streiks — 3. Zur Analyse langfristiger Entwicklungstendenzen des Streiks — 3.1 „Kampfzyklen“ und Triebkräfte der Streikentwicklung — 3.2 Streik und gewerkschaftliche Gegenmachtbildung — 4. Schlußbemerkungen

Die siebziger Jahre sind in der Geschichte der Bundesrepublik das Jahrzehnt mit der höchsten Streikintensität, zugleich aber auch eine Periode, in der zahlreiche neue Konfliktfelder und soziale und politische Bewegungen sichtbar wurden. Die Bestimmung des Stellenwerts der jeweiligen Konflikte, des Verhältnisses „alter“ und „neuer“ sozialer Bewegungen und ihrer Bedeutung für die Stabilität des politischen Systems hat theoretische und politische Diskussionen in den letzten Jahren bestimmt. Dabei ist — trotz zahlreicher Streikkämpfe — die These einer „Abnahme traditioneller Formen von Klassenauseinandersetzungen“ vertreten worden.¹

Bestimmend für die aktuelle Diskussion ist, daß die Streikkämpfe der 70er Jahre im Großen und Ganzen im traditionellen Rahmen blieben, die Politisierung dieser Konflikte begrenzt war und sich auch in der Krise kein relevantes systemkritisches Potential entwickelte, während von den erstarkenden neuen Bewegungen (Ökologie usw.) wichtige politische Impulse ausgingen.

Zweifellos sind deshalb Fragestellungen nach den Mechanismen der „Segmentierung, Dezentralisierung und Partialisierung der Interessenlagen und Konflikte“ relevant². Dabei sollten aber auch die Momente untersucht werden, die in der objektiven Klassenkonstellation und in der Politik der Organisationen auf Vereinheitlichung und Verallgemeinerung der Kämpfe drängen. Hier soll es in erster Linie um den Stellenwert, die Regulierungsformen und den „Ertrag“ der „traditionellen“ Klassenauseinandersetzungen, insbesondere des Streiks, gehen.

1. Zur theoretischen Bestimmung des Streiks

In der kapitalistischen Gesellschaft existieren zahlreiche gesellschaftliche Konflikte; Streiks stellen nur eine ihrer Formen dar und haben in der Bundesrepublik oft einen höchst ritualisierten Charakter. Die Frage nach dem heutigen Stellenwert des Streiks und seiner Funktion für die politische Entwicklung hat also als erstes die Spezifik aufzuspüren, die diese Form des Konflikts von anderen unterscheidet.

1 Joachim Hirsch/Roland Roth, „Modell Deutschland“ und neue soziale Bewegungen, in: Prokla 40 (Nr. 3, 1980), S. 15.

2 Ebenda, S. 18.

Konflikte sind der Ausdruck der scharfen Entgegensetzung der objektiven Positionen sozialer Gruppen.³ Ihnen liegen Widersprüche der gesellschaftlichen Verhältnisse zugrunde; sie sind die konzentrierteste Form des Austragens dieser Widersprüche. Der Streik als Form des „industriellen Konflikts“ verweist auf die Produktionssphäre als Grundlage und Ursache wesentlicher gesellschaftlicher Konflikte. Streiks sind keineswegs eine beliebige Form sozialer Konflikte — wie dies die Konfliktsoziologie behauptet — oder nur für eine bestimmte Entwicklungsphase des Kapitalismus typisch, wie Vertreter des Kapitals es gerne sähen.⁴ Positionen, die den Streik eher als pathologische Erscheinung abhandeln wollen, ist zurecht entgegengehalten worden: „Besonders durchsichtig ist dabei die Position derjenigen, die Streiks als nur psychologisch zu erklärende Querelen abtun: sie profitieren am meisten von der Erhaltung des Status quo und haben folglich kein Interesse, die Existenz antagonistischer Interessenlagen in der kapitalistischen Gesellschaft ausdrücklich anzuerkennen. Alle Partnerschaftsideologien haben hier ihren Ausgangspunkt. Demgegenüber kommen diejenigen, die im Streik den lebendigen Ausdruck des Klassenkampfes sehen, der Wirklichkeit offensichtlich näher.“⁵

Die Bedeutung des Streiks als einer Form gesellschaftlicher Konflikte ergibt sich aus den spezifischen sozialen Verhältnissen in der Produktionssphäre, konkret aus dem antagonistischen Charakter der sozialen Beziehungen, der im Kapitalismus durch die Monopolisierung des Eigentums an der Produktion und ihren Produkten durch die besitzende Klasse und die Eigentumslosigkeit der produzierenden Klasse bedingt ist. Der Klassencharakter der sozialen Beziehungen wird unter diesen Umständen auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Gesellschaft relevant.

Der Streik wird hier also als eine Ausdrucks- und Ablaufsform antagonistischer Klassenbeziehungen verstanden. Der Antagonismus realisiert sich in unterschiedlichster Ausformung und Intensität der Konflikte der Klassen. Der Streik ist dabei nur eine Form des Klassenkampfes, die sich im betrieblichen Bereich zumeist an Fragen wie der Bezahlung der Arbeitskraft und der Anforderung des Kapitalisten an die Arbeitskraft bis hin zur sozialen Stellung des Arbeiters entzündet, die aber auch — wenngleich in der Bundesrepublik selten — politische Fragen zum Inhalt haben kann. Der Streik als Austragungsform des Konfliktes zwischen Lohnarbeit und Kapital reduziert sich von Ursachen und Inhalt her also keineswegs auf die Fixierung des Lohn-Profit-Verhältnisses. Er umschließt direkt oder indirekt immer auch Fragen der gegensätzlichen gesellschaftlichen Stellung und Machtpositionen der Antagonisten.

Mit der marxistischen Kategorie des „Klassenkampfes“ als Austragungsform der antagonistischen Interessen und als Triebkraft gesellschaftlicher Entwicklung war niemals nur der offene Konflikt der Klassen verstanden worden. Vielmehr sind *latente* und *manifeste* Formen des Klassenkampfes zu unterscheiden, die in ihrer Abfolge nicht immer

3 Vgl. hierzu Gottfried Stiehler, *Der dialektische Widerspruch*, Berlin (DDR) 1966, S. 105 ff.

4 „Streik in einer modernen Wirtschaft wie der unseren ist reaktionäres Verhalten. Damit sollte Schluß gemacht werden. Die Partnerschaftsidee muß auch in dieser Hinsicht zum Tragen kommen.“ So nach dem Druckerstreik 1976 Hans Steimel (Bundesverband Druck), Bilanz eines Arbeitskampfes, in: druckwelt Nr. 14 v. 20.5.1976.

5 Zu dieser Einsicht kam Hans Matthöfer noch 1971 in einer seiner progressiven „Frühschriften“. Ders., Streiks und streikähnliche Formen des Kampfes der Arbeitnehmer im Kapitalismus, in: Dieter Schneider (Hrsg.), *Zur Theorie und Praxis des Streiks*, Frankfurt/Main 1971, S. 155.

zu trennen sind. Konfliktsoziologische Untersuchungen haben die Vielfalt von verdeckten und umgeleiteten „industriellen Konflikten“ (durch Inhalts- oder Adressatenverschiebung) aufgezeigt.⁶ Seltener sind dies kollektive Formen des Arbeitskampfes (wie die organisierte Leistungszurückhaltung), zumeist individuelle, partikularisierte Reaktionsformen (wie Absentismus). Ob sich aus einem schwelenden, verdeckten Konflikt ein offener, direkter Konflikt etwa in Form des kollektiven organisierten Streiks entwickelt, hängt dabei nicht nur von der Verschärfung der objektiven Entgegensetzung der Positionen ab, sondern auch von einer Vielzahl subjektiver und politischer Faktoren.

Streiks waren hier als eine Ablaufsform antagonistischer Klassenbeziehungen bezeichnet worden. Dies setzte schon voraus, daß Klassenbeziehungen als Machtbeziehungen ein jeweils zu bestimmendes Kräfteverhältnis ausdrücken, das sich in den jeweiligen Auseinandersetzungen verändern kann. Das heißt zum einen, daß innerhalb eines gegebenen, nur qualitativ zu verändernden Systems von Klassenbeziehungen als Beziehungen zwischen einer unterdrückenden und einer ausgebeuteten Klasse nur ein relatives Kräftegleichgewicht existiert, innerhalb dessen jede Klasse ihre sehr unterschiedlichen Machtpositionen einsetzt, um Teilinteressen durchzusetzen. Im Gegensatz zu langfristigen strategischen Etappen ist das Kräfteverhältnis in einzelnen Auseinandersetzungen häufigen Veränderungen unterzogen. Dabei reichen die Macht- oder besser: Gegenmachtpositionen der Arbeiterklasse im gegebenen Rahmen nur zur Einschränkung und Begrenzung der (herrschenden) Macht der Kapitals aus. Streiks sind also in diesem Zusammenhang als ein Kräftemessen der gegnerischen Klassen zu verstehen, bei dem erst im Verlauf der Aktion entschieden wird, welche Klasse in dieser konkreten Situation ihre Kräfte besser zur Entfaltung bringen kann und ihre Interessen durchzusetzen vermag. Zum anderen bedeutet dies, daß Streiks eine Form der Konstituierung von Gegenmacht der Arbeiterklasse sind, in der die objektive Polarisierung der Klassenbeziehungen offen zutage tritt und die zur Verschiebung der jeweiligen Machtpositionen im relativen Kräftegleichgewicht führen kann.

Die Spezifik des Streiks als eine der wichtigsten Formen gesellschaftlicher Konflikte im Kapitalismus soll durch drei Gesichtspunkte unterstrichen werden:

a. Auf der Ebene konflikttheoretischer Überlegungen kann der Streik als Ergebnis der Zuspitzung des Widerspruchs der entgegengesetzten beiden Pole Kapital/Arbeit und des Umschlags in einen offenen Konflikt bezeichnet werden, dessen relative Lösung und Entspannung durch Zugeständnisse der einen oder anderen Seite möglich ist. Jede Annahme einer historisch unbestimmten fortlaufenden Verschärfung von Klassenkonflikten ist insofern theoretisch und empirisch nicht haltbar.⁷ Notwendig ist viel-

6 Vgl. hierzu Rainer W. Hoffmann, *Arbeitskampf im Arbeitsalltag*, Frankfurt/New York 1981.

7 Eine solche These eines „linearen Trend(s)... zur klassenkämpferischen Entwicklung“ wird marxistischen Streikanalysen oft unterstellt. So Walther Müller-Jentsch, *Neue Konfliktpotentiale und institutionelle Stabilität*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 3/1979, S. 275. Ähnlich auch Heinze/Hinrichs/Offe/Olk, *Interessendifferenzierung und Gewerkschaftseinheit*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 6/1981, S. 347/8 und Josef Esser, *Gewerkschaften in der Krise*, Konstanz 1980 (unveröff.), S. 37/38. Allerdings betrachtet die marxistische Theorie des Klassenkampfes die Entwicklung sozialer und politischer Kämpfe nicht als linear fortschreitende Progression, sondern in Gestalt diskontinuierlicher Schwankungen, bei denen „ruhige“ Perioden und eruptive Konfliktphasen wechseln. Dabei soll nicht abgestritten werden, daß auch ‚orthodoxe Marxisten‘ (Müller-Jentsch) nicht vor Vereinfachungen gefeit sind.

mehr die konkrete Analyse der Entwicklung von Widerspruchskomplexen. Da die Grundlage des Antagonismus der beiden Hauptklassen durch die Eigentumsverhältnisse ständig aufs Neue reproduziert wird, ist der Klassenkonflikt aber auch nicht „abstellbar“. Allerdings, dies zeigt etwa der Lohn-Profit-Konflikt, der in erster Linie im Rahmen der tariflichen und betrieblichen Lohnbewegungen ausgetragen wird, wechselt die Offenheit, Intensität und Aktualität der Konflikte. Längst nicht in jedem Fall eskaliert das Kräftemessen der „Tarifgegner“ bis zum offenen Konflikt. Zeitweilige Entspannungen erfolgen immer wieder mit Lohnerhöhungen als Ergebnis des gewerkschaftlichen Lohnkampfes oder allgemeiner Arbeitsmarktbewegungen. Der Streik ist also eine punktuelle Zuspitzung der ständigen Interessenauseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit.

b. Der Streik ist nur eine Form des Klassenkampfes. Allein im betrieblichen Bereich sind zahlreiche weitere Kampfformen – zum Teil in Verbindung mit dem Streik – bekannt (Demonstration, Betriebsbesetzung usw.). Im Unterschied zur syndikalistischen Tradition ist der Streik als Kampfform von den Marxisten nie mystifiziert worden. Dabei spielte vor allem die Einschätzung des Massenstreiks als politischer Streik eine Rolle.⁸ Für die heutigen Bedingungen ist der Zusammenhang von ökonomischen und politischen Streikinhalten zweifellos neu zu bestimmen. Das politisch-inhaltliche Niveau des Streiks ist immer jeweils konkret zu bestimmen. Allerdings ist er diejenige Kampfform, die für die Arbeiterklasse am charakteristischsten ist, die aus ihrer spezifischen gesellschaftlichen Stellung resultiert. Die einzige effektive Waffe des Arbeiters besteht in der Verweigerung der Gebrauchswertnutzung seiner Arbeitskraft, die zur Brachlegung der toten Produktionsmittel und zum Profitverlust für den Kapitalisten führt. Aber nur durch den kollektiven Entzug der Arbeitskraft im Streik, durch die organisierte Aufhebung der Konkurrenz unter den Anbietern der Arbeitskraft, wird dieses Kampfmittel wirksam: D.h., der Grad des kollektiven Zusammenschlusses und der Organisiertheit der Arbeiter entscheidet in erster Linie über die ökonomische Effektivität des Streiks als Druckmittel. Zugleich werden jedoch in einem solchen Konflikt Elemente eines über die ökonomische Sphäre hinausreichenden und grundlegenden Prozesses deutlich. In dieser Dialektik von Kampf und Organisation entwickelt sich im historischen Prozeß die Arbeiterklasse zu einer gesellschaftlichen Macht, die auf die Struktur des Kapitalismus selbst einwirkt.

c. Insofern sind Streiks in der marxistischen Theorietradition immer auch unter dem Gesichtspunkt der Formierung der Arbeiterklasse, der Entwicklung zur Klasse „für sich“ betrachtet worden. In jedem Arbeitskampf, auch solchen mit begrenztem ökonomischen Ziel, können sich Elemente entwickeln, die über den ökonomischen Druck auf den einzelnen Kapitalisten hinausgehen und auf die gesamte Klasse und den Staat wirken. Durch die Polarisierung der Fronten in einer Streiksituation können sozialpartnerschaftliche Illusionen durchbrochen werden, wird die Vereinzelung und Privatisierung des Arbeiters durch den solidarischen Zusammenhang des Kampfes zumindest zeitweise überwunden. Die Bezeichnung des Streiks als „Kriegsschule“ bezieht sich eben auf diesen durch die polarisierte Kampfsituation beschleunigten Bewußtwerdungs-

⁸ Hier soll die Problematik des explizit „politischen Streiks“ ausgeklammert bleiben. Vgl. hierzu Heinz-Gerhard Haupt u.a. (Hrsg.), *Polititischer Streik*, Frankfurt/Main 1981. Ebenso Sylvia Anders, *Streiks im staatsmonopolistischen Kapitalismus*, IPW-Forschungshefte 3/1980, S. 73ff.

prozeß ebenso wie auf die Erfahrung und Aneignung von Kampftechniken.⁹ Der zentrale Filter zur Erfahrung allgemeiner gesellschaftlicher und politischer Widersprüche sind die Kämpfe der Arbeiter. Im Streik wird nicht nur teilweise die Konkurrenz in der Arbeiterklasse überwunden, sondern es entwickeln und festigen sich auch zahlreiche Momente ihrer Gegenmacht: Durch die Stärkung des Geflechts kommunikativer Beziehungen, die Bildung von „Gegenöffentlichkeit“ (die die Einflußnahme auf die offiziellen Medien einschließt), die Entfaltung von Organisationskraft, die auch in ihren formellen „bürokratischen“ Strukturen der zentralisierten gewerkschaftlichen Organisation auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden kann.

Der organisierte Streik ist eine Form vereinheitlichten Klassenhandelns, dessen Entwicklungsniveau jeweils konkret zu untersuchen ist. Er gewinnt in dem Maße eine politische Dimension, wie er sich verbreitet und verallgemeinert, durch eine Konfrontation mit der gegnerischen Gesamtklasse und dem Staat geprägt wird und dadurch Inhalte eines allgemeinen Klassenkonflikts aufnimmt.

Die Gegenmachtpositionen der Arbeiterklasse innerhalb eines konkreten Systems der Klassenbeziehungen, die ja durch sich verändernde Kräfteverhältnisse geprägt werden, sind von verschiedenen Faktoren abhängig. Unter diesen Faktoren, zu denen die Organisationsstärke der Arbeiterbewegung, ideologische und politische Einflußfaktoren usw. zählen, sind die Kämpfe der Arbeiterklasse selbst das dynamischste Element. D.h.: Durch bestimmte statische Größen wie Mitgliederzahlen, Wahlergebnisse, Vertretungspositionen gesetzte Grenzen werden durch die lebendige Aktion immer wieder rasch überspült. Insofern hat die Analyse der Kämpfe, hier vor allem der Streiks, eine zentrale Aussagekraft für das Entwicklungsniveau gesellschaftlichen Bewußtseins und für die Kampfbereitschaft und Kampfkraft der Arbeiterklasse insgesamt, ihrer verschiedenen Abteilungen oder anderer lohnabhängiger Gruppen, die ja die Grundlage von Gegenmachtpositionen der Arbeiterklasse bilden. Die Streikentwicklung ist auch ein wichtiger Indikator für die Offenheit und die Intensität der Klassenauseinandersetzung. Der Streik als Ausdruck des offenen Konflikts läßt deshalb auch Rückschlüsse zu auf das jeweilige Muster und Entwicklungsniveau der Austragungsformen antagonistischer Klassenbeziehungen, die durch sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit oder durch konfliktorische, durch den offenen Kampf geprägte Formen bestimmt sein können. Die jeweilige Entwicklung steht natürlich im engen Zusammenhang mit der Stabilität oder der krisenhaften Verfassung der ökonomischen, der sozialen und politischen Verhältnisse. Sie verweist ferner auf die Fähigkeit oder Unfähigkeit der herrschenden Klasse, Konfliktpotentiale zu begrenzen oder zu absorbieren und ihre politisch und ideologisch hegemoniale Position zu sichern.

2. Die staatliche Regulierung des Streiks

Im Unterschied zu neu aufbrechenden Konflikten sind die traditionellen Konfliktfelder zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie, insbesondere der kontinuierlich aktualisierte Lohn-Profit-Konflikt, in hohem Maße institutionalisiert, rechtlichen Normen und (von der Gewerkschaft freiwillig akzeptierten) „ritualisierten“ Formen unterworfen. Ein solcher „Institutionalisierungs“- und „Verrechtlichungs“-Prozeß ist zwar auch

⁹ Friedrich Engels, *Die Lage der arbeitenden Klasse in England*, in: MEW 2, S. 441.

in neuen Konflikten jeweils zu beobachten (vgl. etwa in den Auseinandersetzungen um den Bau von Kernkraftwerken), der Grad der Normierung und Institutionalisierung ist jedoch im „traditionellen Bereich“ als Ergebnis eines historisch schon sehr langen Prozesses besonders hoch.

Der Kampf der Arbeiterbewegung führte – beschleunigt durch gesellschaftliche Umbrüche wie die Novemberrevolution – zur staatlichen Anerkennung des Koalitionsrechts, des Streiks und zur Schaffung eines kollektiven Tarifvertragswesens. Die Herausbildung der Gewerkschaften zu stabilen Massenorganisationen zu Beginn dieses Jahrhunderts hatte den Streik zu einer potentiell schärferen, jedoch seltener eingesetzten Waffe der organisierten Arbeiterklasse gemacht. Diese Veränderung der Kampfbedingungen führte in der Arbeiterbewegung selbst zu theoretischen und politischen Kontroversen, in denen die revisionistische und reformistische Position einen Funktionsverlust des Streiks prognostizierte. Nach *Bernstein* wird der Streik „mehr als latente Kraft denn als in direkte Funktion versetzte Waffe“ wirken, „und neben ihm wird von immer grösserer Bedeutung der Tarif- und je nachdem auch Schiedsvertrag“.¹⁰ Der Theorie, daß der Streik durch die Macht der Organisationen der Arbeiterklasse als „regulative Idee“ und als „latente Kraft“ bereits die gesellschaftlichen Verhältnisse verändere, entsprach auch die sozialfriedliche Praxis der Gewerkschaften. In den Positionen *Bernsteins* und anderer kann schon eine Vorwegnahme „gleichlautender Thesen der modernen Konfliktsoziologie gesehen werden“: „Der soziale Konflikt schafft neue Normen und Institutionen; die Drohung oder latente Gefahr des gewaltsamen Konflikts genügt, diese Wirkung zu erzielen.“¹¹ Sie sind zugleich inhaltliche Grundlage der Konzeptionen des Integrationismus als Herrschaftsmethode und als politische Strömung innerhalb der Arbeiterbewegung, für die die Einbindung der Arbeiterklasse und die Konfliktvermeidung bzw. -eingrenzung zu Funktionsbedingungen der bürgerlichen Demokratie geworden sind.¹²

Die Prozesse der „Institutionalisierung des Klassenkampfes“ und der „Verrechtlichung des Streiks“, die selbst auch ein Ergebnis des Kampfes der Arbeiterbewegung um die politisch-rechtliche Anerkennung der Gewerkschaften und die Durchsetzung staatlich garantierter sozialer Rechte sind, weisen auf eine Veränderung des Verhältnisses von Staat und sozialen Beziehungen im monopolistischen und staatsmonopolistischen Kapitalismus hin. Die Regelung der Klassenbeziehungen kann angesichts zunehmender Krisenprozesse nicht mehr nur durch den „stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse“ erfolgen. Sie erfordert staatliche Interventionen, die Mobilisierung und Ausweitung der politischen und ideologischen Apparate der Klassenherrschaft. Insgesamt ist eine engere Verflechtung ökonomischer und politischer Regulierungsprozesse im SMK feststellbar. Strategischer Kern der Regulierung ist die staatsmonopolistische Einkommens- und Beschäftigungspolitik, mit der die Bedingungen des Verkaufs und

10 Eduard Bernstein, *Der Streik*, Frankfurt 1920, S. 33, zit. n. Edgar Weick, *Theorien des Streiks*, in: Schneider, a.a.O., S. 134/5.

11 Klaus Wiedemann, *Streik und Streikdrohung*, Herford 1971, S. 36.

12 Dies bringt Heinrich Volkmann zum Ausdruck: „Die soziale Integration der Arbeiter in die Gesellschaft und der Zugang ihrer Organisationen zur politischen Macht mildern das Spannungspotential der Ungleichheit, schaffen neue, streikalternative Einflußmöglichkeiten, aber auch disziplinierende Verbindlichkeiten.“ Ders., *Zur Entwicklung von Streik und Aussperrung in Deutschland 1899-1975*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 6/1979, S. 357.

Kauf der Arbeitskraft beeinflußt werden, um die freie Entfaltung des Lohnkonflikts zu verhindern.

Die Untersuchung dieser Institutionalisierungsmechanismen ausschließlich unter dem Aspekt der „Konfliktabsorption“, wie dies in den systemtheoretisch inspirierten Konzepten der „industrial-relations“-Schule und den Theoremen der „Rationalisierung“ bzw. der „Modernisierung des Arbeitskampfes“ geschieht, verstellt allerdings den Blick auf die Widersprüchlichkeit der realen Entwicklung¹³:

a. Der formale Grad der Institutionalisierung läßt noch keine Rückschlüsse zu auf das Entwicklungsniveau des Klassenkampfes oder gar die Schärfe der Widersprüche. Er kennzeichnet nur ein *Entwicklungsstadium* der Klassenbeziehungen, das deren antagonistischen Charakter nicht aufhebt, wohl aber die Austragungsformen mitprägt. Eruptive Entwicklungen wie die spontanen Streiks 1969 und 1973 zeigen, daß bei einer schnellen Verschärfung der Gegensätze der Umschlag in einen offenen Konflikt durch die traditionellen Formen nicht verhindert werden kann. Aber auch in der Dynamik sogenannter „offizieller“ Streiks kommt es immer wieder zu Grenzüberschreitungen bisheriger ritualisierter Formen, die auf den rechtlichen Normierungsprozeß selbst Einfluß nehmen (vgl. z.B. die Veränderung der Rechtsprechung zu den Warnstreiks).¹⁴

b. Die Analyse institutionell-rechtlicher „Einfriedung“ des Streiks hat die Frage zu beantworten, warum und wieweit die Gewerkschaften die Begrenzung ihrer eigenen Handlungsspielräume hinnehmen.¹⁵ Dies ist aber nur aus der historisch konkreten Untersuchung der Entwicklung der Kräfteverhältnisse, der Politik der Gewerkschaften, des Massenbewußtseins usw. zu erschließen.

Die weitgehende Akzeptierung eines klassenübergreifenden Konsens, der Verzicht auf eine Politisierung gewerkschaftlicher Interessenvertretung und die weitgehend kampflose Hinnahme der Einschränkung der Arbeitskampffreiheit sind Momente einer Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in den 50er Jahren, die noch von der Niederlage im Kampf um die „Neuordnung“ nach 1945 und einer durch wirtschaftlichen Aufschwung und politische Restauration bestimmten Verschiebung der Kräfteverhältnisse geprägt waren. Die Analyse sollte also den Blick nicht nur auf die „Institutionalisierungsprozesse“, sondern auf das gesamte politische System der Regulierung antagonistischer Klassenbeziehungen richten, das alle Mechanismen umfaßt, „die Anpassung, Integration und Konsensus auf Seiten der beherrschten Klasse produzieren“ und damit erst die politische und ideologische Hegemonie der herrschenden Klasse ermöglichen.¹⁶

13 Vgl. hierzu kritisch Thomas Blanke, Funktionswandel des Streiks im Spätkapitalismus, Frankfurt/Main 1972, S. 80 ff.

14 Deutlich wurde die Eigendynamik bei den Warnstreiks im Rahmen der IG Metall-Tarifpolitik der „Neuen Beweglichkeit“ im Frühjahr 1981 mit über 2 Millionen Beteiligten. Aus der Sicht des Kapitals ergab sich folgende Gefahr: „Solche Veranstaltungen haben immer emotionale Nebenwirkungen, die schlimmer sind als der materielle Schaden, den sie verursachen. Die heile Welt der Sozialpartnerschaft geht zu Bruch, wenn sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber ohne die Schutzschranke geregelter Beziehungen einander gegenüberstehen. Aus der organisierten Veranstaltung wird so eine Art spontaner Begegnung, die sich bis an den Rand des Aufruhrs aufheizen kann. Und die Schwelle zum Unkalkulierbaren ist bereits überschritten.“ Die Wirtschaftswoche Nr. 15, 3.4.1981, S. 12.

15 Rainer Erd untersucht die innergewerkschaftlichen Voraussetzungen der „Verrechtlichungsprozesse“. Ders., Verrechtlichung industrieller Konflikte, Frankfurt/New York 1978.

16 Frank Deppe/Heinz Jung, Entwicklung und Politik der herrschenden Klasse in der Bundesrepublik, in: Geschichte der Bundesrepublik, Köln 1979, S. 465.

Für die Entwicklung in den letzten Jahren ist dabei auffallend, daß nach einer zeitweiligen Verschärfung der Konflikte (insbesondere nach der Mitbestimmungsklage der Kapitalverbände 1977) sich das Zentrum der Konsensformulierung bzw. der Ausarbeitung von Kompromissen von Regierung und Parlament zu den höchsten Gerichten verlagert hat. (Sowohl am Mitbestimmungsurteil des Bundesverfassungsgerichts als auch am Aussperrungsurteil des Bundesarbeitsgerichts ablesbar, die beide auf die Belebung sozialpartnerschaftlicher Konfliktaustragungsformen zielten.¹⁷)

c. Die „Institutionalisierung des Streiks“ im Rahmen der Regulierung der Klassenbeziehungen und die Auswirkungen auf die reale Entwicklung der Klassenbewegungen können nur adäquat untersucht werden, wenn die Herausbildung von Klassenstrategien im politischen Raum mit einbezogen wird. Zentraler Inhalt von Klassenstrategien des Kapitals ist die Regulierung antagonistischer Klassenbeziehungen¹⁸, worunter keineswegs ein mechanischer Prozeß der Umsetzung ökonomischer in politische Interessen zu verstehen ist. Die endgültige Formulierung und Präsentation von Klassenstrategien des Monopolkapitals „wird vielmehr durch einen Block fraktioneller Bündniskonstellationen... gefiltert und durch die ideologischen Hegemonieapparate gleichsam ‚modelliert‘“.¹⁹ Neben der Achse Monopolbourgeoisie-Mittel- und Kleinbourgeoisie-Mittelschichten stellt für den Herrschaftsmechanismus in der Bundesrepublik der sozialpartnerschaftliche Konsensus von Kapital und Arbeit die zweite wesentliche Achse dar. Dies war „zugleich eine unabdingbare Voraussetzung für die ‚Befestigung‘ — und damit Anerkennung — der Einheitsgewerkschaft im Rahmen der herrschenden Ordnung und beeinflusste maßgeblich jene Phase des ‚sozialen Burgfriedens‘, die — von einigen wenigen sozialen und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen abgesehen — die Entwicklung der BRD vom Ende der 50er bis in die Mitte der 60er Jahre charakterisierte“.²⁰ Um die Stabilität der Ordnung allerdings langfristig zu sichern, muß die staatliche Regulierung der Klassenbeziehungen sowohl Integrations- als auch (insbesondere in Krisensituationen) Repressionselemente enthalten, die je nach Schärfe der Konflikte zum Einsatz kommen.

Eine Voraussetzung für die Wirksamkeit der integrativen Klassenstrategie ist ihre Absicherung und Fundierung durch die Sozialpolitik. Die Möglichkeit, auf diese Weise Klassenauseinandersetzungen zu verhindern bzw. zu dämpfen, hängt jedoch zu einem erheblichen Teil von der ökonomischen Manövriermasse des Staates ab, die in den 50er und 60er Jahren relativ groß war, in der zweiten Hälfte der 70er und zu Beginn der 80er Jahre aber drastisch reduziert wurde. Erst auf dem Hintergrund der konkreten Analyse der Ausformung von Klassenstrategien, insbesondere der des Integrationismus, — für die hier nur einige Momente genannt werden konnten — ist die Wirkungsweise institutioneller und rechtlicher Mechanismen zur Konflikteindämmung zu beurteilen.²¹ Die jeweiligen Politikkonzepte des Kapitals, die alle Bereiche der Einkommens-, Arbeits-

17 Zur Analyse dieser Tendenz vgl. K. Gerhart u.a., Rückkehr zur Sozialpartnerschaft? Soziale Bewegungen Nr. 9, Hrg. IMSF, Frankfurt/Main 1981, S. 27 ff.

18 Vgl. hierzu Autorenkollektiv, Arbeiterklasse und staatsmonopolistische Regulierung der Klassenbeziehungen, IPW-Forschungshefte 2/1981, Berlin (DDR).

19 Frank Deppe, Einheit und Spaltung als Konstitutionsproblem der Arbeiterklasse, Marburg 1981 (Manuskript), S. 41

20 Deppe/Jung, a.a.O., S. 469.

21 Vgl. zum Integrationismus den Beitrag von Gert Hautsch in diesem Band.

markt- und Sozialpolitik, aber auch der Repressionsapparate umfassen, versuchen alle spontan wirkenden und institutionellen Faktoren zur Domestizierung der Arbeiterklasse zu nutzen. Sie „zielen auf Passivität, Partikularisierung und Bescheidung auf solche Abwehrforderungen, die zentrale Profit- und Machtparameter des Kapitals nicht betreffen. Da die Entfaltung der gewerkschaftlichen Gegenmacht gebunden ist an die Kollektivität, Organisation, Solidarität und Mobilisierung der lohnabhängigen Klasse, sichern alle Prozesse, die das verhindern, zugleich die Wirkung der spontanen Integrationsmechanismen des kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozesses und die Wirksamkeit der politischen Machtentfaltung durch die Kapitalverbände und den Staat zur Systemintegration der Arbeiterklasse.“²²

Die Aufrechterhaltung des „sozialen Konsenses“ und die Gewährleistung einer niedrigen Streikrate in der Bundesrepublik ist dabei ein zentrales Datum der Gesamtstrategie der Bourgeoisie, die als ein wesentlicher Vorteil für die internationale Konkurrenzfähigkeit angesehen wird.

3. Zur Analyse langfristiger Entwicklungstendenzen des Streiks

3.1 „Kampfzyklen“ und Triebkräfte der Streikentwicklung

Die Entwicklung der Klassenauseinandersetzungen in der Bundesrepublik läßt sich nach Niveau und Intensität in Phasen unterteilen. Über die einzelnen Konjunkturzyklen hinweg sind langfristige und für unseren Zusammenhang entscheidendere „Kampfzyklen“ in der Entwicklung der Arbeiterbewegung zu analysieren, die jeweils spezifische Konstellationen der politisch-ideologischen Kräfte, des Bewußtseins der Arbeiterklasse, der ökonomischen Entwicklung und der Ausprägung des politischen Herrschaftssystems und der Regulierung der Klassenbeziehungen zum Ausdruck bringen.²³

Der *erste „Kampfzyklus“* umfaßt in der Geschichte der Bundesrepublik die Phase bis Ende der 50er Jahre, in der die Restauration der monopolkapitalistischen Herrschaftsverhältnisse abgeschlossen wurde und sich das für die BRD spezifische Modell des „sozialen Konsensus“, gekoppelt mit dem Ausbau von Repressionsmaßnahmen (KPD-Verbot), herausbildete. Wie die Tabelle 1 zeigt, ist diese Periode durch eine recht hohe Streikintensität geprägt, hinter der sich zum Teil heftige Streikkämpfe (mit relativ langer Dauer) verbergen, in denen es um die Verteidigung von in der Nachkriegszeit erungenen Positionen ging.

Die *zweite Phase* ist die des nur durch den baden-württembergischen Metallstreik 1963 unterbrochenen „sozialen Burgfriedens“. Gleichwohl kündigten sich in den 60er Jahren ökonomische und politische Krisentendenzen an, denen mit dem Ausbau staatsmonopolistischer Regulierung und einem Wechsel der Regierungsmethoden Rechnung getragen wurde.

Die mit den Septemberstreiks 1969 einsetzende *dritte Phase* ist durch einen Aufschwung der Streikbewegung gekennzeichnet, die mit einer allgemeinen politischen

22 Witich Roßmann, Gewerkschaftliche Streikbewegungen und Handlungsbereitschaft 1978/79, in Braun u.a. (Hrsg.), Kapitalistische Krise — Arbeiterbewußtsein — Persönlichkeitsentwicklung, Köln 1980, S. 153.

23 Vgl. zur Verwendung des Begriffs „Kampfzyklus“ Deppe, a.a.O., S. 46 ff.

Tabelle 1: Streikintensität in der Bundesrepublik 1949-1978¹

Zeitperiode	Beteiligte — jährlicher Durchschnitt —	Ausfalltage	durchschnittliche Streikdauer in Tagen ²	Streikbeteiligte je 1 000 Beschäftigte ³ (Beteiligungsr- ate)
1949—58	143 271	1 003 996	7,0	8,5
1959—68	74 800	296 892	4,0	3,7
1969—78	199 502	1 141 385	5,7	9,0

1) einschließlich Aussperrungen 2) Ausfalltage/
Beteiligte 3) Dekadendurchschnitt der
abhängig Beschäftigten

Quellen: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland, lfd.; Stat. Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4,3 lfd.; Berechnungen des IMSF

Aktivierung und reformpolitischen Diskussionen und Erwartungen unter der neuen SPD/FDP-Bundesregierung zusammenfiel. Gegenüber den 60er Jahren war bei der jahresdurchschnittlichen Streikbeteiligung mehr als eine Verdoppelung, beim Streikvolumen sogar fast eine Vervielfachung zu registrieren.²⁴ Während in den 60er Jahren nur ein Jahr mehr als 500 000 Ausfalltage zählte, waren es in den 70er Jahren 5 Jahre. 1971 und 1978 zeigten sogar die höchsten Streikkennziffern seit Bestehen der Bundesrepublik. Charakteristisch ist ferner die Zunahme von spontanen Streiks und Warnstreiks in Tarifbewegungen. Generell liegen die Streikdaten dieser Dekade sogar höher als die der 50er Jahre. Die Arbeitskämpfe waren damals länger, während in der letzten Dekade häufiger und mit größerer Beteiligung gestreikt wurde.

Soll jedoch die Entwicklung nach „Kampfzyklen“ einen Sinn haben, so können die 70er Jahre nicht als homogene Einheit betrachtet werden. Die Krise 1974/75 kennzeichnet den Beginn einer neuen Phase und zugleich ein Umbruchsdatum in der Geschichte der Bundesrepublik, das eine tiefgreifende Veränderung der ökonomischen Entwicklung und der Kampfbedingungen einleitete. Auf das Wirksamwerden überzyklischer Faktoren einer Verschlechterung der Kapitalverwertungsbedingungen und die tiefe zyklische Krise 1974/75 reagierte das Monopolkapital mit einer neuen Strategie. Diese Entwicklung einer „zweiten Restaurationswelle“, die unter anderem mit den Konzepten der „Stabilitätspolitik“ und „Modernisierung der Wirtschaft“ verbunden und in der marxistischen Diskussion als privat-monopolistische Entwicklungsvariante bezeichnet wird, bedeutet in erster Linie einen verschärften Angriff auf den Lohn- und Sozialstandard der arbeitenden Bevölkerung und ist mit einer aggressiveren politischen Linie gegenüber den Organisationen der Arbeiterklasse verknüpft.²⁵

24 Walther Müller-Jentsch, Streiks und Streikbewegungen in der Bundesrepublik 1950-1978, in: Bergmann (Hrsg.), Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften, Frankfurt/Main 1979, S. 26.

25 Als „zweite Restaurationswelle“ bezeichnet Wolfgang Abendroth diese politische Entwicklung. Ders., Die Entwicklung der BRD und die Perspektiven der Linken, in: Das Argument 104, S. 469. Heinz Jung, Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 1/1978, S. 9 ff.

Dieser Kurs, der eine Polarisierung der Klassenbeziehungen einkalkuliert, kam in der Tarif- und Gesellschaftspolitik (Nulllinie, Mitbestimmungsklage) und in dem viermaligen Einsatz von Massenaussperrungen zum Ausdruck. Wesentlich bestimmt waren die Kampfbedingungen durch die seit der Krise 1974/75 fortdauernde Massenarbeitslosigkeit, die — auch durch den unterschiedlichen Grad der Bedrohung für die verschiedenen Gruppen — Konkurrenzmechanismen unter den Lohnabhängigen aktivierte. Da die konjunkturellen Aufschwungmomente im Zyklus 1976 bis 1981 auf die Arbeitsmarktbewegung keinen wesentlichen positiven Einfluß hatten, wirkte der soziale und sozialpsychologische Druck auf die arbeitende Klasse in der gesamten Periode weiter.

Die Streikentwicklung in dieser durch schwierige Kampfbedingungen und den Konfrontationskurs des Kapitals geprägten Phase soll nun mit der ersten Hälfte der 70er Jahre, in der konjunkturell und politisch günstige Bedingungen vorherrschten, verglichen werden.

Tabelle 2: Streikintensität in der Bundesrepublik 1969-1980¹

Zeitperiode	Beteiligte	Ausfalltage	durchschnittliche Streikdauer in Tagen ²
	— jährlicher Durchschnitt —		
1969—74	211 402 (378 000) ³	1 084 422	5,1
1975—80	141 516 (467 000) ³	919 802	6,5

1) einschl. Aussperrungen

2) Ausfalltage/
Beteiligte

3) korrigierte Streikzahlen
aufgrund eigener Erfassung

Quellen: Stat. Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4,3, lfd., Berechnungen des IMSF

Ein erster Blick auf Tabelle 2 zeigt einen Rückgang der Streikintensität in der zweiten Hälfte der 70er Jahre. Dieser Eindruck wird jedoch bei genauerer Betrachtung relativiert: Der Rückgang betrifft in erster Linie die offiziell ausgewiesene Zahl an Arbeitskampfbeteiligten. Die Zahl der durchschnittlichen Ausfalltage geht relativ viel geringer zurück und die durchschnittliche Streikdauer steigt an, was als Indiz für schärfere Konflikte gewertet werden kann. Bezieht man die vom IMSF auf der Grundlage einer alternativen Arbeitskampfstatistik ermittelten Zahlen ein, so ist sogar eine Zunahme der jahresdurchschnittlich Beteiligten zu verzeichnen.²⁶ Eine Ursache liegt im häufigeren Einsatz von Warnstreiks in Tarifbewegungen und zahlreichen betrieblichen Aktionen gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialdemontage, die von der amtlichen Statistik meist unberücksichtigt bleiben. Auf jeden Fall ist festzuhalten, daß die Streikintensität

²⁶ Die im Rahmen des Archivs Soziale Bewegungen des IMSF ermittelten Daten werden jährlich in der Reihe „Soziale Bewegungen“ veröffentlicht. Eine zusammenfassende und vergleichende Tabelle ist zu finden in: IMSF (Hrsg.), Staatsmonopolistischer Kapitalismus der Bundesrepublik Deutschland in Daten und Fakten, Frankfurt/Main 1981, S. 405. Da die Erfassungsmethoden des IMSF-Archivs in den letzten Jahren verbessert wurden, ist dadurch bedingt auch ein Anstieg einzubeziehen.

trotz der verschlechterten Kampfbedingungen ein recht hohes Gesamtniveau behält, auch wenn sich jährlich starke Schwankungen ergeben.

Spontane Streiks sind unter diesen Bedingungen allerdings selten. Ein größeres Gewicht erhalten die gewerkschaftlichen Organisationen und Führungen für die Auslösung kollektiver Gegenwehr. Ein wesentlicher Grund für das hohe Streikniveau liegt in der eine Polarisierung der Klassenbeziehungen in Kauf nehmenden Politik des Monopolkapitals in dieser Periode, die die Gewerkschaften zur kämpferischen Verteidigung ihrer Positionen zwang.

Es ist jedoch auch nach langfristig wirkenden Faktoren zu fragen, die die Motive und Handlungsprogramme der Arbeiterklasse in den sozialen Konflikten der 70er Jahre beeinflusst haben. Dies verweist auf die Analyse der zentralen Widerspruchskomplexe und die Interessen- und Bedürfnisstruktur der Arbeiterklasse. Die Untersuchung von aktionsauslösenden Forderungen der Streikbewegung in einem längeren Zeitraum kann Aufschluß über die wichtigen Konfliktfelder und mobilisierungsfähigen Interessenbereiche geben.²⁷

Die Streikkämpfe 1969 und 1974 waren in erster Linie durch Widersprüche der staatsmonopolistischen Einkommenspolitik geprägt. Konfliktgegenstände waren die Diskrepanz zwischen dem sozialen Symmetrieanspruch der Politik der „Konzertierten Aktion“ und der Realentwicklung (Septemberstreiks), in den späteren Jahren vor allem der Gegensatz zwischen Preis- und Lohnentwicklung. Insgesamt ist ein starker Bezug auf unmittelbar einsehbare, als ungerecht empfundene Verteilungsproportionen charakteristisch.²⁸

Die Gegenstände der Streikkämpfe nach der Krise 1974/75 sind vielschichtiger. Rationalisierungsprozesse, Verteidigung von Arbeitsplätzen, Qualifikationssicherung und Verbesserung von Arbeitsbedingungen erfordern eine genaue Kenntnis der ökonomischen Grundprozesse und der Kapitalstrategien. In den betrieblichen und regionalen Kämpfen ebenso wie in Tarifauseinandersetzungen um diese Fragen werden stärker und unmittelbarer als im Lohnkonflikt gesellschaftliche Zusammenhänge thematisiert. Fast alle großen Streiks der zweiten Hälfte der 70er Jahre haben solche oftmals mit dem Attribut „qualitative Forderung“ belegten Inhalte zum Ausgangspunkt: Streiks in der Druck- und Metallindustrie 1978 — Abwehr von Rationalisierungsfolgen; Stahlstreik 1978/79 — Arbeitszeitverkürzung als Antwort auf Krisenprozesse; Poststreik 1980 — Arbeitsbedingungen/Schichtarbeit. Die Kompliziertheit gewerkschaftlicher Politik in diesen Konflikten liegt auch darin, daß sie die differenzierte Betroffenheit berücksichtigen und zugleich den exemplarischen Charakter und die Elemente der Verallgemeinerung für die gesamte Klasse aufzeigen muß.

Aber wie die Analysen der Lohnstreiks 1976 und 1978 (Druck- und Hafendarbeiterstreiks) zeigen, ging die Kampf motivation der Arbeiter auch in diesen Lohnauseinandersetzungen über die rein materielle Forderung hinaus. So richteten sich die Streiks — insbesondere der Arbeitskampf in der Druckindustrie 1976 — explizit gegen die staatliche wirtschaftspolitische „Krisenlösung“; in die Motivation ging auch die Erfahrung der beschleunigten Rationalisierungs- und Arbeitsintensivierungsprozesse ein, und es

27 Vgl. zur Analyse der einzelnen Kämpfe die Streikuntersuchungen des IMSF, die mit der Septemberstreik-Studie 1969 begonnen und in der Reihe „Soziale Bewegungen“ fortgeführt wurden.

28 Vgl. hierzu Witich Roßmann, a.a.O., S. 148.

drückte sich der Anspruch der Arbeiter auf Einflußnahme aus, der sich in der Druckindustrie wenig später in präzisen Forderungen konkretisierte und den Konflikt 1978 bestimmte.

Solche Veränderungen und neuen Elemente im System der Motive der Streikenden, der Erweiterung des Inhalts und des politischen Niveaus der Forderungen waren von G.G. *Diligenski* als Ergebnis langfristiger Veränderungen im gesamten System der Lebensbedingungen, der Sozialpsychologie und der Bedürfnisstruktur der Arbeiterklasse und anderer lohnabhängiger Gruppen analysiert worden. „Das Wachstum der Bildung und Kultur der Massen, die Verminderung der sozialen und kulturellen Isolierung der werktätigen Schichten, die Revolution der Massenkommunikationsmittel — all dies verbreitert den intellektuellen Horizont ‚des Durchschnittsmenschen‘ und erhöht das Niveau jener Forderungen, welche er für den eigenen Lebensinhalt geltend macht.“²⁹ In einer Untersuchung des Bewußtseins und Kampfverhaltens macht er darauf aufmerksam, „daß die Arbeitermassen selbst in rein ökonomischen Streiks instinktiv bestrebt sind, etwas auszudrücken, was ihre innere Welt viel mehr und tiefer berührt als die Forderung nach einer Lohnerhöhung bzw. einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen“.³⁰ Dabei kann die materielle, ökonomische Forderung die Form sein, „die das nichtmaterielle Bedürfnis nach sozialer Würde und Erreichung eines höheren sozialen Status zum Ausdruck bringt“.³¹ Für das gegenwärtige Kampfniveau in der Bundesrepublik ist die Aktualisierung solcher Persönlichkeitsansprüche immer noch in starker Verknüpfung mit unmittelbaren materiellen Forderungen typisch.

Die Themen der Streikkämpfe seit Mitte der 70er Jahre sind nicht allein durch die Krise sondern insbesondere durch die Folgen der kapitalistisch angewandten neuen Technik bestimmt. Dabei handelt es sich nicht nur um Forderungen zum Schutze der Arbeitskraft angesicht der Intensivierung der Produktions- und Arbeitsprozesse, sondern auch um den Ausdruck neuer Reproduktionsbedürfnisse auf der neuen Grundlage der Produktivkraftentwicklung. Der zentrale Widerspruch zwischen dem Erfordernis und den Möglichkeiten der Persönlichkeitsentwicklung und deren kapitalistischen Schranken verschärft sich unter den Krisenbedingungen. Während bis in die 70er Jahre viele aktive Kräfte der Arbeiterklasse in die Kanäle des beruflichen Aufstiegs gesogen wurden (ein Moment, das dem politischen und gewerkschaftlichen Engagement entgegenwirkt), stößt das Erwartungsniveau der Arbeiter und Angestellten nun auf sich verengende Anforderungen und Möglichkeiten des Arbeitsprozesses. Der „Widerspruch zwischen den sich entwickelnden individuellen und kollektiven Bedürfnissen der Arbeiterklasse und der erzwungenen Beschränkung ihrer Befriedigung“ wird somit zu einer Triebkraft des Klassenkampfes.³²

Das Wirksamwerden sozialer Bedürfnisse drückt sich in den letzten Jahren vor allem in den neuen sozialen Bewegungen, die nicht vom Kern der Arbeiterklasse getragen werden, aus. Dennoch aktualisieren sich solche Bedürfnisse ebenfalls in der analysierten Zunahme nicht-monetärer Forderungen — Forderungen nach Verbesserung des sozia-

29 G.G. Diligenski, Sozialpsychologie und Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse im heutigen Kapitalismus, Frankfurt/Main 1978, S. 99 (Theorie und Methode, Bd. I).

30 Ebenda, S. 233.

31 Ebenda, S. 239.

32 Konstanze Wetzell, Gewerkschaftsbewegung und Persönlichkeitsentwicklung, Köln 1981, S. 207.

len Status in der Arbeitsorganisation, nach Sicherung der Qualifikation, nach mehr Freizeit usw.³³ Sie kommen ebenfalls in den Formen der Kämpfe zum Ausdruck: Einem größeren Gewicht aktiver Streikformen, der Entwicklung eigener kultureller Beiträge, der Entwicklung neuer Formen von Öffentlichkeitsarbeit usw. Ebenso ist die starke Zunahme gewerkschaftlicher Aktivitäten in den 70er Jahren, die auch als Ausdruck des Wunsches nach Selbsttätigkeit und Mitbestimmung gewertet werden kann, als ein weiterer Indikator zu sehen.

3.2 Streik und gewerkschaftliche Gegenmachtbildung

Der Streik war oben auch unter dem Aspekt der Entwicklung von Gegenmacht der Organisationen der Arbeiterklasse begriffen worden. Die Stärke der gewerkschaftlichen Organisationen besteht ja nicht in erster Linie in der Stabilität ihres Massencharakters oder ihren institutionellen Vertretungspositionen, sondern in der realen oder potentiellen Fähigkeit, die organisierten Teile der Arbeiterklasse in den Kampf zu führen. Wirkliche Gegenmacht beruht auf der Fähigkeit zur Machtentfaltung, die im offenen Konflikt sich realisiert.

Diese Dialektik von Kampf und Organisation hatte schon *Rosa Luxemburg* in der „Massenstreikdebatte“ betont: „Die steife, mechanisch-bürokratische Auffassung will den Kampf nur als Produkt der Organisation auf einer gewissen Höhe ihrer Stärke gelten lassen. Die lebendige dialektische Entwicklung läßt umgekehrt die Organisation als ein Produkt des Kampfes entstehen.“³⁴ Die den Gewerkschaften gemäße „spezifische Methode des Wachstums“ sah sie darin, sich im Kampfe „zu erproben und aus dem Kampfe wieder reproduziert hervorzugehen“.³⁵ Die Aktualität dieser These für die Bundesrepublik bestätigt sich darin, daß der stärkste Mitgliederzuwachs der Gewerkschaften in die beiden Jahrzehnte mit der höchsten Streikintensität fällt, insbesondere in die 70er Jahre (über eine Million).

Zugleich hat der Grad der Streikaktivität innergewerkschaftliche Folgen. „Jeder Arbeitskampf, ob Streik oder Aussperrung, ist nur durch aktive Mitwirkung eines jeden Arbeitnehmers der kampf beteiligten Industriezweige möglich und dient auf diese Weise zwangsläufig der Integration der Massen zu gemeinsamem demokratischem Verhalten. Deshalb führen erfahrungsgemäß Streiks zu wachsenden Mitgliedszahlen der Gewerkschaften und zu erheblicher Intensivierung ihres Organisationslebens, wenn sie verantwortlich geführt sind und wenigstens mit Teilerfolgen enden.“³⁶ Dabei hängt es vom Charakter der Vorbereitung bzw. Durchführung und der Verarbeitung der Erfahrungen des Streiks ab, ob innergewerkschaftliche Demokratisierungsimpulse wirksam werden oder politische Friktionen eintreten.

Der Arbeitskampf als die zugespitzte, offen konfliktorische Form des Gegensatzes von Kapital und Arbeit enthüllt am deutlichsten die eigentlichen Funktionsbedingun-

33 Vgl. hierzu Witich Roßmann, Soziale Bedürfnisse und politische Kultur. Neue soziale Bewegungen im Schnittpunkt sozialer Bedürfnisse, neuer kapitalistischer Widersprüche und der Krisentendenzen der späten 70er Jahre, Marburg 1980 (Unveröff. Manuskript).

34 Rosa Luxemburg, Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: Dies., Ausgewählte politische Schriften, Bd. 2, Frankfurt/Main 1971, S. 75.

35 Ebenda.

36 Wolfgang Abendroth, Die deutschen Gewerkschaften. Ihre Geschichte und politische Funktion, Heidelberg 1954, S. 51.

gen gewerkschaftlicher Interessenvertretung, die in der „Normalität“ des gewerkschaftlichen Alltags oft politisch-ideologisch „überdeckt“ werden. Ein Streik entwickelt in dem Maße eine erfolgreiche Dynamik, wie es gelingt, die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen und soziale, politische und andere Differenzen zu überwinden und alle vereinheitlichenden Momente zu betonen; den Gegensatz zum Gegner sichtbar zu machen und zuzuspitzen sowie Illusionen über die Neutralität staatlicher Gewalt zu vermeiden; selbsttätiges Handeln zu entwickeln und mit einer organisierten und zentralisierten Koordination zu verbinden, die sich auf die Basisaktivität stützt; politisch und ideologisch den alleinigen Ausgangspunkt bei den eigenen Interessen und jenen der Gesamtheit der Klasse und nicht bei einem „Gesamtwohl“ zu suchen, usw.

Damit sind wichtige Elemente einer gewerkschaftlichen Klassenpolitik berührt, die in solchen zugespitzten Situationen mehr oder weniger sichtbar werden können und der praktischen gewerkschaftspolitischen Umsetzung bedürfen. In jedem Arbeitskampf kommen umgekehrt Defizite gewerkschaftlicher Organisation und Politik am krasssten zum Vorschein. „Der Streik als ‚Ernstfall‘ gewerkschaftlicher Interessenvertretungspolitik stellt daher die organisationspolitische Funktionsfähigkeit auf eine besondere Probe und ist auf betrieblicher wie gewerkschaftlicher Ebene ein Indikator für die Reichweite gewerkschaftlicher Macht.“³⁷

Die (wenngleich auch nur zeitweise) Polarisierung der Klassenbeziehungen im Streik zwingt die Beteiligten zur Parteinahme und fördert damit Erkenntnisgewinn und Lernprozesse über die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Der positive Zusammenhang von Konflikterfahrung und Bewußtseinsprozessen ist eindeutig.³⁸ Die Herausbildung von Streikkadern in der Kampfsituation, deren Grundlage die besondere Aktivität und der entschiedene Einsatz für die Interessen der Streikenden darstellt, kann zur Profilierung der bisherigen gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertreter führen oder aber auch — bei deren Versagen — politische Spannungen und häufig personelle Veränderungen provozieren. Die Analyse der Betriebsrätewahlen seit Mitte der 70er Jahre belegt, daß sich in sehr vielen Betrieben über die Veränderung von politischen Mehrheiten, zum Teil auch über den Erfolg oppositioneller Listen ein neuer konfliktorientierter Typ von betrieblichen Gewerkschaftskadern herausgebildet hat. Dieser Kader repräsentiert eine neue Generation, deren politische Erfahrung im wesentlichen durch den „Kampfzyklus“ seit Ende der 60er Jahre geprägt wird und durch eine interessen- und konfliktbezogenere Bildungsarbeit in einer Reihe von Gewerkschaften beeinflusst wurde. Auf mehreren Gewerkschaftstagen 1977 und 1980 (vor allem IG Metall und IG Druck und Papier) zeigte sich dies in der veränderten Delegiertenstruktur, einer verstärkten Diskussionsintensität und einem aktiven, selbstbewußten Intervenieren von Delegierten.

Nach dem Grad an Arbeitskämpferfahrung und der politischen Verarbeitungsstruktur der jeweiligen Gewerkschaft ergeben sich jedoch sehr unterschiedliche Konstellationen. Dabei haben Förderung oder Behinderung gewerkschaftlicher Kampfaktivitäten selbst einen großen Einfluß auf die Herausbildung und Festigung politischer Strukturen. Schon an anderer Stelle war argumentiert worden, daß die Prägung durch den Dau-

37 W. Dzielak u.a., *Belegschaften und Gewerkschaften im Streik*, Frankfurt/New York 1978, S. 502.

38 Vgl. hierzu die Auswertung einer Befragung von Gewerkschaftsfunktionären über Arbeitskämpferfahrungen in: K. Gerhart u.a., a.a.O., S. 45 ff.

erkonflikt zum Kapital für die gewerkschaftlichen Organisationen charakteristisch ist und daß sie die Ausformung politischer Strömungen in der Gewerkschaftsbewegung in anderer Weise bestimmt als in politischen Parteien (wie der SPD).³⁹ Die Intensität des offenen Konflikts mit dem Kapital steht in Korrelation zur gewerkschaftspolitischen Orientierung: eine hohe Konfliktintensität wird — gerade unter Bedingungen eines insgesamt politisch niedrigen Niveaus des Klassenkampfes — generell die Durchsetzung kämpferischer, klassenorientierter Positionen begünstigen.

Die Streikintensität in der Bundesrepublik ist in den einzelnen Wirtschafts- bzw. gewerkschaftlichen Organisationsbereichen sehr ungleichmäßig entwickelt (vgl. Tab. 3).

Zwei Drittel bis drei Viertel aller Streikenden in den 70er Jahren entfallen auf den Organisationsbereich der IG Metall. Dies entspricht z.T. der wirtschaftlichen Schlüsselrolle der erfassten Industriebranche, insbesondere der metallverarbeitenden Industrie. Der

Tabelle 3: Verteilung der Streikaktivitäten auf Wirtschaftszweige, bzw. gewerkschaftliche Organisationsbereiche 1969—1980 (einschließlich Aussperrungen)

	1969	—	1974		1975	—	1980
	Streikbeteiligte (jahresdurchschnittlich)		Anteil in v.H. der an Streiks Beteiligten		Streikbeteiligte (jahresdurchschnittlich)		Anteil in v.H. der an Streiks Beteiligten
Bergbau	3 117		(1,5)		—		(—)
Eisen u. Stahl	15 608		(7,4)	} (74,4)	27 736		(19,6)
Metall	141 628		(67,0)		69 002		(48,8)
Chemie	7 191		(3,4)		856		(0,6)
Öffentl. Dienst	27 615		(13,0)		3 449		(2,4)
Post	4 400		(2,1)		4 270		(3,0)
Textil und Bekleidung	1 247		(0,6)		702		(0,5)
Bauindustrie	146		(0,1)		1 600		(1,1)
Papierverarbei- tende und Druckindustrie	5 925		(2,8)		31 965		(22,6)
Holz- und Kunststoffver- arbeitende In- dustrie	1 883		(0,9)		443		(0,3)
	208 760		(98,8)		140 023		(99,0)

Quelle: Eigene Berechnungen nach Statistische Jahrbücher 1970 — 1980; Fachserie 1, Reihe 4.3

³⁹ Gert Hautsch/Klaus Pickshaus, Klassenautonomie und Einheitsgewerkschaft, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 3, Frankfurt/Main 1980, S. 98 ff.

Streikanteil des Eisen- und Stahlbereiches, der in den letzten Jahrzehnten ständig zurückgegangen war, ist angesichts der Krisenentwicklung sogar auf 20 Prozent gestiegen. Aufgrund der starken Stellung des Metallbereichs besitzt die IG Metall praktisch eine tarifpolitische Schrittmacherrolle. Die hohe Streikintensität im Organisationsfeld der IG Metall, die auch in den vorhergehenden Jahrzehnten festzustellen ist, korrespondiert mit der Kontinuität relativ starker kämpferischer Positionen in dieser Gewerkschaft.

Beachtenswert ist der Anstieg der Streikanteile der relativ kleinen IG Druck und Papier in der zweiten Hälfte der 70er Jahre auf über 22 Prozent. Mit den beiden offensiv geführten Arbeitskämpfen 1976 und 1978 hat die IG Druck und Papier neben der IG Metall die wichtigsten gewerkschaftspolitischen Impulse für die Entwicklung gewerkschaftlicher Gegenwehr unter den krisenbestimmten Kampfbedingungen gegeben. Auf Metall- und Druckbereich zusammen entfallen in diesem Zeitraum über 90 Prozent aller Streikenden.

Die Streikaktivität im öffentlichen Dienst, die zu Beginn der 70er Jahre erstmalig recht hoch war, ist wieder auf ein niedriges Niveau zurückgefallen. Auffällig ist der sehr geringe Streikanteil des Bergbaus, der Chemie- und der Bauindustrie, die zu den großen und zum Teil auch traditionellen Gewerkschaftsbereichen gehören. Während im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik der Bergbau (33 Prozent) und das Baugewerbe (4 Prozent) zu den kämpferischen Teilen der Gewerkschaftsbewegung zählten, hat sich seit den 50er Jahren ein extrem sozialpartnerschaftlicher und antikommunistischer Kurs durchgesetzt, der seine Entsprechung in einer weitgehend sozialfriedlichen Praxis findet.⁴⁰ Die Angaben zur Holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie widerspiegeln nicht adäquat die Streikpraxis der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, die nahezu jede Tarifrunde mit einem exemplarischen Arbeitskampf begleitet.

In den offiziellen Übersichten statistisch nicht erfaßt ist auch der zunehmende Warnstreikeinsatz im Organisationsbereich der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Ausdruck einer in den letzten Jahren kämpferisch geprägten Interessenvertretung in diesem Angestelltensektor. Dabei ist eine eigene Dynamik der politischen Entwicklung in diesem noch relativ „unbesetzten“ Organisationsfeld zu beobachten: Während in den traditionellen Gewerkschaftsbereichen die politisch-ideologischen Kräfteverhältnisse relativ konstant („besetzt“) und die Austragungsformen von Konflikten „eingeübt“ sind — was dem gelegentlichen Warnstreik zum Teil den Charakter eines Rituals gibt —, setzt die erstmalige Beteiligung an einem Streik in den „neuen Feldern“ oft die Bereitschaft zu weitergehender Infragestellung tradierter Normen frei. Relativ rasche Politisierungsprozesse und die Herausbildung aktiver junger Gewerkschaftskader sind deshalb für diesen Bereich typisch. Für die Bildung des gewerkschaftspolitischen Selbstverständnisses ist es außerdem relevant, daß die Profilierung der HBV sich in scharfer Konfrontation zur sozialpartnerschaftlich dominierten DAG vollziehen muß.

Bei der IG Metall darf eine starke regionale Konzentration nicht übersehen werden: Fast die Hälfte aller Streikenden kommt aus Baden-Württemberg. Alle wichtigen großen Arbeitskämpfe (1963, 1971, 1973 und 1978) wurden mit Ausnahme des Stahlstreiks

⁴⁰ Die Streikanteile der 50er Jahre sind entnommen aus: Walther Müller-Jentsch, *Streiks und Streikbewegungen...*, a.a.O., S. 27.

im IG Metall-Bezirk Stuttgart geführt. So ist die Streikerfahrung trotz der insgesamt hohen Arbeitskampfintensität recht unterschiedlich entwickelt. Die enorme gewerkschaftliche Politisierungswirkung der Kampfform der „neuen Beweglichkeit“ in der Tarifrunde 1981, in deren Rahmen über 2 Millionen streikten, besteht vor allem in der bundesweiten Massenmobilisierung, die in der Sicht des Kapitals zu einer unkontrollierbaren Dynamik, zu einer „plebiszitären Alternativbewegung“ führt, „bei der radikale Kräfte an Einfluß gewannen“.⁴¹

Trotz dieser relativierenden Hinweise ist für unseren Zusammenhang festzustellen, daß auch regional begrenzte Streiks durch die Verarbeitung auf den unterschiedlichen Ebenen (Vorstand, Vertrauensleutekonferenz, Gewerkschaftstag usw.) die Politikentwicklung der Gesamtorganisation beeinflussen und Bestandteile der Gesamtstrategie der Gewerkschaft werden.

Die Streikpraxis beeinflusst gewerkschaftspolitische Differenzierungen, sie kann die Entwicklung kämpferischer, klassenorientierter Positionen beschleunigen. Die Entwicklung des Arbeitskampfes als „Ernstfall“ gewerkschaftlicher Interessenvertretung ist nicht nur eines der Kriterien, das über die Konsequenz dieser Interessenvertretung Auskunft gibt. Sie ist einer der entscheidenden Faktoren des Ausbaus von Gegenmachtpositionen.

4. Schlußbemerkungen

Die Verwendung von offiziellen Streikstatistiken bei der Analyse langfristiger Entwicklungstrends bedarf noch einer generellen Relativierung: Die Daten widerspiegeln im wesentlichen nur die quantitativen Aspekte. Die Offenheit und Intensität der Konflikte ist ablesbar, nicht jedoch ihr Ergebnis, das politische Niveau und die Veränderung des Kräfteverhältnisses.

In dem Zusammenhang muß erneut auf die Bedeutung des „Machtaspektes“ im Streik hingewiesen werden. In einer konjunkturell günstigen Situation (wie vor allem in den 50er und 60er Jahren) kann die gewerkschaftliche Stärke und das Streikrisiko für den Unternehmer so groß sein, daß materielle Erfolge auch ohne extensiven Streikeinsatz möglich sind. Umgekehrt nimmt der Arbeitskampf unter Krisenbedingungen oftmals sehr erbitterte Formen an — auch wenn er nur um „Zehntelprozente“ geführt wird —, da der Ausgang dieses „Kräftemessen“ mitentscheidet über die Ausgangsbedingungen und den Verlauf künftiger Konflikte. „Damit wird das Machtverhältnis organisierter Klassenverbände, wenn auch sicher nur im Hinblick auf begrenzte Zielsetzungen, selbst Konflikthalt. Das bedeutet, daß längerfristig angelegte Traditionen und Tendenzen der Interessenvertretungspolitik geprüft werden, sich bewähren müssen und der Veränderung unterliegen.“⁴²

In den 70er Jahren sind unterschiedliche Phasen der Klassenbeziehungen festzustellen. Bemerkenswert ist vor allem die Offensivperiode der Arbeiterklasse ab 1969 und eine noch relativ stabile Position in der Phase der beschleunigten Inflation (bis 1973), in der verteilungs- und reformpolitische Erfolge errungen werden konnten. Mit der Stabilitätspolitik trat dann die herrschende Klasse zur Gegenoffensive an und konnte in der

41 So der Geschäftsführer von Gesamtmetall Kirchner laut FAZ v. 22.4.1981.

42 W. Dzielak u.a., a.a.O., S. 476.

Phase der Krise und der Stagnation der Arbeiterklasse Niederlagen bereiten (z.B. Reallohnabbau).

In dieser Phase bestimmte die auf Verschiebung der Machtpositionen ausgerichtete Klassenstrategie des Kapitals die konfliktorischen Ablaufsformen der Klassenbeziehungen. Dabei wirkte die Schärfe der ausgelösten Konflikte auf die Strategiebildung zurück. Als die Konfrontationspolitik des Kapitals 1977/78 zu einer temporären Infragestellung der sozialpartnerschaftlichen Konfliktaustragungsformen und einem größeren Spielraum klassenorientierter Gewerkschaftspolitik in den Arbeitskämpfen 1978/79 führte, nahmen die Kapitalverbände eine gewisse Kurskorrektur vor und lenkten nun auf eine „Sozialpartnerschaft niedrigen Niveaus“ ein. Diese neue Strategiebildung vollzieht sich allerdings über fraktionelle Auseinandersetzungen im Lager des Kapitals: Während für eine relevante Gruppe des Kapitalverbandes in der Metallindustrie in der Tariffbewegung 1981 angesichts zunehmender politischer Konflikte in der Bundesrepublik (Hausbesetzungen, Ökologiebewegung, etc.) „der Arbeitsfriede... vor allem im Jahr 1981 seinen Preis wert“ war, waren andere Kräfte (innerhalb des Verbandes „Gesamtmittel“) bereit, erneut eine Zuspitzung der Konflikte in Kauf zu nehmen.⁴³

Da die zunehmenden Einschränkungen der Sozialleistungen zu einem möglicherweise enormen Anwachsen von Konfliktpotentialen führen kann, verbinden sich in den Politikkonzepten des Kapitals die Angebote sozialpartnerschaftlicher Austragungsformen in den letzten Jahren immer stärker mit politisch-ideologischen Kampagnen des Antikommunismus, die auf eine innere Schwächung der einheitlichen gewerkschaftlichen Widerstandskraft zielen.

Für eine exakte Untersuchung der Widersprüche und Spielräume der Regulierung von Klassenbeziehungen und Konfliktdämpfungsmechanismen ist die Beachtung dieser Zusammenhänge mit den Klassenstrategien und Politikkonzepten des Kapitals unabdingbar.

43 Handelsblatt v. 15.4.1981. Vgl. zur Fraktionsbildung zwischen „Falken“ und „Tauben“ bei Gesamtmittel: Hans Janßen, Die Fronten werden härter, in: *Der Gewerkschafter* 7/1981, S. 4/5.

Integrationismus und „Korporatismus“

Überlegungen zur Problematik der Einbindung von Gewerkschaften in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem

Gert Hautsch

1. Staatsmonopolistische Einbindung — kein neues Problem — 2. Die „Korporatismus“-Diskussion — 3. Integrationismus und bürgerliche Hegemonie — 4. Staatsmonopolistische Einbindung unter Bedingungen der „Stabilitätspolitik“ — V. Angebot für die Zukunft: Sozialpartnerschaft auf schmalere Basis

Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren ist äußerst aufschlußreich für die Stabilität des sozialen Konsenses in der Bundesrepublik. Die Tatsache, daß eine dauerhafte Massenarbeitslosigkeit zwischen eineinhalb und zwei Millionen sowie der Abbau von Lebensstandard für die Lohnabhängigen bisher ohne ernsthaftere ideologisch-politische Brüche verkraftet worden sind, hätte vor zehn Jahren kaum ein Gesellschaftswissenschaftler für möglich gehalten.

Diese Situation hat in gewerkschaftstheoretischen Arbeiten zu neuen Überlegungen Anlaß gegeben. Ein Reflex hierauf ist die seit Ende 1979 in Kreisen linker Sozialwissenschaftler geführte Diskussion zum Thema „Korporatismus“, in der versucht wird, Ansatzpunkte zur Analyse jener Mechanismen zu finden, die speziell in der Bundesrepublik die enge Bindung der Gewerkschaften an das kapitalistische Gesellschaftssystem bewirken.¹

1. Staatsmonopolistische Einbindung — kein neues Problem

Die Analyse der Gewerkschaftsbewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) hat speziell in der Bundesrepublik verschiedene Besonderheiten zu berücksichtigen, deren Stellenwert zum Teil gegenüber früheren historischen Perioden, zum Teil im Vergleich mit anderen kapitalistischen Industriestaaten deutlich wird:²

— Es hat sich das Prinzip der Einheitsgewerkschaft durchgesetzt, d.h. die Vereinigung der verschiedenen politisch-weltanschaulichen Richtungen der Arbeiterbewegung in einer Organisation mit Industrieverbandsstruktur.

¹ Wenn in den nachfolgenden Ausführungen vorwiegend der Gesichtspunkt der Bindungen von Gewerkschaften an das staatsmonopolistische System erörtert wird, so liegt dies am Thema. Falsch wäre eine Interpretation dahingehend, daß die Inkorporierung die einzige relevante Tendenz in den Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Herrschaftssystem wäre. Der Kapitalismus kann seine Widersprüche nie beseitigen. Deshalb muß jede Integrationspolitik Brüche aufweisen, von denen aus gegenläufige Tendenzen wirksam werden. Darauf kann in diesem Aufsatz nur hingewiesen werden. Ausführlichere Überlegungen hierzu wurden dargelegt in G. Hautsch und K. Pickshaus, *Klassenautonomie und Einheitsgewerkschaft. Zur gewerkschaftlichen Klassenpolitik heute*, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF*, Bd. 3, Frankfurt/M. 1980, S.98ff.

² Vgl. zu dieser Problematik ausführlicher Gert Hautsch und Klaus Pickshaus, *Integration und Gewerkschaftsanalyse*, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF*, Bd. 2, Frankfurt/M. 1979, S.245ff

- Die Gewerkschaften sind Massenorganisationen, deren Stabilität auch in Krisenzeiten erhalten bleibt. Sie stellen ein beachtliches gesellschaftliches Machtpotential dar und betreiben einen weit verzweigten bürokratischen Apparat.
- Die Gewerkschaften sind weithin als Interessenverband mit legitimer Zielsetzung und positiven gesellschaftlichen Aufgaben staatlich „anerkannt“.
- Die Gewerkschaften streben in der Praxis keine grundlegende Änderung des Gesellschaftssystems an, betätigen sich häufig sogar als Stütze der bestehenden sozialökonomischen Verhältnisse.

Die Erforschung der Ursachen, Triebkräfte und Perspektiven dieser Entwicklung ist schon seit längerem ein Anliegen der marxistischen Wissenschaft. Im Vordergrund des Interesses stand dabei die Frage, weshalb sich Gewerkschaften als Stützen des staatsmonopolistischen Systems betätigen. Bereits Mitte der sechziger Jahre wurde diese Problematik bei der Erarbeitung der Theorie des SMK behandelt.³ Dabei wurde festgestellt, daß der erreichte Entwicklungsstand der Produktivkräfte auch unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen die gezielte Beeinflussung zentraler ökonomischer Größen, z.B. der Lohnsumme, erfordere, daß wegen der schmalen sozialen Basis der herrschenden Monopolbourgeoisie und der Empfindlichkeit des staatsmonopolistischen Systems für Störungen die Regulierung der Klassenkonflikte erhöhte Bedeutung hat, und daß die Systemauseinandersetzung mit dem Sozialismus die möglichst weitgehende Mobilisierung der Potenzen der Gesellschaft für die Profitproduktion erfordert. Dies alles mache es für die Aufrechterhaltung der Monopolherrschaft objektiv notwendig, nicht nur die Mehrheit der Arbeiterklasse mit sozialen Zugeständnissen an das System zu binden, sondern auch Vertreter der Arbeiterbewegung zu bewußten Verteidigern der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse werden zu lassen.

In späteren Arbeiten wurden die weltanschaulich-politischen Strömungen innerhalb der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung genauer differenziert.⁴ Vor allem wurde zwischen einer sozialpartnerschaftlich-integrationistischen und einer sozialistisch-reformistischen Strömung unterschieden: Während erstere ihre Politik bewußt nur auf dem Boden des staatsmonopolistischen Systems betreiben wolle, bringe die zweite Elemente autonomer Interessenvertretung der Arbeiterklasse zum Tragen; dabei werde sie von den marxistischen Kräften unterstützt, die für eine nur an den Klasseninteressen des Proletariats orientierte Gewerkschaftspolitik eintreten.

Die Analysen aus der Zeit von Mitte der sechziger bis Anfang der siebziger Jahre entstanden vor dem Hintergrund der Übernahme von Regierungsfunktionen durch die SPD seit 1966. Insbesondere die Bildung der „Konzertierten Aktion“ am 14.2.1967 wurde als ein wichtiger Einschnitt in die Geschichte der westdeutschen Gewerkschaften empfunden, weil durch diesen und andere Schritte eine Einbeziehung der Arbeiterorganisation in die Formulierung staatlicher Politik auf Bundesebene vollzogen wurde.

Die „Einbindung“ der Gewerkschaften in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem stellte sich auf neuer Stufe dar. Als Voraussetzung für den Erfolg einer derartigen

3 Vgl. Autorenkollektiv, *Imperialismus heute*, 1. Aufl. Berlin 1965. Dieser Ansatz wurde in späteren Auflagen, sowie in dem 1970 veröffentlichten Nachfolgeband *Der Imperialismus der BRD* weiterentwickelt.

4 Vgl. hierzu erstmals W. Petschick, J. Schleifstein und H. Schlüter, *Der gewerkschaftliche Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse*, in: *Das Argument* 62, Westberlin, Dezember 1970, S.828ff

5 Vgl. Hautsch/Pickshaus, *Integration...*, a.a.O. S.253ff

Politik wurde dabei weithin die ökonomische Prosperität angesehen: sie habe sowohl zu Zeiten des „Wirtschaftswunders“ als auch nach der Krise 1966/67 ermöglicht, daß auf „sozialpartnerschaftlichem Weg“ soziale Verbesserungen für die Lohnabhängigen durchgesetzt werden konnten. Das habe bewirkt, daß die Gewerkschaftsmitglieder der Politik ihrer Führungen so wenig Widerstand entgegengesetzt hätten.

Auf ähnlicher Ebene bewegten sich auch Analysen zur Gewerkschaftspolitik, die von seiten fortschrittlicher Sozialwissenschaftler mit marxistischem Anspruch in dieser Zeit erstellt worden sind.⁵ Die in der Theorie des SMK entwickelte These von der objektiven Notwendigkeit einer Regulierung der Klassenbeziehungen und ökonomischer Globalgrößen wurde dabei meist als eine Art Sachzwang interpretiert, der auch den Gewerkschaften keine andere Wahl als die Einordnung in den Herrschaftsapparat lasse — es sei denn, sie stellten sich bewußt und aktiv gegen das kapitalistische System. Die Mechanismen, die die massenhafte Durchsetzung einer solchen Orientierung in der Arbeiterklasse und bei den Funktionären bewirkten, wurden mit Begriffen wie „Staatsfixiertheit“, „Sozialstaatsillusion“ u.ä. umschrieben.

Für den Erfolg der Bemühungen zur Befriedung der Klassenkonflikte war nach diesen Theorien ein relativ breiter Spielraum für soziale Zugeständnisse der herrschenden Klasse an die Lohnabhängigen notwendig. Erst dieser setze die Gewerkschaftsführungen in die Lage, ohne Loyalitätsverlust an der Basis eine „kooperative“ Politik mit dem Kapital zu betreiben.

Seit Mitte der siebziger Jahre stellt sich die Problematik der Einbindung der Gewerkschaften in das staatsmonopolistische System auf neue Weise. Seit der Krise 1974/75 ist es das erklärte Ziel des Monopolkapitals, den Lebensstandard der Arbeiterklasse zu senken; außerdem herrscht seither Massenarbeitslosigkeit. Seit Ende der siebziger Jahre sind Realeinkommensverluste, Verschlechterungen bei den Sozialleistungen und die Liquidierung von für unantastbar gehaltenen Positionen der Gewerkschaften (Montanmitbestimmung) offizielles Regierungsprogramm. Die Gewerkschaften stoßen auf den „Tabu-Katalog“ der Unternehmer, der mit Massenaussperrungen verteidigt wird, was wiederum höchstrichterlich abgesegnet und von der Regierung akzeptiert wird.

Unter diesen Voraussetzungen ist eine Politik der „Sozialpartnerschaft“ im Stil der 50er und 60er Jahre nicht mehr möglich; hierüber besteht auch innerhalb der Gewerkschaften weithin Klarheit. Zwar darf nicht übersehen werden, daß der materielle Lebensstandard und das Ausmaß der sozialen Absicherung der westdeutschen Arbeiterklasse immer noch vergleichsweise hoch sind. Auch besitzt die herrschende Klasse noch finanziellen Spielraum für sozialpolitische Manöver (Mutterschaftsurlaub) und die Abfederung regionaler Krisenprozesse (Stahlkrise Saar). Entscheidend geändert hat sich jedoch die Entwicklungsperspektive der Gesellschaft: nicht mehr die Zunahme, sondern die Beschneidung des sozialen Besitzstandes ist das Angebot des SMK an die Lohnabhängigen.

Auf diese neue Situation wird in Teilen der Gewerkschaftsbewegung mit stärkerer Betonung und kämpferischer Vertretung autonomer Klasseninteressen reagiert. Bemerkenswert ist insbesondere, daß in den letzten Jahren die Bereitschaft zum Einsatz der Kampfkraft gegen die Tabu-Politik der Unternehmer beachtliche Ausmaße angenommen hat und in sehr unterschiedlichen Gruppen von Lohnabhängigen vorhanden ist. Beweis dafür war die wochenlange Warnstreik-Bewegung in der Metallindustrie im Frühjahr 1981 ebenso wie zahlreiche Streiks oder Warnstreiks 1979—1981, die meist in

Bereichen mit wenig oder ohne Kampferfahrung stattfanden: Handel, Banken, Versicherungen, Lehrer, Journalisten, Schuhindustrie, Post, Brauereien, Speisewagenbedienstete, Angestellte bei den Alliierten Streitkräften, Lufthansa, Bekleidungsindustrie, Kfz-Handwerk und andere.

Widerspiegelung solcher Entwicklungen sind z.T. heftige Auseinandersetzungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung über die Orientierung der zukünftigen Politik. Insgesamt gesehen kann jedoch nicht davon gesprochen werden, daß die Gewerkschaften dabei wären, den „sozialen Konsens“ aufzukündigen und von der Politik der Sozialpartnerschaft abzurücken. Besonders deutlich wird das, wenn es um das Verhältnis zur sozialdemokratisch geführten Bundesregierung geht: Hier ist bei zahlreichen führenden Gewerkschaftern das Bemühen zu sehen, Forderungen zurückzustellen, um die SPD nicht in Schwierigkeiten zu bringen.

2. Die „Korporatismus“-Diskussion

Die bislang recht weitgehende Stabilität der Sozialpartnerschaftsideologie und -politik in der Bundesrepublik — aber auch in anderen kapitalistischen Ländern — unter solchen veränderten ökonomischen Bedingungen bedarf der theoretischen Erklärung. In Kreisen von Sozialwissenschaftlern mit marxistischem Anspruch wird in diesem Zusammenhang seit einiger Zeit versucht, den im angelsächsischen Raum entwickelten Begriff des ‚corporatism‘ als Forschungsansatz zu verwenden. Er stammt aus dem Instrumentarium der bürgerlichen Systemtheorie und sollte ursprünglich Gesellschaftssysteme beschreiben, die — im Gegensatz zum Parlamentarismus — Willensbildung über hierzu von unten nicht legitimierte, staatlich kontrollierte Interessengruppen (Korporationen) betreiben.⁶ Klassisches Beispiel sei der italienische Faschismus gewesen. In der Weiterentwicklung solcher Theorieansätze wurde dann neben dem zwangsweisen Korporatismus die Möglichkeit gesehen, daß Interessenverbände zur freiwilligen Teilnahme an einem solchen „korporatistischen“ System, das das parlamentarische ersetzt oder überlagert, gebracht werden können.

In den „corporatism“-Theorien ist generell von „Verbänden“ die Rede, von denen die Gewerkschaften nur einer sind. Trotzdem wird das Konstrukt des „freiwilligen“ Korporatismus als fruchtbarer Ansatz für eine marxistische Analyse des Phänomens der Einbindung (Inkorporierung) von Gewerkschaften in das Herrschaftssystem des Kapitals betrachtet. „Im Unterschied zum klassischen Pluralismus, in dem die gesellschaftlichen Interessengruppen im wesentlichen von außen her, aus dem vorparlamentarischen Raum heraus als externe ‚pressure group‘ partikuläre Ansprüche und Forderungen an den Staat herantragen, ohne dann an der Ausübung staatlicher Macht beteiligt und entsprechend für sie verantwortlich zu sein, handelt es sich beim Korporatismus um die offizielle, vom Staat kooptierte, zugelassene oder herbeigeführte, von seiten der Interessenverbände her freiwillige, aber auch gewünschte wenn nicht sogar erstrebte Beteiligung an gesamtpolitischer und damit gesellschaftlicher Planung, Entscheidung und Verwaltung.“⁷

6 Einen Überblick liefert Hans Kastendiek, Neokorporatismus? Thesen und Analysenkonzepte in der westdeutschen Diskussion und in der internationalen ‚corporatism‘-Debatte, in: Probleme des Klassenkampfes (Prokla) 38, Westberlin 1980, S. 81ff

7 Bernd Süllow, Die gewerkschaftliche Repräsentation in öffentlichen Gremien, in: Soziale Welt, H. 1, Münster 1981, S.41

Die westdeutsche „Korporatismus“-Diskussion leidet bisher darunter, daß über den Inhalt der Kategorien keine Einigung erzielt ist. Fast jeder Autor verwendet die Begriffe unterschiedlich. Für *J. Hirsch* und *R. Roth* ist die von der SPD/FDP-Regierung verfolgte „Modernisierungsstrategie“ in der Wirtschaftspolitik (gezielte Förderung der exportstarken Branchen mit technologischem Spitzenniveau, auch um den Preis von Massenarbeitslosigkeit und Dequalifizierungen im Inneren) eine Variante der „korporatistischen ‚formierten Gesellschaft‘“, deren eine wichtige Voraussetzung das Stillhalten der Gewerkschaften gegenüber den unsozialen Folgen dieser Politik sei. Um dies zu gewährleisten, habe speziell die SPD ein umfangreiches Instrumentarium zur „korporatistischen“ Einbindung der Gewerkschaften in das kapitalistische System entwickelt.⁸

In ähnlichem Sinne, aber noch stärker verallgemeinert, ist für *K. Hübner* und *D. Moraal* der Korporatismus eine Herrschaftsform des Kapitals gegenüber der Arbeiterbewegung, die sich aus objektiven Notwendigkeiten heraus ergebe: Die „Modernisierungsstrategie“ sei ohne Mitarbeit der Gewerkschaften nicht durchsetzbar. Gleichzeitig solle die Inkorporierung der Gewerkschaften dazu dienen, das durch die Krise zugunsten des Kapitals verschobene Kräfteverhältnis festzuschreiben.⁹

Während nach *Hirsch/Roth* und *Hübner/Moraal* die Gewerkschaften vorwiegend Objekt einer vom Staat vermittelten korporatistischen Einbindung sind, streben sie solche Strukturen nach *J. Esser* und *W. Fach* selber aktiv an. Die Autoren leiten dies aus dem Beispiel der Regulierung der Krise in der saarländischen Stahlindustrie ab, wo die IG Metall sich gemeinsam mit der Landesregierung und dem ARBED-Konzern in ein „Krisenregulierungskartell“ eingebunden habe, in dem ihr die Rolle zufiel, soziale Polster für die von der Krisenlösung Benachteiligten zu legen.¹⁰

Für *M. Jäger* ist das „Modell Deutschland“, das sich wesentlich auf ein entwickeltes System des „sozialliberalen Korporatismus“ stützt, erst ansatzweise entwickelt und bildet die konsequente Perspektive des Kapitalismus der BRD. Es handele sich nicht um eine generelle staatliche Strategie gegenüber den Gewerkschaften, sondern um die typisch sozialdemokratische Variante bürgerlicher Herrschaft, deren Ergebnis die Etablierung neuer — „korporatistischer“ — Entscheidungsstrukturen in der Gesellschaft sei.¹¹ Für ihn ist Korporatismus nicht in erster Linie das Ergebnis vollzogener Anpassungsprozesse seitens der Gewerkschaften und ein Instrument zur Stabilisierung dieses

8 Joachim Hirsch und Roland Roth, Von der ökonomischen zur politischen Krise. Perspektiven der Entwicklung des Parteiensystems in der BRD, in: links 92, Offenbach Oktober 1977, S. 9ff. Vgl. auch dies., Kanzler Strauß? Institutionalisation des Rechtsradikalismus, in: links 112/113, Offenbach Juli 1979, S. 5 ff. Vgl. auch dies., ‚Modell Deutschland‘ und neue soziale Bewegungen, in: Prokla 40, Westberlin 1980, S. 14ff.

9 Vgl. Kurt Hübner und Dick Moraal, Zwischen Verbändegesetz und ‚Konzentrierter Aktion‘. Korporativistische Restrukturierungsversuche des Verhältnisses von Staat — Kapital — Gewerkschaften in der Bundesrepublik, in: Prokla 38, Westberlin 1980, S.41ff

10 Vgl. Josef Esser und Wolfgang Fach, Internationale Konkurrenz und selektiver Korporatismus, in: 10. Tagung des Arbeitskreises ‚Parteien — Parlamente — Wahlen‘ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Neuss 1979

Vgl. dies., Gewerkschaften als Säule im ‚Modell Deutschland‘? in: O. Jacobi u.a., Moderne Zeiten — alte Rezepte, Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1980/81, Westberlin 1980, S.51ff

Vgl. dies., mit Gerd Gierszewski und Werner Väh, Krisenregulierung — Mechanismen und Voraussetzungen am Fall der saarländischen Stahlkrise, in: Leviathan 1, Westberlin 1979, S.79ff

Vgl. dies. und Georg Simonis, Grenzprobleme des ‚Modells Deutschland‘, in: Prokla 40, Westberlin 1980, S.40ff

Zustands, sondern ein Mittel, um die Gewerkschaften dazu zu bringen, daß sie die unsozialen Folgen der Wirtschafts- und Sozialpolitik des Kapitals mittragen.

Die Unklarheit darüber, was Korporatismus in der BRD sein soll, dürfte mit der schwachen empirischen Basis der Theorien zusammenhängen. Gemeinhin werden die ja sehr weitgehenden Schlußfolgerungen aus einzelnen Beispielen (Stahlkrise Saar) oder aus allgemeinen Interpretationen sozialökonomischer Entwicklungen und Strategien („Modernisierungskonzept“, „Modell Deutschland“) abgeleitet.

Unter „korporatistischen“ Gremien werden — obwohl dies nirgends genau definiert ist — offensichtlich solche Institutionen verstanden, in denen Vertreter der Gewerkschaften, des Kapitals, des Staates und eventuell anderer Gruppen zusammenwirken, und die am Prozeß der Vorbereitung, Entwicklung oder Formulierung politischer Entscheidungen beteiligt sind. Die Bildung solcher Gremien erfolgt freiwillig, sie setzt also bei den Beteiligten Konsens voraus. Als klassisches Beispiel gilt meistens die „Konzertierte Aktion“.

Zu diesem Gegenstand wurde 1981 — nach Erscheinen der hier zitierten Aufsätze zum (Neo-) „Korporatismus“ — eine empirische Studie von *Bernd Süllow* veröffentlicht, die einen interessanten Einblick in das auf staatlicher Ebene bestehende Geflecht von Gremien, in denen Gewerkschaftsvertreter eingebunden sind, bietet.¹² Auf Bundesebene existieren derzeit 133 Gremien mit gewerkschaftlicher Beteiligung; das waren 44 Prozent aller „korporatistischen“ Institutionen. Davon bestanden 55 Gremien bei Ministerien, 26 bei nachgeordneten Bundesbehörden und 52 bei parastaatlichen Organen. Allerdings werden damit bei weitem nicht alle Formen der Einbindung erfaßt. Auch die historische Entwicklung wird nicht deutlich: Gerade für jene „Korporatismus“-Thesen, die diese Formen der Einbindung mit der Regierungsfunktion der SPD in Zusammenhang bringen, wäre ein Vergleich mit der Situation Mitte der sechziger Jahre interessant. Ob es hier tatsächlich einen „quantitativen Sprung“, besonders beim Anteil der gewerkschaftlich mitbesetzten an allen Beratungsgremien gegeben hat, wäre erst noch zu beweisen. Jedenfalls wurden auch schon unter CDU/CSU-Regierungen eine Reihe von Institutionen auf unterschiedlicher Ebene unter anderem mit Vertretern der Gewerkschaften besetzt. Dies gilt z.B. für die Institutionen der Sozialversicherungen bis hinunter auf die lokale Ebene, Rundfunk- und später Fernschräte, Verwaltungsräte (Kreditanstalt für Wiederaufbau, Landwirtschaftliche Rentenbank, Bundesbahn), Außenhandelsrat, Beirat für Versicherungswesen, Konsortium für das Industriebank-Sondervermögen, verschiedene Gremien von Ministerien, Beirat der Deutschen Presse-Agentur u.a.m.¹³

Gewerkschafter hatten parlamentarische Positionen der verschiedenen Ebenen inne. Auch im Bundestag waren stets etliche führende Funktionäre — bis hin zu Vorsitzenden von Einzelgewerkschaften (z.B. *Wilhelm Gefeller*) — vertreten. In Bundesländern und Kommunen, wo sozialdemokratische Parlamentsmehrheiten bestanden, entwickelten sich auch direkte personelle Verbindungen zwischen Gewerkschaften und Exekuti-

11 Vgl. Michael Jäger, Sozialliberaler Korporatismus: die Zukunft des ‚Modell Deutschland‘, in: Prokla 41, Westberlin 1980, S.131

Vgl. ders., Ökonomie und Politik des Sozialliberalen Korporatismus, in: Das Argument, Sonderheft 51, Westberlin 1980, S.110ff

12 Vgl. Bernd Süllow, Die gewerkschaftliche..., a.a.O.

13 Vgl. Autorenkollektiv, Imperialismus heute, 4. Aufl. Berlin 1967, S.683

ve. Nicht vergessen werden sollte schließlich, daß die SPD als „staatstragende Partei“ ebenfalls zahlreiche Funktionen zu vergeben hatte, die zumindest quasi-staatlichen Charakter hatten (Fraktionsvorsitzende, Bezirks- oder Unterbezirkfunktionäre, Parteivorstandsposten usw.) und die nicht selten mit Gewerkschaftern besetzt wurden. Formen der – vor allem auch politischen – Einbindung von Gewerkschaften müssen heute in der Zusammenarbeit mit solchen Institutionen wie der SPD-eigenen „Friedrich Ebert-Stiftung“ gesehen werden. Diese spielt besonders bei den Auslandsaktivitäten eine Rolle. Schließlich ist eine wesentliche Dimension der Inkorporierung darin zu sehen, daß sich bestimmte Mitwirkungsstrukturen seit vielen Jahren auf regionaler und lokaler Basis stabilisiert haben. Das gilt insbesondere für die Organe der Arbeitsverwaltung und der Sozialversicherungen. Auf diesen Kanälen wird ständig und in großem Ausmaß „Sachzwang“-Ideologie und „Verantwortungsbewußtsein“ in die Gewerkschaften hineingetragen, zumal solche Funktionen meist von innergewerkschaftlichen Multiplikatoren (hauptamtlichen Funktionären) wahrgenommen werden.

Die stärkere Betonung der Einbindung von Gewerkschaften in zentrale politische Willensbildungsprozesse nach 1966 (wie die „Konzertierte Aktion“) erfolgte im Zusammenhang mit der wirtschaftspolitischen Umorientierung zu mehr staatlicher Regulierung der volkswirtschaftlichen Prozesse. Die Funktion der „Einkommenspolitik“ sollte darin bestehen, im Rahmen der „Globalsteuerung“ die Entwicklung der Lohn- und Gehaltssumme in den Griff zu bekommen. Daß es dabei jedoch in erster Linie um ein Mittel zum Druck auf die Löhne ging, wurde rasch klar, weil alle vom Kapital bestimmten Kennziffern (Preise, Investitionen usw.) keiner Kontrolle unterlagen.

Die Verpflichtung auf ein vorgebliches „Gesamtwohl“ erwies sich schon immer als Mittel, um die Gewerkschaften von konsequenter Interessenvertretung abzuhalten. Diese Funktion tritt heute – nach dem Abschied von der „Globalsteuerung“ – noch deutlicher hervor. Es werden sogar Gremien gebildet, die von vornherein nur dem Zweck dienen sollen, Möglichkeiten zur Verschlechterung der Lage der Lohnabhängigen zu prüfen. Ein Beispiel ist jene Kommission beim Bundesarbeitsministerium, die aus Vertretern der Unternehmer, der Gewerkschaften, der Arbeitsverwaltung und des Ministeriums zusammengesetzt ist und Vorschläge zur „Eindämmung des Mißbrauchs der Arbeitslosenversicherung“ sowie zur Verbesserung der Arbeitsmarktstatistik erarbeiten soll. Die aktuelle Entwicklung zeigt allerdings, daß mit der freiwilligen Teilnahme von Gewerkschaften an „korporatistischen“ Gremien nicht immer eine Bekräftigung von deren Inkorporierung verbunden sein muß: Im Fall der letztgenannten Kommission weigerten sich die Gewerkschaften, entsprechende Vorschläge mitzutragen und ließen das Unternehmen Anfang Juni 1981 faktisch platzen.

Dieser Vorgang deutet auf die Vielschichtigkeit der Wechselwirkungen zwischen Gewerkschaftsbewegung und Herrschaftssystem hin. Eine prinzipielle Schwäche der „Korporatismus“-Diskussionen besteht darin, daß sie die innere Widersprüchlichkeit der zugrunde liegenden Tendenzen nicht herausarbeiten. Die vorwiegende Orientierung an bestimmten Formen der Einbindung führt zu einer meist formalen Betrachtungsweise der sozialen Mechanismen, durch die diese bewirkt wird. Die Inkorporierung der Gewerkschaften wird entweder als linearer Prozeß in Fortsetzung der bereits stattfindenden Entwicklungen betrachtet, dessen Ursache dann die bewußte Zusammenarbeit zwischen SPD- und Gewerkschaftsführungen ist. Oder es wird aus der veränderten ökonomischen Lage das Scheitern des „Modells“ konstatiert bzw. für die Zu-

kunft vorausgesagt. Zur Beantwortung der aktuellen Fragen ist es jedoch notwendig, aus den Bewegungsgesetzen des SMK selbst heraus jene Triebkräfte zu analysieren, die – von den Bedingungen dieses Systems ausgehend – in Richtung einer Verstärkung oder Abschwächung der Einbindung wirken.

Wegen seiner Verwandtschaft zu entsprechenden bürgerlichen Theorien und wegen seiner spezifischen – verengten – Verwendung in der westdeutschen Diskussion wird der Begriff „Korporatismus“ hier abgelehnt. Sinnvoller scheint es zu sein, die umfassendere Kategorie der „staatsmonopolistischen Einbindung“ bzw. „Einbindung in das staatsmonopolistische System“ zu verwenden, weil hierdurch alle Aspekte dieses vielschichtigen Prozesses erfaßt werden können. Die besondere Bedeutung von institutionalisierten Formen soll dabei nicht heruntergespielt, wohl aber ihrer Isolierung und Verabsolutierung entgegengewirkt werden. „Einbindung“ sollte nicht in erster Linie formal anhand bestimmter Strukturen erörtert werden; der grundlegende Zusammenhang besteht darin, daß Gewerkschaften bei der Formulierung ihrer Politik die Bewegungsgesetze des kapitalistischen Systems als Grenze anerkennen, also Interessenvertretung an das Primat der Profitinteressen binden, diesen unterordnen.

In diesem Zusammenhang sind zwei Aspekte zu nennen, die in den „Korporatismus“-Beiträgen kaum, in der gewerkschaftspolitischen Realität der Bundesrepublik jedoch eine erhebliche Rolle spielen, und deren Untersuchung den Weg zu weitergehenden Fragestellungen weisen kann. So scheint es wichtig zu sein, innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zwischen verschiedenen Strömungen zu unterscheiden, die sich auch in der politischen Orientierung von Einzelgewerkschaften und deren prinzipieller Haltung gegenüber dem staatsmonopolistischen System, damit aber auch dem Grad ihrer Einbindung in dieses System niederschlagen.¹⁴ Integrationistische Ideologie und Politik konnten sich im DGB nie voll durchsetzen. Neben ihnen wirkten immer auch marxistische Kräfte sowie eine starke reformistische („reformsozialistische“) Strömung, die als Träger autonomer Elemente von Gewerkschaftspolitik fungierte. Ein für die gegenwärtige Situation entscheidendes Phänomen besteht darin, daß im überwiegenden Maß auch diese Gewerkschafter, die gegenüber dem Kapital z.T. recht konsequent zum Einsatz der Kampfkraft der Organisation bereit sind, im politischen Bereich gegenüber der Regierung große Zurückhaltung üben. Dies auch in einer Zeit, da diese Regierung seit Jahren schwerwiegende Verschlechterungen für die Lohnabhängigen bewirkt und weiterhin beabsichtigt.

Ein in den „Korporatismus“-Diskussionen ungenügend reflektierter Vorgang besteht auch darin, daß nicht wenige verantwortliche Gewerkschafter „staatsmännische Verantwortung“ praktizieren. Sie vertreten nicht nur in den sozialen Beziehungen Systemerfordernisse des Kapitalismus, sondern exekutieren auch in der allgemeinen Innen-, ja selbst in der Außenpolitik strategische Interessen der Monopole (bzw. der Regierung) in eigener Regie. Anders lassen sich z.B. die Bemühungen, Kritik an der NATO-Raketenpolitik innerhalb der Gewerkschaften zu unterbinden, kaum erklären.

Die Identifikation führender Gewerkschafter mit dem staatsmonopolistischen System hat also direkte politische Implikationen. Die Ursachen können nicht in erster Linie in den (möglichen oder tatsächlichen) Strukturen, innerhalb derer Gewerkschaften in den Bewegungsmechanismus der Gesellschaft integriert sind, gesucht werden. Inte-

14 Vgl. Petschick, Schleifstein, Schlüter, *Der gewerkschaftliche...*, a.a.O.

gration kann nur als umfassender gesellschaftlicher Prozeß analysiert werden, der sich auf allen Ebenen der Ideologie und Politik vollzieht. Richtig ist freilich — und dies ins Bewußtsein gerückt zu haben kann ein Verdienst der „Korporatismus“-Diskussionen sein —, daß sich solche Prozesse nicht von selbst und nicht im luftleeren Raum vollziehen. Sie sind auch das Ergebnis des Wirkens verschiedenartiger Einflußkanäle, wobei organisatorisch-institutionellen Formen insofern ein besonderes Gewicht zukommt, als diese auf die persönlichen Träger der Funktionen großen Druck ausüben und eine Eigendynamik in Richtung auf weitergehende integrationistische Einbindung entwickeln.

3. Integrationismus und bürgerliche Hegemonie

In der Gewerkschaftsbewegung der Bundesrepublik bestand schon zu Beginn eine aus der Zeit der Weimarer Republik herrührende starke sozialpartnerschaftlich-integrationistische und auch „korporatistische“ Tradition. Erinnert sei an das Stinnes-Legien-Abkommen, in dem nach der November-Revolution 1918 sozialpolitische Forderungen der Gewerkschaften unter Verzicht auf grundlegende Änderungen des Systems vereinbart und die Bereitschaft zur Bildung der „Zentralarbeitsgemeinschaft“ (ZAG) mit den Unternehmern bekundet wurde. Mit der Stärkung sozialpartnerschaftlicher Positionen nach 1945 vor allem in der DGB-Spitze nahmen auch Bestrebungen nach zentralen Vereinbarungen mit Unternehmern und Staat zu. Die materielle Grundlage dafür, daß sich der Integrationismus rasch und in großem Umfang stabilisieren konnte, war zum einen der lange anhaltende Wirtschaftsaufschwung gewesen. Die Stabilität dieser Ideologie auch unter den heutigen Bedingungen verweist jedoch auf tiefer liegende Zusammenhänge, die in allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des SMK gesucht werden müssen. *Frank Deppe* hat in seiner Analyse herausgearbeitet, daß Integrationismus als eine — bürgerlich orientierte — Variante des Reagierens auf solche objektiven Gesetzmäßigkeiten verstanden werden kann, die das Verhältnis der Gewerkschaften zur Gesellschaft insgesamt und damit auch zum Staat bestimmen: „Der kapitalistische Vergesellschaftungsprozeß hat einen ‚geschichtlichen Reifegrad‘ erreicht, der auch im Interesse der Sicherung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte, in zunehmendem Maße gesellschaftliche Lösungen erzwingt. Nur der bürgerliche Staat kann solche allgemeinen Lösungen... gewährleisten.“¹⁵ Die Vergesellschaftungstendenz wirkt sich auch auf die Gewerkschaften aus, indem diese sich zu stabilen Massenorganisationen entwickeln. „Die Arbeiterklasse ist die soziale Personifikation der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit und insofern Träger des Vergesellschaftungsprozesses... Organisierung, kollektive, allgemeine Interessenvertretung gegenüber dem Kapital und dem bürgerlichen Staat verwandeln die Ohnmacht des individuellen Lohnarbeiters in die gesellschaftliche Macht der Organisation.“¹⁶

Für die Gewerkschaften kann heute nicht die Verweigerung der Ausübung ihrer objektiven gesellschaftlichen Rolle zur Debatte stehen; es wäre nicht nur unrealistisch, sondern würde auch der Aufgabe der Interessenvertretung nicht gerecht. Deshalb kann auch nicht in jedem Fall die Teilnahme von Gewerkschaften an gesellschaftlichen Gremien im staatsmonopolistischen Kapitalismus als integrationistisch oder „korporati-

15 Frank Deppe, *Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse*, Marburg 1979, S.157

16 Ebenda, S.146

stisch“ bezeichnet werden. Entscheidend ist, im Rahmen welcher strategischen Konzeptionen eine solche Beteiligung erfolgt (sofern das Gremium nicht von vornherein vorwiegend demagogischen Charakter hat). Die Frage ist zu stellen nach dem Wie der Wahrnehmung der gesellschaftlichen Funktion und des Reagierens auf die Erfordernisse gesellschaftlicher Problemlösungen.

Integrationismus bedeutet, daß diese Probleme von der Logik des Kapitals her aufgegriffen und Lösungen auf dieser Grundlage gesucht werden. Eine Grundfigur solcher Denkmuster ist die These, daß die Interessen der Lohnabhängigen nur erfolgreich vertreten werden könnten, wenn die Unternehmer genügend hohe Profite machen. In einem weiteren Sinn kann Integrationismus als eine gesellschaftspolitische Strategie gefaßt werden, „die in ihrem Kern darauf abzielt, die ‚antagonistische Logik‘ von Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen, von Vergesellschaftungsprozeß und Profitprinzip, mit dem Instrumentarium der klassenübergreifenden Konsensbildung abzuschwächen und in Übereinstimmung zu bringen, um auf diese Weise das revolutionäre Potential des Klassengegensatzes von Kapital und Arbeit einzudämmen.“¹⁷

Eine solche Ideologie und Politik produziert — wechselseitig — eine spezifische Bindung an das kapitalistische System: Dieses wird nicht nur als unabänderlich hingenommen, sondern aktiv verteidigt, weil es die beste Grundlage für die Vertretung der Interessen der Lohnabhängigen bietet. Die Verbindungslinien zu Formen der institutionellen Einbindung in staatliche Strukturen auf staatsmonopolistischer Grundlage sind hier deutlich sichtbar: Sie ergeben sich aus dem Bewußtsein, „Verantwortung für das Ganze“ zu tragen. Auch traditionelle gewerkschaftliche Forderungen nach Mitbestimmung und Kontrolle gegenüber dem Kapital können in diesem Sinn als Forderungen nach institutioneller Teilhabe aufgegriffen werden. Die weitestgehende Stufe der Integration ist erreicht, wenn die Organisationen der Arbeiterbewegung in den Herrschaftsapparat des Monopolkapitals eingegliedert sind.¹⁸

Die Identifizierung mit dem staatsmonopolistischen System als Ganzem, d.h. auch mit dessen grundlegenden politischen Zielen, ist parteipolitischen Konstellationen vorgelagert. Die integrationistische Strömung in den Gewerkschaften konnte sich in einer Zeit stabilisieren, als das Land politisch-parlamentarisch von der CDU/CSU beherrscht wurde, zu der die Gewerkschaften mehrheitlich in Opposition standen. Dies war insofern kein Widerspruch, als Sozialpartnerschaft die „Entpolitisierung“ des gewerkschaftlichen Interessenkampfes beinhaltet: gesellschaftspolitische Forderungen, die den Rahmen tarifvertraglicher Regelungen übersteigen, werden an den Staat delegiert. Die Opposition gegenüber den *Adenauer*-Kabinetten blieb auf die parlamentarische Ebene reduziert; die Alternative war eine SPD-Regierung.

Für die Reichweite integrationistischen Einflusses in der reformistischen Strömung in den Gewerkschaften sind die Kräfteverhältnisse innerhalb der politischen Arbeiterbewegung von erheblicher Bedeutung. Die starke Dominanz der in der SPD organisierten oder auf sie orientierten Mitglieder und Funktionäre¹⁹ bewirkte mit, daß die Politik die-

¹⁷ Ebenda, S.163

¹⁸ Hautsch/Pickshaus, *Integration...*, a.a.O., S.276

¹⁹ In einer Fernsehsendung hatte der NRW-Sozialminister Friedhelm Farthmann davon gesprochen, daß 90 Prozent der Funktionäre der DGB-Gewerkschaften Mitglied der SPD seien: „Ich kann das nur begrüßen, ich finde, daß die alle sehr vernünftig denken, die so denken.“ (vgl. Montagabend im Dritten: DGB — wohin? Sendung im III. Programm des Westdeutschen Fernsehens am 16.3.1981, 20.15 — 22.00 Uhr; un-

ser Partei die gesellschaftspolitische Orientierung für große Teile auch der aktiven Gewerkschafter bildete. Umgekehrt wurde seitens der SPD versucht, die Gewerkschaften als Massenbasis für ihre jeweilige Politik einzusetzen und vor allem eine hiervon abweichende Orientierung zu verhindern. Überlegungen zur staatsmonopolistischen Einbindung der Gewerkschaften müssen unvollständig bleiben, wenn sie nicht jenes enge Geflecht formeller und informeller Strukturen berücksichtigen, das zwischen dem Funktionärskörper der Gewerkschaften und dem Apparat der sozialdemokratischen Partei besteht. Der „Gewerkschaftsrat beim Parteivorstand der SPD“, bestehend aus den Vorsitzenden des DGB, der Einzelgewerkschaften, von DAG und DBB, der SPD und dem sozialdemokratischen Bundeskanzler, ist hier nur ein, allerdings politisch besonders gewichtiges, Beispiel. Er war 1968 mit dem Ziel gebildet worden, „die im Zusammenhang mit der Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung entstandenen Spannungen zwischen SPD und Gewerkschaften abzubauen“.²⁰ Heute dient er vorwiegend dazu, sozialdemokratische Regierungspolitik unter Umgehung der innergewerkschaftlichen Entscheidungswege anzubieten.

Allerdings wäre es verfehlt, die „SPD-Bindung der Gewerkschaften“²¹ als solche für einen ausschlaggebenden Faktor der politischen Orientierung der Gewerkschaftsbewegung zu halten. Daß dieser Einfluß seine heutige Form annehmen konnte, ist selbst aus der inneren Entwicklung von SPD und Gewerkschaften zu erklären, die wiederum nicht ohne den Zusammenhang mit dem spezifisch westdeutschen Typ bürgerlicher Hegemonie und staatsmonopolistischer Entwicklung zu verstehen ist. In diesem Rahmen haben Diskussionen, wie sie unter dem Etikett „Modell Deutschland“ geführt werden, ihre Berechtigung. Fragwürdig erscheint allerdings die in den einschlägigen Diskussionsbeiträgen häufig erfolgende Zuordnung dieses „Modells“ zur SPD als Regierungspartei. Auf diese Weise wird der westdeutsche Hegemonietypus zur bloßen Herrschaftsmethode herabgemindert, zu dem die CDU/CSU-Variante einer vorwiegend autoritären Machtsicherung in Opposition stehe.

Abgesehen davon, daß die SPD/FDP-Koalition auch in ihren „besten Zeiten“ nicht ohne Repression auskam (Berufsverbote seit 1971), sind die Besonderheiten der Entwicklung des Herrschaftssystems der Bundesrepublik nur aus dem Ensemble ökonomischer, politischer und ideologischer Prozesse der Nachkriegszeit erklärbar. Der dabei zustande gekommene Herrschaftstyp ist dann allerdings konstitutiv für den SMK der Bundesrepublik und nicht bloß eine unter anderen – genauso möglich gewesen – Varianten. Die Hegemonie der herrschenden Klasse nach der Zerschlagung des Faschis-

redigiertes Manuskript, S.23). Nach einer 1970 durchgeführten Befragung waren 80 Prozent der hauptamtlichen und 35 Prozent der ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre SPD-Mitglied; der Anteil der CDU/CSU-Mitglieder lag bei 16 bzw. 1 Prozent, 4 bzw. 61 Prozent waren in keiner Partei. (vgl. J. Bergmann und W. Müller-Jentsch, *Gewerkschaften in der Bundesrepublik*, Bd. 2: *Gewerkschaftliche Lohnpolitik im Bewußtsein der Funktionäre*, Frankfurt/M. 1977, S.278)

20 Autorenkollektiv, *Proletariat in der BRD*, Berlin 1974, S.431. Die Funktion dieses Gremiums, in dem es einen noch engeren informellen Kreis gibt, wurde Mitte 1980 von der Zeitschrift „capital“ beleuchtet. Dort war – bis heute unwidersprochen – geschrieben worden, daß sich der „Gewerkschaftsrat“ bereits 1979 mit der angeblichen kommunistischen Unterwanderung der Gewerkschaft HBV „befaßt“ habe: „Nach (SPD-Chef; G.H.) Brandt und DGB-Chef Vetter soll die Problematik im engeren Zirkel weiter verfolgt werden.“ (capital Heft 6/1980, S.22)

21 So der Titel eines Aufsatzes von Bodo Zeuner, ‚Solidarität‘ mit der SPD oder Solidarität der Klasse? Zur SPD-Bindung der DGB-Gewerkschaften, in: *Prokla* 26, Westberlin, S.3ff

mus wurde möglich „auf der Grundlage des ökonomischen Aufschwungs und im Zusammenhang der politischen Konstellationen des kalten Krieges, denn die ideologische Mittelstandsorientierung, die Konsumorientierung... und die gesetzlichen Leistungen der Sozialpolitik dienten immer auch dem Zweck, durch soziale Integration vor allem der Lohnabhängigen die Anziehungskraft des ‚Modells BRD‘ ... auf die Bevölkerung der DDR zu steigern und zugleich in der BRD selbst...der Ablehnung ‚sozialistischer Experimente‘ eine Massenbasis zu erhalten.“ „Der spezifische Typus bürgerlicher Hegemonie, wie er sich im ‚CDU-Staat‘ herausbildete, beruht...wesentlich auf dem Erfolg einer klassenübergreifenden Konsens- und Ideologiebildung, die nicht nur das allgemeine politische Klima, sondern auch die konkreten Methoden der Politik gegenüber der Arbeiterbewegung...definierte. Dieser Konsens war — und darin liegt die Spezifik der westdeutschen Entwicklung — mehr als eine Funktionalisierung der ‚Wirtschaftswunderideologie‘. Er konnte sich nur durch die Verschmelzung der ‚nationalen Frage‘ mit dem Antikommunismus und schließlich auch allen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik festigen.“²²

Auf dieser Grundlage ist bereits in den 50er Jahren die Einbindung der Gewerkschaften in das staatsmonopolistische System recht weitgehend gelungen. Dies geschah sowohl politisch-ideologisch als auch institutionell, wobei sich beide Formen gegenseitig bedingen und verstärken: Die Herausbildung stabiler und schlagkräftiger Massengewerkschaften ließ es für die herrschende Klasse notwendig, ihre mehr oder weniger starke integrationistische Orientierung vertretbar erscheinen, sie in bestimmten Gremien zuzulassen; die Mitarbeit in solchen Gremien wiederum transportierte verstärkt „Sachzwang“-Ideologien in die Gewerkschaften.

Die „Befestigung“ der Gewerkschaften²³ einschließlich bestimmter Funktionen der institutionellen Einbindung war insofern einerseits Ergebnis historischer Erfolge der Arbeiterbewegung (Respektierung der Tarifautonomie), andererseits Ausdruck der Bereitschaft der Führungen, diese Positionen nur im vorgegebenen Rahmen auszunutzen (Begrenzung auf die Vertretung ökonomischer Forderungen, keine Kollision mit den Grundinteressen der herrschenden Klassen). Die Drohung mit der repressiven Staatsgewalt diente dabei stets als Instrument, um diese Haltung in den Gewerkschaften zu stabilisieren.

Die Bildung der „Konzertierten Aktion“ 1967, die in gewisser Weise eine neue Stufe in den Bemühungen zur staatsmonopolistischen Einbindung der Gewerkschaften darstellte, ist aus verschiedenen Zusammenhängen zu erklären. Zum einen stand dahinter das Bestreben von Unternehmern und Regierung, die damals für notwendig erachteten ökonomischen Umstrukturierungen (Kapitalexport-Offensive, stärkere staatliche Regulierung) und politischen Umorientierungen (gesellschaftliche Reformen, neue Ostpolitik) auf eine Weise durchführen zu können, die die Reaktion der Gewerkschaften berechenbar erhielt. Dies geschah dadurch, daß deren Bindung an das vorgebliche Gemeinwohl, an dessen Ausgestaltung sie ja nun selbst beteiligt waren, zusätzlich fixiert wurde.

22 Deppe, *Autonomie...*, a.a.O.

23 Dieser Begriff des bürgerlichen Gewerkschaftstheoretikers Götz Briefs wird z.B. von den Autoren des Instituts für Sozialforschung aufgegriffen. Vgl. J. Bergmann, O. Jacobi und W. Müller-Jentsch, *Gewerkschaften in der Bundesrepublik I*, Frankfurt/M. und Köln 1975, S.389 (Anm. 28, Kap. I)

Andererseits war jedoch die Konzertierte Aktion selbst nur möglich aufgrund der bereits weit entwickelten Einbindung von Gewerkschaften, weil andernfalls diese selbst oder das Kapital eine Beteiligung abgelehnt hätten. Das Zustandekommen kann als Widerspiegelung einer neuen Stufe der Identifikation führender Gewerkschafter mit dem staatsmonopolistischen System betrachtet werden. Diese hängt damit zusammen, daß nunmehr Regierungen gebildet wurden, in denen die SPD zunächst teilweise und nach 1969 führend beteiligt war. Schlugen sich bis dahin Ideologie und Politik des Integrationismus staatspolitisch in einer prinzipiellen Identifizierung mit dem staatsmonopolistischen System allgemein nieder, so verdichtete sich dies bei den integrationistischen Kräften zu einer Identifizierung mit der Regierung und der von ihr praktizierten Politik. Das gilt zumindest für die parteipolitisch an der SPD orientierten Kräfte, dürfte jedoch in gebrochener Form auch für die Träger des christlich-sozialen Flügels in der Gewerkschaftsbewegung (eine wichtige Spielart des Integrationismus) zutreffen. Und es gilt nicht nur für den integrationistischen Flügel im DGB; auch bei auf reformistischen Positionen stehenden Kräften verstärkten sich im allgemeinen Bindungen an das staatsmonopolistische System, selbst wenn bestimmte systemkritische Einsichten nicht aufgegeben wurden.

Eine wichtige Grundlage für diese Entwicklung war abermals die günstige ökonomische Situation, in diesem Fall der Konjunkturaufschwung 1967 bis 1970, der es den SPD-Politikern erlaubte, in vergleichsweise kurzer Frist verschiedene materielle Verbesserungen auf dem Gebiet der Sozialpolitik zu verwirklichen, ohne daß die Profite der Monopole Einbußen hätten verzeichnen müssen. Diese Politik mußte jedoch an ihre Grenze stoßen, als sich Anfang der 70er Jahre eine langfristige, dauerhafte und weltweite Verschlechterung der Verwertungsbedingungen für das Kapital bemerkbar machte.

4. Staatsmonopolistische Einbindung unter Bedingungen der „Stabilitätspolitik“

Die im Mai 1973 mit dem „Stabilitätsprogramm“ (das am Vorabend und zu Beginn der Krise krisenverschärfende Sparmaßnahmen beinhaltete) eingeleitete Politik²⁴ ist der Vollzug der von den Monopolen als Antwort auf die veränderten Bedingungen formulierten strategischen Erfordernisse. Im Zuge dessen wurde ein Entwicklungstyp des staatsmonopolistischen Kapitalismus durchgesetzt, der als „privatmonopolistische Entwicklungsvariante“²⁵ bezeichnet wird. Sie „bedeutet nicht, daß die herrschende Klasse einen Abbau des staatsmonopolistischen Mechanismus in die Wege leiten könnte oder würde. Sie bedeutet aber mit der völligen Orientierung der staatlichen Wirtschaftspolitik auf die Förderung der Konzerne und, unter dem Diktum der Weltmarktkonkurrenz, auf die Stärkung ihrer ökonomisch-politischen Potenz den Verzicht auf die Entwicklung und ein Konzept, in dem der Ausbau der unmittelbaren Wirtschaftsaktivitäten des Staates aktuelle Priorität hat.“²⁶

24 Zum Prozeß der Umorientierung der SPD-Politik Anfang der siebziger Jahre vgl. Gert Hautsch, ‚Abschied von den Reformen‘ und seine Ursachen, in: Marxistische Blätter H. 1, Frankfurt/M. 1977, S.25ff. Vgl. auch ders., Wirtschaftspolitik und Profitinteresse, Frankfurt/M. 1976, S.77ff.

25 Vgl. Heinz Jung, Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD, in: Marxistische Studien..., a.a.O., Bd. 1/1978, S.9ff

26 Ebenda S.12f.

Inhalt dieser strategischen Orientierung war und ist die Verbesserung der internationalen Konkurrenzposition der westdeutschen Monopole. Zentrale Kennziffer für den Erfolg wurde die Inflationsrate, die unter das Niveau der Hauptkonkurrenzländer gedrückt werden mußte. Daraus, sowie aus dem Ziel der Verbesserung der Profitraten, ergab sich eine Einkommens- und Sozialpolitik des Abbaus von Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung.

Diese strategische Grundorientierung ist zwischen den „staatstragenden“ Parteien bei allen Differenzen unumstritten. Polemiken der CDU/CSU richteten sich gegen den angeblich zögernden Vollzug seitens der Bundesregierung, speziell der SPD.²⁷ Es sind keine stichhaltigen Belege für die etwa von *Michael Jäger* oder den „Sozialistischen Studiengruppen“ aufgestellte These ersichtlich, wonach die Christdemokratie das derzeitige Modernisierungs- und Entwicklungsmodell des BRD-Kapitalismus zugunsten einer „Austeritätspolitik „à la *Thatcher* bekämpfe.²⁸ Austeritätspolitik ist, mit Abwandlungen aufgrund nationaler Besonderheiten, auch das Programm der Bundesregierung. Unterschiede zur „Opposition“ bestehen bislang noch darin, daß die SPD aufgrund ihrer sozialen Basis und ihrer Verbindungen zu den Gewerkschaften auf Druck aus der Arbeiterklasse empfindlicher reagierte und ihn in ihrer Politik eher berücksichtigte. Die Bedeutung dieses Unterschieds schwindet jedoch in dem Maße, wie sich sozialdemokratische Regierungspolitik den Konzeptionen der CDU/CSU inhaltlich angleicht und die Gewerkschaftsführungen auf Widerstand hiergegen verzichten.

Richtig an den „Korporatismus“-Diskussionen ist die Feststellung, daß eine Umorientierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik in Richtung Abbau erkämpfter Positionen der Arbeiterklasse zusätzliche Anstrengungen seitens der Monopole und des Staates zur Herrschaftssicherung erfordert. In einer solchen Situation langfristiger gesellschaftlicher Umorientierung stellt sich für die herrschende Klasse das Hegemonieproblem auf neue Weise. Und nachdem die absehbaren Perspektiven Verschlechterungen für die Masse der Bevölkerung auf allen Gebieten beinhalten, kann man davon sprechen, daß eine völlig neue Art von Herrschaft notwendig wird. Die Bewahrung und nach Möglichkeit der Ausbau der Einbindung von Gewerkschaften in das Herrschaftssystem stehen dabei im Zentrum der Bemühungen. Unmittelbares Interesse besteht deshalb daran, eine Erosion integrationistischer Positionen in den Gewerkschaften zu verhindern. Dies trifft sich nicht selten mit den politischen Wünschen von Vertretern des Integrationismus in den Gewerkschaften. Die hierzulande besonders ausgeprägte Verflechtung der Sozialpartnerschaftsideologie mit Antikommunismus und Anti-Sozialismus hält bei manchem ein politisches Interesse an der Beibehaltung dieser Orientierung wach, das u.U. ausgesprochen aggressive Formen annehmen kann.

Welche Formen bevorzugt werden, um die Gewerkschaften auf sozialpartnerschaftlichem Kurs zu halten, ist Ergebnis der realen Kräfteverhältnisse. Die Politik der Monopole und des Staates war schon immer eine Mischung aus Angeboten zur „Partnerschaft“ mit gleichzeitiger Drohung für den Fall der Weigerung. Auf welchem Aspekt

27 Vgl. in diesem Zusammenhang die ausführliche Darstellung der wirtschaftspolitischen Ziele der CDU/CSU in: Jörg Goldberg und Bernd Semmler, *Der starke Mann des Kapitals. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen des F.J. Strauß*, Köln 1980

28 Vgl. *Michael Jäger, Sozialliberaler...*, a.a.O., S.135, 138; vgl. ders. *Ökonomie...*, a.a.O., S.136ff. Vgl. auch *Sozialistische Studiengruppen, Eine linke Alternative zum gescheiterten ‚Modell Deutschland‘?*, in: *Prokla* 40, Westberlin 1980, S.64ff

der Schwerpunkt lag, richtete sich nach der politischen Situation. Insofern ist die von manchen „Korporatismus“-Autoren (*Jäger, Hübner/Moraal*) formulierte Trennung zwischen „sozialliberalem Korporatismus“ (mit freiwilliger Einbindung) und „autoritärem Korporatismus“ (mit staatlich erzwungener Einbindung), sowie deren Zuordnung als Regierungsmethoden der SPD bzw. der CDU/CSU zu formalistisch, um die Wirklichkeit erfassen zu können. Zwar kann davon ausgegangen werden, daß eine christdemokratische Regierung eher zum Einsatz staatlicher Gewalt oder zu antigewerkschaftlichen Gesetzen („Verbändegesetz“) bereit wäre. Doch was sich real durchsetzt, hängt weniger von Koalitionen im Bundestag als von machtpolitischen Überlegungen der herrschenden Klasse ab, die im Zweifelsfall ja auch einen Wechsel der Regierungskoalition betreiben könnte.

Auf eine „Nur-Sozialpartnerschafts“-Politik, d.h. Politik ohne repressive Drohungen, wird sich das Monopolkapital schon deshalb nicht einlassen, weil jede Kooperationsstrategie für die herrschende Klasse ein Dilemma enthält. Einerseits ist dies die „eleganteste“ Variante mit den geringsten potentiellen Reibungsverlusten, andererseits ist sie umso erfolgreicher, je mehr eine durchsetzungsfähige Führungsstruktur in den Gewerkschaften und damit eine schlagkräftige Organisation existiert; ein Umstand, an dem dem Kapital nicht gelegen ist. Deshalb ist das Verhältnis des Kapitals zu solchen Formen institutioneller Einbindung immer zwiespältig („Gewerkschaftsstaat“) und von Mißtrauen geprägt.

Eine Schwerpunktverlagerung in der Politik gegenüber der Arbeiterbewegung hin zu mehr repressiven Maßnahmen wird für das Monopolkapital dann auf die Tagesordnung gesetzt, wenn sich herausstellen sollte, daß der Basiskonsens für sozialpartnerschaftliche Kompromisse nicht mehr hält. Die Regierungsbeteiligung der SPD hängt für das Monopolkapital entscheidend davon ab, daß sie – unter Beibehaltung ihres gegenwärtigen Kurses in der Wirtschafts- und Sozialpolitik – den Weg dorthin verbauen kann oder zu den eventuell „notwendigen“ Sanktionen bereit und in der Lage ist. Diese Situation bedeutet für die Gewerkschaften eine veränderte Lage, die sie zwingt, ihr grundsätzliches Verhältnis zum Kapital und zum Staat neu zu definieren. Entweder sie beharren auf den bisherigen Hauptzielen gewerkschaftlicher Politik und geraten damit in Konflikt mit dem Herrschaftssystem und auch mit der SPD-Führung, oder sie streichen diese Ziele zum Zweck der Vermeidung solcher Konflikte. Unter der Voraussetzung, daß die Unterstützung der SPD/FDP-Bundesregierung als unumstößliches Datum gilt, ist diese Alternative allerdings nur mehr nach einer Seite offen: Die Gewerkschaften müßten dann der entscheidenden Grundlage des bisherigen sozialpartnerschaftlichen Kompromisses, nämlich der Verbesserung oder wenigstens Bewahrung des Lebensniveaus und der sozialen Sicherung der Lohnabhängigen, abschwören. Dies ist ein wesentlicher Bestandteil der bereits seit mehreren Jahren intensiv geführten Orientierungsdiskussionen im DGB.

Integrationistische Ideologie und Politik bedeuten, wie oben ausgeführt, daß Lösungen für gesellschaftliche Probleme von der „Logik des Kapitals“ aus, d.h. unter Anerkennung des Vorrangs der Profitinteressen gesucht werden. Eine solche Haltung bildet die Grundlage für die Bereitschaft zahlreicher verantwortlicher Gewerkschafter, die verengten Verwertungsspielräume für das Kapital als Argument für Zurückhaltung bei Lohnforderungen zu akzeptieren oder umgekehrt die Verbesserung der Verwertungsbedingungen für das (national oder branchenmäßige „eigene“) Kapital als auch im In-

teresse der Lohnabhängigen liegend, mindestens aber als Grenze für die gewerkschaftliche Interessenvertretung anzuerkennen.

Davon ausgehend kann es naheliegend scheinen, vorgeblich oder in Teilbereichen auch tatsächlich parallel laufende Interessen von Kapital und Arbeit (und dem Staat als Exekutor der Wirtschaftspolitik) auch institutionell zu bündeln. So sind Aktivitäten einzelner Gewerkschaften im Sinne protektionistischer Schutzmaßnahmen für bestimmte Branchenkapitale zu erklären.²⁹ Eine Quelle der Bekräftigung und Reproduktion solcher Denkweisen sind die bereits bestehenden Formen der personell-organisatorischen Einbindung von Gewerkschaftern und Gewerkschaften in das staatsmonopolistische System.

Die staatsmonopolistische Einbindung der Gewerkschaften ist kein einseitiger Prozeß, der etwa nur als Vollzug herrschaftstechnischer Erfordernisse des Kapitals durch den Staat begriffen werden könnte. Seine Spezifik besteht gerade auch darin, daß von den personellen Trägern des Integrationismus vor allem in den Führungen der Gewerkschaften die Beteiligung an Entscheidungsgremien im ökonomischen und sozialen Bereich gewollt wird, und zwar auch dann, wenn man sich darüber klar ist, daß sich die eigene Rolle auf die soziale Abfederung der vom Kapital erstrebten Maßnahmen beschränkt. Diese Bereitschaft zur auch formellen Integration darf jedoch nicht zu der Schlußfolgerung führen, die Einbindung sei auf die Führungen der Gewerkschaften beschränkt. Vielmehr ist die Stabilität integrationistischer Politik gerade in der massenhaften ideologischen Verankerung dieser Orientierung begründet.

Die widersprüchliche Position von Gewerkschaften in solchen Gremien (die vom Kapital sehr wohl erkannt wird) besteht darin, daß sie als Massenorganisation der Lohnabhängigen enger als alle anderen gesellschaftlichen Institutionen an die Klasseninteressen des Proletariats gebunden sind und diese auch nicht negieren können. „Die für Gewerkschaften konstitutive Situation des Dauerkonflikts mit dem Kapital: die materiellen Interessen der Lohnabhängigen können nur in ständigen Auseinandersetzungen wirksam vertreten werden, denn das jeweils erreichte Reproduktionsniveau ist unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise stets bedroht. Gewerkschaften stehen daher — anders als politische Parteien — unter dem anhaltenden Zwang, sich als wirksame Interessenvertreter bewähren zu müssen.“³⁰ Allerdings gibt es hier keinen Automatismus. Die Verschärfung ökonomisch-sozialer Widersprüche muß nicht zu einer Lockerung der Bindungen an das staatsmonopolistische System führen. Derzeit wirken etliche Entwicklungstendenzen in die entgegengesetzte Richtung. Sie können dazu führen, daß in verschiedenen Gewerkschaften die Identifikation mit den aktuellen Forderungen des Kapitals und der Regierung in wichtigen Bereichen zunimmt:

— Die Expansionsstrategie der BRD-Monopole auf den Weltmärkten stößt an ihre Grenze; der Importdruck der Kapitale anderer Länder in der BRD nimmt zu. Von

29 Auf die Problematik protektionistischer Maßnahmen im Rahmen einer an nationalen Interessen orientierten Wirtschaftspolitik kann hier nicht eingegangen werden. Immerhin bleibt darauf hinzuweisen, daß für die Arbeiterbewegung auch auf dieser Ebene der Betrachtung die internationalen Konkurrenzbedingungen für Branchenkapitale als Maßstab nicht ausreichen, sondern daß oberstes Ziel die Nutzung der nationalen Ressourcen, in erster Linie des Arbeitskräftepotentials sein muß. Erst auf dieser Grundlage sind Interessenparallitäten zwischen Arbeit und Kapital in einzelnen Fällen denkbar.

30 Joachim Bergmann, Organisationsstruktur und innergewerkschaftliche Demokratie, in: J. Bergmann (Hrsg.), Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften, Frankfurt/M. 1979, S.218f.

diesem Importdruck sind jedoch nicht die expandierenden Kapitalgruppen betroffen, sondern meistens strukturschwache Bereiche (z.B. Textil, Stahl). Die Bedrohung der Arbeitsplätze in solchen Branchen erscheint dann nicht als Ergebnis der Außenwirtschaftsstrategie des BRD-Monopolkapitals, sondern vorwiegend der ausländischen Konkurrenz. Das kann die Bereitschaft von Gewerkschaftsführungen und Belegschaften fördern, die Preisgabe wichtiger Belange der Lohnabhängigen im Interesse einer „Sicherung der Substanz“ zu akzeptieren (so etwa im Fall der saarländischen Stahlindustrie).

- Die aufgrund der steigenden Rüstungskosten prekäre Finanzlage des Bundes kann insbesondere in Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes Auffassungen stützen, wonach aus „gesellschaftlicher Verantwortung“ heraus der Staat nicht auch noch mit hohen Lohnforderungen in Schwierigkeiten gebracht werden dürfe.
- Damit im Zusammenhang steht ein Phänomen, das bereits in den letzten Jahren eine gewisse Rolle gespielt hat: Je mehr die SPD als Regierungspartei durch den Vollzug einer monopolorientierten Politik in politische Bedrängnis kommt, kann das Bedürfnis wachsen, sie durch Schonung seitens der Gewerkschaften zu stützen. Dies mag sogar ein Reflex auf die Erkenntnis sein, daß im Fall des offenen Konflikts mit den Gewerkschaften die Monopole den Sturz dieser Regierung betreiben würden.³¹

Seitens des Monopolkapitals besteht großes Interesse an der Aufrechterhaltung sozialpartnerschaftlicher Formen der sozialen Beziehungen. Das gilt insbesondere seit Anfang 1979, nachdem der Verlauf des Stahlstreiks gezeigt hatte, daß eine vorwiegend auf Konfrontation orientierte Politik gegenüber den Gewerkschaften nicht geeignet war, die angestrebte „Rückverteilung“ des Volkseinkommens zugunsten der Profite zu vertretbaren Bedingungen durchzusetzen.

5. Angebot für die Zukunft: Sozialpartnerschaft auf schmalerer Basis

Alle seitherigen Angebote der Unternehmerverbände (und der Regierung) zur Erneuerung bzw. erneuten Bekräftigung der Sozialpartnerschaft machen jedoch klar, daß die Geschäftsgrundlage eine andere als früher ist. Das Ziel der Unternehmer bleibt der Abbau des materiellen Lebensstandards und die Verschlechterung der sozialen Leistungen zugunsten von direkten profitwirksamen Maßnahmen und des Ausbaus des Rüstungspotentials (was zunehmend auch unter dem Gesichtspunkt außenwirtschaftlicher Machtentfaltung zu sehen ist).

Sozialpartnerschaft soll unter Hinnahme dieser Politik erfolgen. Nur dann sind die Unternehmer dazu bereit. Jede anders geartete Orientierung wird als „Verstoß gegen die nationale Verantwortung“ und folglich als nicht konsensfähig hingestellt. Das bedeutet, daß soziale oder ökonomische Verbesserungen für die Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten allein auf dem Verhandlungsweg nicht mehr erreichbar sein werden. Wenn überhaupt, dann werden materielle Zugeständnisse ohne Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfkraft höchstens noch für kleine Gruppen von Beschäftigten ge-

³¹ Indizien für Überlegungen in diese Richtung gingen aus gewissen Äußerungen Eugen Loderers in der Endphase des Stahlstreiks im Januar 1979 hervor. Vgl. G. Hautsch und B. Semmler, Stahlstreik und Tarifrunde 78/79, Heft 7 der Reihe Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF, Frankfurt/M. 1979, S.40

währt, damit Differenzierungsprozesse innerhalb der Arbeiterklasse und der Mitgliedschaft der Gewerkschaften gefördert werden.

Eine Konzeption der Sozialpartnerschaft auf schmalere Basis enthält äußerst problematische Konsequenzen. Es geht nicht einfach darum, das „Anspruchsniveau“ der Arbeiterklasse um eine oder mehrere Stufen nach unten zu drücken und dann wie früher weiterzumachen (diese Vorstellung mag bei nicht wenigen Vertretern des Integrationismus vorherrschen). Obwohl auch dies schon den Aufgaben von Gewerkschaften zuwiderliefe, zeigt eine Analyse der Probleme, daß auf mittlere Sicht die Grundlage jeder Art von Interessenvertretung für die Masse der Beschäftigten einer Branche oder des ganzen Landes, damit aber Gewerkschaftspolitik im eigentlichen Sinn gefährdet werden würde.

Beispielsweise werden Bemühungen, gemeinsam mit den Unternehmern die Verwertungsbedingungen für das nationale Kapital in einem Wirtschaftszweig oder dessen internationale Konkurrenzposition zu verbessern, ihr unmittelbares Ziel durchaus erreichen können (etwa durch Lohnverzicht, Hinnahme von Massenentlassungen). Die Verbesserung der Verwertungsbedingungen bietet jedoch keine Gewähr für die Sicherung der Interessen der verbliebenen Beschäftigten, weil u.U. dadurch erst die Potenzen für umfassende Rationalisierungs- und Arbeitsplatzvernichtungsprogramme entwickelt werden können. Auch eine generelle Bindung der Strategie der Gewerkschaften an die internationalen Verwertungsbedingungen des nationalen Kapitals (konkret durch Übernahme der „Modernisierungsstrategie“ der Bundesregierung) braucht sich selbst im Erfolgsfall keineswegs in einer Sicherung des inneren Wohlstands des Landes niederzuschlagen. Die Entwicklung der BRD in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ist selbst ein Beleg hierfür. Eine Gewerkschaftspolitik, die sich darauf einließ, die Privilegierung kleiner Teile der Arbeiterklasse durch materielle Zugeständnisse bei gleichzeitiger Verschlechterung der Lebensbedingungen für die Masse der Beschäftigten und bei Ausgliederung „weniger leistungsfähiger“ Teile der Arbeiterklasse aus dem gesellschaftlichen Arbeitsprozeß zu akzeptieren, müßte schwerwiegende Folgen in Kauf nehmen. Denn Sozialpartnerschaft auf dieser Grundlage würde die Interessenvertretung de facto auf bestimmte Gruppen von Lohnabhängigen (in erster Linie wohl Facharbeiter) begrenzen, damit aber die Lähmung der gewerkschaftlichen Kraft bis hin zur Erosion der organisatorischen Existenzbedingungen nach sich ziehen (innere Zerissenheit bis zur Gefahr der Spaltung, Schwächung der Vertretungsmacht gegenüber dem Kapital).

Solche Entwicklungen sind zum einen Ausfluß des kapitalistischen Reproduktionsprozesses unter den heutigen Bedingungen (Schaffung eines Kerns von Stammbeschäftigten und einer „Peripherie“ von sporadisch Beschäftigten in labiler sozialer Lage), andererseits Ergebnis gezielter, auch staatlicher Strategie, indem diese Prozesse ökonomisch-politisch unterstützt und abgesichert werden. Welche „Wahl“ die Gewerkschaften der Bundesrepublik angesichts solcher Alternativen in Zukunft treffen werden, ist nicht vorauszusagen. Wohl aber läßt sich feststellen, daß die Erhaltung der Gewerkschaftsbewegung als gesellschaftlicher Machtfaktor und als stabile Interessenvertretung mit der Übernahme einer auf schmalere Basis erneuerten Sozialpartnerschaft kaum vereinbar bleiben wird. Diese Situation kann dazu führen, daß auch solche Gewerkschaftsfunktionäre, die nicht von autonomen Klassenpositionen ausgehen, aber die Interessenvertretung der Lohnabhängigen als ihre Aufgabe betrachten, mit dem praktizierten Integrationismus in Konflikt geraten. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigte,

daß auch solche Gewerkschaften, in denen die Sozialpartnerschaftsideologie dominiert, zum Rückgriff auf Formen der Mobilisierung und u.U. auch des Streiks bereit sind. Dies bedeutet zwar noch längst keine Absage an Politik und Ideologie der Sozialpartnerschaft. Aber alle Erfahrungen zeigen, daß in Kampfsituationen die Machtverhältnisse in der Gesellschaft deutlicher zutage treten und erkannt werden und klassenorientierte Argumentationen stärkere Resonanz finden.

Die Unternehmer tun viel, um den Weg der Sozialpartnerschaft auf schmalere Basis als einzig plausible Möglichkeit der Gewerkschaftspolitik erscheinen zu lassen. Das geschieht besonders dadurch, daß eine stärker kampfbetonte Interessenvertretung durch Tabu-Politik und permanente Aussperrungsdrohung ad absurdum geführt werden soll. Ohne Arbeitskampf wird auch die Sicherung des Erreichten nicht mehr zugestanden, und Arbeitskämpfe sollen entbehrungsreich werden. Dieser Zermürbungspolitik können Gewerkschaften, die an konsequenter Interessenvertretung festhalten wollen, nur durch erhebliche Mobilisierung, Entwicklung neuer Kampfformen und Intensivierung der Solidarität begegnen. Da eine solche Entwicklung kaum in kurzer Frist innerhalb der gesamten Gewerkschaftsbewegung realisierbar scheint, stellen sich die unternehmerischen Drohungen besonders für kleinere Gewerkschaften sehr massiv dar.

Gewerkschaften, die ihre Politik stärker auf die autonome Vertretung der Klasseninteressen orientieren — und d.h.: sich aus Bindungen an das staatsmonopolistische System lösen —, würden sich in den kommenden Jahren Belastungen seitens der Unternehmer und des Staates ausgesetzt sehen, für die die bisherigen Angriffe allenfalls Vorgeplänkel wären. Insofern greift die für die „Korporatismus“-Debatte typische Begrenzung der Einbindungs-Problematik auf strategische Manöver des Staates zu kurz. Der Druck auf die Gewerkschaften, sich den Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus unterzuordnen und dies auch durch institutionelle Absicherungen kund zu tun, ist ein gemeinsames — „konzertiertes“ — Streben der herrschenden Klasse und der staatlichen Organe. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum 1976er „Mitbestimmungs“-Gesetz kam die erste Aufforderung zur Neuauflage der Konzertierten Aktion vom BDA-Präsidenten *Otto Esser*.³²

Die Durchsetzung einer Sozialpartnerschaft auf schmalere Basis ist für das bundesdeutsche Monopolkapital eine strategische Kardinalfrage. Es geht dabei nicht nur um die Verhinderung von Streiks in größerem Ausmaß, sondern darum, ob das gesellschaftspolitische Entwicklungsmodell der letzten drei Jahrzehnte — integrationistischer Basiskonsens auf nationalistisch-antikommunistischer Grundlage — Bestand behält oder nicht. Da die Ergebnisse einer solchen Politik zu den formulierten Zielen und Orientierungen der Gewerkschaften und zu den Grundinteressen der Lohnabhängigen in Widerspruch geraten, kann es naheliegen, die innergewerkschaftliche Willensbildung einzuschränken oder auch bestimmte oppositionelle Strömungen aus dem Diskussionsprozeß auszugrenzen bzw. dies zu versuchen.³³ Verschiedene Vorstöße aus jüngerer Zeit deuten darauf hin, daß bestimmte Vertreter der integrationistischen Richtung

32 Vgl. hierzu ausführlich K. Gerhart u.a., Rückkehr zur Sozialpartnerschaft? Arbeiterbewußtsein und gewerkschaftliche Aktionen 1979/80, Heft 9 Soziale Bewegungen..., Frankfurt/M. 1981

33 Es ist möglicherweise kein Zufall, daß im Bundestag vertretene Gewerkschaftsführer wie Hermann Rappe (IG ChPK) oder Adolf Schmidt (IG BE) zu den aktivsten Promotoren der antikommunistischen Kampagnen im DGB zählen.

das Spektrum der Einheitsgewerkschaft neu fassen wollen: Im Sinne einer SPD/CDU-Proporzgewerkschaft mit mehr oder weniger geduldetem marxistisch-sozialistischem Anhängsel. Dafür sprechen verschiedene Äußerungen von Gewerkschaftsführern³⁴ oder auch die im neuen DGB-Grundsatzprogramm unter großem politischem Druck durchgesetzte Formulierung, die die Quellen der Einheitsgewerkschaft auf die „freiheitlich-sozialistische“ und die „christlich-soziale“ Richtung begrenzt.

Solche Vorgänge sind zwar ihrerseits nur Reflex auf eine bereits vollzogene ideologisch-politische Einbindung, doch kommt den Einflüssen aus dem parteipolitischen Bereich auf die Gewerkschaftsbewegung auch eigenständige Bedeutung zu. Der integrationistische Flügel setzt sich parteipolitisch im wesentlichen aus den an der Regierungspolitik orientierten sozialdemokratischen und den christlich-sozialen Kräften zusammen. Diese Richtung ist innerhalb der politischen Arbeiterbewegung und allgemein im politisch-parlamentarischen Bereich die dominierende. Es liegt auf der Hand, daß eine derartige Kräftekonstellation als Stabilisierung des Integrationismus in den Gewerkschaften wirkt.

Spezifisch für die westdeutsche Situation ist es, daß sowohl der sozialdemokratische Teil der integrationistischen als auch die meisten Vertreter der reformistischen Strömung parteipolitisch an der SPD orientiert sind. Die Bereitschaft, das eigene Schicksal an das dieser Partei als Regierungsmannschaft zu binden, wird hoch bleiben, solange die einzige parlamentarische Alternative die CDU ist. In bestimmten Fragen kann diese Situation auch die an Klasseninteressen orientierten Kräfte in die Defensive bringen.

Gegenwärtig ist die innenpolitische Situation in der Bundesrepublik von wachsender Polarisierung zwischen der in den wichtigsten Fragen von allen Bundestagsparteien getragenen Politik und einer anschwellenden Protestbewegung gegen zentrale Teile dieser Politik gekennzeichnet. Sollte sich diese Entwicklung fortsetzen, so kann davon ausgegangen werden, daß dies nicht ohne Einfluß auch in der Gewerkschaftsbewegung bleibt, zumal der Konflikt tief in die SPD hineinreicht. Vor dem Hintergrund der beabsichtigten Politik sozialer Demontage läßt dies die Möglichkeit einer Linksentwicklung in den Gewerkschaften für die herrschende Klasse als bedrohliche Perspektive erscheinen.

Deshalb wird der Druck auf die Führung der Gewerkschaften zunehmen, dies notfalls auch durch administrative Maßnahmen und politische Diskriminierungen gegen Vertreter klassenorientierter Gewerkschaftspolitik zu verhindern. Es kann davon ausgegangen werden, daß dies von bestimmten Repräsentanten der integrationistischen Richtung im DGB aufgegriffen werden wird. Inwieweit sich dies real durchsetzen kann, läßt sich nicht voraussagen. Im Fall des Erfolgs würden die Positionen der Gewerkschaften in der Arbeiterklasse als deren anerkannte Interessenvertretung untergraben werden, und es müßte eine tiefe Identitätskrise der gesamten Bewegung, insbesondere im Verhältnis zu den jugendlichen Lohnabhängigen entstehen. Die Dialektik der objektiven Verhältnisse läßt indessen auch die Möglichkeiten real werden, daß wachsende Teile der Gewerkschaftsbewegung Bindungen an das staatsmonopolistische System lockern und ökonomisch wie politisch die Klasseninteressen des Proletariats stärker zum Maßstab ihrer Politik machen.

³⁴ Beispielsweise Hermann Rappe, Stellvertretender Vorsitzender der IG Chemie, auf dem 11. ord. Gewerkschaftstag seiner Organisation, abgedr. in K. Gerhart u.a., Rückkehr..., a.a.O. S.101

Zur politischen Ökonomie der Mietwohnung

Winfried Schwarz

1. Das Fiasko des Mietwohnungsbaus — 2. Ökonomische Formbestimmung: nicht nur Ware, sondern Kapital — 3. Der hohe Fremdkapitalanteil bei der Finanzierung — 4. Wohnungskapital, Bankkapital und die „Kostenmiete“ — 5. Der Ausgleich anfänglicher Unterverwertung durch spätere Zusatzgewinne. Ein Modellbeispiel — 6. Warum der Markt für eigene Wohnungen nicht stagniert — 7. Ungleiche Mietzahlungskraft als Hemmnis rein privat-kapitalistischer Wohnungsversorgung und die historische Notwendigkeit des Staatsingriffs — 8. Die staatsmonopolistische Regulierung des Wohnungssektors von 1917 bis heute — 9. Fazit

1. Das Fiasko des Mietwohnungsbaus

Daß sich der Wohnungsbau von seinem Nachkriegsrekord 1973 (714 000 Fertigstellungen) auf sein bisheriges Nachkriegstief 1979 (357 000) halbiert hat¹, liegt nicht am mangelnden Bau von Eigentümerwohnungen, also Ein- und Zweifamilienhäusern (Eigenheimen) und Eigentumswohnungen. Die Zahl der jährlich erstellten Eigenheime schwankt seit 1962 konstant zwischen 200 und 250 Tausend — mit zunehmender Tendenz seit 1975.² Gleichzeitig wächst das Neubauvolumen von Eigentumswohnungen — mitgetragen von der staatlichen Förderung des „selbstgenutzten Wohnungseigentums“³ — u. a. in exotischen Formen von auf Steuereinsparung ausgerichteten sogenannten Bauherrenmodellen⁴.

Der öffentlich geförderte oder freifinanzierte Mietwohnungsbau ist dagegen statistisch zu einer Restgröße verkümmert. Vom Höhepunkt der Nachkriegskonjunktur 1973 mit 411 000 Fertigstellungen in „Mehrfamilienhäusern“⁵ ist der Geschoßwohnungsbau auf ganze 97 000 im Jahre 1979 abgesackt.⁶ Bei dem zunehmenden Trend zu Eigentumswohnungen in Mehrfamilienhäusern⁷ sind somit wahrscheinlich nicht einmal 50 000 wirkliche Mietwohnungen entstanden⁸, die im übrigen kaum hinreichen dürften, die realen Abgänge vom Bestand zu kompensieren.⁹

¹ Wirtschaft und Statistik 10/1980, S. 677.

² Ebd.

³ Deren Verstärkung fordern u.a. K.H. Biedenkopf und M. Miegel in: Wohnungsbau am Wendepunkt, Stuttgart 1980.

⁴ Zum Bauherrenmodell siehe: Ruth Becker, Das Bauherrenmodell — oder: den Seinen gibt's der Herr im Schlaf, in: ARCH+ 54, Aachen 1980, S. 19–23.

⁵ Bautätigkeitsstatistik unterscheidet nicht nach dem Wohnverhältnis Eigentümer — Mieter, sondern ausschließlich nach baulichen Kriterien „ein- und zwei“ oder „drei und mehr“ Wohnungen im Gebäude.

⁶ Wirtschaft und Statistik 10/1980, S. 677.

⁷ Der Zentralverband gemeinnütziger Wohnungsunternehmen schätzt zur Zeit „deutlich mehr als die Hälfte Eigentumswohnungen“ in Mehrfamilienhäusern. In: Wohnungswirtschaftliches Jahrbuch 1977/78, Hamburg 1979, S. 56.

⁸ Wenn man dem Haus- und Grundeigentümer-Verband glaubt, werden rein privatkapitalistisch Mietwohnungen überhaupt nicht mehr der Mieteinnahmen wegen gebaut: „Bauherrenmodelle sind zur Zeit ne-

Es soll im Folgenden anhand einer theoretischen Vertiefung in die ökonomischen Unterschiede zwischen Miet- und Eigentümerwohnung geprüft werden, ob im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung Mietwohnungsbau ohne staatliche Intervention überhaupt noch eine Chance hat oder ob das staatlich unbeeinflusste private Kapital zur Lösung der Wohnungsfrage grundsätzlich unfähig geworden ist.

2. Ökonomische Formbestimmung: nicht nur Ware, sondern Kapital

Die politische Forderung, daß die Wohnung nicht länger Ware sein darf¹⁰, zielt auf deren Herauslösung aus dem System von Markt und Profit. Indessen liegt hier strenggenommen eine kategoriale Verkürzung vor. Die allgemeine Bestimmung Ware trifft gerade nicht die Besonderheit der Mietwohnung, indem sie über den ökonomisch folgenreichen Unterschied zwischen Miet- und Eigentümerwohnung hinweggeht. Gegenüber der selbstgenutzten Eigenwohnung ist die (fremdgenutzte) Mietwohnung für ihren Eigentümer nicht nur einfache Ware, sondern wesentlich Kapital – stoffliches Mittel zur Verwertung von Wert. *F. Engels* verwies 1872 als erster öffentlich darauf, daß es sich beim Mietverhältnis „nicht darum handelt, dem Eigentümer das Haus abzukaufen, sondern nur dessen Nießbrauch für eine bestimmte Zeit“¹¹. Die Mietzahlung ist kein Ratenkauf¹². In Anlehnung an *Engels* und an *Marx*, der bereits sieben Jahre vorher gegen *Proudhon* die Verleihung eines Hauses als „abgeleitete“ Form des Verleihens von zinstragendem Geldkapital bestimmt hatte¹³, haben *Brede, Kohaupt* und *Kujath* 1975 mit der Definition der Mietwohnung als „zinstragendes Kapital in Warenform“ und der Wohnungsvermietung als „Prozeß der Kapitalverwertung“¹⁴ den hierzulande bisher fortgeschrittensten theoretischen Erklärungsansatz mit den Kategorien der marxistischen politischen Ökonomie geliefert.

Das Vermieten kommt dem Verleihen von zinstragendem Kapital gleich, insoweit der Vermieter für die zeitweilige Überlassung von Wohnraum regelmäßig eine Geldsumme erhält, die insgesamt eine maximale Verwertung des in Form einer Wohnung angelegten Kapitals garantieren soll. Die Miete ist ihrem ökonomischen Inhalt nach

ben den Fonds- und Versicherungsbauten die wesentlichen Träger des Baues freifinanzierter Mietwohnungen“. (Deutsche Wohnungswirtschaft 9/1978, S. 206.)

9 Z.B. Rainer Neef (siehe unten) oder der Zentralverband gemeinnütziger Wohnungsunternehmen (a.a.O., S. 31) schätzen den jährlichen Abgang aus dem gesamten Wohnungsbestand auf zwischen 100 000 und 150 000 Einheiten.

10 So der Titel eines 1974 erschienenen Sammelbands, herausgegeben von L. Wawrzyn/D. Krämer, Darmstadt/Neuwied.

11 Friedrich Engels, Zur Wohnungsfrage, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 18, Berlin 1964, S. 217.

12 Vgl. dazu die Ausführungen von Joachim Brech in: ders. (Hrsg.), Wohnen zur Miete, Weinheim und Basel 1981, S. 32.

13 „Gewisse Waren können der Natur ihres Gebrauchswerts nach immer nur als fixes Kapital verliehen werden, wie Häuser, Schiffe, Maschinen usw. Aber alles verliehene Kapital, welches immer seine Form, und wie die Rückzahlung durch die Natur seines Gebrauchswerts modifiziert sein mag, ist immer nur eine besondere Form des Geldkapitals. Denn was hier verliehen wird, ist immer eine bestimmte Geldsumme, und auf diese Summe wird denn auch der Zins berechnet.“ Karl Marx, Das Kapital, Buch 3, Berlin 1964, S. 356.

14 H. Brede, B. Kohaupt, H.-J. Kujath, Ökonomische und politische Determinanten der Wohnungsversorgung, Frankfurt 1975.

hauptsächlich der Zins auf das für die Wohnung vorgeschossene Geldkapital, welches dem Vermieter in Form der in der Miete mitenthaltenen Abschreibungen analog der Tilgung portionsweise zurückfließt. Trotz des relativ niedrigen Anteils von Bodenkosten an den Gesamtkosten für eine Wohnung (10–20 v. H.) ist es zwar nicht exakt, die anders bestimmte Bodenrente ebenfalls unter die Zinsform zu subsumieren — als „Zins auf für Gebäude und Grundstück angewandtes Kapital“. Darauf haben *Brede u. a.* übrigens selbst hingewiesen¹⁵. Aber im wesentlichen ist die Wohnungsmiete ein Kapitalzins. Vermietung ist daher Kapitalverwertung, auch wenn dabei kein Mehrwert entsteht, sondern bereits produzierte und verteilte Werte nur neuverteilt werden.

Aus der Formbestimmung der Mietwohnung als Kapital ergibt sich, da Kapital gleichgültig gegen seine stoffliche Gestalt ist, daß eine Investition im Mietwohnungsbau oder -kauf nur dann vorgenommen wird, wenn sie im Verhältnis zu anderen Anlagesphären mindestens durchschnittliche Verwertung gewährleistet. Die allgemeinen Kapitalverwertungsbedingungen sind daher auch die Rahmenbedingungen des Mietwohnungsbaus. Wenn heute aber ein nahezu totaler Stillstand in diesem Bereich festzustellen ist, muß dies mit Faktoren zusammenhängen, welche den durch Kosten- und Ertragsbedingungen definierten Verwertungsspielraum zusätzlich einengen und Investitionen nicht mehr gewinnträchtig genug erscheinen lassen.

3. Der hohe Fremdkapitalanteil bei der Finanzierung

Eine Besonderheit des Wohnungssektors, die sowohl für das Ein- und Zweifamilienhaus als auch für das Mehrfamilienhaus zutrifft, hängt mit der Eigenschaft von Wohngebäude und Grundstück als Immobilie sowie mit der relativ langen Nutzungsdauer des Gebäudes (ca. 100 Jahre) zusammen. Die im Vergleich zu einer industriellen Investition recht hohe Anlagesicherheit von Immobilien¹⁶ erleichtert dem Bauinvestor den Zugang zu Bankkrediten. Die Verleiher zinstragenden Kapitals — in der Regel „Realkreditinstitute“ — gewähren auf der Basis dinglicher Absicherung sogenannte Hypothekarkredite mit einer auf der Langfristigkeit der Wohnungskapitalbindung gründenden überdurchschnittlich langen Laufzeit bis zu 30 Jahren. Hypothekenkredite decken, überblickt man grob das allgemeine Finanzierungsschema in diesem Jahrhundert, normalerweise über 80 Prozent der Gesamtinvestition. Dabei werden mit der erststelligen Hypothek zwischen 40 und 60 Prozent der Kosten finanziert. Die etwas risikoreichere zweitstellige Hypothek deckt den übrigen Kreditraum; rund 20 Prozent sind Eigenkapital — auch „Restfinanzierung“ genannt. Die Tilgung beträgt anfangs gewöhnlich 1–2% der Kreditsumme. Auch wenn Zins und Tilgung nicht, wie heute üblich, in festen jährlichen Beträgen (Annuitäten) zusammen rückgezahlt würden, wodurch der jährliche Tilgungsanteil progressiv ansteigt und der Zinsanteil progressiv sinkt, würde im Laufe der Abzahlung die Zinsbelastung infolge der stufenweisen Reduzierung der geliehenen Summe abnehmen. Bei Annuitätsdarlehen ist der Kredit nach 25 bis 30 Jahren zurückgezahlt.

15 Speziell in: H. Brede, B. Dietrich, B. Kohaupt, Politische Ökonomie des Bodens und Wohnungsfrage, Frankfurt 1976, S. 26ff.

16 Vgl. G. Hoffmann, Grund und Boden als Objekt der Kapitalanlage, in: Der langfristige Kredit, 16/17 — 1972, S. 532ff. Aktuelles zur Finanzierung und Refinanzierung im Wohnbausektor bei Rainer Neef, Kapitalistischer Wohnungsmarkt und die Krise des sozialen Wohnungsbaus, in: Soziale Welt, 2/1981, S. 220ff.

Der hohe Anteil von Fremdkapital bei der Wohnungsfinanzierung hat eine weitere Ursache. Während beim Erwerb einer eigengenutzten Wohnung in erster Linie die quantitative Beschränktheit seines Vermögens den künftigen Eigentümer dazu zwingt, zur Bezahlung des im Verhältnis zu anderen Konsumwaren sehr hohen Preises fremde Mittel in Anspruch zu nehmen, ist für einen künftigen Vermieter, der ja absolut weit höhere Beträge für ein Mehrfamilienhaus aufzubringen hat, das Umschlagstempo seines eigenen Kapitals ein wichtiger Faktor bei der Investitionsentscheidung. Da die Investition Wohnung überdurchschnittlich lange Kapital bindet, weil das vorgeschossene Gesamtkapital bei einer Lebensdauer von 100 Jahren normalerweise erst nach diesem Zeitraum wieder vollständig in Geldform existiert und selbst bei einem erhöhten Abschreibungssatz von 2 v.H. erst nach 50 Jahren zurückgeflossen ist, bedeutet dies eine extrem lange Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals im Verhältnis zu anderen Investitionen. In Zeiten ständiger Inflation der Baupreise würde die Summe nach der Amortisation des Gesamtkapitals nicht mehr annähernd hinreichen, ein neues Haus zu ersetzen. Je geringer daher der Eigenkapitalanteil ist — z.B. 20 Prozent —, desto schneller ist die aus eigener Tasche vorgeschossene Summe wieder in den Händen des Vermieters. Da die Abschreibungen auf das gesamte, nicht nur das eigene Baukapital berechnet werden, weil ihr ökonomischer Inhalt Tilgung des in Wohnungsform existierenden gesamten Leihkapitals ist, hat im vorliegenden Fall bei einem Abschreibungssatz von 2 v.H. das Eigenkapital schon nach zehn Jahren seine ursprüngliche Geldgestalt wieder.

Der überproportionale Anteil von Fremdkapital spielt zumindest in der Anfangsphase der Vermietung die bestimmende Rolle. Es hängt in erster Linie vom Zinssatz ab — von 7% (1967) bewegte er sich bis auf 10-14% (1980/81) —, welcher Anteil an der Brutto-Mieteinnahme für den Wohnungseigentümer noch übrig bleibt, da zuerst einmal die Fremdkapitalzinsen gezahlt werden müssen. Zugleich bedeutet dies, daß im Maße der Tilgung der Kredite der Anteil des Wohnungseigentümers an der Miete steigen muß, bis er nach vollständiger Rückerstattung des Darlehens Anspruch auf die gesamte Miete hat — die er jetzt natürlich nicht senkt. Warum sollte er auch? Denn Kredittilgungen, die indirekt von den Mietern aufgebracht werden, sind ja nur oberflächlich betrachtet den Zinsen vergleichbare sogenannte Kapitalkosten. In Wahrheit wird durch die Darlehenstilgung sukzessive Fremdkapital in Eigenkapital verwandelt bzw. dehnt sich der Anteil des Eigenkapitals auf Kosten des geliehenen Fremdkapitals im Zeitablauf bis zu hundert Prozent aus. Mit zunehmender Tilgung verschieben sich die Ansprüche auf die Miete zugunsten des Eigentümers, weil sich sein Kapitalanteil zu seinen Gunsten verschoben hat. Für den Mieter ändert sich nichts, obwohl er es ist, der mit seinen Mietzahlungen dem Eigentümer die Umwandlung der Fremdkapital-belasteten Wohnung in eine real ihm gehörige ermöglicht. Da aber die Miete prinzipiell der erzielbare Zins auf das gesamte vorgeschossene Kapital ist, haben Zusammensetzung und Eigentumsverschiebungen hinsichtlich der Kapitalbestandteile mit der Miethöhe absolut nichts zu schaffen.

4. Wohnungskapital, Bankkapital und die „Kostenmiete“

Es sind demnach bei der Mietwohnung — und auch das hat *Brede* herausgearbeitet¹⁷ — im Grunde zwei selbständige Kapitalkreisläufe zwar miteinander verflochten, aber den-

17 *Brede* u.a., *Ökonomische und politische Determinanten...*, a.a.O., S. 33ff.

noch vollständig verschieden. Der grundlegende vollzieht sich im Geschäft zwischen Vermieter und Mieter, wo in Warenform existierendes Leihkapital über die Mieten die gesamte Lebensdauer der Wohnung lang verzinst und über die Abschreibungen getilgt wird. Der zweite Kreislauf tritt nur hinzu, wenn der Bauherr nicht gänzlich eigenes Kapital investiert — was aber die Regel ist: Dann borgt der Eigentümer Kapital von einem Geldverleiher und zahlt ihm seinerseits Zinsen und Tilgungen, die er grundsätzlich aus der Miete aus dem ersten Geschäft zu begleichen hat. Beide Kreisläufe sind ihrer Natur nach völlig verschieden. Zwischen Vermieter und Mieter erfolgt die Kapitalverzinsung über die auf dem Wohnungsmarkt erzielbare Miete. Zwischen Vermieter und Bank verläuft das Geschäft unter den Konditionen des allgemeinen Kapitalmarktes — zu Zinssatz und Laufzeit¹⁸, die mit den Verhältnissen auf dem Wohnungsmarkt unmittelbar nichts zu tun haben.

Die Rolle des Bankkapitals für den Wohnungsbau ist kaum zu überschätzen. Dies soll hier nicht nur betont werden, weil jahrelang die Bodenfrage unberechtigterweise im Vordergrund der politischen Diskussion gestanden hat. Von den Konditionen des kostenbildenden „zweiten Kapitalkreislaufs“ hängt es im wesentlichen ab, ob der erste Kreislauf insgesamt gewinnbringend verlaufen kann, ob also Wohnungen überhaupt gebaut werden können oder nicht.

In diesem Zusammenhang muß kurz die sogenannte Kostenmiete problematisiert werden, wie sie als Höchstmiete für öffentlich geförderte Wohnungen verlangt werden darf¹⁹. In jeder Miete bilden — zumindest in den ersten Jahren — den Hauptteil die sogenannten Kapitalkosten (rund 75%) neben den Abschreibungen auf die Gebäudenutzung (bei 1% jährlich: rd. 10%) und den sonstigen Bewirtschaftungskosten (rd. 15%). Als Kapitalkosten zählen die Zinsen für Fremdkapital, aber auch die — bei öffentlicher Förderung auf 4 v.H. begrenzten — Zinsen auf das Eigenkapital. Der ökonomische Unsinn, die Eigenkapitalzinsen als Kosten anzusetzen, springt unmittelbar in die Augen. Aber auch Fremdkapitalkosten sind nicht durch den Wohnungsbau real verursacht, sondern gehen nur aus seinen Finanzierungsbedingungen hervor. Ein Haus, das zu hundert Prozent mit Eigenmitteln gebaut ist, oder ein beliebiges Gebäude nach der Rückzahlung der Kredite erfordern überhaupt keine Zins- und Tilgungszahlungen (mehr).

Im Normalfall der Fremdfinanzierung erscheinen die Zinsen dem borgenden Eigentümer zwar als Kosten, weil sie von ihm bezahlt werden müssen. Ihrer ökonomischen Natur nach sind aber weder Fremd- noch Eigenkapitalzinsen etwas anderes als die jeweiligen Portionen am Gesamtmietzins, welche Hauseigentümer und Bank unter sich teilen — wobei die verleihende Bank ihren Teil zuerst erhält. Ökonomisch widersinnig wird es, wenn Hauseigentümer versuchen, ihre Tilgungsleistungen ebenfalls als Kosten zu berechnen; denn Tilgungen werden zwar ebenfalls an einen Gläubiger abgeführt, sie vergrößern aber — wie erwähnt — die Eigenkapitalquote des Wohnungseigentümers am Gesamtkapital und damit seinen Anspruch auf Mieteinnahmen.²⁰

18 Über aktuelle einschneidende Veränderungen bei der Refinanzierung der Hypothekenbanken siehe: J.H.B. Heuer u.a., Lehrbuch der Wohnungswirtschaft, Frankfurt 1979, S. 253ff.

19 Gesetze zur Berechnung der Kostenmiete: Zweite Berechnungsverordnung; Neubaumietenverordnung 1970 und Wohnungsbindungsgesetz. Die drei Texte auf dem aktuellen Stand, in: C.H. Beck-Verlag, Mietgesetze, München 1980, S. 231ff., S. 85ff. u.S. 205ff.

20 Schade ist, daß selbst so scharfsinnige Autoren wie Renate Petzinger und Mario Riege in ihrem Buch

5. Der Ausgleich anfänglicher Unterverwertung durch spätere Zusatzgewinne. Ein Modellbeispiel

Der überdurchschnittliche Fremdkapitalanteil im Mietwohnungsgeschäft bewirkt hohe „Zinsempfindlichkeit“ — besonders spürbar bei sehr hohen Zinssätzen und steigenden Wohnungsbaukosten (letzteres wegen der damit wachsenden Kreditsummen).²¹ Der Kapitalanleger muß unter Umständen sogar damit rechnen, daß er in den ersten Jahren der Vermietung auf dem Markt nicht einmal eine Miethöhe durchsetzen kann, die alle seine Kosten im vorgenannten Sinne deckt. Solche „Ertragsdefizite“, die vom Verzicht auf Eigenkapitalverwertung, auf Abschreibungen oder andere Teile der Unterhaltungskosten, insbesondere Instandhaltungskosten, bis zu „negativen Erlösen“ hinreichen, sind reale Tatbestände gerade angesichts aktuell hoher Kapitalmarktzinsen im Verhältnis zur durchsetzbaren Marktmiete.

Eine Kapitalinvestition darf indessen nicht nur von ihrer aktuellen Rentabilität — in der Anfangsphase — her beurteilt werden, sondern vom Standpunkt der Gesamrentabilität. Und hier zeigt es sich, daß mietwohnungsspezifische Anfangs-Unterverwertung von mehreren Jahren (Verlustzone), die eine industrielle Investition in der Regel unmöglich machen würde, aufgrund der langen Verwertungsdauer der Wohnung in Kauf genommen werden kann, weil sie durch spätere Gewinne ausgeglichen und übertroffen wird.

Da die Zinszahlung für Fremdkapital mit fortschreitender Tilgung tendenziell gegen Null sinkt, so daß nach Rückzahlung des Darlehens nur noch Abschreibungs- und sonstige Bewirtschaftungskosten entstehen (letztere allerdings bei Inflation steigend), während die Marktmiete stabil bleibt oder, wie heutzutage, kontinuierlich ansteigt, muß früher oder später — je nach Dynamik der gegenlaufenden Kosten- und Erlöstendenzen — notwendig der Punkt eintreten, wo Gewinne entstehen und bleiben (Gewinnzone). Aus diesem Grund kann die Mietwohnungsinvestition — im Zeitablauf betrachtet — durchaus die in sonstigen Bereichen übliche Kapitalverzinsung (als Richtsatz: die Rendite festverzinslicher Wertpapiere),²² aufs einzelne Jahr berechnet, abwerfen und übertreffen. Aktuell nicht realisierbare Kosten werden wegen zurückgehender Zinslasten aufgrund fortschreitender Kredittilgung überkompensiert, aus Anfangsverlusten werden allmählich Überschüsse. An einem Zahlenbeispiel will ich die Zusammenhänge verdeutlichen: Eine 75-qm-Wohnung innerhalb eines Mehrfamilienhauses werde mit anteiligen Gesamtkosten von 125 000 DM erstellt, wovon auf Grundstückskosten 25 000 DM entfallen.

Die gegenwärtige durchsetzbare Marktmiete sei 8 DM pro qm im Monat. Da in diesem Fall die jährlichen Mieteinnahmen 7 200 DM betragen, entsteht gegenüber den laufenden Aufwendungen von 10 000 DM ein Verlust von 2 800 DM im ersten Jahr.

„Die neue Wohnungsnot“ (Hamburg 1981) auf den Schein der Oberfläche hereinfallen, indem sie sowohl Zinsen als auch Tilgungen unter der Rubrik „Kapitalkosten“ zusammenwerfen (a.a.O., S. 69ff.).

21 Als Faustregel kann man eine Zinserhöhung von 1 v.H. mit der Wirkung einer Baukostenerhöhung um 10 v.H. gleichsetzen oder einer Erhöhung der qm-Kosten pro Monat um 1 DM.

22 Beide Formen der Kapitalanlage stehen in eigentümlichem Konkurrenzverhältnis zueinander. Niedriger Kapitalmarktzins fördert Mietwohnungsbauinvestition doppelt: weil die Kapitalkosten niedriger sind und weil die alternative Anlage in Wertpapiere nicht so rentabel ist. Hoher Zinssatz belastet das Wohnungskapital folglich doppelt.

Finanzierung:

Hypothekendarlehen	100 000 DM	8% Zins
davon 1. Hypothek	50 000 DM	7,5% Zins
2. Hypothek	50 000 DM	8,5% Zins
Eigenkapital	25 000 DM	

Summe der effektiven laufenden Aufwendungen:

	total im 1. Jahr	je qm pro Monat
Fremdkapitalzinsen	8 000	8,88
1%-Abschreibungen auf Gebäudewert	1 000	1,11
sonst. Bewirtschaftungskosten	1 000	1,11
	<u>10 000</u>	<u>11,10</u>

Kostenentwicklung im Zeitablauf

Das Fremdkapital sei wie üblich zu einer festen Jahresleistung für Zins plus Tilgung (Annuität) aufgenommen: Die jährlichen 9 000 DM Zahlungen an die Bank setzen sich im ersten Jahr aus 8 000 DM Zinsen und 1 000 DM Tilgung zusammen. Aufgrund der Zinsdegression — weil die Zinsen auf abnehmende Schulden bezogen werden — sinken die Zinskosten, und die Tilgungen steigen. Bei konstantem Zinssatz und fester Jahresleistung von 9 000 DM machen die Darlehens-Zinszahlungen, die im ersten Jahr 8 000 DM betragen, im 15. Jahr noch 6 000 DM, im 20. Jahr 4 500 DM aus und können im 30. Jahr vollständig eingestellt werden.

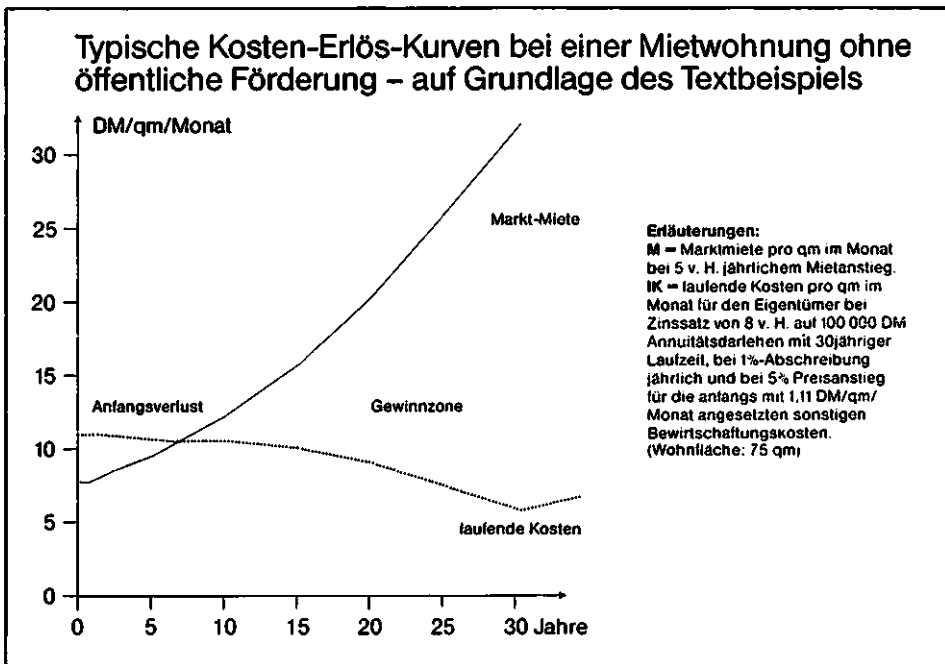
Während die Kapitalkosten nominell von 8,88 DM/qm/Monat im Anfangsjahr bis auf Null im 30. Jahr allmählich sinken und die Abschreibungen durch den Jahresansatz von 1% der reinen Baukosten mit 1,11 DM/qm/Monat stabil bleiben, ist für den dritten Kostenbestandteil, die sonstigen Bewirtschaftungskosten, Preisstabilität nicht garantiert. Zusammengesetzt aus Betriebskosten (hier mit 4,30 DM/qm/Jahr angesetzt), Instandhaltungskosten (mit einem Ansatz von 6,90 DM/qm/Jahr) und einer jährlichen Verwaltungspauschale von 180 DM für die Wohnung, sei für die Summe von 1 000 DM für die 75-qm-Wohnung eine jährliche Steigerungsrate von 5 v.H. angenommen. Die anteiligen monatlichen Quadratmeterkosten steigen in 15 Jahren von 1,11 auf 2,20 und haben sich nach 30 Jahren auf 4,57 DM vervierfacht. Insgesamt bewegen sich die monatlichen Quadratmeterkosten von 11,10 DM im 1. Jahr über 10,60 DM im 10. und 9,11 DM im 20., auf das Minimum von 5,68 DM im 30. Jahr, um danach mit dem Anstieg der Bewirtschaftungsausgaben allmählich wieder anzuwachsen.

Erlösentwicklung im Zeitablauf

Unter der Bedingung einer konstanten Miete von 8 DM/qm/Monat wäre ein Überschuß über die laufenden Kosten erst im 24. Jahr zu erzielen, wo die Kosten auf 7,99 DM gesunken sind. Eine Investition unter solchen Bedingungen wäre unrentabel. Und hier zeigt sich die enorme Bedeutung ständiger Mieterhöhungen für die Rentabilität ka-

pitalistischen Mietwohnungsbaus, der unter hoher Fremdkapitalbelastung steht: Setzt man eine konstante jährliche Steigerungsrate der Miete von 5 v.H. an, wird bereits im Laufe des siebenten Jahres die Kostenentwicklung ein- und überholt. Im achten Jahr ist der Quadratmeter-Erlös 11,24 DM, die laufenden Kosten sind auf 10,76 DM gesunken. Damit hat die „Gewinnzone“ begonnen. Unter gleichbleibenden Umständen, d.h. 5 v.H. Mietanstieg, ist das Verhältnis Mieteinnahmen/Kosten für den Quadratmeter im 15. Jahr schon auf 15,83 : 10,04, im 20. Jahr bereits auf 20,21 : 9,11 und im 25. Jahr gar schon 25,80 : 7,64 gestiegen. Diese enormen Spätgewinne machen die Anfangsverluste tragbar – unter der Bedingung, daß sich alle Erlös- und Kostenfaktoren wie beschrieben weiterverhalten.

Grafisch lassen sich leicht die investitionsfördernden und investitionshemmenden Variablen ablesen²³:



Unter der angenommenen Entwicklung von Miete und laufenden Kosten verläuft die Mietkurve M vom siebenten Jahr an ständig und progressiv zunehmend über der Kostenkurve IK und ermöglicht dem Vermieter kontinuierlich wachsende Überschüsse über seine laufenden Ausgaben (Gewinnzone). Bis zum siebenten Vermietungsjahr konnte der Vermieter mit den Einnahmen gerade die Zinsen bezahlen, die Abschreibungen konnte er nicht realisieren, die sonstigen Bewirtschaftungskosten nur auf dem

23 Anhand empirischer Daten über den Baujahrgang 1965 hat Rudi Ulbrich 1978 eine in der Anlage ähnliche grafische Darstellung durchgeführt. Siehe: DIW-Wochenbericht 23/78, Mieten und Kosten im freifinanzierten Wohnungsbau, Westberlin 1978, S. 229.

Niveau der Betriebskosten. Zweitens konnte er bis dahin die Ausweitung seines Eigenkapitals, die Kreditierung von knapp 9000 Mark, noch nicht aus Mieteinnahmen finanzieren, sondern mußte sie aus eigener Tasche vollziehen.

Es zeigt sich, daß unter normalen Umständen eine Investition in eine Mietwohnung durchaus konkurrenzfähig mit anderen Kapitalanlageformen sein kann. Voraussetzung ist allerdings eine bestimmte Dynamik sowie absolute Höhe der gegeneinanderlaufenden Entwicklungen von Kosten und Mieteinnahmen; sie entscheiden über die Rentabilität und damit Durchführung einer Mietwohnungsinvestition.

Bei *gegebener Mietentwicklung* tritt die Gewinnzone und damit die Investitionsbereitschaft umso früher ein, je niedriger die Kosten, das sind hauptsächlich die Zinsen für das Fremdkapital, liegen — und umgekehrt: Je höher der Hypothekenzins für den Eigentümer, desto länger währen die Anfangsverluste und umso niedriger ist der Investitionsreiz.

Bei *gegebener Kostenhöhe und -entwicklung* hängt das frühere oder spätere Eintreten von Überschüssen prinzipiell vom absoluten Niveau der Anfangsmiete und auf dieser Grundlage von der Dynamik der Mieterhöhungen ab. Niedrige Mietsteigerungsrate — ein Abflachen der Kurve M mit verzögertem Schneiden der Kostenkurve — wirkt notwendig investitionshemmend auf den Mietwohnungsbau. Die durchsetzbare Marktmiete ist ihrerseits determiniert durch die objektive Zahlungsfähigkeit der Mieter. Damit ist klar, daß die Entwicklung der Einkommen im Zeitablauf großen Einfluß auf die Dynamik der Marktmiete ausübt. Erst von dieser Grundkonstellation aus ist die staatliche Intervention auf dem Mietwohnungssektor zu beurteilen. Dazu später.

Daß Finanzierungsbedingungen im Investitionszeitpunkt und Ertragsersparungen hinsichtlich der Zukunft über eine Investitionsrealisierung entscheiden, ist nichts für den Wohnungsbau Spezifisches. Somit könnte das Vorstehende trivial sein, weil es für jede Kapitalanlage gilt. Allerdings darf man zunächst einmal nicht den Produktionsprozeß der Wohnung durch den Baukapitalisten mit ihrem (ungleich längeren) Vermietungsprozeß durch den Wohnungseigentümer verwechseln: Ersterer produziert Ware — wie der industrielle Kapitalist — zum unmittelbaren Verkauf, der zweite verleiht langfristig zinstragendes Kapital und braucht nicht so scharf zwischen aktuellen Marktpreisen und Beschaffungskosten des Produkts zu kalkulieren. Es spielt hier also der ökonomische Formunterschied zwischen Warenkapital und zinstragendem Kapital eine Rolle. Das soll nicht heißen, daß es außerhalb der Wohnungsvermietung keine Anfangsverluste durch hohe fremdfinanzierte Investitionen gäbe, wie z.B. bei großen Industrieanlagen oder bei unterirdischer Rohstoffprospektion. Aber die essentielle Angewiesenheit auf laufenden Anstieg der Marktpreise bzw. Marktmieten und auf Senkung der laufenden Kosten existiert außer bei reinen Spekulationsgeschäften nur beim Mietwohnungskapital.²⁴ Gleichwohl soll die Differenz zum gewöhnlichen zinstragenden Geld-

24 Es ist — auch dies haben Brede u.a. überzeugend herausgearbeitet — ein und dieselbe Finanzierungsstruktur, welche das Instrument Mietstopp für Altbau so wirksam, für Neubau dagegen im Rahmen kapitalistischer Bedingungen so ineffektiv werden läßt: Da sich der Althausbestand längst in der „Gewinnzone“ befindet, beeinträchtigt ein gesetzlicher Mietstopp zwar seine Verwertung, erlaubt aber normalerweise dem Eigentümer noch ein Einkommen. Selbst kapitalfreundliche Regierungen — wir hatten bisher keine anderen — haben deshalb von 1917 bis 1960 diese Maßnahme mehr oder weniger modifiziert angewandt. Privatwirtschaftlicher Neubau von Mietwohnungen käme indessen sofort zum Erliegen, würde bei Kostenanstieg eine Erhöhung der Marktmiete verhindert. Beim Altbau handelt es sich um bereits gebunde-

kapital nicht gelegnet werden, die nicht nur in der unterschiedlichen stofflichen Gestalt liegt, denn Geld wird von Anfang an rentabel ausgeliehen — gegen hohe Sicherheiten und niemals so langfristig wie eine Wohnung.

6. Warum der Markt für eigene Wohnungen nicht stagniert

Aus dem Dargelegten geht hervor, daß die Investitionsbereitschaft im Mietwohnungsbau im wesentlichen durch die abschätzbare Spanne zwischen Fremdkapitalkosten und mietzahlungsfähiger Nachfrage determiniert ist. Daraus erhält man zunächst einmal ein wichtiges Erklärungsmoment dafür, weshalb Bau und Absatz von Eigentümerwohnungen im Unterschied zum Mietwohnungsbau konstante und steigende Fertigstellungsziffern aufweisen. Wer eine Eigentümerwohnung erwirbt, um sie selber zu beziehen, kauft eine Ware ihres Gebrauchswerts (Wohnen) wegen. Er bezahlt ihren Wert (daß er damit den Mehrwert der Baufirma realisiert und Warenkapital in Geldkapital für den Hersteller verwandelt, tut nichts zur Sache) und konsumiert durch das Wohnen ihren Gebrauchswert.

Der Eigentümer der selbstgenutzten Wohnung steht nicht unter dem Zwang, sein eingesetztes Geld vermehren zu müssen. Sein Erwerbsverhalten hängt nicht von Kapital-Verwertungschancen auf dem Markt ab, sondern er verausgabt Geld, um zu wohnen. Von anderen Waren — etwa einem PKW — unterscheidet sich die Ware Eigentümerwohnung in dieser Hinsicht nur quantitativ, durch den verhältnismäßig hohen Preis. Für die verleihende Bank macht es zwar keinen Unterschied, ob ihr Darlehen für Miet- oder Eigentümerwohnungen geborgt wird und ob sie Zinsen vom Eigentümer einer Miet- oder Eigentümerwohnung einstreicht. Für ihr — dinglich gesichertes — Leihkapital will sie Verzinsung; und ob sie aus Mieteinnahmen oder aus dem Einkommen eines Eigenheimbesitzers realisiert wird, spielt für die Bank keine Rolle. Dagegen wirkt sich die Zinslast auf den Mietwohnungseigentümer stärker aus als auf den Eigenheimer. Letzterer wird von der hohen Zinsbelastung durch Fremdkapital zwar ebenfalls betroffen, aber er muß erstens nicht Überschüsse darüber erzielen und ist zweitens mit der Aussicht auf ein nach Tilgung lastenfreies, gänzlich ihm gehöriges Haus (in Verbindung mit der vorherrschenden Eigentümerideologie — auch unabhängig von aller staatlichen finanziellen Eigentumsförderung) bereit, jahrelang in Unterordnung seiner Lebensführung unter jenen Gebrauchszweck so hohe Lasten in Kauf zu nehmen, die ein Wohnungskapitalist nicht tragen würde. Der Markt für Wohnungseigentum funktioniert also gerade deshalb, weil die Eigentümerwohnung nicht Kapitalanlage ist, sondern einfache Ware für ihren Käufer — weil die Verwertungsgesetze der kapitalistischen Wirtschaft für die Anschaffung der Eigentümerwohnung gerade nicht gelten.

Besonders in den letzten Jahren hat sich die staatliche Wohnbauförderung auf die Förderung der Eigentümerwohnung konzentriert. Über drei Viertel aller staatlichen Finanzmaßnahmen von rund 20 Milliarden (1980) — sowohl positive Ausgaben als auch steuerliche Einnahmeverzichte — kommen nach Berechnungen der Eigentumsbildung zugute. Hier spielen Bausparförderung, die Abschreibungsgesetzgebung und die Subventionierung der Zinslasten eine hervorragende Rolle. Es ist jedoch davor zu war-

nes Kapital, beim Neubau handelt es sich um Kapital, das durch Wohnungsbauanlage eine angemessene Verzinsung gerade über steigende Mieten erwartet.

nen, die staatliche Eigentumsförderung als einziges Erklärungsmoment für den Eigentürentrend auf dem Wohnungsmarkt heranzuziehen. In Wahrheit ist unter den gegenwärtigen Verwertungsbedingungen im Mietwohnungsbau die staatliche Eigentumsförderung das einfachste Mittel, hohe Fertigstellungsergebnisse zu erreichen, indem ein ohnehin bestehender Prozeß unterstützt wird — auf Kosten der Mietwohnungsförderung, wo viel mehr Mittel aufgebracht werden müßten und ein objektiver Trend nicht einfach forciert, sondern zur Umkehr gebracht werden müßte.²⁵

7. Ungleiche Mietzahlungskraft als Hemmnis rein privatkapitalistischer Wohnungsversorgung und die historische Notwendigkeit des Staatseingriffs

Wenn auch aus dem Bisherigen folgt, daß eine Mietwohnung prinzipiell die gleichen Chancen hat, eine durchschnittliche Verzinsung des eingesetzten Kapitals zu erzielen und daß ein rein privatkapitalistischer Mietwohnungsbau möglich ist, so sind nun doch Einschränkungen zu berücksichtigen, welche den privatkapitalistischen Lösungsweg der Wohnungsfrage immer wieder behindern. Als Hemmnis durchschnittlicher Verwertung tritt dem Mietwohnungskapital nämlich die von den ungleichen kapitalistischen Verteilungsverhältnissen (der „Kehrseite“ der ungleichen Produktionsverhältnisse²⁶) bestimmte Differenzierung der Mietzahlungsfähigkeit entgegen, welche den Wohnungsmarkt in verschiedene, mehr oder weniger undurchlässige Teilmärkte für die verschiedenen Einkommens- und Nachfragegruppen zerspaltet²⁷.

Rein kapitalistischer Mietwohnungsbau kann — das zeigt wenigstens dieses Jahrhundert — am leichtesten die zahlungskräftigeren Bevölkerungsschichten versorgen, die sich Marktmieten leisten können, welche dem Wohnungskapitalisten à la longue eine angemessene Rendite garantieren. Der staatliche Eingriff beginnt, sobald die Einkommensschichten von der städtischen Arbeiterklasse abwärts mit Wohnraum versorgt sein müssen, der ihre Arbeitsfähigkeit für das Gesamtkapital bzw. dessen bestimmende Fraktionen nicht durch gesundheitliche und finanzielle Überbelastung untergräbt.

Rein theoretisch ist die Versorgung auch der unteren und untersten Einkommensgruppen auf rein privatkapitalistischem Weg nicht ausgeschlossen, selbst durch Neubau. Durch Baukosten, die sich an niedriger Zahlungsfähigkeit orientieren, ist es durchaus denkbar, Wohnungen mit erheblichen Einschränkungen beim Gebrauchswert rentabel anzubieten. Ohne Innentoilette, ohne Bad, ohne Zentralheizung, ohne Warmwasser bei gleichzeitiger Verminderung der Wohnungsgrößen und durch weitere Sparmaßnahmen beim Bau- und Wohnungskomfort könnten solche studentenheimähnlichen Unterkünfte für die sogenannten „breiten Schichten des Volkes“ selbst im Neubau durch kapitalistische Wohnungsvermieter dem Mietwohnungsmarkt zugeführt wer-

25 Dazu: Klaus Neubeck, Eigentumsbildung im Wohnungsbau, in: Joachim Brech (Hrsg.), Wohnen zur Miete, a.a.O., S. 111ff.

26 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Einleitung, Berlin 1953, S. 16.

27 Zur Kritik der sogenannten „Filtering theory“ oder auch „Sickertheorie“, welche eine totale Durchlässigkeit der Wohnungsmärkte von unten nach oben behauptet, vgl. Helmut Westphal, Die Filtering-Theorie des Wohnungsmarktes, in: Leviathan 4/78, S. 536—557.

den. Entweder auf diese Weise²⁸ oder auf dem alternativen Weg der Vervielfachung der Mietbelastung²⁹ wäre etwa für die 50,7 Prozent der bundesdeutschen Haushalte mit einem Nettoeinkommen unter 1 800 DM monatlich (1978) der Bezug einer Neubauwohnung weitgehend möglich.

Es schadet nichts, sich diese fatale Konsequenz der totalen Unterordnung der Wohnungsversorgung unter das reine Kapitalverhältnis bewußt zu machen, zumal heute die Fraktionen der Haus- und Grundeigentümer, der unternehmerischen Wohnungswirtschaft und der mit Wohnungsbaufinanzierung beschäftigten Banken durch wohnungswissenschaftliche wie politische Sprachrohre immer unverhüllter solche Lösungsmethoden zur Belegung des Mietwohnungsbaus anstreben. Der zweite Weg, der von ihnen favorisiert wird (die subjektive „Zahlungsbereitschaft“ erhöhen bei unangetasteter Verteilung der objektiven Zahlungskraft), steht allerdings nicht nur im Interessengegensatz zur Mehrheit der Bevölkerung, sondern — und das übersehen die Ideologen des „Rückzugs des Staats“ (womit nicht die Aufhebung von Steuervorteilen, sondern die Abschaffung von Kündigungs- und Miethöhenschutzgesetzen gemeint ist) — selbst im Widerspruch zu den meisten anderen Kapitalfraktionen. Diese sind, soweit sie mit Konsumgüterabsatz zu tun haben, keineswegs an einer Verschiebung der Massennachfrage zugunsten der Wohnungswirtschaft interessiert, und in ihrer allgemeinen Eigenschaft als Kapitalisten zwecks Erzielung relativen Mehrwerts ohnehin skeptisch gegenüber drastischen Mietsteigerungen, die auf die Lohnansprüche oder die Reproduktionsfähigkeit der Arbeiterklasse durchschlagen könnten.³⁰

Die Verwertungsinteressen des Mietwohnungskapitals realisieren sich genausowenig wie die anderer Kapitale außerhalb konkret-historischer Bedingungen. In diesem Fall heißt dies, daß sich das Anspruchsniveau gegenüber einer Wohnung auf der Grundlage fortschreitender Produktivkraftentwicklung gesetzmäßig ebenso erhöht hat wie die Bedürfnisse bezüglich anderer Bestandteile des Reproduktionsfonds der menschlichen Arbeitskraft. Obgleich die realen Wohnbedingungen zu jedem beliebigen Zeitpunkt entsprechend der Ungleichheit der sozialen Klassenstruktur weit auseinanderklaffen, ist

28 Daß so etwas ernsthaft unter „Experten“ diskutiert wird, dokumentiert das „offizielle Organ für die Mieter und Eigenwohner gemeinnütziger Wohnungsunternehmen“, die Monatszeitschrift „das dach“ im Juni 1981 unter dem Titel: „Mit weniger Komfort auskommen...“. U.a. wird in der Expertenrunde gefragt: „Muß denn ausnahmslos jedes Zimmer einer Wohnung sein Fenster haben?“... „Müssen denn die Verkehrs- und Freiflächen zwischen den Wohnhäusern wirklich so groß sein?“ Müssen „alle Räume einer Wohnung beheizbar sein?“ Wohlgermerkt — hier diskutieren hochbetitelt und hochbezahlte Sachverständige, wie man „die Ansprüche an die Qualität einer sozialen Neubauwohnung etwas zurückschrauben“ könne.

29 Unter den verschiedenen regierungsamtlich erwogenen Varianten der „Staffelmiete“, des im Mietvertrag eingebauten periodischen Mietanstiegs, ragt zur Zeit der Vorschlag von Prof. J.H.B. Heuer hervor: „Schon bei Mieterhöhungs-Spielräumen von etwa 8 bis 10 v.H. jährlich (kann) ein für Wohnungsbau-Investoren angemessener Renditeausgleich über die Zeit erreicht werden“. Deutsche Wohnungswirtschaft, Heft 9/1979, S. 226.

30 „Ich möchte nur darauf hinweisen, daß solche Bedarfsänderungen nicht ohne schädigende Auswirkungen auf andere Wirtschaftszweige bleiben werden... Als andere Konsequenz bliebe nur übrig, daß die Gewerkschaften erhöhte Lohnforderungen stellen, daß also die Automatik der Lohn-Preis-Spirale stärker in Gang gesetzt wird. Auch diese sollte nicht angestrebt werden“. So warnt Oberstadtdirektor Dr. W. Kliemt in dem Sammelband „Wohnungsmarkt und Wohnungsbedarf — Beiträge zur Marktforschung“, Band 62 der Untersuchungen des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen an der Universität Münster, Köln-Braunsfeld 1966, S. 38.

doch jeweils unter dem Einfluß historisch-moralischer Faktoren (*Marx*) unabhängig vom individuellen Einkommen eine gewisse Mindestnorm für menschliches Wohnen gegeben, deren Unterbietung genauso hartnäckigen Widerstand hervorrufen müßte wie andere einschneidende Angriffe auf das bestehende Reproduktionsniveau der Bevölkerung.

In den von der bürgerliche Ökonomie entwickelten Kategorien ausgedrückt: Die Einkommenselastizität der Nachfrage nach Wohnfläche, Wohnkomfort etc. bleibt mit sinkendem Einkommen nicht gleich, sondern tendiert gegen Null.³¹ Wenn es heute um Wohnungen für die breiten Kreise der Bevölkerung geht, dann stehen nicht mehr einfache Schlafgelegenheiten oder bloßer Witterungsschutz zur Debatte.³² Das Mietwohnungskapital ist auch seitens unterer Einkommenschichten mit ständig wachsenden Mindestanforderungen an die Wohnverhältnisse konfrontiert und kann nicht mehr den oben erwähnten Lösungsweg der „Billigbauweise“ einschlagen. Da ihm nur der andere Ausweg bleibt, Wohnungen mit einem gewissen Mindeststandard zu vermarkten, verwickelt es sich sofort in einen systemimmanenten Widerspruch: Die Kosten für die fraglichen Wohnungen sind derart hoch, daß eine renditesichernde Miete aufgrund der prinzipiellen Begrenztheit der Zahlungsfähigkeit der Massen von den oft zitierten „breiten Kreisen des Volkes“ gar nicht aufgebracht werden kann. Renditesicherung des Mietwohnungskapitals unter den Bedingungen ungleicher Verteilung von Einkommen und Zahlungsfähigkeit ist daher der wirkliche innere Grund für die seit 1917 einsetzende staatliche Intervention auf dem Wohnungsmarkt. Und zwar handelt der Staat nicht aus sozialer Fürsorge für die Bevölkerung und auch nicht in erster Linie den Hauseigentümern zuliebe, sondern als Agent des Gesamtkapitals, dem es um die Aufrechterhaltung der mehrwertschaffenden Arbeitskraft geht.

8. Die staatsmonopolistische Regulierung des Wohnungssektors von 1917 bis heute

Ein historischer Rückblick zeigt, daß bereits seit dem ersten Weltkrieg der Wohnungssektor ohne staatliche Intervention nicht mehr funktionierte. Während vor 1914 jährlich zwischen 175 und 200 Tausend Wohnungen durch ausschließlich private Investoren rentierlich finanziert wurden³³ — unter dem Hauptmotiv der Altersvorsorge³⁴ für das mittlere und gehobene Bürgertum, aber mit den Folgen kaum zu beschreibender Wohnungsnot für die städtische Arbeiterklasse —, war die Bautätigkeit im Kriege und nach dem Krieg auf fast Null gesunken. Während der wirtschaftlichen Krisenlage hielten sich die traditionellen Investoren zurück, zumal im Wohnungsbau die schnell infla-

31 In den sechziger Jahren sprach man direkt von einem „Gesetz des wachsenden Wohnungsbedarfs“ auch bei bürgerlichen Wissenschaftlern. Berechnungen aus den Ergebnissen der 1%-Wohnungstichprobe von 1972 haben B. Bartholmai und Rudi Ulbrich über die Elastizitäten der Wohnflächennachfrage bei verschiedenen Haushaltstypen vorgenommen. Siehe: Zur längerfristigen Entwicklung der Wohnungsnachfrage — DIW-Wochenbericht 26/77, Westberlin 1977.

32 Dazu grundsätzlich: IMSF (Hrsg.), Qualifikations- und Werttendenz der Arbeitskraft heute, Theorie und Methode IV, Frankfurt 1980.

33 H. Wandersleb u. a. (Hrsg.), Handwörterbuch des Städtebaues, Wohnungs- und Siedlungswesens, Bd. I—III, Stuttgart 1959, S. 615.

34 Einen sehr interessanten Beitrag über „konsumtive“ und „Profitorientierung“ bei den kleinen Mietschausbesitzern heute hat Detlef Ipsen verfaßt, in: ARCH+ 54, Aachen 1980, S. 27ff.

tionär anwachsenden Baukosten und die hohen Hypothekenzinsen infolge staatlicher Mietbegrenzung rentablen Neubau kaum mehr zuließen. Diese Mietenregulierung, deren Anfänge bis 1914 zurückreichen, bildet überhaupt den ersten ökonomischen Eingriff des Staates in die Wohnungswirtschaft, wofür die kriegs- und nachkriegsbedingte Wohnungsnot eher Anstoß einer überfälligen Maßnahme war als Ursache³⁵. Schon lange bildeten hohe Mietbelastung zusammen mit untragbaren hygienischen Verhältnissen in den überbelegten Mietwohnungen eine schwere Gefährdung des Arbeitskräftepotentials.

1922 wurde die „gesetzliche Miete“ auf der Grundlage der 1914 bestehenden Miete (Friedensmiete) fixiert, womit erreicht wurde, daß das Mietenniveau trotz einiger Zuschläge bis 1936 nie mehr als 25 v.H. über die Vorkriegshöhe stieg.³⁶ Um ein niedriges Lohnniveau für die Rüstungsproduktion aufrechterhalten zu können, wurde 1936 sogar ein Mietpreisstopp gegen einsetzende Mietsteigerungen erlassen. Erst ab 1950 setzte eine staatliche „Lockerung“ ein, bis schließlich das Bundesmietengesetz von 1955 gesetzlich „zulässige Mieten“ auf den Altbaubestand eingrenzte und im Neubau Mietpreisbindungen nur für die öffentlich geförderten Wohnungen beibehielt. In den sechziger und siebziger Jahren wurden die Bindungen für Altbaumieten sukzessive abgeschafft.

Die private Investitionszurückhaltung nach dem ersten Weltkrieg zwang den Staat dazu, sich nach der Regulierung der Miethöhe nun auch in die Finanzierung des Wohnungsbaus einzuschalten. In der ersten Periode, der sogenannten Hauszinssteuerära von 1924 bis 1931, wurden knapp zwei Millionen Wohnungen errichtet, davon 80 Prozent mit Unterstützung öffentlicher Mittel. Die Mittel beschaffte sich der Staat vorwiegend aus der sog. Hauszinssteuer: Da sich infolge der Inflation die Hauseigentümer von alten Hypotheken hatten leicht entschulden können, war ihnen ein Extragewinn entstanden, den der Staat in Form einer Steuer leicht abschöpfen konnte, ohne die Rendite der Hauseigentümer allzustark zu beeinträchtigen.³⁷

Nach der Weltwirtschaftskrise wurde die Wohnungsbauförderung in Form der Hauszinssteuerdarlehen reduziert. An ihre Stelle traten — allerdings in vermindertem Umfang — seit 1932 sogenannte Reichsbaudarlehen. Neben dieser Form der Kredithilfe wurde der sonstige Wohnungsbau mit sogenannten Reichsbürgschaften unterstützt; der Staat übernahm gegenüber dem Gläubiger, in der Regel einer Bank, die Garantie für die zweite Hypothek und erleichterte somit die Kreditaufnahmen.³⁸

Nach dem Kriege, in dem auf dem heutigen Bundesgebiet ca. 2,25 Millionen Wohnungen vernichtet worden waren, konnte das Wohnungselend zunächst überhaupt nur durch den Staat vermindert werden. Neben dem faschistischen Mietstopp verdeutlicht nichts klarer die staatsmonopolistische Behandlung der Wohnungsfrage als die amtliche Begründung des I. Wohnungsbaugesetzes von 1950, welches den Sozialen Wohnungsbau regelte: „Die beengten Wohnverhältnisse mindern, physisch und psychisch, die Ar-

35 Dieter Häring, *Zur Geschichte und Wirkung staatlicher Interventionen im Wohnungssektor*, Hamburg 1974, S. 102—111.

36 H. Wandersleb, a.a.O., S. 1074.

37 Peter-Christian Witt, *Inflation, Wohnungszwangswirtschaft und Hauszinssteuer. Zur Regelung von Wohnungsbau und Wohnungsmarkt in der Weimarer Republik*, in: *Wohnen im Wandel*, hrsg. von Lutz Niethammer, Wuppertal 1979, S. 385—407.

38 Wandersleb, a.a.O., S. 619.

beitsleistung. Ihre nachhaltige Steigerung ist daher unabdingbare Voraussetzung für eine Gesundung der deutschen Wirtschaft".³⁹

Das Förderungssystem des Sozialen Wohnungsbaus bestimmte hauptsächlich die Bautätigkeit bis 1956. Für das Mietwohnungskapital stellte es sich so dar, daß der Staat den für den Teilmarkt „verminderte Mietzahlungskraft“ bauenden Unternehmen — überwiegend gemeinnützigen — zu einer angemessenen Rendite verhalf, indem er ihnen durch Übernahme der zweiten Hypothek mit öffentlichen Darlehen die Kapitalkosten dauerhaft auf die erste Hypothek aus privatem Fremdkapital beschränkte.⁴⁰ Die Mietsenkung ergab sich keineswegs aus der Rolle des Staates als Bauherr — wie in den sozialistischen Ländern üblich bzw. wie ansatzweise in Österreich 1923—1934 praktiziert —, sondern als Mitfinancier, der seine Berechtigung zu Miethöhenauflagen gegenüber dem borgenden Bauherrn aus dem Verzicht auf den marktüblichen Zinssatz für staatliches Leihkapital herleitet.

Dieses Hinzutreten von staatlich entwertetem Kapital zum eigenen und geborgten Privatkapital wurde und wird neoliberal gerne als an sich nicht marktkonforme Übergangsmaßnahme für die Zeit des katastrophengebundenen Mangels an privatem Kapital interpretiert. Aber was ist Privatkapital-Mangel anderes als der Umstand, daß aufgrund der niedrigen Mietzahlungskraft die Verwertungsbedingungen in anderen Anlagensphären günstiger sind als im Wohnungssektor? Mit den durch den allgemeinen Wirtschaftsaufschwung bedingten relativ schnellen Einkommenszuwächsen wurde auch für privates Kapital der Mietwohnungsbau attraktiver — und es ergab sich die Möglichkeit, die allgemeinen Interessen des Monopolkapitals mit den besonderen der Wohnungswirtschaft in Einklang zu bringen. Unter der Losung „Überführung in die soziale Marktwirtschaft“ wurde von 1956 an erstens das staatliche Förderungssystem verändert und nahm zweitens die andere Rechtsform des Mietwohnungsbaus, der sogenannte freifinanzierte, erheblich an Bedeutung zu.

Das neue Förderungssystem, das auf eine zeitliche Befristung der Mietminderung hinauslief, bestand aus einem Rückzug staatlichen Kapitals von der Konkurrenz mit dem inzwischen anlagefreudig gewordenen Privatkapital. Der Staat verlieh anteilmäßig immer weniger direkte Finanzierungsdarlehen (absolut sind bis heute diese Mittel seit 1956 auf rund 4 Milliarden DM eingefroren)⁴¹ und vergab stattdessen verstärkt auf 12—15 Jahre begrenzte Darlehen und/oder Zuschüsse zur Deckung der Fremdkapitalkosten. Diese Form der Aufwandssubventionen bringt zwar in den ersten 12—15 Jahren für Mieter und Vermieter den gleichen Effekt wie zuvor: Verminderung der Belastung durch die Kapitalkosten, die der Staat nunmehr durch periodische Zuschüsse auf Sozialmieten-Niveau heruntersubventioniert. Für die verleihende Hypothekenbank macht es dagegen einen beträchtlichen Unterschied, ob sie wie früher nur zum Teil an der Baufinanzierung beteiligt ist oder, wie nunmehr, sämtliches Leihkapital stellt, welches — und das ist der staatsmonopolistische Kern der Sache — seine Verzinsung durch die öffentlichen Zins- und Tilgungssubventionen an den Bauherrn fast unverhüllt durch

39 zitiert nach Kursbuch 27, Mai 1972, S. 20.

40 Die Mittel stammten nicht aus der Besteuerung der Hauseigentümer — bis auf die relativ untergeordnete sogenannte Hypothekengewinnabgabe —, sondern aus dem Gesamtsteueraufkommen.

41 Siehe die Tabelle bei H.K. Schneider/R. Kornemann, Soziale Wohnungsmarktwirtschaft, Bonn 1977, S. 21.

den Staat abgesichert bekommt. Das in der Regel als Mischsystem praktizierte neue Förderungssystem ist in erster Linie eine staatliche Garantierung von Bankprofit.

Die Gleichgültigkeit des Mieters gegenüber der Förderungsform schwindet spätestens dann, wenn deren degressive Handhabung spürbar wird. Wenn es auch aufgrund der Kostenstruktur bei der Mietwohnung mit ihrer spezifischen Anfangs-Unterverwertung ökonomisch sinnvoll erscheinen mag, die Förderung auf die Anfangsphase zu konzentrieren, so doch nur, wenn der Abbau der laufenden staatlichen Hilfen nicht schneller vollzogen wird, als der Abbau der laufenden Verpflichtungen gegenüber der Bank. In Konsequenz des progressiven Abbaus der Aufwandssubventionen innerhalb von 15 Jahren stellt sich, worauf Voigt empirisch eingegangen ist⁴², das Problem der Nachsubventionierung; denn nach Beendigung der Zuschüsse müßte die Miete, um Durchschnittsrendite zu erreichen, nahezu auf das Niveau der Marktmiete ansteigen, wodurch aber das Soziale Mietwohnungskapital die Grenze der Zahlungskraft seiner Sozialmieter überschritte. Dies ist nicht die einzige absurde Folge des Fördersystems. Zwar kann der Staat mit der gleichen Förderungssumme durch den niedrigeren Jahresaufwand pro Wohnung mehr Wohnungen fördern bei Zins- als bei Baudarlehen. Doch Experten haben errechnet⁴³, daß bei zwei baulich gleichen Wohnungen im Förderungszeitraum von 12–15 Jahren insgesamt mehr staatliche Mittel für Zinszuschüsse verbraucht werden, als bei einmaliger Teil- oder gar Totalfinanzierung durch ein staatliches Baudarlehen, wobei aber im ersten Fall die Miete mit dem Abbau der öffentlichen Hilfen periodisch bis auf Marktniveau steigt (auf 14,15 DM/qm im 16. Jahr im Zahlenbeispiel), während sie im zweiten Fall dauerhaft auf Anfangsniveau (4,13 DM/qm) bleibt. In der Demagogie dient aber gerade diese „Mietenverzerrung“ zwischen den im alten System geförderten mietstabilen Sozialwohnungen und den teureren jüngerer Baujahrgänge als Argument nicht zur Rückkehr zum früheren System, sondern zur nachträglichen Einbeziehung der alten Baujahrgänge in die systematische Mieterhöhung — der sozialen „Gerechtigkeit“ gegenüber den jüngeren Sozialmietern wegen.⁴⁴

Insgesamt sind von 1950 bis 1980 knapp zehn Millionen Mietwohnungen entstanden, davon etwas mehr als fünf Millionen freifinanzierte und 4½ Millionen öffentlich geförderte. Würde man die 5 Millionen freifinanzierten Mietwohnungen näher auf ihre Finanzierungsbedingungen untersuchen, würden sie doch stark an Glanz als Zeugnisse der Leistungsfähigkeit privaten Unternehmertums verlieren. Selbst von „sonstigen Unternehmen“ oder Lebensversicherungen abgesehen, deren Bauherrenschafft nicht dem unmittelbaren Wohnungsprofit gilt, sondern im Rahmen der gesamten Unternehmensstrategie gesehen werden muß, wurde praktisch keine Mietwohnung als rein privatkapitalistisches Profitprojekt im Sinne des Verzichts auf jegliche staatliche Unterstützung errichtet. Im Vordergrund stehen dabei steuerliche Vergünstigungen für Bauherren oder Wohnungskäufer, insbesondere erhöhte Abschreibungen, welche durch Verrechnung mit Einkommen aus anderen Quellen die Verwertung speziell in der Anfangspha-

42 Wolfgang Voigt, Nach der Demontage des sozialen Wohnungsbaus — Drückt sich der Staat um die Nachsubvention, in ARCH+ 42, Aachen 1978, S. 7–14.

43 Rainer Neef, Kapitalistischer Wohnungsmarkt..., a.a.O., S. 232–236.

44 Zum Gesamtproblem des Sozialen Wohnungsbaus vgl. die ausgezeichnete Analyse von Wolfgang Grüber: Sozialer Wohnungsbau in der Bundesrepublik. Der Wohnungssektor zwischen Sozialpolitik und Kapitalinteresse, Reihe Stadtplan, Köln 1981.

se verbessern.⁴⁵ Trotzdem ist die staatliche Hilfe kein Wesensmerkmal des freifinanzierten Mietwohnungsbaus. Zu fragen wäre beim Fazit auch, worauf dessen Erfolge in den sechziger und Anfang der siebziger Jahre beruhten.

9. Fazit

These ist — und darauf hat auch *Rosemann* anhand der Rotterdamer Kommunalisierungsstrategie hingewiesen⁴⁶ —, daß private Kapitalverwertung als Motor der Wohnungsversorgung zumindest für niedrigere Einkommensgruppen zum Anachronismus geworden ist. Daraus folgt die These, daß die Erfolge des freifinanzierten Mietwohnungsbaus nach dem Kriege keine Regel, sondern historische Ausnahme in einer bestimmten Phase der Akkumulation des Kapitals in der Bundesrepublik waren.

Der kontinuierliche und breite Bevölkerungskreise erreichende Einkommensanstieg in den fünfziger und sechziger Jahren führte zu einer geschichtlich ungewöhnlich hohen Mietzahlungsfähigkeit, welche dem freifinanzierten Mietwohnungsbau eine anderen Anlageformen vergleichbare Rendite sicherte. Es muß aber betont werden, daß sich dieser Verwertungsprozeß privaten Mietwohnungskapitals fast ausschließlich auf dem Teilmarkt „mittlere und gehobene Mietzahlungskraft“ vollzog, während die weniger zahlungskräftigen städtischen Bewohner auf niedrige Mieten in Sozialwohnungen und Altbauten angewiesen blieben.⁴⁷ Ob rein privatkapitalistisch die Wohnungsfrage gelöst werden kann, ist daher gleichzeitig eine historische und eine klassen- und schichtspezifische Problemstellung. Da kapitalistische Produktionsverhältnisse notwendig ungleiche Verteilungsverhältnisse und ungleiche Zahlungskraft erzeugen, kann staatlich unbeeinflusstes Privatkapital eine historisch angemessene Wohnungsversorgung prinzipiell nur für zahlungskräftigere Schichten der Bevölkerung gewährleisten. Mit der vorläufigen Sättigung auf diesem Teilmarkt ging die Produktion freifinanzierter Mietwohnungen wieder zurück.⁴⁸

Man muß hier bedenken, daß mit Sättigung immer nur eine relative, auf das verfügbare Einkommen bezogene Sättigung gemeint ist. Dies gilt für den Mietwohnungsbau allgemein, auch in der staatlich abgestützten Privatkapital-Verwertung „Sozialer Wohnungsbau“. Da die Mietwohnung nicht einfach Ware, sondern wesentlich Kapital ist und darüberhinaus eine auf kontinuierliche Mieterhöhung angewiesene Rentabilitätsstruktur aufweist, ist es vor allem das Abflachen des Einkommensanstiegs seit 1974,

45 Z.B. der § 7 des EKStG. Auch die Befreiung von der Grundsteuer spielt eine größere Rolle.

46 So auf dem Kongreß „Wohnen“ des Deutschen Werkbundes vom 10.— 14. Juni 1981 in Saarbrücken, zu dem ein hervorragendes „Lesebuch“ erschienen ist, welches eine Vielfalt von Ansätzen im Wohnungsbau und Konzepten zur Wohnraumerhaltung sichtbar werden läßt und demonstriert, daß demokratische Architekten, Stadtplaner und Wohnungswissenschaftler nach Alternativen zur desolaten Wohnungspolitik der Bundesregierung nicht nur suchen, sondern sie stellenweise schon praktizieren.

47 Der sogenannte Sickerereffekt, daß die verlassenen Wohnungen der Mittelschichten für die Einkommenschwächeren frei würden, stellte sich bekanntlich nicht ein. Wie denn auch, wo die durch Auszug freigewordenen Wohnungen ja nicht billiger wurden — im Gegenteil!

48 In der Tat ist der Mietindex freifinanzierter Neubauwohnungen von 1975 bis 1979 mit jahresdurchschnittlich 3,3% langsamer gestiegen als der Preisindex für die gesamte Lebenshaltung aller Haushalte (4,2%) oder gar der Preisindex für Neubauleistungen an Mehrfamilienhäusern, der im Jahresdurchschnitt um 4,9% anstieg. Quellen: Deutscher Bundestag, Wohngeld- und Mietenbericht 1979, S. 23; Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik 1980, S. 477.

welches durch verminderten Mieterhöhungsspielraum den Zeitpunkt der Gewinnzone hinauschiebt bzw. die Rendite im Mietwohnungsbau im Vergleich zu Renditen anderer Kapitalanlagen verringert.

Gerade deshalb sind sämtliche politischen Vorschläge zur Behebung der Wohnungsnot, die auf beschleunigten Mietanstieg als Mittel zur Ankerbelugung der Wohnungsproduktion hinauslaufen, von vornherein zum Scheitern verurteilt: Die Unterversorgung mit Wohnraum ist eine Unterversorgung mit preiswertem Wohnraum. Sie betrifft die niedrigeren Einkommensgruppen, die eine höhere Mietbelastung ohne wesentliche Einbußen ihrer Reproduktionsfähigkeit nicht tragen können.⁴⁹ Und was die höheren Einkommenschichten angeht, so werden diese bei forciertem Mietanstieg auf die „Eigentümerwohnung“ ausweichen — ein Prozeß, der zur Zeit voll im Gange ist.

Das einzige, was die Misere auf dem Mietwohnungssektor lindern könnte, wäre augenblicklich verstärktes finanzielles staatskapitalistisches Engagement zugunsten preiswerten Mietwohnraums für die breiten Schichten der Bevölkerung. Die öffentliche Förderung muß hier spürbar intensiviert werden.⁵⁰ Solange der Staat nicht eine Umkehr seiner gegenwärtigen Wohnungspolitik einleitet — und es sieht nicht danach aus, daß die privatmonopolistische Linie des staatsmonopolistischen Kapitalismus in absehbarer Zeit verlassen würde —, so lange wird sich die Lage auf dem Markt für preiswerten Wohnraum weiter verschärfen.

49 Neuere Daten zu den Wohnverhältnissen in: IMSF (Hrsg.), Staatsmonopolistischer Kapitalismus der Bundesrepublik Deutschland in Daten und Fakten, Arbeitsmaterialien des IMSF 12, Frankfurt 1981, S. 144ff.

50 Das Verhältnis zwischen kurzfristiger und langfristiger Perspektive bei der Lösung der Wohnungsfrage ist entwickelt in: Für eine demokratische und soziale Wohnungspolitik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung — Vorschläge der DKP (Entwurf), Düsseldorf 1981.

Wirtschaftliche und soziale Probleme der Städte und Gemeinden

Eberhard Dähne

1. Die Stadt als Standort komplexer Produktivkräfte — 2. Widersprüche im Reproduktionsprozeß der städtischen Produktivkräfte — 3. Entwicklungstendenzen der Gemeindefinanzen — 3.1 Zur Entwicklung der Einnahmen — 3.2 Zur Entwicklung der Ausgaben — 3.3 Zum Stand der kommunalen Verschuldung — 4. Alternativen zur herrschenden Politik

Städte bzw. Stadtregionen sind u.a. Standort und teilweise Organisator komplexer Gebrauchswerte, die für den Produktionsprozess und die Entwicklung der Produktivkräfte — ihrer natürlichen, sächlichen und personellen Elemente — unabdingbar sind. Abgesehen von den allgemeinen Bedingungen der Produktion und Zirkulation handelt es sich dabei vor allem um Gebrauchswerte, die für die Reproduktion der Arbeitskraft notwendig sind.

1. Die Stadt als Standort komplexer Produktivkräfte

Die Stadt- und Regionenbewohner — vor allem die Arbeitskräfte — sind das wichtigste Element der „Produktivkraft Stadt“¹. Dabei spielt nicht nur ihre Konzentration und große Zahl eine Rolle. Als Voraussetzung und Folge der privaten und öffentlichen Produktion sowie der Dienste existiert ein breit gefächertes Qualifikationsspektrum. Die aus der gesellschaftlichen und betrieblichen Arbeitsteilung hervorgegangene Gebrauchswertstruktur dieses kommunalen Gesamtarbeiters — seine Fähigkeit, konkrete Arbeit in regionenspezifischen Proportionen zu verausgaben — ist Ergebnis eines historischen Prozesses der Entwicklung der lokalen Produktion und Zirkulation sowie öffentlicher Einrichtungen mit abgestufter überörtlicher Bedeutung. Diese lokale Struktur ist in die Arbeitsteilung und Kooperation im nationalen, zunehmend internationalen Rahmen eingebunden und in Auseinandersetzung mit ihr entstanden².

Die fachlichen Teilarbeitsmärkte etwa von Emden, Dortmund, Köln, Frankfurt, München usw. sind im Hinblick auf ihre Struktur und Veränderungspotentiale deutlich voneinander unterschieden. Diese grobe Unterscheidung vertieft sich häufig noch, weil vor allem regional ansässige Großbetriebe einen großen Bedarf an Arbeitskräften mit ausgewiesener formaler Qualifikation haben, die sich betriebs- und anlagenspezifisch weiter differenziert³.

1 Vgl. E. Prêteceille, Städteplanung. Widersprüche der Stadtentwicklung im Kapitalismus, in: IMSF, Hg., Städtebau und Städteplanung im Kapitalismus, Marxismus Digest, H. 26, Frankfurt 1976, S. 31-49.

2 Zur historischen Entwicklung vgl. K. Brake, Zum Verhältnis von Stadt und Land, Historie, Ursachen und Veränderungsmöglichkeiten der Siedlungsstruktur der BRD, StadtPlan, Schriften für Planen, Bauen und kommunale Politik, Bd. 1, Köln 1980, besonders S. 83 ff.

3 Zu diesem Aspekt der Qualifikationsproblematik B. Lutz u.a., Arbeitswirtschaftliche Modelluntersu-

Die Sozialisation im Kindes- und Jugendalter (etwa die Disponierung, Nacht- und Schichtarbeit als etwas „normales“ anzusehen, bestimmte Berufswünsche und -erwartungen zu haben), die allgemeine und betriebliche Bildung und Ausbildung sowie die übrigen Einrichtungen zur Reproduktion der Arbeitskraft sind auf die Struktur dieses regionalen Gesamtarbeiters bezogen.

Dies deutet an, warum im Hinblick auf die regionale Arbeitskräftekonzentration gilt, daß „die kollektive Produktivkraft einer solchen Konzentration weitaus höher ist, als wenn man die Produktivkräfte jedes einzelnen Werk tätigen, getrennt genommen, einfach zusammenzählen würde“.⁴

Diese Aussage gilt auch im Hinblick auf die nachrangigen Elemente der vergesellschafteten Produktion. Standortspezialisierung verringert tendenziell unproduktive Kosten. In Industrieregionen bildet sich ein enges Geflecht miteinander kooperierender Industrien; als Beispiel sei auf den teilweise zerschlagenen Kohle-Sekundärenergie/Kohle-Stahl/Kohle-Chemie-Verbund der Rhein-Ruhr-Agglomeration verwiesen, der das (auch untereinander wieder verflochtene) Kernstück dieser Stadtregion ausmachte und mit einer Vielzahl weiterer Zulieferer- und Abnehmerindustrien, dem Baugewerbe usw. auf kurze Distanz kooperierte. Die Stahlindustrie des Ruhrgebiets setzte zum Beispiel 60-80 Prozent ihres Walzstahls in einem Umkreis von nur 80-100 km ab.⁵

Zu diesen „Fühlungsvorteilen“ kommen die verringerten Zirkulationskosten, die standortbezogene Struktur des Kredits, der Zahlungsbedingungen, des Versicherungswesens usw. Schließlich als wesentliche Faktoren für die Vergesellschaftung der Produktivkräfte die überwiegend von der öffentlichen Hand bereitgestellten Transportwege und -mittel, Versorgungs- und Entsorgungssysteme sowie die vielfältigen privaten und öffentlichen Einrichtungen zur Reproduktion der Arbeitskraft. Sie sind mehr oder minder aufeinander abgestimmt und regionenspezifisch dimensioniert. In diesen Zusammenhang gehört auch die Tatsache, daß die öffentliche Verwaltung auf die Bedürfnisse dieses stadtreionalen Reproduktionsmechanismus eingestellt ist. Zusammenfassend läßt sich aus der Sicht des Arbeitsprozesses feststellen: „Die zahlreichen Funktionen, die die verschiedenen agglomerierenden Faktoren im Gebiet ausüben, summieren sich nicht einfach..., sondern sie steigern sich gegenseitig.“⁶

Umgekehrt heißt das freilich auch: Wird das Funktionsgefüge „der verschiedenen agglomerativen Faktoren im Gebiet“ destabilisiert, etwa weil Tausende von Arbeitsplätzen spezifischer Zusammensetzung plötzlich abgebaut werden oder die Stadtbevölkerung aus den Kernstädten verdrängt wird, dann sind die negativen Konsequenzen für die Produktivkraft der jeweiligen Stadtregion nicht nur auf diesen „Ausfall“ beschränkt, sondern mit Verstärkereffekt wesentlich weitreichender.

Im Extremfall kommt es ohne planvolle Gegenmaßnahmen zur Zerstörung der städ-

chung eines Arbeitsmarktes, Zusammenfassung, Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW), Hg., Frankfurt 1973; N. Altmann, E. Böhle, Qualifikation als Ziel – Qualifizierung als Problem, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 5/1977.

4 E. Prêteceille, Städteplanung, a.a.O., S. 34.

5 Vgl. H. Beringmeier, E. Dähne, Salzgitter 1980/85. Sozialökonomische Strukturmerkmale und Entwicklungsprobleme Salzgitters unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsmarktes, Bd. II: Beschreibung, Analyse, Prognose, Marburg 1971; H.P. Junius, Zur Frage des Standorts neuzeitlicher Eisenhüttenwerke in der BRD unter besonderer Berücksichtigung der Absatzorientierung, Diss., TH-Aachen 1962.

6 G. Schmidt-Renner, Elementare Theorie der ökonomischen Geographie, Gotha-Leipzig 1966, S. 108.

tischen Produktivkräfte; es entstehen „Wegwerfstädte und -regionen“⁷ wie in den USA. Ein Zwischenstadium und Moment dieses Prozesses — den Zerfall der materiellen Infrastruktur — illustriert Peter Schütt am Beispiel New Yorks: „Die sowieso brüchige New Yorker Infrastruktur zerfällt zusehends. In einem amtlichen Untersuchungsbericht lese ich, daß 51 Brücken der Stadt einsturzgefährdet sind, daß 80 Abwässerpumpstationen außer Betrieb sind, daß 20 000 Gullys verstopft und 25 000 Hektar Park und Grünanlagen verwüstet sind. Außerdem sind 6 700 U-Bahn-Wagen, 4 500 Busse und 1 695 Straßenreinigungsfahrzeuge nicht mehr fahrbereit.“⁸

Daß das gesamte städtische Produktivkraftsystem — einschließlich seiner personellen Elemente — von diesem Zerfallsprozeß betroffen sein kann, macht die Klage des amerikanischen AFL/CIO-Präsidenten, Lane Kirkland, deutlich, der auch oberflächliche Ursachen dieses Prozesses anspricht: „Unsere amerikanischen Städte, die für die industrielle Entwicklung unerläßliche Serviceangebote bringen, haben die Kraft verloren, die Expansion bestehender Industrien und Fabriken zu fördern. Hafenanlagen, Nahverkehrssysteme, Wasser- und Kanalsysteme sowie Fernstraßennetze in den USA befinden sich in einem verwahten Zustand, oft jenseits der Reparaturmöglichkeit, weil sich die Städte in finanziellen Krisen befinden. Arbeitslosigkeit, nicht Inflation, ist die hauptsächlichste Ursache der finanziellen Instabilität des urbanen Amerika. Für die Städte gehen aufgrund wachsender Arbeitslosigkeit die Steuereinnahmen zurück und steigen die Ausgaben für Sozialprogramme.“⁹

2. Widersprüche im Reproduktionsprozeß der städtischen Produktivkräfte

Je entwickelter und je weniger mit Widersprüchen behaftet die komplexen Produktivkräfte einer Region sind, desto größer sind die Agglomerationsvorteile im Vergleich zu konkurrierenden Standorten. Die produktivere Arbeit des regionalen Gesamtarbeiters zählt — ähnlich wie bei Produktivitätsvorteilen innerhalb eines Sektors oder im internationalen Warentausch — als intensivere Arbeit, die in der gleichen Zeit mehr Wert produziert.

Diese Agglomerationsvorteile sind für das Kapital zum beträchtlichen Teil Gratisproduktivkräfte, die vernutzt werden können, ohne daß sich das Kapital planvoll um ihre Reproduktion kümmern muß. Dieser (kostenlose) Produktivitätsvorsprung — er kann von den Unternehmen in unterschiedlichem Umfang genutzt werden¹⁰ — befördert unter bestimmten Bedingungen Überagglomeration bei gleichzeitiger Entvölkerung, Destabilisierung und Zerstörung der Produktivkräfte in weniger entwickelten Regionen

7 Diesen anschaulichen Begriff benutzt H. Bömer, Regionale Strukturkrisen im staatsmonopolistischen Kapitalismus und marxistische Raumökonomie. Am Beispiel der Ruhrgebietskrise, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 2/1979, S. 155, Anm. 52.

8 P. Schütt, Die Muttermilchpumpe, Dortmund 1980, S. 89; vgl. auch: R. Billerbeck, New Yorks Finanzkrise — Ein Lehrstück, in: Leviathan, Sonderheft I/1978, „Krise des Steuerstaates“, Opladen 1978. K.P. Fiedler, Kommunale Strukturen in den USA, Schlußbericht zum Amerikanischen Städtereport I-VII, in: Der Städtetag, Nr. 5/1981; dort auch die Quellenangaben zur Untersuchung folgender Städte: New York City, Washington, Baltimore, Columbus, Dayton, Pittsburgh, Newark.

9 Handelsblatt vom 31.12.1981.

10 Vgl. D. Läßle, Gesellschaftlicher Reproduktionsprozess und Stadtstrukturen, in: M. Mayer u.a., Hg., Stadtkrise und Soziale Bewegungen, Köln-Frankfurt 1978, S. 35 f.

bzw. Kapitalabflußgebieten. Vor allem in entwickelteren Regionen genügt wegen des hohen Vergesellschaftungsgrades schon ein relativ geringer Kapitalabfluß aus Schlüsselbereichen, um weitreichende negative Konsequenzen für den gesamten regionalen Reproduktionsprozeß zu verursachen¹¹.

Unter kapitalistischen Bedingungen gilt, daß das Streben nach maximalem Profit und die Konkurrenz der Kapitale untereinander „unweigerlich zu einer Form der Aneignung des Raumes (führt), in der die Kooperation und Schaffung von komplexen Gebrauchswerten nur dort zählen, wo sie zur erweiterten *Reproduktion des Kapitals* — *keinesfalls der Gebrauchswerte* — beitragen oder hierfür notwendig sind.“¹² An den Erfordernissen der Kapitalverwertung ist sowohl die sektorale und regionale Mobilität von Kapital als auch das Ausmaß des Engagements für die städtische Produktivkraftentwicklung orientiert. Die Unternehmen engagieren sich in aller Regel nur dann, wenn bestimmte Produktivkräfte ausfallen oder ihre mangelhafte Entwicklung in der Vergangenheit sich störend für den Reproduktionsprozess auswirkt, wobei über die Gesetzgebung des Staates vermittelter und direkter Druck der Arbeiterklasse und anderer Betroffener ebenso eine Rolle spielt wie das Ausmaß der staatsmonopolistischen Finanzierung entsprechender Aufwendungen.

Die negativen Konsequenzen der Kapitalverwertungszwänge für die Produktivkraftentwicklung treten freilich je nach der erreichten Phase des Akkumulationsprozesses des Kapitals in unterschiedlichem Umfang in Erscheinung. In Phasen stürmischer Akkumulation werden sektorale und regionale Strukturveränderungen häufig aus Teilen der wachsenden Profitmasse finanziert. In Phasen nachlassender Akkumulationstätigkeit und wachsender Widersprüche des Verwertungsprozesses „wandert“ der gesamte Profit in die neue Anlagensphäre, und die schrittweise Verlagerung der alten Substanz — etwa durch Mobilität der Abschreibungen — spielt eine wachsende Rolle. Die Abzugsregionen und -branchen werden wie Unfallautos „ausgeschlachtet“, ihre produktive Substanz zerrüttet.

Der von *Prêteceille* benannte „Grundwiderspruch der Verstädterung im Kapitalismus“¹³ erscheint aktuell in einer Vielzahl von miteinander verknäuelten Einzelwidersprüchen, von denen die wichtigsten angedeutet seien¹⁴.

1. Das Gesamtsystem ist unfähig, die Ressourcen der Biosphäre (Luft, Wasser, Flora und Fauna) zu reproduzieren. In Spuren erkennbare Fortschritte auf diesem Sektor sind

11 Überlegungen dazu und eine Modellrechnung bei: H. Bömer, Regionale Strukturkrisen, a.a.O., S. 154 f.

12 E. Prêteceille, Städteplanung, a.a.O., S. 42.

13 Ebenda.

14 Ausführlich und an vielen Einzelbeispielen vorgeführt in: H. Bömer u.a., Hg., Regionale Krisen und Arbeitnehmerinteressen, Materialien zur arbeitnehmerorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik, StadtPlan 6, Köln, Herbst 1981.

15 Vgl. J. Angenfort, Umweltschutz und Kommunalpolitik, in: G. Thiele, Hg., Kommunalpolitik, Gegenwart und Perspektive, Frankfurt 1980, S. 85 ff.;

E. Gärtner, Ökologie und Umweltkrise in der Bundesrepublik, in: IMSF, Hg., Technik-Umwelt-Zukunft, Materialien der Tagung „Wissenschaftlich-Technischer Fortschritt und gesellschaftliche Alternativen“, Frankfurt 1980, S. 168 ff. Abgesehen von direkten Zuschüssen handelt es sich bei den Subventionen vor allem um Abschreibungsleichterungen nach dem § 7 d des Einkommensteuergesetzes, das über den ursprünglich festgelegten Termin vom 1.1.1980 weitert. Danach können „für Wirtschaftsgüter, die dem Umweltschutz dienen“, bereits im 1. Jahr 60 %, in den folgenden Jahren je 10 % der Anschaffungs- oder Herstellungskosten abgeschrieben werden.

letzten Endes nur aufgrund massiver staatlicher Subventionen zustande gekommen¹⁵. Güther spricht in diesem Zusammenhang von der systembedingten Unfähigkeit, schon heute Arbeit zu verausgaben, die sich erst in Zukunft als eingesparte Arbeit erweist („präventive Arbeit“). Der Gebrauchswertcharakter tritt hier offen zutage als Negation kapitalistischer Formbestimmtheit¹⁶.

2. Die ungeplante territoriale Umstrukturierung der privaten Kapitalverwendung geht vor allem in den „alten“ Industriegebieten (etwa solchen unterschiedlich strukturierten Regionen wie Aachen, Ruhrgebiet, Hof, Saargebiet) mit forciertem Auszehrung der regionalen Produktivkräfte und Kapitalvernichtung einher.

Zur Illustration der Dynamik dieser Entwicklung sei darauf verwiesen, daß nach den Beobachtungen der Arbeitsverwaltung allein zwischen 1970 und 1977 rund 5 600 Industriebetriebe mit 556 000 Beschäftigten stillgelegt wurden¹⁷. Folgt man der letzten Bundesraumordnungsprognose, dann werden sich die regionalen Ungleichgewichte zukünftig weiter verschärfen. Mehr Arbeitsplätze als Erwerbspersonen im Jahr 1990 werden bei einer bereits unterstellten Arbeitslosenquote von 2 Prozent lediglich für 10 der 38 Gebietseinheiten des Bundesraumordnungsprogramms prognostiziert¹⁸. Dabei ist inzwischen deutlich geworden, daß die Prognose von 1977 noch als zu günstig anzusehen ist.¹⁹ Unabhängig von der zyklischen Entwicklung der Produktion ist davon auszugehen, daß sich die regionalen Strukturkrisen besonders der alten Industriegebiete über lange Zeiträume hinschleppen werden²⁰, wenn es nicht gelingt, die herrschende Politik in eine andere Richtung zu drängen²¹. Nach der erwähnten Prognose ergibt sich zum Beispiel für die alten Montanregionen für das Jahr 1990 (trotz einer bereits unterstellten Arbeitslosenrate von 2 Prozent!) ein Arbeitsplatzdefizit für die Gebietseinheiten:

- 14 Dortmund — Siegen von 65 000
- 15 Essen von 136 000
- 26 Saarland von 51 000²²

16 B. Güther, *Infrastruktur und Staat, Zur Entwicklung der allgemeinen Produktionsbedingungen in der BRD 1950-1975*, Marburg 1977, S. 70.

17 Berechnet nach: Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Hg., *Die Standortwahl der Industriebetriebe in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West), Neuerrichtete, verlagerte und stillgelegte Industriebetriebe in den Jahren 1976 und 1977*, Bonn 1979, S. 11 f.

18 Der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Hg., *Raumordnungsprognose 1990, Aktualisierte Prognose der Bevölkerung und der Arbeitsplatzzahl in den 38 Gebietseinheiten der Raumordnung für die Jahre 1980, 1985, und 1990*, Bonn 1977, S. 89.

19 Abgesehen von den Projektionen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) liegen an neueren Untersuchungen zur Entwicklung der Zahl der Erwerbspersonen und der Arbeitsplätze u.a. vor: G. Buttler, B. Hof, *Bevölkerung und Arbeitsmarkt bis zum Jahr 2000*, Köln 1977; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), *Finanzierungsstruktur und Verteilungswirkungen einer nachfrageorientierten Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung*, in: DIW-Wochenbericht, 13/79; Bundesministerium für Forschung und Technologie unter Mitarbeit der Prognos AG, *Szenarien zur wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland bis 1995*, Diskussionspapier, Bonn 1980; IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung, *Infratest-Wirtschaftsforschung, Technischer Fortschritt — Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt*, Ergebnisband in: *Anlagen der Pressemitteilung Nr. 149/80 vom 9. Juni 1980* des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung.

20 Zur Begründung dieser These siehe: H. Bömer, *Regionale Strukturkrisen*, a.a.O., S. 144 ff.

21 Zur politischen Programmatik und den Forderungen einer alternativen Politik: M. Schneidereit, H. Bömer, *Arbeitnehmerorientierte Alternative für das Ruhrgebiet: Einzige Chance für diese Krisenregion*, in: H. Bömer u.a., *Regionale Krisen*, a.a.O.

3. Es zeichnet sich deutlich ab, daß Arbeitslosigkeit zum Dauerproblem wird. In vielen Fällen führt das zur Erosion, ja zur Zerstörung der Qualifikation. Das gilt nicht nur für die ehemals fungierenden Arbeitskräfte, sondern über eigene Erfahrungen und den familiären Sozialisationsprozess auch für Teile der nachwachsenden Generation.²³

4. Gleichzeitig wird sichtbar, daß es in den 90er Jahren Facharbeitermangel geben wird. Zum einen, weil der entsprechende Nachwuchs seit Ende der 60er Jahre nur ungenügend ausgebildet wurde²⁴. Zum anderen, weil nicht zu erkennen ist, daß dem frühzeitigen Verschleiß großer Teile des vorhandenen qualifizierten Arbeitskräftepotentials wirksam Einhalt geboten wird²⁵.

Vor allem in den Ballungsgebieten wird es ferner eine wachsende Zahl vor allem ausländischer (aber nicht nur!) potentieller Arbeitskräfte geben, deren formale Qualifikation unter dem Durchschnittsniveau auch nur un- und angelernter Arbeitskräfte liegen wird²⁶. Um das Problem anzudeuten, sei auf die voraussehbare Entwicklung in Frankfurt verwiesen. Nach einer Untersuchung des Statistischen Amtes der Stadt Frankfurt betrug 1978 der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung

- in der Altersgruppe unter 6 Jahren 41 Prozent;
- in der Gruppe 6 bis unter 15 Jahren mehr als 23 Prozent.²⁷

Abgesehen von Sonntagsreden sind kaum Anstrengungen der herrschenden Politik zu erkennen, aus dieser Tatsache Schlußfolgerungen zu ziehen — etwa im Hinblick auf die Zahl und Ausbildung der Lehrer.

5. „Der Grundbesitz, auf seine Art von der kapitalistischen Produktionsweise als private Aneignung eines Produktionsmittels und als Erwerbsquelle reproduziert, verschärft den Widerspruch besonders, sowohl was die Produktion als auch den Verkehr und die Errichtung der städtischen Gebrauchswerte anbelangt“²⁸. Hierbei ist u.a. auf die Selektionsfunktion der Grundrente zu verweisen, die zu einer Entmischung städtischer Funktionen, zur Zerschlagung intakter Wohngebiete und der Verdrängung der Bevölkerung an die Stadtränder, daraus resultierenden zusätzlichen Verkehrsproblemen sowie der wachsenden Schwierigkeit, Gebrauchswerte zur Reproduktion der Arbeitskraft (etwa Sozialwohnungen) zu errichten, beiträgt.

22 Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Raumordnungsprognose 1990, S. 89.

23 Zu diesem Zusammenhang siehe schon M. Jahoda, P.F. Lazarsfeld, H. Zeisel, *Die Arbeitslosen von Marienthal*, 1. Aufl. Leipzig 1933; Neuauflage, Allensbach-Bonn 1960.

24 Als Hinweis zu dieser These: Zwischen 1967 und 1978 verminderte sich die Zahl der bei den Industrie- und Handelskammern angemeldeten Auszubildenden — mit Schwerpunkt des Rückgangs bei den industriellen Facharbeiterberufen — von 781 000 auf 692 000 (– 14 %). Sie stieg dagegen bei den Handwerkskammern von 481 000 auf 615 000 (+ 28 %), im Öffentlichen Dienst und bei den Kammern der Freien Berufe. Berechnet nach: Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, *Arbeits- und Sozialstatistik, Hauptergebnisse 1979*, S. 32.

25 Vgl. E. Dähne, K. Priester, *Arbeitsbedingungen und gewerkschaftlicher Kampf*, IMSF-Informationsbericht Nr. 20, Frankfurt 1978, vor allem S. 68 ff., S. 106 ff.

26 Zu den Dimensionen des hier gemeinten Qualifikationsbegriffs vgl. F. Wiethold, *Hypothesen zum Zusammenhang von technisch-organisatorischer Entwicklung des Arbeitsprozesses und Entwicklung der Qualifikationsanforderungen*, in: *WSI-Mitteilungen*, Nr. 6/1978.

27 Statistisches Amt und Wahlamt Frankfurt a.M., *Frankfurter statistische Berichte*, H. 1/1980, S. 13.

28 E. Prêteceille, *Städteplanung*, a.a.O., S. 42.

16. Der Widerspruch, der sich daraus ergibt, daß Art. 28 Abs. 2 des Grundgesetzes — „Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln“ — immer mehr zur Farce wird.²⁹ Seine volle Realisierung ist in einer Gesellschaft, in der die Maximierung des Profits Vorrang hat und sich die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung weithin nur anarchisch durchsetzen, ohnehin unmöglich. Die großen, zentralisierten Konzerne entscheiden unabhängig von der „örtlichen Gemeinschaft“, wo und was investiert oder abgebaut bzw. stillgelegt wird. In ihrer Funktion als Käufer von Arbeitskraft, kommunaler Steuerzahler und einer der Hauptnutznießer der überwiegend von den Kommunen bereitgestellten allgemeinen Produktionsbedingungen verfügen sie über eine bestimmende ökonomische Position, denen die Kommunen nichts Gleichwertiges entgegensetzen können, zumal ihre politischen Entscheidungsträger häufig auch persönlich von den ortsansässigen Konzernen abhängig sind.

Die zentralen staatlichen Institutionen befördern diese Entwicklung auf vielfältige Weise. Besonders in Zeiten wachsender ökonomischer Widersprüche — in denen sich die Konkurrenz um die Verteilung der staatlichen Einnahmen zuspitzt — verstärkt sich die generell wirkende Tendenz zu einer Zentralisierung der staatlichen Finanzmittel. Das hat in der Regel zur Folge, daß die staatlichen Ausgaben zur Reproduktion der Arbeitskraft, zum großen Teil von den Kommunen geleistet, beschnitten werden, während die Ausgaben bzw. Mindereinnahmen (z.B. durch Abschaffung der Lohnsummensteuer), die den großen Unternehmen zugute kommen, steigen.

Die finanzpolitischen Instrumente für diese Entwicklung wurden zum Teil bereits 1976 — u.a. mit dem „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ — geschaffen bzw. wirkungsvoller gestaltet. An Stichworten der weiteren Entdemokratisierung und Herrschaftszentralisierung sind die Gebiets„reform“, der Ausbau des Systems der Auftragsangelegenheiten und die zweckgebundenen Finanzzuweisungen von Bund und Ländern zu nennen. „Mittel werden immer häufiger nur vergeben, wenn die Kommunen bis ins kleinste gehende Auflagen akzeptieren, die tief in die Entscheidungshoheit der Kommunalparlamente eingreifen. Zudem maßen sich die Landesregierungen das Recht an — wo es möglich ist, handelt der Bund in gleicher Weise — die Verteilung an Bedingungen zu knüpfen, wie die bestimmte Höhe von Hebesätzen der Gemeindesteuern oder der Gebührenhöhe für kommunale Leistungen. All das widerspricht dem Gebot der Verfassung.“³⁰

In der Praxis kommunaler Selbstverwaltung spielt die „Rechtsaufsicht“ der Landräte und Regierungspräsidenten sowie der Einfluß der regionalen Planungsgemeinschaften eine immer größere Rolle. Über landesunterschiedliche Gesetzesvorgaben, Erlasse, Verfügungen, Weisungen, Genehmigungsvorbehalte und erläuternde Richtlinien greifen sie tagtäglich in das verfassungsrechtlich garantierte Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden ein.³¹

29 Ähnliche, meistens weitergehende Bestimmungen, befinden sich in den aus den Landesverfassungen abgeleiteten Gemeindeordnungen der meisten Bundesländer. So heißt es im § 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen: „Die Gemeinden sind in ihrem Gebiet ausschließliche und eigenverantwortliche Träger der öffentlichen Verwaltung. Die Verwaltung der Gemeinde wird ausschließlich durch den Willen der Bürgerschaft bestimmt.“

30 DKP-Parteivorstand, Hg., „Für eine demokratische Kommunalpolitik. Die Finanznot der Städte und Gemeinden beheben — Vorschläge der DKP-Entwurf“, Düsseldorf, 19.2.1981, S. 11.

31 Ebenda, S. 12.

Diese skizzierte Entwicklung, die in der Bundesrepublik in Richtung Zentralisierung staatlicher Machtausübung und einer Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung verläuft, ist die reaktionäre Lösung eines im Prozeß der Entwicklung der Produktivkräfte angelegten Widerspruchs. Er ergibt sich daraus, daß der zunehmende Vergesellschaftungsgrad der Produktivkräfte, der überörtliche Koordination erfordert (und Zentralisierung von Entscheidungen ermöglicht), zugleich ein Prozeß wachsender Differenzierung und Komplexität der Produktivkräfte ist, der Dezentralisierung von Entscheidungen notwendig macht. Die räumlich-zeitliche Organisation des städtischen Reproduktionsprozesses ist eine Aufgabe, die nur dann rational gelöst werden kann, wenn die konkreten Verhältnisse auf örtlicher und regionaler Ebene berücksichtigt werden.

7. In engem Zusammenhang mit dem zuletzt genannten Gesichtspunkt steht die kommunale Finanzmisere, die die Möglichkeiten vieler Städte einengt, den Widersprüchen bei der Reproduktion der städtischen Produktivkräfte wirksam zu begegnen. Sie werden dazu gedrängt, immer mehr Lasten auf die Bürger abzuwälzen und notwendige Investitionen zu unterlassen. Auf diese und andere Weise befördern sie den Verfall der Produktivkraft Stadt.

3. Entwicklungstendenzen der Gemeindefinanzen

3.1 Zur Entwicklung der Einnahmen

Die Einnahmen der Gemeinden werden von vier großen Blöcken bestimmt: *Steuern*, *Entgelt* für die Benutzung städtischer Einrichtungen (= Gebühren) oder Beiträge zu ihren Kosten, staatliche *Finanzzuweisungen*, *Kredite*. Daneben spielen Betriebseinnahmen, Einnahmen aus Kapitalbeteiligungen, Zinsen der Rücklage usw. eine unterschiedliche Rolle³².

Die grundlegende Entwicklungstendenz läßt sich durch folgende Daten markieren:

- Der Anteil der Steuern an den Einnahmen der Kommunen ging von 1961 bis 1981 — wobei die Entwicklung un stetig verlief — von 39,1 auf 32,5 Prozent zurück.
- Der Anteil der Entgelte stieg von 17,4 auf 21,5 Prozent; ebenso die staatlichen Zuweisungen, die ihren Anteil von 23,5 auf 27,5 Prozent ausweiteten.
- Der Anteil der Kredite sank von 7,3 auf 3,1 Prozent.³³

Schon diese groben Zahlen machen deutlich, daß die Ausweitung des kommunalen Finanzvolumens zum einen mit einer größeren Zuweisungsabhängigkeit von übergeordneten staatlichen Ebenen, zum anderen über die Gebühren und Beiträge mit verstärkter Belastung der Bürger verbunden war.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß durch die Gemeindefinanzreform von 1969, die den Gemeinden — gegen einen Abzug von der Gewerbesteuer — einen Anteil von 14 Pro-

32 Eine gute Zusammenfassung über die rechtlichen Grundlagen der kommunalen Finanzwirtschaft und ihre Handhabung in der Praxis bietet: V. Klenk, Das kommunale Finanzsystem, Rechtliche Grundlagen, Haushaltsplan, Finanzplanung, kommunale Einnahmen und Ausgaben, Bauök-Papiere Nr. 28, hrsg. durch das Inst. f. Bauökonomie der Universität Stuttgart, Stuttgart 1976.

33 Alle Zahlen nach H. Karrenberg, E. Münstermann, Gemeindefinanzbericht 1981, in: Der Städtetag, Nr. 2/1981, S. 78.

zent am Aufkommen der *Einkommenssteuer* einräumte, auch die Steuereinnahmen nur noch teilweise solche der Gemeinden sind und verstärkt von den Wechselfällen staatlicher Gesetzgebung — auf die die Kommunen keinen Einfluß haben — abhängig wurden. Jede Einkommenssteuerentlastung ist nicht nur für die Bundesfinanzen als Einnahmeausfall wirksam, sondern schlägt direkt und indirekt über die Finanzkraft der Länder auch auf die Gemeindeebene durch. Nach Schätzungen des Deutschen Städtetages gilt, „daß die Kommunen bei jeder einkommenssteuerlichen Entlastungsmaßnahme fast 24 v.H. des Steuerausfalls zu verkraften haben.“³⁴ Da viele Kommunen solche Ausfälle nicht verkraften können, halten sie sich über Gebührenerhöhungen schadlos. Ein großer Teil der steuerlichen Entlastung für die arbeitende Bevölkerung wird dadurch mit geringer Zeitverzögerung wieder unwirksam, wobei die geringer verdienenden Einkommensgruppen überproportional belastet werden.

Abgesehen davon, daß das Aufkommen an Einkommensteuern ebenfalls konjunkturabhängig und deshalb unstetig ist — allerdings (noch!) nicht so stark wie die Gewerbesteuer —, spielt aktuell eine Rolle, daß die Stadt-Umland-Wanderung — sprich die Vertreibung wachsender Teile der Bevölkerung aus den Kernstädten — zu einem Einkommenssteuerverlust der Städte führt, was allerdings wegen der Komplexität der Handhabung der kommunalen Einkommenssteuerverteilung nur schwierig zu ermitteln ist³⁵. Der Deutsche Städtetag schätzt, daß nach der Neufestsetzung der Schlüsselzahlen für den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer, die am 1.1.1979 wirksam wurde, im Durchschnitt der Bundesrepublik alle Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern Einkommenssteuerverluste hinnehmen mußten, wobei der Steuerrückgang in den Großstädten am größten war.³⁶

Die zweitwichtigste Gemeindesteuer ist nach wie vor die *Gewerbesteuer*. Sie wird nach Ertrag und Kapital ermittelt und kann nur mit Schwierigkeiten über die Preise weitergewälzt werden. Aus diesem Grund war sie auch stets Objekt von Abbauforderungen der Unternehmer und ihrer Verbände.³⁷ Nach der letzten, zum 1.1.1980 wirksam gewordenen Abbaumaßnahme betragen die Freibeträge beim Gewerbeertrag 36 000 DM und beim Kapital 60 000 DM, was beim gegenwärtigen Stand zur Folge hat, daß überhaupt nur noch 37 Prozent aller Gewerbebetriebe gewerbesteuerpflichtig sind.³⁸ Erfolgreich war die Unternehmerlobby im Hinblick auf den Abbau der Lohnsummensteuer zum 1.1.1981. Die Summe der aufgezählten Entlastungen für die Unternehmen betragen nach Schätzungen des Städtetages per Saldo rund 3,9 Milliarden DM.³⁹ Der den Kommunen zugestandene höhere Anteil an der Einkommensteuer, der von 14 auf 15 Prozent erhöht wurde und die Verringerungen des Anteils der Gewerbesteuer, die an den Bund abgeführt wird, konnte diesen Verlust nur zum Teil ausgleichen. Dem

34 Dieselben, Gemeindefinanzbericht 1980, in: Der Städtetag, Nr. 2/1980, S. 82.

35 Vgl. Ebenda, S. 90; sehr detailliert am Beispiel Stuttgarts und seines Umlandes R.J. Fischer u.a., Finanzielle Auswirkungen der Stadt-Umland-Wanderungen, Auswirkungen veränderter Nutzungsverteilungen zwischen Kern- und Randgemeinden auf die kommunalen Einnahmen, Schriftenreihe „Städtebauliche Forschung“ des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn, 03.073/1979.

36 Karrenberg, Münstermann, Gemeindefinanzbericht 1980, S. 78.

37 So war bereits von der Sachverständigenkommission für die Finanzreform, der sog. Troeger-Kommission, ihr stufenweiser Abbau vorgeschlagen worden.

38 Karrenberg, Münstermann, Gemeindefinanzbericht 1980, S. 77.

39 Ebenda.

weiteren Abbau der Gewerbesteuer konnte nur mit dem Argument begegnet werden, daß bei ihrem völligen Abbau die Kommunen ihr Interesse an Gewerbebetrieben auf dem Gemeindegebiet verlieren könnten.

Durch das Bewertungsgesetz von 1971 wurden die Einheitswerte des Grundbesitzes von 1935 durch die Einheitswerte 1964 mit Wirkung vom 1. Januar 1974 ersetzt. Dadurch und durch die vielerorts erfolgte Erhöhung der Hebesätze ergaben sich in den 70er Jahren deutliche Steigerungen des *Grundsteueraufkommens*. Die Dynamik dieser Entwicklung ist aber weitgehend erschöpft oder beruht nur noch auf einer Erhöhung der Hebesätze, was problematisch ist, weil Grundsteuererhöhungen auf die Mieten durchschlagen.

Insgesamt ergeben sich für die Entwicklung des Steueraufkommens der Gemeinden folgende Gesichtspunkte:

- Der kommunale Anteil am Steueraufkommen insgesamt hat sich auch nach der Gemeindefinanzreform von 1969 nicht nachhaltig erhöht. Er betrug 1956 rund 16 Prozent, sank 1970 unter 12 Prozent und wird 1981 voraussichtlich 13,6 Prozent betragen.⁴⁰
- Die Politik der „Steuerpakete“, die in erster Linie den Unternehmen Steuerentlastung brachte, hat zu einem „Mangel an Stetigkeit, vor allem aber an Kalkulierbarkeit der Einnahmeentwicklung (geführt). Was die Kommunen aber im Interesse einer kontinuierlichen und planvollen Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen, sind Einnahmen, die möglichst gleichmäßig, ohne große Schwankungen nach unten und oben zunehmen und deren Entwicklung zumindest einigermaßen zuverlässig vorausgeschätzt werden kann“.⁴¹
- Für die zukünftige Entwicklung gilt, daß das Steueraufkommen sich parallel zum (im mittelfristigen Durchschnitt) geringeren wirtschaftlichen Wachstum und den wenig steigenden Nominallöhnen entwickelt. Der Steuerzuwachs wird also noch geringer als in den 70er Jahren sein, Rückgänge sind möglich. Sie gelten heute bereits für Städte, die stark von den Gewerbesteuerzahlungen stagnierender oder rückläufiger Branchen abhängen.

Der zweitwichtigste Einnahmeposten der Gemeinden sind die *Finanzzuweisungen* von Bund und Ländern. Zu unterscheiden ist hier zwischen allgemeinen Zuweisungen — etwa Schlüsselzuweisungen —, die ohne detaillierte Auflagen vergeben werden, und den Zweckzuweisungen für bestimmte Projekte, Programme oder Investitionen. Das Problem der Zuweisungen besteht generell darin, daß ihre Masse von den Entscheidungen der zentralen politischen Ebenen abhängig ist. Daher schwanken auch die allgemeinen Finanzzuweisungen in ihrer Höhe, weil Teile der Verbundmasse in wechselndem Umfang für die Sanierung der Haushalte der Länder verwandt werden. Das größte Ärgernis sind die zweckgebundenen Zuweisungen, mit denen die kommunale Demokratie ausgehöhlt wird. Die Forderung nach einem „Abbau des staatlichen Zuweisungsdirigismus“ ist allgemein, zumal diese Art der Mittelvergabe sehr unübersichtlich und verwaltungsaufwendig ist⁴².

40 Karrenberg, Münstermann, Gemeindefinanzbericht 1981, S. 65.

41 Karrenberg, Münstermann, Gemeindefinanzbericht 1980, S. 83 f.

42 In Bayern existieren z.B. 1979 300 verschiedene „Töpfe“ und 200 Zuwendungsrichtlinien für die zweckgebundenen Mittel (Karrenberg, Münstermann, Gemeindefinanzbericht 1981, S. 78).

Immer größere Bedeutung erlangen die *Gebühren und Beiträge*. Der Anteil letzterer (etwa Beiträge für die Erschließungskosten von Grundstücken) ist über die Jahre hinweg konstant geblieben. Das gilt auch für die Benutzerzahl städtischer Einrichtungen. Der deutliche anteilige Anstieg dieses Postens an den Gesamteinnahmen der Gemeinden von 17,4 Prozent (1961) auf 21,5 Prozent (1981) ist also vor allem auf den überproportionalen Anstieg der Gebühren für die Benutzung dieser Einrichtungen zurückzuführen. „Diese Politik ist nicht nur unsozial, sondern auch unwirtschaftlich. Die kommunalen Gebührenerhöhungen heizen die Inflation an. Tatsache ist, daß es kaum eine kommunale Dienstleistung gibt, deren Preis nicht schneller als die ‚amtlich‘ ermittelten Preise für die Lebenshaltung insgesamt gestiegen wäre. Außerdem tragen die ständigen Gebührenerhöhungen häufig zur ungenügenden Auslastung kommunaler Einrichtungen und damit zur Verteuerung ihres Betriebes bei.“⁴³

Daß die Spielräume für Gebührenerhöhungen — selbst in den klassischen Gebührenhaushalten — noch nicht ausgeschöpft sind, zeigt eine Aufstellung des Deutschen Städtetages, die zugleich die geradezu prohibitiven Steigerungsraten der Einnahmen für 1980 und 1981 deutlich macht.

Tabelle 1: Kostendeckungsgrade und Entwicklung in ausgewählten kommunalen Gebührenhaushalten¹

Gebührenhaushalte	Kosten- deckungs- grad ²	Veränderung der Gebühreinnahmen		Gewicht ³ v.H.
		1980	1981	
		+/- %		
Abwasserbeseitigung	83,9	+ 7,6	+ 12,8	46,6
Abfallbeseitigung	95,5	+ 3,1	+ 7,2	29,9
Straßenreinigung	54,5	+ 8,4	+ 5,9	4,8
Schlacht- und Viehhöfe	75,2	— 3,5	+ 1,6	3,3
Bestattungswesen	59,4	+ 5,0	+ 11,0	6,8
Bäder	18,2	+ 14,7	+ 5,7	4,1
Volkshochschulen	17,6	— 2,0	+ 12,5	1,1
Musikschulen	24,6	+ 21,9	+ 14,2	0,7
Theater und Konzerte	11,4	+ 8,3	+ 0,7	2,4
Museen	6,5	+ 3,3	12,9	0,4

¹Ergebnis einer Umfrage vom Dezember 1980 bei Mitgliedstädten des Deutschen Städtetages. — ² Anteil der Gebühreinnahmen an den Ausgaben dieser Einrichtungen im Verwaltungshaushalt. — ³ Anteil der einzelnen Gebührenhaushalte am gesamten Gebührenaufkommen der zehn untersuchten Bereiche gemäß Rechnungsstatistik 1978. Diese Gebührenhaushalte erwirtschafteten in 1978 62 v.H. des gesamten kommunalen Gebührenaufkommens (ohne Krankenhäuser).

Quelle: Deutscher Städtetag; zitiert nach: Karrenberg, Münstermann, Gemeindefinanzbericht 1981, S. 71

43 DKP-Parteivorstand, Hg., „Für eine Demokratische Kommunalpolitik“ — Entwurf, S. 17.

Dabei muß darauf verwiesen werden, daß die Kostendeckungsgrade infolge der Vorschriften der Gemeindehaushaltsverordnung von 1973 überhöht sind. Im § 12 wird vorgeschrieben, daß bei den kostenrechnenden Einrichtungen auch Abschreibungen und eine „angemessene Verzinsung des Eigenkapitals“ als Kosten zu berücksichtigen sind. Die Abschreibungen werden berechnet, obwohl die laufenden Instandhaltungskosten der Anlagen ebenfalls in Ansatz gebracht werden, und die Verzinsung des Eigenkapitals hat in der öffentlichen Haushaltswirtschaft im Grunde nichts zu suchen, da es sich um Mittel handelt, die Bürger durch ihre Steuern selbst aufgebracht haben. Ziel dieser Bestimmung war es zum einen, die Möglichkeiten zur Abpressung höherer Gebühren zu erweitern, zum anderen die Kostenrechnung derartiger Einrichtungen an die von kapitalistischen Unternehmen anzugleichen, nicht zuletzt, um ihre Privatisierungsmöglichkeiten zu verbessern. Selbst der Städtetag muß freilich zugeben, daß solche Einrichtungen wie Bäder, Volkshochschulen, Theater usw. nicht kostendeckend betrieben werden können.⁴⁴

3.2 Zur Entwicklung der Ausgaben

Die kurze Skizze wichtiger Einnahmeblöcke der Kommunen hat gezeigt, daß ihre zukünftige Entwicklung nicht optimistisch beurteilt werden kann. Das wäre dann unbedenklich, wenn sich der Anstieg der Ausgaben zukünftig verlangsamten würde. Gegenwärtig gibt es aber keine Anzeichen für eine solche Entwicklung. Tatsache ist, daß die großen Blöcke kommunaler Ausgaben durch die von Bund und Ländern auferlegten „Weisungsgebundenen Pflichtaufgaben“ (etwa: Personenstandswesen, Meldewesen, Wehrerfassung, Auszahlung von Unterhaltszuschüssen an die Verwandten von Wehrpflichtigen usw.) und die „Weisungsfreien Pflichtaufgaben“ (Gemeindestraßen, Abwasserbeseitigung, Feuerwehr usw.) nahezu unverrückbar festliegen. Der Spielraum, der für die „freiwilligen Aufgaben“ (Sportstätten, Einrichtungen der Jugend- und Altenhilfe, Kindergärten usw.) verbleibt, wird immer geringer, zumal auch hier gilt, daß die Investitionen der Vergangenheit mit ihren Folgekosten kommunales Handeln in der Gegenwart weitgehend festlegen.

Insofern sind Apelle an kommunale Sparmaßnahmen in aller Regel nichts anderes als Demagogie, die auf die Einfalt der Gemeindebürger baut. Dieser Grundtatbestand kommunaler Ausgabenwirtschaft wird durch die Folgen der kapitalistischen Krise verfestigt. Die Schließung von Betrieben führt nicht nur zum Verlust von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen. Sie verteuert in der Regel wegen Unterauslastung auch Einrichtungen der städtischen Infrastruktur, was im Extremfall — wie die zitierten Beispiele aus den USA zeigen — zu ihrem teilweisen Verfall führt. Eine wesentliche Krisenfolge ist der Anstieg der Soziallasten — hier vor allem der „Laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU)“, die allein von den Kommunen getragen werden muß. So erhöhten sich die sozialen Leistungen der Gemeinden und Gemeindeverbände von 1970 4,43 Milliarden DM auf 16,90 Milliarden DM im Jahre 1981 um rund 281 Prozent, während die Summe aller übrigen Ausgaben des Verwaltungshaushalts lediglich um 174 Prozent zunahm⁴⁵.

44 Vgl. Karrenberg, Münstermann, Gemeindefinanzbericht 1981, S. 71 f.

45 Ebenda, S. 81.

Vor allem die HLU, die nach einem Warenkorb des „Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge“ bemessen wird, ist dringend reformbedürftig, weil sie dem Anspruch des Bundessozialhilfegesetzes, „dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht“ (BSHG, § 1, Absatz 2), zuwiderläuft.⁴⁶ Das wird vom Deutschen Städtetag mit der merkwürdigen Begründung abgelehnt, daß das 1 Milliarde DM zusätzlich kosten würde, was unvertretbar sei⁴⁷. Aber auch ohne eine Veränderung des gültigen Warenkorbes werden die Zahl der Anspruchsberechtigten und damit die notwendigen Ausgaben zunehmen, weil Dauerarbeitslosigkeit die unteren Randgruppen der Arbeiterklasse ins Elend treibt und die Zahl der Paupers ebenso anschwillt, wie der zahlenmäßige Umfang des Lumpenproletariats, das den Städten eine Vielzahl von Zusatzkosten aufbürdet.⁴⁸

Ein Problem stellen auch die Zinslasten dar, die zwischen 1970 und 1981 von 2,40 Milliarden auf 6,45 Milliarden DM anwuchsen. Sie werden 1981 voraussichtlich 6,2 Prozent der Gesamtausgaben des Verwaltungshaushalts umfassen. Diese Durchschnittsangabe wird aber von vielen Städten in der Bundesrepublik übertroffen. Das gegenwärtig hohe Zinsniveau für neue Kredite und die notwendig gewordene Umschuldung früher aufgenommenener Niedrigzins-Kredite, die mit einer Gleitklausel versehen waren, tragen dazu bei, daß dieser Ausgabenposten weiterhin überdurchschnittlich steigen wird.

Der Bevölkerungsrückgang vieler Großstädte bringt kaum Ausgabenentlastung, weil die Kosten der bestehenden Infrastruktur bei geringerer Inanspruchnahme entweder überhaupt nicht oder nur unterproportional zurückgehen und ihre Lasten sich auf immer weniger Gemeindebürger verteilen.

Die Schlußfolgerung, daß der kommunale Investitionsbedarf in den 80er Jahren sinkt, weil die Einwohnerzahl der Städte zurückgeht, läßt sich angesichts der realen Investitionsbedürfnisse als voreilig charakterisieren. „Den Auguren von allgemeinen Sättigungstendenzen und sinkenden kommunalen Investitionsbedarfen muß vorgehalten werden, daß sie mit der negativen demografischen Entwicklung nur *einen* Bestimmungsfaktor für zukünftige Investitionsbedarfe isoliert betrachtet, den Ersatzbedarf für ‚klassische‘ Investitionsbereiche und besonders dringende Nachhol- und Neubedarfe zur Bewältigung aktueller städtischer Probleme im Bereich des Umweltschutzes und allgemein der Verbesserung städtischer Lebensqualität übersehen haben.“⁴⁹

Wie aus einer Untersuchung des „Deutschen Instituts für Urbanistik“ hervorgeht, beträgt der dringende Investitionsbedarf bis zum Jahr 1990 in laufenden Preisen 1,1 Billionen DM. Dabei wurde lediglich eine Preissteigerungsrate von 4 Prozent unterstellt, was ohne Zweifel zu niedrig ist. Zudem sind zentrale Bereiche der Investitionspolitik

46 Vgl. E. Dähne, J. Dieckhoff, Materialien zur Entwicklung der Einkommen und der individuellen Konsumtion der Lohnabhängigen in den siebziger Jahren, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 2/1979, S. 220 f.

47 Vgl. Karrenberg, Münstermann, Gemeindefinanzbericht 1981, S. 79. Angemessener wäre es wohl den permanenten Rechtsbruch, den Verstoß gegen den § 1 des Bundessozialhilfegesetzes, einzustellen, die Bemessungsgrundlagen der Sozialhilfe zu verbessern und gleichzeitig eine Beteiligung von Bund und Ländern an den Ausgaben für die Sozialhilfe zu fordern. Es scheint daß die Autoren, deren Bericht für 1980 ausgesprochen antimonopolistische Passagen enthält, im Bericht 1981 systemkonform argumentieren mußten(?).

48 Vgl. Dähne, Dieckhoff, Materialien, S. 209 f, 223 ff.

49 Karrenberg, Münstermann, Gemeindefinanzbericht 1980, S. 85.

wie zum Beispiel der soziale Wohnungsbau, zu dessen Lasten auch die Kommunen beitragen müßten, noch nicht einmal berücksichtigt. Die entsprechenden Berechnungen sind in der folgenden Aufstellung zusammengefaßt, die zugleich den Rahmen andeutet, den eine alternative Wirtschaftspolitik, die auf Abbau der Arbeitslosigkeit gerichtet ist, ausfüllen müßte.

Tabelle 2: Kommunale Ausgaben für Sach- und Finanzinvestitionen 1975 und 1976 nach Aufgabenbereichen und kommunaler Investitionsbedarf bis 1990

Aufgabenbereich	Investitionsausgaben in Mrd. DM		Investitionsbedarf 1990 in Mrd. DM	
	1975	1976	in Preisen von 1976	
			jahres- durch- schnittlich	insgesamt
Versorgung (Strom, Gas, Fernwärme, Wasser)	6,8	6,4	7,4	110,7
Entsorgung (Abwasser, Abfall)	5,4	6,1	5,4	80,5
Straßen/Verkehr/Lärmschutz	9,5	9,3	13,1	196,2
Stadterneuerung/Wohnungsmo- dernisierung	3,2	3,3	12,8	192,4
Schulen (mit Sporthallen)	7,6	6,8	4,5	67,4
Sportstätten/Badeanstalten (ohne Sporthallen)	1,9	1,7	0,8	12,5
Alteneinrichtungen	0,3	0,3	0,4	5,7
Jugendhilfeeinrichtungen	0,7	0,5	0,3	4,8
Krankenhäuser	2,5	2,5	2,6	39,5
Sonstige Einrichtungen ¹	6,3	6,7	7,4	110,4
Insgesamt in Preisen von 1976 ²	44,4	43,6	54,7	820,1
			in laufenden Preisen	
nachrichtlich:				
insgesamt in laufenden Preisen ³			72,9	1094,0

¹Ohne allgemeines Grundvermögen. — ²Differenzen durch Runden. — ³Bei einem Preisanstieg von 4 v.H. jährlich.

Quelle: Deutscher Städtetag. Deutsches Institut für Urbanistik. Kommunaler Investitionsbedarf bis 1990. Grundlagen — Probleme — Perspektiven, Berlin 1980; zitiert nach Karrenberg, Münster, Gemeindefinanzenbericht 1980, S. 86

3.3 Zum Stand der kommunalen Verschuldung

„Durch die erfolgreiche Konsolidierung ihrer Haushalte hat sich auch die Bedeutung der Gemeinden innerhalb der gesamten öffentlichen Schuldenaufnahme grundlegend

gewandelt.⁵⁰ In dieser Pauschalität ist die Aussage der Bundesbank — die sich auf die Situation des Jahres 1978 bezieht — unhaltbar. Gerade beim Problem der Gemeindeverschuldung verschleiern Durchschnittsangaben, daß die finanzielle Gesamtsituation vieler Städte und der Grad ihrer Verschuldung problematisch sind. Schon unter den Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern betrug 1979 die Spannweite zwischen München mit der geringsten Verschuldung von 853 DM pro Einwohner und Hannover mit der höchsten Verschuldung (3472 DM pro Einwohner) 2619 DM. Diese Spannweite liegt noch weit über dem Verschuldungsdurchschnitt der gesamten Städtegruppe, die 2020 DM pro Einwohner betrug⁵¹.

Neben der Tatsache, daß die durchschnittliche Verschuldung wegen der großen Streuung dieses Merkmals wenig aussagt, gilt, daß die Verschuldungshöhe überhaupt nur geringe Aussagekraft hat. Am Beispiel Frankfurt: Mit 2691 DM pro Einwohner liegt die Stadt um 671 DM über dem Verschuldungsdurchschnitt der gesamten Städtegruppe. Gleichwohl ist der Anteil der Zinsen an den Ausgaben des Verwaltungshaushaltes mit 4,9 Prozent niedriger als im Durchschnitt (5,4 Prozent), und die „freie Spitze“⁵² beträgt in Frankfurt 326 DM pro Einwohner, während sie bei den Städten mit über 500 000 Einwohnern insgesamt nur 149 DM pro Einwohner beträgt. Die Argumentation ließe sich mit vielen Beispielen fortsetzen, die alle zeigen würden, daß die Verschuldung nur im Zusammenhang mit der finanziellen Gesamtsituation und vor allem den Steuereinnahmen beurteilt werden kann.

Insgesamt würden wir die vorläufige These formulieren — das Problem muß weiter untersucht werden⁵³ —, daß die Städte, nach ihrer finanziellen Situation geordnet, Ansätze zu einer Polarisierung erkennen lassen:

- Eine Anzahl von ihnen (zum Teil durchaus mit überdurchschnittlicher Verschuldung) befindet sich in vergleichsweise günstigen finanziellen Verhältnissen mit einem relativ großen finanziellen Spielraum. Vor allem diese Städte drücken den Durchschnitt nach oben.
- Die Situation der großen Masse der Städte ist labil; ihr Spielraum gering.
- Ein Fünftel bis ein Drittel aller Städte mit mehr als 20 000 Einwohnern befindet sich in problematischer bis verzweifelter finanzieller Situation.

Daß das für die letzte Gruppe zutrifft, läßt sich anhand der veröffentlichten Daten der Gemeindestatistik illustrieren. 1978 war bei 167 von 489 Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern die Zuführung zum Vermögenshaushalt und die Entnahme aus den Rücklagen geringer als der Betrag, der für die Tilgung früherer Kredite aufgewandt werden mußte⁵⁴. Die „freie Spitze“ war also negativ. Das bedeutet in aller Regel, daß entweder aus der Substanz gezehrt wurde (d.h. es wird städtisches Eigentum privatisiert) —

50 Die Entwicklung der Gemeindefinanzen seit Mitte der siebziger Jahre, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 1/1980, S. 23.

51 Vgl. Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 1980

52 Hier grob als Differenz zwischen den Zuführungen vom Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt und Entnahme aus den Rücklagen abzüglich der Tilgung.

53 Dabei müßte auch untersucht werden, wie die Tatsache zu beurteilen ist, daß 70 % der kommunalen Schulden gegenüber den Sparkassen bestehen, deren Gewährsträger die Gemeinden und Kreise sind. Inzwischen nimmt allerdings die Bedeutung der privaten — überwiegend von den Großbanken beherrschten — Hypothekenbanken ebenfalls zu. Sie halten rund 20 % der kommunalen Schuldtitel.

54 Eigene Auszählung nach: Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 1979, S. 376 ff.

oder daß alte Kredite mit neuen abgelöst wurden. Das ist 1978 bei vergleichsweise niedrigen Sollzinsen (6,06 — 6,32 Prozent) in großem Umfang geschehen. Der „Pferdefuß“: Diese Kredite waren fast durchweg mit einer Gleitklausel versehen. 1982/83 müssen sie auf die aktuellen Zinssätze angehoben werden. Auch 1979 war bei 117 von 491 Städten die „freie Spitze“ negativ⁵⁵.

Wir behaupten, daß die Zahl der Städte zunimmt, deren Verschuldungssituation unter Berücksichtigung aller Umstände problematisch ist. Das wird freilich erst in den 80er Jahren vollends deutlich werden.

4. Alternativen zur herrschenden Politik

Die aktuelle Situation stellt sich also so dar, daß zu einem Zeitpunkt, zu dem die Kommunen besonders finanzkräftig sein müßten, um die städtischen Produktivkräfte den neuen Bedingungen entsprechend zu erhalten und zu entwickeln, die Zuwachsrate ihrer Einnahmen zurückgeht, während die krisenbedingten Ausgaben überproportional, der Großteil der „normalen“ Ausgaben mit einer über dem Einnahmewachstum liegenden Rate steigen. Gleichzeitig wächst tendenziell die Zahl der Städte, deren Verschuldung und die daraus resultierenden Lasten ihren kommunalen Entscheidungsspielraum immer mehr einengen.

Die Städte versuchen sich diesem Druck durch ständige Gebührenerhöhungen und eine restriktive Sozial- und Personalpolitik — die vor allem solche Bereiche betrifft, die die Reproduktion der Arbeitskraft gewährleisten — zu entziehen. Sie werden in immer stärkerem Maße erpressbar: Umweltschutzaufgaben werden „lasch“ gehandhabt, die Vorgaben und Beihilfen für Industrieansiedlung bzw. zur Verhinderung der Abwanderung von Industrien und zentralen Verwaltungen werden immer teurer.

Angesichts dieser Situation kommt es vor allem darauf an, die Finanzkraft der Städte und Gemeinden mit rechtlich abgesicherten, stetig fließenden Einnahmen zu stärken. Die DKP fordert deshalb in ihren Vorschlägen „Für eine demokratische Kommunalpolitik — Die Finanznot der Städte, Kreise und Gemeinden beheben“, daß der Anteil der Gemeinden am Steueraufkommen von gegenwärtig über 13 Prozent auf „zunächst 20 Prozent“ angehoben wird. Außerdem wird gefordert, daß Bund und Länder die vollen Kosten der von ihnen veranlaßten Auftragsangelegenheiten übernehmen, daß die großen Unternehmen zu den laufenden Kosten der kommunalen Infrastruktur herangezogen werden können und daß kommunale Subventionen an private Unternehmen nur mit Arbeitsplatzaufgaben vergeben werden.

Die Finanzierung dieses Programms kann nach Meinung der DKP durch spürbare Reduzierung der Rüstungsausgaben, eine Umgestaltung des Steuersystems, den Abbau von Subventionen und Steuerprivilegien, die Bekämpfung von Steuerflucht und -hinterziehung gewährleistet werden.⁵⁶

Angesichts des aktuellen Kräfteverhältnisses in der Bundesrepublik ist dieses Programm ohne Zweifel aktuell nicht einlösbar. Es stellt sich aber die Frage, wie anders verhindert werden soll, daß die Situation der Städte in der Bundesrepublik sich ähnlich entwickelt wie in den USA.

55 Auszählung nach: Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden 1980, S. 442 ff.

56 Vgl. DKP-Parteivorstand, Hg., „Für eine demokratische Kommunalpolitik“ — Entwurf, S. 23.

Arbeitsplatz Hamburg

Regionalökonomie und -politik in Hamburg in den siebziger Jahren

Fritz Fiehler

1. Die Probleme der Hamburger Metropole in der norddeutschen Region — 2. Wirtschaftsstruktur und Entwicklung Hamburgs — 2.1 Die verarbeitende Industrie Hamburgs — 2.2 Die Bedeutung von Handel und Verkehr — 2.3 Banken und Versicherungen Hamburgs — 2.4 Die Dienstleistungen — 2.5 Öffentlicher Dienst — 3. Wirtschaftspolitik in Hamburg.

Mit der vorliegenden Arbeit wird der Versuch unternommen, Materialien für die Analyse der ökonomischen und sozialen Entwicklung einer regionalen Metropole, Hamburgs, zusammenzutragen. Die Arbeit knüpft insofern an andere Untersuchungen zur Regionalentwicklung und Raumökonomie an, die in den „Marxistischen Studien“ bisher erschienen.* Im Mittelpunkt steht die Frage nach den Entwicklungsbedingungen und -perspektiven der Beschäftigungsverhältnisse in Hamburg. Dabei werden Umfang und Ursachen der Veränderung der hamburgischen Wirtschaftsstruktur auf der Ebene der Wirtschaftssektoren und Industriezweige genauer untersucht.

Für die Ausarbeitung einer wirtschafts- und sozialpolitischen Alternativstrategie der Arbeiterbewegung sind jedoch noch weitergehende analytische Schritte erforderlich. Das betrifft insbesondere die Untersuchung der Auswirkungen der monopolistischen Konkurrenz auf die Entwicklung der einzelnen Wirtschafts- und Industriezweige der Stadt. Das betrifft weiterhin die Untersuchung der Folgen staatsmonopolistischer Wirtschafts- und Strukturpolitik, wobei auf dieser Ebene auch die Einbindung der Hamburger Wirtschaftsentwicklung in den Gesamtzusammenhang staatsmonopolistischer Wirtschafts- und Regionalpolitik in der BRD in Rechnung zu stellen wäre. Hier liegen also die Grenzen der vorliegenden Arbeit, weswegen auch noch auf die Formulierung von Grundlinien einer wirtschaftspolitischen Alternativstrategie verzichtet wird.

1. Die Probleme der Hamburger Metropole in der norddeutschen Region

Die Geschichte Hamburgs ist die einer Handels- und Hafenstadt. Während die unter der Ägide des kaufmännischen Kapitals entstandene Industrie durch die lokale Eigentümlichkeit „besondre Produktionszweige an besondre Distrikte eines Landes bannt“¹, beginnt das Kapital auf Basis der großen Industrie die territoriale Teilung der Arbeit von der eigentümlichen Lokalität zu lösen, „woraus sich der Verfall alter und das Auf-

* Vgl. Hermann Bömer, Regionale Strukturkrisen im staatsmonopolistischen Kapitalismus und marxistische Raumökonomie. Am Beispiel der Ruhrgebietskrise, in: *Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF* Bd. 2/1979, S. 138—171; Wilma Albrecht, Zum Investitionsmechanismus staatsmonopolistischer Regionalpolitik in der BRD, in: ebd., Bd. 3/1980, S. 219—238.

¹ K. Marx, *Das Kapital I*, in: MEW 23, S. 374.

kommen neuer Produktionszentren mit veränderten Transport- und Kommunikationsmitteln erklärt."² Unter der Bedingung des entwickelten Kapitalismus hat sich für Hamburg die Steigerung der Produktivkraft der Transportarbeit als maßgeblich erwiesen.

Der industrielle Zyklus hat Hamburg die Beschränkung seiner selbst als Handels- und Hafenstadt bald mehr, bald weniger spüren lassen. Es heißt, wenn die Weltwirtschaft den Schnupfen bekommt, ist Hamburgs Hafen nicht weit von einer Lungenentzündung entfernt.³ So sind den Rückwirkungen des Weltmarkts jeweils Versuche Hamburgs gefolgt, sich mittels Hafenausbau und Industrieansiedlung die Konkurrenzfähigkeit als Elbmetropole zu erhalten.⁴ Es wurden der Containerverkehr erweitert, Anlagen für den Umschlag von Massengut errichtet, das Verkehrsnetz ausgebaut, Industrie angesiedelt, Kraftwerke erbaut. Die Weltwirtschaftskrise 1974/75, die Auseinandersetzungen um Brokdorf 1976⁵ und die Werftenkrise 1977/78 haben einen Strich durch die bisherige regionalpolitische Rechnung gezogen. Die nachlassende Akkumulation verringert die Zahl ansiedlungswilliger Kapitale, schränkt die ökonomische Potenz des Staates ein und läßt die regionalen Gegensätze hervortreten. Das Gewicht der Agrikultur, die Probleme der Wertindustrie, die industrielle Auszehrung durch Rücknahme vormals ausgelagerter Produktionsstätten und die Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften machen die norddeutsche ‚Strukturschwäche‘ aus. Selbst unter der Annahme eines künftigen Aufschwungs würde es dem norddeutschen Kapital an Expansivkraft mangeln. Die Konkurrenz Rotterdams hat die Umlenkung der Warenströme durch die Schelde in die Rhein/Main-Metropole bewirkt und bedroht Hamburgs Funktion als Hafen- und Handelsstadt. Entsprechend öffnet sich die Schere der Daten für Bevölkerungs-, Erwerbstätigen- und Bruttoinlandsproduktentwicklung zwischen Hamburg, Norddeutschland und der BRD.

Tabelle 1: Zuwachsraten von Wohnbevölkerung, Erwerbstätigkeit und Bruttoinlandsprodukt der BRD, Norddeutschlands (1) und Hamburgs von 1970 bis 1978 in v. H.

Bereich	Wohnbevölkerung	Erwerbstätigkeit	BIP in Preisen von 1970
BRD	+ 1,1	+ 0,3	+ 23,5
Norddeutschland	+ 0,8	+ 2,8	+ 22,4
Hamburg	— 6,8	— 6,0	+ 15,9

Quelle: Berechnet nach den Angaben des Stat. Bundesamtes.

(1) Norddeutschland: Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen.

Die Entwicklung Hamburgs zu einem eigenständigen industriellen Produktionszentrum ist ausgeblieben und seine Funktion als Handels- und Hafenstadt bedroht. Angesichts der Arbeitsplatzvernichtung, Wohnungsnot, Stadtflucht und kommunalen Verschuldung Hamburgs stellen sich die Fragen, inwieweit der Arbeitsplatz Hamburg ver-

2 K. Marx, Das Kapital II, in: MEW 24, S. 252.

3 Vgl. C. Lau, Seismograph für die Weltkonjunktur, Handelsblatt vom 7.5.80.

4 Vgl. H. Kern, Ein Modell für die wirtschaftliche Entwicklung der Region Unterelbe, Hamburg 1970.

5 Vgl. S. Aust, Brokdorf — Symbol einer politischen Wende, Hamburg 1981.

bessert und erweitert werden kann, inwiefern der Industrie oder dem Dienstleistungswesen der Vorrang zu geben ist und wie sich Wirtschafts- und Wohnfunktion der Stadt miteinander vereinbaren lassen.⁶

2. Wirtschaftsstruktur und Entwicklung Hamburgs

Einer städtischen Metropole gemäß verteilen sich in Hamburg die Erwerbstätigen zu zwei Drittel auf den Tertiärsektor und zu knapp einem Drittel auf den Sekundärsektor, während der Primärsektor unbedeutend ist.

Tabelle 2: Die Verteilung der Erwerbstätigen auf die Sektoren Hamburgs in 1 000

Jahr	Erwerbstätige insgesamt	Primärsektor	Sekundärsektor	Tertiärsektor
1970	796	13	292	492
1971	804	12	291	501
1972	817	5	276	536
1973	809	6	265	539
1974	796	7	271	517
1975	752	5	259	488
1976	744	9	235	500
1977	734	10	225	502
1978	748	9	228	511

Quelle: Stat. Bundesamt (Hrsg), Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer 1979, S. 60 f

Aus dieser Verteilung ist die Vorstellung erwachsen, die „postindustrielle“ Gesellschaft würde sich durch das Übergewicht des Tertiärsektors als Dienstleistungsgesellschaft auszeichnen. Dem Rückgang der Industrie entspräche die Zunahme der Dienstleistungen, aus freigesetzten Arbeitern würden Angestellte.

Gegen diese Auffassungen lassen sich vorab zwei Argumente anführen. Einmal ist der Statistik (vgl. Tab. 2) deutlich zu entnehmen, daß der Tertiärsektor nicht unabhängig vom industriellen Zyklus ist. Auf der Basis einer längeren Periode beschleunigter Akkumulation kommt es Anfang der siebziger Jahre zur Entfaltung des Tertiärsektors, wobei der Beschäftigungshöhepunkt von 1973 auch nach der Weltwirtschaftskrise 1974/75 nicht wieder erreicht wird. Das gewachsene Gewicht des Tertiärsektors nach 1974/75 ist untrennbar mit dem Rückgang des Sekundärsektors verbunden. Nur von 1971 bis 1973 hat der Tertiärsektor eine Kompensationsfunktion besessen. Nach den Anteilen an der gesamtwirtschaftlichen Leistung trägt er knapp zwei Drittel, wobei sich

⁶ Mit der Veröffentlichung des ‚Stadtentwicklungsplans‘ durch den Senat hat sich eine Diskussion über Wirtschafts- und Sozialpolitik in Hamburg entwickelt. Vgl. Stadtentwicklungsplan, hrsg. v. Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg 1980; Arbeitsplatz Hamburg, hrsg. v. Bezirksvorstand der DKP Hamburg, Hamburg 1981; Wie soll es mit Hamburg weitergehen? hrsg. v. SOST, Hamburg 1981. Der vorliegende Beitrag entstammt dieser Diskussion und verdankt sich der Unterstützung von Arbeitskollegen und G. Brosius.

Tabelle 3: Anteile der Sektoren an der Bruttowertschöpfung Hamburgs 1970 und 1978 (in v. H.)

Sektor	1970	1978
Primärsektor	0,7	0,7
Sekundärsektor	40,7	35,5
Tertiärsektor	58,6	63,8
davon		
Handel/Verkehr	27,4	27,7
Dienstleistungen	22,1	25,2
Staat	9,1	10,9

Quelle: Statistisches Landesamt Hamburg (Hrsg), Statistisches Taschenbuch 1979, Hamburg 1979

sein Gewicht von 1970 bis 1978 verstärkt hat (vgl. Tab. 3). Allerdings verzeichnen die Bereiche des Tertiärsektors unterschiedliche Zuwächse, wobei Handel und Verkehr den niedrigsten Zuwachs haben. Der Vergleich mit anderen städtischen Metropolen zeigt, daß Hamburg sich keineswegs als die „Dienstleistungsmetropole“ auszeichnet. Berücksichtigt man ferner, daß die Transport- und Kommunikationsindustrie Produktionsprozesse innerhalb des Zirkulationsprozesses des Kapitals darstellen, dann ist der Leistungsanteil des Sektors Verkehr und Nachrichtenübermittlung noch dem Sekundärsektor resp. der verarbeitenden Industrie zuzuschlagen.⁷ Die Struktur der Elbmetropole wird demnach stärker als angenommen von der industriellen Basis geprägt.

Die Entwicklung Hamburgs wird bestimmt durch den industriellen Zyklus des Kapitals in der BRD. Danach stellt sich nach einer längeren Periode der beschleunigten Akkumulation eine Wende zu Beginn der siebziger Jahre ein, die mit der Weltwirtschaftskrise bestimmend wird. Der folgende Aufschwung erweist sich als zu schwach, um die Krisenfolgen abzubauen. Der gegenwärtige Zyklus (1975–1981) bleibt im Schatten nachlassender Akkumulation, Massenarbeitslosigkeit und schwindender ökonomischer Potenz des Staates.⁸

Hamburg wird vom Zykluswechsel 1971/72 stärker in Anspruch genommen, ist vom Wechsel in der Akkumulation früher betroffen und wirkt mit einem kleineren Anteil an der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion (vgl. Tab. 4). Eine nachträgliche Wiederangleichung scheint sich im gegenwärtigen Zyklus anzubahnen.

Mit der nachlassenden Akkumulation ist ein Beschäftigungsrückgang verbunden, der zunächst durch die Zunahme der Dienstleistungen kompensiert wird, nach 1974/75 allerdings unverkennbar zutage tritt. Hamburg bleibt hinter der wirtschaftlichen Entwicklung der BRD und der Norddeutschlands zurück. Dies gilt insbesondere für die verarbeitende Industrie. Handel und Verkehr erzielen nur durchschnittliche Resultate trotz ihres überdurchschnittlichen Gewichts.

⁷ Vgl. K. Marx, Das Kapital II, in: MEW 24, S. 150ff.

⁸ Vgl. J. Goldberg, Neue ökonomische Krisentendenzen im Kapitalismus, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 3/1980, Frankfurt 1980, S. 239ff.

Tabelle 4: Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts der BRD und Hamburgs sowie Anteil Hamburgs am Bruttoinlandsprodukt der BRD in v. H.

Jahr	BRD	HH	Anteil Hamburgs
1970	+ 6,0	+ 5,8	4,9
1971	+ 3,2	+ 0,8	4,8
1972	+ 3,7	+ 1,7	4,7
1973	+ 4,9	+ 0,0	4,5
1974	+ 0,5	- 1,0	4,4
1975	- 2,1	- 1,6	4,5
1976	+ 5,6	+ 9,5	4,6
1977	+ 2,6	+ 2,9	4,7
1978	+ 3,2	+ 2,8	4,6

Quelle: Zusammengestellt und errechnet nach: Statistisches Landesamt Hamburg (Hrsg.), Statistisches Taschenbuch, lfd., Hamburg.

2.1 Die verarbeitende Industrie Hamburgs

Das Problem des Arbeitsplatzes Hamburg konzentriert sich auf die verarbeitende Industrie, in der zwischen 1970 und 1978 64 000 Arbeitsplätze oder 22 v. H. abgebaut wurden (vgl. Tab. 2). Dieser Arbeitsplatzabbau konnte durch die Ausweitung des Tertiärsektors um 19 000 Arbeitsplätze nicht wettgemacht werden. Inwieweit der Verlust von gut einem Fünftel der Arbeitsplätze der verarbeitenden Industrie auf den Wechsel in der Akkumulation, auf Strukturwandel, industriellen Funktionsverlust, technische Umwälzungen oder Industrieverlagerungen zurückzuführen ist, wird im folgenden untersucht.

Eine differenzierte Betrachtung zeigt, daß über die Hälfte des industriellen Arbeitsplatzverlustes auf die Investitionsgüterindustrie entfällt (vgl. Tab. 5).

Industrieabteilungen

Die ausschlaggebende Bedeutung der Investitionsgüterindustrie steht vor dem Hintergrund einer Umstrukturierung der Industrie in Hamburg während der sechziger Jahre, die schneller als in der BRD das Schwergewicht auf die Grundstoff-/Produktionsgüterindustrie und Investitionsgüterindustrie verlagert hat.⁹ Der industrielle Beschäftigungsanteil dieser Abteilung lag 1962 bei 72,1 v. H. in Hamburg gegenüber 67,1 v. H. in der BRD und erhöhte sich bis 1973 in Hamburg auf 75,8 v. H., in der BRD auf 70 v. H.¹⁰ Die Herausbildung der Abteilung zur Produktion von Produktionsmitteln im Zuge einer Periode beschleunigter Akkumulation vollzog sich auf der Grundlage der Schiffbauindustrie und der rohstoffverarbeitenden Industrien. Der Niedergang der Hambur-

9 Die Zusammenfassung der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie mit der Investitionsgüterindustrie sowie der Verbrauchsgüterindustrie mit der Nahrungs- und Genussmittelindustrie zu Industrieabteilungen ist nicht identisch mit der Einteilung der Kritik der politischen Ökonomie in die Produktionsabteilungen zur Produktion von Produktionsmitteln und Konsumtionsmitteln, obwohl sich Annäherungen ausmachen lassen.

10 Vgl. Bürgerschaft der FHH, Bericht vom 30.4.75.

ger Schiffbauindustrie, die Veränderungen auf dem Rohstoffmarkt und die nachlassende Akkumulation haben die „reale Basis der Kapitalakkumulation“¹¹ in die Krise getrieben. Das Gewicht der Grundstoff-, Produktionsgüter- und Investitionsgüterindustrie, deren industrieller Beschäftigungsanteil in Hamburg im Jahre 1978 bei 77 v. H., in der BRD bei 72 v. H. lag¹², könnte nur gehalten werden, wenn entweder Hamburgs Funktion als Hafen- und Handelsstadt weiter ausgebaut würde oder eine beschleunigte Industrialisierung die Hamburger Region zu einem zweiten Ruhrgebiet werden ließe. Ein industrielles Produktionszentrum setzt aber nicht nur die massenhafte Produktion von Produktionsmitteln am Ort, sondern auch deren Markt vor Ort voraus. Die Frage nach dem industriellen Strukturwandel in Hamburg soll anhand der Industriezweige für den Zeitraum 1970 bis 1978 erörtert werden.

Tabelle 5: Beschäftigung in der verarbeitenden Industrie Hamburgs 1970 und 1978

Industrie	1970	1978	Veränderungen in v. H.
<i>Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie</i>	67 744	61 788	— 8,8
Chemische Industrie	17 770	15 402	— 13,3
Gummi- u. Asbestverarbeit.	12 657	7 170	— 56,6
Mineralölverarbeitung	10 734	10 060	— 6,3
NE-Metallindustrie	3 602	4 896	+ 35,9
Feinmechanik u. Optik	3 428	3 191	— 6,2
<i>Investitionsgüterindustrie</i>	149 796	113 772	— 25,0
Maschinenbauindustrie	27 964	18 645	— 43,3
Elektroindustrie	26 655	22 649	— 15,0
Schiffbauindustrie	20 046	14 618	— 27,1
EBM-Industrie	6 001	2 607	— 56,5
Straßenfahrzeugindustrie	5 098	6 734	+ 32,1
<i>Verbrauchsgüterindustrie</i>	32 704	22 572	+ 31,0
Druckindustrie	10 799	6 813	— 67,5
Bekleidungsindustrie	3 086	10 007	+324,3
Papierverarbeitung	2 948	1 894	— 35,7
Textilindustrie	1 240	306	— 75,3
<i>Nahrungs- u. Genussmittelind.</i>	41 756	29 868	— 28,5
Süßwarenindustrie	3 485	3 398	— 2,5
Kaffee u. Teeverarbeitung	3 246	2 038	— 37,1
Brauereien	3 177	2 233	— 29,7
Ölmühlen	1 718	1 423	— 18,1

Quelle: Zusammengestellt nach statistischen Angaben der Bürgerschaftenquöte 1975 und der Hamburgischen Landesbank

11 K. Marx, Das Kapital II, in: MEW 24, S. 494.

12 Nach: Stat. Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 1975 und 1980, Mainz/Stuttgart 1975 und 1980, und: Industrieverband Hamburg e.V. (Hrsg.), Hamburgs Industrie 1970—1978, Hamburg 1979.

Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie

Als Hafen und Handelsstadt ist Hamburg Ort des Umschlags und der Verarbeitung von Rohstoffen für die Großindustrie. Die Mineralöl- und Chemieindustrie sowie die Gummi- und Asbestverarbeitung prägen die Hamburger Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie. Ihr industrieller Beschäftigungsanteil von 1970 23,2 v.H. hat sich durch unterdurchschnittliche Arbeitsplatzvernichtung auf 27,1 v.H. 1978 erhöht. Der *Mineralölindustrie* wird in diesem Bereich eine entscheidende Rolle zugemessen, weil sie zu den umsatzstärksten Industriezweigen zählt und Hamburg Sitz multinationaler Konzerne wie BP, Shell, Texaco, Esso und Mobil Oil ist. Dabei wird übersehen, daß im Umsatz der Mineralölindustrie ein beträchtlicher Steueranteil enthalten ist und daß die Raffinerieanlagen den Produktionszentren gefolgt sind, wodurch Hamburg erheblich am Anteil des Rohölimports verloren hat. Die Verlagerung der Raffinerieorte hat zur Umstrukturierung der *chemischen Industrie* geführt. Während die Chemie in der BRD zu zwei Drittel für die Produktion und zu einem Drittel für den Konsum arbeitet, hat sich das Verhältnis in Hamburg genau umgekehrt. Die Umstellung ist über Rationalisierung, Produktionsverlagerung und Betriebseinstellungen erfolgt. Ebenso wie die Mineralölindustrie ist die chemische Industrie weitgehend konzentriert und zentralisiert, da von den über 15 000 Beschäftigten in über 100 Betrieben allein über 58% in 7 Betrieben zusammengefaßt sind.¹³

Während in der *Gummi- und Asbestverarbeitung* eine rücksichtslose Arbeitsplatzvernichtung von 5 487 Arbeitsplätzen betrieben wurde¹⁴, konnte die *NE-Metallindustrie* eine Ausweitung um 1 294 Arbeitsplätze verzeichnen. Diese Arbeitsplatzzunahme ist durch einen hohen Subventionsaufwand, Verbilligung der Energie für eine der energieaufwendigsten Produktionen und eine gemeingefährliche Umweltbelastung erkaufte worden, ohne jedoch eine Trendmodifikation erzielen zu können.¹⁵

In der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie kann von einer ‚breiten Branchenpalette und dem besonderen Gewicht mittlerer und kleinerer Betriebe‘¹⁶ nicht gesprochen werden. Weltmarktabhängigkeit und begrenzte industrielle Nachfrage vor Ort lassen der Hamburger Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie nur einen engen Spielraum.

Investitionsgüterindustrie

Insbesondere der Kern der verarbeitenden Industrie Hamburgs hat sich bisher nicht von seiner überkommenen Struktur lösen können. Über die *Schiffbauindustrie* hatten sich Metallgießereien, Maschinenbau und Elektroindustrie entwickelt. Der verspätete Versuch der Hamburger Werften, am Neubaugeschäft von Tankern und Massengutschiffen Anfang der siebziger Jahre noch teilzuhaben, scheiterte einerseits an den Fusionsverhandlungen zwischen der Blohm & Voss AG und der HDW AG und anderer-

13 Zu den größeren Kapitalien in der Chemie zählen BASF Farben und Fasern AG, Beiersdorf AG, Lever Sunlicht GmbH, Hans Schwartzkopf GmbH und die Guano Werke AG. Vgl. Zur Arbeitsplatzsituation in Hamburg, hrsg. v. Bezirksvorstand der DKP Hamburg, Hamburg 1977, S. 47ff.

14 An der Arbeitsplatzvernichtung ist der Phoenix-Konzern in Hamburg-Harburg durch seine Fusion zur Corona — Deutsche Kautschuk AG mit über 2 500 Arbeitsplätzen beteiligt. Vgl. ebd., S. 47.

15 Vgl. S. Rosenblatt, Kernenergie und Arbeitsplätze — oder Industrieansiedlung auf hanseatisch, in: S. Aust, Brokdorf... S. 79ff.

16 Vg. Stadtentwicklungskonzept... S. 20.

seits an den sich abzeichnenden Überkapazitäten in der Weltschifffahrt.¹⁷ Mit der Werftenkrise 1977¹⁸ erfolgte der Rückzug der HDW AG nach Kiel und die beschleunigte Umstellung auf Rüstungsproduktion (Panzer und Fregatten) bei Blohm & Voss AG.¹⁹ Das umfangreiche Werfthilfsprogramm löste nicht die verlangte Diversifizierung mit Ausnahme der Rüstungsproduktion aus, sondern bestärkte die Werften in der weiteren Spezialisierung im Neubau unter dem gegebenen Konkurrenzdruck. Mit in den Niedergang des Schiffbaus in Hamburg wurden die Metallgußindustrie, die Eisen-, Blech- und Metallverarbeitende Industrie und der Stahlbau gezogen. Direkt und vermittelt über die Zulieferindustrien blieb diese Entwicklung nicht ohne Auswirkungen für den für lange Zeit größten Industriezweig Hamburgs, die *Maschinenbauindustrie*, deren Beschäftigungszahl sich um über ein Drittel reduziert hat.²⁰

Mit 22 649 Beschäftigten ist die *Elektroindustrie* als größter Industriezweig Hamburgs inzwischen an die Stelle des Maschinenbaus getreten. Im Gegensatz zum übrigen Bundesgebiet liegt ihr Schwergewicht auf der Produktion elektrotechnischer Produktionsmittel und weniger bei Konsumtionsmitteln.

Den schärfsten Einbruch in Beschäftigung (– 57 v.H.), Zahl der Betriebe (– 59 v.H.) und Umsatz (– 17,2 v.H.) verzeichnet die Eisen-, Blech- und Metallverarbeitende Industrie. Ebenso von Strukturwandel und Stoffsubstitution betroffen wurden die Stahlverformung sowie die Stahl- und Leichtmetallindustrie.²¹ Als expandierende Industriezweige bleiben Feinmechanik und Optik, Kraftfahrzeugbau und Flugzeugbau übrig, wobei deren absolute Größe mittelfristig für die Entwicklung der Investitionsgüterindustrie kaum ins Gewicht fallen wird. Spezialisierte Produktion, Betriebsableger von Konzernen, Beteiligung an Rüstungsproduktion und Staatsbeteiligung beispielsweise bei MBB stellen diese Industriezweige unter labile Sonderbedingungen.²²

Verbrauchsgüterindustrie

Der Bereich der Verbrauchsgüterindustrie, der ohnehin verhältnismäßig klein ist, hat fast ein Drittel seiner Beschäftigung verloren. Nach dem Niedergang der *Textil- und Bekleidungsindustrie* wird der Bereich durch die *Druck- und Vervielfältigungsindustrie* mit den großen Verlagshäusern Bauer, Springer und Gruner + Jahr geprägt. Die überdurchschnittliche Beschäftigungsreduzierung in der Druckindustrie rührt einmal von technischen Umwälzungen her.²³

Zum anderen haben in der Druckindustrie Rationalisierung und Betriebsverlagerungen gewirkt. Von dieser Entwicklung wurde auch die Papier- und Pappeverarbeitende

17 Vgl. GHH steigt aus, Hamburger Abendblatt 12.11.71.

18 Vgl. F. Fiehler, Die Krise in der Schiffbauindustrie, in: Marxistische Blätter 6/79.

19 Vgl. Meyer u.a., Strukturelle Arbeitslosigkeit und Kriegsschiffbau, in: Albrecht u.a., Arbeitsplätze durch Rüstung, Hamburg 1978, S. 105ff.

20 Nach den wichtigsten Fachzweigen sind im Hamburger Maschinenbau Fördertechnik, Nahrungsmittelmaschinen, Flüssigkeitspumpen, Druck- und Papiermaschinen und Werkzeugmaschinen vertreten, die eher zu den kleineren und umsatzschwächeren Fachzweigen gehören. Vgl. VDMA Landesgruppe Nord, Maschinenbau in Norddeutschland, Hamburg 1980; VDMA, Investitionen — Schlüssel zum Wachstum, Frankfurt/M. 1977.

21 Vgl. Industrieverband Hamburg e.V. (Hrsg.), Hamburgs Industrie von 1970 bis 1978, Hamburg 1979, S. 21ff.

22 Die Expansion des Luftfahrzeugbaus hängt von der Airbus-Produktion ab, die nur durch staatliches Engagement durchgesetzt werden konnte.

23 Vgl. Zur Arbeitsplatzsituation... a.a.O., S. 74f.

Industrie geprägt. Waren 1970 in Hamburg noch doppelt so viele Betriebe wie in Schleswig-Holstein vorhanden, so hat sich dieses Verhältnis bis 1978 genau umgekehrt²⁴. Einen an die Substanz gehenden Schrumpfungsprozess hat die Holzverarbeitende Industrie mit der Halbierung ihrer Beschäftigung durchgemacht.

Nahrungs- und Genußmittelindustrie

Die Bedeutung der Nahrungs- und Genußmittelindustrie ergibt sich einmal aus Hamburgs Funktion als Umschlagsort für Rohstoffe, dann aus der großstädtischen Marktgröße und schließlich aus der Metropolfunktion Hamburgs in der norddeutschen Landwirtschaft. Bisher galt für einen bedeutenden Teil der hier anzutreffenden Industriezweige eine große Abhängigkeit von der örtlichen Nähe zum Markt.²⁵

Durch Veränderungen in der Verarbeitung und der Verpackung ist die räumliche Zirkulationsweite der Waren der Nahrungs- und Genußmittelindustrie jedoch ausgedehnt worden, was einerseits weitere industrielle Produktion gegenüber dem Handwerk ermöglicht und andererseits Konkurrenz gegenüber regionalen Monopolen nach sich zieht. Schließlich wird dieser Industriebereich auch gegenüber Verteuerung und Verknappung des Bodens reagibler, was Produktionsverlagerungen ins Umland zur Folge hatte.

Der herrschenden Auffassung, Hamburg besitze eine ausgewogene Struktur, eine günstige Produktionspalette und durchlaufe einen erfolgreichen Strukturwandel, kann nach der Erörterung der Industriezweige nicht zugestimmt werden. Das Gros der Industriezweige hängt wesentlich vom Transport- und Kommunikationswesen ab. Von der Größe her konnten die Industriezweige mit rückläufiger Beschäftigung nicht durch die expandierenden Industriezweige abgelöst werden. Gleichfalls hält man sich die ‚vorwiegend mittelständische Struktur der Hamburger Industrie‘ zugute. Im Bereich der Produktionsgüter- und Investitionsgüterindustrie gilt dies insbesondere für die Maschinenbauindustrie. In einigen Bereichen hat sich eine solche Struktur auch als Nachteil erwiesen, da nachlassende Akkumulation, Umwälzung und regionale Randlage eher von größeren Kapitalen ausgeglichen werden können. Eine Betrachtung der umsatzstärksten Konzerne zeigt, daß der Sitz der Mineralölkonzerne in Hamburg nicht mit einem entsprechenden Produktionsschwerpunkt korrespondiert, daß andere Konzerne Hamburg als je nach Konjunktur wieder abberufbare Produktionsnebenstätte behandeln und daß jeweils spezialisiertere Produktionsstätten betrieben werden.²⁶

Von 1967 bis 1976 sind 94 Industriebetriebe mit etwa 7 300 Arbeitskräften ins Hamburger Umland abgewandert.²⁷ Die über den Hamburger Zuwächsen liegenden Raten der Betriebszahlen, Beschäftigungszunahmen und Umsätze des Umlandes zeigen, daß ein erheblicher Teil der Kapitalakkumulation dorthin verlegt worden ist, der über das Maß der reinen Industriebetriebsverlagerungen hinausgehen dürfte. Diese Industriever-

24 Vgl. Industrieverband Hamburg e.V. (Hrsg.), *Hamburgs Industrie...*, a.a.O., S. 48.

25 „Je vergänglicher eine Ware, je unmittelbarer nach ihrer Produktion sie daher verzehrt, also auch verkauft werden muß, desto geringere Entfernung von ihrem Produktionsort ist sie fähig, desto enger also ihre räumliche Zirkulationssphäre, desto lokalerer Natur ihr Absatzmarkt.“ K. Marx, *Das Kapital II*, in: MEW 24, S. 130.

26 Vgl. *Die umsatzstärksten Konzerne in Hamburg*, *Die Welt* v. 31.8.79.

27 Vgl. *Hamburgische Landesbank (Hrsg.), Bevölkerungswanderungen und Industrieverlagerungen in der Hamburger Wirtschaftsregion, Hamburg 1978.*

lagerungen ziehen einen steigenden Wirtschafts- und Personenverkehr nach sich, sie schmälern das Steueraufkommen des Hamburgischen Staates und erhöhen die Ausgaben für den Ausbau der Infrastruktur erheblich.

2.2 Die Bedeutung von Handel und Verkehr

Hamburgs Anteil am auswärtigen Handel der BRD hat sich in den sechziger Jahren verringert und stagnierte in den siebziger Jahren. Der mit dem Zusammenschluß zur EG gestiegene innerkontinentale Handel, der sprunghaft gewachsene Handel mit den OPEC-Staaten und der Beginn des Ost-West-Handels veränderten die Warenströme erheblich. Regionale Umschichtungen zugunsten Europas und zulasten des Überseehandels sowie Veränderungen in der Warenstruktur mit wachsendem Gewicht der Rohstoffe bei Abnahme der Nahrungsmittel waren die Folge. Die wichtigsten Außenhandelsbeziehungen entwickelten sich mit den Niederlanden, USA, Großbritannien und den Ölländern²⁸. Diese Veränderungen in den Außenhandelsbeziehungen verlangten immense Investitionen für die Hafen- und Verkehrswirtschaft. Die Vertiefung der Elbe, der Bau des Elbe-Seiten-Kanals, die Köhlbrandbrücke, der Ausbau der Autobahn mit dem Bau des Elbetunnels, die Anlage des Rangierbahnhofs Maschen und der Bau von Containerumschlagsanlagen, Massengutumschlagsplätzen und Hafenerweiterungen haben Hamburgs Position in der Konkurrenz mit anderen Häfen erhalten können.²⁹ Obwohl nur 13 000 Personen im Hafengüterumschlag beschäftigt sind, zählt die Seeverkehrswirtschaft 50 000 Beschäftigte und es wird, Zulieferbetriebe eingeschlossen, mit 100 000 hafensabhängigen Arbeitsplätzen gerechnet. Dabei ist die Hafenumschlagsarbeit in starkem Maße technisch revolutioniert worden.³⁰ Die Verflechtung der Hafenwirtschaft mit anderen Wirtschaftsbereichen Hamburgs wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, mit welchen Wirkungen eine Veränderung der Schichtzeiten der Hafenarbeiter verbunden ist.³¹ Die technischen Umwälzungen in der Schifffahrt mit dem

28 Vgl. Hamburgische Landesbank (Hrsg.), *Die Hamburger Außenwirtschaft im Wandel*, Hamburg 1976.

29 Vgl. Hamburgische Landesbank (Hrsg.), *Struktur und Entwicklung des Hamburger Hafens*, Hamburg 1978.

30 Vgl. Battelle/Treuarbeit, Einzel- und gesamtwirtschaftliche Entwicklungstendenzen in der deutschen Seeschifffahrt, Hamburg/Frankfurt 1973, S. 77ff. Während im Umschlag von Stückgut durch den konventionellen Einsatz mit Kalkränen und 4 bis 6 Gangs 40 bis 100 t/h bewältigt wurden, werden beim Palettenumschlag im Gabelstaplerbetrieb 120 bis 250 t/h und mit dem Förderband 800 bis 1200 t/h, beim Roll-on /Roll-off Verkehr 800 bis 1400 t/h, beim Containerumschlag mit Hilfe einer Lift-on/Lift-off Brücke 250 bis 400 t/h und im Horizontalumschlag mehr als 2 000 t/h und schließlich mit Barge Carrier 2 500 bis 3 000 t/h bewältigt.

31 Den Einfluß des Hafens auf die übrige Wirtschaft hat Uwe Koch am Beispiel der Einführung einer Kontischicht im Hafen erläutert: „Ein Kontischichtsystem in den bundesdeutschen Seehäfen würde das gesamte Arbeitszeitgefüge an der Nord- und Ostseeküste nachteilig beeinflussen. Seeleute lägen noch kürzere Zeit in den Häfen; Seeschiffsschlepper, Seefestmacher, Lotsen müßten ihre Nachteinsätze verstärken. Containertruckfirmen und LKW-Unternehmer würden von ihren Fahrern noch mehr Rund-um-die-Uhr-Einsätze verlangen. Bundesbahn, Zöllner, Wasserschutzpolizei und Hafenbehörden müßten ihre Dienstpläne auf stärkere Nachtarbeit einstellen. Spediteure, Schiffsmakler und Agenturen müßten zu jeder Tages- und Nachtzeit den Dokumentenfluß garantieren. Für deren Beschäftigte wären größtenteils die traditionellen ‚Angestelltenarbeitszeiten‘ von 8.00 bis 17.00 Uhr und sonnabends immer frei für alle Zeiten vorbei. Schätzungsweise 150 000 bis 200 000 Beschäftigte der bundesdeutschen Seehäfen- und Transportarbeitschaft wären letztlich von diesen negativen Entwicklungen betroffen.“ U. Koch, *Kontischicht im Hafen — ein Angriff auf die Wochenendfreizeit*, in: L. Peter u.a., *Rationalisierung*, Frankfurt/Main 1980, S.113f.

„Schiff der Zukunft“³² werden für den Hafen den Einsatz entwickelter Umschlagstechnik und größerer Hafentflächen zur Konsequenz haben.

Nachdem sich Hamburg den weiteren Hafenausbau entlang der tieferen Südelbe durch den die Schiffgrößen beschränkenden Bau der Köhlbrandbrücke und die Überlassung ausgedehntester Hafentflächen an die Mineralölkonzerne selbst verbaut hat, bleiben für den Ausbau nur der Köhlfleet und die Norderelbe. Mit einer Vorverlagerung der Hafenanlagen werden die Dörfer Altenwerder, Moorburg und Francop weichen müssen. Der Ausbau an der Norderelbe wird einerseits erhebliche Elbvertiefungsmaßnahmen und andererseits Verkehrsausbaumaßnahmen durch die Innenstadt nach sich ziehen.³³ Weitere Anlagen für die Binnenschifffahrt, den Kraftwagenverkehr und die Deutsche Bundesbahn werden folgen.³⁴

Der Arbeitsplatzabbau im Handel um 12 v.H. auf 175 000 Beschäftigte ging in erster Linie zu Lasten des Großhandels und der Handelsvermittlung. Das Eindringen der elektronischen Datenverarbeitung wird eine weitere Arbeitsplatzvernichtung bewirken, bei der die Position der Kaufhauskonzerne und des Facheinzelhandels mit Filialen stärker werden wird.³⁵

Hinter dem minimalen Rückgang des Bereiches Verkehr und Nachrichtenübermittlung verbergen sich Verschiebungen zugunsten der Kommunikationsindustrie, der Transportmakler und zuungunsten der Transportindustrie, in denen die Arbeitsplatzvernichtung des Hafens und der Bundesbahn ihren Niederschlag finden.³⁶

2.3 Banken und Versicherungen

In der BRD hat sich Hamburg zur zweiten Bankmetropole nach Frankfurt entwickelt. Seit 1968 ist dabei ein Strukturwandel im Bankwesen zu beobachten³⁷. Zunächst hat die rasante Ausdehnung des Filialnetzes ihr Ende gefunden, seitdem die Lohn- und Gehaltszahlungen überwiegend über Girokonten erledigt werden. Zugleich haben ortsansässige private und Spezialbanken an Terrain verloren. Trotz feststellbarer Steigerung der Kreditmasse ist die wirtschaftliche Entwicklung am Kreditwesen nicht spurlos vorübergegangen. Der mäßige Welthandel, die nachlassende Investitionstätigkeit und die Konkurrenz anderer Kapitalmärkte zehren am bisherigen Kreditgefüge. Die Büro-rationalisierung wird zum Abbau von Arbeitsplätzen im Bankbereich führen, da Geschäftsausdehnungen kaum zu erwarten sind. Von dieser Entwicklung dürfte ebenfalls der Versicherungsbereich erfaßt werden.³⁸ Mit 49 000 Beschäftigten hat somit das Kredit- und Versicherungsgewerbe vermutlich seinen Beschäftigungshöhepunkt überschritten.

2.4 Die Dienstleistungen

Als Metropole besitzt Hamburg einen vielgliedrigen Tertiärsektor, dessen Gewicht der Erwerbstätigkeit nach 1970/1978 von 62 auf 68 v.H. gestiegen ist (vgl. Tab. 2). So-

32 Vgl. F. Fiehler, Das Projekt „Schiff der Zukunft“, in: Peter u.a., Rationalisierung, a.a.O., S. 114f.

33 Vgl. Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, Stadtentwicklungskonzept, Hamburg 1980, S. 41f.

34 Vgl. Handelskammer Hamburg, Bericht 1980, Hamburg 1981, S. 30ff.

35 Ebenda.

36 Vgl. Abschn. 2.5.

37 Vgl. Hamburgische Landesbank (Hrsg.), Der Bank- und Finanzplatz Hamburg, Hamburg 1978.

38 Vgl. Meyer-Marwitz, Das Hamburg Buch, Hamburg 1981, S. 243f.

weit bisher Transport, Handel, Kredit und Versicherungen betrachtet wurden, ist diese Entwicklung Resultat unterschiedlicher Tendenzen. Gegenüber den bisherigen Bereichen fällt der Zuwachs der sonstigen Dienstleistungen um 23 v.H. auf (vgl. Tab. 6). An den Dienstleistungsbereich knüpfen sich daher beschäftigungspolitische Erwartungen. Die Hamburgische Landesbank verweist in ihrer Strukturuntersuchung auf die erheblichen Schwierigkeiten, den „Schwund an Arbeitsplätzen im sekundären Sektor aufzufangen“ und legt eine Förderung des tertiären Sektors nahe, da dieser „noch weiter wachsen dürfte“.³⁹

Tabelle 6: Beschäftigte des Tertiärsektors Hamburgs 1970, 1975 und 1980

Bereich	1970	1975	1980
Handel	199 600	180 500	175 000
– Großhandel/Handelsvermittlung	97 600	86 000	83 000
– Einzelhandel	102 000	94 500	92 000
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	125 500	129 300	124 000
– Verkehr	98 700	98 300	92 000
– Nachrichtenübermittlung	26 800	31 000	32 000
Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen	46 500	48 400	49 000
Wohnungsvermietung	–	–	–
Sonstige Dienstleistungen	132 000	144 600	162 000
– Gaststätten, Beherbergungsgewerbe	24 000	23 000	24 000
– Wissenschaft, Bildung, Kunst, Publizistik	18 000	22 000	24 000
– Gesundheits- u. Veterinärwesen	13 000	15 000	19 000
– Übrige Dienstleistungen	77 000	84 600	95 000
Öffentliche Dienstleistungen	103 000	120 200	123 000
Organisationen ohne Erwerbscharakter	23 000	25 000	27 000

Quelle: Hamburgische Landesbank (Hrsg.), Dienstleistungsmetropole Hamburg, Hamburg 1980

Eine Prüfung dieser beschäftigungspolitischen Erwartung ergibt, daß zunächst der Bereich *Gaststätten/Beherbergung*, der der Größenordnung nach an erster Stelle rangiert, unter Berücksichtigung erheblicher Veränderungen beschäftigungsmäßig stagniert, obwohl beachtliche öffentliche Anstrengungen unternommen worden sind, Hamburgs Funktion als Messestadt, Unterhaltungsort und touristisches Ziel auszubauen. Um ein Drittel zugenommen hat der Bereich *Wissenschaft/Bildung/Kunst/Publizistik*, wobei die Entwicklung der Nachrichtenübermittlung/Presse maßgeblich beteiligt ist. Einen überdurchschnittlichen Zuwachs hat das *Gesundheits-/Veterinärwesen* mit über 45 v.H. zu verzeichnen.⁴⁰ In der Zunahme der übrigen Dienstleistungen ist ein überdurchschnittlicher Zuwachs der Bereiche *Rechts-/Wirtschaftsberatung, Werbung* und *Grundstücksverwaltung/Wohnungswirtschaft* auf Kosten traditioneller Dienste (*Wäscherei/Reinigung* und *Friseur/Körperpflege*) enthalten.

³⁹ Vgl. Hamburgische Landesbank (Hrsg.), Die Beschäftigungsstruktur in der Hamburger Wirtschaft, Hamburg 1979, S. 10.

⁴⁰ Vgl. Forderungsprogramm der DKP Betriebsgruppe Universitätsklinik Eppendorf.

Eine weitere Ausdehnung des Dienstleistungsbereichs kann aus höchst unterschiedlichen Bedingungen heraus erfolgen, wobei der Dienstleistungssektor von technischen Umwälzungen der Büro- und Verwaltungsarbeit sowie Subsumtion dieser Dienste unter das Kapital betroffen ist.⁴¹ Schließlich trägt das Bild vom Dienstleistungsgewerbe als eines weniger Kapital, Boden und Umweltbelastung verlangenden, also eines sich für einen bequemen beschäftigungspolitischen Ausweg anbietenden Gewerbes, da seine Praxen, Büros und Agenturen auf die Infrastruktur einer aufwendigen City angewiesen sind und sich für die innerstädtischen Wohnbereiche als außerordentlich zersetzend erweisen.⁴² Der Arbeitsplatz Dienstleistung, der sich durch große Verschiedenheit und Zersplitterung auszeichnet, setzt die Erweiterung der produktiven Basis voraus und macht für seine bewußte Gestaltung weitreichende Reformen der Gesundheit, Bildung, Kultur usw. notwendig.

2.5 Öffentlicher Dienst

Aus der Struktur einer städtischen Metropole wie auch der besonderen Funktion Hamburgs erwachsen zahlreiche öffentliche Aufgaben, die von einem umfangreichen öffentlichen Dienst wahrgenommen werden müssen (vgl. Tab. 7). Der öffentliche Dienst bezieht seine ökonomische Potenz aus dem nach einem bestimmten Schlüssel zwischen Bund und Land aufgeteilten Steueraufkommen. Im Verlaufe der siebziger Jahre hat sich Hamburg in einem Ausmaß verschuldet, daß Tilgungs- und Zinszahlungspflicht den Umfang der öffentlichen Wirtschaftsförderung bereits übersteigen.⁴³

Tabelle 7: Der öffentliche Dienst in Hamburg 1970 und 1978

Bereich	1970	1978	Veränderungen in v. H.
Bundesdienststellen	51 385	47 886	— 6,8
Bundesbehörden	7 385	7 834	+ 6,1
Bundesbahn	18 692	16 983	— 9,1
Bundespost	24 373	21 791	— 10,6
Sonstige	953	1 278	+ 34,1
Öffentliche Verwaltung, Hamburgs	97 595	104 456	+ 7,0

Quelle: Statistisches Landesamt Hamburg (Hrsg), Statistische Taschenbücher

Zunächst muß von einem größeren Schuldenstand zu Beginn der siebziger Jahre ausgegangen werden, der für die Erweiterung des öffentlichen Dienstes, die Industrieansiedlung, den Ausbau von Hafen, Verkehr und Energie in Kauf genommen wurde. Offensichtlich war diese Verschuldung mit der Erwartung einer weiteren beschleunigten

41 Vgl. K. Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1974, S. 372 über die „Entgötterung“ der Dienstleistungssphäre.

42 Gerade Dienstleistungsbetriebe dringen in innerstädtische Wohnbereiche ein, fordern Wohnraumzerstörung und Bodenspekulation heraus und ziehen somit umfangreiche öffentliche Ausgaben nach sich.

43 Gegenwärtig übersteigt die Tilgungs- und Zinsenlast des Hamburger Haushalts den Umfang öffentlicher Wirtschaftsförderung. Vgl. Geschäftsbericht der Hamburgischen Landesbank 1980.

Akkumulation in den siebziger Jahren verknüpft worden, die sich jedoch als Trugschluß erwies. Die Steigerung des Steueraufkommens um 77 v.H. blieb weit hinter der Ausgabensteigerung zurück.

Der Senat reagierte auf den wirtschaftlichen Einbruch 1974/75 mit einer rigorosen Sparpolitik, die von 1974 bis 1977 7 000 Arbeitsplätze kostete. Neben dieser Sparpolitik wirkte sich der Personalabbau der Bundesbahn und der Bundespost aus, die neben den beschäftigungspolitischen Wirkungen auch eine Einschränkung der Transport- und Kommunikationsfunktion Hamburgs nach sich zogen. Die 1978 erfolgte Wiederausdehnung des öffentlichen Dienstes konnte in keiner Weise den Erfordernissen nachkommen, wie Gesundheits-, Bildungs- und Sozialpolitik beweisen. Mit der gegenwärtigen Krise wird ein weiterer Personalabbau erwartet.

3. Wirtschaftspolitik in Hamburg

Zu Beginn der achtziger Jahre wird die Hamburger Wirtschaft immer noch von den Wirkungen der Krise 1974/75 geprägt. Arbeitslosigkeit, Rationalisierung und Abbau des sozialen und rechtlichen Besitzstandes machen sich in vollem Umfang geltend. Die 1978/79 einsetzende Konjunktur war zu einer Lösung der Krisenfolgen nicht in der Lage. Eine weitere zyklische Krise ist inzwischen eingetreten, und eine Rückkehr zu einer Periode beschleunigter Akkumulation wird es in absehbarer Zeit nicht geben. Insofern gilt für Hamburg kein anderer wirtschaftspolitischer Konflikt als für die BRD.⁴⁴

Seit Anfang der siebziger Jahre ist die Hamburger Industrie rückläufig. Aus dem Gewicht der Produktionsmittel produzierenden Abteilung folgt, daß Hamburgs Industriestruktur in überdurchschnittlichem Maße vom Gang der Akkumulation abhängig ist. Der Niedergang der Wertindustrie und die Rückzugstendenzen auswärtiger Kapitale wirken sich verschärfend für die wirtschaftliche Lage aus. Von einem erfolgreichen Strukturwandel der Hamburger Industrie kann deshalb nicht die Rede sein, weil sich die Spezifik der industriellen Zusammensetzung nicht verändert hat, weil an die Stelle der niedergehenden Industriezweige keine aufsteigenden von entsprechender Größe getreten sind und weil sich keine Ansatzpunkte zu veränderter Industrieverflechtung ergeben haben. Unter diesen Bedingungen ist die Hamburger Industriestruktur besonders stark danach ausgekämmt worden, inwiefern sich die einzelnen Industriezweige als rationalisierungsstark erwiesen haben. Der unter städtischen Bedingungen beschränkten räumlichen Ausdehnungsfähigkeit wegen haben sich eine Reihe von Betriebs- und Unternehmensverlagerungen ergeben. Hinsichtlich der Handelsfunktion hat Hamburg den Verlust am Außenhandel der BRD durch Gewinne am seewärtigen Handel wettzumachen versucht, womit die Funktion als Transithafen und Vermittler des Ost-West-Handels gewachsen ist. Der Beschäftigungsrückgang in der Transportindustrie steht vor dem Hintergrund großer Kapitalumwälzungen, an denen sich der Staat umfassend beteiligt hat. Ein weiterer Ausbau des Hafens, der Eisenbahn und des Straßenverkehrs steht nach dieser Logik bevor, ohne daß Realisierungschancen und Perspektiven geklärt wären. Obwohl die Hafen- und Handelsfunktionen Hamburgs die Grundlage für einen gewichtigen Banken- und Versicherungssektor gibt, dürfte dieser Sektor doch seinen

⁴⁴ Vgl. Memorandum '81: Demokratische Wirtschaftspolitik gegen Marktmacht und Sparmaßnahmen, Köln 1981

Zenit überschritten haben, da Kredite für den Außenhandel nachlassen, für den Schiffsbau wegfallen und für den Wohnungsbau mit Spekulation verbunden sind. Aus diesem Grunde wird es keine weitere Ausdehnung des Filialennetzes geben, ist ein Rationalisierungsschub durch die weitere Datenverarbeitung zu erwarten und sind Fusionen und Einstellungen abzusehen. Die Zunahme des Dienstleistungsbereichs fällt immer weiter unter die Größe der Beschäftigungsabnahme der Industrie, womit seine Kompensationsfunktion weggefallen ist. Obwohl hier mit weiteren Zuwächsen zu rechnen ist, entzieht sich dieser Bereich weitgehend einer herkömmlichen beschäftigungspolitischen Förderung, da der Dienstleistungsbereich einerseits Akkumulation und Staatstätigkeit (Ausbildung, Infrastruktur, Subventionierung) voraussetzt und andererseits unterschiedlichste Stufen von Vergesellschaftung aufweist. Für den öffentlichen Dienst ergibt sich das Dilemma, daß auf der einen Seite die Grenzen weiterer Steigerung des Steueraufkommens enger werden und sich auf der anderen Seite der Zwang zur Ausgabensteigerung verstärkt. Aus der daraus resultierenden kommunalen Verschuldung wird weiterer Druck zu konservativer Wirtschaftspolitik und restriktiver Haushaltspolitik folgen. Entgegen der bisherigen Erwartung, daß der Staat in Zeiten der Krise die Arbeitslosigkeit durch eine Ausdehnung der öffentlichen Beschäftigung mildern würde, hat sich in Hamburg gerade das Gegenteil gezeigt. Im Bereich der öffentlichen Unternehmen ist ebenfalls nicht die geringste Arbeitsplatzsicherheit zu erwarten, weil sie vor dem Hintergrund der öffentlichen Verschuldung vehementer eine kapitalistische Unternehmenssanierung betreiben werden.

Mit dem Auslaufen der Periode der beschleunigten Akkumulation hat für Hamburg das Problem regionaler Konkurrenz an Virulenz gewonnen. Ihrer Struktur und Größe nach und ihrer Umgebung wegen mangelt es der Elbmetropole an Eigenständigkeit als industrielles Zentrum. Sie bleibt nach wie vor auf ihre Handels- und Hafenfunktion angewiesen, die aber durch Rotterdam und andere Konkurrenten bedroht ist. Das Problem der Wirtschaftspolitik ergibt sich daraus, daß auf der einen Seite den bisherigen wirtschaftlichen Mitteln (Industrieansiedlung, Ausbau des Energie- und Verkehrswezens, Staatsintervention) mit dem Auslaufen der beschleunigten Akkumulation der Boden genommen ist, auf der anderen Seite aber genau diese Mittel für die regionale Konkurrenzfähigkeit nach kapitalistischem Kalkül verlangt sind.

Das Problem der Wirtschaftspolitik, daß es keine Lösung nach der bisherigen Logik geben kann, gesteht man sich so nicht ein. Die heftigen Auseinandersetzungen um Brokdorf in der Sozialdemokratie zeigen, daß eine Fraktion in Erwartung einer Rückkehr zum Wachstum an einer offensiven Industrialisierungskonzeption festhält, während sich die andere Fraktion auf Hamburg selbst zurückziehen will und sich von einem weiteren Hafenausbau eine Stabilisierung des Arbeitsplatzes Hamburg erwartet. Beiden Konzepten ist gemein, daß sie auf größere Ausbeutung und weiteren Verzicht auf soziale Ansprüche zugunsten von mehr Hafen, Industrie und Verkehr setzen und zugleich den ökologischen Konflikt verschärfen. Wenn Brokdorf mit der Industrialisierung des Elbraumes gleichzusetzen ist, dann steht der Hafenausbau gleichfalls für Umweltzerstörung. Unter der Bedingung eines geschrumpften Welthandels kann ein offensiver Hafenausbau weiterhin nur bedeuten, daß Hamburg gewinnt, was Bremen verliert. Die Erweiterung der Hafenflächen bedeutet den Untergang der Ortschaften Moorburg und Francop und zieht die Einkreisung und Zersetzung der Stadtteile Wilhelmsburg und Finkenwerder nach sich. Weitreichende Verkehrsausbaumaßnahmen

müssen quer durch bisherige innerstädtische Wohnbereiche erfolgen. Die Wirtschafts- und Wohnfunktion der Stadt geraten damit in einen unversöhnlichen Gegensatz. Wohnraumzerstörung zieht Stadtflucht nach sich, die wiederum die Verkehrsbelastung der Stadt steigert. Mit der Stadtflucht gehen die größeren Steuerzahler verloren und bleiben die von Sozialleistungen abhängigen Haushalte, d.h. unverminderte Ausgaben bei weniger Einnahmen. Das alles wird aber im Interesse einer regionalen Konkurrenzfähigkeit in Kauf genommen. Der Hafenausbau verschlingt die Gelder, die eine Begrenzung der Elbwasserverschmutzung ermöglichen könnten. Die Beteiligung an Brokdorf zieht die Mittel ab, mit der eine Umstellung auf Fernheizung in der Stadt vorgenommen werden könnte. Der Ausbau des Verkehrswesens nimmt die Haushaltsposten in Anspruch, mit denen eine wirkliche Sanierung der von Wohnraum- und Umweltzerstörung bedrohten Stadtteile durchführbar gewesen wäre.

Die Perspektive der Arbeiterklasse kann nur in einem Bruch mit dieser Logik der Wirtschaft und deren Politik liegen. Kann ein solcher Bruch auf regionaler Ebene angeboten werden? Können Forderungen gegen die Vernichtung der Arbeitsplätze in der Werftindustrie, gegen die Zerstörung der Ortschaften Moorburg und Francop durch den Hafenausbau, gegen die Elbwasserverschmutzung, gegen die Wohnraum- und Umweltzerstörung mehr sein als bloße „Stopforderungen“? Kann schließlich bei diesem Stand wirtschaftspolitischer Probleme bei beschäftigungspolitischen Auflagen, Haushaltsumverteilungen und Verstaatlichungsforderungen spektakulär gewordener Unternehmen stehen geblieben werden? Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen ist erforderlich, wenn die Linke Hamburgs sich nicht mehr vom „kleineren Übel“ oder dessen Differenzierungen einbinden lassen will und zu einer politischen Alternative sich zu vereinigen anschickt. Einer solchen Diskussion Material zu liefern, war Zweck vorliegender Untersuchung.

Weltmarkt und nationale Wirtschaftspolitik*

Fritz Rische

Die neuen Ausgangspunkte — Herrschaft der Monopole, bürgerlicher Nationalstaat, nationale Wirtschaftspolitik — Resümee

Die neuen Ausgangspunkte

Mit unserem Beitrag möchten wir einige Probleme aufgreifen, die die Formulierung und Durchsetzung einer nationalen Wirtschaftspolitik im Interesse der Arbeiterklasse der BRD betreffen. Wir knüpfen damit an die Aussagen der anderen Referate dieser Tagung an, in denen die neuen internationalen Verflechtungen und Abhängigkeiten analysiert wurden, die sich auch für die Volkswirtschaft der BRD ergeben.

Damit wird auch eine zentrale Frage der Klassenauseinandersetzungen in der BRD angesprochen. Es gibt heute kaum noch eine Sozial- oder Tarifrunde, bei der der Verweis auf die internationale Konkurrenz, den Weltmarkt und die Abhängigkeit der Arbeitsplätze seitens der Unternehmer nicht dazu herhalten müßte, die berechtigten Forderungen der Gewerkschaften und der Arbeiter abzulehnen. Ob Unternehmerverbände, Bundesregierung, Bundesbank, Wirtschaftsinstitute oder Sachverständigenräte — ihr Credo ist heute das gleiche: Reallohnabbau zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der BRD-Konzerne!

Ähnliche Argumente kennt man natürlich auch schon von früher. Vom Grundmuster sind sie also nicht neu. Neu sind auch nicht die Grundtendenzen monopolistischer und imperialistischer Konkurrenz. Sie sind generell für den Kapitalismus in unserem Jahrhundert charakteristisch und wurden von der marxistisch-leninistischen Imperialismustheorie der Analyse und Erkenntnis erschlossen. Gerade von ihren Positionen sind wir verpflichtet, den Veränderungen und den neuen Erscheinungen die allergrößte Aufmerksamkeit zu widmen.

Wenn wir für die jüngste Periode nach dem Neuen fragen, dann haben wir auf die Rolle der internationalen und transnationalen Konzerne und Kapitalgruppen aufmerksam zu machen. Wir haben unseren Blick auf die Integrationsräume und -gebilde zu richten. Wir haben die bis in die Produktionssphäre reichende Internationalisierung der Wirtschaft, die Verlagerungen im System der internationalen Arbeitsteilung, die neuen Dimensionen der Energie- und Rohstofffrage zur Kenntnis zu nehmen. Es ist nur eine Konsequenz des hohen Internationalisierungsgrades, daß den Verhältnissen ein hoher Stellenwert zukommt.

*Beim vorliegenden Beitrag handelt es sich um einen Auszug aus dem gemeinsam mit Heinz Jung ausgearbeiteten Vortrag des Verfassers auf dem vom Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (Moskau), dem Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (Berlin/DDR) und dem IMSF gemeinsam vom 2.-4. Juni 1981 in Frankfurt/M. veranstalteten Symposium „Weltmarkt und Internationalisierung der Wirtschaft — Aktuelle und theoretische Gesichtspunkte“. Die vollständige Fassung erscheint im Protokoll-Band der Tagung. Vgl. auch den Bericht von Jörg Goldberg über das Symposium in diesem Band der „Marxistischen Studien“.

Für die kapitalistischen Verhältnisse ist es charakteristisch, daß sich die Anpassung an die veränderten internationalen Bedingungen als krisenhafter Prozeß vollzieht und daß in und für diesen Prozeß die Interessen der Monopololigarchien maßgebend sind. Es geht deshalb auch nicht um eine Anpassung schlechthin, die einer Naturnotwendigkeit folgt, sondern um die sozialökonomischen Bedingungen und Interessen, die dabei wirksam werden. Diese Position ist für die Bestimmung einer nationalen Wirtschaftspolitik von zentraler Bedeutung.

Wenn wir in diesem Referat von Weltmarkt sprechen, dann meinen wir nicht nur im traditionellen Sinne die internationale Geld- und Warenzirkulation, sondern den Gesamtkomplex internationaler Wirtschaftsbeziehungen. Für die BRD kommt im Rahmen der globalen Weltmarktbeziehungen jenen, die die kapitalistische und kapitalistisch beeinflusste Hemisphäre betreffen, die Hauptbedeutung zu. Diese sind hinsichtlich ihres sozialökonomischen Inhalts Kreuzpunkt der Konkurrenz der internationalen Konzerne und Finanzgruppen, der „nationalen“ imperialistischen Systeme und der verschiedenen Blocks und Gruppierungen. Gleichzeitig liegt es auf der Hand, daß im Rahmen der globalen Wirtschaftsbeziehungen den Ländern des RGW, der dynamischsten Wirtschaftszone der Erde, in mancher Hinsicht die Initiative zuwächst und den Ländern der „Dritten Welt“ eine wachsende Rolle zukommt. Die Tendenzen des Imperialismus besitzen also auch in den Wirtschaftsbeziehungen nicht mehr die absolute Dominanz.

Wir haben nach dem Neuen gefragt. Dabei erscheint es uns wichtig, die qualitativen Umschläge im Wirkungsgrad der Tendenzen zu erkennen. Es ist zweifellos zutreffend, wenn Publizisten der westdeutschen Bourgeoisie davon sprechen, daß die BRD-Wirtschaft heute „wesentlich stärker ‚außenbestimmt‘“ sei als noch vor 10 Jahren: „Die Ölpreise, die internationalen Wechselkursverschiebungen, das ausländische Zinsniveau und das Auftreten neuer Konkurrenten auf den Weltmärkten stellen die heimische Wirtschaftspolitik vor neuartige Herausforderungen. Mit den altbekannten Mitteln ist da oft nichts zu machen.“¹

Die Wirtschaftskrise 1974/75 stellt zweifellos auch in dieser Hinsicht für die BRD-Wirtschaft einen tiefen Einschnitt dar. Sie ist gerade deshalb mehr als eine „normale“ zyklische Krise, weil in ihr Bedingungen und Faktoren Wirksamkeit erlangten, die die bis heute anhaltende Krise der staatsmonopolistischen Regulierung und Wirtschaftspolitik auslösten. Die Auseinandersetzung über die einzuschlagenden Wege bestimmt bis heute bis zu einem gewissen Grad die Gruppierungen innerhalb der herrschenden Kreise der BRD. Lösungen sind jedoch nach wie vor nicht in Sicht.

Unter diesen Bedingungen ist es für die Arbeiterbewegung der BRD nahezu lebenswichtig, in ihrer wirtschaftspolitischen Strategie der antimonopolistischen Orientierung den neuen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Ja, schon die Verteidigung der aktuellen ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse verlangt die Beachtung der internationalen Aspekte. Damit erhält auch die Frage einer nationalen Wirtschaftspolitik neue Akzente.

¹ Peter Hort, Leitartikel in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.4.1981

Herrschaft der Monopole, bürgerlicher Nationalstaat, nationale Wirtschaftspolitik

Wenn wir die Bedingungen und den Inhalt einer nationalen Wirtschaftspolitik für die BRD heute erörtern wollen, dann versteht es sich von selbst, daß diese nicht identisch mit der Wirtschaftspolitik der Regierung, des Staates oder des „nationalen“ Systems des staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) ist. Es wäre auch verfehlt, das Monopolkapital oder das Gesamtkapital, sollte ihm heute noch Relevanz zukommen, als Repräsentanten nationaler Wirtschaftsinteressen aufzufassen. Denn der Profit als Maßstab nationaler Wirtschaftsentwicklung ist überholt.

Wenn wir so die Frage stellen, dann meinen wir allerdings nicht, daß in der Wirtschaftspolitik der Regierung der BRD heute nationale Interessen überhaupt keine Geltung erlangen könnten oder daß dies erst nach grundlegenden antimonopolistischen oder sozialistischen Änderungen möglich sei. Es ist dies sofort einsichtig, wenn wir die Fragestellung mit der Notwendigkeit des Friedens und der Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen mit den sozialistischen Ländern verknüpfen.² Diese Beziehungen haben jedoch zweifellos auch wichtige wirtschaftspolitische Aspekte. Es ist notwendig, die Begründungen dafür weiter zu durchdenken.

Als Marxisten gehen wir davon aus, daß die nationale Frage immer einen Klasseninhalt hat und daß sie vom Standpunkt der Arbeiterklasse niemals losgelöst von ihren historischen und internationalen Interessen beantwortet werden kann. Die Nation steht heute nicht außerhalb der sozialökonomischen und politischen Herrschaftsverhältnisse des SMK. Als historische Gruppe oder Kategorie markiert sie den entscheidenden Rahmen, in dem sich die Klassenherrschaft realisiert und eine Außenabgrenzung gegeben ist. Diese Außenabgrenzung ist, wie bekannt, nie starr und absolut. Sie ist flexibel entsprechend den objektiven und subjektiven Bedingungen. Deshalb müssen heute die internationalen Veränderungen und Aspekte besonders beachtet werden. Aber zweifellos gilt auch heute noch, daß eine Hauptebene des Klassenkampfes der Kampf um die Führung der Nation ist, er sich also im nationalen Rahmen entfaltet. Wenn wir davon gesprochen haben, daß die Interessen des Kapitals und der Bourgeoisie nicht mehr identisch sind mit dem historischen Fortschritt und den Interessen der Nation, dann erhält dies seine Begründung vor allem dadurch, daß im Stadium des Imperialismus Entwicklung der Produktivkräfte und gesellschaftlicher Fortschritt nicht mehr zusammenfallen und die allseitige Entwicklung der Produktivkräfte behindert wird.

Demgegenüber ist unseres Erachtens die Entwicklung der Produktivkräfte und der gesellschaftlichen Produktion unter optimaler Nutzung und Entwicklung der nationalen Ressourcen das Grundmoment jeder nationalen Wirtschaftspolitik. Dazu gehören die menschlichen, sachlichen und natürlichen Ressourcen, was u.a. auch die kulturellen Aspekte einschließt. Diese Grundbedingungen nationaler Wirtschaftspolitik werden heute durch das Expansions- und Herrschaftsstreben des Monopol- und Finanzkapitals in Frage gestellt.

2 Zur Herausarbeitung und Formulierung dieser Aspekte einer nationalen Politik für die Arbeiterklasse der BRD vgl. Herbert Mies, Rede auf der Berliner Konferenz der Kommunistischen und Arbeiterparteien Europas 1976, in: Hrg. DKP-Parteivorstand, Dokumente der Berliner Konferenz, Düsseldorf 1976, S.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Nationale Wirtschaftspolitik hat nichts zu tun mit Streben nach nationaler Autarkie. Dies wäre heute für ein Land wie die BRD von vornherein illusorisch. In und für die BRD war der Aufschwung der Nachkriegszeit in sehr hohem — und man kann sagen: entscheidendem — Maße an den Zugang zum Weltmarkt und an die fortschreitende Internationalisierung gebunden. Dies war für die BRD allerdings mit einer imperialistischen Stellung verbunden, bei der sie von der Position des Weltimperialismus und den günstigen terms of trade profitieren konnte. Diese Bedingungen haben sich heute z.T. verändert, denn in den internationalen Beziehungen sind in den siebziger Jahren andere Kräfteverhältnisse wirksam geworden. Unabhängig davon bestünde jedoch auch für jede Regierung mit antimonopolistischer und nationaler Orientierung in der BRD die Notwendigkeit, den Ausbau der internationalen Wirtschaftsbeziehungen weiter zu fördern.

Wenn als Grundmoment nationaler Wirtschaftspolitik die optimale Nutzung und Entwicklung der nationalen Ressourcen genannt worden war, so kann dies nicht bedeuten, Optimalität ließe sich außerhalb internationaler Zusammenhänge und Entwicklungen definieren. Optimalität hat auf jeden Fall auch einen Aufwands- und Wertaspekt. Wird seine Durchsetzung jedoch der Marktspontaneität und der monopolistischen Konkurrenz überlassen, führt dies naturwüchsig zur Untergrabung des nationalen Potentials. Demgegenüber muß darauf verwiesen werden, daß vom Standpunkt einer nationalen Wirtschaftspolitik der BRD der Nutzung des Arbeitskräftepotentials nahezu absolute Dominanz zukommt. Nur damit kann auch langfristig die Berücksichtigung des Wertaspekts gewährleistet werden.

Im übrigen tragen auch die westdeutschen Kapitalisten selbst dem Gesichtspunkt Rechnung, daß eine ungehemmte Durchsetzung der Marktwirtschaftslogik zum Ruin ihrer internationalen Konkurrenzposition führen könnte. Obwohl sie im allgemeinen „freihändlerische“ Marktwirtschaftsparolen für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen proklamieren und dem Konkurrenzvorteil der Öffnung und Offenhaltung der internationalen Märkte im Interesse der Exportkonzerne selbst einheimische Branchen opfern, gehen sie überall dort, wo militärstrategische Gesichtspunkte oder die Interessen mächtiger Monopolgruppen auf dem Spiel stehen, relativ ungehemmt zu Protektionismus und Interventionismus über.³ Bekanntlich erfolgt dann in der Legitimationspropaganda der Verweis auf die nationalen Interessen. Tatsächliches nationales Interesse hat jedoch andere Prioritäten als das Verwertungsinteresse der Monopole, selbst wenn in diesen oder jenen Fällen Profitinteressen mit nationalen Interessen parallel laufen

3 Dazu sei der derzeitige Wirtschaftsminister der Bundesregierung und frühere Unternehmerverbandsmann Otto Graf Lambsdorff zitiert (nach: Bewährung. Wirtschaftspolitik in Krisenzeiten, Düsseldorf-Wien 1980).

Für ihn ergeben sich die Herausforderungen an die Wirtschaftspolitik „vor allem aus den tiefgreifenden strukturellen Änderungen der nationalen und internationalen Märkte“ (S. 74). „Binnenwirtschaftliche Verkrustungen“ könnten nur „durch den freien Strom der Waren, Kapitalien, Technologien und Ideen“ immer wieder fortgespült werden (S. 75). „Untrennbar verbunden mit einer marktwirtschaftlich orientierten Weltwirtschaftsordnung ist zweifellos auch die Freizügigkeit der internationalen Kapitalbewegungen und damit die Möglichkeit zu Auslandsinvestitionen“ (S. 149). „Strukturwandel muß vor allem auf dem Weg über einen ungehinderten internationalen Warenaustausch herbeigeführt werden“ (S. 144). Es handelt sich hier natürlich in hohem Maße um ideologische Leerformeln. Aber sie drücken — unter Beachtung der realen Interessenlage — adäquat die Expansionsstrategie der westdeutschen Monopole aus.

mögen. Dies gilt vor allem dort, wo die Sicherung heimischer Arbeitsplätze und Produktionskapazitäten zur Debatte steht.

Kann die Wahrung der Optimalität nun die Anpassung der nationalen Wirtschaft unter dem Diktum der Weltmarktpreise bedeuten? Zweifellos sind Weltmarktpreise für jeweilige Volkswirtschaften objektive Daten. Aber sie sind bei weitem nicht Ausdruck eines „internationalen Wertes“, in dem sich die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit der Weltwirtschaft bzw. die „nationalen Werte“ für die jeweils entscheidenden Warenmassen niederschlagen würden.⁴ Deshalb können Weltmarktpreise also auch kein absolutes Kriterium für die Anpassungsprozesse der Nationalwirtschaft sein, sondern bestenfalls Orientierungspunkte. Nach wie vor haben auch Länder gleichen Entwicklungsniveaus unterschiedliche Preis-, Kosten- und Gebrauchswertstrukturen. Sie bleiben selbst bei Annäherung der Produktivitätsniveaus. Gerade diese Unterschiede und Spezialisierungen bleiben die Antriebskraft der weiteren Ausdehnung des Weltmarktes. Sie schließen notwendigerweise Unterschiede der nationalen und internationalen Preise ein.

Nationale Wirtschaftspolitik ist eng verbunden mit den allgemeinpolitischen Zielen. Sie besteht nicht für sich. Dies gilt in erhöhtem Maß bei einer Zunahme des Gewichts der Außenaspekte. Wahrung des Friedens und der Grundsätze der friedlichen Koexistenz, Sicherung des Territoriums, Souveränität und Unabhängigkeit sind die allgemeinen und unabdingbaren Grundsätze nationaler Politik. Diese Grundsätze gelten für alle Nationen und Völker. Deshalb kann es eine nationale Wirtschaftspolitik nicht geben, die den Krisenexport auf Kosten anderer oder die Ausplünderung anderer Völker und Nationen betreibt.

Für die Arbeiterklasse der BRD ist die Verknüpfung ihrer nationalen und internationalistischen Interessen besonders wichtig. Der Verzicht der BRD auf revanchistische und expansionistische Ambitionen, die Überwindung der antikommunistischen und antisowjetischen Staatsdoktrinen, die Unabhängigkeit vom US-Imperialismus, all dies sind Momente, deren Verwirklichung die Voraussetzung dafür ist, daß im Inneren die Bedingungen gesellschaftlicher Veränderungen heranreifen können.⁵

Angesichts der jüngsten Entwicklung ist dies von Aktualität. Es liegt auf der Hand, daß mit der Durchsetzung des neuen aggressiven und imperialistischen Hegemonialkurses des US-Imperialismus die Grundsätze, Möglichkeiten und Bedingungen einer nationalen Wirtschaftspolitik der BRD hinfällig werden würden. Die Koppelung von imperialistischer Herrschaft, politischem und ökonomischem Druck ist dabei evident und kommt in den z.T. politisch gemanagten Energie- und Rohstoffkrisen zur Wirkung.

Als Knüppel dient dem US-Imperialismus nicht zuletzt die Militär- und Rüstungspolitik. Von der BRD wird nicht nur die Einhaltung des aggressiven und für sie selbstmörderischen Raketenrüstungsbeschlusses der NATO vom Dezember 1979 verlangt, sondern im Rahmen imperialistischer Arbeitsteilung das Rüstungsengagement im nahen und mittleren Osten. Die mit einer solchen globalen Expansion verbundene Steigerung der Rüstungsausgaben, bei explodierenden Waffenpreisen, verhilft zwar den beteiligten

4 Vgl. dazu die interessanten Erörterungen von O. Bogomolow, *Der internationale Markt der RGW-Länder*, dtsh. in: *Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge*, Berlin/DDR, H. 10/1980, S. 1029 ff.

5 Vgl. Herbert Mies, a.a.O.

Konzernen zu beträchtlichen Extraprofiten, verstärkt jedoch die Faktoren der Wirtschaftskrise und bewirkt eine Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse. Das Hochrüsten hat auch unmittelbare Auswirkungen auf die Staatshaushalte – zu Lasten der Ausgaben für Bildung und Sozialpolitik und nationaler Wirtschaftsprogramme. Die Anschauung dafür liefert die Haushaltssanierung nach den Bundestagswahlen von 1980. Rüstung behindert auch eine effektive Strukturpolitik und führt zur Ressourcenvergeudung. Sie verstärkt die wachstumshemmenden Faktoren. Der hohe Aufwand für Rüstungs- und Militärforschung schränkt die Möglichkeiten ziviler Forschung ebenfalls beachtlich ein. Schließlich muß darauf verwiesen werden, daß dieser Kurs letztlich zu einer neuen Konfrontationspolitik, zur Einschränkung des Handels mit den sozialistischen Ländern und damit auch zu einer Gefährdung von Arbeitsplätzen führt.

Wenn wir auf diese Sachverhalte aufmerksam machen, dann halten wir es auch für unbedingt erforderlich, die eigenständigen imperialistischen Ziele der herrschenden Kreise der BRD zu markieren.⁶ Auch dies schließt die Möglichkeiten von Interessenkollisionen mit dem US-Imperialismus ein. In diesem Prozeß können auch wesentliche Aspekte des nationalen Interesses der BRD berührt werden. Die Hervorhebung und Verteidigung dieser Interessen auf allen Gebieten ist gegenwärtig eine der aktuellen Aufgaben der fortschrittlichen Kräfte. Dies ermöglicht die Bildung breiter nationaler Fronten und Koalitionen, wie sie etwa im Kampf um die Durchsetzung des Röhren-Erdgas-Geschäftes mit der UdSSR oder einer nationalen Erdölversorgungspolitik in Konturen sichtbar werden.

Wenn wir heute das Verhältnis Internationalisierung – nationale Wirtschaftspolitik analysieren, dann werden meist nur die restriktiven Züge herausgearbeitet. Mit Recht wird der Widerspruch von bürgerlichem Nationalstaat und internationalen Konzernen und Finanzgruppen, den Triebkräften, Trägern und Nutznießern der kapitalistischen Internationalisierung heute, hervorgehoben. Die aktuelle Krise der staatsmonopolistischen Regulierung und Wirtschaftspolitik wird völlig richtig aus der Rückwirkung des genannten Internationalisierungsgrades abgeleitet. Als Reaktion orten viele marxistische Autoren⁷ die Tendenz zu einer Internationalisierung staatsmonopolistischer Institutionen und Strukturen.

Welchen Stellenwert hat dieser Widerspruch für eine nationale Wirtschaftspolitik? Genau genommen ist dieser Widerspruch seit den ersten Internationalisierungstendenzen des Kapitals wirksam. Er hat jedoch heute gegenüber dem binnenwirtschaftlichen Reproduktionsprozeß eine weit größere Intensität und Reichweite: Zum einen hin-

6 Dies markiert das Programm der DKP von 1978: „Die Bundesrepublik ist zu einem der ökonomisch und politisch wichtigsten Staaten im kapitalistischen Weltsystem geworden. Als stärkste westeuropäische Militärmacht und Hauptverbündeter der USA in Europa hat sie Schlüsselpositionen in der NATO, übt sie bedeutenden Einfluß auf die Strategie dieses aggressiven Militärpaktes aus. Der BRD-Imperialismus setzt sein ökonomisches und militärisches Potential zur Erringung der Vorherrschaft in Westeuropa ein. Er versucht, die Bundesrepublik als ein Modell für die innere Entwicklung auch der anderen westeuropäischen Länder darzustellen und sich die Rolle eines Gendarmen gegen deren fortschrittliche Kräfte anzumaßen.“

7 Diese Problematik wird aufgenommen und mit entsprechenden Schlußfolgerungen verbunden u.a. von: A. Milejkowski, Neue Tendenzen in der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, dtsh. in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, H. 10/1980, Berlin/DDR, S. 1062 ff.; Lutz Maier, Aktuelle Probleme des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: IPW-Berichte, Berlin/DDR, H. 7/1980, S. 1 ff.

sichtlich der Rahmenbedingungen staatlicher Reaktionen, zum anderen hinsichtlich der Rückwirkung der Weltmarktbewegungen. Wir können hier nicht bei der Konstatierung restriktiver Wirkungen stehen bleiben, sondern haben auch zu beachten, daß mit der Internationalisierung den nationalen Systemen des SMK neue Machtmittel, neue Möglichkeiten des Krisenmanagements zugewachsen sind und neue Mechanismen der monopolistischen Außenexpansion entstanden.

Vom Standpunkt des Monopolkapitals der BRD hat die Sicherung der Außenexpansion und Weltmarktposition Priorität für die Wirtschaftspolitik.⁸ Diese Orientierung kollidiert zwangsläufig mit den nationalen Wirtschaftsinteressen. Denn sie entwickelt und nutzt nicht optimal die nationalen Ressourcen. Sie ist eine Politik gegen die Interessen der Arbeiterklasse und der Werktätigen. Sie ist eine Politik gegen andere Völker und Nationen. Dieser Sachverhalt unterstreicht den antinationalen Charakter der Politik und der Interessen des Monopolkapitals. Die Politik des Staates wird an seinen Interessen ausgerichtet und muß in diesem Maße selbst antinationale Züge aufweisen, obwohl sie als Politik eines bürgerlichen Nationalstaates erscheint. Deshalb hat nationale Politik der Arbeiterklasse in der BRD in Hauptaspekten einen antimonopolistischen Inhalt.

Wenn wir in der Anpassungstendenz des „nationalen“ Systems des SMK bzw. der Politik des bürgerlichen Nationalstaates an die Interessen des international agierenden Monopolkapitals die heutige Form der partiellen Lösung des oben umrissenen Widerspruchs erblicken, dann muß auch klargestellt werden, daß die Konfliktlinie nicht zwischen nationaler Wirtschaftspolitik und Internationalisierung der Wirtschaft verläuft. Beachten wir unter diesem Gesichtspunkt etwa die grundlegenden UNO-Deklarationen oder die Erklärung der KSZE-Konferenz von Helsinki, dann schließt ihre Realisierung in Übereinstimmung der Interessen aller Beteiligten eine breite Ausweitung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen — über die Grenzen der Länder, Regionen, Blocks, der sozialökonomischen und politischen Systeme hinweg — ein.

Resümee

Wenn wir in knappen Worten ein Resümee zu ziehen suchen, dann kann es nicht im Definitionsversuch einer nationalen Wirtschaftspolitik unter den heutigen Weltmarktbedingungen bestehen. Wir können nur versuchen, einige aus unserer Sicht zentrale Züge einer nationalen Wirtschaftspolitik nochmals herauszustellen.

Nationale Wirtschaftspolitik für die BRD ist in erster Linie eine Wirtschaftspolitik, die die Interessen der Arbeiterklasse ausdrückt. Deshalb findet sie in ihren Organisationen auch ihre konsequenten Sprecher und Verfechter. Sie ist heute ein bestimmter und wesentlicher Aspekt einer klassenorientierten antimonopolistischen Politik, der über die unmittelbare Klassenbasis hinausgreift und die Anliegen und Interessen der ganzen Nation, d.h. der Nation der Deutschen der Bundesrepublik Deutschland, ausdrückt.

Ihre wirtschaftliche Zielsetzung in einer allgemeinen Fassung kann in der optimalen Entwicklung und Nutzung der menschlichen, sachlichen und Natur-Ressourcen der Na-

⁸ Die Priorität der marktwirtschaftlichen Weltmarktorientierung ist heute das nahezu unangefochtene Dogma bundesdeutscher Wirtschaftspolitik, soweit sie von Bonner Politikern ausgedrückt wird (vgl. die Zitate von O. Graf Lambsdorff, Fußnote 3).

tion gesehen werden. Diese optimale ökonomische Entwicklungsbedingung der Nation wird durch das staatsmonopolistische System der BRD nicht nur nicht gewährleistet, sondern verletzt. Es gewährleistet weder eine optimale Entwicklung und Auslastung der vorhandenen Produktionspotentiale noch des Arbeitskräftepotentials oder „menschlichen Faktors“ der BRD. Es deformiert die Wirtschaftstätigkeit durch einen schnell wachsenden militärisch-industriellen Komplex und eine Militarisierung der Gesellschaft.

Die für den Kapitalismus unseres Jahrhunderts charakteristischen Züge haben sich unter den neuen Internationalisierungsbedingungen weiter ausgeprägt. Der Widerspruch bürgerlicher Nationalstaat und monopolkapitalistische Internationalisierung bzw. international agierendes Monopol- und Finanzkapital erfährt insofern eine partielle Lösung, als in der Wirtschaftspolitik eine volle Einbeziehung und Unterordnung des bürgerlichen Nationalstaates unter die Interessen des Monopolkapitals, d.h. heute in erster Linie der internationalen Konzerne und Finanzgruppen, erfolgt.

Eine nationale Wirtschaftspolitik wendet sich gegen jegliche imperialistischen und expansionistischen Praktiken und Ambitionen der herrschenden Kräfte des BRD-Kapitalismus. Sie erhält gegenwärtig ihren aktuellen Akzent durch die Ablehnung der Unterordnung der BRD unter die Hegemonial- und Rüstungsansprüche des US-Imperialismus.

Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der BRD-Industrie?

Bemerkungen zur „Strukturberichterstattung“ der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute*

Jörg Goldberg

„Anpassungsprobleme“ in der Außenwirtschaft? – Wettbewerbsfähigkeit und Außenhandelsstruktur

Die rasche wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung der Bundesrepublik nach 1950, das „Wirtschaftswunder“, war zu großen Teilen außenwirtschaftlich bedingt. Die Integration der neugegründeten Bundesrepublik in die kapitalistische Weltwirtschaft und deren starke Position in diesem Integrationsprozeß stellen ökonomisch und politisch eine wichtige Grundlage der wirtschaftlichen Stabilität und der politischen Bedeutung des Landes dar.

Insofern ist erklärlich, daß die offiziellen Krisenerklärungen und Krisentherapien in der Bundesrepublik weniger an den inneren Widersprüchen als an den außenwirtschaftlichen Faktoren ansetzen. Jahrzehntlang war es der Bundesrepublik gelungen, im Sog des internationalen Integrationsprozesses die inneren Widersprüche zu überdecken. Daher warfen die Wachstumsverlangsamung in der kapitalistischen Welt in den siebziger Jahren, die Zunahme der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus und der Ausbruch der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise neue Probleme für die Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik des Landes auf. Dabei wird als besonders einschneidendes Ereignis die Tatsache gewertet, daß die BRD in den siebziger Jahren ihre Weltmarktposition nicht mehr verbessern konnte. In der offiziellen Darstellung beinhaltet dies grundlegende „Anpassungsprobleme“ in struktureller Hinsicht.

Im folgenden soll gezeigt werden, daß es sich beim Versuch der „Anpassung“ an neue Erscheinungen im Welthandel und in der Weltwirtschaft um eine aggressive expansionistische Strategie handelt, die nicht am Ziel der Ausgewogenheit der nationalen Entwicklung orientiert ist, sondern eine Verbesserung der Position der westdeutschen Konzerne in der Weltwirtschaft zum Ziel hat. Ebenfalls wird in Kauf genommen, daß damit zusätzliche Ungleichgewichte in den internationalen Beziehungen verbunden sind. Dabei kann gezeigt werden, daß die zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkei-

*) Beim vorliegenden Beitrag handelt es sich um einen Auszug aus dem Vortrag des Verfassers auf dem vom Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (Moskau), dem Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (Berlin/DDR) und dem IMSF gemeinsam vom 2. bis 4. Juni 1981 in Frankfurt am Main veranstalteten Symposium „Weltmarkt und Internationalisierung der Wirtschaft – Aktuelle und theoretische Gesichtspunkte“. Die vollständige Fassung erscheint unter dem Titel „Die ‚Modernisierungskonzeption‘ in der Außenwirtschaftspolitik der Bundesrepublik“ im Protokoll-Band der Tagung. Vgl. auch den Bericht über das Symposium in diesem Band der „Marxistischen Studien“.

ten im Inland im Kern nicht außenwirtschaftsbedingt sind, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft trotz wichtiger Veränderungen im Preisgefüge und in den Handelsströmen nicht nachgelassen hat. Die Bundesrepublik steht nur insofern vor grundlegend neuen Problemen, als sie ihre außenwirtschaftlich bedingte Sonderrolle weitgehend eingebüßt hat. Die anhaltende weltwirtschaftliche Integration der Bundesrepublik reicht nicht mehr aus, um die inneren Widersprüche auf der ökonomischen Ebene zu überlagern, wie es in den fünfziger und sechziger Jahren noch weitgehend der Fall gewesen ist.

Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang der Funktionswandel, dem die Forderung nach Anpassung der wirtschaftlichen Struktur der Bundesrepublik durch eine „Modernisierung“ im Verlauf der siebziger Jahre unterworfen war. Anfangs entwickelt als Konzept einer umfassenden Strukturpolitik unter Reformgesichtspunkten, die als Orientierungspunkt noch teilweise die Ausnutzung der nationalen produktiven Ressourcen hatte, wurde sie inzwischen in eine globale Wirtschaftspolitik der außenwirtschaftlichen Orientierung eingeordnet, die das Hauptgewicht auf eine Verbesserung der Kosten/Erlös-Relation der privaten Konzerne legt. Dabei geht es nicht mehr nur um eine Ausweitung der Exporte, sondern um eine umfassende Strategie der außenwirtschaftlichen Positionsverbesserung, die den Warenverkehr, den Kapitalexport, die Rolle der DM als währungspolitisches Instrument und die Position in supranationalen staatsmonopolistischen Institutionen im Auge hat.

Dies zu betonen ist wichtig, da von Regierungs- und Konzernseite die veränderten internationalen Bedingungen als Begründung für binnenwirtschaftliche Einschränkungen angeführt werden. Lohnverzicht und Sozialabbau werden mit dem Hinweis auf die angeblich verschlechterte internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes gefordert. Demgegenüber gilt es zu betonen, daß die außenwirtschaftlichen Probleme der Bundesrepublik im Kern die Grenzen für die bisher verfolgte Expansionsstrategie markieren, durch eine erneute Forcierung dieser Politik also nicht oder nur unter Hintanstellung aller binnenwirtschaftlichen Ziele bei Einkommens- und Beschäftigungssicherung bewältigt werden können. Von einer solchen Orientierung ist nur eine Zunahme der Ungleichgewichte des nationalen Reproduktionsprozesses zu erwarten. Die außenwirtschaftlichen Probleme des Landes unterstreichen die Notwendigkeit eines grundlegenden wirtschaftspolitischen Kurswechsels, dessen Eckpunkte eine Orientierung auf die Stärkung der Binnenmärkte, die Überwindung der Arbeitslosigkeit und die Verteidigung des Lebensstandards der Arbeiter und Angestellten sind.

„Anpassungsprobleme“ in der Außenwirtschaft?

In der Regierungserklärung von Bundeskanzler *Schmidt* vom 16. Dezember 1976 hieß es: „Für eine besser koordinierte Industriepolitik wird eine sektorale Strukturberichterstattung entwickelt.“¹ Als eines der ganz wenigen konkreten Ergebnisse der von der SPD am Anfang der siebziger Jahre diskutierten strukturpolitischen Vorstellungen — dazu wird weiter unten ausführlicher Stellung genommen — legten Ende 1980 die fünf großen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute Berichte im Rahmen der „Strukturberichterstattung“ vor, Berichte, deren politische Quintessenz allerdings weitgehend in ei-

1 Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Nr. 135/1976, S. 1289

ner Absage an jede staatliche strukturelle Steuerung besteht und die mit der geforderten laufenden Strukturberichterstattung kaum noch etwas gemein haben. Dies ist vor dem Hintergrund der politischen Stellung der Institute allerdings nicht anders zu erwarten gewesen.²

Trotzdem sind die Berichte interessant, weil sie das vorhandene empirische Material gründlich ausgewertet haben und dabei der Frage der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik und deren Veränderung in den siebziger Jahren in struktureller Hinsicht einen großen Raum geben. Sie sind auch deswegen interessant, weil die Institute in ihren wirtschaftspolitischen Grundvorstellungen der Außenwirtschaftsorientierung der BRD als Krisenlösungsstrategie verpflichtet sind: man kann davon ausgehen, daß sie in Datenauswahl und Methodik alle die Aspekte in den Vordergrund stellen, die der außenwirtschaftlich interpretierten „Modernisierungshypothese“ als Grundlage dienen können.

Die Ausgangshypothese markiert das Kieler Institut für Weltwirtschaft so: „Der von der Weltwirtschaft herrührende Strukturwandel hat der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahren wohl am meisten zu schaffen gemacht. Die Anpassungsprobleme, die nicht gelöst werden konnten, haben erheblich zur Arbeitslosigkeit beigetragen“.³

Untersucht wird in den außenwirtschaftlichen Teilen der Berichte, ob und warum sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Branchen der Industrie verändert hat. Es geht dabei um die spezifische Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik, die allgemeinen Veränderungen in der Dynamik der Weltwirtschaft und des Welthandels werden nur am Rande behandelt. Dies Konzept wird durchgehalten, obwohl die empirischen Ergebnisse deutlich machen, daß die Veränderungen im westdeutschen Außenhandel vor allem Ausdruck und Folge der insgesamt verlangsamten kapitalistischen Wachstumsdynamik sind. Dies liegt allerdings außerhalb des Erkenntnisinteresses der Institute, für die nur ein außenwirtschaftlich expansives wirtschaftspolitisches Konzept in Frage kommt. Ungeprüft bleibt, ob nicht angesichts der verlangsamten Welthandelsdynamik eine stärkere Orientierung auf die Binnenmärkte notwendig wäre.

Das Hamburger HWWA-Institut macht deutlich, worum es geht: „Auch der Wachstumsvorsprung, den die Bundesrepublik in den Jahren 1978/79 gegenüber ihren Außenhandelspartnern erzielte, zeigt, daß ein einzelnes Land durchaus auch gegen den Strom der Weltwirtschaft schwimmen kann.“⁴ Die Grenzen der internationalen Expansion, an die die Bundesrepublik in den siebziger Jahren gestoßen ist, sollen durch eine strukturelle Anpassung überwunden werden, die BRD will in den achtziger Jahren ihre internationale Position wieder weiter ausbauen. Davon erhoffen sich die Wirtschaftspolitiker auch eine Verbesserung der inländischen Wachstumsbedingungen, ein Ergebnis, das durchaus zweifelhaft ist.

2 Es handelt sich um das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Westberlin, das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, das Hamburger Weltwirtschaftsarchiv (HWWA), das Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel und das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen. Eine Darstellung und kritische Würdigung der Rolle und der Arbeiten der Institute ist zu finden bei Angelina Sörgel, Die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in der Bundesrepublik und Westberlin, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF, 3/1980, Frankfurt am Main, S. 341 bis 357. Die folgenden empirischen Daten beruhen weitgehend auf den von den Instituten Ende 1980 vorgelegten „Strukturberichten“.

3 IfW, Strukturberichterstattung, Bd. 1, S. 143

4 HWWA, Strukturberichterstattung, Bd. 1, S. 49

Es muß vorausgeschickt werden, daß die Bedeutung von Veränderungen in Umfang und Struktur des Außenhandels in den siebziger Jahren für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, für Wachstum und Arbeitsplätze in der öffentlichen Diskussion überhaupt falsch gewichtet wird.

So behauptet das RWI: „Dieser beschäftigungsmehrende Effekt des deutschen Außenhandels (in den sechziger Jahren — J.G.) ist angesichts steigender Importe und nachlassender Exporte inzwischen aber in einen insgesamt arbeitsplatzvernichtenden Effekt umgeschlagen, und zwar gerade im gewerblichen Bereich: Während die Außenhandelsüberschüsse in den Jahren von 1960 bis 1973 das deutsche Arbeitsplatzpotential der gewerblichen Wirtschaft pro Jahr noch um 27 000 aufgestockt haben, gehen seit 1973 pro Jahr durchschnittlich jährlich 36 000 Arbeitsplätze an das Ausland verloren.“⁵

Diese Darstellung ist irreführend, denn im gleichen Zeitraum sank die Inlandsbeschäftigung um mehr als eine Million oder um 200 000 Erwerbstätige jährlich. Entscheidend ist, daß der durch den Produktivitätsanstieg bewirkte Freisetzungseffekt, der im Außenhandel ebenso wirkt wie bei der Binnenproduktion, nicht mehr durch ein entsprechendes Wachstum der Exporte im Verhältnis zu den Importen kompensiert wird. Dies ist aber eine Folge der Verlangsamung des Wachstumstempos insgesamt.

Nur das Westberliner DIW, das — mit sehr großen Einschränkungen — als der „keynesianische“ Flügel der fünf Institute bezeichnet werden kann, stellt den richtigen Blickwinkel her: „Die Bundesrepublik konnte in den letzten zwanzig Jahren regelmäßig mehr Güter exportieren als importieren. Von diesem positiven Außenhandelsaldo gingen für sich genommen auch positive Beschäftigungseffekte aus, die sich allerdings im Laufe der Zeit verminderten....“⁶

Die von der Bundesrepublik ungelösten außenwirtschaftlichen „Anpassungsprobleme“ der siebziger Jahre werden — in den Strukturberichten und in der öffentlichen Diskussion — auf drei Komplexe bezogen:

- die Erhöhung der Ölpreise
- die Erhöhung der Lohnkosten
- der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit in „traditionellen“ Industriebranchen, der durch Faktoren wie feste Wechselkurse und ausländische Arbeitskräfte in den 60er Jahren verdeckt worden war.

Ein negativer Einfluß der gestiegenen Ölpreise auf die spezifische Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik kann kaum nachgewiesen werden, da davon alle Industrieländer — wenn auch unterschiedlich — betroffen sind. Er spielt in den empirischen Untersuchungen der Institute auch deshalb keine große Rolle, weil im Untersuchungszeitraum die Belastung der BRD-Wirtschaft infolge der Wechselkursentwicklung relativ geringer war als bei den meisten kapitalistischen Konkurrenten. Neben der Verminderung der Konkurrenzfähigkeit in „rohstoffintensiven“ Produktionen wird der Ölpreisanstieg als Faktor für die Verschärfung der internationalen Konkurrenz gesehen.

Das Arbeitskostenargument spielt praktisch nur in der propagandistischen Aufbereitung durch die Unternehmer eine Rolle: So behauptet z.B. das „Institut der deutschen Wirtschaft“ (IW): „Auch bei den Arbeitskosten (Löhne und Lohnzusatzkosten) hat die Bundesrepublik in den siebziger Jahren die großen Industrieländer weit überflügelt und

5 RWI, Strukturberichterstattung, Bd. 1, S. 189/90

6 DIW, Strukturberichterstattung, Bd. 1, S. 136

ist in die schmale *Spitzengruppe der Hochlohnländer* (Stundenlohn von über 20 Mark) aufgerückt.“⁷ Das Unternehmerinstitut muß sich allerdings vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung sagen lassen, daß ein internationaler Kostenvergleich nicht nur die Gesamtheit der Kosten (Material, Zinsen), sondern auch die Arbeitsproduktivität einzubeziehen hat. Daher kommt das Ifo-Institut zu ganz anderen Ergebnissen: „Ein internationaler Vergleich der Entwicklung der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft in den siebziger Jahren zeigt, daß die Bundesrepublik in dieser Zeit den schwächsten Arbeitskostenanstieg je Einheit der gesamtwirtschaftlichen Produktion aufzuweisen hatte.“ Etwas anders sieht das Bild aus, wenn man die Wechselkursveränderungen (DM-Aufwertung) einbezieht. Dann nimmt die Bundesrepublik in der Rangskala des Arbeitskostenanstiegs in den siebziger Jahren einen mittleren Platz ein: „Gegenüber den zwölf in unsere Untersuchung einbezogenen Industrieländern insgesamt hatte die Bundesrepublik unter Berücksichtigung der Wechselkursverschiebungen von 1970 bis 1978 einen um rund 10 Prozentpunkte rascheren Lohnstückkostenanstieg zu verbuchen.“ Wichtig ist jedoch, daß diese relativ ungünstige Entwicklung in die Jahre 1970 bis 1973 fiel, seither verlief die Lohnstückkostenentwicklung in der Bundesrepublik — vom Unternehmerstandpunkt aus — wieder etwas günstiger als im Durchschnitt der 12 Konkurrenzländer.⁸ Durch die Abwertung der DM seit Anfang 1980 wird diese Tendenz verstärkt.

Von der Entwicklung der „Lohnkosten“ her läßt sich also keine Verschlechterung der westdeutschen Wettbewerbsfähigkeit begründen, deshalb spielt dieser Aspekt in den Untersuchungen der Institute auch kaum eine Rolle.

Zentral ist der Lohnkostenaspekt allerdings in der wirtschaftspolitischen „Anpassungsstrategie“. Durch eine relative Senkung der Lohnstückkosten soll die globale Wettbewerbsfähigkeit des Landes erhöht und die als entscheidend betrachtete „Innovationsfreudigkeit“ der Unternehmen verbessert werden.⁹

Im Mittelpunkt des außenwirtschaftlichen Teils der Strukturberichte steht der dritte Aspekt: die Bundesrepublik habe vor allem infolge der Industrialisierung der Entwicklungsländer in traditionellen, relativ arbeits- bzw. sachkapitalintensiv arbeitenden Industriezweigen an internationaler Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Dies sei allerdings erst Anfang/Mitte der siebziger Jahre manifest geworden, da die fixen Wechselkurse und der Zustrom unqualifizierter und relativ billiger ausländischer Arbeitskräfte den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit bis dahin überdeckt hätten. In diesem Zusammenhang taucht auch die These von der „Überindustrialisierung“ der Bundesrepublik auf. Auch hätte die EG mit ihrem zeitweilig hohen Importschutz gegen Drittländer anfangs eine Schutzzone für im Grunde überalterte Industrien geschaffen.

Es sei nun notwendig, die strukturelle Reduzierung dieser angeblich nicht mehr konkurrenzfähigen Produktionen hinzunehmen und sich auf die Herstellung derjenigen Produkte zu konzentrieren, die sich auf dem aufsteigenden Ast des „Produktzyklus“¹⁰

7 Informationsdienst des IW, Nr. 24/1980, Beilage

8 Ifo-Schnelldienst, Nr. 35-36/1980, S. 3

9 Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung formuliert die herrschende Position: „Das erhöhte Verlustrisiko muß, damit die Scheu davor bei den Investoren überwunden wird, durch eine entsprechend größere Gewinnchance ausgeglichen werden.“ Jahresgutachten 1977/78, S. 156

10 Die Produktzyklusthese geht davon aus, daß Produkte und Produktionsverfahren einem bestimmten Ent-

befinden, die wenig standardisiert sind, die mit viel „Humankapital“ (=hochqualifizierter Arbeit) zu produzieren und technologieintensiv sind. Erschwert wird die Position der Bundesrepublik in diesen Bereichen durch den Konkurrenten Japan, der den Sprung vom Produzenten standardisierter Industriewaren zum Anbieter von technologieintensiven Produkten geschafft habe, der BRD also auf den Märkten Konkurrenz macht, auf denen die BRD traditionell stark ist.¹¹

Grundlage dieses Erklärungszusammenhangs und der daraus abgeleiteten strukturpolitischen Strategie ist die in der herrschenden Lehre kaum bestrittene Theorie der komparativen Kostenvorteile, die wesentlich auf dem Faktorproportionentheorem beruht: ein Land hat dort Wettbewerbsvorteile, wo es im Vergleich zu seinen Handelspartnern besonders gut mit Faktoren ausgestattet ist. In der Bundesrepublik gilt dies für die Faktoren „Humankapital“ und „Forschung und Entwicklung“.

Wettbewerbsfähigkeit und Außenhandelsstruktur

Die Institute bemühen sich in ihren empirischen Analysen um den Nachweis, daß die behauptete Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Position der Bundesrepublik in den siebziger Jahren mit dem Problemkomplex „Industrialisierung der ‚Dritten Welt‘ / ruckartig auftretender Anpassungsbedarf“ vor dem Hintergrund der Theorie der komparativen Kostenvorteile erklärt werden kann.

Dabei kann hier vorab festgestellt werden, daß die z.T. sehr gründlichen empirischen Untersuchungen belegen, daß ihr theoretischer Ansatz den gegenwärtigen Tendenzen der Internationalisierung der Wirtschaft unangemessen ist. Weder die Rolle der internationalen Konzerne noch die wachsende intraindustrielle Verflechtung läßt sich so erklären. Angemessen ist der Ansatz lediglich bei den Handelsströmen, die zwischen Ländern mit unterschiedlichem Entwicklungsniveau verlaufen. Zunächst bemühen sich die Institute, die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik und ihre Veränderung in den siebziger Jahren zu messen. Dazu dient das RCA-Konzept (Revealed-Comparative-Advantage), dem die Annahme zugrunde liegt, daß eine Branche dann komparative Vorteile aufweist, wenn sie im Ausland mehr Güter absetzt als die Konkurrenten im Inland.¹²

Erwartungsgemäß ergibt die Anwendung des RCA-Konzepts auf die Branchen der BRD-Industrie, daß die BRD in Bereichen überdurchschnittlich wettbewerbsfähig ist, wo

wicklungsmuster unterworfen sind: in der Einführungsphase erfordern sie ein hohes technisches Niveau, später werden sie immer mehr standardisiert, wobei die Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte abnehmen. Infolgedessen haben die entwickelten Industrieländer in der „Innovationsphase“ von Produkten und Produktionsprozessen komparative Vorteile gegenüber den weniger entwickelten Ländern. Diese gehen zunehmend verloren, wenn die Produkte in die „Standardisierungsphase“ kommen.

11 Bis 1977 waren die Anteilsgewinne Japans am Weltmarkt vorwiegend zu Lasten von USA und Großbritannien gegangen, die Bundesrepublik hat wegen der unterschiedlichen regionalen Schwerpunktsetzung nur wenig gespürt. Seither konnten die japanischen Konzerne aber sowohl im Inlandsmarkt der Bundesrepublik als auch auf den westeuropäischen Exportmärkten der BRD deutliche Anteilsgewinne verzeichnen. Nur in der Chemie und beim Maschinenbau verzeichnet der Japanhandel der BRD noch positive Salden. Ifo, Strukturberichterstattung, Bd. 1, S. 76 ff.

12 Vgl. HWWA, Strukturberichterstattung, Bd. 1, S. 120 ff. Das HWWA weist selbst auf die Probleme des Konzepts hin, wobei insbesondere die Abgrenzung der Branchen als zu grobes Raster zu nennen ist.

besonders viel „Humankapital“ angewendet wird. Weniger eindeutig sind bereits die Ergebnisse hinsichtlich der Forschungs- und Entwicklungsintensität.¹³

Immerhin meint das Ifo-Institut noch feststellen zu können: „Die Höhe der Exportquote korrelierte positiv mit dem Qualifikationsniveau der Beschäftigten und der Forschungs- und Entwicklungsintensität.“¹⁴ Passen die Ergebnisse der empirischen Untersuchungen bis hierher — wenn auch mit Einschränkungen — noch auf die „Produktzyklusthese“, so gilt dies nicht mehr für die Untersuchung der Veränderungen in den siebziger Jahren. Denn als wichtigstes Ergebnis kann festgehalten werden, daß in der Regel die Branchen mit hohen RCA-Werten, also die besonders wettbewerbsstarken, an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt haben, während bei den meisten wettbewerbschwachen Branchen — wo eigentlich Standortnachteile zugenommen haben müßten — die Wettbewerbsfähigkeit eher noch gestiegen ist. Insgesamt ergeben die empirischen Untersuchungen das Bild einer sich annähernden Warenstruktur bei Ein- und Ausfuhren, Branchen mit hohen Exportquoten sind auch importintensiv. Das HWWA kommt zu dem Ergebnis: „Es findet zudem häufig nicht nur ein internationaler Austausch von Gütern derselben Branche, sondern auch von Gütern ein- und derselben Produktkategorie statt. Dieses als intraindustrieller Außenhandel bezeichnete Phänomen ist nach den angebotsorientierten Erklärungsansätzen, die die Außenhandelsstruktur auf Kostenvor- und nachteile gegenüber dem Ausland zurückführen, nicht ohne weiteres zu erwarten.“¹⁵ Die Haupttendenz der Veränderungen in den siebziger Jahren besteht also in der Zunahme der intraindustriellen Verflechtung, ein Tatbestand, der mit der Theorie der komparativen Kostenvorteile absolut nicht zu erklären ist, weil der Warenaustausch gerade zwischen den Ländern und Branchen zunimmt, die von der Faktorausstattung her ähnlich strukturiert sind.

So stellt das HWWA selbst fest, daß schon die Meßmethode mit Hilfe der RCA-Werte möglicherweise zu falschen Ergebnissen führt, weil sie gerade bei den technologisch hochentwickelten Branchen, in denen der Grad der Integration in die internationale Arbeitsteilung besonders hoch ist, einen Rückgang der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ausweisen kann, obwohl das Gegenteil der Fall ist. An einigen Stellen bemüht sich das HWWA dann auch, von der an Faktorproportionen und Kostenstrukturen orientierten Betrachtungsweise wegzukommen, insbesondere indem es auf die Bedeutung von Skalenvorteilen bei Großproduktion und damit implizit auf die Bedeutung von monopolistischen Positionen, von Marktbeherrschung durch einzelne Konzerne hinweist. Wichtiger als die Technologieintensität eines Produktionsverfahrens oder eines Produkts ist der Grad der Marktbeherrschung durch den anbietenden Konzern, seine Finanzkraft, seine Fähigkeit zur Mobilisierung ökonomischer und politischer Mittel im Konkurrenzkampf. Da dieser Aspekt aber der „marktorientierten“ Betrachtungsweise widerspricht, wird er von den Instituten nicht weiter untersucht. Angesichts der Bedeutung internationaler Konzerne würde sich rasch herausstellen, daß die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes bzw. einer Branche — verstanden als Verhältnis

13 Die „Humankapitalintensität“ wird berechnet aus der Relation von durchschnittlichen Lohn- und Gehaltsaufwendungen je Beschäftigten einer Branche zum durchschnittlichen Hilfsarbeiterlohn. Die „Technologieintensität“ entspricht den FuE-Aufwendungen in Prozent des Nettoproduktionswertes einer Branche. Ebd., S. 130

14 Ifo-Institut, Strukturberichterstattung, Bd. 1, S. 63

15 HWWA, Strukturberichterstattung, Bd. 1, S. 126/27

von Ein- und Ausfuhren — keineswegs identisch ist mit der Wettbewerbsfähigkeit der entsprechenden Unternehmen. Stillschweigend wird vorausgesetzt, daß sich die Anbieterposition eines Landes mit allen Konsequenzen für Wachstum und Arbeitsplätze quasi automatisch dann verbessert, wenn die Wettbewerbsposition und Finanzkraft der „nationalen“ Konzerne gestärkt wird. Die Internationalisierung der Produktion hat diesen Zusammenhang aber längst aufgelöst: die Förderung der „Innovationsfähigkeit“ eines Konzerns setzt diesen oft erst in den Stand, sich von der Grundlage der nationalen Reproduktionsbedingungen abzusetzen.

Die Institute verwickeln sich im Bemühen um Ausklammerung dieses Zusammenhangs in einen inneren Widerspruch: So wird der zunehmende Anteil von Importen aus „Schwellenländern“ in einigen arbeits- und sachkapitalintensiven Bereichen im Verhältnis zu den Exporten (niedrige bzw. sinkende RCA-Werte) als Beleg für die Hypothese der bedrohten internationalen Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik benutzt. Gleichzeitig aber wird die Auslagerung der entsprechenden Produktionen durch die bundesdeutschen Unternehmen als „Anpassungsstrategie“ empfohlen, so daß sich auf der gewählten empirischen Ebene das unsinnige Ergebnis herstellt: Eine erfolgreiche Anpassung an die verminderte internationale Wettbewerbsfähigkeit der BRD durch bundesdeutsche Unternehmen muß diese Wettbewerbsfähigkeit optisch weiter vermindern.

Produktionsverlagerungen stärken die Wettbewerbsfähigkeit der investierenden Konzerne, tragen aber zur Vernichtung inländischer Ressourcen bei. Das Ifo-Institut weist auf diesen Tatbestand explizit hin, ohne daraus allerdings Konsequenzen zu ziehen: „Der Ausbau der Wettbewerbsposition dieser Länder (d. h. der ‚Schwellenländer‘, J.G.) wurde wesentlich durch ausländische Kapitalanlagen — auch aus der Bundesrepublik — gefördert.“¹⁶ Festzuhalten bleibt hier, daß die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit privater Kapitale einhergehen kann mit der Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit des entsprechenden Landes.

Betrachtet man nur die Entwicklung der Handelsströme in globaler und struktureller Hinsicht, so hat die Veränderung der weltwirtschaftlichen „Rahmendaten“ in den siebziger Jahren für die Bundesrepublik vergleichsweise geringe Konsequenzen gehabt. Insbesondere kann nicht davon gesprochen werden, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft abgenommen hat. Dies gilt auch für eine zentrale Hypothese der herrschenden Wirtschaftspolitik, die die Freigabe der Wechselkurse Anfang der siebziger Jahre für ein strukturell einschneidendes Ereignis hält. Ähnlich wie das HWWA kommen auch die anderen Strukturberichte zu dem Schluß: „Insgesamt zeigt sich, daß die zunächst hinausgeschobene und dann um so raschere Aufwertung der D-Mark nicht zu einer Beschleunigung des Strukturwandels beigetragen hat.“¹⁷

Vor allem die Exportstruktur der Bundesrepublik hat sich im Verlauf der siebziger Jahre kaum gewandelt. Die führenden fünf Branchen (Maschinenbau, Fahrzeugbau, Elektrotechnik, Eisenschaffende Industrie, Chemie) hielten ihre Spitzenstellung bei. Versuche in den Strukturberichten, gewisse Verschiebungen zwischen den Branchen auf ihre Ursachen zu untersuchen, ergaben hinsichtlich des Faktors „Wettbewerbsfähigkeit“, der von den Wirkungen der Nachfrageverschiebungen im Welthandel isoliert

16 Ifo-Institut, Strukturberichterstattung, Bd. 1, S. 81

17 HWWA, Strukturberichterstattung, Bd. 1, S. 124

wurde, keine wesentlichen Veränderungen. Das Ifo-Institut kommt zu dem Ergebnis: „Alle stärkeren Anteilsänderungen der siebziger Jahre (Zunahmen bei Fahrzeugbau, Elektrotechnik und Schiffbau, Abnahmen bei Eisen und Stahl, Maschinenbau und Textil) gingen auf Strukturverschiebungen oder Wachstumsänderungen der Nachfrage zurück.“¹⁸

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt das HWWA-Institut, das „Wettbewerbseffekt“ und „Sortimentseffekt“ voneinander zu trennen versucht: „Die Entwicklung der deutschen Warenausfuhr ist also vor allem dadurch begünstigt worden, daß die Schwerpunkte des deutschen Exports in überproportional expandierenden Bereichen der Welt nachfrage gelegen haben. Bemerkenswert ist, daß der Wettbewerbseffekt trotz einer hohen realen Aufwertung zwar gering, aber nicht negativ ausfiel“.¹⁹

Von einer nachlassenden internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Exportbranchen der Bundesrepublik als Folge der strukturellen Veränderungen der Weltwirtschaft kann also keine Rede sein. Bei der Diskussion über außenwirtschaftlich bedingte ökonomische Schwierigkeiten der Bundesrepublik geht es tatsächlich nicht um den Ausgleich wettbewerbsbedingter Verluste. Ziel ist es vielmehr, zusätzliche Weltmarktanteile zu gewinnen.

Größer waren die strukturellen Veränderungen auf der Importseite, wobei eine Tendenz zum Anstieg der Einfuhren von industriellen Fertigwaren bestimmend ist. Dies läßt sich insbesondere hinsichtlich der technologischen Aspekte feststellen: „Insgesamt wird deutlich, daß die technologische Struktur der Exporte zwischen 1964 und 1978 relativ konstant geblieben ist, während sich bei den Importen stärkere Strukturverschiebungen zugunsten von Waren mit höherer Technologie ergeben haben.“²⁰ Im Handel mit den Industrieländern ist dabei eine Angleichung der Strukturen von Ein- und Ausfuhren festzustellen. Das besondere Interesse gilt Veränderungen im Handel mit den Entwicklungsländern. Das Ifo-Institut sieht denn auch den verstärkten „Anpassungsdruck“ veränderter weltwirtschaftlicher „Rahmenbedingungen“ für die Bundesrepublik weniger im Exportsektor als im Importsubstitutionssektor: „Unter Anpassungsdruck geraten sind vor allem die Anbieter arbeitsintensiv hergestellter Konsumgüter, wie Lederwaren, Bekleidung, Textilien, feinkeramische Erzeugnisse, Glaswaren oder Produkte der Unterhaltungselektronik.“²¹

Global betrachtet scheinen aber auch hier die Auswirkungen kaum einschneidend zu sein. Der Anteil der Entwicklungsländer an den westdeutschen Fertigwareneinfuhren war noch bis 1973 zurückgegangen. Seither steigt er wieder an, erreichte aber auch 1978 mit 8,4 Prozent noch nicht wieder den Stand von 1964. Auch geht die Positionsverbesserung seit 1973 fast ausschließlich auf das Konto von wenigen „Schwellenländern“.

Immerhin ist es diesen Ländern in den siebziger Jahren gelungen, in fünf Branchen nennenswerte Anteile an der Inlandsversorgung zu gewinnen. Bei Bekleidung, Textilien, Leder, Musikinstrumenten/Spielwaren und Feinmechanik/Optik erreichten die Entwicklungsländer 1978 Anteile zwischen 11,7 Prozent (Textil) und 3,1 Prozent (Optik). In einigen Branchen wie der Elektrotechnik traten Entwicklungsländer überhaupt

18 Ifo-Institut, Strukturberichterstattung, Bd. 1, S. 69/70

19 HWWA, Strukturberichterstattung, Bd. 1, S. 126

20 ebd., S. 137

21 IfW, Strukturberichterstattung, Bd. 1, S. 7/8

erstmalig als Anbieter auf, ohne daß sie bis jetzt größere Einbrüche erzielen konnten. Teilweise ist aber auch die Branchenabgrenzung zu grob, es gibt hier unterschiedliche Entwicklungen auf der Ebene einzelner Produktgruppen.

Die betroffenen Branchen haben diesen Prozeß teilweise selbst durch Direktinvestitionen und Veredelungsverkehr vorangetrieben. Diese vom IfW als „Standortinnovation“ befürwortete „Anpassungsstrategie“ hat vor allem im Bekleidungsgerbe, bei der Lederverarbeitung und in der Elektroindustrie stattgefunden. Nach Berechnungen des IfW stammten 1979 etwa 15 Prozent der Bekleidungseinfuhren aus passivem Veredelungsverkehr und 10 Prozent aus ausländischen Produktionsstätten westdeutscher Unternehmen.²²

Außerdem konnte in den durch Importsubstitution betroffenen Bereichen eine verstärkte Tendenz zur Rationalisierung des Produktionsprozesses festgestellt werden. Dies dürfte damit zusammenhängen, daß diese Branchen ihr Produktionsprofil in Richtung auf weniger arbeitsintensive und höher „qualifizierte“ Produkte ändern. Die verstärkte Importkonkurrenz führt also nicht dazu, daß ganze Branchen „geopfert“ werden müssen, sondern vor allem zu einer Umstrukturierung der inländischen Produktionen innerhalb der Branchen.

Das DIW weist darüberhinaus darauf hin, daß, entgegen ideologisch gefärbten Beteuerungen, zunehmend Handelshemmnisse, insbesondere nicht-tarifärer Natur, errichtet wurden. „Die Zunahme der deutschen Fertigwareneinfuhr aus der dritten Welt hat sich daher in den letzten Jahren deutlich abgeschwächt.“²³ Daß die internationalen Handelskonflikte zugenommen haben, macht auch der Tätigkeitsbericht des Gatt für 1980 deutlich: in diesem Jahr erreichte die Zahl der den Gatt-Instanzen zur Schlichtung vorgelegten handelspolitischen Auseinandersetzungen einen neuen Rekord.²⁴

Allerdings macht das DIW auch deutlich, daß die Auswirkungen der zunehmenden Importe von Halb- und Fertigwaren aus Entwicklungsländern insgesamt noch gering sind: sie entsprachen 1962 0,8 Prozent, 1976 1,5 Prozent der Inlandsbeschäftigung. Der insgesamt nicht sehr große Freisetzungseffekt des Handels mit den Entwicklungsländern ist allerdings sektoral und regional stark auf Bereiche konzentriert, in denen die Wiedereingliederungschancen für die betroffenen Beschäftigten gering sind, während die positiven Effekte des Handels mit den Entwicklungsländern breit gestreut sind.

Die strukturellen Veränderungen im Außenhandel der Bundesrepublik in den siebziger Jahren sind — das zeigen die Analysen der Institute — keineswegs so stark, daß sie die beschwörenden Appelle der Politiker und Unternehmer hinsichtlich der bedrohten internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik rechtfertigen. Leichten Verlusten an internationaler Konkurrenzfähigkeit gegenüber einigen „Schwellenländern“ und teilweise auch gegenüber Japan stehen Gewinne an Wettbewerbsfähigkeit in anderen Bereichen gegenüber. Keinesfalls ist die Behauptung gerechtfertigt, die Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung, die erwähnten neuen weltwirtschaftlichen „Rahmenbedingungen“, hätten einen allgemeinen strukturellen Rückstand der Bundesrepublik und einen erhöhten Anpassungszwang für die Wirtschaft des Landes offengelegt.

22 ebd., S. 183 ff

23 DIW, Strukturberichterstattung, Bd. 1, S. 135

24 Gatt-Activities 1980, Genf 1981, zit. nach: „Neue Zürcher Zeitung“ v. 24.4.81, Fernausgabe.

Weltmarkt und Internationalisierung der Wirtschaft — Tagungsbericht

Jörg Goldberg

Auf Einladung des IMSF fand vom 2. bis 4. Juni 1981 in Frankfurt/M. eine wissenschaftliche Tagung zum Thema „Weltmarkt und Internationalisierung der Wirtschaft“ statt. Gemeinsame Veranstalter waren das Moskauer *Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (IMEMO)*, das Berliner *Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR (IPW)* und das *IMSF*. Schwerpunktartig ging es bei dieser Konferenz um die Untersuchung von Charakter und Erscheinungsformen des Internationalisierungsprozesses der Gegenwart, um die empirische und theoretische Fassung neuer Erscheinungen in der Weltwirtschaft. Gleichzeitig wurden Probleme und Prinzipien für die Entwicklung einer Alternativkonzeption im Interesse der Arbeiterklasse auf außenwirtschaftlichem Gebiet erörtert.

An der Tagung nahmen rund 50 Wissenschaftler aus der Bundesrepublik teil.

Eröffnet wurde die Tagung durch einen Vortrag über „*Besonderheiten der gegenwärtigen globalen Weltwirtschaft und der internationalen Wirtschaftsbeziehungen*“ von Prof. Dr. Maximova, Leiterin der Abteilung „Internationalisierung und Integration“ des IMEMO. Sie ging davon aus, daß auch heute von einer Weltwirtschaft gesprochen werden kann, die allerdings als Gesamtheit zweier Weltwirtschaftssysteme, des sozialistischen und des kapitalistischen, zu betrachten sei. So überkreuzen sich spezifisch systembestimmte und globale Probleme.

Während sich im sozialistischen Weltsystem eine grundlegend neue Form der internationalen Arbeitsteilung herausbilde, sei der kapitalistische Teil weiterhin durch imperialistische Rivalitäten, krisenhafte Beziehungen zu den Entwicklungsländern bestimmt. Als neue Momente des Internationalisierungsprozesses seien die wachsende Rolle der multinationalen Konzerne und die Ausdehnung der Staatsfunktionen zu nennen.

Der Weltmarkt als die Gesamtheit nationaler Märkte und der Märkte beider Systeme habe einen umfassenden Charakter angenommen, er hat sich nicht nur quantitativ ausgedehnt, sondern ist auch zum Ort des Austauschs von Geld und Kapital, von Arbeitskräften, Technologien, von Wissenschaft und Dienstleistungen geworden. Neue Kontrahenten wie die OPEC, multinationale Konzerne, Staaten und Außenhandelsvereinigungen sind Subjekte der internationalen Konkurrenz geworden. Dies alles habe die Momente verstärkt, die den nationalen und den Universalwert modifizieren, der aber trotzdem noch die Grundlage der Weltmarktpreisbildung geblieben sei und auch die Preise auf dem sozialistischen Weltmarkt reguliere. Obwohl der Internationalisierungsprozeß als insgesamt vorteilhaft für alle Beteiligten bezeichnet wurde, seien die Auswirkungen unterschiedlich. Insbesondere hätten in der kapitalistischen Welt die Außenwirtschaftsbeziehungen immer mehr die Funktion von „Übertragungskanälen“ von Krisen erhalten.

Verflochten mit systemspezifischen Schwierigkeiten der Weltwirtschaft seien globale Probleme wie Umweltzerstörung, Rohstoffknappheit und die Existenz von menschenbedrohenden Massenvernichtungswaffen. Diese „Menschheitsprobleme“ könnten nur durch gemeinsame Anstrengungen aller Staaten bewältigt werden. Als dringende Aufgabe sieht die Referentin dabei eine umfassende Demokratisierung der internationalen Beziehungen, die auf der friedlichen Koexistenz und der Zusammenarbeit von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung basiere.

Im Mittelpunkt der *Diskussion* zu diesem Referat stand die Frage, wie der Charakter der kapitalistischen Internationalisierung zu bewerten ist. Diskutiert wurde insbesondere, ob die Internationalisierung im Kapitalismus nicht auch mit einer gewaltigen Verschwendung von Produktivkräften verbunden ist. Ein anderer interessanter Aspekt in diesem Zusammenhang waren die Auswirkungen der kapitalistischen Krisen auf die sozialistischen Länder. Die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung der beiden Weltwirtschaftssysteme, wobei das kapitalistische auf dem Feld der internationalen Beziehungen noch immer das größte Gewicht besitzt, konfrontiert die Wirtschaft der sozialistischen Länder unmittelbar mit den Auswirkungen von Krisen und Inflationen. Das staatliche Außenhandelsmonopol wird so vor neue Aufgaben gestellt.

Ein für die Vertiefung der kapitalistischen Krisen wesentliches Moment stellt die in den siebziger Jahren zu beobachtende Synchronität der Wirtschaftszyklen dar. *Dr. Lüdemann*, Mitarbeiter des IPW, entwickelte in seinem Referat „*Synchronität und Asynchronität des kapitalistischen Krisenzyklus*“ die These, daß die Internationalisierung der Wirtschaft eine Grundtendenz zur Synchronität des kapitalistischen Zyklus beinhalte. Mit fortschreitender Tendenz zur Internationalisierung bilde sich ein „Grundrhythmus“ heraus, der auch als „kapitalistischer Weltzyklus“ bezeichnet werden könne. Diese Grundtendenz wird immer mehr durch die ungleichmäßige Entwicklung der einzelnen kapitalistischen Länder gestört, ihre unterschiedliche Fähigkeit zur Bewältigung struktureller Krisen, durch sich verschiebende internationale Kräfteverhältnisse. Am Beispiel der BRD konstatierte der Referent einen gewissen Positionsverlust des Landes in den internationalen Beziehungen. Die in den siebziger Jahren wieder deutlicher hervorgetretene Tendenz zur Synchronität vermindere die Fähigkeit der einzelnen Länder, durch geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen den Krisen gegenzusteuern, erkläre also teilweise die Abkehr von keynesianistischen Maßnahmen, die in fast allen kapitalistischen Ländern zu beobachten ist.

In der *Diskussion* wurde u. a. erörtert, ob man tatsächlich von einem „Zyklus des internationalen Kapitals“ sprechen könne — eine Frage, die auch nach Ansicht des Referenten noch näher untersucht werden muß. Auf jeden Fall existiere die Tendenz zur Synchronisierung unabhängig von diese verstärkenden Faktoren wie der Ölpreiserhöhung.

Diskutiert wurde in diesem Komplex auch die Frage, ob und wieweit die Synchronisierung des kapitalistischen Zyklus den Spielraum einer nationalen Wirtschaftspolitik mit keynesianistischem Schwerpunkt einengt. Dies ist besonders wichtig als Grundlage für die Durchsetzung wirtschaftspolitischer Alternativen der Arbeiterklasse. Erörtert wurde in diesem Zusammenhang, wie die Stellung der Bundesrepublik in der Weltwirtschaft gegenwärtig einzuschätzen sei, ob es in den siebziger Jahren tatsächlich zu einer Schwächung der internationalen Position der BRD gekommen sei.

Prinzipien einer alternativen Wirtschaftspolitik unter außenwirtschaftlichen Gesichts-

punkten entwickelten *Dr. Jung*, Leiter des IMSF, und *Fritz Rische*, Leiter des wirtschaftspolitischen Arbeitskreises beim Parteivorstand der DKP, in ihrem Referat „Weltmarkt und nationale Wirtschaftspolitik heute: Beispiel BRD“. Sie gingen davon aus, daß die kapitalistische Form der Internationalisierung mit dem Vorrang der Marktspontaneität bzw. der monopolistischen Konkurrenz heute zur Untergrabung der nationalen Ressourcen führt. Nationale Wirtschaftspolitik dagegen müsse von der „optimalen Nutzung nationaler Ressourcen“ ausgehen. Sie sei aber keineswegs „Autarkiepolitik“, sondern strebe die Gestaltung der internationalen Beziehungen vom Standort der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse an. Anhand von Beispielen u. a. aus dem Stahl- und Energiebereich wurde deutlich gemacht, daß der Kampf gegen Formen der kapitalistischen Internationalisierung auch ein Kampf für die Verteidigung nationaler Ressourcen ist (vgl. die Auszüge aus dem Vortrag in diesem Band der „Marxistischen Studien“).

Die *Diskussion* beschäftigte sich zunächst mit der Frage, ob die Arbeiterklasse sich protektionistische Forderungen zu eigen machen solle. Betont wurde hierbei von den Referenten, daß damit nur ein Teilaspekt berührt werde; im Kern gehe es darum, daß die Weltmarktpreise nicht Orientierungspunkt nationaler Wirtschaftspolitik im Interesse der Arbeiterklasse sein könnten. Eindrucksvolles Beispiel hierfür ist der Energiebereich, wo es durch Preismanipulationen der Erdölkonzerne zur Verdrängung der Steinkohle gekommen ist. Als Problem ergab sich die Frage, auf welcher Ebene wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Demokratisierung der internationalen Weltwirtschaftsbeziehungen anzusetzen haben, ob dies vor allem auf nationaler Ebene erfolgen muß oder ob supranationale Ansatzpunkte existieren.

Wichtige neue Erscheinungen in der Weltwirtschaft sind mit den Ereignissen auf dem Energiesektor verbunden. Dabei stehen vor allem die Preiserhöhungen in den siebziger Jahren im Mittelpunkt. In ihrem Referat „Die kapitalistische Energiekrise, ihre Rolle in den Strukturveränderungen der kapitalistischen Weltwirtschaft und ihr Einfluß auf die Reproduktionsbedingungen des Kapitals“ behandelten *Prof. Maier*, stellvertretender Leiter des IPW, und *Dr. Rechtziegler*, Mitarbeiter des IPW, zunächst die Ursachen dieses Preisanstiegs. Dabei handele es sich um einen ganzen Ursachenkomplex, bei dem allerdings das Wachstum der Energiegewinnungskosten im Vordergrund stehe. Aber auch das Erstarren der erdölexportierenden Länder, strukturelle Disproportionen der kapitalistischen Energiewirtschaft und die Profitstrategie der Monopole gehören dazu. Als Folge der Preisanhebungen verschoben sich die internationalen Kräfteverhältnisse erheblich. Dies berührt vor allem die Beziehungen zwischen den kapitalistischen Ländern und den Entwicklungsländern. Aber auch der internationale Konkurrenzkampf zwischen den kapitalistischen Ländern verschärfte sich.

Der kapitalistische Reproduktionsprozeß werde durch die Preiserhöhungen — 1979/80 noch stärker als 1973/74 — in mehrfacher Hinsicht berührt. Auf der einen Seite haben sich die Verwertungsbedingungen durch die Verschiebung der Wertproportionen verschlechtert, auf der anderen Seite beeinhaltet die Anpassung an die neuen Bedingungen zusätzliche Anforderungen an die Investitionstätigkeit.

Die *Diskussion* konzentrierte sich zunächst auf die von den Referenten vorgelegte Preiserklärung, bei der die Bergwerksrente eine wichtige Rolle spielte. Im Mittelpunkt stand die Frage, welcher Stellenwert dem Anstieg der Förderkosten bei der Preiserklärung einzuräumen ist, ob nicht die politischen Veränderungen in den Mittelpunkt zu stellen sind. In einem weiteren Teil der Diskussion ging es um die Rolle der Ölkonzern-

ne, die zwar einerseits von den Preiserhöhungen gewaltig profitiert haben, die aber andererseits durch die Nationalisierung ihrer Förderanlagen in vielen Entwicklungsländern auch an Boden verloren haben. Unterstrichen wurde, daß die Ölkonzerne durch ihre Herrschaft auf dem Gebiet des Transports und der Verarbeitung nach wie vor bestimmenden Einfluß besitzen, daß sie sich zudem immer mehr zu integrierten Rohstoff- und Energiekonzernen entwickeln, die alle Bereiche des Energiesektors umfassen. Darüber hinaus dringen sie auch in andere, wirtschaftlich expandierende Bereiche wie die Elektronik ein.

Im Rahmen eines demokratischen Energieprogramms, so wurde in der Diskussion argumentiert, geht es einerseits darum, durch langfristige Verträge mit den Entwicklungsländern direkt, unter Ausschaltung der Energiemonopole, die Versorgung zu sichern. Andererseits ist neben der Förderung „alternativer“ Energien stärkeres Gewicht auf die rationellere Nutzung des Angebots zu legen. Dies läuft den Interessen der Energiemonopole diametral zuwider, die ihre Profite vor allem durch Steigerung der Energieproduktion erhöhen können, an einer sparsamen Verwendung also kein Interesse haben. Aktuell bestehen zudem im Energiesektor der BRD hohe Überkapazitäten, die zunächst ausgelastet werden sollen.

Es wurde darauf hingewiesen, daß hier die Hauptursache des angeblichen „Investitionsstaus“ im Energiesektor liegt, nicht in den Widerständen der Umweltschützer.

Neben der strukturellen Krise im Energiesektor wird die Weltwirtschaft auch durch die Währungskrise, die anhaltenden Unsicherheiten im internationalen Verrechnungsverkehr, belastet. In seinem Referat „*Marxistisch-leninistische Geldtheorie und das gegenwärtige Währungssystem des Kapitalismus*“ entwickelte Prof. Dr. Schenajew, Leiter der Westeuropaabteilung des IMEMO, die These, daß die anhaltende kapitalistische Währungskrise sich vor allem im Fehlen eines einheitlichen Weltgeldes äußere. Das Gold habe mit dem Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton-Woods endgültig — auch formell — seine Funktion als Weltgeld verloren und sei zu einer Ware geworden, die allerdings noch immer — wenn auch in abnehmenden Maße — eine Bedeutung als Reservemittel der Notenbanken besitze. Eine Remonetisierung sei nicht zu erwarten, Metallwährung und staatsmonopolistischer Kapitalismus seien ein unlösbarer Widerspruch. Die Versuche, im System von Bretton-Woods einer nationalen Währung die Rolle als Weltgeld zu geben, mußten scheitern, weil die Emissionsprinzipien des Dollar zu den Bedürfnissen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen in Widerspruch gerieten. Auch die Sonderziehungsrechte, die im 1978 etablierten Währungssystem von Jamaika eine zentrale Stellung haben, könnten die Rolle des Weltgeldes nicht übernehmen, da ihre Emissionsprinzipien sich ebenfalls an nationalen Bedürfnissen orientieren. So entspreche das Jamaika-System zwar in stärkerem Maße den aktuellen Bedürfnissen und den Kräfteverhältnissen im Kapitalismus, bleibe aber instabil. Notwendig sei eine supranationale Weltbank, die ein internationales Geldzeichen emittiert und sich dabei allein an den Bedürfnissen des Weltumsatzes orientiert. Der Referent betonte zum Schluß, daß die Demonetisierung des Goldes endgültig sei, daß auch eine teilweise Rückkehr zu Metallwährungen nicht erwartet werden könne.

In der *Diskussion* stand die Einschätzung der währungspolitischen Rolle des Goldes im Mittelpunkt. Unterstrichen wurde der Zusammenhang zwischen der Demonetisierung des Goldes und der Inflation: Die völlige Loslösung des Weltgeldes vom Gold in den siebziger Jahren habe inflationären Tendenzen freien Lauf gelassen. In diesem Zu-

sammenhang wurde gefragt, ob als Reaktion darauf das Gold nicht wieder eine größere währungspolitische Rolle gewinnen könne, wie es z. B. die Gründung des Europäischen Währungssystems zeige. Diskutiert wurde auch die Frage, ob ein Weltgeld überhaupt noch möglich und notwendig sei. Die Monopolisierung habe die Tendenzen zum internationalen Preisausgleich gestört und so die Voraussetzungen für das Funktionieren eines Weltgeldes zerstört. Befragt, warum die Sowjetunion nach anfänglicher Mitarbeit bei der Ausarbeitung sich dem Währungssystem von Bretton-Woods nicht angeschlossen habe, verwies der Referent auf die in diesem System verankerte Dominanz der USA, an der es ja schließlich auch gescheitert sei.

Trotz der Herausbildung neuer Formen der Internationalisierung stehen die internationalen Handelsbeziehungen nach wie vor im Zentrum der Weltwirtschaft. Veränderungen in der Weltwirtschaft spiegeln sich stark im internationalen Warenhandel wider. In seinem Vortrag „*Strukturveränderungen und aktuelle Tendenzen im kapitalistischen Welthandel*“ bezeichnete Prof. Dr. Gündel, Mitarbeiter des IPW, die Zurückdrängung des komplementären Warenaustauschs als Haupttendenz im Welthandel. Zunehmend sei das Gewicht des Austauschs von Industriewaren, ein Prozeß, an dem in wachsendem Maße auch Entwicklungsländer beteiligt sind. Ein anderer wichtiger Trend ergibt sich aus der Erhöhung der Rohstoffpreise, wodurch die Preisrelationen auf dem Weltmarkt erheblich verändert würden. Dadurch habe sich die Funktion der Weltwirtschaftsbeziehungen für den Reproduktionsprozeß der beteiligten Länder verschoben. Grundlage für die Analyse dieses Prozesses ist die Feststellung, daß die Wirkungsweise des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt den entwickelten Ländern Vorteile verschafft. Sie seien in der Lage, international mehr Wert zu realisieren als sie im nationalen Maßstab produziert haben, während die weniger entwickelten Länder mit einem niedrigeren Produktivitätsniveau einen Teil des nationalen Wertes nicht realisieren können. Daraus leitete der Referent die Notwendigkeit für die entwickelten Länder ab, ständig ihr Produktivitätsniveau durch Umstrukturierungsmaßnahmen zu erhöhen. Während die großen kapitalistischen Länder dies bei Beibehaltung einer relativ ausgeglichenen Industriestruktur erreichen könnten, müßten die kleineren Länder sich auf bestimmte Bereiche spezialisieren und gerieten so in politisch-ökonomische Abhängigkeiten. Trotz der Tatsache, daß einige Entwicklungsländer sich zu Industrie-Rohstoffländern gewandelt haben, blieben sie im System der Welthandelsbeziehungen abhängig und stellten nach wie vor ein wichtiges Ausbeutungsfeld der imperialistischen Konzerne und Staaten dar.

Veränderungen hätten sich auch im Kräfteverhältnis der drei Hauptzentren des Imperialismus (USA, Japan, Westeuropa) ergeben. Die Haupttendenz wird durch das Erstarren Japans und Westeuropas auf Kosten der USA gekennzeichnet. Unter dem Einfluß der Preiserhöhungen für Erdöl habe sich diese Entwicklung in den siebziger Jahren aber nicht geradlinig fortgesetzt. Vor allem die Länder Westeuropas sähen sich wachsenden Schwierigkeiten gegenüber, ihre Weltmarktposition zu behaupten. Dank einer Spezialisierung Japans auf besonders wachstumsträchtige Bereiche konnte dieses Land erhebliche Positionsgewinne verbuchen. Als Schwäche muß allerdings sowohl die un- ausgeglichene und stark spezialisierte Exportstruktur als auch die starke Rohstoffabhängigkeit vermerkt werden.

Insgesamt sei eine Verlangsamung im Wachstum des Welthandels zu beobachten, auch im Verhältnis zum Wachstum der Industrieproduktion. Zunehmende Hemmnisse vielfältiger Natur (Protektionismus, Wechselkursverschiebungen, Zahlungsbilanzpro-

bleme) führten dazu, daß neue Formen der Internationalisierung, insbesondere im Rahmen der internationalen Konzerne, gesucht werden.

Thematisch verbunden mit diesem Referat schloß der Vortrag über „Die ‚Modernisierungskonzeption‘ in der Außenwirtschaftspolitik der Bundesrepublik“ von Dr. Goldberg, Mitarbeiter des IMSF, an. Auf der Grundlage der empirischen Analysen der Außenhandelsentwicklung in den „Strukturberichten“ der fünf großen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute kam er zu dem Schluß, daß die Strukturveränderungen in der Weltwirtschaft im Verlauf der siebziger Jahre die Position der BRD kaum geschwächt hätten. Zwar ergäben sich für das Land insofern neue Probleme, als der Außenhandel seine Rolle als „Wachstumslokomotive“ verloren habe, die Expansionsstrategie also an gewisse Grenzen gestoßen sei. Dies beinhalte aber keine Schwächung sondern nur einen Abbau der außenwirtschaftlich bedingten Sonderrolle, die die BRD in den fünfziger und sechziger Jahren ausbauen und bewahren konnte. Das ‚Modernisierungskonzept‘, ursprünglich Bestandteil eines sozialdemokratischen Reformkonzepts für die Bundesrepublik, habe angesichts verengter weltwirtschaftlicher Spielräume seine Funktion gewandelt und wurde zu einem einseitig außenwirtschaftlich orientierten Instrument zum Ausbau der internationalen Konkurrenzfähigkeit. Die Bundesrepublik müsse — so das Konzept —, um dem Konkurrenzdruck aus den „Schwellenländern“ und aus Japan widerstehen zu können, ihre wirtschaftliche Struktur ändern in Richtung auf hochtechnologisierte und ‚qualifizierte‘ Produkte und Produktionsverfahren. Instrument dazu sei vor allem die Forschungspolitik. Inzwischen habe unter dem Druck des wirtschaftspolitischen Kurswechsels eine erneute Funktionsveränderung des ‚Modernisierungskonzepts‘ stattgefunden: Zwar wird immer noch eine ‚moderne‘ Industriestruktur als außenwirtschaftlich notwendig erachtet, der Strukturwandel wird aber gegenwärtig vor allem von einer globalen Senkung des Kostenniveaus der privaten Unternehmen erwartet. Die Schwäche des Konzepts hängt nach Ansicht des Referenten vor allem mit der einseitig technologischen Betrachtungsweise zusammen. Seine theoretische Grundlage, die Theorie der komparativen Kostenvorteile (derzufolge die BRD diejenigen Produkte herstellen müsse, die „humankapitalintensiv“ und „forschungsintensiv“ sind), widerspreche der tatsächlichen Entwicklung im Außenhandel. Während die herrschende Außenhandelstheorie den internationalen Handel noch immer zentral mit der unterschiedlichen Faktorausstattung der beteiligten Länder erkläre, verliefen die Haupthandelsströme gegenwärtig zwischen den hochentwickelten Ländern, die im Kern die gleiche Faktorausstattung und das gleiche technologische Niveau besitzen. Daher genügt es zur Erhaltung der internationalen Konkurrenzfähigkeit auch keinesfalls, bloß ‚modern‘ zu produzieren. Wichtiger noch als die Technologieintensität der Produktion sei die Machtposition der ‚nationalen‘ Konzerne, die Verknüpfung mit dem Staat. Dies zeige insbesondere das Beispiel Japan, das — entgegen der „marktorientierten“ Betrachtungsweise in der BRD — einen ausgeprägt staatsmonopolistischen Charakter mit etatischem Vorzeichen habe.

Infolgedessen sei die staatliche Wirtschaftspolitik insgesamt auf einen Kurs der außenwirtschaftlichen Positionssicherung eingeschwenkt, in dem die ‚Modernisierung‘ nur noch ein — wenn auch wichtiger — Bestandteil ist. Dieser expansionistischen Orientierung werden binnenwirtschaftliche Wachstums- und Beschäftigungsoffer gebracht, wie die gegenwärtige Hochzinspolitik der Bundesbank als Reaktion auf das Leistungsbilanzdefizit und die Abwertung der DM gegenüber dem Dollar zeigten. (Auszüge aus

dem Vortrag ebenfalls in diesem Band der „Marxistischen Studien“.)

In der *Diskussion* ging es zunächst um die Einschätzung der außenwirtschaftlichen Position der Bundesrepublik, die von den beiden Referenten von einer jeweils anderen Perspektive gesehen wurde. In Frage gestellt wurde u. a. die Ansicht *Goldbergs*, daß sich die außenwirtschaftliche Position der BRD in den siebziger Jahren nicht verschlechtert habe, wobei auf die Umkehr in der Leistungsbilanz verwiesen wurde. Problematisiert wurde allerdings die Bedeutung der Leistungsbilanz als Indikator. Eine große Rolle spielte in der Diskussion die Stellung Japans. Zwar wurde betont, daß die Exporterfolge dieses Landes vorerst noch auf eine relativ enge Produktgruppe beschränkt seien, allerdings besitze Japan auf vielen Gebieten inzwischen einen erheblichen technologischen Vorsprung, so daß in Zukunft eine weitere Positionsverbesserung zu erwarten sei. Dies beinhalte auch auf den Märkten der Bundesrepublik, die mit wenigen Ausnahmen bisher von japanischen Exporterfolgen verschont geblieben sind, einschneidende Veränderungen zu Lasten der bundesrepublikanischen Anbieter.

In einem anderen Diskussionskomplex ging es um die Rolle der EG. Anders als bei den beiden Zentren USA und Japan handelt es sich hier um Nationalstaaten mit divergierenden nationalen Interessen, die nicht einfach als einheitlicher Block behandelt werden könnten. Auch der Fortgang des Integrationsprozesses im Rahmen der EG unterliegt den jeweiligen Interessen der Nationalstaaten und Konzerne, die möglicherweise gegenwärtig an einer weiteren Verstärkung des Integrationsgefüges kein Interesse hätten. Dies gelte insbesondere für den Ausbau supranationaler Instanzen.

Ein weiteres Diskussionsthema war der Zusammenhang zwischen Warenhandel und Kapitalexport. *Gündel* betonte, daß diese beiden Aspekte nur als Einheit betrachtet werden könnten, daß Kapitalexport auch den internationalen Warenhandel stimuliere. Allerdings wurde in der Diskussion eingewandt, daß die innere Arbeitsteilung innerhalb der internationalen Konzerne auch gegenläufige Tendenzen im Warenhandel beinhalte.

Der letzte Referat- und Diskussionskomplex beschäftigte sich mit den internationalen Konzernen und deren Bedeutung für die Strategie der Arbeiterbewegung. *Prof. Dr. Judanow* vom IMEMO bezeichnete in seinem Referat „*Gegenwärtige Tendenzen und Formen der Internationalisierung von Produktion und Kapital*“ die Internationalisierung auf der Ebene der Produktion als wichtigste neue Erscheinung in der Weltwirtschaft. Vor allem in den siebziger Jahren habe die Auslandsproduktion der internationalen Konzerne rascher als der Welthandel und die Industrieproduktion zugenommen. Eine Analyse der Schwerpunkte der Produktionsinternationalisierung zeige, daß die USA hier noch über einen erheblichen Vorsprung verfügen, Hauptanlagefeld seien inzwischen die kapitalistischen Industrieländer geworden. Allerdings ist in den siebziger Jahren ein gewisser Trendwandel eingetreten: Während in den fünfziger und sechziger Jahren das Eindringen der US-Monopole in Westeuropa das Hauptmerkmal war, hätten sich die Ströme nun umgekehrt, ausländisches Kapital habe wichtige Einbrüche in den USA erzielen können.

Als weitere Tendenz der Investitionsströme sei ein Bedeutungsgewinn der „weißen Dominions“ als Kapitalanlageländer bemerkenswert, eine Folge zunehmender Investitionen im Zusammenhang mit der Rohstoffgewinnung. Erstmals sei seit 1974/75 auch eine leichte Zunahme des Anteils der Entwicklungsländer an den ausländischen Direktinvestitionen zu registrieren. Der Referent nimmt an, daß dies eine auch in Zukunft sta-

bile Tendenz bleiben werde, da sowohl das Motiv der Rohstofferschließung als auch das der niedrigen Lohnkosten für den Kapitalexport an Bedeutung zunehmen werde. Die Ausbreitung der internationalen Konzerne habe zu ernsthaften Strukturkrisen und Disproportionen in der Weltwirtschaft geführt. So ist es durch die rücksichtslose Ausbeutung von Naturreichtümern in den Entwicklungsländern in den Industrieländern zu Disproportionen zwischen Veredelungsindustrien und der Energieproduktion gekommen, die sich nun krisenhaft bemerkbar machen. Die Herausbildung von auf privater Ebene international koordinierten Produktionsprozessen mache eine gesellschaftliche Regulierung der Industrieproduktion notwendig, die aber im Kapitalismus nicht durchsetzbar sei. Daher erachtet der Referent demokratische Nationalisierungen als Antwort auf die Internationalisierung der Produktion als wichtigste Alternative.

Die Herausbildung internationaler Konzerne stellt die bisher wesentlich national organisierte Arbeiterbewegung, insbesondere die Gewerkschaften, vor neue Aufgaben. Im dritten vom IMSF vorgelegten Referat „*Internationale Konzerne und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse*“ bezeichneten die Sozialwissenschaftler *Ludwig Wolfrum* und *Bernd Semmler* die Fähigkeit der Internationalen Konzerne, sich die Differenzen in den nationalen Reproduktionsniveaus der Arbeiterklasse zunutze zu machen, als wichtige Bedrohung für gewerkschaftliche Positionen. Sie konstatierten zunächst eine Verschärfung der Konkurrenz unter den Arbeitern als Folge der Internationalisierung der Produktion im Rahmen der Internationalen Konzerne. Diese sehen sich zunehmend einer internationalisierten industriellen Reservearmee gegenüber, die als Druckmittel gegen die Arbeiter und Angestellten eingesetzt werden kann. Verschlechtern sich so die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse im nationalen Rahmen, so böten die Internationalen Konzerne andererseits auch Ansatzpunkte, um die größere Störanfälligkeit dieser Gebilde gegenüber international koordinierten Aktionen der Arbeiterbewegung auszunutzen und die Arbeits- und Sozialbedingungen auf dem höchsten Niveau anzugleichen. Wichtig sei es, daß jede nationale Abteilung der Arbeiterbewegung im nationalen Rahmen ihre Reproduktionsbedingungen verteidigt und ausbaut und dabei alles tut, um durch internationale Solidarität die Position der weniger entwickelten Teile der Arbeiterbewegung zu unterstützen. Entscheidend sei die Kraftentfaltung im nationalen Rahmen, wobei der Arbeiterbewegung in den entwickeltsten Ländern als der ‚Heimat‘ der Internationalen Konzerne eine besondere Rolle im Kampf um soziale Kontrollen und Nationalisierung zukomme. Am Beispiel des IBFG und des IMB zeichneten die Referenten die Entwicklung der internationalen Orientierung dieses Teils der Arbeiterbewegung nach. Bemerkenswert sei dabei, daß die anfänglich herrschenden Vorstellungen von einer Harmonisierung der Arbeitsbedingungen in den Konzernen und von supranationalen Tarifverhandlungen weitgehend fallengelassen wurden. Heute sei das Hauptziel nicht mehr die Übertragung von Befugnissen auf supranationale gewerkschaftliche Instanzen, sondern die Stärkung der nationalen Abteilungen der Gewerkschaftsbewegung. Wachsende Bedeutung hätten dabei die Gewerkschaften in den Entwicklungsländern gewonnen. Die Internationalisierung der Produktion müsse von den Gewerkschaften mit einer Erweiterung ihres Forderungskatalogs beantwortet werden, wobei die Gesamtheit der Außenwirtschaftsbeziehungen zum Gegenstand gewerkschaftlicher Bemühungen werden solle.

In der *Diskussion* wurde zunächst problematisiert, ob die Internationalisierung der Produktion, die Zunahme der Direktinvestitionen tatsächlich ein qualitativ neuer und

stabiler Trend sei. In Frage gestellt wurde ebenfalls die von *Judanow* festgestellte Tendenz zur Zunahme lohnkosteninduzierter Produktionsverlagerungen in Entwicklungsländer. Rationalisierungsprozesse der Produktion in den Industrieländern könnten gegenläufige Entwicklungen auslösen. Ein anderer Teil der Diskussion befaßte sich mit den gewerkschaftlichen Gegenstrategien. Dabei wurden die im zweiten Referat behandelten Konzernausschüsse angesprochen. Festzustellen sei, daß nach anfänglicher Euphorie diese Einrichtungen an Bedeutung verloren hätten und heute oft nicht einmal mehr eine Informationsfunktion erfüllten. Dabei erweise sich die teilweise zu beobachtende Tendenz, die Ausschüsse nur mit gewerkschaftlichen Spitzenfunktionären zu besetzen, als Hemmnis, so daß nicht selten Belegschaften dazu übergingen, eigene Informations- und Kommunikationskanäle neben den Konzernausschüssen aufzubauen.

In Frage gestellt wurde die Behauptung im zweiten Referat, Kontrollforderungen gegen die Konzerne seien schwerpunktmäßig nur in den kapitalmäßigen ‚Heimatländern‘, d. h. in den entwickelten kapitalistischen Staaten, durchsetzbar. Verwiesen wurde auf das Beispiel VW do Brasil, wo es zu eigenständigen Bewegungen der Belegschaften und zur Durchsetzung von Mitbestimmungsregelungen gekommen sei.

Im Verlauf der Konferenz — deren Referate und Diskussionen im Herbst 1981 im Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M., veröffentlicht werden — wurde eine Vielzahl von z. T. neuen Fragestellungen aufgeworfen, die traditionelle Betrachtungsweisen problematisierten, ohne daß fertige Antworten vorgegeben werden konnten. Die „trilaterale“ Form der Vorbereitung erwies sich insofern als fruchtbar, als der bei vielen Teilnehmern aus der Bundesrepublik notwendig von den spezifischen Problemen dieses Landes ausgehende Blickwinkel erweitert wurde und andere Aspekte in den Vordergrund rückten, wozu auch die anregenden Diskussionsbeiträge von *K. Bakker* vom IP-SO (Amsterdam) beitrugen. Auf der anderen Seite empfanden es die ausländischen Teilnehmer als nützlich, mit den notwendig national unterschiedlichen Problemen und Lösungsstrategien bekannt zu werden, vor die die kapitalistische Internationalisierung die Arbeiterbewegung eines Landes stellt. Dabei erwies sich der Sektor der Außenwirtschaftsbeziehungen für die Entwicklung demokratischer Alternativen der Arbeiterbewegung besonders in Ländern wie der BRD mit hohem internationalem Verflechtungsgrad als besonders bedeutsam. Hier zeigte die Diskussion, daß wichtige Fragen — so das Verhältnis von nationalstaatlichen Regelungen zu internationalistischen Prinzipien der Arbeiterklasse — noch gründlicher untersucht werden müssen.

Zur Entwicklung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der neueren Literatur der UdSSR und DDR

Heinz Jung

1. *Triebkräfte und Gesamtsystem* — 2. *Geschichtliche Entwicklung* — 3. *Monopol und Monopoltheorie* — 4. *Staatsmonopolistische Regulierung* — 5. *Internationalisierung des SMK* — 6. *Variantenwechsel in der ökonomischen Doktrin des SMK*

Seit Beginn der siebziger Jahre kann für die entwickelten kapitalistischen Länder ein schnellerer Wechsel und ein schnelleres Umschlagen von Situationen und Strategien festgestellt werden. Zum einen kann ein beachtliches Ausfächern realer Entwicklungsvarianten, zum anderen die mitunter durchgängige Schwerpunktverlagerung beobachtet werden. Damit werden auch theoretische Thesen und Hypothesen schneller als früher dem Test der Praxis unterworfen. Das macht in gewisser Hinsicht für den theoretisch und analytisch Interessierten die Faszination dieser Periode aus.

Im Frühsommer 1981 zum Beispiel erleben wir, wie in Frankreich mit dem Präsidenten- und Regierungswechsel offensichtlich auch eine neue, wieder stärker an der Ausweitung staatlicher Aktivitäten, dem Ausbau der Sozialpolitik und der Nachfragebelebung ausgerichtete Wirtschaftspolitik in die Wege geleitet wird. Dies ist ein Kurs, der sich deutlich von jenem unter *Reagan* in den USA oder unter Frau *Thatcher* in Großbritannien, aber auch von dem *Schmidt/Genscher*-Kurs in der BRD unterscheidet. Welche Dynamik dieser Kurs auch entwickeln oder an welchen Widerständen er auch auf der Strecke bleiben mag — so liegt es doch auf der Hand, daß für den Kurswechsel zuerst einmal politische Faktoren, die Verschiebung des Kräfteverhältnisses der Klassen und Klassengruppierungen maßgebend waren. Wenn von den Triebkräften der Entwicklung der staatsmonopolistischen Regulierung die Rede ist, wird man die theoretische Relevanz dieser Sachverhalte berücksichtigen müssen.

Diese Entwicklung stellt auch an die zeitgenössische Kapitalismustheorie, die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK), hohe Anforderungen. Sie bestehen vor allem darin, in verallgemeinerter Form jene Bedingungen herauszuarbeiten und zu benennen, die die Entwicklungstendenzen und den Umschlag der Entwicklungstendenzen bestimmen. Denn sie soll ja zur Orientierung der Arbeiterbewegung auf neue Widersprüche, Konflikte und Kampfbedingungen beitragen.

Für die Analyse des SMK und die Entwicklung der SMK-Theorie waren und sind die Arbeiten von Marxisten der UdSSR und der DDR von erstrangiger Bedeutung. Dies nicht zuletzt wegen der wissenschaftlichen Tradition, der breiten personellen Basis der Forschung und Publizistik sowie der durch die großen Leitinstitute der Imperialismusforschung hergestellten kollektiven Arbeitsprozesse und interdisziplinären Kooperationszusammenhänge. An erster Stelle sind hier zu nennen das Institut für Weltwirt-

schaft und internationale Beziehungen (IMEMO)¹ bei der AdW der UdSSR in Moskau und das Institut für internationale Politik und Wirtschaft (IPW)² in Berlin/DDR. Von wachsender Bedeutung sind auch die Aktivitäten der Multilateralen Problemkommission der AdW der RGW-Länder „Erforschung des heutigen Kapitalismus“ mit ihren sechs internationalen Arbeitsgruppen. Daneben gibt es weitere Arbeitsgruppen und Wissenschaftler an Hochschulen, staatlichen Instituten und Einrichtungen der kommunistischen Parteien, Gewerkschaften usw.³ Will man also einen Einblick in die theoretische Diskussion über den SMK erhalten, dann sind vor allem die Publikationen der genannten Einrichtungen und der in ihnen arbeitenden Wissenschaftler zu beachten.

Nachfolgend soll über einige Diskussionslinien berichtet werden, die vor allem die theoretischen Aspekte der SMK-Konzeption betreffen und vorwiegend von Politökonomien dieser Länder formuliert wurden. Wir berücksichtigen dabei Veröffentlichungen seit etwa 1977/78. Ihnen liegt in der Regel eine breite Literatur der Analyse der Weltwirtschaftskrise 1974/75 und der Stagflation seit Beginn der siebziger Jahre zugrunde. Es ist somit von besonderem Interesse, welche Hauptreaktionen des kapitalistischen Systems geortet werden und in welchen theoretischen Kontext diese Reaktionen gestellt werden. Notwendigerweise müssen die Argumentationen verkürzt wiedergegeben werden. Es kann nur darauf ankommen, den Leser mit den Kernpunkten der Aussagen vertraut zu machen.

1. Triebkräfte und Gesamtsystem

In den Argumentationen zur theoretischen Begründung des SMK wird stärker das Bemühen sichtbar, den Zusammenhang mit der Marx'schen „Kapital“-Analyse herzustellen. So bezieht sich *A. Mileikowski* in einer jüngeren Analyse ausdrücklich auf die Zusammenhänge des Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate — besonders die Überakkumulation und Kapitalentwertung. Auf dieser Grundlage interpretiert er die Merkmale des Imperialismus und den Übergang zum SMK.⁴

Von diesem Anliegen ist auch das neue Lehrbuch „Politische Ökonomie des Kapitalismus“ aus der DDR⁵ getragen, über das sich der Vorsitzende des Rates für Imperialismusforschung in der DDR, der Direktor des IPW, Prof. Dr. *Max Schmidt* wie folgt äußerte: „Mit der gelungenen Einordnung der neuen Probleme des staatsmonopolistischen Kapitalismus in die Genesis der allgemeinen Krise des Kapitalismus trägt es wesentlich zur weiteren Entwicklung der marxistisch-leninistischen Imperialismusfor-

1 Vgl. zu Aktivitäten und Struktur des IMEMO: S. L. Woronkow, Über die Tätigkeit des IMEMO, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, Bd. 1 (1978), S. 360ff.

2 Vgl. zu den Aktivitäten und zur Struktur des IPW: Max Schmidt, Das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR zu Berlin, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, Bd. 2 (1979), S. 415ff.

3 Vgl. zur Struktur dieser Bereiche in der UdSSR: Zur Kapitalismusforschung in der UdSSR: Institutionen. Aktivitäten. BRD-Forschung, Hrg. IMSF, Frankfurt/Main 1974

4 A. A. Mileikowski, Neue Tendenzen in der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Berlin/DDR 10/1980, S. 1066ff. (auch: AdW der UdSSR (Hrg), Gesellschaftswissenschaften, vj., Moskau, Nr. 1/1981) — Wir führen auch im folgenden nicht mehr die sowjetische Originalquelle an. In den letzten Jahren hat besonders in den IPW-Berichten die Publikation von Übersetzungen aus der Zeitschrift des IMEMO zugenommen.

5 Alfred Lemnitz u. a. (Hrg), Politische Ökonomie des Kapitalismus. Lehrbuch, Berlin/DDR 1980; bes. Teile 18, 19, 21, 22, 23

schung in der DDR bei.“⁶ Der SMK wird in diesem Buch verstanden „als Reaktion auf einen Vergesellschaftungsgrad“, dem gesellschaftliches Eigentum entsprechen würde, dem so aber mit der „Weiterentwicklung des Monopols“ Rechnung getragen wird.⁷ Produktivkraftentwicklung – Vergesellschaftung – Monopolisierung werden in nahezu allen Arbeiten als wesentlichster Begründungsstrang der Herausbildung des SMK angesehen. Die wachsende Vergesellschaftung äußert sich heute vor allem in „der Umwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft“, in „dem weiteren Wachstum der Spezialisierung und Kooperation der Produktion“, in „der starken Beschleunigung der Internationalisierung der kapitalistischen Produktion im Weltmaßstab“.⁸

Bekanntlich wurde schon in den fünfziger und sechziger Jahren die Kategorie der wissenschaftlich-technischen Revolution entwickelt, um die Veränderungen des Produktivkraftsystems zu charakterisieren. Obwohl manche dieser Arbeiten von Übertreibungen nicht frei waren, machten sie auf eine zentrale Entwicklungsbedingung des zeitgenössischen Kapitalismus aufmerksam. Die aktuelle Bedeutung in der BRD zeigte sich in Zusammenhang mit der Einführung der Mikroprozessoren und der neuen Technik. Hieraus resultieren fortwährende Anstöße zur Anpassung des staatsmonopolistischen Systems. Für die Erklärung des Übergangs zu einem intensiven Entwicklungstyp der Wirtschaft und die nach der Krise eintretenden Stagnationserscheinungen spielte die Konzeption der wissenschaftlich-technischen Revolution eine wichtige Rolle.⁹ Die Notwendigkeit der Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Wirtschaft und Produktion wird weithin als wesentlichster Antrieb der Weiterentwicklung des Systems des SMK angesehen.¹⁰

Die Entwicklung der Analyse verweist aber darauf, daß eine unvermittelte Übernahme der Erklärungsansätze aus der Veränderung des Produktivkraftsystems unangemessen ist. Vielmehr ist auch unter den Bedingungen des SMK die Untersuchung der Widersprüche der Kapitalverwertung der wesentlichste Ansatz zum Verständnis der Entwicklung. Dies zeigen die neueren sowjetischen Analysen sehr überzeugend.¹¹

Beachtung zu finden haben auch jene Arbeiten und Argumentationen, die die Herausbildung des SMK in den Zusammenhang mit der Entfaltung der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems stellen. In den Arbeiten von *Dieter Klein* wird dabei besonders auch der Begründung und Ableitung der politökonomischen Kategorien Beachtung geschenkt.¹² Es liegt in der Natur der Sache, daß dabei die Wechselwirkung äußerer und innerer Faktoren vor allem über die Verschärfung sozialer Gegensätze und die Entwicklung des Klassenkampfes realisiert wird. Das Schwergewicht der theoretischen Argumentation bleibt jedoch auf der Ebene der inneren Triebkräfte und Faktoren. Die Zuspitzung der Klassenwidersprüche wird als Resultat *und* Triebkraft der SMK-

6 Max Schmidt, Ergebnisse und Aufgaben marxistisch-leninistischer Imperialismusforschung, in: IPW-Berichte 4/1981, S. 3

7 Alfred Lemnitz u. a. (Hrg), Politische Ökonomie, a.a.O., S. 550

8 Max Schmidt, Ergebnisse und Aufgaben, a.a.O., S. 52

9 Rundtischgespräch einer internationalen Arbeitsgruppe: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Entwicklungstendenzen des gegenwärtigen Kapitalismus, in: IPW-Berichte 10/1978, S. 3ff.

10 ebenda

11 Vgl. z. B.: W. A. Martynow, Die Verschärfung der ökonomischen Widersprüche des Kapitalismus der Gegenwart, IPW-Berichte 5/1981, oder A. A. Mileikowski, Neue Tendenzen, a.a.O.

12 Dieter Klein, Imperialismus und staatsmonopolistischer Kapitalismus, Konsequenz, Sonderband 5, Berlin-West 1981, S. 82ff.

Entwicklung herausgearbeitet.¹³ Abgesehen von einigen Arbeiten¹⁴ bleibt jedoch die Rückwirkung des Klassenkampfes auf das ökonomische System des SMK — nämlich über das System der Sozialpolitik — zwar beachtet und erwähnt, aber erst in schwachen Ansätzen in die Gesamtargumentation aufgenommen. Nach Ansicht des Rezensenten handelt es sich bei dieser wesentlichen Triebkraft der Entwicklung des SMK um einen Aspekt des Vergesellschaftungsprozesses, um einen Schnittpunkt von ökonomischen und soziale Gegensätzen. Die gesamte Regulierungsproblematik und ihre Widersprüche sind ohne die Berücksichtigung dieses Aspektes kaum adäquat zu verstehen.

Für die Weiterentwicklung der SMK-Theorie bedeutsam waren auch die Publikationen und Diskussionen im Zusammenhang mit dem 60. Jahrestag des Ersterscheinens von *W. I. Lenins* Abhandlung zum Imperialismus.¹⁵ Man kann nun 1977 feststellen: „Gegenwärtig kann der Prozeß des Hinüberwachsens des Monopolkapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus als abgeschlossen betrachtet werden...“, „für ihn ist die umfassende Einwirkung des bürgerlichen Staates auf die Ökonomie charakteristisch“, dem Staat wachse zu die „Funktion eines kollektiven Organisators der Ausbeutung“.¹⁶

Wir werden gesondert auf die internationalen Entwicklungen eingehen. In ihnen wird bei den meisten Autoren eine wichtige Schubkraft der Modifizierung des SMK und seiner aktuellen Krise gesehen. Besondere Beachtung fanden hier die Rohstoff- und Energiekrise¹⁷, die Umweltproblematik¹⁸, die Währungs- und Ölpreiskrise usw. In der theoretischen Verallgemeinerung wird vielfach die „Verflechtung“ von allgemeiner Krise des kapitalistischen Systems und zyklischer Krise als für die Tiefe und Schärfe der Krise ausschlaggebend angesehen.¹⁹ Eine solche Fassung bedeutet die Verallgemeinerung sehr unterschiedlicher Prozesse auf einer hohen Abstraktionsstufe. Sicher kann es kaum in Abrede gestellt werden, daß die ökonomische Macht der OPEC ein Aspekt der veränderten Kräfteverhältnisse im Weltmaßstab und damit der Entfaltung der allgemeinen Krise des Kapitalismus war. Zweifellos war auch die Ölpreiserhöhung von 1973 — in allerdings abgemindertem Maße auch jene von 1979/80 — ein Katalysator zur Synchronisation der zyklischen Entwicklung der kapitalistischen Industriestaaten. Die nähere Analyse der Zusammenhänge muß jedoch in diesem Falle auf der ökonomischen Ebene und in ökonomischen Kategorien erfolgen.

13 Alfred Lemnitz u.a. (Hrg), *Politische Ökonomie*, a.a.O., S. 552

14 So: Johanna Groß, *Imperialistische Sozialpolitik in den Klassenauseinandersetzungen*, IPW-Berichte 3/1977, S. 42ff.; dies., *Privatisierungsoffensive des Monopolkapitals im Sozialbereich der BRD*, IPW-Berichte 12/1978, S. 9ff.; von Interesse sind dazu auch die Aussagen von A. Mileikowski (a.a.O.), der besonders auf die Rolle der Sozialkrisen Ende der sechziger Jahre und die Wertproblematik der Arbeitskraft eingeht.

15 Vgl. IMEMO-Kollektiv, *Die Leninsche Imperialismustheorie und die Gegenwart*, IPW-Berichte 12/1977, S. 18ff.; N. N. Inosemzew, W. A. Martynow, S. M. Nikitin (Red.), *Die Leninsche Imperialismustheorie und die Gegenwart*, Moskau 1977 (russ.), Berlin/DDR 1981

16 ebenda, S. 4 u. 5

17 IPW-Forschungshefte 2/1978, *Energie- und Rohstoffprobleme im heutigen Kapitalismus* (Verf. Emil Rehtziegler u.a.)

18 IPW-Forschungshefte 1/1977, *Umweltprobleme und staatsmonopolistischer Kapitalismus* (Verfasser R. Helmbold, E. Rehtziegler, C. Schirmeister)

19 Otto Reinhold, *Die wissenschaftlich-technische Revolution und die Verschärfung der ökonomischen und sozialen Widersprüche des Kapitalismus*, IPW-Berichte 9/1979, S. 27ff., Max Schmidt, a.a.O., IPW-Berichte 4/1981

2. Geschichtliche Entwicklung

Für die Diskussion in der BRD sind die jüngeren historischen Arbeiten von Wirtschaftshistorikern der DDR zur Herausbildung des SMK in Deutschland bedeutsam.²⁰ Sie sind in der wissenschaftlichen Debatte der korrigierende Kontrapunkt zu jener in den politischen Konsequenzen sozialdemokratisch orientierten Strömung in der westdeutschen Geschichtswissenschaft, die das sozialgeschichtliche Konzept eines „organisierten Kapitalismus“ entwickelt hat. Dieses Bild nimmt reale Strukturen und Erscheinungsformen des Monopolkapitalismus in sich auf, entwickelt auch kritische Positionen zum Kapitalismus und vor allem zum konservativen Flügel der westdeutschen Historiographie, lehnt aber gleichwohl die grundlegenden Prämissen einer materialistischen Gesellschaftskonzeption ab. An die Stelle des vom herrschenden Kapitalverhältnis und der Ökonomie ausgehenden Determinismus setzt sie die prinzipielle Wechselwirkung, die „Interdependenz“.²¹

Die Vertreter dieser Strömung in der BRD erwiesen zwar den Ergebnissen der historischen SMK-Forschung der DDR ihre Reverenz, weisen jedoch den „theoretischen Bezugsrahmen“ als „unangemessen und überzogen“ zurück und wenden sich insbesondere gegen die Aussage von der Herrschaft der Monopole und der Verschmelzung von Monopolen und Staat.²² Sie vermeinen Widersprüche zwischen dem ausgebreiteten Material und den theoretischen Schlußfolgerungen und Prämissen entdecken zu können.

Für die marxistische Diskussion der SMK-Theorie sind besonders die Darstellungen zur durchaus wechselvollen Geschichte und Struktur des Staatseigentums, des staatlichen Wirtschaftsinterventionismus bzw. des staatsmonopolistischen Regulierungssystems von Interesse. Ihre Argumente sprechen vor allem gegen ein allzu einseitiges Phasen- und Etappendenken und gegen eine schematische lineare Verlängerung bestimmter Entwicklungstendenzen. So belegen sie, daß schon vor 1914 die Interventionsstrukturen im Deutschen Reich entwickelt waren, daß schon die Geburt des Monopols mit Notwendigkeit die staatliche Intervention nach sich zieht. Dementsprechend plädieren die Verfasser dafür, den SMK als Grundzug des imperialistischen Stadiums und nicht als eine bestimmte Phase zu verstehen.²³ Dies führt dementsprechend zu einer vorwiegend nur auf den staatlichen Interventionismus bezogenen Fassung staatsmonopolistischer Regulierung.²⁴ Obwohl der Rezensent diesen Standpunkt nicht teilt, hält er die Herausarbeitung der staatsmonopolistischen Reaktionsmuster für zutref-

20 Aus den letzten Jahren sind dies besonders die drei Bände über die Geschichte des SMK: Helga Nußbaum, Lotte Zumpe (Hrg.), *Wirtschaft und Staat in Deutschland. Eine Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vom Ende des 19. Jh. bis 1945* in drei Bänden.

Bd. 1: D. Baudis, H. Nußbaum, *Wirtschaft und Staat in Deutschland von Ende des 19. Jh. bis 1918/19*, Berlin 1978

Bd. 2: M. Nußbaum, *Wirtschaft und Staat in Deutschland während der Weimarer Republik*, Berlin 1978

Bd. 3: L. Zumpe, *Wirtschaft und Staat in Deutschland 1933 bis 1945*, Berlin 1979

Vgl. auch die knappe Rezension in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF*, 2 (1979), S. 72ff.

21 Dazu gehören Historiker wie: J. Kocka, H. J. Puhle, H. U. Wehler, W. Mommsen, H. C. Schröder u. a.

22 So: R. vom Bruch, *Neue DDR-Thesen zur Stamokap-Theorie*, in: *Das Parlament*, Nr. 24/1981, vom 13.6.1981

23 Helga Nußbaum in: *Wirtschaft und Staat*, a.a.O., Bd. 1, S. 14, S. 75ff.

24 ebenda, S. 37ff.

feld, nämlich an der Stärkung privatkapitalistischer Regelmechanismen orientiert. Dies führte dann auch dazu — und erklärt den entsprechenden Sachverhalt —, daß bestimmte „mittelständische“ Bereiche vom dichtesten Netz staatlicher Eingriffe überzogen sind und nicht unbedingt jene, die den historisch fortgeschrittensten Vergesellschaftungsgrad aufweisen.

Es steht außer Zweifel, daß diese Arbeiten die Diskussion um die Entwicklungsgeschichte des SMK weiter anregen und Anstoß weiterer Untersuchungen sein werden.

3. Monopol und Monopoltheorie

Im Rahmen der Theorie des SMK bleiben die Monopole das entscheidende Strukturelement und ihre Verwertungsbewegung die wesentliche ökonomische Determinante in der Bewegung des Systems. SMK ist somit entfalteter Monopolkapitalismus. Die spezifisch staatsmonopolistischen Strukturen, die aus der Verflechtung, Verschmelzung, Interaktion von Staat und Monopolen entstehen, sind ihrem Wesen nach staatlich gesetzte Monopole oder Monopolbedingungen. Es kann in diesem Abschnitt nicht auf die imposante Vielfalt von empirisch ausgerichteten Spezialarbeiten und Analysen eingegangen werden, die sich mit Monopolen beschäftigen. Wir können hier nur auf einige Richtungen der Theorieentwicklung verweisen.

Die Herausbildung und Wirksamkeit der internationalen oder transnationalen Konzerne und damit die qualitative Verstärkung der internationalen Dimension der Monopolisierung wirft auch für die Monopoltheorie die interessantesten neuen Probleme auf. G. Binus arbeitet schon in einem frühen Stadium die internationalen Konzerne als neuen Faktor des ökonomischen Regulierungssystems heraus und verweist auf ihre Interaktion und Konflikte mit den Nationalstaaten und auch mit den EG-Behörden.²⁵ Auf die mit dem Monopolisierungsgrad einhergehenden Konflikte und Disproportionen der ökonomischen Regulierungsmechanismen und der spezifisch staatsmonopolistischen Formen und Instrumente verweist auch W. Kusnezow.²⁶

Als Merkmale der neuen Stufe der internationalen Monopolisierung werden herausgestellt: die Allgemeinheit des Hinüberwachsens in internationale Dimensionen; die Internationalisierung von Produktion, Wissenschaft und Technik als Basisprozesse; die privatmonopolistische Form als Hauptform.²⁷

Wichtig sind die Versuche, die Rolle des Staates bei der Charakterisierung des Monopolprofits zu berücksichtigen. Bedeutsam ist es auch, daß auf dieser Grundlage Monopolpreis und Monopolprofit als die wesentlichen Ursachen der zeitgenössischen Inflation angesehen werden können, weil sich die dauerhafte — und zielstrebig betriebene —

25 So: Gretchen Binus, Internationale Konzerne und Staat, IPW-Berichte 8/1976, S. 24ff.; Horst Heininger, Die Leninsche Imperialismustheorie und die heutige Stufe der internationalen Monopolisierung, IPW-Berichte 6/1977; Chr. Fundulis, H. Heininger, J. Judanow, W. Sadzikowski, M. Sestokowa, Internationale Monopole, Berlin/DDR 1978; Diss.-Bericht: G. Binus, Neue Stufe der Monopolisierung und staatsmonopolistischen Regulierung, IPW-Berichte 3/1981, S. 47ff.

26 W. Kusnezow, Die siebziger Jahre und die Tendenzen der weiteren Entwicklung des SMK, IPW-Berichte 7/1977, S. 4ff.

27 Vgl. die von Helmut Zschocke verfaßte Sammelrezension: Monopolisierung unter den Bedingungen der vertieften allgemeinen Krise des Kapitalismus (DDR-Veröffentlichungen ab 1976), IPW-Berichte 11/1978

Verletzung des Wertgesetzes in der Zerrüttung der Geldzirkulation und des Preismaßstabes Ausdruck verschafft.²⁸

Aufmerksam zu machen ist auch auf den Versuch von *Hans Tammer*, für die BRD das Finanzgruppenkonzept anzuwenden.²⁹ Dazu kann angemerkt werden, daß nach wie vor eine Vielzahl von Fragen unbeantwortet und ungelöst geblieben sind.

Auch in der sowjetischen Diskussion ist das Problem der Monopolpreisbildung bzw. der Quellen des Monopolprofits die zentrale theoretische Diskussionsfrage.³⁰ Dabei herrscht die Haupttendenz vor, die Position von *Eugen Varga* (Monopolprofit aus der Umverteilung) nur für die Periode des einfachen Monopolkapitalismus als gültig anzusehen. Demgegenüber argumentieren einige Autoren, daß sich die Monopolpreise in der Produktion herausbilden, teilen jedoch die schon früher von *S. Wygodski* formulierte Position (Monopolpreise entsprechen einem durch falsche soziale Kosten, verursacht durch Macht und Parasitismus des Monopols, verzerrten Wert, der sich im wesentlichen auf der Marktwertebene bildet) nur bedingt. Autoren wie *S. M. Nikitin* vertreten die Position, daß infolge der ‚oligopolistischen‘ Struktur der Märkte und des entwickelten Kreditsystems usw. das Produktionspreismodell heute einen weit höheren Realitätsgehalt habe als im 19. Jahrhundert. Monopolistische Tribute sind weniger als eine Art Steuer, sondern vielmehr als gesellschaftliche Kosten für Umverteilungsblockaden, Ressourcenvergeudung etc. zu begreifen. „Die Frage nach dem Charakter der Zweigbeziehungen, die heute keineswegs nur von der Konkurrenz geprägt sind, und damit das Problem, ob und inwieweit der monopolistische Marktwert sich in die Richtung eines monopolistischen Produktionspreises modifiziert oder nicht, sind in der sowjetischen Forschung und generell in der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie“, nach der Ansicht von *H. Zschocke*, „noch weitgehend offen.“³¹

Daß staatlich gesetzte Monopolbedingungen und die Verflechtung mit den Privatmonopolen, sei es über gemischtes Eigentum, über staatsmonopolistische Komplexe oder die Herausbildung staatsmonopolistischen Kapitals zu den heutigen Realitäten gehört — wie immer die begriffliche Fassung dieser Verflechtungsstrukturen erfolgt — wird von allen Analytikern zur Kenntnis genommen.

Dieter Klein hat vor kurzem die Frage aufgeworfen, ob es angesichts der Realitäten des SMK nicht erforderlich sei, den Kapitalbegriff zu erweitern. Denn Staatskapital fungiere ja nicht als sich selbst verwertender Wert. Dieser entwertete Teil des Gesamtkapitals könne als „in der Regie des Monopolkapitals bzw. seines Staates der Sicherung der Kapitalverwertung mittelbar dienender Wert definiert werden“.³² Er spricht in diesem

28 So äußert sich *Martynow*: „Infolgedessen hat die gegenwärtige Inflation die Züge eines chronischen, allmählich sich steigernden, ‚mechanisch‘ verlaufenen Prozesses angenommen, der sich der Kontrolle durch die staatsmonopolistische Regulierung entzogen hat, immer stärker desorganisierend, hemmend und letztlich den Monopolinteressen entgegengesetzt auf die Wirtschaft wirkt.“ (*W. Martynow*, *Die Verschärfung*, a.a.O., *IPW-Berichte* 5/1981, S. 7).

Mileikowski betont, daß heute die Inflation nicht mehr nur durch Defizitfinanzierung hervorgerufen werde: „Neu ist dabei, daß die Inflation zum Mechanismus der gegenwärtigen Monopolpreisbildung gehört.“ (*A. Mileikowski*, a.a.O., S. 1067)

29 *Hans Tammer*, *Machtzentren des BRD-Finanzkapitals*, *IPW-Berichte* 4/1980, S. 1ff.

30 Vgl. dazu die Übersicht: *Helmut Zschocke*, *Auffassungen zur Monopolpreisproblematik in der sowjetischen Literatur*, *IPW-Berichte* 2/1981, S. 52ff.

31 ebenda, S. 56

32 *Dieter Klein*, *Neue Existenzbedingungen des Kapitalismus in den 70er Jahren — Aufgaben für den Sozia-*

Zusammenhang von „staatsmonopolistisch reguliertem Monopolprofit“, bei dem die Politik ein verstärktes Gewicht gegenüber der Ökonomie gewinnt.³³

Von der „Tendenz zur Formierung einer neuartigen Verflechtungsebene“ spricht auch *Lutz Maier*.³⁴ In den staatsmonopolistischen Komplexen und im staatsmonopolistischen Kapital — Begriffe, die er offensichtlich synonym verwendet — sei die Weiterentwicklung des Finanzkapitals zu sehen.

Die Konzeption staatsmonopolistischer Komplexe entwickeln die Leningrader Ökonomen *Djomin* und *Raskow*.³⁵ Es handelt sich um die Verallgemeinerung der Grundzüge des Militär-Industrie-Komplexes und ihre Anwendung auf ähnliche Erscheinungen. Staatsmonopolistische Komplexe sind sozialökonomische und soziologische Strukturen, die sich auf der Basis relativ dauerhafter funktioneller Beziehungen zwischen Staat und Monopolen bzw. bestimmten Staatsapparaten und bestimmten Monopolen und Monopolgruppen herausbilden. Sie werden als „Organisationsformen staatsmonopolistischen Kapitals und der modernen kapitalistischen Produktion“ angesehen³⁶, gewissermaßen als eine Verdichtung des SMK in konkreten und relativ stabilen Strukturen und Formen, als Synthese von Monopolisierung und Verstaatlichung, Konkurrenz und Planmäßigkeit.

Während für die bisher kurz vorgestellten Problemkreise gelten kann, daß in ihre Diskussion in der referierten Periode auch neue Aspekte und Akzente aufgenommen worden sind, insgesamt aber die Kontinuität der Debatte charakteristisch ist, gilt für die Komplexe Regulierung, Internationalisierung und Wechsel der vorherrschenden ökonomischen Doktrinen und Ideologien, daß für sie neue Fragestellungen durch die Entwicklung in und im Gefolge der Krise 1974/75 auf die Tagesordnung gesetzt wurden. Wenn von den neuen Elementen und Erscheinungen der Entwicklung des SMK gesprochen wird, nimmt man vor allem auf diese Komplexe Bezug.

4. Staatsmonopolistische Regulierung

Schon 1977 konnte *Karl-Heinz Schwank* feststellen, daß die SMK-Theorie die einseitige Fassung staatsmonopolistischer Regulierung als Regulierungstätigkeit des imperialistischen Staates überwunden habe.³⁷ Es liegt in der Logik der theoretischen Begründung des SMK als Entwicklungsphase der kapitalistischen Gesellschaftsformation, unter Regulierung generell den Prozeß und Mechanismus zur Herstellung und Sicherung der Proportionalität des Reproduktionsprozesses bzw. der Wirtschaft zu sehen. In der spä-

lismus, Humboldt-Vorlesung 1979, Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt Universität zu Berlin, Ges. Sprachw. Reihe, 3/1979, S. 412

33 ebenda; vgl. auch: Dieter Klein, Imperialismus und SMK, a.a.O., S. 167ff.

34 Lutz Maier, Aktuelle Probleme des staatsmonopolistischen Kapitalismus, IPW-Berichte 7/1980, S. 7

35 A. A. Djomin, N. W. Raskow (Red.) Staatsmonopolistische Komplexe, Leningrad 1979 (russ.); die wichtigsten Abschnitte dieser Arbeit erscheinen 1981/82 in deutscher Übersetzung (Hrg. IMSF, Reihe ‚Theorie und Methode‘, Staatsmonopolistische Komplexe). Vgl. zur Information auch die knappe Darstellung in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF, Bd. 2 (1979), S. 76 ff.

36 ebenda, S. 26

37 Karl-Heinz Schwank, Probleme der Wirtschaftsregulierung im Imperialismus, IPW-Berichte 3/1977, S. 24ff.; eine umfassende Darstellung des Regulierungsmechanismus des BRD-SMK, besonders der staatlichen Ebene und Instrumentarien, liegt vor mit: L. G. Chodow, W. S. Pankow, Probleme der staatsmonopolistischen Regulierung der Wirtschaft der BRD, Moskau 1977 (russ.)

teren Lehrbuchformulierung heißt es dementsprechend unter Berücksichtigung der Regulierungsimpulse im SMK: „Das Wesen staatsmonopolistischer Wirtschaftsregulierung wird charakterisiert durch den widersprüchlichen Prozeß der Herstellung der objektiv notwendigen Proportionen der Reproduktion — angesichts der Erfordernisse rasch fortschreitender Vergesellschaftung und politischer Notwendigkeiten — über den Monopolpreis, unterworfen den Prioritäten des staatsmonopolistisch regulierten Monopolprofits. Im Komplex der widerspruchsvollen Verflechtung von privatmonopolistischer und staatlicher Regulierung — teilweise entsprechend, teilweise entgegen objektiven Notwendigkeiten — setzen sich im Wirtschaftsverlauf auch im staatsmonopolistischen Kapitalismus letztlich die objektiven ökonomischen Gesetze durch“.³⁸

Damit wird in erster Linie auf die Zusammenhänge des Wertgesetzes Bezug genommen. Bei Schwank wird dies wie folgt gefaßt: „Einerseits wird im Imperialismus das spontane Wirken des Wertgesetzes teilweise und zeitweise begrenzt, andererseits setzt es sich entgegen dem regulierenden Wirken privater Monopole durch.“ „Das bedeutet jedoch nicht, daß an die Stelle des Wertgesetzes als Regulator die monopolistische Regulierung kraft monopolistischer Macht und Gewalt tritt.“³⁹

Staatsmonopolistische Regulierung in diesem Sinne fungiert als Gesamtkomplex, „in der dialektischen Einheit ihrer Erscheinungsformen als staatliche und privatmonopolistische Regulierung“⁴⁰, als Basis und Realisierung der Verflechtung von Staat und Monopolen, gleichwohl aber als Gesamtkomplex/-prozeß auch die Elemente/Bereiche nichtmonopolistischer Konkurrenz als Regulierungsformen enthaltend.

Mitunter wurde bei der Beurteilung der Situation nach 1973 darauf verwiesen, daß die bisher tiefste ökonomische Krise des Kapitalismus, nämlich jene von 1929-33, mit einer Krise der „privatmonopolistischen Regulierung“ verbunden gewesen oder als eine solche zu verstehen gewesen sei, während die Krise 1974/75 entstanden sei „auf dem Boden staatsmonopolistischer Verhältnisse bei Vorhandensein eines entwickelten Instrumentariums der staatsmonopolistischen Regulierung, dessen innere Widersprüche und Begrenztheit selbst zu einer Quelle des Heranreifens und Ausbrechens der Krise wurden“.⁴¹ An die Einschätzung des Bankrotts makroökonomischer Steuerungssysteme (Globalsteuerung) schlossen einige Autoren die Prognose an, daß nun eine weiterentwickelte Stufe staatsmonopolistischer Regulierung in Richtung Strukturpolitik, Investitionslenkung, Direkt Eingriffe in den Produktionsprozeß auf der Tagesordnung stehe.⁴²

38 Alfred Lemnitz u. a. (Hrg), Politische Ökonomie, a.a.O., S. 581/82

39 Karl-Heinz Schwank, Probleme der Wirtschaftsregulierung im Imperialismus, a.a.O., S. 27/28; so auch: Lutz Maier: „Die Grenzen der staatsmonopolistischen Regulierung wurzeln in ihrem gesamten Wesen als Entwicklungsstufe des Funktionsmechanismus der kapitalistischen Wirtschaft.“ (IPW-Berichte 12/1977, S. 21)

40 Karl-Heinz Schwank, ebenda, S. 28

41 Lutz Maier, Neue Internationalisierungstendenzen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, IPW-Berichte 8/1979, S. 19; ebenso: Katja Nehls, Krise und Anpassungstendenz der staatsmonopolistischen Regulierung, IPW-Berichte 9/1980, S. 26ff; sowie: Dieter Klein, Neue Existenzbedingungen, a.a.O., S. 411: „In all den verschiedenen Krisenerscheinungen des Kapitalismus steckt vielmehr stets ein und dasselbe: eine neue Phase in der Krise der Regulierung des Produktionsprozesses durch Monopolprofit und Monopolpreis.“

42 So: W. Kusnezow, Die siebziger Jahre, a.a.O., IPW-Berichte 7/1977, S. 8ff.; ebenso in dieser Periode Lutz Maier (IPW-Diskussion: Wesen, Krisenerscheinungen und Anpassungstendenzen der staatsmonopolistischen Regulierung, in: IPW-Berichte 12/1977, S. 28)

Diese Einschätzung konnte in dieser Verallgemeinerung später nicht mehr aufrecht erhalten werden.

Die Diskussion spitzte sich nun auch darauf zu, ob von einer Krise der Regulierung oder nur von einer Krise ihrer Instrumentarien gesprochen werden könne.⁴³ Dies war deshalb nicht nur spitzfindig, weil damit auch Unterschiede im Urteil hinsichtlich der Lösungsmöglichkeiten und -wege verbunden sind.

Von Interesse ist, daß Forscher, deren Arbeitsgebiet die internationalen Konzerne sind, in höherem Maße privatmonopolistische Strategien als Lösungswege hervorheben und betonen, daß in den siebziger Jahren „die privatmonopolistische Regulierung eigentlich mehr Erfolg in dem Bemühen hatte, bestimmte Richtungen der Produktionsentwicklung durchzusetzen oder den Reproduktionsprozeß in ihrem Sinne zu entwickeln, als der staatliche Regulierungsmechanismus“.⁴⁴ *W. Fjodorow* unterstreicht, daß selbst in der Krise „keine grundlegend neuen Formen der ökonomischen Regulierung zu verzeichnen waren“, vielmehr wurden nur „die traditionellen Prinzipien staatlicher und monopolistischer Regulierung“ angewandt.⁴⁵ Als wesentlichste Krisenursache wird durchgehend der neue Internationalisierungsgrad der Monopolisierung geortet, dessen Widersprüchen die nationalstaatliche staatsmonopolistische Regulierung nicht gewachsen sei. Darüber soll aber im nächsten Abschnitt die Rede sein.

Mit der Verarbeitung der Nachkrisenerfahrungen werden die Aussagen zur Tendenz des Regulierungssystems, insbesondere der staatlichen Ebene, präzisiert. „Zusammengefaßt besteht somit der Inhalt der gegenwärtigen Krise der staatsmonopolistischen Regulierung“, führte *Lutz Maier* aus, „in einer Zuspitzung von Widersprüchen in den Beziehungen zwischen privaten Monopolen und Staat“.⁴⁶ „Die Hauptbarriere (gegen eine langfristig angelegte Strukturpolitik, *H. Ju.*) bildet jedoch der Widerstand des Monopolkapitals gegen eine Ausdehnung der Rolle und Einflußmöglichkeiten des Staates vor allem im Bereich der Investitionen...“⁴⁷ Die Ursache liegt für ihn mehr auf politisch-ideologischer Ebene: In der Ablehnung „widerspiegelt sich das historische Dilemma der Bourgeoisie, die eine aktive ökonomische Tätigkeit des Staates braucht, ihrer Klassennatur nach aber niemals konsequenter Anhänger einer wachsenden Rolle des Staates in der Wirtschaft sein kann.“⁴⁸ Ernsthafte Differenzen in der Monopolbourgeoisie hinsichtlich der langfristigen Regulierung stellt auch *A. Mileikowski* fest.⁴⁹ „Ihre Vorstellungen gehen dahin, daß der Staat vorwiegend Methoden einer indirekten Regulierung anwendet und daß die Marktstimuli zur Erhöhung der Effektivität und Konkurrenzfähigkeit

43 Reinhold Kowalski, Die Krise der Wirtschaftsregulierung durch den imperialistischen Staat, IPW-Berichte 10/1977; Internationale Arbeitsgruppe ‚Probleme der privat- und staatsmonopolistischen Regulierung...‘ (Juni 1978), IPW-Berichte 10/1978, S. 37: „Der Tenor der Diskussionsbeiträge lief darauf hinaus, daß von einer Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus insgesamt nicht gesprochen werden kann... nicht die staatsmonopolistische Regulierung, sondern deren Instrumentarium in der Krise...“

44 So Gretchen Binus (IPW-Berichte 12/1979, S. 21)

45 So nach der Rezension in: IPW-Berichte 1/1979, S. 59

46 Lutz Maier, Über den Charakter der Krise und einige neue Entwicklungstendenzen der staatsmonopolistischen Regulierung, in: IPW-Berichte 6/1979, S. 20

47 ebenda, S. 19

48 Lutz, Maier, Aktuelle Probleme des staatsmonopolistischen Kapitalismus, IPW-Berichte 7/1980, S. 9; ebenso: Dieter Klein, Neue Entwicklungsbedingungen, a.a.O., S. 411: „Die Monopolbourgeoisie unterläuft daher selbst die im eigenen Interesse als notwendig erkannten staatsmonopolistischen Reformen...“

49 A. Mileikowski, a.a.O., S. 1071

higkeit der verstaatlichten und nationalisierten Zweige unter Einbeziehung von Privatkapital und durch eine umfassende Anwendung gemischter Unternehmensformen verstärkt wird.“⁵⁰ Dies ist denn auch in der Tat der reale Gang der Dinge in Ländern wie der BRD. Allerdings ist *Mileikowskis* Schlußfolgerung dann nur schwer verständlich, daß der Staat bestrebt sei, „den administrativen und planmäßigen Einfluß auf den privaten Sektor zu verstärken“.⁵¹

Mit der Einbeziehung einer staatlichen Ebene in das Regulierungssystem entsteht ein spezifisches Vermittlungselement von Ökonomie und Politik. Damit ergeben sich aber auch unmittelbar Einflüsse der Basisprozesse und ihrer Widersprüche auf den Überbau des SMK und seine Institutionen. Dies ist ein Faktor, der die „Labilität“ der „Gesamtheit der Institutionen des politischen Überbaus“ bedingt.⁵²

Wird von der Mehrzahl der Autoren im neuen Internationalisierungsgrad bzw. im neuen internationalen Monopolisierungsgrad und den politischen und ökonomischen Weltmarktveränderungen die wesentliche Ursache der Regulierungskrise gesehen, so ziehen sie meist auch die Konsequenz, daß der Weg der partiellen Überwindung der Krise die Internationalisierung des SMK sei. Das ist die wesentliche Fragestellung, der im nächsten Abschnitt nachgegangen werden soll.

5. Internationalisierung des SMK?

Soweit sich der begriffliche Inhalt dieser Überschrift generell auf den SMK als Phase der kapitalistischen Gesellschaftsformation bezieht, kann sein Realitätsgehalt kaum in Abrede gestellt werden. Es bliebe aber dann ebenfalls die Frage, wo der Schwerpunkt der Internationalisierung liegt, bei den Monopolen oder dem Staat bzw. den aus der Verflechtung hervorgegangenen Strukturen, Institutionen, Mechanismen. Dies ist im Prinzip ein Angelpunkt der zu referierenden Diskussion der letzten Jahre.

In der schon zitierten Arbeit von *L. Maier* von 1977 wird „die sich verstärkende Tendenz der Internationalisierung der staatsmonopolistischen Regulierung“ als die „bedeutendste qualitativ neue Erscheinung“ charakterisiert.⁵³ Den Unterbau dafür sieht er in der Internationalisierung von Produktion, Infrastruktur und Monopolen, wie sie bis zu den siebziger Jahren entstanden sei. Dieser verlange und tendiere nach einer Ergänzung der entstandenen „privatmonopolistischen Regulierungsstufe“ durch eine staatsmonopolistische. Als Krisenursache ergibt sich für ihn „die immer tiefer gewordene Kluft zwischen dem Stand der internationalen Verflechtung der kapitalistischen Wirtschaft, genauer der immer stärker international orientierten Strategie der großen Konzerne und der vorrangig ‚national‘ orientierten Wirtschaftspolitik in den einzelnen kapitalistischen Ländern.“⁵⁴ Aus diesem Konflikt ergibt sich für ihn die Tendenz zur Internationalisierung der Wirtschaftspolitik und des SMK.⁵⁵

50 ebenda, S. 1072

51 ebenda, S. 1073

52 Hans Heinrich Angermüller, Politische Labilität des staatsmonopolistischen Kapitalismus, IPW-Forschungshefte 3/1979

53 Lutz Maier, Neue Internationalisierungstendenzen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, IPW-Berichte 8/1977, S. 18

54 ebenda, S. 19 u. 22

55 So auch W. Kusnezow, Die siebziger Jahre, IPW-Berichte 7/1977, S. 9: „Tendenz zur ‚Supranationalität‘ der staatsmonopolistischen Regulierung“. Erwas später ebenso Lutz Maier (IPW-Berichte 12/1977, S.

Die empirischen Anhaltspunkte sieht er in den internationalen wirtschaftspolitischen Abstimmungen und Konsultationen, in der Formierung des Nord-Süd-Dialogs, in der wachsenden Rolle der internationalen Organisationen und in der Entstehung neuer, in der Tendenz zur Marktregulierung durch internationale Staatsverträge.

Mit diesem Beitrag sind die Diskussionsthemen der zu referierenden Periode weitgehend vorgegeben. Die sowjetischen Untersuchungen heben hervor, daß sich mit der Internationalisierung das Gewicht der äußeren Sphäre der Wirtschaft erhöht und die internationale Arbeitsteilung jäh beschleunigt habe, gleichzeitig habe dies aber auch die Verstärkung des „anarchischen Charakters der kapitalistischen Ökonomik“ gebracht. Die Sphäre der internationalen Wirtschaftsbeziehungen sei „heute eine der Hauptstellen für die wirtschaftliche Instabilität“, was die Suche nach der „internationalen Koordinierung der Wirtschaftspolitik“ intensiviere.⁵⁶

Freilich kann kaum von wesentlichen Fortschritten auf diesem Gebiet gesprochen werden. Gegenüber dem Bretton-Woods-System kann das Jamaika-System kaum als eine höhere staatsmonopolistische Stufe des Währungssystems angesprochen werden. Auch auf den internationalen Geld- und Kapitalmärkten herrscht eindeutig die Regulierung durch Monopole und Finanzgruppen vor. Eine Internationalisierung der staatlichen Ebene des SMK ist da nicht in Sicht.⁵⁷

Diese Position wird dezidiert auch von *W. Fjodorow* vertreten, der gerade die Verstärkung der spontanen marktwirtschaftlichen bzw. privatmonopolistischen Momente unterstreicht.⁵⁸

Im Rückblick auf die siebziger Jahre und im Ausblick auf die achtziger Jahre sieht *L. Maier* demgegenüber als „wichtigste Besonderheit“ des SMK der achtziger Jahre die wesentliche „Verstärkung des internationalen Akzents seiner Entwicklung“⁵⁹ und hebt als wesentliche Ebene bzw. institutionelle Basis das Abstimmungs- und Konsultationssystem hervor, das sich besonders an Knotenpunkten der Widersprüche, wie z. B. in der Energiefrage mit der IEA, verdichte. Gleichzeitig verweist er jedoch hier stärker auf die Wirksamkeit von gegen diese Tendenz gerichteten Kräften. Das Vorherrschen der Internationalisierungstendenz wird auch von *R. Gündel* betont.⁶⁰

W. Martynow spricht von der Suche nach neuen Wegen und Formen der Regulierung, vor allem für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Staaten. „Auf diesem Wege ist der Imperialismus bemüht, die Kluft zwischen der gewachsenen gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit der industriell entwickelten imperialistischen Länder und dem engen nationalen Rahmen der staatsmonopolistischen Regulierung der Wirtschaftsprozesse zu überwinden.“⁶¹

28): „Internationalisierung der Aktivitäten und Instrumente, der Versuch, eine Art internationale bzw. supranationale Regulierung zu entwickeln“.

56 IMEMO-Autorengruppe, Die Leninsche Imperialismustheorie und die Gegenwart, IPW-Berichte 12/1977, S. 8 u. 10

57 Katja Nehls, Der ‚Eurodollarmarkt‘..., IPW-Berichte 4/1978

58 W. P. Fjodorow, Der Kapitalismus und die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Moskau 1979 (russ.); vgl. auch die Rezension dieses Buches in: IPW-Berichte 12/1980; eine ähnliche Position vertritt auch Chr. Fundulis (IPW-Berichte 3/1981, S. 46)

59 Lutz Maier, Aktuelle Probleme des staatsmonopolistischen Kapitalismus, IPW-Berichte 7/1980, S. 3.

60 Rudi Gündel, Krisenprozesse in der kapitalistischen Weltwirtschaft, IPW-Berichte 12/1980, S. 20ff.

61 W. Martynow, Die Verschärfung..., IPW-Berichte 5/1981, S. 10

Gibt es über die allgemeine Tendenz zu einer Internationalisierung des SMK also kaum wesentliche Meinungsverschiedenheiten, so gibt es wesentliche Abstufungen in der Antwort auf die Frage nach dem aktuellen Realisierungsgrad dieser Tendenz. Diese Probleme stehen in engem Zusammenhang mit der Herausbildung imperialistischer Zentren, mit der innerimperialistischen Rivalität, mit der Integration usw., aber auch mit den Tendenzen zur Umschichtung der internationalen Arbeitsteilung, mit dem Wirksamwerden sogenannter globaler Probleme u.a. Auf diese Frage sei hier nur verwiesen.

6. Variantenwechsel in der ökonomischen Doktrin des SMK

Zum Schluß sei der Frage nachgegangen, inwieweit sich die Wende zum Monetarismus bzw. zu neoliberaler Marktwirtschaftsideologie, die im Krisenverlauf in wichtigen kapitalistischen Industrieländern stattgefunden hat, in der SMK-Diskussion dieser Periode niedergeschlagen hat und welche Gründe dafür herausgearbeitet werden. Uns interessiert besonders, auf welche Interessenkonstellation der Monopolbourgeoisie bzw. ihrer vorherrschenden Gruppen dies zurückgeführt werden kann. Wir hatten schon in der Einleitung zu dieser Übersicht auf die Rolle politischer Faktoren und Konstellationen verwiesen und die Vermutung geäußert, daß mit den politischen Änderungen in Frankreich dort nicht nur eine Periode staatsmonopolistischer Reformen beginnen könnte, sondern daß diese Politik notwendigerweise von einer erneuten Dominanz des (Links-) Keynesianismus begleitet sein mußte. Damit kommen zweifellos auch wieder neue Momente in die ökonomische Diskussion. Vielleicht könnte auf diese Konstellation zutreffen, was *Mileikowski* auf andere Länder münzte, was dort aber vielfach keinen Realitätsgehalt hatte, daß sich nämlich „die Idee von der Planung der kapitalistischen Wirtschaft“ durchsetze.⁶²

In der DDR hatte *Alfred Bönisch* schon 1977 eine exakte und u. E. völlig zutreffende Analyse des Umkippens der bourgeois Konzeptionen gegeben und vor allem auf die realen Anknüpfungspunkte der Marktwirtschaftsideologie verwiesen, nämlich daß „der Markt als ökonomische Kategorie und als ökonomischer Mechanismus im gegenwärtigen Kapitalismus eine wichtige Rolle spielt und diese Tatsache im Bewußtsein der Menschen in unterschiedlicher Weise reflektiert wird“.⁶³ Das Monopol und der SMK treten somit in marktwirtschaftlichen Verhüllungen und Erscheinungsformen auf.

„Verschiebungen in den wirtschaftspolitischen Konzeptionen“ werden auch von *R. Kowalski* konstatiert,⁶⁴ von ihm aber vor allem mit Reaktionen auf die Anforderungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in Zusammenhang gebracht. Daß Marktwirtschaft und Regulierung aus der Sicht der SMK-Theorie nicht als Gegensatz gefaßt werden, ergibt sich aus dem oben schon Dargelegten. Deshalb stehen auch zwischen den Neoliberalen bzw. Monetaristen und den Keynesianern keine Klassenschranken. Aber zweifellos formulieren die Monetaristen die reaktionäre, gegen die Arbeiterklasse und ihre sozialen Errungenschaften gerichtete Entwicklungsvariante. Woraus erklärt sich nun deren Gegnerschaft? „Der Kritik des Keynesianismus durch die Vertreter des

62 A. Mileikowski, a.a.O., S. 1072

63 Alfred Bönisch, Der Mythos der Marktwirtschaft und die kapitalistische Wirklichkeit, IPW-Berichte 4/1977, S. 16

64 IPW-Diskussion, Wesen, Krisenerscheinungen..., IPW-Berichte 12/1977, S. 22

Monetarismus liegt allerdings u. a. auch die Ahnung zugrunde, daß die Keynesische Konzeption auf spezifische Weise im Grunde die historische Überlebtheit des Kapitalismus in diesem Jahrhundert reflektiert."⁶⁵

Die Zurückdrängung des Keynesianismus wird dann aus dem Versagen der daraus abgeleiteten Konzeption in der Wirtschaftskrise begründet: „In der Krise der kapitalistischen Wirtschaft von 1974/75 machte jedoch die an Keynesischen Vorstellungen orientierte staatsmonopolistische Wirtschaftspolitik Bankrott. Die erste Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft unter Bedingungen des voll herausgebildeten staatsmonopolistischen Kapitalismus war damit zugleich auch eine tiefe Krise des Systems der staatsmonopolistischen Wirtschaftsbeeinflussung."⁶⁶

Für den Stand der Analyse aufschlußreich sind Referat und Bericht einer Tagung des DDR-Rates für Imperialismusforschung zu dem hier interessierenden Thema. Hier hebt *Herbert Meißner* nochmals die „klare Vorherrschaft des Keynesianismus“ bis Mitte der siebziger Jahre in allen kapitalistischen Industrieländern hervor. In der Krise kommt es nun zu „zunehmender Ablehnung staatlicher Eingriffe Keynesischer Art in die Wirtschaft durch die Monopole“, zur wachsenden „Kritik am sogenannten Wohlfahrtsstaat“, zum „Vordringen marktwirtschaftlichen Denkens“ und der „Marktwirtschaftsdoktrin in der bürgerlichen Vulgärökonomie“.⁶⁷

Der Neomonetarismus wurde als „spezifisches staatsmonopolistisches Regulierungskonzept“ für Bedingungen niedrigen Wachstums mit dem Schwerpunkt der Zins- und Geldmengensteuerung bezeichnet, darauf angelegt, den Einfluß der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften auf die Wirtschaftspolitik weitgehend auszuschalten.⁶⁸ Als nach wie vor strittig zeigte sich die Beurteilung der Neuorientierung (Umschalten auf direkte Intervention oder nicht) und der Reichweite der „Marktwirtschaftsdoktrin“ (nur bzw. vorwiegend ideologische Anlage und Wirkung oder Grundlage für neue Konzepte und Systeme der Wirtschaftspolitik, Auswirkung nur bzw. vorwiegend auf die Sozialpolitik oder auch auf die Wirtschaftsregulierung). Nach Ansicht von *H. Meißner* haben diese Konzeptionen praktisch nicht nur Auswirkungen auf die Sozialpolitik, vielmehr gehe es um den Versuch des Aufbaus eines „innenpolitischen Gesellschaftskonzepts“.⁶⁹ Trifft dies, und die reale Entwicklung unterstreicht dies, dann wird es in Zukunft weiter erforderlich sein, das konkrete Verhältnis von Staat und Markt, von administrativen und ökonomischen Elementen der Regulierung usw. auch im Hinweis auf die ökonomische Theoriebildung und -wirksamkeit zu untersuchen und zu beachten.

Unberücksichtigt in unserer Übersicht blieben Kämpfe und Strategiebildung der Arbeiterbewegung unter diesen Bedingungen.⁷⁰

65 Karl-Heinz Schwank, Imperialistische Wirtschaftstheorie zwischen Keynesianismus und Monetarismus, IPW-Berichte 1/1979, S. 21

66 Karl-Heinz Schwank, „Marktwirtschaft“ und imperialistische Strategie der Gegenwart, IPW-Berichte 3/1981, S. 28

67 Herbert Meißner, Aktuelle Tendenzen in der bürgerlichen politischen Ökonomie, IPW-Berichte 5/1981, S. 13, 14, 15

68 So Caspar Schirmeister in: IPW-Berichte 5/1981, S. 40

69 ebenda, S. 41

70 Zu verweisen ist hier auf Arbeiten des Instituts für Imperialismusforschung der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Heinz Petrak u. a., Staatsmonopolistischer Kapitalismus und Opportunismus, Berlin/DDR 1978; Werner Paff u. a. (Red.), „Multis“, Proletariat, Klassenkampf, Berlin/DDR 1981.

Technischer Fortschritt gleich fortschrittliche Technik?

Probleme, Tendenzen und Widersprüche der Technik-Diskussion.

Sybille Krämer-Friedrich

1. Die Problemstellung – 2. Entwicklungslinien der Diskussion – 2.1 Bürgerliche Techniktheorie – 2.2 Antikapitalistische Technikkritik – 3. Entwicklungsprobleme der stofflichen Vergesellschaftung technischer Systeme – 3.1 Mögliche Widersprüche zwischen der „lebendigen“ und der „toten“ Arbeit – 3.2 Technologie und die Abhängigkeit der Gesellschaft von der Natur

1. Die Problemstellung

Die Landschaft technikorientierter Diskussion ist vielfältig geworden. Neben so soliden Konstruktionen wie der „Systemtheorie der Technik“¹ finden sich die exotischen Blüten fast indianisch anmutender Technikphilosophien.² Doch statt vorschnell zu urteilen, gar zu verurteilen, ist ernsthaft zu fragen, ob in der bunten Heterogenität vertretener Technikauffassungen sich nicht ein Kernproblem herauschält. Ein Kern, der ein wirkliches *Problem* ist, um dessen Lösung die verschiedensten Konzeptionen sich bemühen. Es gibt eine solche „Grundfrage“ der Technikdiskussion. Sie lautet: Wie ist das Verhältnis von emanzipatorischer und destruktiver Kraft der Technik beschaffen? Zwei kontradiktorische Antworten auf diese Fragen sind denkmöglich. Ihre Pole spannen den Rahmen, innerhalb dessen die Diskussion sich bewegt.

a) Die Technik ist selbst Ursache ihrer bedrohlichen Wirkungen. In ihrer gegenständlichen Konstruktion ist schlechthin eine Entfremdung des Menschen von seiner inneren und äußeren Natur angelegt. Der Technik und Naturwissenschaft an sich innewohnende Distanzierungsprozeß von der Natur schlägt unter den Bedingungen großtechnischer Organisation notwendig in lebensbedrohliche Effekte um. Die industrielle Gesellschaft vollzieht somit nur, was in der industriellen Technik an Handlungszwang angelegt ist.

b) Die gesellschaftlichen Verhältnisse, innerhalb derer Technik genutzt und angewendet wird, sind Ursache ihrer Negativeffekte. Die der Technik an sich zukommende emanzipatorische Kraft wird zur Destruktivität gewendet erst durch die sozialen Anwendungsbedingungen. Diese allein determinieren Möglichkeiten und Grenzen des technischen Prozesses.

Die Frage nach dem Verhältnis von emanzipatorischer und destruktiver Dimension der Technik weitet sich somit zu der nach dem Abhängigkeitsverhältnis von Technik

1 Vgl. G.Ropohl, *Eine Systemtheorie der Technik*, München / Wien 1979.

2 Vgl. dazu exemplarisch H.v.Gizycki, H.Habicht, *Oasen der Freiheit* 1978; Th.Schmidt, *Kuh und Komputer*, in: *Autonomie* Nr.3, München 1976

und Gesellschaft. Die skizzierten Antwortmöglichkeiten stufen dieses Verhältnis hierarchisch und machen — mit jeweils umgekehrtem Vorzeichen — eine Seite zur monokausalen Ursache der anderen. Zwischen diesen Extremen bewegt sich die Diskussion. Ihre Verlaufsform sei kurz skizziert.

2. Entwicklungslinien der Diskussion

2.1. Bürgerliche Techniktheorie

Die kritische Auseinandersetzung mit der Technik ist so alt wie diese selbst. Auch in der BRD stellte nicht erst die marxistische Diskussion „die Frage nach der Technik“. Gelegentlich machte es sich letztere allerdings einfach in der Beurteilung der Resultate nichtmarxistischer Technikreflexion. „Technologischer Determinismus“ war das Urteil, mit welchem bürgerliche Technikvorstellungen in ein Abseits verwiesen wurden, mit dem auseinanderzusetzen sich nicht mehr lohnte. Läßt man sich aber wirklich ein auf die verschlungenen Pfade dieser Diskussion, so zeigt sich ein durchaus differenzierteres Bild. In der Tat vermag der „technologische Determinismus“ die Situation bis zu Beginn der siebziger Jahre zu charakterisieren. Durch zwei Linien ist diese Situation zu beschreiben: Die Erfahrungen der technischen Vernichtungskraft des Zweiten Weltkrieges ließen einerseits technikpessimistische Auffassungen an Boden gewinnen. Kulturkritische³, existentialistische⁴ und religiöse Deutungen⁵ entwarfen Modelle einer den Menschen von sich selbst entfremdenden Technik. Technik eignete nicht nur zum Negativsymbol, sondern wurde auch zum Subjekt, zum verursachenden Prinzip des als mangelhaft empfundenen Lebens im Kapitalismus stilisiert. Davon hoben Ansätze ab, deren Vertreter vor allem aus den Reihen der technischen Intelligenz und des „Vereins Deutscher Ingenieure“ kamen. Diese bemühten sich um die Wiederherstellung eines positiven Kulturwerts der Technik⁶. Doch auch dies vollzog sich in durchaus „metaphysischem“ Gewand: Die emanzipatorische Kraft der Technik wurde nicht in ihrem realen gegenständlichen Nutzen gesehen, sondern in einer nutzenjenseitigen Spiegelungsfähigkeit, mittels welcher der Mensch die Möglichkeiten seiner Kraftentfaltung zu erschauen vermag. Der technikkritischen wie optimistischen Sichtweise blieb gemeinsam, die destruktive oder produktive Potenz des Menschen auf Technik selbst zurückzuführen. Diese Zurückverlegung gesellschaftlicher Verhältnisse auf technisches Verhalten blieb auch Zentrum der „Industriegesellschaftstheorie“, dem Leitgedanken bürgerlicher Gesellschaftsinterpretation, der sich in den siebziger Jahren durchsetzte⁷. Technik und Wissenschaft wurden dieser zum Koordinatensystem, welches sich nicht

3 Vgl. dazu F.G.Jünger, *Die Perfektion der Technik*, 1949; H.J.Meyer, *Die Technisierung der Welt*, Tübingen 1961.

4 Vgl. dazu K.Jaspers, *Vom Ursprung und Ziel der Geschichte* 1957; M.Heidegger, *Die Technik und die Kehre*, Pfullingen 1962

5 Vgl. exemplarisch N.Berdjajew, *Der Mensch in der technischen Zivilisation*, Wien 1948; J.Bernhardt, *Der technische Mensch*, Augsburg 1946

6 Vgl. dazu u.a. G.Quarg, *Wider den technischen Kulturpessimismus*, Düsseldorf 1949; P.Luchtenberg, *Vom Beitrag der Technik im Werden der Kultur*, in: *VDI-Nachrichten* 14/1958, S.5ff; E.Fink, *Technische Bildung als Selbsterkenntnis*, in: *VDI-Zeitschrift* 5/1962, S.381ff.

7 Vgl. R. Aron, *Die industrielle Gesellschaft*, Frankfurt/M. 1964; D. Bell, *Die postindustrielle Gesellschaft*, Frankfurt/M., New York 1975; H. Freyer, *Theorie des gegenwärtigen Zeitalters*, Stuttgart 1958

nur in der Rückschau als geschichtsgliedernder Maßstab eignete, sondern auch die Zukunft als Übergang in die postindustrielle Gesellschaft zu prognostizieren erlaubte. Das technische Kalkül zum Prinzip sozialen Handelns zu erheben, wurde in der Technokratietheese gegen Ende der siebziger Jahre zum sozialpolitischen Konzept⁸. Mit diesem Höhepunkt technologisch determinierter Gesellschaftsauffassung untergrub allerdings das bürgerliche Denken sein eigenes Anliegen: Kann die „Industriegesellschaftstheorie“ als ein Versuch interpretiert werden, verlorene Geschichtsmächtigkeit über die Fortschrittsfähigkeit im technisch-wissenschaftlichen Bereich wiederherzustellen, so entmachtet aber eine zum Subjekt erhobene „technische Logik“ in der Technokratiekonzeption gerade die Handlungskompetenz der herrschenden Klasse. So griffen reale Krisenentwicklung, die soziale Bewegung der Studenten und die Dynamik der Theoriebildung ineinander und führten zu einer Wende innerhalb der nicht-marxistischen Ansätze. Ihr Charakteristikum ist der Versuch, technisches Handeln wieder der Priorität politischer und sozialer Entscheidung zu unterstellen. Statt der einseitigen Rückführung gesellschaftlicher Verhältnisse auf technische Notwendigkeiten wird versucht, die determinierende Kraft der Gesellschaft gegenüber ihrer Technik abzuleiten. Im Zuge dieser „antitechnokratischen“ Wende in der bürgerlichen Techniktheorie entstanden Denkansätze, deren Ergebnisse bislang in der kritischen Diskussion weitgehend ignoriert wurden, obwohl sich hier fruchtbare Gesichtspunkte finden. Gesichtspunkte, die nicht nur anregen können in der Entwicklung der eigenen Position, sondern auch Grundlagen schaffen für den Dialog mit der technischen Intelligenz und ihren Organisationen.

Es sind vor allem zwei Richtungen in der neueren Techniktheorie, die Einblicke in den näheren Zusammenhang von Technik und Gesellschaft gestatten: die wissenschaftstheoretische⁹ und die systemtheoretische¹⁰ Untersuchung der Technik.

Die Denkfigur einer „inneren Sachlogik“ des technischen Prozesses wurde vor allem von der Wissenschaftstheorie der Technik nachhaltig untergraben. Sie zeigte, daß die konkrete Gebrauchsgestalt eines technischen Produktes nicht Resultat zwangsläufiger Kombinationslogik technischer Wirkungsabläufe ist. Denn diese Zwangsläufigkeit gibt es nicht. Jede technische Aufgabenstellung kann auf ganz verschiedene Weise realisiert werden. Welche Alternative aber aus der Klasse der technischen Möglichkeiten ausgewählt wird, schreibt keine wie auch immer geartete „Sachlogik“ vor, sondern ist Resultat sozialer Entscheidung und Auswahl.¹¹ In diesen sozialen Auswahlakt gehen Wert-

8 Zur Technokratiedebatte vgl. exemplarisch die Diskussion in der Zeitschrift „atomzeitalter“, insbesondere Sonderheft 7/8, 1967.

9 Siehe u.a. A.Huning, Technik: Wissenschaft oder Handwerk. Wissenschaftstheorie der Technik als Aufgabe, in: VDI-Nachrichten 52/1969, S.25f; ders.: Erfahrungsbezogene Wissenschaften. Zur Methode der Naturwissenschaft und Technik, in: VDI-Nachrichten 20/1976; F.Rapp, Die Technik in wissenschaftstheoretischer Sicht, in: Neue Aspekte der Wissenschaftstheorie, hrsg. v. H.Lenk, Braunschweig 1971, S.179ff; ders., Technik und Naturwissenschaft- eine methodologische Untersuchung, in: Techne, Technik, Technologie, hrsg. v. H.Lenk und S.Moser, Pullach 1971, S.108ff; H.Rumpf, Gedanken zur Wissenschaftstheorie der Technikwissenschaften, in: Techne, Technik, Technologie, a.a.O., S. 82ff.

10 Vgl. dazu exemplarisch: G.Ropohl, Die Systemtechnik und das gesellschaftliche Bewußtsein des Ingenieurs, in: technica 1970, S.303ff; ders., Prolegomena zu einem neuen Entwurf der allgemeinen Technologie, in: Techne, Technik, Technologie, a.a.O., S.152ff; ders., Eine Systemtheorie der Technik, a.a.O.

11 Auf den Einfluß außertechnischer, gesellschaftlicher Wertmaßstäbe bei der Konstruktion eines technischen Gebildes verweisen u.a. auch die Ergebnisse einer ingenieurwissenschaftlichen Disziplin, der „Kon-

maßstäbe gesellschaftlicher Herkunft ein. Vor der Frage allerdings, welche Interessen es sind, die sich in der Bewertung technischer Alternativen Geltung verschaffen, hält die wissenschaftstheoretische Beschäftigung mit Technik ein. Doch ihr Verdienst bleibt, auf die entscheidende Rolle gesellschaftlicher Wertungskriterien aufmerksam gemacht zu haben.

Die Systemtheorie der Technik wendet sich vor allem den Verwendungszusammenhängen zu: Die technokratische Stilisierung der Technik zur autonomen Gewalt wird zurückgenommen in einem Modell, in welchem Technik stets nur als „soziotechnisches Handlungssystem“ gilt¹². Die Sachdominanz eines technischen Gebildes in Gestalt des in ihm verkörperten Verwendungsprogrammes wird enthüllt als Dominanz der sozialen Gruppen, die Technik gemäß ihren Bedürfnissen schaffen. Der Sachzwang wird als sozialer Zwang dechiffriert. Die Systemtheorie der Technik hat nachdrücklich deren gesellschaftlichen Charakter enthüllt. Wie dieser „Charakter“ näher zu bestimmen sei, bleibt ihr allerdings verborgen.

Führen wir das hier kurz Entwickelte zurück auf die polaren Deutungsmöglichkeiten des Verhältnisses von Technik und Gesellschaft, so kommen wir zu folgendem Ergebnis: In der Entwicklung des bürgerlichen Denkens über Technik zeigt sich eine gewisse Umorientierung dahingehend, daß von Modellen einer monokausalen Ableitung gesellschaftlicher Bedingungen aus jenen der Technik übergegangen wird zu differenzierteren Ansätzen, in welchen die bestimmende Rolle der Gesellschaft gegenüber ihrer Technik zu rekonstruieren versucht wird. Versuchen wir nun, die jüngere Entwicklung der antikapitalistischen Techniktheorie nachzuzeichnen.

2.2. Antikapitalistische Technikkritik

Die Studentenbewegung mit ihrer Technokratiediskussion wurde zur Geburtsstunde der neueren antikapitalistischen Technikkritik in der BRD. Damit aber waren folgenswer Weichen techniktheoretischer Diskussion gestellt: Technikkritik konstituierte sich als Ideologiekritik¹³. Technik wurde nicht in ihrem stofflichen „Substrat“ und ihrer technischen Funktion zum Gegenstand der Analyse. Sondern sie galt als Ideologieform, d.h. als Symbol versuchter Verschleierung kapitalistischer Determinanten der Produktionspraxis vermittels der zum Normativen erhobenen sachlichen Faktizität der Technik. Diese Aufdeckung des kapitalistischen Charakters technischer Kalküle schlug zwei Wege ein, in welchen nicht unschwer die zu Anfang entwickelte polare Entgegensetzung einer Priorität der gesellschaftlichen oder technischen „Seite“ sich wiederfindet. Die „Frankfurter Schule“ wurde zum Ausgangspunkt der einen Richtung: Den Zusammenhang kapitalistischer Entwicklung und Technik versuchte sie dahingehend zu fassen, daß das Kapital Technik nicht bloß für seine herrschaftlichen Zwecke instrumentalisiere, sondern die Technik selbst in ihrer sachlichen Struktur diese Herrschaft schon verkörpere¹⁴. Nicht erst die Logik des Kapitals, sondern die immanente Logik na-

struktionssystematik“. Vgl. dazu u.a. F.Hansen, *Konstruktionssystematik*, Berlin 1965; F.Kesselring, *Bewertung von Konstruktionen*, Düsseldorf 1951; R.Matousek, *Konstruktionslehre des allgemeinen Maschinenbaus*, Berlin 1974

12 Vgl. G.Ropohl, *Eine Systemtheorie der Technik*, a.a.O., S. 104ff.

13 Dafür exemplarisch J.Habermas, *Technik und Wissenschaft als Ideologie*, Frankfurt/M. 1969.

14 Vgl. dazu H.D.Bahr, *Kritik der „Politischen Technologie“*. Eine Auseinandersetzung mit H.Marcuse

turwissenschaftlicher und technischer Prozesse erzeuge die kapitalspezifische Anwendung der Technik. Dies allerdings setzt voraus, Naturherrschaft umstandslos mit sozialer Herrschaft in eins zu setzen, Vergegenständlichung stets auf der Folie von entfremdeter Verdinglichung zu fassen und die Arbeitsteilung selbst schon als Trennung von Produktion und Aneignung unabhängig von der Eigentumsform zu begreifen¹⁵. Was als Ideologiekritik der technischen Denkform — exemplarisch hierfür *Horkheimers* „Kritik der instrumentellen Vernunft“ — begann, wird schrittweise in die Realstruktur der Technik zurückverlegt. Doch da kehrt antikapitalistische Technikkritik sich gegen sich selbst: sie wird zur formationsunspezifischen Kritik an industrieller Technik überhaupt. Da, wo die antikapitalistische Stoßrichtung sich zur antiindustriellen wendet, ist die Technostruktur endgültig zur Kernstruktur sozialer Verhältnisse erklärt. Was als Technokratiekritik begann, teilt schließlich mit der Technokratiethese das methodische Postulat einer sozialen Verhältnisse fundierenden Bedeutung der Technik. Nur das Vorzeichen ist umgekehrt: technischer Fortschritt ist nicht mehr Garant des sozialen Fortschritts, sondern dessen Destruktion.

Die Frage, ob die durch den Kapitalismus historisch erzeugten Produktivkräfte nicht „an sich“ destruktiven Charakters seien, so daß auch unter sozialistischen Produktionsverhältnissen, soweit diese industrieller Technik sich bedienen, die emanzipatorische Wirkung von Technik sich notwendig verlieren müsse, bleibt Grundproblem auch bei den „Erben“ der „Frankfurter Schule“. Nach zwei Seiten hin verzweigt sich deren Diskussion. Einerseits wird die Kritik an Naturwissenschaft und Technik als Herrschaftslogik fortgeführt und zu den immanenten Gefahren großtechnischer Aggregationen hinkonkretisiert¹⁶. Deren Größe und Komplexität wird zu Maßstab und Ursache unbezweckter, unkontrollierbarer Gefahren und Folgewirkungen der Technik. Folgerichtig wird die Rücknahme komplexer Vergesellschaftung technischer Systeme zum Grundstein alternativer Technologie¹⁷. Andererseits steht — ebenfalls von den Folgen moderner Technostruktur ausgehend — die Ökologieproblematik im Mittelpunkt. Ging *Karl Marx* noch davon aus, daß die spezifischen Interessen der Arbeiterklasse zugleich Träger geschichtlich allgemeinen Gattungsinteresses sind, so wird bei dieser Gruppe von Autoren¹⁸ Arbeiter- und Ökologiebewegung auseinanderdividiert: das bornierte Klas-

und Jürgen Habermas, Frankfurt/M. 1970; ders.: Die Klassenstruktur der Maschinerie, in: Richard Vahrenkamp (Hrsg), *Technologie und Kapital*, Frankfurt/M. 1973; J.Habermas, *Technik und Wissenschaft als Ideologie*, a.a.O.; H.Marcuse, *Der eindimensionale Mensch*. Neuwied, Berlin 1967; G.Ch.Tholen, *Technischer Fortschritt als Gewalt und Ideologie. Zur Kritik systemtheoretischer Bildungsplanung*, Gießen 1975

15 Zur Kritik am Topos „Technik als Herrschaft“ vgl. R.Nemitz, *Technik als Ideologie*, in: *Das Argument* 103/1977

16 Vgl. dazu exemplarisch: P.Bulthaupt, *Zur gesellschaftlichen Funktion der Naturwissenschaften*, Frankfurt/M. 1973; L.Hieber, *Ist der naturwissenschaftlich technische Fortschritt noch demokratisch kontrollierbar?* in: *Prokla* 39/1980, S. 45ff; I. Ilich, *Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik*, Hamburg 1975; O.Ullrich, *Technik und Herrschaft*, Frankfurt 1977; ders., *Weltniveau. In der Sackgasse des Industriesystems*, Berlin 1979

17 Vgl. dazu u. a. R. Brun (Hrsg), *Kleintechnologie contra Wirtschaft*, Frankfurt 1976; Prokol-Gruppe Berlin, *Der sanfte Weg. Technik in einer neuen Gesellschaft*, Stuttgart 1976

18 Vgl. dazu C.Amery, *Natur als Politik. Die ökologische Chance der Menschen*. Hamburg 1976, G. Armani, *Überlegungen zum Verhältnis von Mensch, Natur und Gesellschaft*, in: *Prokla* 34/1979, S.109ff; *Ökologie und Arbeiterbewegung—ein Widerspruch?* Editorial, in: *Prokla* 39 / 1980, S.1ff; H.M.Enzensberger und K.M. Michel, *Ökologie und Politik oder die Zukunft der Industrialisierung*, Kursbuch 33

seninteresse der Arbeiter stelle sich gegen das Gattungsinteresse der Menschheit, welches auf klassenübergreifende Lösungen ökologischer Probleme dränge.

Beiden hier kurz angerissenen Richtungen in Nachfolge der „Frankfurter Schule“ bleibt gemeinsam, das von *Karl Marx* entwickelte Modell von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen für revisionsbedürftig zu halten. Revisionsbedürftig dahingehend, daß der marxistischen Produktivkraftkonzeption ein Fortschrittsoptimismus zueigen sei, der sich angesichts gegenwärtiger Technikprobleme als unangemessen erweise. Indem das großtechnische und komplexe Organisationsniveau des Produktivkraftsystems selbst als Fundament der Technikprobleme gelegt wird, fällt der *Karl Marx* und der „dogmatischen Linken“ vorgeworfenen Produktivkraftfetischismus auf die Kritiker selbst zurück¹⁹.

Gleichwohl sollte ein Problem ernst genommen werden, auf das hinzuweisen zumindest Resultat der hier skizzierten Diskussionslinie ist. Wenn die Technologie — unterworfen dem Zwang ihrer kapitalistisch profitablen Nutzung — lebensbedrohliche Effekte zeitigt, so müssen diese Folgen als Möglichkeit, d.h. als potentielles Ereignis im Produktivkraftsystem angelegt sein. Die Produktionsverhältnisse können aufgrund der ihnen eigenen gesellschaftlichen Zwänge zur schlechten Wirklichkeit nur werden lassen, was als Möglichkeit dem Produktivkraftsystem innewohnt.

Diese abstrakten Möglichkeiten zugunsten der die Produktionsverhältnisse konstituierenden Gesetzmäßigkeiten zuwenig berücksichtigt zu haben, ist durchaus Defizit der zweiten antikapitalistischen Diskussionslinie der Technikkritik. Diese gewann ihren Zugang zur Technik über den methodologischen Ansatz, welcher den Doppelcharakter der Arbeit zum Bezugspunkt der Analyse gesellschaftlicher Produktion macht²⁰. In dieser Dimension schreibt die ökonomische Form der Arbeit fest, was an Entwicklungsmöglichkeiten und -grenzen den Komponenten des Naturstoffwechsels — und damit auch der Technik — vorgegeben ist. Die ökonomische Funktion kapitalistischen technischen Fortschrittes, nämlich Instrument zur Erzeugung des relativen Mehrwerts zu sein, determiniert eindeutig dessen soziale Wirkungen. Die negativen Folgeeffekte sind Resultate ihrer kapitalistischen Anwendung, nicht aber der stofflichen Struktur der Technik selbst²¹. Das Wechselwirkungsverhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen wird hier unter dem Gesichtspunkt der Priorität sozialökonomischer Verhältnisse gefaßt, gleichsam „strukturell“ bezogen auf eine gegebene gesellschaftliche Formation, innerhalb derer es zu bestimmen gilt, welche sozialen Grundfunktionen die technischen Produktionsorgane notwendig realisieren müssen. Davon

19 Vgl. dazu B.Moldenhauer, Fetisch Produktivkraft? Ökologie und Ökonomie in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/1980, S.146ff

20 Vgl. dazu exemplarisch das Kapitel „Die Marxsche Analyse der ‚Doppelform‘ des gesellschaftlichen Produktionsprozesses“ in: R.Rilling, Theorie und Soziologie der Wissenschaft, Frankfurt/M. 1975 S.13ff

21 Siehe J.H.Mendner, Technologische Entwicklung und Arbeitsprozeß, Frankfurt/M. 1975; R.Katzenstein, Die Investitionen und ihre Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1967; L.Peter, Neue Technik und die Folgen ihrer kapitalistischen Anwendung in: Marxistische Blätter 2/1978; ders. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt, neue Technik und Arbeiterbewegung, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 2/1979; J. Schleifstein, Marxistische Grundpositionen zur Entwicklung von Wissenschaft und Technik im Kapitalismus, in: IMSF (Hrsg.), Technik-Umwelt-Zukunft, Frankfurt / M. 1980, S.58ff; R.Steigerwald, Technik-Weltanschauung-Klassenkampf, in: Marxistische Blätter, 6/1979, S.9ff.

zu unterscheiden ist ein stärker „genetisch“ orientierter Ansatz, welcher zum Ziel setzt, die geschichtliche Abfolge gesellschaftlicher Formationen im Zusammenhang mit der Entfaltung des Produktivkraftsystems zu analysieren. Gegenüber der „strukturellen“ Priorität der Produktionsverhältnisse wird hier die historische Priorität der Produktivkräfte betont unter dem Gesichtspunkt notwendiger Überwindung der gegebenen kapitalistischen Gesellschaftsform, um die dem Produktivkraftsystem innewohnenden emanzipatorischen Möglichkeiten zu verwirklichen²². Der Begriff der wissenschaftlich-technischen Revolution hat hier seinen Ort²³. Er zielt ab auf eben die emanzipatorischen Möglichkeiten, die mit dem technologischen Entwicklungsstand hochautomatisierter und verwissenschaftlichter Produktion gegeben, gleichwohl jedoch unter kapitalistischen Bedingungen nicht realisierbar sind. Hier wird auch das Problem thematisiert, daß die Realisierung sozialistischer Vergesellschaftung bei einem relativ niedrig entwickelten Stand technologischer Naturbearbeitung auf Grenzen stößt. Der Analyse „technischer“ Destruktivität, resultierend aus den kapitalistischen Verwendungszusammenhängen, tritt so zur Seite die Analyse emanzipatorischer Möglichkeiten hochentwickelter Produktivkräfte. Offen jedoch bleibt die Frage nach den in den stofflichen Bedingungen moderner Technik liegenden möglichen Negativeffekten derselben.

Diese Frage zu stellen, dienen die folgenden Überlegungen. Sie können nur Skizze sein. Entwerfen sollen sie die Richtung, in welcher weiterzudenken ist, wenn wir fragen, mit welchen Problemen uns eine hochentwickelte Technologie konfrontiert. Zwei Problemfelder seien umrißhaft gezeichnet: einerseits das Verhältnis der „lebendigen“ zur technischen Komponente des Produktivkraftsystems; andererseits das von Technik und Natur. Beide beziehen sich auf die Funktion der Technik, Instrument des Naturstoffwechsels zu sein. Die folgenden Erörterungen tragen daher den methodologischen Charakter der Abstraktion. Denn abgesehen wird von der sozialökonomischen Funktionsbestimmung der Technik. Erst jedoch die Berücksichtigung des Doppelcharakters der Zweck-Mittel-Relation, in welche Technik durch soziale Praxis eingebunden ist, vermag die gesellschaftliche Wirklichkeit zu erfassen. Doppelcharakter insofern, als Technik einerseits als Instrument von Naturaneignung fungiert, andererseits jedoch als Instrument der Realisierung sozialökonomischer Beziehungen zwischen den Gesellschaftsmitgliedern rein gesellschaftliche Funktionen erfüllt²⁴.

22 Vgl. dazu die Arbeiten des Projektes Automation und Qualifikation (West-Berlin): Automation in der BRD. Argument Sonderheft (AS) 7; Entwicklung der Arbeitstätigkeiten und die Methode ihrer Erfassung, AS 19; Theorien über Automationsarbeit, AS 31

23 Zur Diskussion um den Begriff der wissenschaftlich-technischen Revolution in der BRD vgl. H. J. Sandkühler, Wissenschaft, Technik und revolutionäre Veränderung, in: Marxistische Blätter 6/1979, S. 14ff; H. Lange, Ist die wissenschaftlich-technische Revolution gesellschaftsneutral? Ebd. S.20ff; F. Haug, Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Qualifikationsentwicklung, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 3/1980, S.43ff; L. Peter, Produktivkraftentwicklung, Automation und gesellschaftliche Veränderungen, ebd., S.59ff.

Einen Überblick über die Diskussion um die wissenschaftlich-technische Revolution in der DDR gibt S. Krämer-Friedrich, Zur Entwicklung der Konzeption „wissenschaftlich-technische Revolution“ in der DDR-Theorie, in: Deutschland Archiv, Sonderheft 1976, S. 53ff

24 Zu dem Doppelcharakter der Zweck-Mittel-Relation, in welche Technik eingebunden ist, vgl. S. Krämer-Friedrich, Vergesellschaftung der Natur und Natur der Gesellschaft-Versuch einer gesellschaftstheoretischen Bestimmung der Technik, Diss. Marburg 1979 (erscheint 1982 bei Campus).

3. Entwicklungsprobleme der stofflichen Vergesellschaftung technischer Systeme

3.1. Mögliche Widersprüche zwischen der „lebendigen“ und der „toten“ Arbeit.

Gesellschaftliche Entwicklung steht in einem kontinuierlichen wie zugleich diskontinuierlichen Verhältnis zu ihren eigenen naturgeschichtlichen Voraussetzungen. Die Evolution alles Lebendigen vollzieht sich über die zunehmende Entfaltung und Komplizierung der Organe des Stoffaustausches mit der Umwelt²⁵. Dies gilt auch für die gesellschaftliche Entwicklung. Doch durch die Arbeit findet ein folgenreicher Umbruch in den natürlichen Grundlagen menschlicher Existenz statt: die Organe der Stoffwechselaktivität werden nach „außen“ verlegt und erhalten eine unbiologische, künstliche Gestalt. Technik entsteht, und zwar als ein externes künstliches Organsystem des Austausches mit der Natur. Mit dieser „Externalisierung“ verändert sich zugleich auch der „Organismus“, auf welchen das System der Arbeitsmittel bezogen ist und welcher Träger und Subjekt von deren Fortentwicklung wird: nicht mehr bedarf die Entwicklung zum Höheren der Veränderung des biologischen Organismus, sondern sie vollzieht sich — soweit es die Dimension des Naturstoffwechsels betrifft — über die Ausdifferenzierung des künstlichen Organsystems der Technik unter weitgehender Konstanz der biologischen Ausstattung des Menschen. Träger dieses Prozesses sind nicht mehr die biologischen Organismen einer Population, sondern dieser Träger ist die Gesellschaft. Damit tritt ein folgenreicher Umbruch ein hinsichtlich der Ganzheit, die Resultat und Potenz des evolutiven Prozesses repräsentiert: In der biologischen Evolution fallen die Veränderung der Art und diejenige des Individuums zusammen, existiert doch die biologische Spezies nur in Gestalt ihrer individuellen Repräsentanten²⁶. Die organismische Ganzheit des Individuums und ihre genetische Konditionierung sind Kristallisationsform des Erbes bisheriger Entwicklung der Arten. Demgegenüber signalisiert die Externalität der gesellschaftlichen Produktionskräfte, daß nicht mehr der biologische, sondern der soziale Organismus die Ganzheit bildet, an welcher und über welche geschichtliche Entwicklung sich vollzieht. Indem die Menschwerdung außerhalb der organischen Struktur sich vollzieht, verlagert sich die „Menschennatur“ auf die Gesellschaft. Damit aber ist eine, der biologischen Evolution selbst unbekannte Möglichkeit des Auseinandertretens von Gattungs- und Individualentwicklung entstanden²⁷: im System der Technik gerinnen die Produktionserfahrungen einer Gesellschaft zur sachlichen Gestalt. Über sie wird das gesammelte Können und Wissen generationsweise tradierbar, d.h. aber vor allem: erlernbar. Dem menschlichen Individuum ist die Fähigkeit der Gattung nicht mehr „eingeboren“, d.h. über den genetischen Kode qua „Innspeicherung“ mitgegeben, sondern in Gestalt der „Außenspeicherung“ der in Technik vergegenständlichten Gattungskräfte aufgegeben. Diese müssen vom Individuum angeeignet werden, sollen sie eingehen in die Bildung des Reichtums der mensch-

25 Vgl. dazu G.Heberer (Hrsg), *Die Evolution der Organismen*, Stuttgart 1959; T.Dobzhansky, *Evolution und Umwelt*, in: *100 Jahren Evolutionsforschung*, Stuttgart 1960, S.83ff.

26 Zum Individuum als einzig wirklicher Realität der biologischen Art vgl. O.H.Schindewolf, *Neue Systematik*, in: *Paläontologische Zeitschrift* Bd.36, 1962, S.1ff.

27 Zu dieser Differenz von Humanität und Animalität vgl. L. Sève, *Für eine materialistische Theorie der menschlichen Individualität*, in: W.Arnaszus u.a., *Materialismus. Wissenschaft und Weltanschauung im Fortschritt*, Köln 1976, S.163

lichen Natur. Dieser Aneignungsprozeß ist ein sozialökonomisches und stoffliches Verhältnis zugleich. Seine Doppelnatur hat weitreichende Konsequenz für die Individuation der gesellschaftlichen Wesenskräfte. Sind die sozialökonomisch bedingten Einschränkungen, die entstehen, wenn die produzierenden Individuen vom Eigentum an den materialisierten Gattungspotenzen ausgeschlossen sind, nicht zuletzt auch in den Ergebnissen der kritischen Psychologie ansatzweise aufgearbeitet²⁸, so wollen wir hier auf die „andere Seite“ verweisen. Nämlich auf die stofflichen Implikationen des Auseinandertretens von Gattungs- und Individualentwicklung, deren Verschränkung mit den sozialökonomischen Bedingungen erst das kapitalismusspezifische Auseinanderklaffen von technischem und sozialem Fortschritt begründet.

Technischem Fortschritt liegt die Übertragung ehemals durch die natürlichen Arbeitsorgane des Individuums wahrgenommener Arbeitsoperationen an das technische Instrument zugrunde²⁹. Die technische Modellierung menschlicher Tätigkeiten setzt voraus, daß ehemals individuelle Handlungen einem sozialen Objektivierungsprozeß unterliegen, in welchem ihre zweckmäßigste Gestalt herausgearbeitet, eindeutig fixiert und damit wiederholbar gemacht wird³⁰. So wohnt jedem technischen Gebilde ein überindividuelles Verwendungsprogramm inne, in welchem die Gesellschaftlichkeit dieses Objektivationsprozesses zur sachlichen Gestalt gerinnt. Die Delegation ehemals lebendiger Arbeitsoperationen an das technische System beinhaltet deren gesellschaftliche Potenzierung, ist es doch Ziel der in Technik zweckgerichtet umgeformten Naturkräfte, die aus der biologischen Organisation des Individuums entspringenden Schranken seiner produktiven Tätigkeit hinauszuschieben und zu überwinden³¹. In der lebendigen Realisierung der der Technik einverlebten Produktionsfunktionen vergesellschaftet der Mensch zugleich seine eigene Tätigkeit. Sowohl der der Technik zugrunde liegende gesellschaftliche Objektivierungsprozeß wie auch die in ihr statthabende Potenzierung individueller Handlungen kennzeichnen die Ausbildung des technischen Organsystems als elementaren Vergesellschaftungsvorgang. Der technische Fortschritt ist in dieser Dimension fortschreitende Vergesellschaftung der stofflichen Bedingungen von Arbeit. Die produktive Kraft des technischen Werkes ist immer eine der Gesellschaft, nicht des einzelnen Individuums, und hat doch keine Realität außerhalb ihrer Betätigung durch die produzierenden Individuen. Technischer Fortschritt als Vergesellschaftungsprozeß heißt zugleich, ihn nicht nur zu messen an den durch ihn geschaffenen Entfaltungsmöglichkeiten der Gesellschaft im Allgemeinen, sondern auch der Indi-

28 Vgl. dazu folgende Arbeiten: K. Holzkamp, Sinnliche Erkenntnis. Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung, Frankfurt/M. 1973; A.A. Leontjew, Probleme der Entwicklung des Psychischen, Berlin 1973; L. Sève, Marxismus und Theorie der Persönlichkeit, Frankfurt/M. 1972.

29 G.N. Wolkow prägte hierfür den Begriff der "funktionellen Modellierung", in: ders., Soziologie der Wissenschaft, Berlin 1976, S.65

30 Vgl. dazu K. Fuchs-Kittowski u.a., Mensch und Automatisierung, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Sonderheft 1973, S.104ff, hier: S.105ff

31 Diese schrittweise Emanzipation vom hemmenden Einfluß der biologischen Organisation liegt sowohl der stufenweisen Entwicklung des Arbeitsmittels zugrunde (das Werkzeug durchbricht die Grenzen menschlicher Einwirkmöglichkeiten der Hand, die Maschinen die Schranken vor allem der Bewegungsenergie, das automatische Regel- und Steuerwerk die beschränkte Kapazität des Nervensystems zur Informationsverarbeitung), wie überhaupt jegliche technische Erfindung, man denke nur an Fernrohr und Mikroskop, eine Steigerung des Wirkungsgrades und der Reichweite der menschlichen Sinne zur Folge hat.

viduen im Besonderen³². Insofern die in Technik vergegenständlichten Gestaltungskräfte nur potentielle, d.h auf Aktualisierung durch den Menschen angewiesene sind, ist der Funktionsweise des technischen Mittels stets ein spezifisches Verhältnis von lebendiger und vergangener Arbeit eigen. Die Verwirklichung der festgeronnenen Produktionsfunktionen bedarf spezifischer Tätigkeitsprofile seitens der Produzenten, die mit der Operationsweise des künstlichen Mittels, seinem „Verwendungsprogramm“ gegenständiglich erfordert sind. Die Ersetzung menschlicher Arbeit durch Technik ist stets zugleich Neusetzung lebendiger Arbeit³³.

Analog der in Technik materialisierten „toten“ Arbeit unterliegt auch die lebendige einem Vergesellschaftungsprozeß. Doch verläuft im Zuge wechselseitiger Ersetzung und Neusetzung produktiver Handlungen deren Vergesellschaftungsniveau nicht synchron. Nicht jeder Entwicklungsstufe der in Technik vergegenständlichten Gattungspotenz korrespondiert ein Profil lebendiger Tätigkeit, welche diese Potenzen in seinem individuellen Produktionsvermögen zu realisieren und auszubilden gezwungen ist. Dies sei an einem kurzen technikgeschichtlichen Exkurs erläutert: Typisch für die technikgeschichtliche Epoche, die von den Anfängen technischen Schaffens bis zur industriellen Revolution reicht, ist das einfache Werkzeug, das der Produzent in handwerklicher Betätigung zwischen sich und den Arbeitsgegenstand schiebt. Dem Werkzeug ist keine der Grundfunktionen der Fertigung vollständig übertragen: Werkzeugführung, Werkstückhandhabung, Energiezufuhr verbleiben dem Menschen. Die Technik fungiert hier mehr als Verlängerung und Verstärkung der natürlichen Arbeitsorgane des Handwerkers, seiner Hände, Sinne usw. Dieser naturwüchsigen Einheit entspricht, daß die subjektiven Arbeitsfertigkeiten unmittelbar gebunden bleiben an die leibliche Ausstattung des Menschen, seine geschickten Hände, genau registrierenden Sinne. Der Produzent vermag die in Technik kristallisierten produktiven Kräfte im kunstfertigen Umgehen mit denselben sich unmittelbar anzueignen. Das Auseinanderfallen der Entwicklung der Gattungspotenzen und ihrer Individuation durch die Produzenten ist noch keine dem technischen Prozeß innewohnende Möglichkeit. Hier liegt der Grund, daß in Klassengesellschaften, die auf handwerklicher Produktionsweise beruhen, die Technik sich noch nicht als Mittler und Träger sozialökonomischer Herrschaftsbeziehungen eignet. Letztere bedurfte der unmittelbaren Inbesitznahme des Menschen (Sklaverei/Leibeigenschaft) und des Einsatzes außerökonomischer Zwangsmittel. Schon hier zeigt sich, daß die Fähigkeit der Technik, auf die Unterdrückung von Menschen gerichtete herrschaftliche Zwecke umzusetzen, keineswegs eine substantielle Eigenschaft der Technik ist, sondern gebunden ist an einen spezifischen Umfang der Akkumulation in ihr vergegenständlichter Produktionspotenzen. Doch schon in der manufakturrellen Aufspaltung der ganzheitlichen handwerklichen Arbeitsoperation in schematisierte Teilarbeiten kündigt sich das Auseinandertreten von Gattungspotenz und individueller Aneignung gesellschaftlicher Wesenskraft an. Es wird zur umfassenden gesellschaftlichen Realität im Zuge der Umwälzung der subjektabhängigen indivi-

32 Hier setzt die Problematik eines gesellschaftstheoretischen Begriffes von technischem Fortschritt ein, der nur an dem Kriterium der Effizienz orientiert ist. So z.B. bei W.Krohn, *Technischer Fortschritt und fortschrittliche Technik — die alternativen Bezugspunkte der technischen Innovation*, in: *Technik oder wissen wir was wir tun*, hrsg. v.W.Zimmerli, Basel 1976, S.38ff

33 Vgl. dazu K.Fuchs-Kittowski u.a., a.a.O., S.106

duellen Produktivkraftstruktur der Handarbeit durch die industrielle Revolution. In der Maschine werden erstmals Grundfunktionen produktiver Prozesse technologisch vollständig modelliert und erhalten im maschinellen System eine vom Produzenten abgetrennte, objektivierte Gestalt³⁴. Doch verkörpert das mechanisierte System die Delegation von Fertigungsfunktionen noch durchaus unvollständig, da dem Produzenten so wesentliche Operationen wie die Regelung, Steuerung und Kontrolle des technologischen Ablaufes verbleiben. Menschliche Arbeitskraft, soweit sie der Maschinerie aggregiert ist, hat die Mechanisierungslücken derselben aufzufüllen, die Mängel noch unvollständiger Übertragung von Fertigungsfunktionen auf die Technik zu kompensieren und ist daher deren Bewegung vollkommen subsumiert.

War der Handlungskreis handwerklicher Produktion durch die übergreifende Rolle lebendiger Arbeit gekennzeichnet, so ist für den Funktionskreis maschineller Fertigung die übergreifende Rolle des mechanischen Systems konstitutiv. Die kompensatorische Rolle menschlicher Arbeitskraft zieht die routinisierte, unschöpferische Arbeit notwendig nach sich. Die „Entleerung“ der Arbeitstätigkeit zeigt sich hier nicht einfach als Resultat des hochvergesellschafteten Produktionssystems, sondern folgt umgekehrt aus dessen Vergesellschaftungslücken. Solange der Produzent als untergeordnetes Moment des maschinellen Handlungskreises agiert, solange ist die Individuation der in der Maschinerie akkumulierten Gattungspotenz keine durch den technischen Prozeß erforderte Notwendigkeit. In dieser Differenzierung zwischen den produktiven Kräften der Gattung und denjenigen der produzierenden Individuen ist erstmals die stoffliche Voraussetzung eines Einsatzes der Technik für Zwecke der Herrschaft des Menschen über Menschen entstanden, wie sie dann in der realen Subsumtion der Arbeit unter die Verwertungslogik des Kapitals zur historischen Realität wurde.

Erst die sich in der Vollautomatisierung eröffnende Perspektive, auch die mit der Verarbeitung von Information befaßten routinisierten Fertigungsfunktionen an Technik zu delegieren³⁵, schafft die Möglichkeit der Ersetzung aller unschöpferischen schematisierten Tätigkeitsprofile in der unmittelbaren Produktion. Der menschlichen Arbeitskraft können demgegenüber neue, stärker wissenschaftlich und schöpferisch durchgesetzte Tätigkeiten in den der Fertigung vor- und nachgelagerten Bereichen zuwachsen³⁶. Indem der Produzent nicht mehr ausführendes Organ der in Technik vergegenständlichten produktiven Zwecke ist, sind erst in der Perspektive hochautomatisierter Fertigung die stofflichen Bedingungen herausentwickelt, aufgrund derer die Möglichkeit (nicht Notwendigkeit!) entstanden ist, daß die lebendige Arbeit von einer den objektiven Be-

34 Zur Beschreibung der durch Mechanisierung veränderten Arbeitsfunktionen vgl. J.H.Mendner, *Technologische Entwicklung und Arbeitsprozeß*, a.a.O., S.122ff; H.Kern/M. Schumann, *Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein*, Teil I, in: *Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der BRD*, hrsg. v. RKW, Bd. 8, Frankfurt 1970, S. 56ff

35 Vgl. dazu Projektgruppe *Automation: Automation in der BRD*, a.a.O., S.9; R.Sonnenmann, *Mensch und Maschine*, in: *Maschinenbautechnik* 10/1974, S.444; S.Karapanos, *Der Standort der Informationsmaschinen in der wissenschaftlich-technischen Revolution*, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 8/1978, S.1037ff

36 Diese Entwicklungstendenzen gehen vom Modell vollautomatisierter Produktion aus, haben in dieser Hinsicht also den Charakter wissenschaftlicher Antizipation. Sie berücksichtigen nicht Übergangsetappen, in denen entgegengesetzte Tendenzen freierwerden, z.B. in der Locherinnentätigkeit. Wesentlich ist aber, daß diese unschöpferischen, routinisierten Tätigkeiten im Fortgange der Automation wiederum an das technische System delegierbar sind.

dingungen ihrer Betätigung untergeordneten zu einer diese beherrschenden sich emanzipieren kann.

Der kursorische Überblick sollte zweierlei zeigen:

1. Die mit der „Außenspeicherung“ des gesellschaftlichen Erbes anhebende Möglichkeit des Auseinanderfallens von Gattungs- und Individualentwicklung findet im technischen Fortschritt ihr materielles Substrat nur dann, wenn dieser Disparitäten des Vergesellschaftungsniveaus lebendiger und in Technik verobjektivierter Tätigkeiten zeitigt.

2. Indem jedoch die „Verarmung“ individueller Tätigkeitsprofile nicht dem in Technik statthabenden Vergegenständlichungs- und Distanzierungsprozeß schlechthin anzulasten ist, sondern in dem noch unterentwickelten Stadium der Vergesellschaftung des Naturstoffwechsels begründet ist, kann eine Veränderung nicht etwa im Rekurs auf Modelle vorindustrieller Einheit von Mensch und Technik erhofft werden. Sondern sie bedarf auf Basis der Revolutionierung der sozialen Verhältnisse auch der Fortentwicklung des technischen Systems gemäß der ihm innewohnenden „Logik von Vergesellschaftung“. Denn diese schafft nicht nur die abstrakte Möglichkeit des Auseinanderfallens, sondern auch die einer neuartigen Synthese des Verhältnisses von Gattungs- und Individualentwicklung im Zuge dynamisch automatisierter Produktion.

3.2. Technologie und die Abhängigkeit der Gesellschaft von der Natur

Mit Technik bezwecken wir die Umgestaltung unserer natürlichen und künstlichen Umwelt. So scheint es nicht unangemessen zu sein, technische Entwicklung geradezu zum Symbol der schrittweisen Ausdehnung gesellschaftlicher Macht über die Natur zu stilisieren. Doch eine Sichtweise, in der Technik zur Inkarnation des Ausbeutungs- und Machtstrebens gegenüber der Natur gerät, in welcher jene zum grenzenlos formbaren Gegenstand menschlicher Nutzenanwendung degeneriert, kann den Kern des Verhältnisses von Technologie und Natur nicht erfassen³⁷. Seine Emanzipation von den inneren und äußeren Schranken der Natur kann der Mensch nur verwirklichen in Gestalt einer neuen Form von Abhängigkeit, seine Befreiung von den Zwängen der Natur vermittels Technologie nur als neuerliches Eingehen in die Natur. Denn die Meisterung der Natur ist realisierbar allein durch ihre technologische Einbeziehung: bei Strafe der Funktionsfähigkeit hat jedes technische Gebilde Naturgesetzmäßigkeiten zu berücksichtigen. Und dies nicht nur als gleichsam passive Grenze des Verbots, gegen Naturgesetze zu verstößen. Die „List“ technologischer Vernunft besteht gerade darin, daß im technischen Instrument natürliche Wirkungsketten zweckgerichtet umgeformt und kombiniert werden, so daß sie in den Dienst gesellschaftlicher Zwecke genommen werden können³⁸. Die funktionelle Modellierung menschlicher Arbeitsoperationen in der Technik gelingt nur durch die zweckgerichtete Einbeziehung naturgesetzlicher Wirkungszusammen-

37 Dies aber bei J.Ellul, *La Technique ou l' enjeu du siècle*, Paris 1954; S.Buchanan, *Nature, Science and Technology. Technology as a System of Exploitation*, in: *Technology and Culture* 3/1963, S. 535ff

38 Vgl. dazu G.Banse, *Zur philosophischen Analyse der Herausbildung des wissenschaftlichen Technikverständnisses*, Dissertation Berlin 1974; T. Elek, *Über die Wechselbeziehungen zwischen den technischen Wissenschaften, Naturwissenschaften und der Mathematik* in: *Freiberger Forschungshefte* 53, Leipzig 1976; G. Hochmuth, *In technischen Gebilden und Verfahren wirkende Gesetze*, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 3/1976, S.267ff

hänge: Die Wirkung eines Verbrennungsmotors kommt nicht anders zu Stande denn durch Einsatz und Nutzung thermodynamischer Gesetze, der Chemie der Kraftstoffe, der Strömungsmechanik der Gase usw.

Indem eine Gesellschaft natürliche Prozesse und Kräfte zu ihren technologischen Gestaltungskräften formt, wird das Band zur Natur durch Technik nicht einfach zerrissen, sondern auf neue Art und Weise geknüpft. In der Technik erfolgt eine Eingliederung natürlicher Wirkweisen in die Funktionszusammenhänge des Sozialen. Als Komplex natürlicher und gesellschaftlicher Bewegungsformen findet somit in der Technik eine wechselseitige Einschränkung von Natur und Gesellschaft statt. Baut die Gesellschaft die freie Bewegung der Natur zugunsten der geordneten ihrer technischen Werke ab, so ist die schöpferische technische Neuordnung grundsätzlich begrenzt durch die universale Gültigkeit natürlicher Gesetzmäßigkeiten.

Die Berücksichtigung naturgesetzlicher Wirkungsabläufe in technologischen Prinzipien vertieft sich im Zuge stofflicher Vergesellschaftung der Technik. Der durch sie vermittelte Stoff- und Energieaustausch mit der Natur hat zunehmend „unbezielte“ Sekundäreffekte in Gestalt der Veränderungen in den materiellen Zyklen des Naturmilieus zur Folge. Der biotische Kreislauf³⁹ ununterbrochener Hervorbringung und Vernichtung von organischen Stoffen hat relativ stabile Beziehungen zwischen verschiedenen Variablen zur Grundlage wie Klima, Zusammensetzung der Atmosphäre, Meere, lebenserhaltende Qualitäten der Landoberfläche und der natürlichen Reservoirs und Zyklen⁴⁰. Da die menschliche Gesellschaft nur als Bestandteil der Biosphäre existiert, hat ihr Eingriff in die Naturumwelt zugleich die Umverteilung von Energien und Stoffen der materiellen Zyklen im Gesamtsystem der Erde zur Folge. Nun begleiten Verschiebungen im Kreislauf des Naturhaushaltes die gesellschaftliche Produktionstätigkeit zwar von Anbeginn. Doch ernsthafte Störungen entscheidender Prozesse der Lebenserhaltung des Planeten setzten erst ein mit der Industriellen Revolution und erhalten durch den gegenwärtigen Grad globaler Naturaneignung eine Dimension, in welcher der Mensch dem Gesamtsystem und folglich seinem eigenen Erhalt gefährlich werden kann. Industrialisierung und Städtebau beeinflussen die tierische, pflanzliche und kleinstorganismische Entwicklung, wirken ein auf die geochemischen Zerfalls- und Aufbauprozesse, verändern Wasserhaushalt, Zusammensetzung der Atmosphäre etc.. Partikuläre Veränderungen haben Einfluß auf das ökologische Gesamtsystem und verursachen weitreichende Rückwirkungen. Die Metamorphose der Natur durch technische Eingriffe hat auf dem gegenwärtigen Entwicklungsniveau die Gesetzmäßigkeiten der Biosphäre mitzuberücksichtigen. Insofern die in technischen Systemen genutzten und eingesetzten Energien und Materialien als Bestandteile des umfassenden ökologischen Kreislaufes zu begreifen sind, muß Technik selbst als organischer Bestandteil des ökologischen Kreislaufes angesehen werden. Der Maßstab, der an die Optimierung technischer Systeme anzulegen ist, muß folglich zugleich ein Maßstab der Optimierung ökologischer Reproduktionszusammenhänge sein. Technische Effizienzkriterien können nicht mehr außerhalb derjenigen des Gesamtlebensraumes entwickelt werden. Die Abhängigkeit von naturimmanenten Gesetzmäßigkeiten — sie ist im einzelnen technischen

39 Zum Begriff des „biotischen Kreislaufes“ vgl. M. Kamschilow, Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Evolution der Biosphäre, in: *Gesellschaftswissenschaft* 1/1975, S.57

40 Vgl. J.McHale, *Der ökologische Kontext*, Frankfurt/M. 1974, S.81

Mittel bereits in Gestalt der Notwendigkeit der Berücksichtigung von Naturgesetzen verkörpert — stellt sich nun in Gestalt zu berücksichtigender Wirkungszusammenhänge der Biosphäre auf qualitativ neuem Niveau.

Damit aber findet eine folgenreiche Veränderung im Verhältnis von angestrebtem Zweck und objektiver Wirkung technischen Einsatzes statt. Jedes technische Gebilde verkörpert in seiner gegenständlichen Funktionsweise einen gesellschaftlich gesetzten Zweck. Doch geht die soziale Wirklichkeit der Technik nicht auf in ihrer gegenständlichen Struktur, repräsentiert diese doch erst potentiell die abverlangte Aufgabenbestimmung. Nur die Verwirklichung dieser Funktion — das sind aber: die realen Wirkungen, die aus der Benutzung von Technik resultieren — enthüllt die „Wahrheit“ der Technik als soziales Phänomen. Es ist somit zu unterscheiden zwischen der Aufgabe, die eine Gesellschaft mit ihren technischen Konstruktionen bezweckt, und den Wirkungen, die sie durch deren Realisierung bewirkt.

Nun korrespondiert der Zunahme ökologischer Folgeeffekte des Einsatzes großtechnischer Systeme die Tendenz des zunehmenden Auseinanderfallens von unmittelbarem Zweck und objektiver Wirkung. Was mit der Technik bezweckt und was durch sie bewirkt wird, ist nicht deckungsgleich. Dem unmittelbaren Zweck, höhere „Ordnung“ der Natur im künstlichen System zu erlangen, korrespondiert sein Gegenteil: die Rückführung von komplexen zu einfachen Strukturen in der Reduzierung und Vernichtung organischer Populationen, der Zerrüttung natürlicher Systeme durch Verschmutzung von Wasser, Luft und Boden etc.. Dieses Spannungsverhältnis von organisationsabbauender Funktion der Gesellschaft gegenüber der Natur macht deutlich, wie das Nicht-Zusammenfallen von beabsichtigtem Zweck und unbeabsichtigter Wirkung zur Folge hat, daß die Fernwirkungen die Primäreffekte an Bedeutung zu übersteigen beginnen. Daß technologische Transformationen über ihre gegenständlichen Resultate hinausgehenden Wirkungen haben, ist jedoch keineswegs Ursache lebensbedrohlicher Folgen moderner Technik. Dies ist erst dann der Fall, wenn gesellschaftliche Planmäßigkeit nur auf den unmittelbaren Zweck-Mittel-Zusammenhang angewandter Technik sich bezieht, dagegen die außertechnischen Fern- und Folgewirkungen außerhalb der rationalen Organisation des technischen Prozesses liegen. In der Form kapitalistischen Privateigentums an industrieller Technik unterliegt nun zwar die Primärrelation von Zweck und Mittel — allerdings in Gestalt der Priorität des Verwertungszweckes — der bewußten Regelung. Nicht jedoch mehr das Gesamtsystem gesellschaftlicher Zwecke, welches sich als Resultante gleichsam hinter dem Rücken der Beteiligten konstituiert. Dem in der Technologie zweckgerichtet wirkenden Prozeß ist ein Grad an Determiniertheit zueigen, welche die kapitalistische Gesellschaft sich selbst gegenüber als sozialem System nicht zu entfalten in der Lage ist. Dieses „Determinationsgefälle“ in den Funktionsmechanismen technischer und sozialer Entwicklung verwandelt das Nichtzusammenfallen von technologischem Zweck und sozialer Wirkung in die Gefahr lebenszerstörerischer Folgen großtechnischer Projekte.

Polarisierung oder Höherqualifikation? Zur Kontroverse um den Zusammenhang von Produktivkraftentwicklung, wissenschaftlich-technischem Fortschritt und Arbeitsqualifikation

Lothar Peter

1. Die Polarisierungsthese – 2. Der widersprüchliche Charakter kapitalistischer Produktivkraftentwicklung – 3. Bedingungen und Tendenzen kapitalistischer Qualifikationsentwicklung – 4. Die Position der Projektgruppe „Automation und Qualifikation“ – 5. Qualifikationsentwicklung und Strategie der Arbeiterbewegung

1. Die Polarisierungsthese

Die arbeitswissenschaftliche und arbeitssoziologische Diskussion über den Zusammenhang von technischem Fortschritt, Arbeitstätigkeit und Qualifikationsstruktur wird nach wie vor von der Frage beherrscht, in welcher gesellschaftlichen Richtung sich unter den Bedingungen der Automation zukünftig die Qualifikationen verändern werden. Strittig bleibt vor allem, ob Automation zu einer Höherqualifizierung oder zu einer Polarisierung der Qualifikationen jener lohnabhängigen Schichten führt, deren Arbeitstätigkeit durch Automation eine tiefgreifende Umgestaltung erfährt.

Bekanntlich ist die sogenannte Polarisierungsthese, die ansatzweise schon von *Pollock* u.a. in den fünfziger und sechziger Jahren vorgetragen wurde¹, in der westdeutschen Diskussion zuerst von *Kern* und *Schumann* umfassend ausgearbeitet und empirisch belegt worden². Ausgehend von einem Klassifikationsschema industrieller Arbeit, das zwischen prämechanisierter, mechanisierter und (teil-)automatisierter Produktionsstufe unterscheidet, versuchten *Kern/Schumann* in ihrer Studie „Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein“ die Auswirkungen des technischen Produktionssystems auf die Arbeitstätigkeit und das Bewußtsein der Arbeitenden zu erfassen. Indem sie ihr im Verlauf der Studie differenziertes Klassifikationsschema industrieller Arbeit mit einer Systematisierung der Arbeitsanforderungen und des Arbeitsverhaltens der Industriearbeiter verknüpften, entwickelten sie eine Methode der sowohl „arbeitsbezogenen“ als auch „arbeiterbezogenen Analyse“, die über technizistisch beschränkte Forschungsansätze hinausgehen und der Reduktion der Arbeitssituation auf technisch determinierte soziale Handlungsstrukturen und Einstellungsmuster entgegenwirken sollte.

1 Vgl. Friedrich Pollock, *Automation. Materialien zur Beurteilung ihrer ökonomischen und sozialen Folgen*, Frankfurt am Main 1964. Der Begriff der Polarisierung wird hier bereits verwendet, vgl. S. 261.

2 Horst Kern/Michael Schumann, *Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein*, 2 Bde, Frankfurt am Main 1970.

Als zentrales Ergebnis der von *Kern/Schumann* aus der empirischen Analyse erhobenen Befunde zur Qualifikationsentwicklung kann die Schlußfolgerung gelten, daß Automation sowohl zu einer Auflösung „qualifizierter Varianten herkömmlicher Industriearbeit“ und zu einer Reproduktion „repetitiver Teilarbeit“ auf technisch höherer Stufenleiter führt als auch eine „Polarisierung der Belegschaften an den technisch fortgeschrittensten Aggregaten“ hervorruft. Die automationsbedingte innere Differenzierung der Belegschaften bildet nach *Kern/Schumann* die materielle Grundlage für den Zerfall traditioneller kollektiver Bewußtseinsformen der Industriearbeiter und stellt die auf Interesseneinheit und Kollektivität sich berufenden Strategien der Arbeiterbewegung in Frage.

Zum Zeitpunkt ihres Entstehens knüpfte die Studie von *Kern/Schumann* an einen internationalen Diskussionsstand an, der durch gegensätzliche Prognosen über die Auswirkungen von Automation auf die Entwicklung der Qualifikationen geprägt war. So standen den Versionen einer allgemeinen Dequalifikationstendenz, wie sie zum Beispiel *James R. Bright* in den Vereinigten Staaten vertrat³, optimistische Einschätzungen der zukünftigen Qualifikationsstruktur in automatisierten Arbeitsprozessen gegenüber. Französische Autoren wie *Alain Touraine* und *Serge Mallet*, die von einer aufsteigenden Linie der durch Automation geforderten Arbeitsqualifikationen ausgingen, deduzierten aus ihren soziologischen Analysen eine Revision der marxistischen Bestimmung der Arbeiterklasse als kollektivem Subjekt der gesellschaftlichen Emanzipation, indem sie an die Stelle der sogenannten „alten Arbeiterklasse“ die aus hochqualifizierten Automationsarbeitern, Technikern und Ingenieuren sich rekrutierende „neue Arbeiterklasse“ („nouvelle classe ouvrière“) setzten⁴. Den Angelpunkt ihrer theoretischen Überlegungen bildete nicht mehr der Bezug politischen Handlungspotentials auf die objektiven sozialökonomischen Bedingungen von Lohnarbeit, sondern das Verhältnis der Produzenten zum Stand der fortgeschrittenen industriellen Produktivkräfte, die als entscheidende Determinante gesellschaftlichen Bewußtseins und politischer Praxis angesehen wurden⁵.

Das den kontroversen Prognosen gemeinsame Problem lag in elementaren Schwächen des theoretischen Zusammenhangs der Analysen, genauer in der Unfähigkeit, die Entwicklung von Qualifikationen als Bestandteil der widersprüchlichen Bewegung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen im Kapitalismus zu begreifen und eben diese Widersprüchlichkeit zu einer schlüssigen theoretischen Leitkonzeption für die Deutung empirischer Phänomene auszuarbeiten. Obwohl an der Oberfläche des wissenschaftlichen Meinungsstreits zu gegensätzlichen Ergebnissen gelangend, blieben sowohl die Vertreter der Dequalifikationsthese als auch Anhänger der entgegengesetzten Auffassung im Deutungsmuster eines technologischen Determinismus befangen.

Die jeweiligen empirischen Befunde einer Dequalifizierung bzw. Höherqualifizierung wurden nicht nur verabsolutiert, sondern in beiden Fällen gleichermaßen auf die

3 Vgl. James R. Bright, *Automation and Management*, Boston 1958; ders., Does Automation raise Skill Requirements? in: *Harvard Business Review*, Cambridge (Mass./USA), Juli/August 1958 (Vol. 36).

4 Vgl. Alain Touraine, *La conscience ouvrière*, Paris 1966; Serge Mallet, *Die neue Arbeiterklasse*, Neuwied und West-Berlin 1972.

5 Zur Kritik am Konzept der „neuen Arbeiterklasse“ vgl. Frank Deppe/Hellmuth Lange/Lothar Peter (Hrsg.), *Die neue Arbeiterklasse. Technische Intelligenz und Gewerkschaften im organisierten Kapitalismus*, Frankfurt am Main 1970.

technologische Wirkungsweise der Produktivkräfte unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Formbestimmung zurückgeführt.

Zwar gelang es nun *Kern/Schumann* mit ihrer Untersuchung, den Schematismus der konträren Positionen empirisch begründet zu widerlegen, gleichwohl vermochten sie es noch nicht, wie sie später selbst andeutungsweise einräumten⁶, sich vom Paradigma des technologischen Determinismus vollständig zu lösen.

Kern/Schumann wiesen nach, daß weder die Auffassung einer allgemeinen Dequalifizierung noch die Hypothese automationsbedingter Höherqualifizierung der empirischen Prüfung standhalten konnten. Theoretisch tendierten sie jedoch ebenfalls dazu, die Qualifikationsentwicklung aus technischen und arbeitsorganisatorischen Bestimmungsgründen abzuleiten, ohne die konkreten Veränderungen der Qualifikationen an hochmechanisierten und teilautomatisierten Arbeitsplätzen als technisch vermittelte Erscheinungen kapitalistisch bestimmter Produktivkraftbewegung zu reflektieren⁷. Obwohl *Kern/Schumann* vom kapitalistischen Produktionszweck, der Verwertung von Kapital ausgingen, blieb die kapitalistische Formbestimmung der theoretischen Anlage wie der methodischen Durchführung der Studie äußerlich. Insofern verwundert es nicht, daß sie, wo sie Möglichkeiten praktischer Verbesserungen der Arbeitssituation und der Qualifikationen thematisieren, bei sozialreformerischen Vorschlägen stehenblieben, deren Grenzen *Frank Deppe* schon 1971 in seiner Untersuchung zur Soziologie des Arbeiterbewußtseins aufzeigte: „Völlig unberücksichtigt bleibt (bei *Kern/Schumann*; *L.P.*) die Tatsache, daß die untersuchten technologischen Innovationsprozesse Ausdruck des kapitalistischen Verwertungsbedürfnisses sind, das seinerseits die gesellschaftliche Qualität des — durchaus richtig beobachteten — Polarisierungsprozesses definiert. Die Trennung von qualifizierten und unqualifizierten, privilegierten und subalternen, von anleitenden und ausführenden Tätigkeiten ist nicht abstrakt dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt geschuldet; sie reflektiert die Entfaltung der Produktivkräfte unter kapitalistischen Bedingungen, in denen die Arbeiterklasse nicht Subjekt, sondern Objekt der gesellschaftlichen Planung ist. So reduzieren sich bei *Kern* und *Schumann* in den politischen Schlußfolgerungen grundlegende Einsichten in die sozial antagonistische Grundstruktur des Spätkapitalismus auf die Forderung nach partikularen Reformen, auf die Eindämmung und nicht auf die Aufhebung von Widersprüchen“⁸.

Trotz ihrer theoretischen Schwächen hat die Studie von *Kern/Schumann* für die wissenschaftliche Diskussion der Folgezeit eine maßgebliche Rolle gespielt und zur Erarbeitung weiterführender theoretischer und methodischer Ansätze angeregt.

So versuchten *Mickler/Dittrich/Neumann* (SOFI Göttingen), anknüpfend an die Methode „arbeitsbezogener Analyse“ die Begrenztheit der theoretischen Prämissen bei *Kern* und *Schumann* zu überwinden und eine Konzeption zu erarbeiten, in der die gesamtgesellschaftlichen ökonomischen Determinanten des industriellen Produktions-

6 Vgl. das Vorwort von *Kern/Schumann* in der 1977 erschienenen Studienausgabe von „Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein“ (Frankfurt/M. 1977).

7 Zur neuen Kritik am Technikbegriff *Kerns* und *Schumanns* vgl. *Sebastian Herkommer/Heinz Bierbaum*, *Industriosoziologie. Bestandsaufnahme, Kritik, Weiterentwicklung*, Stuttgart 1979, besonders S. 102-107.

8 *Frank Deppe*, *Das Bewußtsein der Arbeiter. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins*, Köln 1971, S. 110.

prozesses nahtlos mit den konkreten betriebsspezifischen Erscheinungsformen der Technik wie der sozialen Beziehungen der Produzenten vermittelt sind. Am Beispiel von Betrieben der Zement-, Mineralöl- und Elektrizitätsindustrie stellten sie sich die Aufgabe, die Durchsetzung des kapitalistischen Verwertungsinteresses als Determinante und Gestaltungsprinzip betrieblicher Technik, Arbeitsorganisation und Qualifikation zu rekonstruieren⁹. Sie kamen zu dem Ergebnis, daß sich das kapitalistische Verwertungsstreben zwar bis in die betriebliche Entwicklung hinein durchsetze, daß aber gleichzeitig die durch das Verwertungsprinzip determinierte Struktur und Funktionsweise der Produktionstechnik Spielräume für alternative Formen der Arbeitsorganisation und Arbeitstätigkeiten enthalte, die durch das Handeln und die Phantasie der Beschäftigten erschlossen werden könnten.

Die bis in die betriebliche Realität hinein unmittelbar wirkende Determinationsmacht des kapitalistischen Rentabilitätsprinzips prägt nach *Mickler/Dittrich/Neumann* die Qualifikationsstruktur der Belegschaften nicht weniger nachhaltig als den betrieblichen Produktionsapparat und die Arbeitsorganisation, zumal da die Arbeitssituation nur eine untergeordnete Funktion dieser beiden Variablen bilde. Die empirisch gewonnenen Qualifikationsbefunde stützen im wesentlichen die von *Kern/Schumann* vertretene Polarisierungsthese, auch wenn sich der theoretische Begründungszusammenhang beider Untersuchungen unterscheidet. Das Ergebnis von *Mickler/Dittrich/Neumann* läßt sich mit der folgenden Feststellung der Autoren zusammenfassen: „So zeigt sich etwa bei den Qualifikationsanforderungen der Automationsarbeiter eine deutliche Polarisierung zwischen Wartungsfahrern und Instandsetzern einerseits, deren Arbeit vor allem durch technische Intelligenz von systematisch-optimierender bis hin zu strategisch-innovativer Qualität sowie hohen arbeitsmotivationalen Anforderungen gekennzeichnet ist und den Anlagenkontrolleuren und Laboranten andererseits, die bei ihrer Arbeit technische Intelligenz lediglich auf dem vergleichsweise niedrigen empirisch-adaptiven Niveau zu aktivieren haben und auch hinsichtlich ihrer arbeitsmotivationalen Qualifikationen weniger gefordert werden“¹⁰.

2. Der widersprüchliche Charakter kapitalistischer Produktivkraftentwicklung

Die Westberliner Projektgruppe „Automation und Qualifikation“ hat u.a. die beiden eben erwähnten Studien einer grundlegenden Kritik unterzogen und die Polarisierungsthese verworfen¹¹.

Während die Projektgruppe an der Studie „Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein“ kritisiert, daß handwerkliche Industriearbeit trotz ihres historisch regressiven Charakters zum Maßstab der zukünftigen Entwicklung menschlicher Arbeit verklärt werde, wendet sich die Projektgruppe bei *Mickler/Dittrich/Neumann* gegen eine Verabsolutierung des kapitalistischen Rentabilitätsprinzips als absoluter Determinante von Tech-

9. Vgl. im folgenden: O. Mickler/E. Dittrich/U. Neumann, Technik, Arbeitsorganisation und Arbeit. Eine empirische Untersuchung in der automatisierten Produktion, Frankfurt am Main 1976.

10. Ebd., S. 452/453.

11. Vgl. Projektgruppe Automation und Qualifikation, Theorien über Automationsarbeit, Band III, Argument-Sonderband 31, West-Berlin 1978.

nik, Arbeitsorganisation und Arbeitstätigkeit, weil so eine Bewegung der Produktivkräfte gegen die Produktionsverhältnisse als undenkbar erscheinen müsse.

Mit der von der Projektgruppe vorgebrachten zutreffenden Kritik an Fehlern und Widersprüchen der theoretischen Begründungen, auf die sich die Polarisierungsthese bisher stützte, wird die Frage aufgeworfen, ob die Polarisierungsthese insgesamt und vollständig aufgegeben werden muß. Kann man für die Polarisierungsthese, für die ja empirisch eindrucksvolle Belege sprechen, nicht eine theoretische Begründung entwickeln, mit deren Hilfe die empirischen Daten von Qualifikationspolarisierung interpretiert werden können, ohne die Dialektik gesellschaftlicher Bewegung aus der Untersuchung auszuklammern? Das Dilemma der Studie von Kern/Schumann und der SOFI-Studie besteht nach meiner Auffassung nicht in einer falschen empirischen Beschreibung der beobachteten Qualifikationsveränderungen, sondern vielmehr darin, daß ihre Auswertung der empirischen Ergebnisse nicht zur Erkenntnis der Bedingungen, Möglichkeiten und Schranken kapitalistischer Produktivkraftentwicklung beitragen kann. Wie läßt sich aber das Bewegungsgesetz dieser Produktivkraftentwicklung bestimmen, mit dessen Hilfe die Vielfalt konkreter Erscheinungen theoretisch beherrschbar und die Richtung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses erkennbar wird?

Für den Versuch, diese überaus schwierige Frage so zu beantworten, daß die Antwort als Leitfaden der empirischen Analyse dienen kann, scheint zunächst einmal die Feststellung erforderlich, daß die Dialektik des Widerspruchs in der Bewegung der kapitalistischen Gesellschaft nicht auf den allgemeinen Gegensatz zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen beschränkt ist, sondern die Elemente der Produktivkräfte selbst einer widersprüchlichen Bewegung unterworfen sind. Die Produktivkräfte im Kapitalismus entfalten sich einerseits als Momente fortschreitender Vergesellschaftung der Arbeit als „Stoffwechsel(s) bzw. Energieaustausch(s) zwischen menschlicher und außermenschlicher Natur“¹², sie werden aber andererseits als Momente kapitalistischer Verwertung angeeignet. Die Logik der in kapitalistischen Formen verlaufenden Produktivkraftbewegung schließt deshalb unabdingbar ein, daß die Entfaltung neuer, wirksamer und ökonomisch vorteilhafter Produktivkräftelemente zugleich die Voraussetzung für die Vernichtung und Stilllegung anderer Produktivkräftelemente schafft, die für den kapitalistischen Produktionszweck disfunktional geworden sind.

Gewiß, Vernichtung, Brachlegung, Vergeudung und Stagnation von Produktivkräften sind nicht das eigentliche Ziel kapitalistischer Produktion. Sie sind aber ein unvermeidliches Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise, die durch den erbitterten Kampf der Einzelkapitale um die besten Verwertungsbedingungen vorangetrieben wird.

Da der kapitalistische Reproduktionsprozeß in seinen monopolistischen Formen die Disproportionen der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung vertieft, verschärft sich auch der Gegensatz zwischen progressiven und stagnativen Tendenzen der Produktivkraftbewegung¹³. Die Ungleichzeitigkeit und innere Widersprüchlichkeit kapitalisti-

12 Diesen präzisen Ausdruck verwendet K.H. Tjaden, um den durch vergesellschaftende Arbeit hergestellten Zusammenhang von Naturevolution und gesellschaftlicher Entwicklung zu bezeichnen. Vgl. K.H. Tjaden, Naturevolution, Gesellschaftsformation, Weltgeschichte. Überlegungen zu einer gesellschaftswissenschaftlichen Entwicklungstheorie, in: Das Argument 101/1977, S. 30.

13 Zu diesem Problem vgl. verschiedene Arbeiten von Robert Katzenstein, so zum Beispiel: Technischer Fortschritt — Kapitalbewegung — Kapitalfixierung. Einige Probleme der Ökonomie des fixen Kapitals

scher Produktivkraftentwicklung, die während der Belebungs- und Aufschwungsperioden der zyklischen Bewegung durch die Ausdehnung der Akkumulation verdeckt bleiben mag, tritt in Krisenperioden offen zutage. So steht, wenn man den Blick auf die krisenhafte sozialökonomische Entwicklung der Bundesrepublik seit 1974/75 richtet, einer enormen Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, meßbar mit Hilfe der Kennziffer Arbeitsproduktivität, die Brachlegung eines bedeutenden Teils der in der Industrie angewandten lebendigen Arbeit gegenüber. Während nämlich im Zeitraum zwischen 1970 und 1978 die Arbeitsproduktivität (Produktionsergebnis pro Beschäftigten) in der Industrie um rund 35 % wuchs, sank die Zahl der Beschäftigten um 15 %, d.h. mit anderen Worten: jeder 7. Arbeitsplatz in der Industrie ging während dieser acht Jahre verloren¹⁴.

Gesamtgesellschaftlich gesehen hat also die notwendige gesellschaftliche Arbeitszeit zur Herstellung eines bestimmten Produktionsquantums beträchtlich abgenommen; der Grad der durch gesellschaftliche Arbeit realisierten „Naturbeherrschung“ im Sinne produktiver Aneignung ist gestiegen; das meßbare Verhältnis von Produktionsergebnis und aufgewandter Arbeitszeit spiegelt den Fortschritt der Produktivkräfte wider. Gleichzeitig liefern jedoch der Beschäftigungsrückgang und die Existenz einer seit Jahren um die Millionengrenze schwankenden, sie gegenwärtig weit überschreitenden „überschüssigen Arbeitsbevölkerung“ den lapidaren Beweis, daß das Kapitalverhältnis nicht nur als Entwicklungsform und Triebkraft, sondern auch als Fessel und Schranke eines enormen Teils der verfügbaren lebendigen Arbeit wirksam ist, der dem Produktionsprozeß wenn nicht dauerhaft, so doch zumindest vorübergehend entzogen wird.

Indes beschränkt sich die innere Widersprüchlichkeit kapitalistischer Produktivkraftentwicklung nicht auf das Verhältnis von vergegenständlichter und lebendiger Arbeit, sondern durchdringt die jeweilige Struktur dieser beiden Momente des Produktionsprozesses selbst.

So kontrastiert der raschen Ausbreitung neuer Technologien und ihrer fortwährenden Vervollkommnung eine mangelnde Auslastung vorhandener Produktionsanlagen, deren produktionstechnische Effizienz vom Verwertungsstandpunkt des Kapitals als nicht mehr rentabel erscheint¹⁵. Während diejenigen Einzelkapitale, die aufgrund ihrer günstigen Verwertungsbedingungen, meist also Monopole, in der Lage sind, den „moralischen Verschleiß von Maschinen“ oder die Nichtauslastung von Kapazitäten durch Einführung der modernsten technischen Neuerungen auszugleichen oder sogar profitmaximierend zu nutzen, zwingt die Ökonomie des fixen Kapitals unter den Bedingungen monopolistischer Konkurrenz andere Unternehmen und Betriebe dazu, vorhandene Produktionsanlagen stillzulegen, die Produktion auf gegebener „veralteter“ technischer Basis einzuschränken oder schließlich, wenn die verfügbaren sachlichen Produktivkräfte den herrschenden monopolistischen Verwertungsanforderungen nicht mehr gewachsen sind, aus dem Reproduktionsprozeß des Kapitals auszuschneiden. Noch pla-

unter den gegenwärtigen Bedingungen der Vergesellschaftung der Produktion im staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1974.

14 Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Wirtschaft und Statistik*, Wiesbaden, Stuttgart und Mainz, 2/1979, S. 112 (Tabelle).

15 Vgl. dazu im folgenden Robert Katzenstein, *Zur Monopolproblematik. Ein Beitrag zur Diskussion um den Staatsmonopolistischen Kapitalismus*, in: *Sozialistische Politik*, 28/1974, besonders S. 102-109.

stischer, wenn auch nur in einzelnen Fällen nachweisbar, tritt die hemmende Funktion des Kapitalismus für die Bewegung der Produktivkräfte in solchen Fällen zutage, wo der in bestimmten Betrieben installierte Produktionsapparat hinsichtlich seiner technischen Kapazitäten hinter dem möglichen Leistungsoptimum deshalb zurückblieb, weil die Profiterwartungen es verlangten¹⁶.

Die der kapitalistischen Produktivkraftbewegung immanenten destruktiven und stagnativen Tendenzen greifen heute jedoch weit über die sachlichen Momente des unmittelbaren Produktionsprozesses hinaus. In dem Maß, wie durch die von den Monopolen und dem Staat betriebene Verwissenschaftlichung der Produktion, insbesondere durch den Einsatz neuer Energieträger (Atomindustrie) und durch Chemisierung der Produktion, die natürlichen Bedingungen des Produktionsprozesses vereinnahmt und in ihrem Bestand sowie ihrer Reproduzierbarkeit elementar bedroht werden¹⁷, stößt die Produktivkraftbewegung auch von dieser Seite her auf eine Schranke, die, sofern sie nicht politisch durchbrochen oder wenigstens teilweise herabgedrückt werden kann, den Prozeß rücksichtslos vorangetriebener „Naturbeherrschung“ physisch-stofflich in Frage stellt¹⁸.

Die von der marxistischen Theorie begründete Aussage über die gesetzmäßige Höherentwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus als materielle Basis der sozialistischen Gesellschaft darf nicht zu der dogmatisierenden Auffassung verführen, daß sich die Produktivkräfte in ihrer empirischen Gesamtheit solange weiterentwickeln, bis sie — quasi im Selbstlauf — die Fesseln kapitalistischer Produktionsverhältnisse sprengen. Es ist vielmehr davon auszugehen, daß die Tendenzen fortschreitend produktiver Naturaneignung einerseits und die destruktiven, paralyisierenden Tendenzen der Produktivkräfte andererseits in einer in sich widersprüchlichen Bewegung unlösbar ineinandergreifen und nicht durch die Beschwörung dieses oder jenes Aspekts der Produktivkraftentwicklung, sondern nur durch die des Gegensatzes bewußte politische Praxis der Produzenten als Klasse in einer historisch qualitativ höheren Form nichtantagonistischer Produktivkraftentfaltung aufgehoben werden können.

3. Bedingungen und Tendenzen kapitalistischer Qualifikationsentwicklung

Ebenso wie die Entwicklung der sachlichen Produktivkräfte wird die der Qualifikationen der Arbeitskraft als des subjektiven Produktionsmoments durch den Akkumulationsprozeß des Kapitals bestimmt und in ihrer konkreten Struktur modifiziert, verändert und umgestaltet.

Um die sachlichen Elemente des Produktionsprozesses weiterzuentwickeln, um der lebendigen Arbeit durch neue, effektivere Formen der Arbeitsteilung und Kooperation zusätzlich produktive Potenzen abzugewinnen, um den Aufwand an variablem Kapital im Verhältnis zum produzierten Mehrwert zu verringern, ist das Kapital, zumal in seinen heute gegebenen monopolistischen Formen und der ihnen adäquaten materiell-technischen Basis, nach Maßgabe seiner spezifischen Verwertungsbedingungen gezwun-

16 Ebd., S. 104/105.

17 Vgl. Edgar Gärtner, *Arbeiterklasse und Ökologie*, Frankfurt am Main 1979.

18 Zur systematischen Einordnung dieses Problems in die gesellschaftliche Entwicklung vgl. K.H. Tjaden, *Naturevolution, Gesellschaftsformation, Weltgeschichte*, a.a.O. S. 32 ff.

gen, bestimmte Teile des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters mit höheren Qualifikationen auszustatten. Verwissenschaftlichung der Produktion, Umwandlung der Wissenschaft in eine „unmittelbare Produktivkraft“, Automation und andere neue Technologien erfordern auf der Seite der lebendigen Arbeit eine quantitative Zunahme und einen qualitativen Bedeutungszuwachs derjenigen Beschäftigungsgruppen, die über die notwendigen Qualifikationen verfügen, um die Produktivkräfte auf systematischer wissenschaftlicher Grundlage theoretisch weiterentwickeln und praktisch anwenden zu können.

In der während der vergangenen drei Jahrzehnte zu verzeichnenden sprunghaften Zunahme von hochqualifizierten und akademisch ausgebildeten Arbeitskräften in allen Bereichen des Reproduktionsprozesses kommt die Verwissenschaftlichung der gesellschaftlichen Arbeit zweifelsohne als Moment der Höherentwicklung der Hauptproduktivkraft Mensch zum Ausdruck¹⁹. Gleichzeitig wirkt die Verwissenschaftlichung des Reproduktionsprozesses als der heute entscheidende „stoffliche Träger“ von Vergesellschaftung der Arbeit, die mit den kapitalistischen Eigentumsformen immer unverträglicher wird. Auf betrieblicher Ebene zeigt sich das beispielsweise in dem Einsatz von Systemen der elektronischen Datenverarbeitung sowohl für Fertigungssteuerung usw. als auch für die Leitung und Organisierung der Arbeitsprozesse, deren Komplexität hinsichtlich der Produktionsfunktionen und Leitungserfordernisse nur noch „gesellschaftlich“, d.h. durch Formen lückenloser Kooperation und Arbeitsteilung aller Belegschaftsgruppen erfolgreich realisiert werden kann. Die empirisch eindeutig feststellbare Höherqualifizierung bestimmter sozialer Kategorien des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters aufgrund wissenschaftlich-technisch vermittelter Vergesellschaftung der Arbeit ändert jedoch nichts daran, daß die Bewegung der Qualifikationsstruktur ebenso wie die der anderen Elemente der Produktivkräfte dem Prinzip der Kapitalverwertung untergeordnet ist. Infolgedessen bewegt sich die Qualifikationsstruktur des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters nicht allgemein und harmonisch zu stets höheren Stufen produktiver Fähigkeiten und Fertigkeiten, sondern äußert sich in widersprüchlichen Formen, analog zur Entwicklung und Anwendung der Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstände, wie weiter oben ausgeführt wurde.

Der Entfaltung spezifischer Qualifikationen in einem bestimmten Bereich entsprechen Dequalifikation und Restriktion des Arbeitsvermögens in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses; denn nicht die kollektiven Interessen der Produzenten an gebrauchswertbezogenen Qualifikationen, sondern kapitalistische Ökonomisierung der lebendigen Arbeit reguliert die Veränderungen der Qualifikationsstruktur. So steht auf betrieblicher Ebene bei der Einführung computergestützter Technologien einer wachsenden Zahl hochqualifizierter Arbeitskräfte die Dequalifizierung und lohnmäßige Abgruppierung anderer Belegschaftsgruppen

19 Zur gesellschaftlichen Entwicklung und Sozialstruktur der wissenschaftlich-technischen Intelligenz vgl. Christof Kievenheim/Dorlies Pollmann, Die Intelligenz der BRD 1950-1970, Teil III der IMSF-Studie über „Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950-1970“, Frankfurt am Main 1974. Selbst die wissenschaftlich-technische Intelligenz ist aber von Dequalifikationstendenzen nicht ausgeschlossen, wie etwa die Veränderungen von universitären Ausbildungsgängen, die soziale Hierarchisierung bestimmter Akademikerguppen (z.B. Lehrer und Ingenieure) und nicht zuletzt die hohe Zahl arbeitsloser Akademiker in der Krise zeigen (vgl. Bernd Güther, Arbeitslosigkeit von Hoch- und Fachhochschulabsolventen in der BRD, Informationsbericht Nr. 28 des IMSF, Frankfurt am Main 1977.)

gegenüber²⁰. So spaltet sich die Qualifikationsstruktur betrieblich und überbetrieblich nach Alter, Geschlecht und Beruf. So konzentrieren sich die wissenschaftlich-technischen Kader vor allem in den (monopolistischen) Spitzenindustrien der Energiegewinnung, der Elektronik, der chemischen Produktion, der Luft- und Raumfahrt oder Mineralölverarbeitung, während kleinere (nichtmonopolistische) Unternehmen und Betriebe zum Beispiel in der Nahrungsmittel-, Textil- und Holzverarbeitenden Industrie einen Überhang an vergleichsweise niedrig qualifizierten Arbeitskräften aufweisen. So entziehen die industriellen Zentren und Ballungsräume den agrarischen und agrarisch-industriellen Regionen das für den Ausbau ökonomisch leistungsfähiger Produktionseinheiten notwendige Qualifikationspotential²¹. So verschärft sich, um ein weiteres Beispiel zu nennen, die Diskrepanz zwischen erworbenen und am Arbeitsplatz abverlangten Qualifikationen, wie etwa die große Zahl gelernter Handwerker in kurzzyklischen Montageprozessen des Fahrzeugbaus zeigt.

All dies sind Erscheinungsformen von Dequalifikation, die von den betroffenen Individuen als Verlust beruflicher Autonomie, als Vorenthaltung von Bildungselementen, als Verkümmern produktiver Fähigkeiten und als Versagung sozialer Anerkennung in der Arbeit erfahren werden, die aber objektiv auf den kapitalistischen Charakter der Produktivkraftentwicklung und auf die sozialökonomische Existenz der Arbeit als Lohnarbeit verweisen. Was die empirische Sozialforschung mit der Polarisierungsthese bezeichnet, ist also nicht Folge sozio-technischer Determinanten des unmittelbaren Produktionsprozesses, sondern konkrete Erscheinungsform der durch den kapitalistischen Akkumulationsprozeß bestimmten Ungleichzeitigkeit und Disproportionalität der Qualifikationen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen, Industriezweigen und Betrieben. Die Polarisierung zwischen Höherqualifizierung und Dequalifizierung muß sich unvermeidlich, wenn auch auf historisch steigendem Grundniveau des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens, reproduzieren, solange das Kapital als herrschendes gesellschaftliches Verhältnis fortbesteht. Über das konkrete Ausmaß der Polarisierung allerdings entscheidet das gesellschaftliche Kräfteverhältnis der Klassen.

Die Qualifikationsentwicklung in teilautomatisierten und automatisierten Arbeitsprozessen ist von den Folgen der Polarisierung nicht ausgenommen. Da Polarisierung der Qualifikationen zwar technisch vermittelt ist, aber ihre eigentliche Ursache in der Verwertungslogik des Kapitals hat, ist die Polarisierung der Qualifikationen auch nicht durch Automatisierung schlechthin aufhebbar. Es scheint im Gegenteil, daß mit fortschreitender Automation unter kapitalistischen Bedingungen selbst diejenigen Tätigkeiten einer Polarisierung unterworfen werden, deren hohe Qualifikationen als bisher beständig galten.

Eine Studie des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, die Rationalisierungsvorgänge auf EDV-Basis bei technisch hochqualifizierten Angestellten der Elektroindustrie untersucht, belegt eindrucksvoll, wie im Zuge der Automatisierung die Polarisierung in den Bereich komplexer geistiger Arbeit selbst eindringt und dort die Tätigkeiten in kre-

20 Vgl. dazu Beispiele in Lothar Peter, Werner Petschick und Peeter Raane, *Rationalisierung. Auswirkungen — Antworten*. 5. Nachrichten-Seminar, Referate und Diskussionsbeiträge, Frankfurt am Main, o.J. (1980), S. 13/14 u. S. 22.

21 Vgl. Forschungsgruppe Produktivkraftentwicklung Nordhessen (Gesamthochschule Kassel), *Forderungen für den Schwalm-Eder-Kreis. Grundlinien einer arbeitsorientierten Strukturpolitik für ein unterentwickeltes agrarisch-industrielles Gebiet*, Kassel 1980, besonders S. 208 ff. u. S. 247 ff.

ative dispositive Funktionen zum einen und monotone „repetitive“ Routinearbeiten zum anderen aufspaltet.

Die Autoren der Studie stellen fest, daß mit der Durchsetzung einer „Taylorisierung geistiger Arbeit“ kreative Momente und Entscheidungskompetenzen arbeitsteilig aus den Projektierungs- und Entwicklungsabteilungen herausgelöst werden und in Gestalt einer selbständigen übergeordneten, entscheidungsbefugten und jederzeit interventionsberechtigten Instanz den Angestellten als gleichsam „fremde, sie beherrschende Macht“ gegenüberreten. Indem die Arbeit der betroffenen Angestellten schematisiert und standardisiert wird, nimmt sie auf der Stufe unterer und mittlerer Qualifikationen den Charakter „repetitiver Teilarbeit“ an, während sie auf der Stufe technisch hochqualifizierter und ingenieurmäßiger Arbeitstätigkeit zur Restriktion von Arbeitsautonomie durch den Verlust bisher erforderlicher komplexer Qualifikationen führt:

a) „Prozesse fortschreitender Arbeitsteilung, Schematisierung und Standardisierung von Arbeitsinhalten unter Einschluß EDV-spezifischer Mechanisierungen bilden vor allem in den mittleren und unteren technischen Angestelltenqualifikationen Formen repetitiver Tätigkeiten aus. In ihnen kommen am stärksten Angleichungstendenzen zwischen gewerblicher und angestellter Lohnarbeit zum Ausdruck, die sich — und das sei zur Angleichungsthese hinzugefügt — nicht auf die soziale Lage insgesamt, sondern auf den Grad der Objektivierung und der strukturierenden Prinzipien des Arbeitsprozesses beziehen.

b) die für qualifizierte und hochqualifizierte technische Angestellten-tätigkeiten traditionelle Verbindung von planend-organisierenden und inhaltlich-ausführenden Funktionen, Kennzeichen ihrer bisherigen spezifischen Arbeitsautonomie, löst sich auf und wird organisatorisch voneinander getrennt.

c) für die Mehrheit der technischen Angestellten auch mit partiell innovativen Funktionen wird als Folge dieser Tendenzen die Arbeit sich auf die Tätigkeit von Sachbearbeitern reduzieren und zunehmend der Typus des technischen Detailarbeiters sich herausbilden“²².

Der oben unternommene Versuch, eine theoretische Begründung für die Richtigkeit der Polarisierungsthese zu geben, steht allerdings nicht im Gegensatz zur Anerkennung einer seit der geschichtlichen Entstehung des Kapitalismus sich vollziehenden Höherqualifizierung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters. Hier ist die Unterscheidung zwischen den sich historisch entwickelnden Anforderungen an das durchschnittliche gesellschaftliche Arbeitsvermögen einerseits und der praktischen Realisierung dieses durchschnittlichen Arbeitsvermögens auf der Ebene spezifischer Produktionsprozesse der Einzelkapitale (bzw. des Staates) zu berücksichtigen²³. Während sich die Ausbildung des allgemeinen Arbeitsvermögens an den stofflichen, sozialökonomischen und politisch-ideologischen Durchschnittsbedingungen des Reproduktionsprozesses ausrichtet, setzen die Einzelkapitale (bzw. der Staat) die Arbeitskräfte je nach ihren besonderen Pro-

22 Klaus Hermann/Eckart Teschner, *Taylorisierung geistiger Arbeit? — Entwicklungstendenzen der Arbeits- und Berufssituation technischer Angestellter in der Industrie*. Unveröff. Manuskript, Frankfurt am Main 1971, S. 2/3.

23 Zur näheren Bestimmung des Verhältnisses von „allgemeinem Arbeitsvermögen“ und „Qualifikation“ vgl. Lothar Peter, *Probleme und Tendenzen der Qualifikationsstruktur der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus*, in: *Sozialistische Politik*, 26/1973, S. 7-27.

duktionserfordernissen ein. Dabei können sie sich zwar nicht über die stofflich vermittelte Vergesellschaftungsdynamik der Arbeit hinwegsetzen, da der Verwertungsprozeß ja stets und notwendig auch Produktionsprozeß von Gebrauchswerten ist, aber die Anwendung und Entwicklung von Qualifikationen, in denen sich der Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft für die produktive Konsumtion durch das Kapital kristallisiert, erfolgt nach dem Rentabilitätsprinzip der Einzelkapitale. In die Realisierung des Verwertungszwecks ist die Tendenz zur Senkung des Werts der im Produktionsprozeß fungierenden Kapitalelemente gesetzmäßig eingeschlossen. Eine Senkung des Werts des konstanten wie des variablen Kapitals ist aber (von der stofflichen Seite des Produktionsprozesses her) wiederum nur möglich, wenn die Produktivkraft der Arbeit gesteigert wird. Fortentwicklung der materiell-technischen Basis und Anhebung der dazu erforderlichen Qualifikationen eines Teils des Gesamtarbeiters ermöglicht zugleich die Ökonomisierung der Arbeit anderer Teile des Gesamtarbeiters, deren Arbeitskraft in ihrem Wert bzw. Preis durch Dequalifikation herabgesetzt wird, um im Ergebnis die Verwertungsbedingungen eines bestimmten Kapitals gegenüber den konkurrierenden Einzelkapitalen zu verbessern. Da sich an einem bestimmten Punkt des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses die technisch am weitesten fortgeschrittenen Produktionsformen auf höherem Niveau verallgemeinern, widerspricht die Erscheinung einer Polarisierung der Qualifikationen auf der Ebene der Einzelkapitale nicht der geschichtlich sich durchsetzenden Hebung des allgemeinen durchschnittlichen gesellschaftlichen Arbeitsvermögens. Dies zeigt sich beispielsweise in der zeitlichen Verlängerung der Schulpflichtigkeit an allgemeinbildenden Schulen sowie in der Anhebung formaler Ausbildungsgänge zahlreicher Berufe im Laufe der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft.

Die Annahme, daß über längere Phasen der kapitalistischen Entwicklung hinweg eine Anhebung des Grundniveaus des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens stattfindet, wird von werttheoretischen Überlegungen marxistischer Ökonomen über die Werttendenzen der Arbeitskraft gestützt. Sie bestätigen außerdem die Unterscheidung zwischen langfristiger Anhebung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens und der im konkreten kapitalistischen Produktionsprozeß sich durchsetzenden Widersprüchlichkeit der Qualifikationsstruktur, von der in erster Linie die Arbeiterklasse betroffen sei. So schreibt beispielsweise *J.F. Kusmitschew*: „Infolge des technischen Fortschritts und der Komplizierung der Arbeitsmittel vollzieht sich im Kapitalismus eine Komplizierung der durchschnittlichen gesellschaftlichen Arbeit und steigt das Qualifikationsniveau der Gesamtarbeitskraft der Gesellschaft... Im Kapitalismus wird jedoch der Prozeß der Komplizierung der gesellschaftlichen Arbeit durch das Wirken spezifischer Gesetze, durch das System der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, verzerrt. Das Qualifikationsniveau der Arbeiterklasse erhöht sich wesentlich langsamer als das der Gesamtarbeitskraft der Gesellschaft. Die Berufsstruktur des Gesamtarbeiters jeder einzelnen Fabrik trägt klar ausgeprägten Klassencharakter. Zahlreiche Arbeiter werden in einzelnen Perioden (in Krisenjahren, Zeiten der Stagnation und langer Arbeitslosigkeit, in Perioden der Kriege usw.), aber auch infolge des ‚Absterbens‘ alter Wirtschaftszweige dequalifiziert“²⁴.

24 J.F. Kusmitschew, Das ‚Gesetz der Komplizierung der Arbeit‘ und die Qualifikationsentwicklung der Arbeitskraft, in: IMSF (Hrsg.), Qualifikations- und Werttendenz der Arbeitskraft heute, Frankfurt am Main 1980, S. 15 (Theorie und Methode Bd. IV).

4. Die Position der Projektgruppe „Automation und Qualifikation“

Wenn im folgenden die bisher vorgetragenen Argumente kritisch zu den Auffassungen der Projektgruppe „Automation und Qualifikation“ in Beziehung gesetzt werden sollen, dann bedarf es zunächst der Klärung einiger Mißverständnisse.

1. Die von der Projektgruppe entwickelte Methode zur Erfassung des Zusammenhangs von Automation, Arbeitstätigkeit und Qualifikation geht von den am weitesten fortgeschrittenen Vergesellschaftungsformen der Arbeit aus und macht diese zum Maßstab der Beurteilung von Veränderungen der Qualifikationen. Im Unterschied zu vorliegenden Studien, in denen die Polarisierungsthese vertreten wird, orientiert sich die Projektgruppe weder am Standard handwerklicher Industriearbeit noch an einem Begriff von Kapitalverwertung, mit dem die Entfaltung der Produktivkräfte zu einer abhängig Variablen der betrieblichen Verwertungsstrategien umgedeutet wird.

Statt dessen versucht die Projektgruppe, die sich in den Formen und gegen die Formen kapitalistischer Aneignung herausbildenden neuen produktiven Potenzen der menschlichen Arbeit auf der Grundlage automatisierter Produktionsprozesse herauszuarbeiten und für eine praktisch-politische Nutzung durch die Arbeiterbewegung aufzubereiten. Gewiß ist diese theoretische Konzeption vielen bisherigen gesellschaftskritischen oder marxistisch beeinflussten Forschungsansätzen insofern überlegen, als sie auf die Analyse zukünftiger Entwicklungsformen der Arbeit hin entworfen ist, ohne deren theoretisches Verständnis auch die praktische Interessenpolitik der Arbeiterbewegung auf ein bloß reaktives, am status quo der Arbeitsverhältnisse festhaltendes Handeln beschränkt bleibt.

2. Die Projektgruppe stellt mit ihrer herausfordernden Formulierung „Automation führt zur Höherqualifikation“ keine Behauptung mit empirischem Geltungsanspruch dergestalt auf, daß alle konkret sich abspielenden Automationsprozesse an den von ihnen erfaßten Arbeitsplätzen zwangsläufig und in jedem Fall eine Höherqualifizierung auslösen: „Die These ‚Automation führt zur Höherqualifikation‘ ist daher nicht als Aussage über die Qualifizierung der Arbeitenden zu lesen, — etwa, daß an allen automatisierten Arbeitsplätzen höher qualifizierte Arbeitskräfte vorfindlich sind (eine These, deren empirische Überprüfung nur geringen Aufwand verlangen würde) —, sondern sie ist als Theorem zu lesen, wonach die Automation zwangsweise hervorgetrieben wird und als Arbeitsinstrument innerhalb der Arbeit bestimmend wirkt, so daß neuartige Bedingungen entstehen und als Handlungszwänge in der sozialen Praxis sich bemerkbar machen. Da unter neuen Bedingungen neu über das Ausmaß an Entwicklung und Einfluß entschieden wird, welches die Arbeitenden sich erobern können, entstehen in diesen Auseinandersetzungen Formen, in denen in kapitalistischen Verhältnissen die Anforderungen der automatischen Arbeitsinstrumente an die Entwicklung der Arbeitenden aufgenommen werden und die als konkrete unbekannt sind, selber zur Untersuchung jetzt stehen“²⁵.

Wenn nun sowohl die theoretische Konzeption als auch die von Mißverständnissen bereinigte Formulierung „Automation führt zur Höherqualifikation“ als wissenschaftlich produktiv eingeschätzt werden können, worin liegen dann noch Gegensätze zwischen der Projektgruppe und der von mir vertretenen Auffassung?

²⁵ Projektgruppe Automation und Qualifikation, Band IV: Automationsarbeit, empirische Untersuchungen Teil 1, Argument-Sonderband 43, West-Berlin 1980, S. 23.

Sie betreffen zunächst und vor allem die theoretische Beurteilung der mit der realen Durchsetzung von Automation verbundenen empirischen Erscheinungen von Dequalifikation und Entwertung der Arbeitskraft. Obwohl die Projektgruppe deren tatsächliches Auftreten nicht absolut in Abrede stellt, interpretiert sie Dequalifikationserscheinungen als ein transistorisches Phänomen, dem angesichts der durch Automation eröffneten Entwicklungsperspektive des Menschen in der Arbeit nur untergeordnete Bedeutung beigemessen wird.

Gegen die Polarisierungsthese gerichtet, postuliert die Projektgruppe die Aufhebbarkeit von Dequalifizierung durch Automation und degradiert damit die in der Entfaltung der Produktivkräfte gleichzeitig und strukturell als Widerspruch wirkende Zersetzung, Auflösung und Verdrängung von Arbeitsqualifikationen zu einer wissenschaftlich nicht weiter beachtenswerten Begleiterscheinung: „Zusammenfassend läßt sich festhalten: einige Prognosen, denen zufolge mit der Automation eine Polarisierung der Qualifikationen verbunden sei, sind durch den transistorischen Charakter der zugrunde gelegten empirischen Basis in Frage zu stellen. Arbeitsplätze, an denen aufgrund der in einfachste Arbeitsschritte zerlegten Tätigkeiten eine ‚Dequalifizierung‘ der Arbeitenden ermittelt wurde, sind u.U. durch weitere Automatisierung aufhebbar. Braucht man nicht eine Perspektive, die zur Aufdeckung der neuen Anforderungen und nicht nur zur Feststellung des Verlusts bereits vorhandener Qualifikationsanforderungen verhilft? Die Frage nach dem Schicksal und der Anwendbarkeit vorhandener Fertigkeiten und Fähigkeiten ist für die Bestimmung gewerkschaftlicher Aufgaben im Kampf um Lohn und Sicherheit des Arbeitsplatzes jedes einzelnen Arbeiters zweifellos von großer Bedeutung. Wenn aber die Entwertung der Qualifikationen eines Teils der Arbeitenden Ausdruck der Tatsache sein soll, daß sich neue oder andersartige Qualifikationen als notwendig erweisen, dann ist gerade vom Interessenstandpunkt jener Arbeiter, deren Qualifikation entwertet zu werden droht, Inhalt und Ausbreitungsdynamik der neu- oder andersartigen Qualifikationen zu erfassen, damit rechtzeitig entsprechende Gegenmaßnahmen geplant und durchgesetzt werden können“²⁶.

Die am Schluß des Zitats anklingende Anerkennung empirischer Dequalifikationsercheinungen bleibt jedoch für die Durchführung der Analysen der Projektgruppe weitgehend folgenlos. Hatte sich die Projektgruppe zu Recht dagegen gewandt, in der Entfaltung von Automationsarbeit lediglich den Verlust von Qualifikationen zu beklagen, so droht diese Kritik nun mechanisch ins Gegenteil umzuschlagen. Der die Qualifikationsentwicklung bewegende Widerspruch, dessen Beschränkung auf lediglich restringierende, dequalifizierende Auswirkungen von Automation die Projektgruppe als regressive Betrachtungsweise verworfen hatte, verkürzt sich bei der Projektgruppe selbst auf die Dimension der vorantreibenden dynamischen Potenzen von Automationsarbeit. Das führt schließlich auch in der empirischen Forschung zu problematischen Interpretationen, wie ich am Beispiel des „Von-Hand-Fahrens“ automatischer Anlagen exemplarisch beleuchten möchte²⁷.

Die Projektgruppe versteht das „Von-Hand-Fahren“ automatischer Anlagen und Aggregate als eine hochentwickelte Arbeitstätigkeit, in der sich das ganze Spektrum der

26 Projektgruppe Automation und Qualifikation, Band III: Theorien..., a.a.O., S. 17.

27 Vgl. im folgenden Projektgruppe Automation und Qualifikation, Band IV: Automationsarbeit..., a.a.O., S. 147-169.

durch Automation gesetzten Arbeitsanforderungen widerspiegelt. Obwohl eingeräumt wird, daß die Notwendigkeit des „Von-Hand-Fahrens“ auf technische Defizite des Entwicklungsstandes und der Funktionsfähigkeit automatisierter Arbeitsprozesse verweise, wird daran festgehalten, daß gerade in störungsbedingten Situationen des „Von-Hand-Fahrens“ das Erfordernis umfassender Beherrschung und Aneignung des systemhaften inneren Zusammenhanges automatischer Anlagen gebieterisch seinen praktischen Ausdruck erlange.

Selbst wenn man der Argumentation der Projektgruppe so weit folgen will, stellt sich die Frage, ob das, was vom Standpunkt der Automationsarbeiter für das „Von-Hand-Fahren“ im Störfall an Qualifikationen notwendig wäre, in der realen Ausformung der Qualifikationsstruktur auch tatsächlich in Erscheinung tritt und praktisch wirksam werden kann.

Am Fall einer modernen, 1974 eingerichteten Warmbreitbandstraße eines stahlproduzierenden Großbetriebs im norddeutschen Raum läßt sich zeigen, daß die für die allerdings häufig eintretende Störsituation erforderlichen Qualifikationen des selbständigen „Von-Hand-Fahrens“ an den entsprechenden Arbeitsplätzen äußerst ungleichmäßig verteilt sind²⁸. Über weiterreichende, nie jedoch analytisches Niveau erreichende Kenntnisse der Anlage verfügen nur die sogenannten Fertigwalzer. Sie können, wenn der Prozeßrechner „aussteigt“ oder das Band „flattert“, aber auch bei Programmänderungen der laufenden Produktion durch Umstellung auf „Von-Hand-Fahren“ in den Produktionsprozeß intervenieren. Gegenüber diesen Fertigwalzern sind die übrigen Steuerleute weisungsgebunden. Sie sind nicht in der Lage, selbständig diejenigen Korrekturen vorzunehmen, die im Störfall oder bei unvorhergesehenen Programmänderungen objektiv erforderlich sind. Während die Fertigwalzer die höchste Lohngruppe (LG 10) plus Zuschläge erhalten, sind die 1. Steuerleute überwiegend in Lohngruppe 9 und die 2. Steuerleute in Lohngruppe 8 eingestuft, wobei sich je nach Betriebszugehörigkeit und anderen Kriterien die Lohndifferenzierung nach unten verlängern kann. Abgesehen davon, daß auch die Fertigwalzer keineswegs über Qualifikationen auf wissenschaftlichem Niveau verfügen, belegt die Differenzierung der Qualifikationen bei den Steuerleuten, daß zwar einerseits nach Umstellung des Warmwalzwerks auf die neue Breitbandstraße die Qualifikationen der allerdings zahlenmäßig verringerten Schichtbelegschaften insgesamt nicht gesunken sind, sich aber andererseits die Qualifikationsdifferenzierung auf höherer technischer Stufenleiter wiederherstellt.

Qualifikationen, die den Fertigwalzern aufgrund der Produktivkraftentwicklung zugestanden werden müssen, werden den übrigen Steuerleuten vorenthalten. Vom Interessenstandpunkt der gesamten Gruppe der Steuerleute her betrachtet, handelt es sich durchaus um eine Qualifikationspolarisierung, in der die Logik der Kapitalverwertung dem Interesse aller Steuerleute an einer möglichst umfassenden qualifikatorischen Beherrschung der gegenständlichen Arbeitsbedingungen und einer entsprechenden Entlohnung entgegengesetzt ist.

Eine der Ursachen für die optimistischen Prognosen der Projektgruppe, die kritische Gegenstimmen herausgefordert haben, liegt vermutlich in der problematischen Bezugsbasis der empirischen Untersuchung; denn die Projektgruppe erhebt ihr Datenmaterial

28 Vgl. unveröffentlichtes Arbeitspapier über die Arbeitsorganisation eines Warmwalzwerks im norddeutschen Raum, Bremen (Universität) 1977.

hauptsächlich an solchen Arbeitsplätzen, an denen schöpferische Aspekte der Arbeit, Identifikation mit der Arbeit, Problemlösungsinteresse, Verantwortungsbewußtsein und kooperative Arbeitsbeziehungen in relativ hohem Maß kumulieren²⁹. Nun läßt sich jedoch Automation nicht auf Arbeitstätigkeiten reduzieren, die in der Tat beweisen, daß der Kapitalismus nicht in jedem Falle Dequalifikation bewirkt, sondern — zumindest in begrenztem Ausmaß — schöpferische Fähigkeiten der Produzenten in Anspruch nehmen muß, ohne die der Kapitalverwertung eine wichtige Grundlage entzogen würde. Allerdings spiegeln sich die „sozialen Folgen“ der Automation nicht allein in der Arbeit hochqualifizierter Systemanalytiker, Programmierer, Operatoren, Meßwarte und Regeltechniker, sondern ebenso — wenn nicht sogar in weitaus typischeren Erscheinungsformen — in solchen Arbeitsfunktionen wider, die massenhaft substituierbar sind und in denen sich gleichsam die „Normalstruktur“ von Automationsarbeit verkörpert. Obwohl die Beschreibung des Samples der Projektgruppe auch Hinweise darauf enthält, daß vergleichsweise niedrig qualifizierte Gruppen von Automationsbeschäftigten wie Locherinnen und Datentypistinnen ebenfalls berücksichtigt wurden, liegt das Schwergewicht der Dateninterpretation ganz offenkundig auf hochqualifizierten Automationsarbeiten. Sowohl in der Struktur der Stichprobe als auch in der selektiven Auswertung des Datenmaterials ist deshalb die Gefahr einer die wirkliche Qualifikationsentwicklung verzerrenden theoretischen Interpretation angelegt.

Neuere empirische Studien, die sich wie die Untersuchungen der Projektgruppe von einem „arbeitsorientierten“ Wissenschaftsverständnis lenken lassen, kommen, indem sie die Durchschnittsbedingungen von Automationsarbeit zum Gegenstand haben, zu Ergebnissen, die denen der Projektgruppe teilweise diametral entgegengesetzt sind.

Diese Studien stützen eher die Position der Vertreter der „Polarisierungsthese“. W. Kudera u.a., die Betriebsräte von 84 Betrieben der bayerischen Metallindustrie über die Auswirkungen von Rationalisierungen auf die Angestellten befragten, stellten eindeutig fest, daß der Einsatz von EDV sowie andere technische und arbeitsorganisatorische Rationalisierungen positive Veränderungen der Arbeitssituation allenfalls — von wenigen Ausnahmen abgesehen — für höher gruppierte Angestellte in leitenden Funktionen nach sich ziehen. Dagegen werden die negativen Folgen auf die Arbeitsbelastung, die Dispositionsspielräume in der Arbeit, auf die Arbeitsinhalte und Qualifikationen als so gravierend beschrieben, daß sie kaum etwas von jener optimistischen Perspektive erkennen lassen, die sich nach Auffassung der Projektgruppe den Automationsarbeitern erschließt³⁰. Bestätigt wird die „Polarisierungsthese“ weiterhin von einer im Auftrag des Bundesministers für Forschung und Technologie durchgeführten, inhaltlich gleichwohl „arbeitsorientierten“ Studie über EDV-Systeme und Arbeitsorganisation. Obwohl diese 1977 als Forschungsbericht veröffentlichte Studie auf einer schmalen empirischen Basis aufbaut — untersucht werden jeweils drei Unternehmen der Stahlindustrie und des Bankgewerbes — und wegen des weitgehend qualitativen Charakters der empirischen Forschungsmethode nur bedingt verallgemeinerungsfähige Aussagen zuläßt, dürfen die zumindest in der Frage der Qualifikationsentwicklung gezogenen dezidierten Schlußfolgerungen als Beleg gelten, der die „Polarisierungsthese“ stützt: „Zusam-

29 Vgl. Projektgruppe Automation und Qualifikation, Band IV: Automationsarbeit..., a.a.O.

30 Werner Kudera/Konrad Ruff/Rudi Schmidt/Theodor Wentzke, Betriebliche Rationalisierung und Angestellte. Eine Umfrage unter Betriebsräten der bayerischen Metallindustrie, Köln 1979.

menfassend läßt sich sagen, daß der EDV-Einsatz im Hinblick auf die Qualifikationsanforderungen zweierlei wichtige Veränderungen mit sich bringt: Während routinisierte Arbeiten herkömmlicher Art weitgehend dadurch entfallen, daß sie auf Maschinen übertragen werden, findet gleichzeitig eine Abspaltung und Reorganisation der Arbeitsaufgaben statt, die in der Tendenz darauf hinaus läuft, daß neben wenigen höherqualifizierten Tätigkeiten neue minderqualifizierte entstehen bzw. alte reproduziert werden³¹.

Von der Polarisierung seien in erster Linie Sachbearbeitertätigkeiten auf mittlerer Qualifikationsstufe und Tätigkeiten auf unterer, ausführender Qualifikationsstufe betroffen. Obwohl an einzelnen Arbeitsplätzen neue Qualifikationen entstünden und Arbeitsfunktion mit bereits dispositivem Charakter teilweise qualifikatorisch angereichert würden, verringert der EDV-Einsatz insgesamt den Qualifikationsgrad der Belegschaften. Deshalb sehen die Autoren der Studie ihre Hypothese vom „abnehmenden quantitativen Gewicht der menschlichen Arbeit“ im Zuge der Automation zumindest hinsichtlich des Personalbestandes und der Qualifikationshöhe sowohl in der materiellen Produktion (Stahlindustrie) als auch in Arbeitsprozessen der Zirkulation (Bankgewerbe) als im wesentlichen verifiziert an.

5. Qualifikationsentwicklung und Strategie der Arbeiterbewegung

Forschungsergebnisse, die den bedrohlichen Charakter von Automation für die Arbeitsbedingungen und die Qualifikation unterstreichen, finden ihre überzeugendste Bestätigung in der Praxis der Klassenauseinandersetzungen selbst. Hier zeigt sich nämlich, daß der Prozeß der Automation unter kapitalistischen Bedingungen zwar einerseits höhere Qualifikationen erfordert, andererseits aber Technologien ermöglicht, die — und das ausschließlich ist ihr ökonomischer Zweck — menschliche Arbeit auf breiter Front verdrängen, um den Verwertungsgrad des eingesetzten Kapitals zu erhöhen.

In dem Maß, wie Automation die technisch-organisatorischen Durchschnittsbedingungen zahlreicher arbeitsintensiver Arbeitsprozesse zu prägen beginnt, verbreitert und beschleunigt sich die Dequalifikationstendenz für große Beschäftigtengruppen, wie z.B. Bildschirmarbeit an vielen Arbeitsplätzen schon jetzt deutlich macht³². Diese Tendenz wird jedoch nicht durch die weitere Entfaltung der Produktivkräfte selbst aufgehoben, sondern verlangt — vom Interessenstandpunkt der betroffenen Lohnabhängigen her gesehen — den organisierten praktischen Widerstand gegen die Auswirkungen dieser neuen technologischen „Kriegsmittel des Kapitals“ (*Marx*) gegen die lebendige Arbeit. Die während der vergangenen Jahre in der Metall- und Druckindustrie geführten Arbeitskämpfe gegen Dequalifizierung und Abgruppierung liefern den Beweis dafür, daß die widersprüchliche Entwicklung der Qualifikationsstruktur durch die Bewegung des Kapitals bestimmt ist. Daß die Gewerkschaften sich von ihren früher häufig vorgebrachten sorglos optimistischen Einschätzungen des technischen Fortschritts auch unter dem Aspekt der Qualifikationen zu lösen beginnen, hat sich in dem neuen Grund-

31 G. Brandt/B. Kündig/Z. Papadimitriou/J. Thoma, Sozioökonomische Aspekte des Einsatzes von Computersystemen und ihre Auswirkungen auf die Organisation der Arbeit und die Arbeitsplatzstruktur, Frankfurt am Main 1977, S. 220.

32 Vgl. DGB (Hrsg.), Bildschirmarbeit — human gestalten, Düsseldorf 1980.

satzprogramm des DGB niedergeschlagen, wo der Dequalifizierung der Kampf angesagt wird³³.

In diesem Zusammenhang muß außerdem hervorgehoben werden, daß sich Prozesse der Dequalifizierung nicht auf Veränderungen der Arbeitssituation der lohnabhängig Beschäftigten beschränken, sondern daß Arbeitslosigkeit auch als spezifische Form von Dequalifikation und zwar als die für die Betroffenen härteste und folgenschwerste zu bezeichnen ist. Darauf hinzuweisen ist gerade deshalb wichtig, weil auch die gesellschaftskritische sozialwissenschaftliche Qualifikationsforschung dazu neigt, ihr Interesse auf diejenigen Gruppen der Lohnabhängigen zu begrenzen, die (noch) im Arbeitsprozeß stehen. Aussagen über die Richtung der Qualifikationsbewegung, die den Tatbestand von Arbeitslosigkeit als gesetzmäßige Folge der zyklischen Schwankungen kapitalistischer Akkumulation ausklammern, abstrahieren davon, daß Veränderungen der Qualifikationsstruktur an die Arbeitskraft als Ware, also an deren Verkaufs- und Reproduktionsbedingungen gebunden sind. Die Entwicklung von Qualifikationen im Produktionsprozeß setzt voraus, daß ihre gesellschaftlichen Träger, die Lohnarbeiter, Beschäftigung finden; denn das Kapital hat an bestimmten Qualifikationen nur insoweit Interesse, als es sie im Produktionsprozeß zum Zweck der Verwertung „produktiv konsumieren“ kann. Die der Arbeitslosigkeit unter dem Gesichtspunkt der Qualifikationsentwicklung zukommende sozialökonomische Bedeutung hat der französische Marxist *Pierre Noppart* folgendermaßen zutreffend beschrieben: „Die Arbeitslosigkeit ist der erste Ausdruck dieser Krise der Qualifikation: sie nimmt die Form einer gigantischen Vergeudung menschlicher Produktivkräfte an und betrifft diejenigen, die das Kapital aus dem Produktionsprozeß herausdrängt sowie diejenigen, die es außerhalb in Reserve hält. Die Dauer der Berufstätigkeit und die Berufserfahrung schützen die Werk-tätigen immer weniger vor dem Dequalifizierungsrisiko, das aus den Betriebsschließungen und den ungerechtfertigten Entlassungen resultiert. Man vergeudet die erworbene Berufserfahrung. Die erzwungene Rotation der Arbeitskräfte im Betrieb, die Intensivierung der produktiven Arbeit und die Überschwemmung des Arbeitsmarktes durch eine wachsende Zahl von Leuten, die eine qualifizierte Beschäftigung suchen, führen dazu, daß die Arbeitsplätze im Produktions- und Dienstleistungsbereich immer instabiler und immer stärker angreifbar werden. Die Gefühle der Unsicherheit und Zukunftsangst, die sie bei den arbeitenden Menschen hervorrufen, sind eine wichtige Dimension der Beschäftigungs- und Qualifikationskrise“³⁴.

Welche Schlußfolgerungen sind aus den bisherigen Überlegungen für eine Kritik an den theoretischen und methodologischen Positionen der Projektgruppe „Automation und Qualifikation“ zu ziehen? Eine erste zusammenfassende Antwort lautet: Dequalifizierung und Entlassung als schärfste Formen von Qualifikationsverlust, die durch den kapitalistisch vorangetriebenen und angewandten wissenschaftlich-technischen Fortschritt verursacht werden, lassen sich durch Qualifikationspolitik nur erfolgreich bekämpfen, wenn diese nicht zum Dreh- und Angelpunkt antikapitalistischer Strategie

33 Vgl. den Wortlaut des neuen Grundsatzprogramms in: Nachrichten zur Wirtschaft- und Sozialpolitik, 4/1981, S. 14. Ferner: M. Jansen/K. Pickshaus, Das Grundsatzprogramm der DGB. Antwort auf die Probleme der 80er Jahre? in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/1981, S. 720ff.

34 Pierre Noppart, Die Vergeudung der Qualifikation — eine systematische Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Frankreich, in: IMSF (Hrsg.), Qualifikations- und Werttendenz der Arbeitskraft heute..., a.a.O., S. 171 und 173/174.

deklariert, sondern als ein spezifisches, an Bedeutung gewinnendes Kampffeld begriffen wird, das die „traditionellen“ Frontlinien zwischen Kapital und Arbeit erweitert. Als Erscheinungsformen, die in den strukturellen Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Akkumulation begründet sind, erfordern Prozesse der Dequalifizierung und Entwertung der Arbeitskraft seitens der Arbeiterbewegung strategische Antworten, die zwar die Dimension der Entwicklung des Menschen in der Arbeit als wesentliches Element einbeziehen, gleichzeitig aber, über Probleme der Stellung der Arbeitenden im technisch hochentwickelten Arbeitsprozeß hinausgehend, die Frage beantworten, wie die Arbeiterklasse in den Mechanismus der Akkumulation eingreifen kann. Die Bewegungsform der monopolkapitalistischen Akkumulation als dominierendes gesellschaftliches Verhältnis ist den konkreten Erscheinungsformen der Produktivkraftentwicklung und also auch der Qualifikationsstruktur logisch vorausgesetzt und konstituiert diese überhaupt erst.

Forderungen, die sich auf eine Höherqualifizierung der Arbeitenden im unmittelbaren Produktionsprozeß beziehen, müssen deshalb mit politischen Forderungen verknüpft werden, deren praktische Durchsetzung es der Arbeiterbewegung ermöglicht, auf strukturelle Entscheidungen über Entwicklung und Einsatz von Produktivkräftelementen betrieblich und überbetrieblich Einfluß zu nehmen.³⁵

Was von der Projektgruppe hinsichtlich der Funktion von Mitbestimmung, Arbeiterkontrolle, Investitionslenkung und struktur- und regionalpolitischen Steuerungsinstrumenten entweder nur zaghaft oder beiläufig angesprochen wird, muß in den Mittelpunkt wissenschaftlicher Überlegungen treten, die sich der Unterstützung der Arbeiterbewegung verpflichtet fühlen.

Es gilt deshalb, die Frage zu diskutieren und fortschreitend besser und konkreter zu beantworten, wie die aus den materiellen Bedingungen technisch hochentwickelter Arbeitsprozesse sich ergebenden Anforderungen an die Arbeitenden in eine Strategie antikapitalistisch-demokratischer Reformen einbezogen werden, die den Arbeits- und Lebensbedingungen der Gesamtheit der Lohnabhängigen und nicht nur einzelner ihrer Abteilungen Rechnung trägt.

Es ist die Ungleichzeitigkeit und Widersprüchlichkeit kapitalistischer Produktivkraftbewegung selbst, die den wissenschaftlich zu begründenden Vermittlungsprozeß der Interessen aller Lohnabhängigen erfordert, will die Analyse der Produktivkräfte und der Entwicklung der menschlichen Arbeit empirisch die Totalität der Arbeitsbedingungen nicht verfehlen und nicht zu einer Privilegierung derjenigen Beschäftigungsgruppen führen, die an der Spitze der Produktivkraftentwicklung stehen.

35 Vgl. Lothar Peter, *Wissenschaftlich-technischer Fortschritt, neue Technik und Arbeiterbewegung*, in: *Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 2/1979*, Frankfurt am Main 1979.

Diskussionsrunde des IMSF zum Thema „Technische Entwicklung, Qualifikations- und Werttendenz der Ware Arbeitskraft heute“

Johanna Hund

Im November 1980 veranstaltete das IMSF eine Diskussion mit Wissenschaftlern und Gewerkschaftern zu einem außerordentlich aktuellen und strittig diskutierten Problemkomplex: Wie können wir die Entwicklungstendenzen von Technologie, Qualifikation und Wert der Arbeitskraft interpretieren, wie die ökonomischen und qualifikatorischen Interessen und das Bedürfnis nach individueller und gesellschaftlicher Entwicklung der Lohnabhängigen in diesem vom Kapital vorangetriebenen und bestimmten Prozeß einklagen, und wie alle Seiten gegenwärtiger technologischer und ökonomischer Arbeitsbedingungen zum Gegenstand gewerkschaftlichen Kampfes machen?

Die in drei Themenschwerpunkte gegliederte Diskussion leiteten ein:

1. *Eberhard Dähne* (IMSF): Theoretische Probleme der Qualifikations- und Werttendenz der Arbeitskraft heute.
2. *Frigga Haug* (Projekt Automation und Qualifikation) und *Lothar Peter* (Uni Bremen): Theoretische und empirisch-soziologische Probleme der Analyse der Qualifikationsentwicklung heute.
3. Ein Gewerkschaftskollege: Qualifikationsanforderungen heute und Probleme der beruflichen Bildung — Konsequenzen für die gewerkschaftliche Arbeit.

1. Wert der Arbeitskraft heute

Die Frage nach dem Wert der Ware Arbeitskraft *heute* kann diesen nur als historische Kategorie verstehen (wie übrigens bei jedem Lohnkampf deutlich wird). Sie ist deswegen für uns von zentraler Bedeutung, weil 1. das Besondere der Ware Arbeitskraft gerade darin besteht, daß sie die einzige Quelle kapitalistischer Wertschöpfung ist und damit ihr Wert den möglichen Grad der Ausbeutung bestimmt, also unmittelbar die Profitmaximierung berührt; und weil 2. im Wert der Arbeitskraft sich nicht nur die materiellen, sondern auch „historische und moralische“ (*Marx*) Aspekte der Reproduktionsbedingungen der Lohnabhängigen widerspiegeln, d.h. auch die Frage nach dem allgemeinen Qualifikationsniveau, den kulturellen, Freizeit- und Erholungsbedürfnissen aufgeworfen ist. Und schließlich ist 3. die Frage nach der Entwicklung des Werts der Arbeitskraft die Frage nach der Entwicklung des Reallohns, weil dieser sich trotz möglicher historischer und ökonomischer Besonderheiten letztendlich um den jeweiligen Wert, d.h. die Reproduktionskosten bewegt — auch wenn dies kein Automatismus ist und, obwohl Bedingung der Kapitalreproduktion selbst, immer nur Resultat ökonomischer Klassenkämpfe sein kann.

Die Meinungen unter Marxisten über die Entwicklungstendenz des Werts der Ware Arbeitskraft sind erstaunlicherweise geteilt¹: Eine Position vertritt die Ansicht, daß eine wertsenkende Tendenz der Arbeitskraft zu beobachten ist, während eine andere das Gegenteil, Tendenzen zur Wertsteigerung, aufzeigen zu können glaubt. Dreh- und Angelpunkt für die Begründung der einen wie der anderen Position sind die Reproduktionskosten der Arbeitskraft. So wird eine wertsenkende Tendenz darin gesehen, daß sich die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit zur Herstellung auch solcher Güter, die der Reproduktion der Arbeitskraft dienen, auf Grund der gestiegenen Produktivität enorm verkürzt hat, also deren Wert bzw. Preis gesunken ist und sich damit auch die Reproduktionskosten verringern. Auch ein Anwachsen der Frauenarbeit und geringere Kinderzahl senken die Reproduktionskosten eines Lohnabhängigen, setzt man die Bedürfnisse konstant: „Indem die Maschinerie alle Glieder der Arbeiterfamilie auf den Arbeitsmarkt wirft, verteilt sie den Wert der Arbeitskraft des Mannes über seine ganze Familie. Sie entwertet daher seine Arbeitskraft.“² Schließlich können auch politische Faktoren wie Konkurrenz unter den Arbeitenden (ganz sicherlich z. B. die immer noch geduldete Lohndiskriminierung bei Frauen) oder mangelnder Erfolg bei Lohnkämpfen wertsenkend wirken.

Auf der anderen Seite wird für die steigende Tendenz des Werts der Arbeitskraft angeführt, daß sich gerade die Reproduktionsbedingungen von einer extensiv erweiterten hin zu einer „intensiv erweiterten Reproduktion der Arbeitskraft“³ verändert haben. Die intensiv erweiterte Reproduktion der Arbeitskraft ist zurückzuführen auf einen „neuen Reproduktionstyp des Kapitals“: Seit den 50–60er Jahren läßt sich eine Wende von einer vorwiegend extensiv zu einer vorwiegend intensiv erweiterten Reproduktion des Kapitals beobachten. Das rührt vor allem daher, daß einer beliebigen Ausweitung der Produktion sowohl hinsichtlich des Territoriums als auch in Bezug auf die Rekrutierung neuer Arbeitskräfte (z. B. durch weitere Proletarisierung von Kleinbauern und etwa ausländischen Landarbeitern) objektiv Grenzen gesetzt sind. Bedeutete extensiv erweiterte Reproduktion des Kapitals den Einsatz von vorwiegend mehr „einfacher“ (unqualifizierter) Arbeit (zweifellos findet auch diese Form der Kapitalreproduktion nach wie vor statt), so basiert intensiv erweiterte Reproduktion des Kapitals vorwiegend auf Intensifikation des Einsatzes vorhandener Arbeitskräfte, zu verstehen als stärkeres Ausschöpfen des Arbeitsvermögens sowohl hinsichtlich der Qualifikation als auch der physischen Leistungsfähigkeit.

Das die Mehrwertmasse steigernde Prinzip bei intensiv erweiterter Reproduktion ist mehr Einsatz von „komplizierter“ (qualifizierter) Arbeitskraft, weil komplizierte (qualifizierte) Arbeitskraft pro Zeiteinheit mehr Wert auf das neu herzustellende Produkt überträgt als einfache (unqualifizierte) Arbeitskraft und damit die notwendige Arbeitszeit verkürzt, d. h. der Grad der Ausbeutung gesteigert werden kann. Komplizierte Arbeit „ist die Äußerung einer Arbeitskraft, worin höhere Bildungskosten eingehen, deren Produktion mehr Arbeitszeit kostet und die daher einen höheren Wert hat als einfa-

1 Das IMSF hat diese Diskussion veröffentlicht in seiner Reihe *Theorie und Methode*, Bd. IV: *Qualifikations- und Werttendenz der Arbeitskraft heute*, Frankfurt/M. 1980

2 Marx, *Das Kapital*, I. Bd., MEW Bd. 23, S. 417

3 Autorengruppe „Proletariat in der BRD“, Erste Zusammenfassung (1974): *Die intensiv erweiterte Reproduktion der Arbeitskraft und das Wertproblem*; in: *Theorie und Methode IV*, a.a.O., S. 65

che Arbeitskraft. Ist der Wert dieser Arbeitskraft höher, so äußert sie sich daher auch in höherer Arbeit und vergegenständlicht sich daher, in denselben Zeiträumen, in verhältnismäßig höheren Werten."⁴ Voraussetzung dafür sind jedoch qualifiziertere, besser ausgebildete, physisch und psychisch leistungsfähigere Arbeitskräfte, d. h. Voraussetzung ist eine intensiv erweiterte Reproduktion der Arbeitskraft; sie ist gleichzeitig Bedingung der Kapitalverwertung, wenn auch nur durch den Kampf der Arbeiterklasse realisierbar.

Intensiv erweiterte Reproduktion der Arbeitskraft heißt ein Mehr an Bildung, an beruflicher Qualifikation, an Erholungs- und Gesundheitsvorsorge u. a. m.; die hierfür notwendigen materiellen Mittel zur Entwicklung und Erhaltung von Arbeitsfähigkeit erhöhen den Wert der Ware Arbeitskraft. Diese den Wert der Arbeitskraft steigernde Tendenz läßt sich nachweisen z. B. anhand von Statistiken über längere Bildungs- und Ausbildungszeiten der letzten 10—20 Jahre (ein allerdings nur formaler Hinweis), in Verschiebungen innerhalb der Leistungsgruppen zugunsten angelernter bzw. Facharbeitertätigkeiten (sie repräsentieren jedoch nicht unbedingt tatsächliche Tätigkeitsanforderungen) und schließlich anhand einer steigenden Reallohnentwicklung bei gleichzeitig wachsenden Beschäftigungszahlen bis zum Anfang der 70er Jahre.

Theoretisch interessant ist diese Diskussion deshalb, weil weitreichende Probleme inbegriffen sind wie die Frage nach einer gesetzmäßigen Tendenz zur komplizierter werdenden Arbeit, die, wie oben angedeutet, Basis des wachsenden Wertprodukts ist. Mit anderen Worten: Die Entwicklung der Produktivkräfte realisiert sich nicht nur in zunehmend vervollkommener bzw. ganz neuer Technologie, sondern es handelt sich hier um einen Prozeß, der bekanntermaßen alle Elemente miteinbezieht, also Arbeitsinstrumente, Arbeitsgegenstand und lebendige Arbeit. Undenkbar ist, daß gerade lebendige Arbeit auch unter kapitalistisch vorangetriebenen Entwicklungsbedingungen massenhaft oder längerfristig unter dem Niveau der materiell-technischen Produktionsweise gehalten werden kann. Im Gegenteil: Die zunehmende Kompliziertheit der Arbeit widerspiegelt gleichzeitig ein zunehmendes Gewicht der lebendigen Arbeit im Arbeitsprozeß, die insofern qualifikatorisch nicht auf Dauer an eine überkommene Entwicklungsstufe der kapitalistischen Produktionsweise gekettet bleiben kann. Fraglich muß auch bleiben, ob der bisher üblichen kapitalistischen Arbeitsteilung, komplizierte Arbeit so zu zergliedern, daß sie auf einfache Arbeit reduzierbar ist, nicht Grenzen gesetzt sind. „Der Grad der Kompliziertheit der Arbeit hängt von verschiedenen Faktoren ab: von der Zusammensetzung und Kompliziertheit der in der Produktion angewandten Arbeitsmittel und -gegenstände, von der Kompliziertheit des technologischen Prozesses, der Arbeitsbedingungen und von dem Niveau der Entwicklung der Arbeitskraft, ihrer Qualifikation. Zwischen Kompliziertheitsgrad der vergegenständlichten und der lebendigen Arbeit besteht also ein innerer notwendiger Zusammenhang."⁵ Zu verstehen ist dieser allgemeine gesetzmäßige Prozeß zunehmender Kompliziertheit der Arbeit auf einer sehr abstrakten, die gesellschaftliche Gesamtarbeit betreffenden Ebene; für die Situation der einzelnen Arbeitskräfte wirkt sich dieses Gesetz unter kapitalistischen Bedingungen äußerst widersprüchlich aus.

⁴ Marx, a.a.O., S. 212

⁵ Autorengruppe „Proletariat in der BRD“, a.a.O., S. 70f.

Eberhard Dähne brachte in seinem Referat einige Kritikpunkte zum Theorem zunehmender Kompliziertheit der Arbeit und, damit verbunden, einer wachsenden Qualifizierung der Arbeitskraft. Er hob hervor, daß Intensifikation der Arbeit — sei es von der physischen Leistungskraft oder von höherer Qualifikation her gesehen — nie losgelöst von der gleichzeitigen Steigerung der Produktivität als einer gegenläufigen, den Wert der Produkte und damit auch der Arbeitskraft senkenden Tendenz diskutiert werden kann. Produktivitätssteigerung ihrerseits ist entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Jagd nach Extraprofiten. Ein wesentliches und noch ungelöstes Problem scheint ihm ein diachronischer Vergleich von Qualifikationen; wie überhaupt läßt sich Qualifikation definitorisch fassen? Qualifikation kann nie klassenneutral verstanden werden. Qualifikationsanforderungen des Kapitals z. B. sind inhaltlich primär vom Verwertungsprozeß abgeleitet, d. h. von hier aus gesehen geht es in erster Linie um Arbeitstugenden und formale Mindestqualifikationen. Das Qualifikationsinteresse der Arbeiterklasse dagegen kann sich nicht auf die engen Grenzen kapitalistischer Produktion beschränken, sondern bemißt sich einerseits an den jeweils historischen Erfordernissen der Produktivkraftentwicklung (schließlich ist ja der Mensch Hauptproduktivkraft) und andererseits an den Bedürfnissen der Arbeitenden selbst als lebendiger Persönlichkeiten. (Schließlich sind die konkreten Qualifikationsanforderungen stets Resultat des Kampfes dieser gegensätzlichen Interessen — J. H.)

Ein weiteres Problem ist die Frage nach dem Stellenwert nützlicher gebrauchswertschaffender Arbeit. Wie wirken sich kapitalistische Arbeitsteilung und Arbeitsorganisation auf die Qualifikation aus? Oder anders: Wird nicht heute noch ähnlich den Prinzipien manufakturmäßiger Teilung der Arbeit verfahren, wie sie *Marx* beschrieb: „Die geistigen Potenzen der Produktion erweitern ihren Maßstab auf der einen Seite, weil sie auf vielen Seiten verschwinden. Was die Teilarbeiter verlieren, konzentriert sich ihnen gegenüber im Kapital. Es ist ein Produkt der manufakturmäßigen Teilung der Arbeit, ihnen die geistigen Potenzen des materiellen Produktionsprozesses als fremdes Eigentum und sie beherrschende Macht gegenüberzustellen... In der Manufaktur ist die Bereicherung des Gesamtarbeiters und daher des Kapitals an gesellschaftlicher Produktivkraft bedingt durch die Verarmung des Arbeiters an individuellen Produktivkräften.“⁶ Auch heute lasse sich z. B. feststellen, daß zunehmend mehr produktive Potenzen der Arbeitenden automatisierter Maschinerie übertragen werden, selbst in vor- und nachbereitenden Bereichen der Produktion.

Als Drittes verwies *Dähne* auf Probleme der Aussagekraft von Statistiken. Für die BRD läßt sich z. B. anhand von Statistiken in den 60er Jahren eine Zunahme von Ingenieuren/Technikern und Facharbeitern mit ingenieurtechnischen Qualifikationen nachweisen. Ist dies Ausdruck steigenden Bedarfs an hochqualifizierten Berufen und einer zunehmenden wissenschaftlichen Durchdringung der Produktion oder lediglich einer Übergangsperiode von mechanischer zu automatischer, mittels elektronischer Steuerungssysteme betriebener Produktion, wo nur für den Übergang, also die Phase der Installation neuer Anlagen, mehr qualifizierte Arbeitskräfte benötigt werden? Denn Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre reduzieren sich die Zahlen hochqualifizierter Berufe in den Statistiken wieder. Zugespitzt: Könnten nicht die Indikatoren eines zu einem

6 *Marx*, a.a.O., S. 382

Gesetz (zunehmende Kompliziertheit der Arbeit) erhobenen Prozesses in Wirklichkeit Ausdruck von Übergangsperioden in der Entwicklung der Produktivkräfte sein?

Allerdings will auch *Dähne* nicht bestreiten, daß die „produktive Potenz“ des Gesamtarbeiters gestiegen ist, obwohl sich „die konkreten Qualifikationen der angewandten Einzelarbeit äußerst widersprüchlich entwickeln, wenn nicht gar verringern“. Er spitzte schließlich seine Kritikpunkte zu der Gegenfrage zu, ob nicht die gegenwärtige Produktivkraftentwicklung für den arbeitenden Menschen als Hauptproduktivkraft außerordentlich negativ verlaufe, die physischen und psychischen Qualifikationsanforderungen eher zu einer zunehmenden Zerstörung der Arbeitskraft führten und ob dies nicht überhaupt ein charakteristisches Kennzeichen der Produktivkraftentwicklung unter kapitalistischen Bedingungen sei.

Die anschließende Diskussion war genauso kontrovers, wie sich die Wirklichkeit widersprüchlich darstellt. Zu Beginn stand ein Appell, sich vorab über den Qualifikationsbegriff zu verständigen. Da diese Forderung — so berechtigt sie war — das Defizit der marxistischen Sozialwissenschaften zu diesem Problem aufzeigte, war auch die Diskussionsrunde überfordert. Definitionsvorschläge wie: Qualifikation sei die Fähigkeit, Natur und Gesellschaft in ihren Gesetzmäßigkeiten zu durchschauen (*Frigga Haug*), oder: Qualifikation muß aus den realen Entwicklungen der Produktionsmittel und den sich daraus ergebenden Anforderungen abgeleitet werden (*Kaspar Maase*) konnten denn auch den Anwesenden nicht vermittelt werden.

Die Diskussion landete sofort beim Streit um die Qualifikationsentwicklung. Interessant war, daß gerade Kollegen aus dem Gewerkschaftsbereich beide Tendenzen beschrieben: sowohl höhere Qualifikationsanforderungen bei neuen, technisch hochentwickelten Arbeitsplätzen als auch eine neue Form von Aufspaltung und Reduktion auf einfache, relativ voraussetzungslose Tätigkeiten. Nichts anderes widerspiegelt sich m.E. in Argumentationen wie: Das Kapital erschließe sich das notwendige Wissen durch Anheuern von Spezialisten, und im übrigen drohe massenhafte Entwertung bei steigenden formalen Anforderungen (sogenannte Arbeitstugenden und Ökonomisierung der Arbeitsorganisation). Oder: Bei Ansteigen der allgemeinen Qualifikation des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters schein gleichzeitig das Wissen des einzelnen zu sinken.

An dieser Stelle kam die Diskussion zu einem vorläufigen Ergebnis, das sich kurz etwa so zusammenfassen ließe: Konstatierbar ist, daß auf der einen Seite ohne Zweifel das allgemeine formale Bildungs- und Qualifikationsniveau sich erhöht hat, auf der anderen Seite starke Tendenzen zur Zerstörung und Entwertung von Arbeitskraft (gemeint: als Gebrauchswert) zu beobachten sind. Offen bleibt hier die Perspektive des Menschen als Hauptproduktivkraft im Rahmen einer vom Kapital vorangetriebenen und bestimmten Entwicklung.

2. Analyse der Qualifikationsentwicklung

Der nächste Diskussionsabschnitt wurde von *Frigga Haug* mit einem kurzen Textauszug aus „*Automationsarbeit: Empirie — Rundgänge durch die Produktion*“⁷ eingeleitet.

⁷ Projektgruppe Automation und Qualifikation (Hrsg.), *Automationsarbeit: Empirie 1*, Argument-Sonderband 43, Berlin West 1980, S. 169–175

Vor der Diskussion des Textes machte die Referentin folgende methodologischen Vorbemerkungen zur Vorgehensweise des Projekts Automation und Qualifikation bei seiner empirischen Untersuchung von Automationsarbeit. Da Qualifikation als historische Kategorie zu verstehen ist, kann auch nur eine historische Herangehensweise — wie beispielsweise von der Kritischen Psychologie bei „Entwicklung der Arbeit“ versucht — in Frage kommen. Darüber hinaus war nicht gesellschaftliche Durchschnittsarbeit Gegenstand der Untersuchung, sondern gerade solche Arbeitstätigkeiten, die möglicherweise Prognosen erlauben darüber, wie zukünftig gesellschaftlich produziert wird. Mit anderen Worten: Nicht erst die allseitige gesamtgesellschaftliche Ausbreitung eines neuen Arbeitstyps legitimiert eine sozialwissenschaftliche Untersuchung. *Marx* selbst hat die führende Rolle der Arbeiterklasse im Kampf um die Umwälzung der Gesellschaft herausgearbeitet zu einer Zeit, als diese, soziologisch gesehen, noch eine kleine Minderheit der Bevölkerung darstellte. Bei der Analyse von Arbeitsprozessen und Tätigkeiten kommt es auf die Frage nach Qualifikationsanforderungen und Formen der Kooperationsbeziehungen an — beides von Bedeutung für die Entwicklung der Arbeit in Richtung auf Möglichkeiten der Selbstbestimmung.

Zwei Probleme zeigten sich bei der empirischen Untersuchung: 1. Die Hauptschwierigkeit einer Befragung sind Verständigungsprobleme, die darin bestehen, daß zu Befragende sich nur mühevoll mit „Außenstehenden“ (Sozialwissenschaftlern) über ihre Tätigkeit verständigen können und oftmals erst die Befragungssituation selbst einen Bewußtwerdungsprozeß in Gang setzt. 2. Die Tätigkeiten eines an automatisierter Maschinerie Arbeitenden sind der Beobachtung nicht zugänglich bzw. „unsichtbar“, oder das, was man sieht, stellt eine falsche Unmittelbarkeit dar, weil Arbeiten an automatischen Anlagen nur zu einem ganz unwesentlichen Teil aus sinnlich wahrnehmbaren Bewegungsabläufen bestehen, sich beispielsweise nicht auf eine Beobachtungshaltung an einer Meßwarte u. ä. beschränken. „Unsichtbar“ bleibt das Wissen um Funktionsweise und Wirkprinzipien von automatischen Maschinen und Anlagen, um produktionstechnische Zusammenhänge, und schließlich entgehen dem bloßen Beobachter auch die Kooperationsbeziehungen.

Hiermit ist schon angedeutet, daß die Ermittlung von Qualifikationsanforderungen in ähnlicher Weise kompliziert ist, zumal bekanntermaßen weder anhand ausgewiesener formaler Qualifikationsabschlüsse noch anhand heute gültiger Eingruppierungsmerkmale für die verschiedenen Lohngruppen ein realitätsgerechter Aufschluß zu gewinnen ist. Ein ganz großer Anteil des Qualifizierungsprozesses läuft über „Lernen im Betrieb“, darüber hinaus eignen sich die Arbeitenden neues, notwendiges Wissen oftmals abends in Eigeninitiative an. Auch was die Unternehmer als „Aufgaben“ angeben, entspricht nicht den realen Produktionsanforderungen und dem entsprechenden Umgang mit den Anlagen. Daraus folgt, daß die tatsächlichen Qualifikationen der Produzenten nur in der Bewältigung von „Katastrophen“, Produktionspannen und Fehlern, das heißt, bei Anlässen, bei denen die Arbeit in ihren einzelnen Schritten und Voraussetzungen rekonstruierbar wird, für eine Analyse zutage treten. Das Ziel der Untersuchung des Projekts Automation und Qualifikation ist, die „wirklichen Taten“ der Arbeitenden zutage zu fördern, damit gewerkschaftliche Forderungen an ihnen entwickelt werden können, um somit den Produzenten selbst auch Handlungs- und Eingriffsmöglichkeiten in die Entwicklung zu eröffnen, die den Prozeß ihrer Selbstbestimmung vorantreiben.

Die vorgelegte Textstelle sollte illustrieren, in welcher Form die Rundgänge vor Ort mit der Meßwartentätigkeit verbunden und unverzichtbarer Bestandteil des Fahrenkönnens der Anlage selbst sind. Die Rundgänge, als ständiges Überwachen, Beobachten und Kontrollieren einzelner Nahtstellen der Anlage, sind insofern integraler Bestandteil der Meßwartearbeit, als diese Form einer „sinnlichen Anschauung“ der Anlage eine Art theoretische Funktion hat. Denn nur über sie kann der Gesamtzusammenhang des Prozesses hergestellt werden, der sich offensichtlich nicht allein über das elektronische Steuerungssystem vermitteln läßt. Die Rundgänge vor Ort sind nicht in erster Linie Unternehmungen zum Auffinden von Fehlerquellen oder zur Behebung irgendwelcher Störungen, sie haben vielmehr Präventivfunktionen.

Der Text sollte auch das Problem von Arbeitsteilung und deren möglichen Perspektiven an neuen, technologisch weit entwickelten Arbeitsplätzen aufwerfen. Das Verhältnis von Arbeit an der Meßwarte und Rundgang vor Ort — vorausgesetzt, die Arbeitsteilung erfolgt nicht in der Art, daß ausschließlich Rundgänge oder nur Meßwartentätigkeit von den einzelnen Arbeitern zu leisten sind (in solchen Fällen klagten beide Arbeitergruppen über Magengeschwüre und/oder Kopfschmerzen) — zeigt, daß sich der Stellenwert einer routinemäßigen Teilarbeit (Rundgänge durch die Anlage) nur von der Gesamttätigkeit her definiert. Mit anderen Worten: Ein Meßwart kann den Routinegang durch die Anlage als Abwechslung, Ergänzung u. a. m. empfinden, weil er seine Tätigkeit insgesamt an der qualifizierten Meßwartentätigkeit bewertet, während sich die Situation für den Arbeiter, der nur Rundgänge zu machen hat, nicht nur von der Qualifikation, sondern auch von der Motivation her gänzlich anders darstellt. „Die Tätigkeiten bleiben nicht dieselben, bringt man sie in einen anderen Zusammenhang. Was als Lebenstätigkeit ohne Perspektive ist, hat als Element oder Grundlage oder Ausgleich im Rahmen eines anderen Mensch-Natur-Verhältnisses große Bedeutung ... das (durch das Dazwischentreten zusätzlicher Maschinerie) andere Mensch-Natur-Verhältnis gibt den Tätigkeiten auf vorhergehender Produktivkraftstufe den jetzt von den Produzenten einsehbaren und nur so aufzugreifenden Charakter von Bauelementen ihres neuen Handelns.“⁸ Diese Gesichtspunkte für die Beurteilung einer Arbeitsorganisation sind deshalb von Bedeutung, weil nicht davon ausgegangen werden kann, daß auch mit weiterer Vervollkommnung der Automation sämtliche Routinearbeiten wegfallen werden und dennoch — wie hoffentlich deutlich wurde — nicht von einer bloßen „jobrotation“ die Rede ist.

Lothar Peter referierte zum Problem *Polarisierung der Qualifikation oder Höherqualifizierung?* (Das Referat ist, leicht verändert und erweitert, in diesem Band abgedruckt). Seine Ausführungen zielten auf zwei entscheidende Streitpunkte in der Diskussion um die Qualifikationsentwicklung. 1. Die widersprüchliche Entwicklung der Produktivkräfte unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen wird — insbesondere, was ihre konkrete Ausformung betrifft — theoretisch kontrovers widerspiegelt. „Polarisierung der Qualifikation“ ist Ausdruck dieser widersprüchlichen Entwicklung; daß einem Teil des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters durchaus — weil von den Anforderungen der entwickelten Technologie her notwendig — höhere Qualifikationen zugestanden werden auf Kosten von Dequalifikation der Mehrheit, bestätigt sich auch an automatisch gefahrenen Anlagen (er führte als Beispiel einen Stahlwalzprozeß an). Dequali-

fikation heißt hier nicht, daß Fähigkeiten überflüssig werden, die einer alten, beispielsweise vorautomatischen, mechanisch-handwerklichen Produktionsweise zuzuordnen wären und jetzt nicht mehr gebraucht würden — dies wäre ein normaler Prozeß im Zuge der Produktivkraftentwicklung; Dequalifikation entsteht vielmehr durch eine neue Form von Taylorisierung der Tätigkeiten auf einer höheren technologischen Produktionsstufe. Und gerade diese Entwicklung zeichnet sich mit zunehmender Verbreitung der Automation ab — man betrachte Bereiche wie Verwaltung und Dienstleistung —, wobei noch hinzukommt, daß die Polarisierung nicht zu einem mechanischen Gegensatz zwischen körperlicher und geistiger Arbeit gerät, sondern beide Elemente gleichermaßen erfaßt.

2. Weil das die Produktivkräfte in letzter Instanz vorantreibende Element die monopolkapitalistische Akkumulation ist, muß die Polarisierung der Qualifikationen als strukturell bedingt und nicht als transitorisch (wie vom Projekt Automation und Qualifikation angenommen) angesehen werden. Vorherrschende Tendenz ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Entwicklung insbesondere der technologischen Instrumente, um gleichzeitig den Wert der Arbeitskraft zu senken. Das heißt, es wird nur so viel Höherqualifikation zugelassen, wie unbedingt notwendig, weil Kosten verursachend. Eher muß angenommen werden, daß die Kapitalstrategie dazu führt, daß die Arbeitenden von den gegenwärtigen technologischen Erfordernissen her gesehen sogar „unterqualifiziert“ sind.

Die Strategie der Arbeiterbewegung kann sich nicht nur auf Qualifikationspolitik konzentrieren — ein zu überprüfendes Problem wäre hierbei auch, ob man sich in seinen Forderungen nur an relativ privilegierten Arbeitstätigkeiten orientieren soll —, sondern ins Zentrum des Kampfes müssen Forderungen nach Mitbestimmung, Investitionskontrolle, Gemeineigentum u.ä. gerückt werden. Die Qualifikationspolitik muß mit politischen Forderungen verknüpft werden, die nicht allein aus den Möglichkeiten der Technologie- bzw. Produktivkraftentwicklung ableitbar sind.

Die Diskussion zu beiden Referaten konzentrierte sich im wesentlichen auf zwei Fragenkomplexe: 1. Kann Automationsarbeit (wie immer konkret zu fassen) als entwickeltste Form gegenwärtiger Industriearbeit angesehen werden? 2. Welcher Maßstab ist Beurteilungskriterium für Fortschritte in der Entwicklung der Arbeit; oder: wie ist die Verbindung zwischen materialistisch konzipierter Persönlichkeit und Arbeit — nun aber in einer konkreten Erscheinungsform wie Automationsarbeit — als deren konstitutivem Element? Wie läßt sich die formationsspezifische Erscheinungsform von Arbeit mit allgemeinen anthropologischen Aussagen zum Verhältnis von Arbeit und Persönlichkeit in Beziehung setzen? Auch in diesem Zusammenhang zeigt sich wieder, daß es zur Bestimmung des Qualifikationsbegriffs noch einiger Anstrengungen bedarf.

Zur ersten Frage nach der Bedeutung von Automationsarbeit versuchte *Frigga Haug* noch einmal zu begründen, warum sie — analog zur Marx'schen Analyse der Maschine in der großen Industrie — Automation als gegenwärtig strukturbestimmende Arbeitsweise betrachtet. Mit weiterer Entwicklung und Ausbreitung von Automation wird der Prozeß der Vergesellschaftung der Arbeit vorangetrieben. Dieser Prozeß ist grundsätzlich positiv zu bewerten. Es gelte, die durch die Produktionsverhältnisse bedingten Hemmnisse und Zwänge sichtbar zu machen.

Schließlich ging es noch um die Frage, wie „blind“ setzen sich z. B. die Qualifikationsprozesse durch? Die Kollegen aus den Gewerkschaften machten deutlich, daß An-

forderungen (auch qualifikatorische) an die Arbeitskraft weder ausschließlich durch die Maschinerie determiniert noch rein willkürlich vom Diktat kapitalistischer Rentabilitätsbewertungen bestimmt werden, sondern die gewerkschaftlichen Kämpfe entscheidend mit dazu beigetragen haben, wie sich die Anforderungen dann konkret gestalten.

3. Probleme der Berufsausbildung

Der dritte Diskussionskomplex wurde eingeleitet mit einigen Thesen zum gegenwärtigen Berufsausbildungssystem, insbesondere zur Situation des sogenannten dualen Berufsbildungssystems. Die bisherige Grundlage dieses dualen Systems bestand in zwei Voraussetzungen: 1. Die Ausbildung durfte so wenig wie möglich kosten und nicht in Widerspruch zu Einzel- oder Gesamtkapitalinteressen geraten. 2. Die Betriebe mußten in der Lage sein, minimale Grundqualifikationen zu vermitteln. Diese Grundqualifikationen, einschließlich gewisser kultureller Fähigkeiten und Techniken, wurden bisher im wesentlichen durch Lernen über praktische Erfahrungen vermittelt, was sich vorwiegend auf das Handwerkliche (sowohl als Branche wie auch als Fertigkeit) beschränkte bzw. konzentrierte. Im Mittelpunkt derartiger Lernprozesse steht immer die sinnliche Wahrnehmung dessen, was Gegenstand des Lernens ist.

Diese Grundlagen des dualen Ausbildungssystems werden mit fortschreitender technologischer Entwicklung zerstört. Zunächst den Lernprozeß betreffend in folgender Weise: Lernen kann nicht mehr wie bisher über sinnliche Wahrnehmung — elektronisch gesteuerte Produktionsprozesse entziehen sich einer sinnlichen Wahrnehmung weitgehend und sind in ihrem systematischen, inneren Zusammenhang nur theoretisch rekonstruierbar — noch vorwiegend über Erfahrung — also letztlich nach der Methode „trial and error“ (Versuch und Fehler) — stattfinden, schon allein deshalb, weil die Produktionsanlagen zu teuer sind. Mit anderen Worten: Die Lernprozesse müssen vom unmittelbaren Produktionsprozeß abgetrennt und darüber hinaus systematisiert werden. Damit werden sich auch die Ausbildungskosten erhöhen. Und schließlich ist die Spezialisierung der Betriebe derart fortgeschritten, daß relativ breit angelegte Ausbildungssysteme nicht realisierbar sind und somit die Ausbildungsverfahren, weil sie zu stark auf das Interesse des jeweiligen Betriebes zugeschnitten sind, in Widerspruch zum Interesse des Gesamtkapitals geraten.

Die derzeitige Kapitalstrategie, um die skizzierten Probleme zu umgehen, ist: staatliche Subventionierung der Ausbildung zu erzwingen, sie aufzuspalten in unterschiedliche „Stufen“ und im übrigen Facharbeiterqualifikationen als formelle Ausbildungsabschlüsse soweit wie möglich zu vermeiden (Trimmen auf Anlernfähigkeit ist das übliche Verfahren).

Gewerkschaftliche Bildungspolitik ist kein unmittelbares Interesse der Arbeitenden (wie z. B. Lohn), sondern muß erst argumentativ vermittelt werden. Berufsausbildung entscheidet über die allgemeinen, längerfristigen Verkaufsbedingungen der Ware Arbeitskraft. Insofern bedarf es größerer Anstrengungen, die notwendige Kampfkraft zu entwickeln. Eine „qualifizierte Ausbildung für alle“ ist kein unbedingter Antagonismus zum Interesse des Gesamtkapitals, dennoch nur durch harten Kampf realisierbar. Die Gewerkschaften lehnen eine Aufspaltung der Ausbildung in Teilqualifikationen ab, sie fordern breite Grundausbildung mit aufbauender Spezialisierung. Der Lernort „Betrieb“ bringt aus den skizzierten Gründen enorme Schwierigkeiten mit sich; dennoch

muß verhindert werden, daß der Bildungs- und Ausbildungsbereich vom Beschäftigungssystem abgekoppelt werden kann. Konkreter: Gewerkschaftliche Bildungspolitik ist in Verbindung zu setzen mit gewerkschaftlichen Strategien zur Arbeitsorganisation und Arbeitsplatzgestaltung. Die Erfordernisse des Produktionsprozesses, d. h. sowohl die Entwicklung der Produktivkräfte als auch die jeweiligen Bedingungen des kapitalistischen Einsatzes der Arbeitskraft als Ware müssen sich im Reproduktionsprozeß, d. h. konkret: im Bildungs- und Ausbildungssystem niederschlagen.

Die gegenwärtige Dequalifizierung der Berufsausbildung, insbesondere die Gefährdung des Facharbeiterstatus, hat breiteren Kreisen in den Gewerkschaften den Blick für die Probleme der Berufsausbildung geöffnet und dadurch bessere Kampfbedingungen geschaffen, die es zu nutzen gilt.

Über drei unveröffentlichte Schreiben von Karl Marx an seinen Arzt auf der Insel Wight vom Januar 1883

Alfred E. Laurence

1. Die letzten handschriftlichen Dokumente von Karl Marx — 2. Marx' letzte Korrespondenzen 1882/1883 — 3. Die Insel Wight als Kurort — 4. Zum Inhalt der neuen Dokumente — 5. Der Arzt Dr. Williamson und der Patient Karl Marx — 6. Zu Marx' geistiger und körperlicher Verfassung an seinem Lebensende

1. Die letzten handschriftlichen Dokumente von Karl Marx

Über bisher unveröffentlichte Beiträge aus *Marx'* Hand zu berichten, auch wenn auf den ersten Blick nur persönliche Probleme berührt werden, scheint dennoch angemessen. Die Möglichkeit, psychologische und historische Schlüsse aus trivial anmutenden Privatbriefen zu ziehen, darf — trotz *Marx'* „Widerwillen gegen allen Personenkultus“¹ — nicht überraschend verworfen werden, zumal *Marx* nicht ein beliebiger Privatmann war, sondern eine welthistorische Person. Deshalb ist es erfreulich, daß neue handschriftliche *Marx*-Dokumente in Ventnor auf der britischen Insel Wight zum Vorschein kamen, wo *Marx* von Ende Oktober 1882 bis in die erste Hälfte des Januar 1883 seinen letzten Erholungsaufenthalt verbrachte.

Es handelt sich um drei Schreiben: zwei Briefe an den *Marx* behandelnden Arzt Dr. James Mann Williamson und einen Neujahrsglückwunsch auf einer Fotografie, gerichtet an dessen Frau. Der Neujahrsgruß und der zweite Brief an den Arzt erhalten ihre besondere biographische Bedeutung dadurch, daß sie überhaupt die letzten bisher aufgefundenen Zeugnisse aus *Marx'* Hand darstellen — geschrieben nach jenem für ihn so schmerzlichen 11. Januar 1883, dem Tag des Todes seiner ältesten Tochter Jenny, welcher seinen eigenen Tod erheblich beschleunigte.

Die drei Dokumente befinden sich im Besitz der Witwe des 1979 verstorbenen Dr. J.B. Williamson, des Sohnes jenes erwähnten Arztes, der in Ventnor im Hause seines Vaters, Haus „Southcliff“ lebte und sich bis zu seinem Tod einer Veröffentlichung widersetzte mit der Begründung, die *Marx*-Dokumente fielen unter die ärztliche Schweigepflicht. Trotzdem hatte Dr. Williamson jr. diese Schriftstücke in einer lokalen Kirche einmal öffentlich ausgestellt, sie gelegentlich Besuchern gezeigt und dem Schriftsteller Lawrence Wilson für sein „Portrait of the Isle of Wight“² gestattet, aus einem der Briefe zu zitieren. Auch mir ist der Inhalt so weit bekannt, daß ich einen Vorbericht darüber und einige Erläuterungen dazu geben kann.

1 Marx an Wilhelm Blos, 10. November 1877, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Berlin 1966, Bd. 34, S. 308.

2 Lawrence Wilson, Portrait of the Isle of Wight, London 1965 (Verlag Robert Hale).

2. Marx' letzte Korrespondenzen 1882/1883

Die in den *Marx-Engels-Werken* (Bd. 35) veröffentlichten letzten Briefe von *Marx* sind alle aus Ventnor, 1, St. Boniface Gardens, abgesandt. Davon sind neun an *Engels* gerichtet in Antwort auf dessen 15 Briefe und Postkarten, ferner Briefe an seine Töchter — einer an *Laura Lafargue* und fünf an *Eleanor (Tussy)*. Bereits diese Korrespondenz, besonders die mit *Engels*, widerlegt schlagend solche *Marx*-feindlichen „psychographischen“ Behauptungen wie diejenigen von *Arnold Künzli*, daß *Marx* „im letzten Lebensjahre nicht einmal seiner Gedanken mächtig“³ gewesen sei, ein „Zerfall seiner Sprache“ festzustellen und vor allem „ein Schwinden des Lebenswillens“ und eine „Flucht in die Krankheit“ zu beobachten gewesen seien⁴. Aus den veröffentlichten und neuen Briefen geht zwar hervor, welchen körperlichen und psychischen Schmerz die Sorge um die Tochter *Jenny* — wie ein Jahr zuvor der Tod seiner Frau — bei *Marx* auslösten. Aber die gesamte Korrespondenz aus und nach Ventnor zeigt *Marx* in vollständiger Konzentration seiner Geisteskräfte. Geistig war er ungebrochen, ja sein Geistesstreben, sein Wissensdrang und auch sein Mut und Humor erscheinen unbeeinträchtigt.

Am besten Aufschluß darüber gibt der Briefwechsel mit *Engels* im November und Dezember 1882. *Marx* und *Engels* diskutieren und kommentieren die Weltpolitik, soweit sie sich in englischen Parlamentsdebatten und bürgerlichen Zeitungsberichten („Standard“) widerspiegelt. Besonders eng beschäftigen sie sich aber mit der französischen Arbeiterbewegung — weit mehr als mit der deutschen —, weil dort scharfe innere Auseinandersetzungen stattfinden, an denen *Marxens* Schwiegersöhne *Longuet* und vor allem *Lafargue* unmittelbar beteiligt sind — wobei das politische Verhalten *Lafargues* trotz der Unterstützung seiner Partei keineswegs kritiklos gebilligt wird. *Engels* sendet *Marx* ständig Exemplare des damals als Tageszeitung erscheinenden Organs der französischen Arbeiterpartei „Égalité“. Das übrige Interessengebiet von *Marx* und *Engels* ist weit gespannt. Es reicht von sachgerechter Kommentierung technischer Experimente zur elektrischen Energieübertragung, von mathematischen und chemischen Versuchen über Fragen der Werttheorie (*Marx* arbeitet an der dritten Auflage des ersten Bandes des „Kapital“) bis zu geschichtswissenschaftlichen Themen, insbesondere den Agrarverhältnissen im Mittelalter. In letzterem Zusammenhang übersendet *Engels Marx* seine kleine Schrift „Die Mark“ zur Beurteilung⁵. In Ventnor studiert *Marx* sogar die lokalen Vorgänge und witzelt über die Ventnorpresse.

Die neuen Dokumente zeigen *Marx* möglicherweise von einer neuen Seite: in seinem Verhältnis zu bürgerlichen Engländern, die er respektiert, schätzt und deren Allgemeinkultur, Umgangsform und Ton er teilt, Eigenschaften, die ja auch weitgehend dem Stil entsprechen, in dem er seine Kinder in England erzogen hatte.

3. Die Insel Wight als Kurort

Die Insel Wight unterscheidet sich landschaftlich und klimatisch in ihrer südlichen Hälfte sehr von der übrigen südenglischen Küste. Zu Recht wird der Platz in der Reise-

3 Arnold Künzli, Karl Marx, Eine Psychographie, Wien-Frankfurt-Zürich 1966, S. 444.

4 Ebd., S. 422.

5 Diesen Text, den *Engels* als Anhang seiner Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ erscheinen ließ, schickte *Marx* am 18.12.1882 mit der knappen Bewertung „sehr gut“ an *Engels* zurück. (MEW, Bd. 35, S. 132)

literatur das „englische Madeira“ genannt. Temperatur und Wetter sind stark vom Golfstrom beeinflusst, und auf dem sogenannten „undercliff“ gedeihen subtropische Pflanzen. Genaue Daten seit Mitte des vorigen Jahrhunderts bestätigen, daß die Insel Wight, vor allem in ihren südlichen Badeorten, das beste Klima Südinglands aufweist. Selbst in den Wintermonaten scheint die Sonne beinahe täglich. Statistiken über mehrere Jahre hinweg wiesen für Dezember nicht mehr als sechs Stunden Regen, aber minimal 37 und maximal 86 Stunden Sonnenschein auf. Im Januar ist das Klima noch günstiger. Wohl ist es recht windig, doch erwähnt *Marx*, daß sich für ihn täglich Spazierwetter bot, von dem er Gebrauch machte, wenn ihm der Arzt nicht „Hausarrest“ verordnet hatte. Die Insel hat den weiteren Vorteil, nicht allzuweit von London entfernt zu liegen. Es gab gute Verbindungen nach den beiden ihr gegenüberliegenden Hafenstädten Portsmouth und Southampton. In dringenden Fällen — *Eleanor Marx* machte einmal Gebrauch davon — konnte man an einem Tag von London zur Insel und zurück reisen.

Marx hatte um jene Zeit bereits mehrere Erholungsreisen in englische Kurorte gemacht, kannte Brighton, Ramsgate, Eastbourne, die Insel Jersey und Harrowgate, und er hatte auch durch seine Besuche in Deutschland, Frankreich, Algerien und Karlsbad Gelegenheit, die Insel Wight kritisch mit anderen Kurplätzen zu vergleichen. Daß sie zum Ziel dreier Reisen, auch der allerletzten seines Lebens, wurde, ergab sich freilich auch aus der Natur seiner Krankheit: Die Insel war ein Lieblingsziel von Lungenkranken, seit sie zuerst 1830 der bekannte Mediziner *Sir James Clark* in einem volkstümlichen medizinischen Buch besonders für an „Auszehrung“ Leidende empfohlen hatte. Im Jahre 1868 wurde dort auch das große „Royal National Hospital for Diseases of the Chest“ in St. Lawrence, nahe bei Ventnor, erbaut, das erst vor wenigen Jahren geschlossen und abgerissen worden ist.

Karl und *Jenny Marx* hatten 1874 ihre erste Reise nach dem Badeort Ryde im Norden der Insel gemacht. Ein Jahr später verbrachte *Jenny Marx* ein paar Wochen mit *Engels'* zweiter Frau *Lydia* im Badeort Shanklin, wo *Engels* gute Freunde hatte⁶. *Marxens* zweite Reise nach der Insel Wight — kurz nach dem Tode seiner Frau — führte ihn vom 29. Dezember 1881 bis 16. Januar 1882 nach Ventnor, wo er sich im Gästehaus einer gewissen *Miss MacLean* einmietete⁷. In das gleiche Haus begab er sich bei seiner dritten Reise, am 29. Oktober 1882.

4. Zum Inhalt der neuen Dokumente

Die bisher unveröffentlichten *Marx*-Dokumente von der Insel Wight bestätigen, daß sich *Marx* auf „Englands Garteninsel“ nur so wohl fühlen konnte, wie es das unaufhalt-

- 6 Frau Marx war angeblich gegenüber *Engels'* erster Frau Mary, einer irischen Arbeiterin ohne Schulbildung, nicht überfreundlich. Doch befreundete sie sich sehr eng mit deren Schwester, *Engels'* zweiter Frau, für die sie beim Umzuge des Paares von Manchester nach London ein Haus suchte und einrichtete. Obwohl auch Lizzie des Lesens und Schreibens unkundig war, berichtete Frau Marx: „we get on so well together“ und fuhr mit ihr im Mai 1875 auf Ferien nach Shanklin, das heutzutage der beliebteste Badeort der Insel ist.
- 7 Das relativ große Haus, ursprünglich von einer reichen schottischen Familie erbaut und noch heute an Sommergäste vermietet, steht auf halber Höhe zwischen dem ganzjährig grünen St. Boniface Down mit seinen Fußwegen für Spaziergänger und dem Meeresstrand. Es hat schöne Meeresansicht von allen Südfenstern und einen kleinen Garten, liegt sehr ruhig am Ende des Ortes, aber auch nicht zu weit entfernt von den Geschäften in der Stadtmitte, wo Marx und Eleanor einkauften. Offensichtlich fühlte sich Marx dort wohl, sonst hätte er das gleiche Haus nicht zwei Mal zum Aufenthaltsort gewählt.

same Fortschreiten seiner Krankheit gestattete; sie zeigen zugleich, welch körperlicher Rückschlag der Tod seiner Tochter *Jenny* für ihn bedeutete. Der Adressat der beiden Briefe ist sein dortiger Arzt, *Dr. James Mann Williamson*; das dritte Dokument, das „Photogramm“ mit dem Neujahrglückwunsch, ist an dessen Frau gerichtet. Bei letzterem handelt es sich um eine Kopie des 1878 in London von dem Photographen *Mayall* auf der Regent Street aufgenommenen Portraits, das *Marx* auf seine briefliche Bitte vom 9. Januar 1883 von seiner Tochter *Eleanor* aus London erhielt.

Er hatte allerdings um das Photo aus Algier gebeten, das er in London „in Brieftasche oder irgendeiner little box“ vermutete. „If you could find them, you might send me two photograms. One of them I have promised to forward to *Madame Williamson*.“⁸ Offensichtlich entsprach „*Tussy*“ unmittelbar seinem Wunsche, und er zeichnete an dem Schreckenstage, als er von *Jennys* Tod in Argenteuil hörte, mit etwas zitternder Hand: „With best wishes for a happy New Year“.

Die beiden Briefe sind ebenfalls auf Englisch geschrieben, aber beide in sicherer Handschrift, sehr gut leserlich und ohne Anzeichen, daß *Marx* beim Schreiben irgendwelche Schwierigkeiten hatte. Sie sind beide auf dem gleichen weißen Leinenpapier geschrieben und tragen eine klare, feste Unterschrift des Verfassers.⁹ Das Datum des längeren ersten Briefes ist der 6. Januar, und der Text enthält *Marx*' Bericht über eine entsetzliche Nacht. Er schildert — sich im Grunde entschuldigend, daß er seinen Arzt damit „belästigt“ — wie er Todesangst ausstand, da ihn seine Hustenkrämpfe („spasmodic cough“) zum Luftschnappen („gaspings“) zwangen und er fürchtete, auf der Stelle zu ersticken („suffocating“). Der Arzt hatte ihn für dergleichen Krämpfe mit „morphia“ versehen, ihm aber zu wenig gegeben, so daß er sich ohne Medizin befand, abgesehen von Hustenmitteln („lozenges“), die ihm aber keinerlei Erleichterung seines Leidens brachten. Er half sich selbst, indem er löffelweise gewöhnliches Trinkwasser schluckte, was seine Qual erleichterte und ihm half, die Nacht zu durchleben — doch hatte er offensichtlich tatsächlich Todesangst durchstanden. Darum schrieb er sofort seinem Arzt, ohne ihn allerdings um einen Besuch zu bitten. Der entschuldigende Ton erklärt sich vielleicht daraus, daß er für den gleichen Tag einen Besuch beim Arzt verabredet hatte, wozu er sich allerdings zu schwach fühlte. Zwar hatte er von *Dr. Williamson* öfters Hausbesuche erhalten, ihn aber wohl auch in dessen eigenem Haus „*Southcliff*“ in der Praxis aufgesucht, woraus sich vermutlich die Bekanntschaft mit *Frau Williamson* erklärt, die sich sein Photo erbeten hatte.

Im zweiten Absatz des Briefes erwähnt *Marx* dann, was sein Leiden so verschlimmert hatte: die schlechten Nachrichten über die Krankheit seiner Tochter „*Madame Charles Longuet* in Paris“, deren Tod er vorausahnte und offensichtlich bereits für unausbleiblich hielt. In seinem letzten Brief an *Engels* vom 10. Januar verweist *Marx* auf diesen Zusammenhang: „Alias hatte ich im ersten Schreck über die schlechte Nachricht von Paris einige Tage vorher einen spasmodischen Hustenanfall, wo ich glaubte zu ersticken. Dies höchst distressing feeling muß das arme *Jennychen* oft während seines Asthma durchpassiert haben“.¹⁰ Den Brief an den Arzt schließt er allerdings mit der Meinung,

8 *Marx* an seine Tochter *Eleanor*, 9. Januar 1883, in: MEW, Bd. 35, S. 421

9 Schon der Namenszüge wegen riet vor einigen Jahren ein Londoner Professor dem Besitzer der Briefe, sie doch in London versteigern zu lassen, wo sie sicher hoch bezahlt werden würden.

10 *Marx* an *Engels*, 10. Januar 1883, in: MEW, Bd. 35, S. 140

daß der Anfall der vorigen Nacht nun völlig überwunden und er wieder ganz in gutem Zustand sei. Der Brief enthält keine Bitte an den Arzt, ihn aufzusuchen. *Marx* wollte offenbar nur berichten, bat um nichts, beschwerte sich auch nicht über die Nachlässigkeit des jungen Arztes, der doch seinen Patienten unter keinen Umständen ohne Medizin hätte lassen dürfen. *Marx* schließt höflich und bündig, und läßt den Arzt seine eigenen Schlüsse ziehen.

Der zweite Brief besteht nur aus einem Absatz. Sein Datum ist der 13. Januar 1883. *Marx* schreibt einen Abschiedsbrief, denn inzwischen hatte er *Eleanors* kurzen Besuch und die Nachricht von *Jenny's* Tod erhalten. Letzteres erwähnt er zunächst, und dann, daß er deshalb aus Ventnor abreisen und nach London zurückkehren müsse. Der Grund des Briefes ist die unerledigte Rechnung des Arztes, die er nach seiner genau angegebenen Londoner Adresse zu schicken bittet, von wo der Arzt dann prompt bezahlt würde.

In beiden Briefen erwähnt *Marx*, daß die Verschlechterung seines Gesundheitszustandes mit *Jenny Longuets* Krankheit und Tod in Verbindung gebracht werden müsse. Im ersten Brief ist er in dieser Beziehung noch zurückhaltender: „Mere moral agencies do not, I suppose, touch the movements of the mucus...“¹¹.

Im zweiten Brief spricht er jedoch klar den psychosomatischen Charakter der Verschlechterung an: Die Todesnachricht aus Paris war ein „stunner“ — ein Schlag oder Schock —, der ihn traf und sein Leiden verschlimmerte. Er wollte wohl dem Arzt, der sich um ihn bemüht hatte, höflich zu verstehen geben, daß er keineswegs an seiner Tüchtigkeit zweifle, dagegen nunmehr seine eigene Wohnung in London und die dortige Pflege durch die Seinen dem weiteren Aufenthalt in einem Kurortzimmer vorzöge.

Der Text beider Briefe ist in klassischem Englisch geschrieben, ohne Germanismen oder irgendwelche anderen Anzeichen, daß ein todkranker Patient oder hilflos deprimierter alter Mann sie schreibt. Im Gegenteil, seine Besorgnis um die Arztrechnung zeigt klar, daß sich *Marx* in die Gedanken des Arztes versetzen konnte und ihn beruhigen wollte — zu einer Zeit, wo er doch wahrhaftig das Recht gehabt hätte, nur an sich zu denken und kleine Geldangelegenheiten zu übersehen.

5. Der Arzt Dr. Williamson und der Patient Karl Marx

Die neuen Dokumente bestätigen den Eindruck, daß Arzt und Patient sich recht gut verstanden und *Marx* für den jungen Badearzt und seine Frau Hochachtung, vielleicht beinahe Freundschaft empfand. *Marx* war auf den Arzt, den einzigen, der ihn während seiner drei Aufenthalte auf der Insel dort je betreute, durch dessen Besuche im Hause von *Miss MacLean* gestoßen, wo *Marx* während seiner beiden Ventnor-Aufenthalte zur Miete wohnte. Nach der ersten Visite des Arztes bezeichnet ihn *Marx* gegenüber *Engels* als „a nice young fellow, nothing priestly about him“¹². Das sichere Auftreten des Arz-

11 L. Wilson, *Portrait of the Isle of Wight*, a.a.O., S. 97. In deutscher Übersetzung lautet der Auszug ungefähr: „Rein seelische Katastrophen haben meiner Meinung nach nichts mit den Schleimbewegungen zu tun...“.

Auf ausdrückliche Bitte von Dr. J.B. Williamson unterließ es der Autor, die ihm freundlicherweise gezeigten Briefe von *Marx* an dessen Vater für Veröffentlichungen zu kopieren.

12 *Marx* an *Engels*, 8. November 1882, in: MEW, Bd. 35, S. 106. Die MEW-Redaktion übersetzt: „ein netter junger Bursche, der nichts Salbungsvolles an sich hat“. (a.a.O.)

tes muß ihm imponiert haben, vor allem, weil dieser es offensichtlich auch verstand, sein ursprünglich ganz allgemeines Mißtrauen gegenüber Ärzten zu überwinden und ihm zu helfen, ohne ihn zu ängstigen oder zu deprimieren. *Williamson*, ein Spezialist für Lungenkrankheiten, erschrak wohl über *Marx'* Zustand, als er ihn zuerst untersuchte. Dabei gab er ihm zunächst nur eine Salbe zum Einreiben, kam allerdings schon bald darauf wieder und verschrieb ihm ein stärkeres, morphiumhaltiges „Gebräu“ (*Marx*). Über den Arzt und die neue Medizin teilt *Marx Tussy* mit: „er sagte, sie würde verkürzen die Übergangszeit bis zum Stadium, wo ich nur noch von Luft und vielem Umtumeln außerhalb des Hauses völlige Rekonvaleszenz zu erwarten“.¹³

Dr. Williamson verstand also gut, mit *Marx* umzugehen — ihn zu ermutigen, ihm aber auch das starke Schmerzmittel zu geben, das er tatsächlich dringend brauchte. Daß sich der Spezialist über *Marx'* wahren Lungenverfall im klaren war, ist sicher anzunehmen, da er ja ständig ähnliche Fälle sah. *Marx* durchschaute ihn wohl nicht, als dieser ihm völlige Genesung in Aussicht stellte. Er war deshalb auch nicht ungehalten und dem Arzt gegenüber verärgert, als sich dessen Rezept bei jenem Nachtanfall am 6. Januar als unzureichend erwies.

Daß *Dr. Williamson* sehr sachverständig über Lungenkrankheiten urteilen konnte, geht aus einem Buch hervor, das er 1884 veröffentlichte: „*Ventnor and the Undercliff*“. Der heute nicht einmal mehr in der berühmten Londoner Bibliothek des Britischen Museums vorhandene kleine Band gibt statistische Daten über das Lokalklima und ausführliche Berichte über die verschiedenen Stadien der Lungenkrankheiten und ihre Behandlung in Ventnor. Die Häuser des Kurorts liegen auf verschiedener Höhe und in unterschiedlicher Entfernung vom Strand, und die Patienten zogen während ihres Aufenthalts gewöhnlich mehrere Male um: je weiter fortgeschritten ihre Krankheit war, desto näher sollten sie nach ärztlicher Ansicht dem Meeresspiegel selbst sein. Analysen verschiedener Art bestätigen, daß nach dieser Routinebehandlung verfahren wurde. Tatsächlich kam die Mehrzahl der Kranken im Grunde schon ohne Aussicht auf wirkliche Heilung nach Ventnor, und sie sollten wenigstens so lange wie möglich und so ungestört wie möglich ihre letzten Wochen, Monate oder Jahre verbringen. Mit jener Analyse versuchte *Dr. Williamson* seinen Lesern Mut zu geben — zu einer Zeit, als man noch wenig von Tuberkulose wußte und die alpinen Heilungen von Davos und ähnlichen Kurorten unbekannt waren.

Wahrscheinlich kam *Marx* niemals ganz zu Bewußtsein, daß er selbst vor allem lungenleidend war und daß die Insel und ihre Ärzte für ihn möglicherweise ganz besonders günstig waren. Wenn wir von dem psychographischen Geschwätz absehen, daß *Marx* überhaupt nicht ernstlich organisch krank gewesen sei (*Künzli*), dann waren nach der einzigen mir bekannten Spezialarbeit über *Marx'* Gesundheit und Erkrankungen von *Dr. Felix Regnault*¹⁴ die ererbten Gesundheitssorgen, vor allem sein Leberleiden, weniger wichtig als die Folgen seines schweren, durch Überarbeitung und schlechte Ernährung geprägten Lebens im Exil. Seine Lungen litten wahrscheinlich sehr unter der miserablen Qualität der allzu billigen Zigarren, von denen er zu viele rauchen mußte, um sich trotz seiner Nervosität durch seine überlange Arbeitszeit wach und lese- und

13 Marx an seine Tochter Eleanor, 10. November 1882, in: MEW, Bd. 35, S. 398

14 Felix Regnault, Les maladies de Karl Marx. Leur influence sur sa vie et sur ses oeuvres, in: Revue anthropologique, Paris 1933

schreibfähig zu halten. Daß er sich und seine Gesundheit nie schonte, wenn es um seine wissenschaftliche Forschungsarbeit im Dienste der Arbeiterklasse oder um seine politischen und menschlichen Bemühungen um seine Gesinnungsgenossen ging, ist historisch belegt.

Am 10. Januar, einen Tag vor *Jenny's* Tod, schloß *Marx* seinen letzten Brief an *Engels* mit der Bemerkung: „Doch glaube ich, mit Geduld und pedantischer Selbstkontrolle bald wieder ins Gleis zu kommen. Der Mohr.“¹⁵ *Marx* ahnte nicht, daß er damals — obwohl von seinen alten Plagen (dem Leberleiden und seiner Furunkulose) relativ verschont — doch bereits durch seine Lungenkrankheit zum Tode verurteilt war. Und *Dr. Williamson*, an den er am 13. Januar den wohl letzten Brief seines Lebens richtete, war weise genug zu schweigen. Im Gegenteil, nach dem, was wir aus den verschiedenen Briefen jener Zeit herauslesen können, hat ihm der Arzt durch seine Medikamente und durch seine übrige Behandlungsart geholfen, wenigstens bis ins kommende Frühjahr weiterzuleben.

Dr. Williamson war selbst Arztsohn, 1848 in South Shields in Yorkshire geboren. Schon mit 22 Jahren kam er nach Ventnor und diente für drei Jahre als Hausarzt im königlichen Lungenkrankenhaus, ging dann 1873 nach London in eine Klinik in St. Marylebone, kam aber als Privatarzt schon 1876 nach Ventnor zurück. Offenbar war er erfolgreich, denn schon 1878 zog er in das große Haus „Southcliff“, wo er bis zu seinem Tode im Jahre 1901 praktizierte. Als *Marx* sein Patient war, hatte er die Mehrzahl seiner wissenschaftlichen Daten schon gesammelt, die er dann ein Jahr nach *Marx'* Tod veröffentlichte. So war er gewiß der richtige Arzt für *Marx*. *Dr. Williamson* war aber nicht nur ein guter Arzt, er war wohl auch sonst geistig weit interessiert und sehr belesen. Nach seinem Tode wurde ein zweites Buch von ihm veröffentlicht, worin er seine Nachforschungen über das Leben des christlichen Mönchs *Bonifatius* schildert und dabei die Legende zerstört, dieser habe die Insel Wight bewohnt oder sei von dort zur Missionierung der Germanen aufgebrochen¹⁶. Bekanntlich heißen die Höhen im Nordwesten Ventnors „St. Boniface Down“, wo sich ja auch *Marx* bei seinen beiden Ventnor-Aufenthalten eingemietet hatte (1, St. Boniface Gardens). Gewiß ist, daß *Marx* sich mit seinem Arzt über vielerlei unterhalten konnte, nicht nur über das Wetter und über Krankheitssymptome. Die Tatsache, daß sich die Frau des Arztes so weitgehend für den Patienten *Marx* interessierte, daß sie ein Photo von ihm erbat, läßt zumindest darauf schließen, daß auch *Dr. Williamson* mit ihr über *Karl Marx* gesprochen hat, wenn nicht *Marx* gar der Familie persönlich bekannt war. Sie deutet auch darauf hin, daß der Arzt *Marx* als einen interessanten Menschen schätzte und in ihm mehr als nur einen „Fall“ sah.

6. Zu *Marx'* geistiger und körperlicher Verfassung an seinem Lebensende

Das Gesamtbild der *Marx'schen* Ventnor-Wochen entspricht tatsächlich den von ihm beschriebenen¹⁷ und oft begangenen Wanderpfaden, die sich von den Hügeln der St. Bo-

¹⁵ *Marx* an *Engels*, 10. Januar 1883, a.a.O., S. 141

¹⁶ J.M. Williamson, *The Life and Times of Saint Boniface*, veröffentlicht von W.J. Knight, Ventnor, und Henry Froude, London, 1904

¹⁷ im Brief an *Engels* vom 8. November 1882, in: MEW, Bd. 35, S. 105

niface Downs nach dem Meeresstrand von Bonchurch auf- und niederschlängeln: es geht mit *Marx'* Gesundheit auf und ab, auf Katarrh folgt neue Besserung, einmal muß er sich durch Morphium zur Krampfberuhigung helfen, dann kann er wieder die Sonne und die Meeres- und Höhenluft genießen. Er ist auch zuletzt noch kräftig genug, allein nach London zurückzureisen, besteht darauf, daß *Eleanor* nach Frankreich fährt, um die Kinder ihrer eben verstorbenen Schwester zu versorgen¹⁸ — sie sind ihm wichtiger als der alte Großvater, dem es eiserne Selbstdisziplin ermöglicht, auch jetzt noch, nicht allzulange vor dem eigenen Tod, ohne Hilfe eines andern abzureisen und vor der Abreise noch mit sicherer Hand die Begleichung verbliebener Schulden an *Dr. Williamson* zu versprechen. Todkrank, aber doch aufrecht, beendet er seine letzte Reise und fährt in seine Londoner Wohnung, zu seinen unabgeschlossenen Arbeiten, um weiterzuplanen, vielleicht, wie *Engels* vorschlägt¹⁹, eine Sommerkur vorzubereiten — um schließlich doch im Vorfrühling „in den Sielen“ an seinem Schreibtisch zu sterben.

Aus den zitierten und anderen noch vorhandenen Briefen ergibt sich ein recht vollständiges Bild der letzten *Marx*-Wochen auf der Insel Wight und speziell seiner fortschreitenden Krankheit. Im alten Hause von *Dr. Williamson* gibt es keinerlei weitere Zeugnisse über die Behandlung von *Marx*, keine Schriftstücke wie etwa Rezeptkopien, Belege für Arztbesuche im Hause 1, St. Boniface Gardens oder Zahlungsbestätigungen, die *Karl Marx* erwähnen.

Als Erinnerung an *Karl Marx* ist heute nichts anderes erhalten als der Inhalt der kleinen Briefftasche, in der der Sohn von *Dr. Williamson* die beiden Briefe an seinen Vater und das Neujahrphoto an seine Mutter aufgehoben hat. Was immer mit diesen drei Schriftstücken eines Tages geschehen wird, sie sind eine denkwürdige Erinnerung an *Karl Marx* kurz vor seinem Tode. Während der erwähnte „Psychograph“ zu Papier brachte, daß *Marx* „unfähig zu wahrer Kommunikation, zu echtem Dialog war“, bleibt der Nachwelt in den Ventnor-Dokumenten ein Zufallsbeweis, wie der todkranke Wissenschaftler und Politiker mit einem englischen Arzt verkehrte und bis zuletzt in lebenswürdiger Höflichkeit mit ihm erst kurz bekannten Personen umging und korrespondierte. Mögen seine Briefe an die beiden Töchter aus jenen Wochen flüchtig und grammatisch ungenau geworden sein, die *Williamson*-Briefe zeigen *Marx* nach wie vor auf der Höhe seiner geistigen Konzentration und Perfektion in Satzkonstruktion, Orthographie und sogar Kalligraphie. Es wird sich bestimmt lohnen, die Schriftstücke in die neue *Marx-Engels*-Gesamtausgabe aufzunehmen.

18 „Mohr sagte sofort: ‚Unser Jennychen ist tot!‘, und dann forderte er mich sofort auf, nach Paris zu gehen und bei den Kindern zu helfen. Ich wollte bei ihm bleiben — er duldete keinen Widerspruch.“ So schreibt *Eleanor Marx* an Wilhelm Liebknecht, der Daten für seine Lebenserinnerungen an *Karl Marx* sammelt, die 1896 in Nürnberg publiziert werden. Wiederabdruck in: Mohr und General, *Erinnerungen an Marx und Engels*, Hg. Institut für Marxismus-Leninismus, Berlin 1970, S. 155

19 Siehe den Brief von *Engels* an *Marx* vom 8. Dezember 1882, in: MEW, Bd. 35, S. 125.

Aus den Tagebüchern des Johann Wilhelm Jakob Blank — eines Jugendfreundes von Friedrich Engels

Michael Knieriem

Weder Kriminalisten noch Historiker können auf Dauer auf den berühmten „Zufall“ verzichten; dabei mag es völlig unerheblich scheinen, ob diese Zufälle später als „glückliche Hand“ oder eben doch als das Ergebnis akribischer Forschung interpretiert werden. Wie dem auch immer sei: Bei der Zusammenstellung der Texte für das zweite Heft der „Nachrichten aus dem Engels-Haus“¹ stellte sich der Zufall, zumindest in dieser gewünschten Richtung, nicht ein, und deshalb soll an dieser Stelle eine Ergänzung geboten werden. Sie vermittelt zwar keine elementar neuen Erkenntnisse zu dem bisher bekannten Engels-Bild, sie vermag jedoch einige biographische Daten zu präzisieren und ein genaues Wissen um den Engelsschen Freundeskreis zu liefern helfen.

Schon vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges hatte der Fabrikant *Emil Engels* in Engelskirchen — wohl auf Anregung von *Gustav Mayer* — versucht, durch einen öffentlichen Aufruf in einer Heimatzeitschrift an alle noch erreichbaren Briefe und Hinterlassenschaften aus dem Freundeskreis des jungen *Friedrich Engels* heranzukommen². Soweit uns bisher bekannt ist, blieb diese Anzeige letztlich ohne jede greifbare Resonanz³.

Der nun schon mehrfach zitierte „Zufall“ stellte sich erst ein, als Herr *Jürgen Blank* aus Überlingen/Bodensee, ein Urenkel des Tagebuchschreibers, uns auf die Existenz der beiden kleinen Tagebücher hinwies. Für seine Liebenswürdigkeit, uns diese Hefte nach Wuppertal auszuleihen, und die Genehmigung, hieraus zu zitieren, sei Herrn *Blank* an dieser Stelle noch einmal herzlich gedankt.

Johann Wilhelm Jakob Blank wurde am 28. August 1821 als Sohn des Kaufmanns *Wilhelm Blank* und seiner Ehefrau *Marie Wilhelmine*, geb. *Hauptmann*, auf der Vikarie in Elberfeld geboren⁴. Nach dem Besuch der Barmer Stadtschule von Herbst 1828 bis Herbst 1832 wechselte er auf das Gymnasium seiner Vaterstadt Elberfeld über⁵. Hier bestand er, kaum 17 1/2 Jahre alt, im August 1838 das Abiturienten-Examen angeblich „summa cum laude“. *Blank* war also nicht nur auf dem Elberfelder Gymnasium, son-

1 Vgl. Michael Knieriem, Über Friedrich Engels. Privates, Öffentliches und Amtliches — Aussagen und Zeugnisse von Zeitgenossen, in: Nachrichten aus dem Engels-Haus, H. 2, Wuppertal 1979

2 „Aufruf: Wer Jugendbriefe von Friedrich Engels oder seiner Freunde F. und W. Graeber, Pater [!] Wurm, Jonghaus, Heuser, Plümacher, W. Blank besitzt, wird um eine Mitteilung gebeten. Emil Engels, Engelskirchen“, in: Monatsschrift des Bergischen Geschichtsvereins 20. Jg., H. 7, Elberfeld 1913, S. 140

3 Laut einer im Jahre 1976 anlässlich eines Besuches des Verfassers in Engelskirchen mündlich gegebenen Auskunft des inzwischen verstorbenen Herrn Hermann Engels.

4 Stadt Wuppertal, Archiv der standesamtlichen Akten, Elberfeld, Geburtsregister 1821, Nr. 381

5 Vgl. „Protokollbuch der Lehrerkonferenzen der Barmer Stadtschule 1828—1846“ sowie „Zeugnisbuch für Schüler, welche die Anstalt verlassen haben oder sonstige Zeugnisse einzusenden veranlaßt sind 1836—1870“ = Elberfelder Gymnasium; beide Bände sind im Besitz des Engels-Hauses

dern auch schon vorher auf der Barmer Stadtschule ein unmittelbarer Mitschüler von *Friedrich Engels* gewesen⁶. Entgegen seinen eigenen Vorstellungen mußte er statt des akademischen Berufes den eines Kaufmanns ausüben. *Blank* war übrigens der erste Abiturient des Elberfelder Gymnasiums, der nicht studierte⁷. Die Parallele zur äußeren Entwicklung des jungen *Engels* mag sich hier förmlich aufdrängen. *Karl Emil Blank* (1817-1893), der spätere Schwager *Friedrich Engels*'s, war übrigens — obwohl fast gleichaltrig — aufgrund einer merkwürdigen Generationsverschiebung ein Großonkel des Tagebuchschreibers.

Nach Absolvierung der Lehre im elterlichen Geschäft, der Elberfelder Türkischrot-Garnfärberei *Johann Wilhelm Jakob Hauptmann*, reiste er im Juni 1839 nach Le Havre, arbeitete zeitweise auch in Paris und später sogar in England, um seine kaufmännischen Kenntnisse zu vervollkommen. Es war bisher nicht genau zu klären, wann *Johann Wilhelm Jakob Blank* bei der Londoner Firma „Berles, Romcke & Co.“ tätig war; wahrscheinlich aber schon seit dem Jahre 1842. Es kann aber als sicher gelten, daß er seit Herbst 1843 im Hause „de Jersey & Co.“ in Manchester beschäftigt war⁸. Obwohl wir Genaueres darüber bisher nicht wissen, ist in der 1910 erschienenen Familiengeschichte *Blank* zu lesen:

„In Manchester verkehrte er viel mit dem später oft genannten *Friedrich Engels*. Unter dessen Einfluß bildete sich wohl auch sein reges Interesse für Politik heraus. Die bekannten Kämpfe Ende der 40er Jahre fanden in ihm einen energischen Streiter gegen die herrschende Reaktion. Da die Hoffnungen dieser Bestrebungen sich aber zunächst nicht verwirklichten, so gab er sich später nach dieser Zeit als ‚politisch tot‘ aus. Erst in den 60er Jahren finden wir ihn wieder als einen begeisterten *Bismarck*-Anhänger...“⁹ Offensichtlich wußte die Familientradition noch Näheres. Es kann keinen Zweifel an der Richtigkeit dieser Aussage geben, die ja in einer Zeit gemacht wurde, als es nicht als „schick“ gelten konnte, auf solche Bezüge hinzuweisen¹⁰.

Der einschlägigen Forschung war die Person *Blanks* als eines Jugendfreundes von *Engels* längst bekannt. *Engels* erwähnt ihn mehrfach in seinen Briefen an die Brüder *Friedrich Christian Ludwig* und *Wilhelm Heinrich Graeber*. Das erste Mal am 18. September 1838, als *Engels* den „Guilelmus“ (i.e. *Johann Wilhelm Jakob Blank*) bittet, sein Heft mit

6 *Engels* besuchte von 1829 bis 1834 die Barmer Stadtschule, danach bis September 1837 das Gymnasium in Elberfeld

7 Vgl. hierzu wie auch zum folgenden: *Wilhelm Blank*, Materialien zur Geschichte der Familie *Blank*, Elberfeld 1910; sowie: Statistik des Gymnasiums zu Elberfeld. Festschrift zur fünfzigjährigen Gedenkfeier der am 24. Febr. 1824 erfolgten öffentlichen Anerkennung des Gymnasiums, Elberfeld 1874

8 Vgl. *Wilhelm Blank*, a.a.O. Der Firmenname ist mehrfach in *Blanks* Tagebuch vermerkt.

9 Vgl. *Wilhelm Blank*, a.a.O. Bezüglich des Briefwechsels bzw. der zahlreichen Erwähnungen *Blanks* sei hier nur allgemein auf den Schriftwechsel *Marx*' und *Engels*' verwiesen, in: MEGA² III, 1 + 2. Einige Bezüge zu *Blanks* politischen Aktivitäten während der Elberfelder Revolution finden sich auch bei: *Klaus Goebel/Manfred Wichelhaus*, Aufstand der Bürger, Revolution 1849 im westdeutschen Industriezentrum, Wuppertal 1974. Allerdings wird *Blank* hier mit seinem gleichnamigen Vater verwechselt. Eine Fotokopie der handschriftlichen Vorlage für die Familiengeschichte liegt hier vor. Während der Text Wort für Wort übernommen wurde, fehlt hier der Satz: „Erst in den 60er Jahren finden wir ihn wieder als einen begeisterten *Bismarck*-Anhänger...“ Offenbar handelt es sich hierbei um einen später eingeschobenen Satz sozusagen als Exkulpation des Vorstehenden.

10 Wie Herr *Jürgen Blank*, Überlingen, dem Verfasser im Juni 1980 mündlich mitteilte, sollen sich im Besitz seines Großvaters noch Briefe von *Engels*' Hand befunden haben, die aber später verbrannt worden sind.

Versen zurückzuschicken¹¹. Darüber hinaus hatte *Blank* am 6. Mai 1839 *Engels'* Replik auf *Runkels* Besprechung vom 12. April 1839 in der „Elberfelder Zeitung“ an die dortige Redaktion besorgt¹².

Bei den beiden kleinen Tagebüchern handelt es sich eigentlich um zwei nicht paginierte Notizbüchlein im Format von ca. 13,5 x 8,4 cm mit mehr oder minder hastig hingeworfenen Anmerkungen als Gedächtnisstütze seiner Eindrücke. Den Bleistifteinträgen ist deutlich anzusehen, daß sie während der Fahrt in der Kutsche oder Eisenbahn niedergeschrieben wurden. Das erste Heft beginnt im Juli 1839 und reicht im wesentlichen bis zum Ende des Jahres 1841. Das zweite Heft, in dem *Blank* vor allem seine Englandreise festgehalten hat, umfaßt den Zeitraum vom 3. Juli bis zum 19. August 1843.

Einen besonderen Wert stellen *Blanks* Korrespondenzverzeichnisse dar; sie ermöglichen zunächst ein Datengerüst derjenigen Briefe, die *Blank* an die Mitglieder seines Freundeskreises richtete, aber auch derjenigen Schreiben, die *Blank* von diesem erhielt. Diese Verzeichnisse sind nicht immer jahrgangsmäßig datiert; die hier gebotene zeitliche Einordnung sowie die Angaben über die jeweiligen Aufenthaltsorte von Absendern und Empfängern wurden vom Verfasser erschlossen und zugefügt. Die zweite Gruppe umfaßt *Blanks* eigentliche Reisebeschreibungen, wobei natürlich die Datierungen, soweit sie im Zusammenhang mit *Friedrich Engels* stehen, von besonderem Interesse sind.

Schließlich sind noch die Aufzeichnungen über die von *Blank* gelesenen bzw. zu beschaffenden Bücher zu erwähnen. So nennt er z.B. *Heine*, *Börne*, *Wolfgang Menzel*, *Hegel*, *von Raumer*, *Venedey*, *Rosenkranz*, *Herwegh* u.a. Aus diesen mehr zufällig überlieferten Notizen wird deutlich, daß *Blank* durchaus am politisch-literarischen Tagesgeschehen Anteil nahm. Allerdings ist hier einschränkend zu berücksichtigen, daß die Mehrzahl der Eintragungen auf seine musikalischen Interessen hinweist: Opern- und Konzertbesuche, Noten, Kompositionslehren und einmal sogar die Kosten für die Miete eines Klaviers. Zuletzt soll noch angeführt werden, daß auf der letzten Seite des zweiten Tagebuches der Name „*Everbeck*“ (!) verzeichnet ist. Über diesem Namen ist „*Heilgers*“ notiert. Mit *Friedrich Wilhelm Heilgers* aus Duisburg teilte *Blank* zunächst die Wohnung in London, wahrscheinlich hatte er den Arzt *Ewerbeck* in London kennengelernt, der im Juni 1843 dort eingetroffen war¹³. Ebenso wird hier der Name „*Weitling*“ vermerkt, ohne daß ein weiterer Zusammenhang sichtbar wird. So mag zunächst *Blanks* Korrespondenzverzeichnis folgen. Briefe, die er mit seinen Eltern, Verwandten und anderen wechselte, die nachweislich weder zum Kreis der Schüler des Elberfelder Gymnasiums und der Barmer Stadtschule gehörten, noch einen Bezug zu *Engels'* Bekannten ausweisen, werden hier nicht aufgeführt. Die Auslassungen sind als solche kenntlich gemacht.

11 Vgl. MEGA² III, 1, S. 78-83, hier: S. 82

12 Es handelt sich um *Engels'* Artikel: „Briefe aus dem Wupperthal“, in: *Telegraph für Deutschland*, hrsg. v. Karl Gutzkow, März-April 1839, wiederabgedruckt in: MEW, Bd. 1, S. 413-432, hier: S. 425 f.

13 *Ewerbeck*, August Hermann (1816-1860), Arzt und Schriftsteller, leitete 1841-1846 die Volkshalle des Bundes der Gerechten in Paris, später Mitglied des Bundes der Kommunisten. *Ewerbeck* traf am 8. Juni 1843 in London ein. Vgl. Public Record Office, London, H.O. 5, Bd. 31, Nr. 1456

Blank in:	Geschrieben		Vermuteter Aufenthaltsort der Empfänger:	Post erhalten		Vermuteter Aufenthaltsort der Absender:
	an:	am:		von:	am:	
Le Havre	<i>W. Graeber</i> ¹⁴		Berlin	<i>W. Graeber</i>	24. 9.39	[?]
Le Havre	<i>F. Graeber</i> ¹⁵	16. 7.39	Berlin	—	—	—
Le Havre	<i>G. Wurm</i> ¹⁶		Berlin	—	—	—
Le Havre	<i>P. Jonghaus</i> ¹⁷		Berlin	—	—	—
	[...]					
Le Havre	<i>R. Roth</i> ¹⁸	18. 8.39	Bremen	<i>R. Roth</i>	3.10.39	Bremen
Le Havre	<i>E. Neviandt</i> ¹⁹	24. 8.39	England	<i>E. Neviandt</i>	6.10.39	England
Le Havre	<i>F. Engels</i>	26. 8.39	Bremen [?]	<i>F. Engels</i>	10.10.39	Bremen
	[...]					
Le Havre	<i>F. Engels</i>	15. 9.39	Bremen	<i>F. Engels</i>	3.10.39	Bremen
	[...]					
Le Havre	<i>F. Engels</i>	11.10.39	Bremen	<i>F. Engels</i>	1.11.39	Bremen
Le Havre	<i>R. Roth</i>	15.10.39	Bremen	<i>R. Roth</i>	14.12.39	Bremen
	[...]					
Le Havre	<i>E. Neviandt</i>	29.10.39	England	<i>E. Neviandt</i>	14.10.39	England
	[...]					
Le Havre	<i>W. Graeber</i>	9.11.39	Berlin	—	—	—
	[...]					
Le Havre	<i>F. Engels</i>	19.11.39	Bremen	<i>F. Engels</i>	11.12.39	Bremen
	[...]					
Le Havre	<i>E. Neviandt</i>	22.11.39	England	<i>E. Neviandt</i>	14.12.39	England
	[...]					
Le Havre	<i>F. Engels</i>	19.12.39	Bremen	—	—	[?]
Le Havre	<i>F. Engels</i>	17. 1.40	Bremen	<i>F. Engels</i>	8. 3.40	Bremen
Le Havre	<i>R. Roth</i>	29. 1.40	Bremen	—	—	—
	[...]					
Le Havre	<i>E. Neviandt</i>	10. 2.40	England	<i>E. Neviandt</i>	22. 2.40	England
	[...]					
Le Havre	<i>E. Neviandt</i>	28. 3.40	England	—	—	—
	[...]					
Le Havre	<i>W. + F. Graeber</i>	9. 9.40	Barmen oder Berlin	<i>W. + F. Graeber</i>	11. 7.40	Berlin
	[...]					
Le Havre	<i>F. Engels</i>	10. 6.40	Barmen/Münster ²⁰	<i>F. Engels</i>	10. 7.40	Bremen
	[...]					
Le Havre	<i>R. Roth</i>	31. 8.40	Bremen	<i>R. Roth</i>	8.1.41	Bremen
	[...]					
Le Havre	<i>F. Engels</i>	7. 9.40	Bremen	—	—	—
	[...]					
[?]	<i>F. Engels</i>	24.11.40 [oder später]	Bremen	<i>F. Engels</i>	8. 1.41	Bremen
	<i>E. Neviandt</i>	10. 1.41	England	—	—	—
	[...]					
[?]	<i>F. Engels</i>	30. 1.41	Bremen	<i>F. Engels</i>	26. 2.41	Bremen
	[...]					
[?]	<i>R. Roth</i>	1. 2.41	Bremen	—	—	—
	[...]					
[?]	<i>R. Roth</i>	12. 3.41	Süddeutschland/Schweiz ²¹	—	—	—
[?]	<i>R. Roth</i>	29. 3.41	Süddeutschland/Schweiz	—	—	—
[?]	<i>R. Roth</i>	14. 4.41	Süddeutschland/Schweiz	—	—	—
	[...]					
[?]	<i>F. Engels</i>	14. 4.41	Barmen	—	—	—
	[...]					
[?]	<i>R. Roth</i>	8. 5.41	Schweiz/Frankreich	—	—	—
Elberfeld	<i>F. Engels</i>	3. 7.41	Italien/Schweiz	—	—	—
Leipzig [?]	<i>F. Engels</i>	15.12.41	Berlin	—	—	—

Immerhin wird hier deutlich, wie eng sich die Beziehung zwischen den ehemaligen Schulkameraden *Blank* und *Engels* gestaltete. In einem Zeitraum von knapp zweieinhalb Jahren schrieb *Blank* an *Engels* insgesamt dreizehnmal und umgekehrt *Engels* an *Blank* mindestens achtmal. Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß beide sich im Frühjahr 1841 in Italien getroffen hatten und wohl ab Spätsommer in Barmen bzw. in Elberfeld lebten und ab Herbst bis zum Jahreswechsel 1841/42 beide in Berlin weilten und es so einer Korrespondenz nicht bedurfte.

Keiner der Briefe ist überliefert. Aus den gelegentlichen Erwähnungen von *Engels* bezüglich seiner Korrespondenzen mit Dritten läßt sich allerdings ein Brief aus dem Blankschen Korrespondenzverzeichnis eindeutig belegen: Aus dem Schreiben *Engels'* an *Friedrich Ludwig Christian Graeber* vom 25. Oktober 1839: „... sowie nach einem Brief an *W. Blank*, der lange warten mußte...“²² Nach *Blanks* Verzeichnis erhielt er einen Brief von *Engels'* Hand am 1. November 1839; er hatte also eigentlich keine drei Wochen der Antwort *Engels'* zu harren brauchen.

Als *Engels* in seinem Brief an seine Schwester *Marie* am 8. März 1841 schreibt: „Ich weiß nicht ob Du schon gehört hast daß ich Ende April mit dem Vater wahrscheinlich nach Italien gehen werde...“ und: „Wenn ich wirklich dies Frühjahr nach Mailand komme, so treffe ich dort mit *Roth* und dem Elberfelder *Wilhelm Blank* zusammen und wir richten dort ein fideles Leben ein bei türkischem Tabak und Lagrime di Cristo. Die Italiener sollen noch ein halbes Jahr nachher von den drei lustigen Deutschen schwatzen, so berühmt wollen wir uns machen“²³, so war diesem Ereignis eine eifrige Korrespondenz wegen der Terminierung zwischen *Roth*, *Blank* und *Engels* vorausgegangen. *Johann Samuel Richard Roth* reiste aus der Schweiz, *Wilhelm Blank* aus Frankreich und *Friedrich Engels* aus Barmen an²⁴.

- 14 Graeber, Wilhelm Heinrich (1820-1895), Mitschüler und Jugendfreund von Friedrich Engels, Pfarrer, zuletzt Superintendent in Essen.
- 15 Graeber, Friedrich Christian Ludwig (1822-1895), Mitschüler und Jugendfreund von Friedrich Engels, Pfarrer, zuletzt Superintendent in Issum.
- 16 Wurm, Gustav (1819-1888), Jugendfreund und Mitschüler von Friedrich Engels, später Rektor in Mettmann.
- 17 Jonghaus, Peter (*Barmen 26. Dez. 1816 + Essen 8. Juni 1884), stud. theol. in Berlin und Bonn, später Pastor in Essen.
- 18 Roth, Johann Samuel Richard (*Elberfeld 19. Jan. 1821 + Düsseldorf 1. Juni 1858), Teilhaber der Firma Friedrich Bockmühl & Söhne in Düsseldorf, Abitur 1838, vor 1841 wahrscheinlich zur Ausbildung bei seinem späteren Schwager André Terond in Genf, Jugendfreund von Friedrich Engels.
- 19 Neviandt, Friedrich Eduard (*Mettmann 19. Juni 1819 + Elberfeld 9. Januar 1888), Fabrikbesitzer und Kommerzienrat in Elberfeld, absolvierte etwa 1835-1838 eine Lehre in der Duisburger Baumwollwarenfabrik Davidis & Michaelis, weilte ab Sommer 1839 bis etwa 1841 zur weiteren Ausbildung in England und „hatte sich in England konditionierend, freie Anschauungen erworben“. Vgl. Karl Stelter, *Erlebnisse eines Achtzigjährigen*, Elberfeld 1903, und: Walter Hermes, *Hermann Heinrich Grafe und seine Zeit*, Witten 1933
- 20 Vgl. Michael Knieriem, *Friedrich Engels' Reise nach Münster im Frühjahr 1840*, in: *IWK*, 14. Jg., H. 4, Dezember 1978, S. 486-490, hier: S. 490
- 21 Der Aufenthalt von Richard Roth in Süddeutschland und in der Schweiz ergibt sich aus dem Brief Friedrich Engels' an seine Schwester Marie in Mannheim, Bremen, 8.-11. März 1841, vgl. *MEGA*², III 1, S. 217-219, hier: S. 217
- 22 Vgl. *MEGA*² III, 1, S. 165-170, hier: S. 165
- 23 Vgl. *MEGA*² III, 1, S. 217-219, hier: S. 217 f.
- 24 Das Itinerar Engels' stellt sich wie folgt dar: Abfahrt von Barmen etwa 5. Mai 1841, Basel 8. Mai, Zürich

Blank notierte minutiös seine Reiseroute, die hier nur gekürzt wiedergegeben werden soll: 15. Mai Ankunft in Lyon — 27. Mai Ankunft in Genua — 29. Mai Ankunft in Turin — 31. Mai Ankunft in Mailand. Unter diesem Datum vermerkt *Blank*: „Ankunft dort um 10 Uhr par la porta Vercellina, eigenthümliche Straßen, Hôtel Reichmann, Sista, Porta Romana, Spaziergänge um die Stadt [ein Wort unleserlich], caserna Francesco, la Scala — Engels.“

Somit kann hier zum erstenmal der Beweis angetreten werden, daß *Friedrich Engels* tatsächlich auch in Mailand gewesen war. Es war also alles so eingetroffen, wie *Engels* es sich vorher auch in seinen Briefen vorgestellt und ausgemalt hatte²⁵. Darüber hinaus gab es für *Friedrich Engels'* Vater genügend Anlaß, sich am Seidenhandelsplatz Mailand aufzuhalten, besaß doch die alte Firma Caspar Engels Söhne noch eine Konto-a-metà-Verbindung mit der Mailänder Bank und Seidenhandlung Balabio, Besana & Compania²⁶.

Den Rückweg über Como, den St. Gotthard-Pass, Basel, Mannheim und Bonn trat *Blank* wohl allein an. In Bonn wurde er am 22. Juni 1841 von seiner Mutter und Großmutter abgeholt²⁷.

Wahrscheinlich weilte *Blank* von Oktober bis Dezember 1841 aus geschäftlichen Gründen in Berlin. Hier wohnte er zunächst vom 22. bis 24. September in einem nicht näher bezeichneten Gasthaus, dann in der Dorotheenstr. 51, danach in der Behrenstraße 56. Anfang Dezember schließlich notiert er: „Pass nach Leipzig.“ Dies könnte bedeuten, daß *Blank* auch in Berlin Kontakt zu *Engels* hatte²⁸.

11. Mai, Chur 14. Mai [?], Lecco 16. Mai [?], Ankunft Mailand vor oder spätestens am 31. Mai 1841. Vgl. hierzu: Hans Pelger/Michael Knieriem, *Friedrich Engels als Bremer Korrespondent des „Stuttgarter Morgenblatts für gebildete Leser“* und der Augsburger „Allgemeinen Zeitung“, hrsg. v. Karl-Marx-Haus Trier und dem Friedrich Engels-Haus Wuppertal, in: *Schriften aus dem Karl-Marx-Haus*, H. 15, 1976², S. 66 f. Vgl. auch *Friedrich Engels'* Artikel „Lombardische Streifzüge“, in: *Athenäum für Wissenschaft, Kunst, Leben*, Nr. 48 u. 49, Dezember 1841, wiederabgedruckt in: *MEW*, EB II, S. 150-160. Trotz seiner Vorstellung, „ein fideles Leben“ in Mailand zu führen, scheint *Engels* sich längere Zeit in Lecco aufgehalten zu haben. Am 9. Mai 1851 schreibt er an Marx in London: „Gestern waren zwei Kaufleute von Lecco hier, der eine ein alter Bekannter von 1841“ und „Lecco — dem einzigen Ort, wo ich populär bin“. Vgl. *MEW*, Bd. 27, S. 255
- 25 Vgl. die Briefe von *Engels* an seine Schwester Marie vom 8. bis 11. März 1841, in: *MEGA*² III, 1, a.a.O., sowie vom 5. April 1841, in: *Mega*² III, 1 S.220, und den Brief, geschrieben um den 28. April 1841 (bisher datiert Anfang Mai 1841), vgl. *MEGA*² III, 1, S. 221-222. Gustav Mayer glaubte noch, daß die Reise nach Mailand zusammen mit dem Vater nicht zustande gekommen sei. Vgl. Gustav Mayer, *Friedrich Engels. Eine Biographie*, 2 Bde, Bd. 1, *Friedrich Engels in seiner Frühzeit*, Den Haag 1934 (zusammen mit Bd. 2 nachgedruckt: Köln 1971 und Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1975, S. 63)
- 26 Vgl. Michael Knieriem, *Die Entwicklung der Firma Caspar Engels Söhne*, in: *Nachrichten aus dem Engels-Haus*, H. 1, Wuppertal 1978, S. 69 f. und 151
- 27 Zur Überprüfung wurden die Tagebucheintragungen *Blanks* mit den Fremdenlisten der Bonner Zeitung verglichen. Vgl. *Bonner Wochenblatt*, Nr. 76, vom 25. Juni 1841, „Angekommene Fremden: Den 23. Madame Hauptmann, Madame Blank aus Elberfeld und Herr Blank aus Elberfeld.“
- 28 *Engels* hatte am 1. Oktober 1841 sein Militärljahr als Einjährig-Freiwilliger bei der Garde-Artilleriebrigade in Berlin aufgenommen. Während der ersten sechs Wochen, also bis zum 15. November, waren auch die Freiwilligen gezwungen, die Kasernen nicht zu verlassen, d.h. *Friedrich Engels* durfte erst seit diesem Zeitpunkt ein Privatquartier beziehen. Er hat dann nachweislich in Berlin, Dorotheenstr. 56, gewohnt. Es mag hierbei auffallen, daß *Blank* schreibt, er habe in der Dorotheenstr. 51 und dann in der Behrenstr. 56 gewohnt. Wenn *Blank* sich in der Hausnummer geirrt hat, konnte er das Quartier für *Engels* besorgt haben, zumal verschiedene ehemalige Schulkameraden *Blanks* und *Engels'* hier bereits ih-

Die zweite große Reise, die nicht ausschließlich kaufmännischen Zwecken diene, unternahm *Blank* im Sommer 1843 zusammen mit einem der Teilhaber der Elberfelder Konfektionsstoff-Fabrik *Rurmann & Meckel*, *Friedrich Rurmann* und dessen Sohn *Heinrich* nach England, Schottland und Irland²⁹. Die wichtigsten Stationen dieser Reise sind auch hier abgekürzt notiert: 11. Juli 1843 Abreise von London — 12. Juli 1843 Ankunft in Manchester — 13. Juli 1843 Besuch bei *Pilling & Frerichs*³⁰ — 14. Juli 1843 *Engels* und Söhne *Souchay*³¹ — 16. Juli 1843 Windermere Lake — 25. Juli 1843 Glasgow — 1. August 1843 Belfast — 3. August 1843 Dublin — 15. August 1843 London — 16. August 1843 Ostende — *Engels* — 17. August 1843 Brüssel — 19. August 1843 Ankunft Elberfeld.

Gemäß *Blanks* eigenen Eintragungen suchte er während dieser Reise am 14. Juli 1843 *Engels* in Manchester auf und traf mit ihm erneut fast vier Wochen später in Ostende zusammen³². Auf dem letzten Blatt dieses Tagebuches ist sogar vermerkt: „2 Southgate F. Eng. St. Mary's.“ Hierbei handelt es sich um die offizielle Firmenadresse von „Ermen & Engels“ in Manchester³³. Etwa seit Herbst 1843 lebte *Blank* in Manchester und arbeitete hier auf dem Kontor der Firma „de Jersey & Co.“ Spätestens hier wird ihn *Engels* mit der „Lage der arbeitenden Klasse in England“ vertraut gemacht haben, eben der *Engels*, „unter dessen Einfluß sich wohl auch sein reges Interesse für Politik“ später herausbildete³⁴.

re „Studentenbude“ hatten. Vgl. hierzu: Manfred Kliem, *Friedrich Engels. Dokumente seines Lebens 1820-1895*, Frankfurt 1977, S. 85 ff.

29 Die Firma *Rurmann & Meckel* wurde im Jahre 1813 in Elberfeld gegründet. *Friedrich Rurmann* (*ca. 1785 + 1847) war Elberfelder Stadtrat, dessen Sohn *Heinrich* wurde später ebenfalls Teilhaber dieser Firma. Hier soll nicht unerwähnt bleiben, daß *Blank* am 11. Juli 1846 *Louise Meckel*, Tochter des anderen Teilhabers *Caspar Wilhelm Meckel* in Elberfeld heiratete.

30 *Pilling & Frerichs*. Der Name *Pilling* war nicht zu identifizieren. Es gab 1843 zwei Firmen *Frerichs*, *Johann A.* und *Johann H.* Beide Firmen wurden 1837 gegründet und hatten ihren Sitz in der Firma *de Jersey & Co.* in Manchester. Vgl. *John Scholes*, *List of Foreign Merchants and Firms in Manchester 1734-1870*, Manuskript o.O., o.J.

31 Die Firma *Carl Cornelius Souchay* wurde 1806 durch diesen in Manchester, London und Frankfurt begründet. Es kann sich hier möglicherweise um dessen Söhne *Johann Daniel Souchay* (1798-1871), Kaufmann und Teilhaber obiger Firma, sowie um *Carl Isaac Souchay* (1799-1872), ebenfalls Kaufmann und Teilhaber in Manchester, gehandelt haben. Vgl. *Deutsches Familienarchiv*, hrsg. v. *Gerhard Geßner*, Bd. 19, Neustadt/Aisch 1961, S. 274 f.

32 *Engels* hatte Manchester Anfang August 1843 verlassen. In Ostende traf er mit *Gervinus* und *Herwegh* nach dem 10. August zusammen. Vgl. *Hans Pelger/Michael Knieriem*, a.a.O., S. 69

33 Diese Anschrift wurde noch einmal durch *Herrn Roy Whitfield*, Manchester, auf Anfrage des Verfassers bestätigt. Die Adresse von „Ermen & Engels“ lautete später: 7, Southgate, Deansgate.

34 Vgl. auch Anm. 9, *Wilhelm Blank*, a.a.O.

Entstehung und Entwicklung der Kritischen Psychologie

Kurzer Überblick

Peter Hiedl

1. Vorbemerkung — 2. Die Entwicklung der Psychologie als Wissenschaftsdisziplin in der Bundesrepublik in den 50er und 60er Jahren — 3. Kritik der Psychologie im Rahmen der Studentenbewegung ab 1967 — 4. Weiterentwicklung und Differenzierung des Ansatzes der Kritischen Psychologie; Freud-Rezeption und Kritik des Projekts Klassenanalyse; der Marburger Kongreß 1977 — 5. Der zweite Kongreß in Marburg 1979; die Konstituierung der Kritischen Psychologie als marxistische Subjektwissenschaft.

1. Vorbemerkung

Die Aufgabe, einen kurzen Überblick über Entstehung und Entwicklung der Kritischen Psychologie zu geben, erfordert eine Nachzeichnung der Theorienentwicklung der Kritischen Psychologie, die die jeweiligen Auseinandersetzungspunkte mit anderen Wissenschaftsauffassungen auf allgemeiner Ebene und im Hinblick auf den spezifischen Gegenstand erfaßt; weiterhin die Berücksichtigung der realen sozialen Entwicklungen, soweit sie im direkten oder indirekten Bezug auf die Bedingungen der Theorienentwicklung der Kritischen Psychologie oder deren Modifikationen nachvollziehbar sind. Dies wird im folgenden versucht. Eine systematische Entfaltung diese beiden Momente kann hier allerdings nicht geleistet werden.

2. Die Entwicklung der Psychologie als Wissenschaftsdisziplin in der Bundesrepublik in den 50er und 60er Jahren

Generell kann man folgende Faktoren unterscheiden, die auf die Entwicklung der Psychologie in der Bundesrepublik einwirkten. Zum einen sind die Auswirkungen der faschistischen Herrschaft und ihres Zusammenbruchs im Hinblick auf die Institution Universität, deren soziale Träger und einzelne Wissenschaftsbereiche zu sehen. Der Faschismus selbst hatte wesentliche Entwicklungslinien der Psychologie unterbrochen, ihre Repräsentanten exiliert oder umgebracht; dies gilt vor allem für bestimmte Bereiche der Psychologie. Zum anderen hatte der Faschismus die Psychologie auf rassistische und biologistische Grundlagen gestellt. Wer in diesen Jahren nicht vertrieben oder getötet wurde und sich auch nicht zum aktiven Befürworter dieser Grundlagen machte, der entwickelte aus seiner Klassenlage heraus Formen elitär-konservativer innerer Emigration.

Die Wiedereröffnung der Universitäten in Westdeutschland nach der Zerschlagung des Faschismus durch die West-Alliierten stützte sich genau auf jene Kreise, die sich nicht offen als aktive Sympathisanten des Faschismus gezeigt hatten. Bezogen auf die

Hochschule als Institution führte das zur Reetablierung der Ordinariatenuniversität und im Hinblick auf vorherrschende gesellschafts-theoretische Vorstellungen zu einem radikalen Individualismus, dessen Stoßrichtung sich sowohl gegen den Faschismus als auch gegen den Kommunismus als „totalitäre Massenbewegungen pöbelhafter Natur“ richtete. Verbunden war dies mit einer Propagierung traditioneller Werte des geistigen Humanismus, aus dem die Erneuerung Deutschlands entspringen könne. Ebenfalls erfolgte eine Rückbesinnung auf die Autonomie von Forschung und Lehre und eine bewußte Abkopplung von aktuellen politischen und sozialen Problemstellungen.¹

Gerade die Distanz zu sozialen und politischen Prozessen im aktuellen Verlauf galt als vornehmste Aufgabe der Universität. Für die Entwicklung der universitären Psychologie in der Bundesrepublik galt dies in verstärktem Maß, da sie sich ja von ihrem Gegenstand her mit der Erforschung der Psyche des Menschen beschäftigte und im Zusammenhang damit mit der Erziehung und Entwicklung eines „neuen Geistes im Menschen“. Gerade die Psychologie fühlte sich berufen, beizutragen zur geistigen Aufhellung und „Entmassung der Masse“. Praktisch bedeutete dies eine Konzentration auf das Erziehungssystem und alle Formen pädagogischer Praxis vom Vorschulalter bis zur Erwachsenenbildung.

Waren dies die Praxisfelder, in denen Psychologen vorwiegend arbeiteten, so ist die universitäre Psychologie in diesem Zeitraum von einer immer stärkeren Ausdifferenzierung ihrer Methoden und Gegenstandsbereiche charakterisiert, die sie auch zunehmend den Strömungen der amerikanischen Experimentalpsychologie öffnete. Mit anderen Worten: Im Laufe der 50er und 60er Jahre entwickelte sich auch im Rahmen der Psychologie ein Widerspruch zwischen der allgemeinen Wertorientierung, wie sie unmittelbar nach dem Krieg als Rückkehr zu den alten humanistischen Idealen erschien, und der Forschungs- und Lehrtätigkeit der universitären Disziplin Psychologie. Dies ist bis zum heutigen Tage unmittelbar erfahrbar, wenn z.B. Studienanfänger der Psychologie erwarten, daß ihnen ihr Studium Erkenntnis und Einsichten über den Menschen vermittelt und sie befähigt, therapeutisch tätig zu werden, sie aber im Studium mit Testtheorie, Statistik und experimenteller Psychologie gefüttert werden, womit der streng naturwissenschaftliche Charakter der universitären Psychologie bewiesen werden soll. Der Schwerpunkt der beruflichen Praxis der Psychologen in den 50er und 60er Jahren, der sehr stark selektive und manipulierende Funktion aufwies (Eignungs- und Intelligenzdiagnostik, Testverfahren, Werbepsychologie usw.), verstärkte diesen widersprüchlichen Eindruck von „Psychologie und Psychologen“.

3. Kritik der Psychologie im Rahmen der Studentenbewegung ab 1967

Der erste Angriff auf diese Form naturwissenschaftlich-behavioristischer Theorieentwicklung der universitären Psychologie und deren Praxis vollzog sich im Rahmen der generellen Kritik an den wissenschaftstheoretischen Postulaten der herrschenden Sozial- und Gesellschaftswissenschaften überhaupt. Die manipulative und herrschaftsstabilisierende Praxis der Psychologie wie auch der Soziologie wurde konfrontiert mit ihren wis-

¹ Vgl. dazu ausführlicher: Maikowski / Mattes / Rott, *Psychologie und ihre Praxis*, Frankfurt / M. 1976, S.24ff.

senschaftstheoretischen Aussagen über Wertfreiheit und objektive Neutralität. Die Kritik an dieser Art herrschender Psychologie, wie sie z.B. auf den VDS-Kongressen und -Tagungen zwischen 1967 und 1969 formuliert wurde, entwickelte sich auf der Basis der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule, sofern es nicht zu einem frontalen Angriff auf Wissenschaft überhaupt kam, der zumeist in dem Slogan von der Zerschlagung der Psychologie oder anderer Disziplinen gipfelte.

Einen der für die Entwicklung der Kritischen Psychologie wichtigsten Kristallisationskerne bildete das Psychologische Institut der Freien Universität Berlin. Folgende Momente lassen sich hierfür anführen: *Holzkamp* als Ordinarius an diesem Institut befand sich nach immerhin zwanzigjähriger Arbeit im Rahmen der traditionellen Psychologie an einem Punkt, der ihn faktisch an bestimmten Positionen dieser Psychologie zweifeln ließ; Berlin und gerade die FU waren Zentren sowohl der antiautoritären Bewegung als auch der Rezeption der Kritischen Theorie in der Studentenbewegung; Studenten, die später zu Mitarbeitern des Instituts wurden, standen als AStA-Vertreter im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen; diese Studentenvertreter sahen vor allen Dingen positive Möglichkeiten in der Verbindung von Psychologie und Marxismus. Ansätze sah man in der Verknüpfung von Psychoanalyse und Marxismus, wie sie sich in der Tradition von *Reich* in den 30er Jahren ansatzweise herausgebildet hatte. Die Besetzung des Psychologischen Instituts durch die Studenten in der unmittelbaren Reaktion auf den Tod von *Benno Ohnesorg* bei einer Anti-Schah-Demonstration in Westberlin führte zu einem intensiven Prozeß der Auseinandersetzung zwischen allen Institutsmitgliedern.

Gleichzeitig bestand die praktische Notwendigkeit, im Rahmen der Neuordnung der Hochschule durch das Berliner Universitätsgesetz eine eigene Satzung und Struktur zu entwerfen. Die durch dieses Gesetz gleichzeitig vorgenommene Zerschlagung des Allgemeinen Studentenausschusses bedeutete ebenfalls, daß sich die politische und inhaltliche Arbeit der Studentenvertreter auf die Ebene der Institute konzentrierte. Die Summe dieser Faktoren führte zur Verabschiedung einer Satzung des Instituts, die die paritätische Mitbestimmung aller beteiligten Gruppen an Lehre und Forschung vorsah. *Holzkamp* selbst schreibt über die damalige Situation: „Die Satzung war im Bewußtsein vieler Institutsmitglieder der Beginn einer neuen Epoche demokratischer Entscheidungsbildung und repressionsfreier gleichberechtigter Kooperation aller Gruppen am Institut, wobei Konflikte in freier, rationaler Diskussion ausgetragen und bewältigt werden würden. Auch die früheren Gegner der Satzung im Mittelbau und unter den Hochschullehrern erklärten sich bereit, nachdem die Satzung angenommen war, im Institutsrat und den anderen Gremien des Instituts mitzuarbeiten.“²

Die erste Kooperation zwischen *Holzkamp* und den Studenten auf der Basis der neuen Struktur des Instituts ergab sich aus dem Antrag auf Genehmigung des Projekts Schülerladen als autonomes Projekt der Studenten. *Holzkamp* übernahm hierbei die Legitimation des Projekts nach außen. Ein weiterer Schritt bestand in der Integration des Psychologischen Instituts in den Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften, wobei dies die kritische Orientierung des Instituts zusätzlich verstärkte. Die außeruniversitären Angriffe auf das Schülerladenprojekt, anstehende Personalentscheidungen und die sich entwickelnde Zusammenarbeit zwischen verschiedenen linken Gruppierungen in-

2 Klaus Holzkamp, *Kritische Psychologie – Vorbereitende Arbeiten*, 5. Auflage, Frankfurt / M. 1977, S.234ff.

nerhalb des Instituts führten zu einer Polarisierung zwischen Linken und Liberalen. Letztere propagierten einen Anschluß an die Erziehungswissenschaften, um in diesem Rahmen ein eigenes Institut der Psychologie zu gründen. Die Vorgänge, die vor allem in wütenden Angriffen auf *Holzkamp* selbst mündeten, bedeuteten für ihn die praktische Einsicht, daß eine Vermittlerposition zwischen Linken und Liberalen nicht mehr einzuhalten war, und damit auch den Verzicht auf die letzten Formen von „Neutralität“. Die organisatorische Trennung der beiden Institute bot gleichzeitig die Möglichkeit, Stellen planmäßig zu besetzen und ein positives Ausbildungskonzept zu entwickeln, das nunmehr von einer breiten Mehrheit getragen wurde.

Holzkamp selbst formulierte in einem Interview 1977, welche Bedingungen zur direkten Herausbildung der Kritischen Psychologie führten. „Einmal durch die politische Entwicklung am Institut, die mit der Institutsspaltung endete und die uns als Linke – im weitesten Sinne – vor die Aufgabe stellte, jetzt selbst und positiv eine psychologische Ausbildung auch für die Berufstätigkeit von Psychologen in der bürgerlichen Gesellschaft machen zu müssen, während wir vorher in der Situation waren, daß wir nur die bürgerlichen Psychologen kritisierten, die aber für uns die Drecksarbeit machten, nämlich die wirkliche Ausbildung auch im praktischen Bereich. Das mußten wir jetzt selber machen, und da stellte sich die Frage: Kann man das überhaupt? Gibt es eine Möglichkeit, kritische, marxistische Psychologie zu entwickeln, die gleichzeitig die Möglichkeit der fortschrittlichen Berufspraxis in der bürgerlichen Gesellschaft eröffnet? Ist das nicht ein Widerspruch in sich? Eine ungeheuer brisante Frage, von der abhängt, ob wir überhaupt als übrig gebliebene Linke so ein Institut in eigener Verantwortung in der bürgerlichen Gesellschaft aufrechterhalten und betreiben können. Die zweite Bedingung war unsere immer intensivere Rezeption der sowjetischen Psychologie. Und es kam aus einem wirklichen Gegebenheitszufall, daß in diese Phase die *Leontjew*-Rezeption fiel. *Rubinstein* kannten wir vorher schon, aber der hat uns nicht weiter geholfen. Das war eine Linie, die wir eigentlich alle ganz richtig fanden und die auch intensiv diskutiert wurde, aber keine Umsetzbarkeit in der eigenen Arbeit erbrachte. Das war bei *Leontjew* anders. Man sah plötzlich eine Möglichkeit, die Psychologie selbst aus sich heraus weiter zu entwickeln in Richtung der Erfassung des konkreten Individuums in der bürgerlichen Gesellschaft. Gleichzeitig spielte die intensive Kapitalrezeption eine große Rolle. Man hatte jetzt die Möglichkeit, den Gegenstand der bürgerlichen Psychologie, das isolierte Individuum, als eine spezielle Art der Erfassung von oberflächlichen Verhältnissen, nämlich Privatverhältnissen, in der bürgerlichen Gesellschaft selbst zu verstehen, sozusagen die scheinbare Naturwüchsigkeit der Beziehung von Individuum und Umwelt als die besondere Art von Gesellschaftlichkeit des Individuums in der bürgerlichen Gesellschaft zu fassen, und damit die scheinbare Naturwissenschaft Psychologie selber als verkappte Gesellschaftswissenschaft, die nur in den Formen der bürgerlichen Ideologie denkt und damit ihre eigene Gesellschaftskonzeption als Natur mißdeutet.“³

Das erste Ergebnis dieses theoretischen und praktischen Umschlages im Sinne einer eigenständigen Untersuchung auf materialistischer Basis bildete das heutige Standardwerk der Kritischen Psychologie, *Holzkamp*s „Sinnliche Erkenntnis“.

Ein kurzer Überblick über die Publikationen des Jahres 1973/74 in der Bundesrepu-

3 Interview mit K. Holzkamp in: marburger blätter, Nr. 3/4, 1977, S. 21ff.

blik zum Thema materialistische Psychologie zeigt allerdings, daß die Rezeption von *Rubinstein*, *Leontjew* und *Sève* nicht auf das Psychologische Institut in Westberlin beschränkt war⁴. Je nachdem allerdings, wie weit sich diese Positionen entwickeln konnten, d. h. personelle und inhaltliche Stabilität gewannen, blieben diese Rezeptionen auf unterschiedlichen Ebenen stehen: als Kritik am herrschenden Lehrbetrieb; als Alternativangebote im Rahmen von Fachschaftsseminaren oder über einzelne Lehraufträge; als Teilangebote im Rahmen der Ausbildung. Ein Zusammentreffen von personeller Stabilität, eigenständiger Ausbildung und institutioneller Selbständigkeit, wie sie am *Holzcamp*-Institut gegeben war, ist allerdings an keiner anderen Hochschule zu erkennen.

4. Weiterentwicklung und Differenzierung des Ansatzes der Kritischen Psychologie; Freud-Rezeption und Kritik des Projekts Klassenanalyse; der Marburger Kongreß 1977

Läuft die Rezeption zentraler Aussagen materialistischer Erkenntnistheorie vor allem über *Marx* und *Rubinstein*, so ist *Leontjew* als Vertreter der sowjetischen kulturhistorischen Schule die Brücke zu Fragen der Entwicklung des Psychischen oder, anders formuliert, dazu, die dialektische Beziehung von Subjekt und Objekt selbst als sich Entwickelndes, historisch Gewordenes zu untersuchen und damit die Entwicklung des Psychischen einer logisch-historischen Analyse zu unterwerfen. Der damit formulierte Anspruch der Entwicklung einer marxistischen Psychologie führte in der Folge zu Auseinandersetzungen an mehreren Fronten: zum einen mit den Vertretern des Projekts Klassenanalyse (PKA) um den Stellenwert der logisch-historischen Analyse und zum anderen mit Theoretikern, die behaupten, daß der *Marx*'schen Analyse ein Komplement im Hinblick auf die Entwicklung des Psychischen fehle, das sie im Rahmen der *Freud*'schen Theorie verwirklicht sehen.⁵

Die PKA-Argumentation lautet kurz gefaßt so: Die Rekonstruktion der bürgerlichen Gesellschaft ergibt sich theoretisch aus der logischen Zusammenfügung der sie charakterisierenden Gegenstandsbereiche. Eine historische, sich den unterschiedlichen Entwicklungsmomenten der Gesellschaftsentwicklung widmende Untersuchung sei unnötig, verfälsche die Spezifik des Gegenstandes.⁶ Sie kritisieren daher auch folgerichtig *Holzcamp*'s Vorgehen zur Analyse der Rekonstruktion der Naturgeschichte des Psychischen. Sie wenden sich vor allem gegen das sogenannte Dreischrittverfahren, das zuerst in der „Sinnlichen Erkenntnis“ expliziert und dann zur Erklärung des Vorgehens der Kritischen Psychologie immer wieder herangezogen wurde.⁷ Der erste Schritt des Ver-

4 Vgl. z.B. Autorenkollektiv *Wissenschaftspsychologie, Materialistische Wissenschaft und Psychologie*, Köln 1975.

5 Vgl. dazu Klaus Holzcamp, *Kann es im Rahmen der marxistischen Theorie eine Kritische Psychologie geben?* in: K. H. Braun, K. Holzcamp (Hrsg.), *Kritische Psychologie — Bericht über den 1. Internationalen Kongreß Kritische Psychologie vom 13. — 15. Mai 1977 in Marburg*, Band 1: Einführende Referate, Köln 1977, S.53ff

6 Siehe Autorenkollektiv, *Sinnliche Erkenntnis und Arbeit — Kritik an Holzcamp's "Kritischer Psychologie"*, Westberlin 1977, S.13ff

7 Vgl. K. Holzcamp, *Sinnliche Erkenntnis*, Frankfurt / M., S.54, und Ute Holzcamp-Osterkamp, *Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung 1*, Frankfurt / M. 1975, S.44f

fahrens dient der Herausarbeitung der biologisch-naturgeschichtlichen Gewordenheit, die zweite Stufe dient zur Erarbeitung der allgemeinsten gesellschaftlichen Charakteristika des Gegenstandes, im dritten Schritt geht es schließlich um die durch die bürgerliche Gesellschaft bestimmten konkreten Züge des jeweiligen Gegenstandes.⁸

Die Kritik des Projekts Klassenanalyse richtet sich auf zwei Momente des *Holzcamp*'schen Vorgehens: Zum einen bestreiten sie einen Erkenntnisgewinn durch die historische Rekonstruktion, da die Rekonstruktion naturgeschichtlicher Entwicklung selbst Resultat vergleichender Analysen und abhängig vom erreichten Stand der auf diese Weise gewonnenen Kenntnisse als auch vom Entwicklungsstand technischer Hilfsmittel sei. „In diesem Sinne lebt die historische Rekonstruktion von der vergleichenden Analyse.“⁹ Zum zweiten richten die PKA-Vertreter ihre Kritik auf den vorgeschlagenen Untersuchungsdreischritt. Sie verweisen in diesem Zusammenhang auf Ausführungen von *Holzcamp* selbst in der „Sinnlichen Erkenntnis“, daß beim gegenwärtigen Forschungsstand ein Sprung in der Gedankenführung unvermeidlich sei. „Wir müssen das menschliche Spezifitätsniveau des Aneignungsvorganges als in der Individualgeschichte erreicht voraussetzen und haben nun danach zu fragen, worin die neue Qualität, die Spezifik der Aneignung von gesellschaftlich gewordenen Gegenstandsbedeutungen im einzelnen besteht.“¹⁰

Daß hier eine Lücke in der systematischen Entfaltung besteht, erkennt auch *Ute Holzcamp-Osterkamp*, wenn sie darauf hinweist, daß die „Sinnliche Erkenntnis“ diesen zweiten Schritt der Analyse nicht weit genug entfaltet habe, so daß die dritte Stufe eine *unvermittelte* Konkretisierung der allgemein gesellschaftlichen Betrachtung des zweiten Schrittes zur Analyse der historischen Bestimmtheit bürgerlicher Lebensverhältnisse sei.¹¹ Damit wird letztlich von *Osterkamp* kritisiert, daß die Verlaufs- und Übergangsformen der gesellschaftlichen Überformung des Biologischen nicht herausgearbeitet werden und es im Resultat zu einer abstrakten, undialektischen Gegenüberstellung von Natur und Gesellschaft kommt. In diesem Zusammenhang wird auch ein Forschungsschwerpunkt der Kritischen Psychologie deutlich: die Konzentration auf das Tier-Mensch-Übergangsfeld.

„Man muß — im Weitergehen auf dem von uns eingeschlagenen Weg (...) — unter Heranziehung allen verfügbaren Materials immer genauer die Aktivitätsformen und morphologisch-funktionalen Eigenarten innerhalb der hominiden Entwicklung herausanalysieren, die der eigentlich menschlichen Phase gesellschaftlicher Arbeit unmittelbar vorhergingen, aber selbst noch als Resultat der allein von Evolutions-Mechanismen bestimmten Naturgeschichte angesehen werden können.“¹² Sei dies geleistet, so *Holzcamp*, können auch Rückschlüsse auf die ontogenetische Entwicklung gezogen werden.

Der Stellenwert der Auseinandersetzung der Kritischen Psychologie mit der Psychoanalyse ergibt sich aus mehreren Momenten: Zum einen stellt die von *Freud* begründete Psychoanalyse das geschlossenste und, wenn man so will, höchstentwickelteste Theoriegebäude der nicht-marxistischen Psychologie dar; zum zweiten bildet die Psychoanaly-

8 Vgl. dazu Christian Niemeyer, Zur Theorie und Praxis der Kritischen Psychologie, unveröffentl. Dissertation der Universität Münster 1979, S.126ff

9 Autorenkollektiv, Sinnliche Erkenntnis und Arbeit, a.a.O., S. 26

10 Holzcamp, Sinnliche Erkenntnis, a.a.O., S.188

11 Vgl. Holzcamp-Osterkamp, Motivationsforschung 1, a.a.O., S.196ff

12 Holzcamp, Sinnliche Erkenntnis, a.a.O., S.187

se für viele sich als Marxisten begreifende Psychologen das Komplement zum Marxismus auf der Ebene der Subjektivität, oder, wie es *Lorenzer* formuliert: Die Psychoanalyse hat das Paradigma einer Analyse konkreter Individuen in ihrer sinnlichen Unmittelbarkeit erschlossen, hat aber die gesellschaftliche Vermitteltheit dieser Unmittelbarkeit nicht begriffen. Indem Psychoanalyse das Individuum in seiner sinnlichen Unmittelbarkeit zum Erkenntnisgegenstand gemacht hat, hat sie die geschichtliche Wirklichkeit der Individuen allerdings erfaßt, deshalb sind ihre Resultate der Kritik würdig. Zum dritten gibt es ein Interesse an der Psychoanalyse, das daraus resultiert, daß sie Theorie und Therapie umfaßt.

Gleichfalls manifestiert sich hier wohl auch ein Ausbildungsinteresse der Institutsangehörigen, da man sich in der Auseinandersetzung mit und schrittweisen Überwindung von *Freud* folgendes erhofft: „In dem Grade, wie unsere konkrete Forschungsarbeit und pädagogisch-therapeutische Praxis am Institut sich entwickelt, werden sich allmählich differenziertere und präzisere neue Bezeichnungen einbürgern und bewähren, die nach und nach in einem historischen Wachstumsprozeß die psychoanalytischen Termini ablösen.“¹³ Die Quintessenz der Kritik an *Freud* lautet: Er habe der Triebtheorie allgemein menschlichen Charakter zugesprochen, damit die Basis seiner Ableitung selbst in den Bereich der allgemein gesellschaftlichen Stufe gelegt, während seine Ansätze letztlich nur zur Erklärung von Formen und Ausdrucksweisen historisch spezifischer Verkümmern des Menschen dienen können.¹⁴

Der erste Kongreß der Kritischen Psychologie in Marburg spiegelt in seinen Referaten zum einen die bisherigen Fronten zwischen der Kritischen Psychologie und ihren Kritikern wider (die Auseinandersetzung mit der Psychoanalyse, dem Kritischen Rationalismus und Spielarten ökonomistischer Kritik wie dem Projekt Klassenanalyse), zum anderen bringt er die Auseinandersetzung mit Psychologen, die auf der Basis materialistischer Erkenntnistheorie von anderen zentralen Kategorien ausgehen und sich so von der Kritischen Psychologie abgrenzen. Einen weiteren Komplex der Auseinandersetzung bilden die Probleme pädagogisch-therapeutischer Praxis in doppelter Hinsicht: Zum einen Probleme einer inhaltlichen Bestimmung von Therapie auf der Grundlage der Kategorien der Kritischen Psychologie und zum anderen Probleme einer demokratischen Berufsorganisation und -praxis. Vor allem das letzte Thema stellte für viele Teilnehmer des Kongresses den Schwerpunkt ihrer Interessen dar.

Die starke Breitenwirkung dieses Kongresses muß auf dem Hintergrund der gesellschaftlichen und hochschulpolitischen Entwicklung gesehen werden, die sich im Zeitraum der Klärung und Konstituierung der Kritischen Psychologie (wenn man die „Sinnliche Erkenntnis“ als ihre erste eigenständige Arbeit wertet), vollzogen hatte. Zentriert auf die materialistische Psychologie sowie Ausbildung und Berufspraxis von Psychologen, kann man folgende Faktoren angeben. Die Verbreitung materialistischer Ansätze in Lehre und Forschung an den bundesdeutschen Hochschulen wird generell organisiert und gezielt bekämpft. Berufsverbote, Ablehnung von Berufungen und eine materielle Austrocknung, begleitet von sich verschärfenden Eingriffen über gesetzliche und Verwaltungsvorschriften, engen die Grundlage materialistischer Wissenschaftsent-

13 Ute Holzkamp-Osterkamp, *Motivationsforschung 2 – Die Besonderheit menschlicher Bedürfnisse – Problematik und Erkenntnisgehalt der Psychoanalyse*, Frankfurt / M. 1976, S.356

14 Vgl. dazu Niemeyer, a.a.O., S.278f

wicklung an den Hochschulen ein. Die gestiegenen Ausbildungszahlen gerade im Bereich der Sozialwissenschaften führen auch bei der Psychologie zu einer relativ hohen Zahl von Berufsanfängern im Zeitraum ab 1974. Der erfolgte rasche Ausbau sozialer Dienste bis zur Krise 1976/77 schafft eine große Zahl von Arbeitsplätzen, gerade in Bereichen der psychologisch-pädagogischen Versorgung und Therapie. Die klassische oder vorherrschende bürgerliche Psychologie gibt im Rahmen des Studiums keinerlei Ausbildung in den gerade in diesem Bereich relevanten Tätigkeiten der Therapie und Beratung. Die Ausbildung hierfür ist privat organisiert und findet mit dem Eintritt des Psychologen in die Berufspraxis in privaten Therapiegesellschaften statt. Diese Therapien (Gesprächspsychotherapie/Verhaltenstherapie/Gestalt), sind dadurch gekennzeichnet, daß sie, bis auf wenige Ansatzpunkte, letztlich allein methodisch ausbilden, das heißt auf der Ebene des Trainings, der Selbstbeobachtung und Fremdwahrnehmung operieren. Ebenso erfolgt die berufliche Tätigkeit von Psychologen generell in einer isolierten Form.

Der Kongreß selbst schien nun Bedürfnissen zu entsprechen, die sich auf diesem Hintergrund entwickelt hatten. Er sollte eine Verbindung von materialistischer Psychologie mit den jeweiligen Anforderungen der beruflichen Praxis leisten: der Treffpunkt materialistischer Psychologen sein, auf dem man seine Erwartungen und ersten Enttäuschungen austauschen konnte; Handlungsanleitungen für eine demokratische Berufspraxis vermitteln und ein Gegengewicht zu verstärkten Formierungstendenzen bilden. Die hohe Teilnehmerzahl (2.500 ständige Teilnehmer) und die Konzentration auf eine Arbeitsgruppe (1.000 Teilnehmer), die von zwei Psychologen geleitet wurde, die den Versuch unternommen hatten, auf der Basis materialistischer Psychologie Therapien zu unternehmen, bestätigt dies auch sinnfällig. Die scharfe Polemik und die zugespitzten Erwartungen der Teilnehmer in dieser AG zeigen das Problem im Hintergrund: Die Verbindung beruflicher Tätigkeit mit dem politischen Anspruch; mit anderen Worten, die Kritische Psychologie sollte Basis und Anleitung zu politisch-therapeutischem Handeln sein. Leitmotiv der Diskussion war dementsprechend die Frage nach der „Therapie als Waffe“ in der Klassenauseinandersetzung.¹⁵

5. Der zweite Kongreß in Marburg 1979; die Konstituierung der Kritischen Psychologie als marxistische Subjektwissenschaft

Verglichen mit dem ersten Kongreß zeigt der zweite folgende Veränderungen. Die grundlegenden Auseinandersetzungen zwischen Kritischer Psychologie und ihren Kritikern sind nicht mehr Gegenstand der Diskussion; die Kontroverse um die wissenschaftstheoretischen Ausgangspunkte, den Gegenstand und die Methodologie ist beendet.¹⁶ Man konzentriert sich auf einen grundlegenden Bereich der menschlichen Existenz — die Arbeit — unter verschiedenen Aspekten: theoretische und empirische Bedeutung der Arbeit für die wissen-

15 Vgl. dazu ausführlicher K.H. Braun u. K. Holzkamp, (Hrsg.), *Kritische Psychologie — Bericht über den 1. Internationalen Kongreß Kritische Psychologie vom 13. — 15. Mai 1977 in Marburg*, Band 2: Diskussionen, Köln 1977, S.179ff

16 Vgl. dazu Christian Niemeyer, *Vom Menschenaffen in die Praxis*, in: *Psychologie heute*, Nr. 10, Okt. 1980, S.37ff, und Bund demokratischer Wissenschaftler und Allgemeiner Studentenausschuß Marburg (Hrsg.), *Berichte vom 2. internationalen Kongreß Kritische Psychologie „Arbeit und Arbeitslosigkeit in kritisch-psychologischer Sicht“ vom 4. — 6. Mai 1979 in Marburg*, Köln 1980

schaftliche Erfassung individueller menschlicher Lebenstätigkeit und Subjektivität, die Relevanz der konkreten Arbeitssituation für die personale Entwicklung und die psychische Gesundheit sowie die subjektiven und ideologischen Aspekte der Arbeitslosigkeit.¹⁷

Eine Anzahl von Diskussionsbeiträgen und Projektvorstellungen hat den „dritten Schritt“ des Vorgehens der Kritischen Psychologie zum Gegenstand: die konkrete Bestimmung des Gegenstandes durch die bürgerliche Gesellschaft.¹⁸ Im Hinblick auf diese Veränderungen sind Aussagen von Vertretern der Kritischen Psychologie zu sehen, daß die Kritische Psychologie eine praktische Überwindung der bürgerlichen sei, sich als marxistische Subjektwissenschaft begreife, einen Umbau der Wissenschaft Psychologie vorgenommen habe, einen Paradigmenwechsel.¹⁹

Die bestimmende Kontroverse auf dem zweiten Kongreß war die zwischen Handlungstheorie und Kritischer Psychologie als unterschiedlichen Strömungen materialistischer Psychologieentwicklung. *Stadler* als Vertreter der Handlungstheorie faßt die Kritik in folgenden Punkten zusammen:²⁰ Die Analyseebene, die Methode, das Verhältnis zur bürgerlichen Psychologie, Definition und Schwerpunkte der Praxis und Zielstellung der Forschung. Während die Kritische Psychologie von oben kommt oder (wie es *Frigga Haug* in ihrer Replik auf *Stadler* präzisiert) sich um eine allseitige Entwicklung des Gegenstandsbereiches bemüht, fassen die Handlungstheoretiker ihren Gegenstand enger: Die Grundeinheit menschlicher Tätigkeit und damit die eigentliche Basis der psychologischen Analyse ist für sie die vom Bewußtsein kontrollierte Handlung. Des weiteren sehen die Handlungstheoretiker den Schwerpunkt ihrer Methoden im empirischen Vorgehen und der Entwicklung ihrer Theorie und Praxis unter Einbeziehung der fortgeschrittensten bürgerlichen Psychologie.

Schwerpunkt der Kritischen Psychologie sei eine allgemein gesellschaftliche und keine konkrete Berufspraxis; sie leiste daher wenig im Hinblick auf die Praxisanforderungen an Psychologen, während sich die Handlungstheorie immer mit der psychologischen Berufspraxis beschäftige und im Zusammenhang damit entwickelt werde. Auch in der Zielstellung der Forschung sei dies sichtbar: Bemühe sich die Kritische Psychologie um die historische Analyse und das begreifende Erkennen der Besonderheiten der individuellen Persönlichkeit und der Beschränkung ihrer Entfaltung unter den bürgerlichen Produktionsverhältnissen, so bemühe sich die Handlungstheorie um die Analyse der regulativen Struktur der Handlung und der Veränderungen der subjektiven Bedingungen im Sinne der Bewußtmachung der Struktur der eigenen Arbeitstätigkeit mit dem Ziel der Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen dieser Tätigkeit.²¹

In ihrer Antwort argumentieren die Vertreter der Kritischen Psychologie folgendermaßen: Zur allseitigen Erfassung ihres Gegenstandes, die auch die Ermittlung der Selbstbewegung des Gegenstandes umfasse, könne die Kritische Psychologie „nicht schon mal ein kleines Element, sagen wir ‚Handlung‘, aufnehmen und von daher additiv die Theorie aufbauen, weil die Wahrscheinlichkeit, daß sie dabei die Selbstbewegung des Gegenstandes verfehlt, etwa 99,9 % beträgt.“²² Sie verweisen weiter darauf, daß sie

17 Frigga Haug (Hrsg.), *Gesellschaftliche Arbeit und Individualentwicklung*, Köln 1980, S.9

18 Vgl. die Berichte zum 2. internationalen Kongreß Kritische Psychologie

19 Vgl. Frigga Haug, a.a.O., S.26, 61, 65

20 Vgl. dazu ebenda, S.40ff

21 Vgl. dazu ebenda

22 Ebenda, S.61

selbstverständlich historisch empirisch vorgehen und auch der Rezeption der Ansätze bürgerlicher Psychologie ihren Stellenwert zubilligen.

Auch im Hinblick auf Berufspraxis leiste die Kritische Psychologie wesentliche Orientierungen. „Diese Orientierungen führen immerhin soweit, daß man... z. B. nicht auf die Idee kommt, bei Arbeitslosigkeit Ehetherapie als Abhilfe durchzuführen, dies auch dann nicht, wenn diese Ehetherapie selber fortschrittlich ist und nette Ehen hervorzubringen in der Lage ist.“²³ In der Kritik der Handlungstheorie wird festgestellt, daß die Handlungsstrukturtheorie eine unzulässige Reduktion des Gegenstandsbereichs vornehme, in der Konsequenz zu einer Anpassung an die gegebenen Bedingungen führe und damit nicht das Subjekt in den Mittelpunkt stelle, sondern es als Funktionsmaschine betrachte.²⁴

Abschließend sechs zusammenfassende „Bemerkungen“. Ihre Entstehung wie ihre Entwicklung kennzeichnen die Kritische Psychologie als materialistische Theorieströmung im Bereich der Psychologie.

1. Die Kritische Psychologie und ihre Vertreter haben ihren Ausgangspunkt in der Entwicklung der Studentenbewegung ab 1966. Ein spezifischer Wirkungszusammenhang ermöglichte die Entwicklung einer längerfristigen theoretischen- und Ausbildungsarbeit über den Zeitraum von nunmehr ca. 10 Jahren.

2. In der Entwicklung der Kritischen Psychologie lassen sich drei große Abschnitte erkennen: — abstrakte Kritik an der bürgerlichen Wissenschaft und der Einzelwissenschaft Psychologie; — praktische Kritik durch die Notwendigkeit der Ausbildung und Erarbeitung einer grundlegenden neuen Begrifflichkeit in der Psychologie; — Öffnung der Kritischen Psychologie gegenüber berufspraktischen Fragestellungen.

3. Im Gegensatz zur Entwicklung am Beginn der 70er Jahre gibt es gegenwärtig keine Parallelität von emanzipatorischer Theorieentwicklung und gesellschaftlichen Reformbestrebungen. Sowohl die Angriffe auf die noch vorhandenen kritischen Reste materialistischer Wissenschaftsauffassung an den Hochschulen als auch die unmittelbaren Zwänge der konkreten Situation verengen den Spielraum für die Betroffenen. Einige Kontroversen auf dem ersten und zweiten Kongreß der Kritischen Psychologie sind nur die Widerspiegelung dieser sich verändernden Bedingungen.

4. Der Anspruch von Vertretern der Kritischen Psychologie, eine marxistische Subjektwissenschaft konstituiert zu haben, wirft, sofern dies nicht nur als Konstruktion einer *Theorie* verstanden wird, Fragen nach der autonomen Entwicklung dieser neuen Subjektwissenschaft auf. Weder die Entwicklung an den Hochschulen noch die in den Praxisfeldern der Psychologen läßt Faktoren erkennen, die hierfür günstig sind.

5. Ihr Anspruch verstärkt — gewollt oder ungewollt — den im Rahmen der Studentenbewegung immer vorhandenen Mechanismus der theoretischen Kompensation politischer Mißerfolge und problematische Vorstellungen beruflicher und politischer Identität.

6. Ein Paradigmawechsel in den Wissenschaften ist kein Umbau auf der Bühne, während die Vorstellung läuft. Der letzte große Wechsel wurde immerhin mit der Französischen Revolution eingeläutet.

23 Ebenda, S.63

24 Vgl. Haug / Nemitz / Waldhubel, Kritik der Handlungsstrukturtheorie, in: Forum Kritische Psychologie 6, Argument Sonderband 49, Berlin (West) 1980, S.18 — 86.

Das Soziologische Forschungsinstitut Göttingen (SOFI)

Michael Neumann

1. Gründung und Ziele — 2. Organisation — 3. Arbeitsschwerpunkte und aktuelle Forschungsprojekte — 4. Publikationsweise

1. Gründung und Ziele

Das Soziologische Forschungsinstitut (SOFI) Göttingen* wurde 1968 von Mitarbeitern des Soziologischen Seminars der Göttinger Universität gegründet. Das SOFI ist ein selbständiges Forschungsinstitut mit enger Verbindung zum sozialwissenschaftlichen Fachbereich der Universität. Diese Verbindung soll eine Absicht der Institutsarbeit fördern: im Rahmen der Forschungsarbeit zur empirischen Ausbildung von Studenten und wissenschaftlichen Nachwuchskräften beizutragen und aktuelle Forschungsergebnisse über Lehraufträge in universitären Lehrveranstaltungen zu vermitteln. Umgekehrt arbeiten auch Studenten in SOFI-Projekten.

Den Institutsgründern ging es vor allem darum, die in den 60er Jahren am Soziologischen Seminar begonnenen Untersuchungen im Bereich der Arbeits-, Industrie- und Bildungssoziologie auf eine kontinuierliche, die Forschungsarbeit sichernde Grundlage zu stellen: "Der Rahmen der Universität wurde dabei bewußt verlassen: Dominanz von Lehre und zunehmende Verwaltungsanforderungen zwingen der gegenwärtigen Hochschulforschung eine ausschließlich projektförmige, durch finanzielle und personelle Diskontinuität gekennzeichnete Organisationsstruktur auf, die langfristig angelegte, systematische Forschungsplanungen und Arbeitseinsätze kaum zuläßt. Die Institutsgründung stellt den Versuch dar, durch eine betriebsförmige Forschungsorganisation mit einem eigenen, nur forschungsbezogenen Apparat Forschungskapazitäten aufzubauen, in deren Rahmen eingearbeitetes, forschungserfahrenes Personal unter professionellen Konditionen wissenschaftliche Fragestellungen auf empirischer Basis perspektivisch erarbeiten kann."¹

Das wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Ziel der Institutsarbeit lag und liegt hauptsächlich in einer praxis- und politikbezogenen, stark empirisch orientierten Sozialforschung. Dem Selbstverständnis nach geht es darum, soziale Beziehungen — vor allem im Bereich industriell-kapitalistischer Produktion und Reproduktion — mit Mitteln einer sich kritisch verstehenden empirischen Sozialwissenschaft zu erfassen und sie dadurch einer „rationalen Steuerung zu erschließen."² Wissenschaftspolitisch orientiert das SOFI schwerpunktmäßig auf die Formulierung und Durchsetzung langfristiger Re-

* Anschrift: Friedländer Weg 31, 34 Göttingen

1 SOFI — Forschungsarbeiten 1969 — 1979, Göttingen 1979, S.5

2 Ebd., S.5f

formziele in der Berufsausbildung und bei den industriellen Lohnarbeitsbedingungen in der Bundesrepublik. Es geht um Beiträge zur Durchsetzung einer beruflichen Bildung, wie sie ansatzweise zu Beginn der 70er Jahre im Zeichen der Reform einmal entworfen wurde, und um praktisch verwendbare Erkenntnisse im Bereich der „Humanisierung der Arbeit“ (in technischer, sozialer und tarifpolitischer Hinsicht); hierzu gehört die Erforschung der technischen und sozialen Möglichkeiten zur Verbesserung der industriellen Arbeit, aber auch der Qualifikationsentwicklungen und -bedingungen der Beschäftigten (Männer und Frauen) und der Qualifizierungschancen für Jugendliche.

Entsprechend werden als Adressaten neben Universitäten bzw. Sozialwissenschaftlern Gewerkschaften und staatliche Stellen angesprochen. Dabei sind die Projekte meistens so angelegt, daß über die praktische politikbezogene Absicht hinaus zugleich auch allgemeinere Entwicklungstendenzen erfaßt werden (Tendenzen der Rationalisierung und Automation, Veränderungen der industriellen Qualifikationsstruktur, neuere Prozesse bei qualifizierten Angestelltentätigkeiten, Wandlungen der Sozialstruktur, Tendenzen der Frauenerwerbstätigkeit, allgemeine Probleme des Arbeiterbewußtseins u.ä.).

2. Organisation

Das SOFI hat den Status eines gemeinnützigen Vereins zur „Förderung und Durchführung von Forschungsaufgaben im Bereich der theoretischen und empirischen Sozialforschung“ (Satzung). In der Satzung werden Mitbestimmungsmöglichkeiten und Entscheidungsbefugnisse der Mitglieder festgelegt. Zentrales Entscheidungsgremium ist die Institutsversammlung der wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitglieder. Diese *Mitgliederversammlung* (MV) wählt die verschiedenen Organe des Vereins und bestimmt die Linien des Forschungsprogramms sowie die Verteilung der Mittel. Die Leitung des Instituts liegt beim *Direktorium* (z. Zt.: Prof. M. Baethge, Dr. O. M. Mickler (*geschäftsführend*), Prof. M. Schumann). Direktorium und *Präsidium* (z. Zt.: Prof. H.-P. Bahrdt, Prof. H. Kern) können gegen Beschlüsse der MV Einspruch erheben; hierüber hat dann die MV erneut zu beraten. Sie kann einen Einspruch mit Zweidrittel-Mehrheit zurückweisen. Das Direktorium leitet die MV, das Präsidium unterstützt dessen Tätigkeit insbesondere bei Repräsentativfunktionen. In seiner Arbeit wird das Institut weiter durch einen *wissenschaftlichen Beirat* unterstützt, dem Wissenschaftler und Politiker angehören.³

Die Aufgabe des *Personalausschusses* liegt in der personellen Besetzung der Projekte. Diesem wichtigen Gremium gehören jeweils ein Direktor sowie mindestens zwei weitere Vereinsmitglieder an (sie werden mit Zweidrittel-Mehrheit der MV gewählt). Die Beschlüsse des Ausschusses können während einer dreimonatigen Probezeit eines neuen Mitarbeiters von zwei Vereinsmitgliedern, dem Präsidium oder einem Mitglied des Ausschusses angefochten werden. Über die endgültige Einstellung entscheidet dann die MV. Zur Zeit sind am SOFI etwa 25 wissenschaftliche Mitarbeiter beschäftigt (Sozial-

³ Z.Zt. Mitglieder: Prof. S. Braun, Prof. W. Euchner, Prof. K. Gerlach, Prof. T. W. Mohl, Prof. I. Nahnen, Prof. O. Negt, Prof. W. Pöhler, Prof. H. Roth, Prof. W. Schulenburg, Prof. J. Seifert, Prof. Graf zu Solms-Roedelheim, Prof. F. Spengelin, Prof. D. Sterzel, Prof. W. Strzelewicz, Prof. R. v. Thadden, W. Vitt, K. Wettig, I. Wettig-Danielmeier, Dr. G. Wichert

wirte, Soziologen, Psychologen, Ökonomen, Ingenieurwissenschaftler). Arbeitskontakte bestehen mit dem Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (München) und dem Institut für Sozialforschung (Frankfurt/Main).

Hauptfinanzierungsquellen des SOFI sind Forschungsaufträge öffentlicher Institutionen (u.a.: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, — für Arbeit, — für Forschung und Technologie, — für Wirtschaft; Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft, Deutsche Forschungsgemeinschaft). Seit 1972 erhält das Institut einen Zuschuß aus Landesmitteln, der seit 1978 im niedersächsischen Haushalt ausgewiesen wird. Er beträgt etwa ein Fünftel des Gesamtetats und dient — wie es in der Selbstdarstellung des SOFI heißt — der „Sicherung der betrieblichen Kontinuität und (der) Wahrung der wissenschaftlichen Unabhängigkeit.“⁴ Jüngst hat der Wissenschaftsrat die dauerhafte Finanzierung der Grundausstattung des SOFI (und anderer Institute) empfohlen.⁵

Das Institut ist nicht nach spezifischen Arbeitsschwerpunkten gegliedert. Die Forschung wird jeweils durch Projektteams unter Mitarbeit der Direktoren geleistet. Die durchschnittliche Projektdauer liegt zwischen 3 und 6 Jahren. In speziellen Diskussionsveranstaltungen wird versucht, zu einer übergreifenden Koordination der Forschungsarbeit zu gelangen und wissenschaftliche Fragen allgemeineren Interesses zu erörtern.

3. Arbeitsschwerpunkte und aktuelle Forschungsprojekte

Die Hauptarbeitsgebiete des Instituts liegen im Bereich der (beruflichen) Bildungs-, der Industrie- und Betriebs- bzw. Arbeitssoziologie im weiteren Sinne. Spezielle thematische Schwerpunkte in diesen Bereichen sind:

- „der ökonomisch-technische Wandel in seinen betrieblichen und außerbetrieblichen Verlaufsformen, seine Steuerungsmechanismen sowie seine Wirkungen auf Formen und Bedingungen der Arbeit und der Reproduktion;
- das Verhältnis von Ausbildung, Arbeitsmarkt und Beschäftigung;
- wirtschaftliche Strukturprobleme und betriebliche Reaktionsformen;
- ökonomisch-technischer Wandel, Arbeitsveränderung und Interessenvertretung;
- politische und tarifvertragliche Normierung und Regelung der Arbeitsbedingungen;
- Formen und Konstitutionsbedingungen des beruflichen und gesellschaftlichen Bewußtseins von Arbeitern, Angestellten und Beamten.“⁶

Diesen in sich vielseitigen Schwerpunkten entspricht auf methodischer Ebene das Bemühen, einen Untersuchungsansatz zu erarbeiten und zu praktizieren, in dem soziologische, ökonomische, technische und bewußtseinsanalytische Fragestellungen integriert werden, sowie darüber hinaus auch bestimmte Techniken der empirischen Sozialforschung zu verbessern. In diesem Zusammenhang ist der (u.a. in einer Freizeit-Studie unternommene)⁷ Versuch zu erwähnen, die soziobiographische Methode (Erhebung individuell-lebensgeschichtlich wichtiger Daten) zu reaktivieren und für die Analyse von

4 SOFI, a.a.O., S.11

5 SOFI-Mitteilungen, Heft 4, 1981, S.51

6 SOFI, a.a.O., S.6

7 Projekt: Der Einfluß von Arbeitssphäre und Freizeitbereich auf die Verhaltensweisen und Bewußtseinsformen von Industriearbeitern (DFG); bisher liegen Zwischenberichte vor

Bewußtseinsentwicklungen bei Industriearbeitern fruchtbar zu machen, wie auch das Programm der Verfeinerung arbeitsplatzanalytischer Verfahrensweisen unter dem Aspekt von „Arbeitsaufgaben“ und „Arbeitsverhalten“. Hier geht es darum, die Wahrnehmung der Arbeitssituation durch die Betroffenen genauer zu eruieren und mit Formen des Verwertungsprozesses der Arbeitskraft (Qualifikationserfordernisse, Aufgabenzuteilungen) zu vermitteln.⁸

Wenngleich es zum programmatischen Selbstverständnis des Instituts gehört, die empirischen Forschungen mit einer „gesellschaftstheoretischen Fundierung“⁹ zu verknüpfen, so gibt es doch eine Reihe ungelöster Probleme der theoretischen Durcharbeitung und Verallgemeinerung des empirischen Materials. Es kann im Rahmen dieses Kurzporträts nicht darum gehen, theoretische und methodische Verfahren und Grundlagen der zahlreichen Studien zu diskutieren, sondern nur darum, einige Anmerkungen zum Forschungsansatz — soweit er zu verallgemeinern ist — zu notieren. Hier läßt sich feststellen: In vielen Arbeiten des Instituts (also überwiegend) zeigen sich starke Tendenzen einer empiristisch-deskriptiv orientierten Betrachtungsweise und damit verbunden ein deutlich sozial-technisch ausgerichteter Zug empirisch-äußerlicher Korrelation und Verknüpfung sozialer Beziehungen, Ausdrucksformen und Sachverhalte. Dies kommt beispielsweise in den industriesoziologischen Untersuchungen zum Ausdruck, in denen unvermittelt sehr enge Verknüpfungen zwischen technologischen Veränderungen und daraus resultierenden unmittelbar wahrnehmbaren (oder per Fragebogen „erfragbaren“) sozialen Konsequenzen hergeleitet werden (vor allem innerbetriebliche); dabei spielen die konkreten ökonomischen Bedingungen (vor allem die Politik und die profitorientierten Interessen der „Kapitalseite“, d.h. der Unternehmer) eine eher untergeordnete Rolle.

Hierin spiegelt sich gewiß das objektive Problem, eine konsequent theorievermittelte und -bezogene empirische Sozialforschung zu praktizieren mit empirisch-methodischen Untersuchungsverfahren, die — ihrer wissenschaftsgeschichtlichen Herkunft nach — aus dem Verzicht auf gesellschaftstheoretische Transzendierungen entstanden sind. Ein zweites Problem mag darin zum Ausdruck kommen: Bisher hat das Institut noch keine genauere Konzeption einer „gesellschaftstheoretischen Fundierung“ seiner Forschungspraxis vorgelegt. Eine solche Fundierung hätte auch zu berücksichtigen, daß die Entwicklungsprozesse kapitalistischer Industriearbeit, vor allem, daß die komplizierten Praxisformen der Entwicklung von Arbeiter- und Klassenbewußtsein (ein zentraler Untersuchungsbereich des Instituts) sich realistischerweise nicht verstehen und einschätzen lassen, wenn nicht zugleich die Geschichte der Arbeiterbewegung, ihrer Traditionen, vor allem ihrer Kämpfe (und nicht nur ihrer Leiden), angemessen berücksichtigt wird; dies war einer der wesentlichen Kritikpunkte — mangelnde Berücksichtigung der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Klassenauseinandersetzungen — an der bekannten Studie zum Arbeiterbewußtsein von *Kern* und *Schumann*.

Um die genannten Prozesse, die eine gesellschaftstheoretisch orientierte Industriesoziologie wohl zur Kenntnis zu nehmen hätte, in die weitere Untersuchungsarbeit einbeziehen zu können, bedarf es stärker der Berücksichtigung historischen und vor allem zeitgeschichtlichen Materials, aber auch methodischer Verfahren, die allzu formalisierte

8 S.SOFI-Mitteilung, Heft 4, 1981, S.16ff

9 SOFI,a.a.O., S.5

Erhebungsmethoden der Materialgewinnung überwinden. Insofern stellt die vom SOFI reaktivierte Methode der Soziobiographie den wichtigen Versuch dar, die Dimension lebensgeschichtlicher Erfahrungen und Bewußtseinsentwicklungen stärker als bisher in der Arbeit zu berücksichtigen. Eine qualitative Weiterentwicklung und eine stärkere Berücksichtigung kapitalistisch-ökonomischer Bedingungen im Zusammenhang mit technologischen Veränderungen und deren Konsequenzen für die beteiligten Arbeiter zeichnet sich in einem geplanten Folgeprojekt der Studie „Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein“ (1970) ab (vgl. dazu weiter unten).

Gleichwohl stellen die meisten Studien des SOFI empirisch gehaltvolle Untersuchungen dar, in denen wesentliches Material zu den Themen der Arbeitsschwerpunkte erhoben worden ist und denen sich eine Reihe neuer Einsichten in die untersuchten Prozesse entnehmen lassen. Im Bereich der bildungs- und berufssoziologischen Forschungen standen zunächst Probleme der Umschulung von Arbeitskräften und die Wirksamkeit staatlicher Ausbildungsförderung im Mittelpunkt des Interesses.¹⁰ Im gleichen Zusammenhang sind umfangreiche Untersuchungen über industrielle Qualifikationsanforderungen zu sehen¹¹, die wichtige Erkenntnisse über die Qualifikationsentwicklung unter Bedingungen fortschreitender Mechanisierung und Automation liefern. Ein Resultat dieser Arbeiten liegt in der Feststellung, daß die Erhöhung des technischen Niveaus industrieller Produktion nicht notwendig zu einer Erhöhung der Qualifikationsanforderungen, sondern überwiegend zu einer „Polarisierung der Anforderungsstruktur“¹² führt. Unter diesen Entwicklungsaspekten sind vor allem die bisherigen Ausbildungsförderungsmaßnahmen zu überprüfen. Als besonders gravierend erweisen sich hier die Berufsstartprobleme von Jugendlichen¹³ unter zunehmend sich verschärfenden Arbeits- und Ausbildungsrestriktionen.

Die Resultate aus den Untersuchungen zur Berufsbildungspolitik führen *M. Baethge* zu dem Ergebnis: Die Berufsbildungspolitik der sozialliberalen Regierungskoalition kommt — gemessen an den ursprünglichen Reformvorstellungen (auch auf Landesebene) — einer Bankrotterklärung gleich. „Am Ende dieses Jahrzehnts haben sich gerade in der Berufsbildung die Ungleichheitsstrukturen eher wieder verschärft, hat in vielen Bereichen eine Refeudalisierung der Ausbildung Platz gegriffen...“¹⁴. Als wesentlichen Hebel zur Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitssituation für Jugendliche empfiehlt *M. Baethge*, die Berufsbildungsreform auch „gegen die privatwirtschaftliche Steuerung der ökonomischen und technischen Entwicklung“ durchzusetzen.¹⁵ Zu erwähnen ist im thematischen Zusammenhang ein neues Projekt (Beginn April 1981), in dem die betrieblichen Einsatzbedingungen Jugendlicher (in ca. 100 Betrieben) untersucht werden sollen. Vor allem geht es hier um die Erforschung der Krisenauswirkungen auf die beschäftigten Jugendlichen (Entlohnung, Belastung, Anforderungen, Aufstiegsmöglichkeiten, Arbeitsplatzsicherheit).

In einer Reihe von Untersuchungen hat das Institut die Beziehungen zwischen techni-

10 Probleme der Umschulung von Arbeitskräften, 3 Bde., Göttingen 1974

11 Produktion und Qualifikation, Teil I und II, Göttingen 1977

12 SOFI, a.a.O., S.29

13 Ausbildungs- und Berufsstartprobleme von Jugendlichen unter den Bedingungen verschärfter Situationen auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt, Göttingen 1979

14 In: SOFI-Mitteilungen, Heft 3, 1980, S.14

15 Ebda.

schem Wandel und seinen Folgen für die betroffenen Belegschaften (Facharbeiter, angelernte Arbeiter, Angestellte) untersucht; hierbei wurden auch die Probleme von sogenannten Randbelegschaften unter verschärften Arbeitsmarktbedingungen und die Arbeitssituationen berufstätiger Frauen, speziell die spezifischen Einsatzstrategien weiblicher Arbeitskräfte untersucht.¹⁶ Angesichts wachsender Rationalisierungstendenzen auch im Bereich qualifizierter Angestelltentätigkeiten (Sachbearbeiter) konzentriert sich ein Teil der Forschungsarbeit in letzter Zeit auch auf diesen Bereich.¹⁷ Insgesamt betonen diese Untersuchungen den Aspekt der Auswirkungen technischer Veränderungen und Rationalisierungsprozesse auf die Arbeitssituation der Betroffenen; zugleich versuchen sie Möglichkeiten aufzuspüren, diesen Folgen — sei's tarifpolitisch, sei's ausbildungs- und arbeitsmarktpolitisch — zu begegnen.

Ausführlicher sei hier ein anlaufendes Projekt skizziert: die bereits kurz erwähnte Folgestudie von *Kern/Schumann* zu ihrer Untersuchung „Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein“: „Rationalisierung und Arbeiterverhalten“. Nach dem vorliegenden Projektentwurf bemühen sich die Autoren, verschiedene kritische Stellungnahmen zur ersten Untersuchung aufzugreifen und mit einem modifizierten Ansatz die gleiche Problematik — technische Veränderungen in zentralen Bereichen industrieller Fertigung und deren Folgen in qualifikatorischer und bewußtseinsmäßiger Hinsicht — erneut zu untersuchen. Sie gehen dabei davon aus, daß „die Aussagen der damaligen Untersuchung ... heute nur noch in einem begrenzten Umfang brauchbar (sind).“¹⁸ Vor allem geht es darum, konzeptionelle Schwächen der ersten Studie zu korrigieren und die inzwischen erfolgten ökonomischen und politischen Veränderungen hinreichend zu berücksichtigen. Dabei sollen die konkreten Formen kapitalistischer Rationalisierung (anstelle eines eher ungeschichtlichen Modells sozialen bzw. technischen Wandels) genauer untersucht werden; andere Korrekturen sehen die Verfasser im Versuch, die Arbeitsplatz-Analysen im Zusammenhang von Lohnarbeit und zugleich „produktiver Persönlichkeit“ umfassender als zuvor durchzuführen; schließlich sollen auch der eindimensionale Zusammenhang (der ersten Studie) zwischen Arbeiterbewußtsein und Arbeitserfahrung aufgegeben und die subjektiven Verarbeitungsprozesse von Rationalisierungen stärker beachtet werden.

Methodisch handelt es sich bei dem geplanten Projekt um den interessanten Versuch, eine übermäßige Quantifizierung und Formalisierung zu vermeiden, um der Vielfalt der auftauchenden Befunde gerechter zu werden. Als Schwerpunkte der Untersuchung nennen die Autoren: Formen und Abläufe wichtiger Rationalisierungsprozesse seit Mitte der 60er Jahre (im Bereich Autoindustrie, Werkzeugmaschinenbau, großchemische Industrie, Nahrungs- und Genußmittelindustrie); Untersuchungen der Arbeitsfolgen der technisch-organisatorischen Veränderungen und der Reaktionen der betroffenen Arbeiter.

Unter unmittelbarer Praxisorientierung sind die Projekte des Instituts zu sehen, die im Zusammenhang mit „Humanisierungs“programmen stehen. Zu erwähnen ist hier

16 Vgl. die verschiedenen Projektbeschreibungen in: SOFI, a.a.O.

17 Entwicklungstendenzen von Ausbildungs- und Beschäftigungsstrukturen im Angestelltenbereich (vgl. Mitteilungen, Heft 1, S.10ff.), Zwischenbericht erschienen; Die Entwicklung routinierter Angestelltentätigkeiten in den Verwaltungen der Privatwirtschaft, vgl. Mitteilungen, Heft 2, 1980, S.39ff.

18 Mitteilungen, Heft 3, 1980, S.39

die 1979 beendete Studie über „Tarifvertragliche Regelungen zu Verbesserung industrieller Arbeitsbedingungen“ am Beispiel des Lohnrahmen- und Manteltarifvertrages II, der 1973 in Nordwürttemberg-Nordbaden für die Metallindustrie abgeschlossen wurde; Probleme und Möglichkeiten der praktischen Umsetzung tarifvertraglich vereinbarter Verbesserungen von Arbeitsbedingungen stehen dabei im Mittelpunkt.¹⁹

Im Rahmen der „Humanisierungsforschung“ ist schließlich ein — gemeinsam mit Wissenschaftlern der Bremer Universität — durchgeführtes Begleitprojekt zum Einsatz von Industrierobotern (IR) bei VW Wolfsburg von starkem Interesse, zumal der Einsatz von IR in der Autoindustrie in letzter Zeit erheblich gestiegen ist. Die Ergebnisse zeigen, daß die offiziell an den Einsatz von IR geknüpften Erwartungen — Ersatz von Arbeitsplätzen mit starken physischen und psychischen Belastungen und geringen Anforderungen an die Qualifikation — im untersuchten Einsatzbereich sich nicht erfüllten, ebenso die Vorstellung, daß „sowohl in der Fertigung als auch bei der Wartung und Instandhaltung der Geräte neue, anspruchsvollere Arbeitsplätze entstehen.“²⁰ Dagegen kommt die Studie zu dem Ergebnis: Der Einsatz von IR führte zwar zum Ersatz schwerer körperlicher Arbeit, gleichwohl („nicht selten“) gibt es auch gegenläufige Prozesse — durch IR „ersetzt“ Arbeiter wurden an vergleichbar schwere oder sogar noch belastendere Arbeitsplätze „umgesetzt“. Auch kam es zu — teils erheblichen — Verschlechterungen der Arbeitssituation, u.a. durch Leistungsverdichtung aufgrund der Stückzahl-erhöhung durch den IR-Einsatz; zum Teil gab es Verschlechterungen dadurch, daß die IR nur die mechanisierbaren Hauptfunktionen eines Arbeitsbereiches übernommen haben, die übrigen Funktionen (etwa Reinigen und Kontrollieren) aber auf die restlichen Arbeitsplätze verteilt wurden.

In psychischer Hinsicht haben die IR — dies ein weiteres Ergebnis — nur ausnahmsweise zu Erleichterungen geführt. Überwiegend verschärften sie monotoniefördernde Arbeiten, und neue wurden geschaffen. Entgegen den offiziellen Erwartungen, durch IR gebe es zusätzliche qualifizierte Arbeitsplätze, zeigte sich, daß durch IR-Einsatz zwei Arbeitskräfte pro Schicht eingespart wurden, für Wartung und Instandhaltung lediglich 1 Elektriker und zwei Schlosser benötigt wurden (für 20 Roboter) und Herstellung, Installation und Programmierung von den bestehenden Fertigungsabteilungen übernommen werden konnten. Bemerkenswert ist ein weiterer Aspekt dieses Begleitprojekts. In Verbindung mit IGM-Vertrauensleuten wurden die Resultate der Studie diskutiert; hier zeigte sich ein lebhaftes kritisches Interesse an Folgeproblemen des Technologieeinsatzes, zumal die Sicherung der Lohngruppen durch die dequalifizierenden Folgen des IR-Einsatzes ein zentrales Problem für die Betroffenen darstellt.

Im Zentrum der anlaufenden Projekte stehen weiterhin Fragen der Humanisierung der Arbeit (Humanisierungsprobleme in Klein- und Mittelbetrieben; die Möglichkeit „menschengerechter“ Arbeitsgestaltung beim „Einsatz rechnerunterstützter Systeme der Fertigungsteuerung in der Kleinserienfertigung“).

Abschließend ist ein Projekt zu erwähnen (Beginn Frühjahr 1981), das insofern einen neuen Akzent im Bereich industriesoziologischer Forschung des Instituts setzt, als es sich — eher theoretisch orientiert — mit dem Verhältnis von Industriosozologie und Gewerkschaft (IG Metall) in den fünfziger und sechziger Jahren beschäftigt. Untersucht

19 Zwischenberichte liegen vor, der Abschlußbericht wird für die Veröffentlichung vorbereitet

20 vgl. Mitteilungen, Heft 1, 1979, S.1ff., Heft 2, 1980, S.28ff

werden sollen die gegenseitigen Verflechtungen und Einwirkungen zwischen Gewerkschaft und Industriosozologie; zugleich handelt es sich um den Versuch, einen Beitrag zur Sozialgeschichte der Soziologie in der Bundesrepublik zu liefern.

4. Publikationsweise

Seit 1979 erscheinen im Eigenverlag des Instituts die „Mitteilungen“, in denen über geplante und abgeschlossene Forschungsberichte, über laufende Publikationen und die Institutsarbeit betreffende Fragen berichtet wird. Bisher sind 4 Hefte erschienen, außerdem eine Broschüre – „SOFI Forschungsarbeiten 1969 – 1979“ – mit allgemeinen Informationen über das Institut und die in diesem Zeitraum bearbeiteten Projekte. Forschungsberichte (End- und Zwischenberichte) können direkt am Institut bezogen werden, Buchausgaben erscheinen im Campus Verlag, Frankfurt / Main. Das SOFI verfügt über eine kleine nichtöffentliche Handbibliothek; die erforderlichen maschinellen Rechenarbeiten werden auf der Rechenanlage der Universität Göttingen durchgeführt.

Das „Amerikanische Institut für Marxistische Studien“ (American Institute for Marxist Studies/AIMS, New York)

Herbert Aptheker

Das ‚American Institute for Marxist Studies/AIMS‘ wurde 1964 gegründet. Direktor wurde damals *Dr. Herbert Aptheker*, Vorsitzender *Dr. Robert S. Cohen*, die beide auch heute noch diese Funktionen haben. *Dr. Aptheker*, Mitglied des ZK der KP der USA, ist Historiker und Aktivist im Kampf gegen Rassismus und Imperialismus. *Dr. Cohen* ist Professor für Physik und Philosophie und Leiter der Physik-Fakultät an der Boston University in Massachusetts.

Das AIMS besitzt ein Leitungsgremium (Board of Directors) von dreißig Mitgliedern, die aus den ganzen Vereinigten Staaten kommen und unterschiedlichen politischen Gruppierungen angehören. Der Zweck des AIMS bestand und besteht darin, den Dialog zwischen Marxisten und Nichtmarxisten zu ermutigen und marxistische Studien in den USA zu fördern. Das Institut besitzt in seinem New Yorker Büro eine gute Bibliothek, die auch der Öffentlichkeit zugänglich ist. Das AIMS publiziert ein Mitteilungsblatt „Newsletter“, das sechsmal im Jahr erscheint und dessen siebzehnter Jahrgang gerade abgeschlossen ist. Dieser „Newsletter“ (herausgegeben von *Dr. Aptheker*) hat acht Seiten, die wichtige Zeitschriftenaufsätze und Bücher (aus den Interessenbereichen des AIMS) verzeichnen, die — auf Englisch — in den jeweils vorhergehenden zwei Monaten erschienen sind; das Blatt weist auf wichtige unpublizierte Dissertationen hin, die von US-amerikanischen und kanadischen Universitäten angenommen wurden; es vermerkt wichtige Archivmaterialien, kurz zurückliegende oder bevorstehende Tagungen; es bringt Autoren-Nachfragen und weitere interessierende Materialien. Der ‚Newsletter‘ hatte zu Anfang 400 Abonnenten, jetzt 4000 — davon 85 % in den USA. Zu den Abonnenten gehören auch etliche Bibliotheken in den USA (und auch im Ausland).

Das AIMS hat insgesamt etwa sechzig Titel herausgebracht; es handelt sich um eine Serie von Monographien sowie eine historische Serie, ferner bibliografische Werke und Sonderdrucke, jeweils zwischen etwa 38 und 80 Seiten. Unter den noch erhältlichen Titeln sind zwei vom Institutsdirektor herausgegebene Sammlungen — „Marxism & Democracy“ (Marxismus und Demokratie) und „Marxism & Christianity“ (Marxismus und Christentum; ferner der Band „Preserve and Create: Essays in Marxist Literary Criticism“ (Bewahren und Neues schaffen — Essays über marxistische Literaturkritik), hrg. von *G. C. LeRoy* (Professor an der Temple University in Philadelphia) und der verstorbenen *Ursula Beitz* aus der DDR. Die historische Serie beschäftigt sich mit der Geschichte der Schwarzen, der Arbeiterbewegung und der Linken — so etwa „Nat Turner’s Slave Rebellion“ (Nat Turners Sklavenaufstand) von *H. Aptheker*, „Marxism in the U.S. before Russian Revolution“ (Marxismus in den USA vor der Oktoberrevolution) von dem verstorbenen *O. C. Johnson*, „Life and Times of Daniel de Leon“ (Daniel de Leons Leben und seine Zeit) von dem verstorbenen *Carl Reeve*. Unter den noch er-

hältlichen Sonderveröffentlichungen sind „Ethics in the Soviet Union Today“ (Ethik in der Sowjetunion heute) von *H. L. Parsons*, Professor an der University of Bridgeport in Connecticut, „Paul Robeson Rediscovered“ (Paul Robeson neu entdeckt) von seinem Biografen *Lloyd L. Brown*, „Memoirs of the Industrial Workers of the World“ (Erinnerungen der „Industrial Workers of the World“) von der verstorbenen teuren *Elizabeth Gurley Flynn*, und viele andere. Unter den noch erhältlichen Bibliografien befinden sich der von *Lee Baxandall* herausgegebene sehr wichtige Band „Marxism and Aesthetics“ (Marxismus und Ästhetik) und „Higher Education and the Student Rebellion in the U.S.“ (Hochschulbildung und Studentenrebellion in den USA), hrg. von *Bettina Aptheker*. *David Peck*, Professor an der California State University in Long Beach, gab „American Marxist Literary Criticism, 1926—1941“ (Marxistische amerikanische Literaturkritik 1926 bis 1941) heraus; neu erschienen ist „Marxism and Psychology: a Bibliography“ (Marxismus und Psychologie — eine Bibliografie), hrg. von *Samuel Coe*.

Das AIMS dient außerdem als Auskunftsstelle für Anfragen von Einzelpersonen und Organisationen aus den USA (und dem Ausland). 1977 konnte das seit der Gründung verfolgte Projekt, ein kalifornisches Büro des AIMS einzurichten, realisiert werden. Dies existiert nun und *H. Aptheker* leitet von hier aus die Aktivitäten des AIMS, während *Arthur Zipser* an der Spitze des New Yorker Büros steht.

Das AIMS hat etwa 25 Symposien zu Themen wie ‚Marxismus und Erziehung‘, ‚Das Leben des verstorbenen Kongreßabgeordneten Vito Marcantonio‘, ‚Antikommunismus und amerikanisches Bildungswesen‘ usw. initiiert. Diese Tagungen fanden in New York, New Hampshire, Pennsylvania und Kalifornien statt — zumeist an Universitäten und mit jeweils zwischen 200 und 2000 Teilnehmern.

Die Anschrift des AIMS lautet:

The American Institute for Marxist Studies, 20 East 30th Street, New York, N. Y. 10016 MU 9—4530. Über diese Adresse kann auch der „Newsletter“ im Abonnement bezogen werden. Der Preis beträgt 7 Dollar in den USA und 8 Dollar im Ausland.

Da AIMS freut sich über Anfragen und würde gern von Wissenschaftlern und Studenten aus dem Ausland hören.

(Übersetzung: Winfried Roth)

Die Gruppe „Économie et Politique“ (Frankreich)

Edgar Gärtner

1. Entstehung, Funktionswandel, Redaktion und Leserschaft der Zeitschrift „Économie et Politique“ – 2. Die wissenschaftliche Arbeit der Gruppe „Économie et Politique“ und die Wirtschaftspolitik der KPF – 3. Die Forschungshefte „Issues“

1. Entstehung, Funktionswandel, Redaktion und Leserschaft der Zeitschrift „Économie et Politique“

Bei den in der BRD als Gruppe „Économie et Politique“ bekanntgewordenen französischen marxistischen Wirtschaftswissenschaftlern handelt es sich um die Mitarbeiter der Sektion Ökonomie des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF), die ihre Forschungsergebnisse vor allem in der 1954 gegründeten Zeitschrift „Économie et Politique“ publizieren. Die Zeitschrift trug ursprünglich den Untertitel „Revue d'économie marxiste“ und hatte über mehr als zwei Jahrzehnte aufgrund der universitären Herkunft und Tätigkeit der Mehrzahl ihrer Mitarbeiter und der sozialen Zusammensetzung ihrer Leserschaft (vorwiegend Studenten) einen eher akademischen Charakter. Sie diente als wesentliches Forum für die Ausarbeitung und Diskussion des französischen Beitrags zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK). Nach und nach sind die Ergebnisse dieser zunächst vorwiegend theoretischen Diskussionen in die Argumentation der kommunistischen Betriebszellen und der Gewerkschaftsorganisationen der CGT eingeflossen. Es vollzog sich ein Funktionswandel der Zeitschrift, der sich vor allem darin ausdrückte, daß neben rein theoretischen Artikeln zunehmend detailliertere Analysen und Berichte für und über den Kampf in den Betrieben erschienen.

Politische Leitung und Redaktion der Zeitschrift trugen diesem Funktionswandel dadurch Rechnung, daß sie der Zeitschrift Ende 1976/Anfang 1977 ein völlig neues Gesicht verliehen, das auch inhaltliche Veränderungen und Schwerpunktverlagerungen ausdrückt: Die Redaktion bekam nun die Funktion, die Analysen und Berichte der ökonomischen Sektion des ZK in einer ansprechenden und lesbaren Form journalistisch aufzubereiten und ein System betrieblicher Korrespondenten aufzubauen, um die Zeitschrift zu einem effektiven argumentativen Hilfsmittel in den sich verschärfenden Klassenauseinandersetzungen zu machen. Parallel zur monatlich erscheinenden illustrierten Zeitschrift „Économie et Politique“ erscheint seit Ende 1978 vierteljährlich eine Reihe von Forschungsheften mit dem Titel „Issues“, die ebenfalls der Sektion Ökonomie des ZK untersteht, die aber als Plattform der theoretischen Diskussion im Unterschied zu „Économie et Politique“ ihre Spalten im Prinzip auch Nichtmitgliedern der KPF zur Verfügung stellt. Am Ausgangspunkt dieser Umstrukturierungen stehen die Orientierungen des XXII. Parteikongresses der KPF vom Februar 1976.

Die politische Leitung der Zeitschrift liegt derzeit in den Händen von *Philippe Herzog*, Mitglied des Bureau Politique, Direktor der Sektion Ökonomie des ZK. Dem Redaktionsbeirat gehören *Paul Boccara*, *Jean-Charles Dubart*, *Jean-Claude Gayssot* und *Anicet Le Pors* (alle Mitglieder des ZK) an. Chefredakteur ist *Claude Quin*, seine Stellvertreter sind *Bernard Marx* und *Alain Zoughebi*. Generalsekretär ist *Jean-Louis Gombeaud*. Der Redaktion gehören außerdem *Marc Blachère*, *Jean-Claude Chauve*, *Dorothee Danset*, *Michel Dauba*, *Philippe Duong*, *Jean Faure*, *Claude Gauche-Cazalis*, *Michel Laurent*, *Christian Thevenet*, *François Vaneau* und *Daniel Vergnaud* an. Die Auflage der Zeitschrift liegt gegenwärtig bei 10 000 Exemplaren. Genaue Angaben über die soziale Zusammensetzung der Abonnenten von „*Économie et Politique*“ liegen derzeit nicht vor. Im Unterschied zu früher sind die Studenten jetzt aber eindeutig in der Minderheit, Arbeiter und Angestellte (meist Verantwortliche der kommunistischen Betriebszellen) machen das Gros der Leserschaft aus.

2. Die wissenschaftliche Arbeit der Gruppe „*Économie et Politique*“ und die Wirtschaftspolitik der KPF

Die Beiträge der Zeitschrift gruppieren sich um eine feststehende Gliederung in zwei Hauptteile: Der erste Teil, betitelt mit „*Crise*“, bringt laufend Analysen der Entwicklung der Industrieproduktion, der Preise, des Außenhandels, der Arbeitslosigkeit, der Profite, der Massenkaufkraft, der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung, der Betriebsstillegungen und Produktionsverlagerungen in Niedriglohnländer durch die Großkonzerne, der Automatisierung und Informatisierung, der Energiepolitik, der staatsmonopolistischen Planung und Regulierung usw.; der zweite Teil mit der Überschrift „*Changer*“ (verändern) bringt aktuelle Berichte über gesellschaftliche Auseinandersetzungen in einzelnen Regionen und Betrieben. Eine ständige Rubrik dieses Teils beschäftigt sich mit dem Kampf um eine neue Weltwirtschaftsordnung. Darüber hinaus erstellt die Redaktion zu bestimmten Problemen — wie etwa der Umstrukturierung der französischen transnationalen Konzerne, den politischen und wirtschaftlichen Ursachen des Hungers in der Welt, der ökonomischen Entwicklung der sozialistischen Länder, der Jugendarbeitslosigkeit, der Benachteiligung der Frauen, der Automobilkrise u.ä. — ausführliche Dossiers, die im Unterschied zu den aktuellen Beiträgen längerfristig geplant werden.

Die gut hundert Mitarbeiter der Zeitschrift stützen sich weitgehend auf die wissenschaftliche Infrastruktur der Sektion Ökonomie des ZK, die in der Parteizentrale an der Place du Colonel Fabien in Paris untergebracht ist. Es gibt dort ein bedeutendes Dokumentationszentrum, in dem ökonomisch versierte Dokumentatoren arbeiten. Aufgrund der Qualifikation ihrer Mitarbeiter und des ihnen zur Verfügung stehenden wissenschaftlichen Apparates ist es der Sektion Ökonomie des ZK und der Redaktion von „*Économie et Politique*“ möglich, durch detaillierte Berechnungen die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Erfüllung der Forderungen der Arbeiterklasse recht genau anzugeben und so den Argumenten der monopolhörigen Wirtschaftswissenschaftler und Technokraten entgegenzutreten. Das spielte eine wichtige Rolle in den zähen Verhandlungen zwischen der KPF, der Sozialistischen Partei und den linken Radikalen um die vor den Parlamentswahlen von 1978 notwendig gewordene Aktualisierung des ‚Gemeinsamen Programms‘ der Linksparteien von 1972, die schließlich aufgrund der im-

mer deutlicheren sozialdemokratischen Orientierung der sozialistischen Partei scheiterten. Die kommunistischen Ökonomen konnten hier den vagen Vorschlägen der Sozialisten präzise volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für die erste Amtszeit einer Linksregierung entgegenstellen, die bewiesen, daß die weitergehenden Forderungen nach einer kräftigen Anhebung des Mindestlohnes, dem vollständigen Abbau der Arbeitslosigkeit, der Verkürzung der Arbeitszeit, der Verbesserung der Arbeitsbedingungen usw. durchaus nicht utopisch waren — unter der Voraussetzung einer erheblichen Schwächung der Macht des Großkapitals durch Nationalisierung der Schlüsselindustrien und Demokratisierung der Entscheidungsprozesse.

In neuerer Zeit analysierten die kommunistischen Ökonomen intensiv die staatsmonopolistische Programmierung, wie sie sich in den Vorarbeiten und Entwürfen zum VIII. Plan (1980 — 1985) darstellt. Die Berechnungen der von der damaligen Regierung *Giscard-Barre* eingesetzten Kommissionen sahen u.a. eine erhebliche quasi naturgesetzliche Verschärfung der Arbeitslosigkeit und eine Akzentuierung der regionalen und branchenstrukturellen Ungleichgewichte in der französischen Wirtschaft vor, welche ihre schon jetzt bedenklich große Abhängigkeit vom Import energetischer und nicht-energetischer Rohstoffe sowie von Produkten fortgeschrittener Technologie wie vor allem Werkzeugmaschinen, Computer usw. noch beträchtlich verstärken müßten. So rechnete etwa eine als „*rapport Lescanne*“ bekanntgewordene Expertise für den Zeitraum zwischen 1978 und 1986 mit dem Abbau von etwa einer Million Arbeitsplätze allein in der Industrie. Das Baugewerbe, die Landwirtschaft und der tertiäre Sektor würden zusätzlich Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten freisetzen. Die Unternehmensverbände und die Regierung wurden nicht müde zu wiederholen, eine Gesundung der französischen Wirtschaft sei nur möglich durch eine noch weitergehende Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der Unternehmervgewinne, die Aufgabe einer Reihe grundlegender industrieller Aktivitäten zugunsten einer Spezialisierung auf wenige als hochprofitabel eingeschätzte Industriezweige usw.

Dem Dogma, nur höhere Unternehmervgewinne führten zu einer höheren Investitionsrate und damit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, halten die kommunistischen Ökonomen Zahlen entgegen, die das Gegenteil beweisen: Zwischen 1974 und 1979 haben sich die durchschnittlichen Gewinne aller französischen Unternehmen (einschließlich der kleinen und mittleren Unternehmen) verdoppelt. Die privatwirtschaftlichen Investitionen sind in diesem Zeitraum aber um zehn Prozent gesunken, während sich die Zahl der Arbeitslosen mehr als verdreifachte. Wurden 1973 noch 58 Prozent der ausgewiesenen Gewinne in Frankreich reinvestiert, so waren es 1979 nur noch 49 Prozent, der Rest ging in den Luxuskonsum, in Spekulationen und in den Kapitalexport. Während des gleichen Zeitraums stiegen die Investitionen der nicht primär profitorientierten öffentlichen Unternehmen jedoch um 80 Prozent. Schon von daher ist es klar, was von der in den Vorarbeiten zum VIII. Plan wiederholten Forderung nach einer Privatisierung öffentlicher Dienste zu halten ist.

Die Kommunisten beantworten die monopolistische Strategie des Abbaus von Produktionskapazitäten und des Ausverkaufs französischer technologischer Errungenschaften mit der Losung „*Produisons français!*“ (produzieren wir französisch!). Die Mitarbeiter von „*Économie et Politique*“ untermauerten diese Orientierung der betrieblichen Kämpfe durch detaillierte Auflistungen von technischen Neuerungen, die französische Konzerne brachliegen lassen oder an ihre amerikanischen, bundesdeut-

schen oder japanischen Konkurrenten abgetreten haben. Sie bewiesen in ihren Berechnungen, die sich auf die Analyse der Struktur und der Aktivitäten einer Vielzahl von Großunternehmen stützen, daß unter der Voraussetzung einer Veränderung der Machtverhältnisse und des Abbaus der in Frankreich besonders stark ausgeprägten gesellschaftlichen Ungleichheiten gleichzeitig Vollbeschäftigung, Arbeitszeitverkürzungen, Arbeitserleichterungen, nationale Selbständigkeit in allen wichtigen Wirtschaftssektoren und eine gleichberechtigte internationale Kooperation erreichbar sind.

Diese Berechnungen liegen auch den 131 Vorschlägen des Kampfplanes zugrunde, mit dem der Generalsekretär der KPF, *Georges Marchais*, der kommunistische Kandidat für die Präsidentschaftswahlen von 1981, seinen Wahlkampf führte. Oberstes Ziel dieses Planes ist die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Er sieht bis 1987 die Schaffung von 3,5 Mio. Arbeitsplätzen, d.h. jährlich 500 000 Arbeitsplätzen, davon 350 000 für Frauen, vor. Dieses Ziel soll mit sieben Maßnahmebündeln erreicht werden:

1. Eine kräftige Steigerung der Kaufkraft der unteren Einkommensschichten, insbesondere durch die Anhebung des Mindestlohnes. Ein Prozent zusätzlicher Massenkonsum schafft nach den Berechnungen etwa 100 000 neue Arbeitsplätze;
2. Arbeitszeitverkürzungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, insbesondere durch die Demokratisierung der betrieblichen Entscheidungen;
3. die Förderung von Forschung und Entwicklung im Sinne der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, z.B. durch die Eliminierung unqualifizierter und repetitiver Tätigkeiten durch den Einsatz von Robotern;
4. *Produire français*;
5. ein angemessener französischer Beitrag zur Entwicklung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung;
6. die totale fiskalische Abschöpfung aller Einkommen über 40 000 Francs im Monat und die Unterbindung jeglicher Verschwendung und Spekulation;
7. die Demokratisierung von Staat und Wirtschaft.

Diese enge Verknüpfung der Arbeit von „*Économie et Politique*“ mit der Tagespolitik der KPF bedeutet aber nicht, daß die Mitarbeiter der Zeitschrift nur Zuträgerfunktionen bei der Konkretisierung der auf den Parteikongressen festgelegten grundlegenden Orientierung des Kampfes ausüben. Vielmehr sind sie oft durch eigene Initiativen hervorgetreten. Insbesondere erlaubt das System betrieblicher Korrespondenten Rückkopplungen zur Basis, die zur Korrektur der jeweils gültigen Linie führen können. So änderten die Kommunisten in der letzten Zeit aufgrund solcher Initiativen ihre Haltung gegenüber den kleinen und mittleren Unternehmen, die bisher in der kommunistischen Propaganda eher mit Nachsicht behandelt wurden, um die Stoßrichtung der Kämpfe auf die Großkonzerne zu lenken. In Frankreich arbeitet aber fast die Hälfte aller Lohnabhängigen in kleinen und mittleren Unternehmen, die man nicht summarisch als Opfer der Politik des Monopolkapitals hinstellen kann; denn ihre durchschnittlichen Gewinne wuchsen zwischen 1974 und 1979 um 96 Prozent. In Wirklichkeit finden sich in dieser Kategorie die größten Ausbeuter, vor allem in ländlichen Gebieten, wo insbesondere Frauen unter unerträglichen Arbeitsbedingungen für Löhne arbeiten, die unter dem vom Staat festgelegten Minimum liegen.

Die Betriebskorrespondenten spielen allgemein eine wichtige Rolle bei der Erforschung der internationalen Konzerne, die ohne diese Beiträge aus den Betrieben kaum zu erfassen wären. Nicht selten lenken sie die Aufmerksamkeit der Theoretiker auf Pro-

bleme, die bisher unbeachtet blieben, etwa auf den neuen Zwang zur Ökonomie des konstanten Kapitals durch Steigerung der Arbeitsintensität, der sich daraus ergab, daß die Stückkosten vieler Produkte infolge des sich aufgrund der Austeritätspolitik der Regierung *Giscard-Barre* einengenden inneren Marktes wieder anstiegen. Oft besuchen Redaktionsmitglieder, die mit der Zusammenstellung eines Dossiers beschäftigt sind, auch direkt die interessierenden Unternehmen.

Die ökonomischen Analysen, die durch solche Initiativen angeregt werden, bleiben aber immer eng an den Bedürfnissen der aktuellen Klassenauseinandersetzungen orientiert. Es geht dabei u.a. um folgende Fragen: Welche Perspektiven eröffnet eine stärker an den nationalen Interessen orientierte Politik der derzeit im Abbau begriffenen Stahlindustrie? Welche Perspektiven gibt es für die friedliche Nutzung der Kernenergie, ein Gebiet, auf dem Frankreich dank der Nationalisierung des gesamten Energiesektors unmittelbar nach dem Kriege heute einen beachtlichen technologischen Vorsprung besitzt? Welche Entwicklungsmöglichkeiten gibt es für die augenblicklich stagnierende Chemie-Industrie? Wie könnte die Zukunft der Automobilindustrie aussehen? Wie die der Flugzeugindustrie? Wie kann die bereits fortgeschrittene Entvölkerung ganzer Regionen (insbesondere in Zentralfrankreich, in den Pyrenäen und in den Alpen) rückgängig gemacht werden? Was muß getan werden, um die Desindustrialisierung der Region Paris aufzuhalten? Wie kann der Wohnungsnot abgeholfen werden? Wie hoch sind die gesellschaftlichen Kosten der Arbeitslosigkeit? In welche Richtung zielen die widersprüchlichen und größtenteils verschwommenen Vorschläge der Sozialistischen Partei? Welche zusätzlichen volkswirtschaftlichen Ressourcen werden frei, wenn Spekulation und Verschwendung gestoppt werden? Welche Investitionen sind notwendig, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen? Wieviele neue Arbeitsplätze könnten bestimmte Betriebe ohne zusätzliche Investitionen schaffen? Welche Unternehmen müssen nationalisiert werden, um ein an den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit orientiertes neues Wirtschaftswachstum von jährlich 4,5 Prozent über eine ebenso große Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Unterbindung aller Formen von Verschwendung erreichen zu können?

3. Die Forschungshefte „Issues“

Die Aufgabe der Forschungshefte „Issues“, die von *Bernard Marx* als Generalsekretär geleitet werden und deren Redaktionsbeirat *Christian Barrère, Paul Boccara, Jean-Marie Curti, Jean-Pierre Delilez, Patrice Grevet, Philippe Herzog, Gérard Kebabdjian, Christian Palloix, Paul Rolland* und *Olivier Weinstein* angehören, besteht darin, einen theoretischen Vorlauf zu sichern, d.h. auch Probleme aufzugreifen, die nicht (oder noch nicht) in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den Tageskämpfen stehen.

Schon in den letzten Jahren vor der Umwandlung der Zeitschrift hatten sich die Mitarbeiter von „*Économie et Politique*“ in ihren theoretischen Veröffentlichungen ausgehend von der von französischen marxistischen Ökonomen (insbesondere *Paul Boccara*) entwickelten Überakkumulations-Entwertungs-Theorie vor allem mit der Entwicklung der Widersprüche in der kapitalistischen Krise, d.h. mit der Frage, ob und wieso die Krise sich verschärft, beschäftigt. Sie richteten dabei auch ein besonderes Augenmerk auf den Einfluß des Widerstandes der Arbeiterklasse auf die Entwicklung der Krise. Aus der Analyse der Akkumulationszyklen leiteten sie eine auch außerhalb Frank-

reichs vielbeachtete Erklärung für Arbeitslosigkeit und Inflation ab. Die theoretische Arbeit der französischen marxistischen Ökonomen konzentrierte sich also größtenteils auf Fragen, die mit der Theorie der kapitalistischen Krise zusammenhängen, da dieser Problemkomplex in der auch in der BRD bekanntgewordenen grundlegenden Abhandlung „Der staatsmonopolistische Kapitalismus“ von 1971 aus verständlichen Gründen noch kaum berührt worden war. Die Fortschritte in der Krisentheorie hatten unmittelbare strategische Konsequenzen, wie am Verlauf des XXII. und des XXIII. Parteikongresses der KPF abzulesen ist. Es ist jedoch festzustellen, daß aus dem Umkreis von „Économie et Politique“ zu anderen fundamentalen Problemkomplexen, die mit den strategischen und taktischen Umorientierungen der KPF in den letzten Jahren, d.h. mit der Übernahme der Konzeption der Selbstverwaltung (Autogestion) auf dem XXII. und XXIII. Parteikongreß zusammenhängen, insbesondere zur Staatstheorie, bisher vergleichsweise wenig Beiträge von hohem theoretischem Niveau vorliegen. Zu bedauern ist auch, daß die ansonsten durchaus beachtliche theoretische Arbeit, die die französischen marxistischen Ökonomen in den letzten zehn Jahren geleistet haben, nicht in Form systematischer und einem breiteren Publikum zugänglicher Gesamtdarstellungen aufbereitet wurde.

Die Forschungshefte „Issues“ starteten nun mit vielbeachteten Beiträgen zur Theorie der staatsmonopolistischen Regulierung von *Christian Barrère* im Heft 1 (Dezember 1978) und *Louis Fontvieille* im Heft 4 sowie einer nicht weniger interessanten ausführlichen statistischen Untermauerung der Überakkumulations-Entwertungs-Theorie, die bisher vorwiegend theoretisch hergeleitet worden war, aufgrund von Zahlenmaterial des französischen nationalen ökonomisch-statistischen Instituts (INSEE) über das Verhältnis zwischen der Entwicklung des Kapitalstocks, der Investitionen und des Produktionsausstoßes durch *Paul Boccara* in den ersten beiden Heften. (Ähnliche Arbeiten mit vergleichbaren Ergebnissen wurden bekanntlich in der BRD und den USA durchgeführt.) Weitere Beiträge beschäftigen sich mit der französischen Planifikation (*Philippe Herzog* im Heft 3), mit der aktuellen Bedeutung des Finanzkapitals (*Henri Jacot* im Heft 3, *Henri Loiseau* im Heft 4 und *Bernard Marguerite* im Heft 6), mit der Bedeutung des Verhältnisses von produktiver und unproduktiver Arbeit für die Klassenanalyse (*Gérard Kebabdjian* im Heft 3, *Jacques Bidet* und *Gérard Kebabdjian* im Heft 4 und *Jacques Nagels* im Heft 5), den Gesundheitsbedürfnissen der Arbeiter und Angestellten (*Victor Dominique* im Heft 5), den Perspektiven der Vergesellschaftung der Produktion (*Philippe Zarifian* im Heft 5), dem möglichen Beitrag der Selbstverwaltung zur Steigerung der Effektivität der Unternehmen (*Patrice Grevet* im Heft 6). Das letzte vor der Niederschrift des vorliegenden Berichts erschienene Heft, die Doppelnummer 7–8, brachte schließlich eine ausführliche Diskussion der Theorie der langen Wellen (*Kondratieff-Zyklen*), an der *A. Chenu*, *H. Claude*, *J. P. Scot*, *P. Boccara* und *L. Fontvieille* teilnahmen. In diesem Heft finden sich auch Berechnungen über den möglichen Beitrag von Forschung und Entwicklung zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zu einem alternativen Pfad des Wirtschaftswachstums.

Insgesamt bewegen sich die Forschungshefte „Issues“ auf einem anspruchsvolleren theoretischen Niveau als die Zeitschrift „Économie et Politique“ in ihrer früheren Form. Aber wie in der nun gemeinverständlichen Monatszeitschrift zeigt sich auch hier eine verstärkte Hinwendung zu quantitativen Untersuchungen.

Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam — IISG

Dieter Läßle

1. Zur Geschichte des IISG — 2. Rechtlicher Status und organisatorische Struktur — 3. Arbeitsaufgaben und Forschungsabteilungen — 4. Periodika und Publikationsreihen des IISG — 5. Die neue Adresse des IISG.

Das Internationale Institut für Sozialgeschichte (IISG) in Amsterdam ist eines der bedeutendsten Dokumentationszentren zur Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung.

Die wichtigste Sammlung des Institutes ist dabei zweifellos der nahezu vollständige schriftliche Nachlaß von *Karl Marx* und *Friedrich Engels* mit tausenden Seiten ihrer Originalmanuskripte, sowie dem größten Teil der Originale ihrer Korrespondenz, die durch Kopien der Originalkorrespondenz aus anderen Instituten zu einer weitgehend vollständigen Sammlung der bekannten Briefe von und an *Marx* und *Engels* angereichert ist.¹

Außerdem verfügt das Institut — um nur einige der vielfältigen Nachlässe, Archive und Sammlungen zu nennen — über die Nachlässe von *August Bebel*, *Karl Kautsky*, *Eduard Bernstein*, *Moses Hess*, *Charles Rappoport*, die Archive des Generalrats der Ersten Internationale (1864—1872), der ‚Sozialistischen Arbeiterinternationale‘ (SAI — die 1923 gegründete Nachfolgerin der II. Internationale), des Zentralrats der Deutschen Sozialistischen Republik (19.12.1918—8.4.1919), die sog. *Kashmor*-Sammlung mit 10.000 Titeln, darunter einer Vielzahl seltener englischer Broschüren aus der Periode von 1600—1870, die bedeutende Sammlung von *Lucien Descarves* über die Pariser Kommune und die Sammlung des Österreicherischen Historikers und Anarchisten *Max Nettlau*, mit 40.000 Titeln eine der größten und wertvollsten Privatsammlungen anarchistischer und sozialistischer Dokumente und Literatur.²

1. Zur Geschichte des IISG³

Das IISG wurde 1935 gegründet, zu einem Zeitpunkt also, zu dem sich in verschiedenen europäischen Ländern faschistische Bewegungen ausbreiteten und in Deutschland und Italien bereits faschistische Diktaturen errichtet waren, die sich mit aller Konse-

1 Mit dem angereicherten Marx-Engels-Nachlaß verfügt das IISG über 1540 Briefe zwischen Marx und Engels und 9603 an sie gerichtete Briefe.

2 Für eine vollständige Übersicht der Archive, Nachlässe und Sammlungen des IISG (Stand 1968) vgl.: Index of the Archives and Collections in the International Institute of Social History, in: International Institute of Social History Amsterdam — History and Activities, hrsg. u. eingeleitet von Fr. de Jong Edz., Assen 1968.

3 Diese Ausführungen zur Geschichte des IISG stützen sich auf die folgende Literatur:
J.M. Welker, Veertig jaar Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis 1935—1975, in: Tijdschrift

quenz auf eine politische und militärische Expansion vorbereiteten. Die Entstehung und der Aufbau des Instituts sind somit aufs engste verbunden mit dem Aufstieg des Faschismus und der Errichtung des faschistischen Terrorsystems gegen Kommunisten, Sozialisten, Juden, Demokraten und alle antifaschistischen Kräfte. Bereits die Bücherverbrennungen von 1933 deuteten an, daß die faschistische Diktatur nicht nur die physische Vernichtung ihrer Gegner anstrebte, sondern auch die Liquidierung deren historischen Bewußtseins, insbesondere die Liquidierung der gesammelten kollektiven Kampferfahrungen, der niedergeschriebenen Geschichte und der Ideen und Theorien der verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung. Die „Zerschlagung des Marxismus“, sowohl als politische Bewegung als auch als geschriebenes Wort, wurde zur zentralen Kampfparole des faschistischen Terrors.

In dieser Situation begann ab 1934 der Amsterdamer Wirtschaftshistoriker und Sozialdemokrat Prof. *Posthumus* (1880–1960), einer der Gründer des IISG, Bücher, Zeitschriften, Dokumente, Flugschriften etc. von bedrohten und verfolgten Organisationen und Personen über die Grenze nach den Niederlanden zu bringen. *Posthumus* war zu dieser Zeit Direktor der ‚Economisch-Historische Bibliotheek‘ (EHB) in Amsterdam, in der vor allem Firmenarchive und anderes wirtschaftshistorisches Quellenmaterial gesammelt wurden. Die EHB hatte jedoch neben ihrer wirtschaftshistorischen Bibliothek auch noch eine kleine Abteilung für Sozialgeschichte und Sozialökonomie, in die zunächst die aus den bedrohten Ländern kommenden Bücher und Archive eingebracht wurden.

Auf der Suche nach Geld für den Ankauf derartiger Archive stieß *Posthumus* auf die ‚Centrale Arbeidersverzekerings- en Depositobank‘ (‚Centrale‘), eine von der niederländischen Sozialdemokratie gegründete Bank, die in ihrer Satzung verankert hatte, daß ein bestimmter Teil ihres Gewinns für die kulturellen Interessen der Arbeiterklasse verwendet werden sollte. *Posthumus* trug der ‚Centrale‘ seinen Plan vor, ein Internationales Institut für Sozialgeschichte zu errichten, um damit einen zentralen und allgemein zugänglichen Ort für Dokumente der internationalen Arbeiterbewegung zu schaffen. Die ‚Centrale‘ sagte *Posthumus* die finanzielle Unterstützung bei der Realisierung dieses Planes zu. Sie stellte nur die Bedingung, daß das neue Institut kein „Papierlagerhaus“, sondern ein „Institut für wissenschaftliche Forschung“⁴ werde. Jahrelang war somit die ‚Centrale Arbeidersverzekerings- en Depositobank‘ der entscheidende finanzielle Träger des IISG, der nicht nur den Ankauf von Bibliotheken, Sammlungen und Archiven finanzierte, sondern auch den Umbau des von der Gemeinde Amsterdam für das neue Institut zur Verfügung gestellten Gebäudes.

voor Sociale Geschiedenis, (Amsterdam), Nr. 3, Dezember 1975, S. 373–384; Annie Adama van Scheltema-Kleefstra. Erinnerungen der Bibliothekarin des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte (deutsche Übersetzung), in: Mitteilungsblatt des Instituts zur Geschichte der Arbeiterbewegung – IGA, (Ruhr-Universität Bochum), Heft 4, 1979, S. 7–42;

Maria Hunink, De geschiedenis van een bibliotheek – Max Nettelau en Amsterdam, in: Over Buonarroti, internationale avant-gardes, Max Nettelau en het verzamelen van boeken, anarchistische ministers, de afgebrava van de revolutie, schilders en schrijvers, hrsg. von M. Hunink, J. Kloosterman, J. Rogier, Baarn 1979;

Paul Mayer, Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und das Schicksal des Marx-Engels-Nachlasses, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. VI–VII, Hannover 1966–1969, S. 1–198

⁴ A.J.C. Rüter, Historische Studies over mens en samenleving, Assen 1967, S. 284 (zitiert nach J.M. Welcker, a.a.O., S. 374).

Mit der Errichtung des IISG ergab sich auch eine gewisse Arbeitsteilung mit der bereits bestehenden ‚Economic-Historische Bibliothek‘ (EHB). Das IISG wurde für soziale Fragen und Arbeiterbewegung zuständig, die EHB spezialisierte sich weiter auf ökonomische Fragen und Kapitalentwicklung. Die bereits bestehende Abteilung für Sozialgeschichte der EHB wurde in das IISG eingebracht.

Die Jahre nach Gründung des Instituts bis 1940 waren geprägt durch fieberhafte und teilweise gefährliche Ankaufs- und Rettungsaktionen von Bibliotheken und Archiven in Deutschland, Österreich, der Tschechoslowakei und einigen anderen europäischen Ländern. Dabei schloß das Institut u.a. auch Verträge ab, mit denen es sich verpflichtete, die Archive nach Überwindung des Faschismus bzw. nach Ablauf des Krieges – gegen Erstattung der Unkosten – an ihre früheren Besitzer zurückzugeben. Besonders dramatisch verlief die Rettung eines Teils der Sammlung von *Max Nettlau*, die dieser in dem durch deutsche Truppen besetzten Wien zurückgelassen hatte, durch die langjährige Bibliothekarin des Institutes *Annie Adama van Scheltema-Kleefstra*.⁵

Zur Erleichterung des Erwerbs von Dokumenten der Arbeiterbewegung eröffnete das IISG 1936 eine Filiale in Paris, die bis 1940 von *Boris Nikolajewsky* geleitet wurde. *Nikolajewsky* spielte auch eine wichtige Rolle bei dem Erwerb des Parteiarchivs der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, einer Sammlung, die auch den schriftlichen Nachlaß von *Marx* und *Engels* enthielt, und die die übrigen Erwerbungen des Instituts an Bedeutung und Umfang bei weitem übertraf. Durch das Testament von *Friedrich Engels* ist nach dessen Tode der größte Teil des schriftlichen Nachlasses von *Marx* und *Engels* an *Bebel* und *Bernstein* gefallen und über diese in das Parteiarchiv der SPD gekommen.⁶

Der *Marx-Engels*-Nachlaß war offenbar bereits vor dem Reichstagsbrand aus dem Archiv in Berlin entfernt worden, und es ist im Laufe des Jahres 1933 gelungen, diesen Nachlaß und den größten Teil des restlichen Parteiarchives ins Ausland zu bringen. Ab 1935 verhandelten Vertreter des Moskauer *Marx-Engels-Lenin*-Instituts mit dem Parteivorstand der SPD im Exil über einen möglichen Ankauf des *Marx-Engels*-Nachlasses und später über eine zeitweilige Überlassung dieses Nachlasses an das Moskauer Institut. Nachdem diese Unterhandlungen 1936 erfolglos abgebrochen wurden, schloß der Parteivorstand der SPD mit dem IISG einen vorläufigen Vertrag, daß ihr Archiv – unter Eigentumsvorbehalt und unter Ausschluß des *Marx-Engels*-Nachlasses – dem Amsterdamer Institut zur unentgeltlichen Aufbewahrung überlassen werde.

Zwei Jahre später, 1938, kam der SPD-Parteivorstand im Exil offensichtlich in finanzielle Schwierigkeiten und bot daraufhin sein gesamtes Archiv – einschließlich des *Marx-Engels*-Nachlasses – für 72.000 Gulden dem IISG zum vorbehaltlosen Kauf an. Die ‚Centrale‘ war bereit, diesen Betrag für das Institut zu bezahlen, und der Kauf kam zustande.⁷

Ab 1938, nach den Erfahrungen der Münchner Konferenz, begann das IISG, einen Teil seiner wichtigsten Dokumente, darunter auch den *Marx-Engels*-Nachlaß, in England unterzubringen.

5 Vgl. dazu die Erinnerungen von A. Adama van Scheltema, a.a.O., S. 19ff.

6 Die folgenden Ausführungen zum Parteiarchiv der SPD und zum *Marx-Engels*-Nachlaß stützen sich im wesentlichen auf F. Mayer, Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchives..., a.a.O..

7 Vgl. dazu auch: W. Schwarz, *Marx-Engels-Forschung in Frankfurt 1924–1929*, in: 10 Jahre IMSF, Frankfurt 1978, S. 76ff.

Im Mai 1940 fielen die deutschen Truppen in die Niederlande ein. Das Institut wurde daraufhin geschlossen und von dem „Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg“ besetzt. Im Oktober 1944 wurden die gesamten im IISG noch verbliebenen Bibliotheks- und Archivbestände von den deutschen Truppen abtransportiert.

Nach der Befreiung im Mai 1945 wurde das Institut völlig leer vorgefunden. Nun begann die Suche nach dem Material des IISG in ganz Europa. Im Frühjahr 1946 wurden bei Hannover zwei Rheinkähne entdeckt, die einen Teil der Bücher, Broschüren und Periodika sowie einige Archive des Instituts enthielten. Im Laufe der Jahre 1946 und 1947 kamen ungefähr 3500 Kisten Material in das Institut zurück. 1956 wurden durch die polnische Regierung noch 270 Kisten Archivmaterial zurückgeschickt, das die deutschen Truppen 1944 nach Polen gebracht hatten. Nach den Worten der früheren Bibliothekarin *Annie Adama van Scheltema* war es „ein wirkliches Wunder“, daß das Material des IISG „ohne große Verluste wieder nach Amsterdam zurückgebracht werden konnte“.⁸

2. Rechtlicher Status und organisatorische Struktur

Nach 1945 kam das Institut in eine schwierige finanzielle Situation. Der bisherige finanzielle Träger, die ‚Centrale‘, hatte durch den Krieg und die faschistische Besetzung der Niederlande großen Schaden erlitten. Der Betrag von 60.000 Gulden, den das Institut vor dem Kriege von der ‚Centrale‘ bekam, wurde nun zunächst je zu einem Drittel von der ‚Centrale‘, der Gemeinde Amsterdam und der niederländischen Regierung gezahlt. Das Institut konnte seinen Mitarbeitern in dieser Zeit nur eine minimale Bezahlung bieten, die noch nicht einmal eine Pensionsberechtigung einschloß. Ab 1963 übernahm das Ministerium für Erziehung und Wissenschaft den größten Teil der Finanzierung des Instituts. Der jahrelange Kampf für eine finanzielle Absicherung und einen definitiven rechtlichen Status des IISG hat erst 1978 mit der Aufnahme des Instituts in die Königlich Niederländische Akademie der Wissenschaften ein vorläufiges Ende gefunden.⁹

Das IISG, das bis 1978 eine Stiftung war, hat nun den rechtlichen Status eines Instituts der Königlich Niederländischen Akademie der Wissenschaften, wodurch die Mitarbeiter des IISG in den Dienst dieser Akademie übernommen wurden. Die laufenden Kosten in der Höhe von ungefähr 5 Millionen DM werden von dem Ministerium für Erziehung und Wissenschaft getragen.

Mit dem neuen rechtlichen Status bekam das Institut auch eine neue Organisationsstruktur. Dabei wurde versucht, eine Struktur zu finden, die dem Institut eine weitgehende interne Autonomie bei der Durchführung seiner wissenschaftlichen Arbeitsaufgaben gewährleistet.

Die ursprüngliche *Stiftung IISG* bleibt unter der neuen Struktur — mit einem wesentlichen Teil ihrer Kompetenzen — weiterhin bestehen und ist nach wie vor Eigentümerin der Sammlungen des IISG. An der Stelle des Stiftungsrats steht jetzt ein *Verwaltungsrat* aus neun Mitgliedern, wovon ein Mitglied von der Stiftung und eines von der

8 A. Adama van Scheltema-Kleefstra, *Erinnerungen...*, a.a.O., S. 36.

9 Zu dem neuen rechtlichen Status des IISG vgl.: International Institute of Social History — Annual Report 1978.

‚Centrale‘ ernannt wird. Die restlichen sieben Mitglieder werden von der Akademie der Wissenschaften (KNAW) ernannt; davon ein Mitglied auf Vorschlag der Universität von Amsterdam und eines auf Vorschlag des ‚Schwesterinstituts‘, des Niederländischen Archivs für Wirtschaftsgeschichte mit der ‚Economisch-Historische Bibliotheek‘ (EHB).

Die laufenden Geschäfte des Instituts werden von einem *Direktorium* wahrgenommen, das von dem Verwaltungsrat ernannt wird. Die jährliche Vollversammlung der Mitarbeiter des IISG wählt einen *Institutsrat*, der wiederum verschiedene Arbeitskommissionen einsetzt und die Arbeit des Instituts koordiniert.

Die wissenschaftliche Arbeitsplanung erfolgt im wesentlichen durch die *monatliche Versammlung der wissenschaftlichen Mitarbeiter* des IISG.

3. Arbeitsaufgaben und Forschungsabteilungen des IISG

Die allgemeinen Arbeitsaufgaben des IISG, wie sie bereits in den Statuten von 1936 festgelegt wurden, haben sich bis heute nicht wesentlich verändert. Sie umfassen weiterhin:

1. Sammeln und Erwerben von Dokumenten, die bedeutsam sind für die Sozialgeschichte; also vor allem alte und neue Bücher, Periodika, Dokumentationen und Archive von Personen, die in verschiedenen sozialen Bewegungen, insbesondere der Arbeiterbewegung aktiv sind oder waren;
2. Ordnen und Katalogisieren des gesamten Materials, damit es für Forschung zugänglich ist;
3. Beratung und Hilfeleistungen für externe Wissenschaftler bei der Forschung mit Dokumenten und Quellenmaterial des Instituts;
4. Durchführung eigener Forschung auf dem Gebiet der Sozialgeschichte, Publikation von Studien und Herausgabe von Dokumenten, die für die Sozialgeschichte bedeutsam sind.

Ursprünglich war die Arbeit des IISG nach vier ‚Regionen‘ unterteilt:

- Abteilung für Deutschland, Österreich und Schweiz;
- Abteilung für romanische Länder und Anarchismus;
- Abteilung für Osteuropa;
- Abteilung für Benelux-Länder, Großbritannien, USA u.a.

Im Laufe der Zeit wurde eine Reorganisation und Erweiterung dieser Forschungsorganisation notwendig. Bemerkenswert ist vor allem die Schaffung von Abteilungen, die sich mit asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern befassen. Nach der Aussage des früheren Direktors des IISG, Prof. *de Jong Edz.*, ist das Institut davon überzeugt, daß durch die Sammlung von Dokumentationen über diese Länder, in denen sich heute radikale Veränderungen vollziehen, ein wichtiger geschichtlicher Beitrag geleistet wird.¹⁰

Heute arbeiten insgesamt 35 Wissenschaftler in den folgenden *Forschungsabteilungen*:

1. Abt. für Deutschland, Österreich und Schweiz;
2. Abt. für Benelux-Länder;
3. Abt. für Osteuropa;
4. Abt. für Anarchismus — Spanien, Portugal und Lateinamerika;

¹⁰ Fr. de Jong Edz., a.a.O., S. 8.

5. Abt. für Frankreich, Italien und Israel;
6. Abt. für Großbritannien, Irland, Nordamerika und Nordeuropa;
7. Abt. für Asien, Afrika und Australien;
8. Abt. für Internationale Organisationen und allgemeine Fragen;
dazu kommen noch die Abteilungen für spezielle Aufgabenbereiche;
9. Abt. für Ikonographie und visuelles Archiv;
10. Abt. ‚International Review of Social History‘;
11. Abt. ‚Archives Bakounine‘;
12. Publikationsabteilung.

Neben der Arbeit in diesen Forschungsabteilungen stellen natürlich die laufenden Arbeiten in der *Bibliothek* und den *Archiven* einen zentralen Arbeitsschwerpunkt dar.

Das IISG hatte 1980 einen *Bibliotheksbestand* von ungefähr 550.000 Büchern und Broschüren bei einem jährlichen Zugang von rund 10.000 Titeln.

Die *Zeitschriftenabteilung* hält laufend 45 Tageszeitungen aus 20 Ländern und rund 2300 Periodika aus mehr als 60 Ländern.

Neben dieser umfangreichen Spezialbibliothek verfügt das IISG über eines der größten *Archive* der Welt *auf dem Gebiet der Arbeiterbewegung*.

Zur Bewältigung dieser *Bibliotheks- und Archivarbeiten* (wie Akquisition, Klassifikation, Katalogisierung, Ausleihe, Binden und Restauration) hat das Institut noch über 30 Mitarbeiter beschäftigt. Diese Bibliotheks- und Archivarbeiten erfolgen in enger Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Mitarbeitern der verschiedenen Forschungsabteilungen, die einen wesentlichen Teil ihrer Arbeitszeit für diese Aufgaben einsetzen.

Insgesamt verfügt das IISG über ungefähr 80 Mitarbeiter.

4. Periodika und Publikationsreihen¹¹ und laufende Arbeiten des IISG

a) Periodika:

Das IISG gibt seit 1956 die Zeitschrift ‚*International Review of Social History*‘ (Assen, Van Gorcum & Comp.) heraus. Die Redaktion dieser Zeitschrift wird durch die Forschungsleiter der verschiedenen Forschungsabteilungen des IISG gebildet.

Außerdem ist das Institut beteiligt bei der Herausgabe der Zeitschrift der niederländischen Vereinigung für Sozialgeschichte, der ‚*Tijdschrift voor sociale geschiedenis*‘ (Zeitschrift für Sozialgeschichte, Den Haag, Martinus Nijhoff).

b) Publikationsreihen:

Das IISG gibt in Zusammenarbeit mit verschiedenen Verlagen die folgenden Publikationsreihen heraus:

I. Quellen und Untersuchungen zur Geschichte der deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung;

11 Vgl. dazu: International Institute of Social History — Annual Report 1978, S. 55–58.

II. Quellen und Untersuchungen zur Geschichte der deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung — NEUE FOLGE;

III. Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/1919;

IV. Publications on Social History;

V. Social-Historische Studien;

VI. Archives Bakounine;

VII. Russian Series;

VIII. Russian Series on Social History;

IX. Archive de Jules Humbert-Droz;

X. Studies in Social History;

XI. De Nederlandse Arbeidersbeweging;

XII. Quellen und Studien zur Sozialgeschichte.

Außerhalb ihrer Publikationsreihen gibt das IISG auch noch Einzelveröffentlichungen heraus.

5. Die neue Adresse des IISG

Abschließend sei noch darauf verwiesen, daß das IISG augenblicklich in ein anderes Gebäude umzieht. Das bisherige Gebäude des Instituts, Herengracht 266, in der Amsterdamer Innenstadt, ist bereits seit langem zu klein, und vor allem sind durch das schwere Gewicht der Bücher und Dokumentationen ernste Probleme mit der Fundierung aufgetreten. Als Not- und Zwischenlösung wird das IISG für die nächsten Jahre in einem Großhandelszentrum im westlichen Hafengebiet, im Kabelweg 49—51, untergebracht. Die Arbeiten des IISG werden in dieser Interimsunterkunft uneingeschränkt weitergehen. Ebenso werden die Bibliothek und die Archive nach einer kurzen, durch den Umzug bedingten Unterbrechung wieder zugänglich sein.

Das IISG, und mit ihm alle Freunde des ‚Amsterdamer Instituts‘, hoffen jedoch, daß es in absehbarer Zeit wieder ein geeignetes und zentral gelegenes Dauerdomizil für seine Forschungs- und Dokumentationsarbeit bekommt.

IMSF - 1981

Publikationen und Konferenzen, Seminare, Vortragsveranstaltungen des IMSF

(Ohne Veröffentlichungen des IMSF oder seiner Mitarbeiter in Zeitschriften, in von Dritten herausgegebenen Sammelbänden usw. Der Berichtszeitraum deckt sich nicht ganz mit dem Kalenderjahr 1981; er umfaßt die Jahrbuchperiode 1981 von Oktober 1980 bis Oktober 1981.)

I. Publikationen

1. Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 4/1981, DM 30,—
2. Theorie und Methode, Bd. 5: Ökonomische Gesellschaftsformationen. Theorie und Geschichte. Beiträge von G. Brendler, W. Küttler, J.I. Semjonow, W. Eichhorn I, K.-P. Florian, M.A. Barg, E.B. Černjak, W. Sereni, Ph. Herzog, G. Labica, D. Pasemann, H.-P. Jaeck. Mit einer Einführung von Klaus Naumann. Hrsg. IMSF, Frankfurt/M. 1981, 205 S., DM 15,—
3. Beiträge des IMSF, Bd. 6/I: Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik. Staatsdiskussion und Staatstheorie, Hrsg. IMSF, mit Beiträgen von H. J. Axt, Chr. Butterwegge, F. Deppe, M. Eihsen/A. Gottschalk, J. H. v. Heiseler, J. Huffschild, H. Jung, U. Kypke, J. Schleifstein, C. Skrobanek, A. Sörgel, H. Werner u. a. Redaktion: H. Jung, J. Schleifstein. Frankfurt/M. 1981, ca. 400 S., DM 30,—
Beilage: Carlo Schellemann, Graphikzyklus „Staat und Revolution“.
4. Arbeitsmaterialien des IMSF, Bd. 12: Staatsmonopolistischer Kapitalismus der Bundesrepublik Deutschland in Daten und Fakten, Hrsg. IMSF, Frankfurt/M. 1981, 425 S., DM 55,—
5. IMSF-Informationsbericht, Bd. 34: Jugendliche in der DKP. Eine empirische Studie über ihre Politikzugänge (Arbeitstitel). Verfasser: Dirk Hänisch. Frankfurt/M. 1981, ca. 100 S.
6. IMSF-Informationsbericht, Bd. 35: Krise der Automobilindustrie — Das Beispiel des Multi General Motors/Opel AG. Verfasser: Jörg Hentrich, Dietmar Düe. Frankfurt/M. 1981, ca. 180 S.
7. Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF — Heft 10: Fred Karl, Die Bürgerinitiativen. Soziale und politische Aspekte einer neuen sozialen Bewegung, Frankfurt/M. 1981, 124 S., DM 8,—
8. Rüdiger Beck, Renate Faust, Die sogenannten Gastarbeiter. Ausländische Beschäftigte in der BRD, Frankfurt/M. 1981, ca. 300 S., Taschenbuch (Verlag Marxistische Blätter)
9. „Keine Startbahn West!“ — Protestbewegung in einem überlasteten Ballungsraum. Eine Untersuchung des IMSF über den geplanten Ausbau des Flughafens Frankfurt/M.: Ökonomische und militärische Hintergründe, ökologische und soziale Folgen, Entwicklung und politische Dimension der Protestbewegung, Frankfurt/M. 1981, ca. 160 S., Taschenbuch (Verlag Marxistische Blätter)

10. Weltmarkt und Internationalisierung der Wirtschaft. Aktuelle und theoretische Gesichtspunkte. Referate und Diskussionen einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz in Frankfurt am Main vom 2.-4. Juni 1981, veranstaltet vom Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, Moskau, Institut für Internationale Politik und Wirtschaft, Berlin/DDR, Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/M., Hrsg. IMSF, Frankfurt/M. 1981, ca. 280 S. (Verlag Marxistische Blätter)

11. G. Arndt, F. Deppe, W. Petschick, K. Pickshaus (Hrsg.), DGB-Programm '81 – untersucht für die Praxis, Frankfurt/M. 1981, ca. 350 S., Taschenbuch (Nachrichten Verlag)

12. Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse. Vierteljährliche Konjunkturübersicht. Verfasser: Jörg Goldberg, Klaus Pickshaus. Beilage zur Zeitschrift „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“ (Nachrichten Verlag, Frankfurt/M.), vier Ausgaben

II. Konferenzen, Seminare und Vortragsveranstaltungen

1. Diskussionsveranstaltung über „Bewußtseinsformen der neuen sozialen Bewegungen und ihre Grundlagen“, IMSF, 1. Nov. 1980, 20 Teilnehmer

2. Diskussionsveranstaltung des IMSF über „Technische Entwicklung, Qualifikations- und Werttendenz der Arbeitskraft heute“, Frankfurt/M., November 1980, mit Wissenschaftlern und Gewerkschaftern. Ca. 50 Teilnehmer. Einleitende Vorträge wurden u.a. von Dr. Eberhard Dähne, Dr. Frigga Haug und Prof. Dr. Lothar Peter gehalten. Konferenzbericht: Johanna Hund in Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 4/1981. Dort auch der Vortrag von L. Peter in erweiterter Fassung abgedruckt.

3. Kolloquium des Instituts für Marxismus-Leninismus (Moskau) und des IMSF über „Die staatliche Sozialpolitik in der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaft“, Moskau, 2.-4. Dez. 1980

4. „Marxistische Woche '80“, Leverkusen, 14.-19. Dez. 1980, veranstaltet vom IMSF. Aktuelle Probleme der marxistischen Theorie und Forschung. Einwöchiges Seminar, ganztägig, mit Vorträgen und Arbeitskreisdiskussionen. 54 Teilnehmer. Vorträge: J. Huffschnid, Monopol- und SMK-Theorie; F. Deppe, Politische Herrschaft und Hegemonie – Staatsdiskussion; J.H. v. Heiseler, Neue Entwicklungen in der Theorie des Klassenbewußtseins; G. Judick, Aktuelle Fragen der Theorie der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie; K. Holzkamp, Kritische Psychologie und marxistische Persönlichkeitstheorie; G. Fülberth, Forschungen und Auseinandersetzungen über Geschichte und Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung. Werkstattgespräche mit Künstlern und Kulturwissenschaftlern, u.a. G. Fuchs, R. Hiepe, N.A. Huber und der Film- und Videogruppe Köln.

5. Vortragsveranstaltung mit Prof. Dr. Otto Reinhold, Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR und Leiter der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin/DDR, über „Aktuelle und theoretische Probleme der Ökonomie des Sozialismus“ vom 19.-23. Juni 1981 an den Universitäten Hamburg, Bremen, Bielefeld, Marburg und München. Veranstalter: IMSF und MSB Spartakus, in Hamburg gemeinsam mit dem Arbeitskreis Ökonomie der Zeitschrift „Das Argument“.

6. Rundtischgespräch mit Wissenschaftlern des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der USAP, Budapest, über „Arbeiterklasse und Intelligenz in Ungarn und in der Bundesrepublik Deutschland“ im IMSF, Frankfurt/Main, 11./12. Febr. 1981

7. Gemeinsame wissenschaftliche Tagung „Weltmarkt und Internationalisierung der Wirtschaft. Aktuelle und theoretische Gesichtspunkte“, veranstaltet von: Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (IMEMO), Moskau; Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR (IPW), Berlin/DDR; Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/M., in Frankfurt/M., 2.-4. Juni 1981. 50 Teilnehmer. Vorträge wurden gehalten von: *Prof. M. M. Maximova, Prof. J. I. Judanow, Prof. W. N. Schenajew (IMEMO); Prof. Dr. L. Maier, Dr. E. Rechtziegler, Prof. Dr. R. Gündel, Dr. E. Lüdemann (IPW); Dr. H. Jung, Dr. J. Goldberg, F. Rische, L. Wolfrum, B. Semmler (IMSF).*

Tagungsprotokoll: Weltmarkt und Internationalisierung der Wirtschaft. Referate und Diskussionen einer internationalen Konferenz in Frankfurt am Main v. 2.-4. Juni 1981. Hrsg. IMSF, Frankfurt/M. 1981 (Verlag Marxistische Blätter)

Tagungsberichte: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 4/1981; Marxistische Blätter, Heft 4/1981

III. Beiräte und Arbeitskreise beim IMSF

1. Beirat „Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF“. Beratung, Diskussion und Themenfestlegung für das Jahrbuch des IMSF sowie Beratung für weitere wissenschaftliche Arbeiten des Instituts. Bis zur Herausgabe von Bd. 3/1980 des Jahrbuchs gehörten dem Beirat an: *Dr. H.J. Axt, Dr. H. Bömer, Dr. Chr. Butterwegge, E. Gärtner, B. Greiner, Dr. B. Güther, J. Hund, M. Jansen, St. Lehdorff, Dr. B. Moldenhauer, H. Obens, Chr. Preiß, J. Priewe, W. Rofsmann, Dr. W. Simon, Dr. A. Sörgel, Dr. K. Steinhaus, Dr. H. Werner.*

2. Beirat „Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF“. Beratung und Diskussion der Reihe „Soziale Bewegungen“ sowie der sozialwissenschaftlichen Arbeiten des IMSF. Mitglieder: *Prof. Dr. W. Abendroth, M. Balder, W. Bleicher (1981 verst.), Prof. Dr. F. Deppe, Prof. Dr. G. Fülberth, Prof. Dr. J. Huffschnid, Prof. Dr. L. Peter, Dr. W. Petschick.*

3. Arbeitskreis Ökonomie. Ltg.: *J. Goldberg.* Der Arbeitskreis orientiert seine Tätigkeit an der IMSF-Arbeitsrichtung „Ökonomische Grundprozesse der BRD“ und untersucht die Entwicklung einzelner Wirtschaftsbranchen. Im Arbeitskreis arbeiten 10-15 Kollegen mit.

4. Arbeitskreis Frauenfrage. Ltg.: *I. Nödinger, K. Pickshaus.* Der Arbeitskreis diskutiert und analysiert aktuelle und theoretische Fragen der Frauenbewegung der Bundesrepublik, wobei bisher das Problem „Arbeit und Frauenemanzipation“ im Mittelpunkt stand. Im Arbeitskreis arbeiten 15-20 Kolleginnen mit.

5. Arbeitskreis Lebensweise/Kulturelle Bedürfnisse. Ltg.: *K. Maase.* Der Arbeitskreis behandelt kulturelle Bedürfnisse der Arbeiterklasse der Bundesrepublik. Im Arbeitskreis arbeiten 10-15 Kollegen mit.

Autoren dieses Bandes

Dr. Herbert Aptheker, New York, Historiker, Leiter des American Institute for Marxist Studies (AIMS).

Dr. Heinz-Jürgen Axt, West-Berlin, geb. 1946, wissenschaftlicher Assistent; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen; Arbeitsgebiete: Staatstheorie, politische Soziologie und internationale Beziehungen.

Dr. Christoph Butterwegge, Bremen, geb. 1951, Dipl.-Sozialwissenschaftler, M.A. (Philosophie), Lehrbeauftragter an der Universität Münster sowie an der Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen; Arbeitsgebiete: Staatstheorie, Geschichte der (deutschen und österreichischen) Sozialdemokratie.

Dr. Eberhard Dähme, Frankfurt/M., geb. 1938, Soziologe, Dipl.-Landwirt, Mitarbeiter des IMSF; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen; Arbeitsgebiete: Probleme der Reproduktion der Arbeitskraft, Stadt- und Regionalsoziologie.

Manfred Eihsen, Bremen, geb. 1957, Studium der Ökonomie; Buchveröffentlichungen; Arbeitsgebiete: Militarismus, Rüstungs- und Abrüstungsökonomie.

Fritz Fiehler, Hamburg, geb. 1949, Dipl.-Soziologe; Arbeitsgebiete: politische Ökonomie, Branchen- und Regionalanalysen, Wohnungspolitik.

Edgar Gärtner, Luxeuil les Bains/Frankreich, geb. 1949, Hydrobiologe, Wissenschaftspublizist; Lehrbeauftragter an der Universität Münster; Arbeitsgebiete: Umweltpolitik, Probleme des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Dr. Jörg Goldberg, Frankfurt/Main, geb. 1943, Wirtschaftswissenschaftler, Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiete: Krisentheorie, Analyse der Wirtschaftsentwicklung.

Arno Gottschalk, Bremen, geb. 1956, Studium der Ökonomie, Buchveröffentlichungen; Arbeitsgebiete: Militarismus, Rüstungs- und Abrüstungsökonomie.

Bernd Greiner, Hamburg, geb. 1952, Politikwissenschaftler, Doktorand; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen; Arbeitsgebiete: Amerikanistik unter besonderer Berücksichtigung der Außenpolitik, Theorie internationaler Beziehungen.

Gert Hautsch, Frankfurt/Main, geb. 1944, Dipl.-Volkswirt, Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiete: Analyse sozialer Bewegungen, ökonomischer Probleme und Prozesse der BRD.

Dr. Johannes Henrich von Heiseler, Dierdorf, geb. 1938, Soziologe, Mitarbeiter des IMSF; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen; Arbeitsgebiet: Probleme der Entwicklung gesellschaftlichen Bewußtseins.

Peter Hiedl, Essen, geb. 1944, Soziologe, Wiss. Mitarbeiter an der UEG — Essen.

Johanna Hund, Hamburg, 2. Bildungsweg, Soziologin. Lehrbeauftragte an der Hochschule für Wirtschaft und Politik (Hamburg), Universität Hamburg, Universität Münster; Arbeitsgebiete: Technologie- und Qualifikationsentwicklung, Industriesoziologie, Frauenbewegung.

Dr. Heinz Jung, geb. 1935, Ökonom, Leiter des IMSF; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen; Arbeitsgebiet: Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

Fred Karl, Kassel, geb. 1947, Dipl. Soziologe, Berufsverbot als Wiss. Assistent an der Universität Regensburg seit 1973; Arbeitsgebiete: Soziale Bewegungen, Kulturarbeit, soziale Folgen von Automation.

Michael Knieriem, Wuppertal, geb. 1943, Studium der Geschichte und Pädagogik, seit 1971 Leiter des Friedrich-Engels-Hauses Wuppertal.

Dr. Sybille Krämer-Friedrich, Marburg/L., geb. 1951, Philosophin, Lehrbeauftragte der Universitäten Bremen und Münster; Arbeitsgebiete: Techniktheorie, philosophische Probleme der Naturwissenschaften, Informationstheorie; z. Zt. Habilitation zur Informationstheorie.

Dr. Dieter Läßle, geb. 1941, Dozent für Soziologie und Ökonomie an den Universitäten Leiden und Aix/Marseille; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen; Arbeitsgebiete: Staatstheorie, gesellschaftliche Planung, Stadt- und Regionalentwicklung.

Dr. Alfred E. Laurence, geb. 1910, St. Lawrence, Isle of Wight, Großbritannien.

Dr. Michael Neumann, Göttingen, geb. 1942, Dipl. Soziologe, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Soziologischen Seminar der Universität Göttingen; Arbeitsgebiete: Soziologiegeschichte, marxistische Soziologie, Probleme der Klassen- und Sozialstruktur der BRD.

Prof. Dr. Lothar Peter, Bremen, geb. 1942, Hochschullehrer an der Universität Bremen, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen; Arbeitsgebiete: Industrie- und Betriebssoziologie, Lage der Arbeiterklasse im Kapitalismus, soziale Bewegungen.

Klaus Pickshaus, Frankfurt/Main, geb. 1949, Politikwissenschaftler, Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiete: Analyse sozialer Bewegungen, Gewerkschaftstheorie.

Fritz Rische, Düsseldorf, geb. 1914, Leiter des Referats für Wirtschafts- und Sozialpolitik beim Parteivorstand der DKP und Leiter des wirtschaftspolitischen Arbeitskreises beim Parteivorstand der DKP.

Dr. Winfried Schwarz, Frankfurt/Main, geb. 1948, Dipl.-Soziologe, Mitarbeiter des IMSF; Veröffentlichungen über Struktur- und Entwicklungsgeschichte der Marxschen politischen Ökonomie; Arbeitsgebiet: Marxistische politische Ökonomie.

Dr. Angelina Sörgel, Bremen, geb. 1948, Diplom-Ökonom, Lehrbeauftragte der Universität Bremen; Arbeitsgebiete: Wirtschaftspolitik, Monopoltheorie, Bilanzanalyse.

Dr. Kurt Steinhaus, Düsseldorf, geb. 1938, Referent beim Parteivorstand der DKP, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Dr. Harald Werner, Oldenburg, geb. 1940, Lehrbeauftragter an der FHS Emden, Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg und Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen; Arbeitsgebiete: Bewusstseinsforschung, Didaktik der Arbeiterbildung.

Zusammenfassungen

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 4, 1981, S. 11—41

Heinz Jung

„Korporatismus“ statt „Etatismus“? — Staatsmonopolistische Vergesellschaftung und politisch-staatlicher Überbau heute

Die mit „Korporatismus“ erfaßten Erscheinungen werden in diesem Beitrag als Ausdrucksformen der SMK-Entwicklung interpretiert. Die sogenannte Korporatismusdiskussion stellt sich somit als etwas verspätete ideologische Reaktion auf Sachverhalte des SMK dar. Jedoch hält es der Verfasser für verfehlt, eine Entwicklung „am Staat vorbei“ zu konstatieren. Vielmehr finde die staatsmonopolistische Vergesellschaftung im Überbau in „Korporatismus“ und „Etatismus“ ihren realen Ausdruck. Der Verfasser hält es für gerechtfertigt, von einem Staatstyp des SMK zu sprechen. Nach einer Skizze der gegenwärtigen Verbändestruktur des SMK erfolgt die Analyse der Hegemonialkonzeptionen des SMK in der BRD und der gegenwärtig sichtbaren Bruchstellen der sozialliberalen Variante.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 4, 1981, S. 42—62

Angelina Sörgel

Finanzkapital und Staatsverschuldung

Der Beitrag untersucht, wessen ökonomischen Interessen die Staatsverschuldung dient. Dazu wird die gewachsene Macht des Finanzkapitals, die anhand von Konzentrations- und Verflechtungsdaten aus dem Industrie-, Handels- und Bankkapital belegt wird, den wirtschaftspolitischen Maßnahmen der verflochtenen 10 Jahre und dem Umfang und den Modalitäten der öffentlichen Kreditaufnahme zu deren Finanzierung gegenübergestellt. Der Artikel kommt zu dem Ergebnis, daß das Finanzkapital doppelter Gewinner der Finanzkrise ist. Ablehnung der öffentlichen Verschuldung kann daher nur als Polemik gesehen werden, die sich in die Unternehmeroffensive zur Zurückdrängung keynesianischer Fiskalpolitik zugunsten eindeutig kapitalorientierter marktwirtschaftlicher Maßnahmen einordnet.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 4, 1981, S. 63—82

Arno Gottschalk/Manfred Eihsen

Rüstung und militärisch-industrieller Komplex im staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD

Der Beitrag geht der Frage nach Ursachen, Triebkräften, Funktionen und Folgen der Rüstung im SMK der BRD nach. Als Erklärungsansatz und theoretischer Rahmen dient den Verfassern dabei die marxistisch-leninistische Militarismustheorie, die eingangs mit ihren wesentlichen Aussagen vorgestellt wird. Die Verfasser zeigen, daß sich im Zuge des (Re-)Militarisierungsprozesses auch in der BRD ein Militär-Industrie-Komplex etablieren kann, der eine besondere, konzentrierte Triebkraft des modernen Militarismus und der Aufrüstung bildet. Die Aufrüstung selbst bringt mitnichten die vom Imperialismus erhoffte Stabilität, sondern ist selbst Quelle zunehmender Instabilität. In dieser Eigenschaft wird sie zugleich Differenzierungsprozesse in der Monopolbourgeoisie (national und international) fördern.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 4, 1981, S. 83—108

Bernd Greiner

Politische Systemkrise des SMK und außenpolitische Krisenstrategien — eine Problemskizze

Der Aufsatz geht von zwei Kategorien aus: „Krise“ und „politische Strategien“ zu deren Bewältigung. Im ersten Teil wird versucht, Wesen und Erscheinungsform politischer Systemkrisen aus der Struktur und Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft zu bestimmen. Der Autor schlägt vor, die in der Phase der Allgemei-

nen Krise des Kapitalismus und unter den Bedingungen des SMK formulierten politischen Antworten der Bourgeoisie auf gesellschaftliche Krisen unter Zuhilfenahme der von R. Opitz geprägten Begrifflichkeit des „Machtmaximalismus“ zu interpretieren. Im zweiten Teil geht es darum, diesen Begriff auf außenpolitische Krisenstrategien nach 1945 erklärend anzuwenden – z.B. auf die amerikanische Hegemonialpolitik des Kalten Krieges und auf die projektierte „Krisenstrategie der 80er Jahre“.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 4, 1981, S. 109–125

Heinz Jürgen Axt

Internationale Konzerne und die Perspektiven des Nationalstaats in Westeuropa

Nach einer knappen Darstellung verschiedener marxistischer Auffassungen zum Verhältnis von Nationalstaatlichkeit und Internationalisierung des Kapitals wird in dem Aufsatz die These entfaltet, daß der bürgerliche Nationalstaat die Basis der Aufhebung des Kapitalverhältnisses unter den Bedingungen von Internationalisierungs- und Integrationsprozessen ist. Einerseits stellt der nationale Staatsapparat relative Lösungsformen bereit, mittels derer das Kapital die Internationalisierungs- und Integrationsprozesse als Potenzen gegen die Verschlechterung der Verwertungsbedingungen nutzen kann. Andererseits kann die Aufhebung des Kapitalverhältnisses im Sinne der Transformation auch unter den Bedingungen der Internationalisierung vorrangig nur durch Veränderungen auf der nationalen Ebene erreicht werden.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 4, 1981, S. 126–142

Christoph Butterwege

Gramsci und der Austromarxismus

Zur Renaissance zweier Politiktheorien der Zwischenkriegszeit

Der Beitrag nimmt die „Wiederentdeckung“ Antonio Gramscis und des Austromarxismus zum Anlaß, beider Politiktheorien gegenüberzustellen. Dabei spielt der Hegemoniebegriff, mittels dessen Gramsci und Otto Bauer, der Hauptrepräsentant des Austromarxismus, ihre Konzeption eines Bündnisses der Arbeiterklasse und anderer nichtmonopolistischer Gesellschaftsschichten (Kleinbürger, Bauern) kennzeichneten, eine Schlüsselrolle. Der Verfasser gelangt zu dem Ergebnis, daß Gramscis Hegemonielehre geeignet ist, aktuelle Probleme des Klassenkampfes einer Lösung näherzubringen, wohingegen der Austromarxismus den ideologischen Kampf verabsolutiert und seine Bindung an die sozialökonomischen Herrschaftsverhältnisse und politischen Machtkonstellationen ignoriert.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 4, 1981, S. 143–155

Kurt Steinhaus

Zu einigen Entwicklungstendenzen des politischen Klimas in der Bundesrepublik

Der Aufsatz untersucht Tendenzen des politischen Klimas in der BRD anhand von Wahlergebnissen, von Ergebnissen demoskopischer Umfragen sowie anhand der Entwicklung des außerparlamentarischen Kampfes. Der Verfasser kommt zu dem Schluß, daß seit den 60er Jahren der ideologische und politische Einfluß der rechten, konservativen Kräfte beträchtlich zurückgegangen ist, daß in der Bevölkerung, insbesondere in der Jugend, der Friedenswillen stärker geworden ist, daß sich verstärkt fortschrittliches Gedankengut ausgebreitet hat und daß Ansätze einer demokratischen Gegenkraft entstanden sind.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 4, 1981, S. 156–172

Harald Werner

Das Staatsbewußtsein der Arbeiter in der BRD

Der Beitrag kritisiert eine in der Untersuchung des Staatsbewußtseins der Arbeiter vorherrschende Tendenz zum Empirismus, die dazu beiträgt, die Ursachen für die relative Stabilität der gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD in die Köpfe der Arbeiter zu verlegen. Nach Meinung des Autors lassen sich bestimmte Bewußtseinsinhalte wie etwa Staatsloyalität und Staatsillusionismus empirisch nicht erfassen. Vielmehr be-

stehe die Gefahr, daß die empirischen Analysen zu einer Verdopplung bestehender Ideologien beitragen. Die nur empirische Beweisführung vernachlässige den tatsächlichen Lebensprozeß der Arbeiterklasse und gehe am historischen Gewordensein von Bewußtsein vorbei. Anhand zweier relativ junger Untersuchungen wird gezeigt, daß selbst das dort erhobene empirische Material zu anderen Schlußfolgerungen führt, wenn die Bewußtseinsdaten nicht am Maßstab des bürgerlichen Sprachgebrauchs gemessen, sondern aus der Lebenswirklichkeit der Arbeiterklasse heraus interpretiert werden.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 4, 1981, S. 173—186

Johannes Henrich von Heiseler **Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens**

Mit Hilfe einer ökologischen Analyse werden zunächst Zusammenhänge zwischen Grunddaten der Klassen- und Sozialstruktur und dem Wählerverhalten gezeigt. Sozialstrukturell scheinen dabei drei verschiedene Typen von Regionen, je nach der Vorherrschaft eines bestimmten sozialen Milieus, unterscheidbar zu sein, aus denen einerseits die CDU/CSU, zum zweiten die SPD und in geringerem Maße die DKP und drittens die FDP und in (bisher?) geringerem Maße die Grünen besonders ihr jeweiliges Potential gewinnen können. Von den klassen- und sozialstrukturellen Faktoren unabhängig prägt — sich mit den Einflüssen der Klassen- und Sozialstruktur kreuzend und sie überlagernd — die Wirkung der konfessionellen Verhältnisse in der betreffenden Region das Wahlverhalten. Angesichts des Anstiegs der Nichtwähler besonders unter den jüngeren Wählergruppen stellt sich die Frage, ob die bisher vorhandene Stabilität der Struktur der westdeutschen Wählerschaft ohne weiteres in die Zukunft projiziert werden kann.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 4, 1981, S. 187—196

Fred Karl **Soziale Basis und Widersprüchlichkeit der Bürgerinitiativen**

Der Aufsatz behandelt Aspekte einer breit wirksamen neuen politischen Aktionsform, der Bürgerinitiativen. Die BIs hatten sich im Lauf des letzten Jahrzehnts, v.a. als sie sich Umweltschutzfragen zuwendeten, von kurzlebigen „Ein-Punkt“-Aktionen zu einer kontinuierlichen sozialen Bewegung mit gesamtgesellschaftlicher Bedeutung und Durchschlagskraft entwickelt. Das „Selbstverständnis der BI-Bewegung“ ist gegenwärtig noch von der widersprüchlichen Interessenlage sozialer Gruppen aus den Mittelschichten geprägt. Der Autor hebt den Bündnis- und Prozeßcharakter dieser Aktionsform hervor und plädiert dafür, daß die marxistischen Kräfte stärker als bisher in Bürgerinitiativen mitarbeiten und für die Vermittlung antimonopolistischer Einsichten und für die Annäherung an die Arbeiterbewegung wirken.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 4, 1981, S. 197—202

Redaktionskollektiv des Arbeitskreises beim IMSF zur Frauenfrage **Thesen zur Frauenarbeit**

Die Thesen stellen die Frage nach der Bedeutung der Frauenarbeit für die gesellschaftliche Entwicklung sowie für die Emanzipation der Frau und nach der Bedeutung des Rechts auf Arbeit für die Frauen. Ausgangspunkt ist dabei die Darstellung des marxistischen Verständnisses von Arbeit und des Zusammenhangs von Produktion und Reproduktion, um dann aktuelle Probleme der Frauenerwerbstätigkeit, der Rolle der privaten Hausarbeit usw. anzusprechen.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 4, 1981, S. 203—221

Klaus Pickshaus **Streiks und gewerkschaftliche Gegenmacht. Funktion und Entwicklungstendenzen von Streiks in der Bundesrepublik**

Der Streik wird als Ausdrucks- und Ablaufsform antagonistischer Klassenbeziehungen verstanden. Formen der Institutionalisierung und der Verrechtlichung des Streiks müssen auf dem Hintergrund der Bewußtseins- und Politikentwicklung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen sowie der Klassenstrategien und Politikkonzepte des Kapitals untersucht werden. In der langfristigen Streikentwicklung sind unterschiedliche „Kampfyklen“ feststellbar. Der Schwerpunkt der empirischen Untersuchung liegt auf den 70er Jahren. Da-

bei werden langfristige Veränderungen und neue Elemente im System der Motive der Streikenden berücksichtigt. Streiks als Entfaltung von Gegenmacht haben Auswirkungen auf die Organisation und politische Struktur der Gewerkschaften. Die ungleichmäßige Streikintensität und differierende gewerkschaftspolitische Entwicklungen werden abschließend behandelt.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 4, 1981, S. 222—241

Gert Hautsch

Integrationismus und „Korporatismus“. Überlegungen zur Problematik der Einbindung von Gewerkschaften in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem

Ausgangspunkt ist, daß trotz der schon Jahre anhaltenden Angriffe auf den Lebensstandard der soziale Konsens zwischen Gewerkschaften und SMK in der BRD weitgehend gehalten hat. Um dies zu erklären, reicht der „Korporatismus“-Ansatz nicht aus. Inkorporierung ist Ausdruck der Wirksamkeit integrationistischer Ideologie und Politik. Deren besondere Stärke in der Arbeiterbewegung der BRD hängt mit dem spezifischen westdeutschen Typ bürgerlicher Hegemonie zusammen. Seit der Einleitung der „Stabilitätspolitik“ 1973/74 stellt sich das Hegemonieproblem für die herrschende Klasse auf neue Weise; dabei spielt die weitere Einbindung der Gewerkschaften eine zentrale Rolle. Da die SPD als Exekutor dieser Herrschaftsinteressen auftritt, müssen die Gewerkschaften ihr Verhältnis zum staatsmonopolistischen System neu fassen: ohne die Bereitschaft zum Konflikt ist nur mehr die Absage an zentrale gewerkschaftspolitische Ziele möglich.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 4, 1981, S. 242—275

Winfried Schwarz

Zur politischen Ökonomie der Mietwohnung

Die ökonomische Form der Mietwohnung, Kapital zu sein, macht die Kosten- und Erlösspanne zwischen Fremdkapitalzinsen und Mieteinnahmen zum entscheidenden Faktor privatkapitalistischer Wohnungsversorgung. Trotz Unterverwertung in der Anfangsphase der Vermietung ist durch Zusatzgewinne in der Folgezeit prinzipiell Rentabilität möglich. Dennoch stößt das Wohnungskapital immer wieder auf die begrenzte Mietzahlungskraft der mittleren bis unteren Einkommensgruppen als Verwertungsschranke. Die Bevölkerung kann daher in ihrer Gesamtheit mit einer Mietwohnung zu einem gegebenen, jeweils historisch bestimmten Mindeststandard rein privatkapitalistisch nicht versorgt werden. Frühzeitig setzte daher eine staatliche Regulierung und Mitfinanzierung des Wohnungssektors im Interesse des Gesamtkapitals ein. Ein weiterer Rückzug des Staats aus dem öffentlich geförderten Wohnungsbau muß notwendig die Wohnungsnot besonders bei den unteren Einkommenschichten verschärfen.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 4, 1981, S. 276—291

Eberhard Dähne

Wirtschaftliche und soziale Probleme der Städte und Gemeinden

Eingangs werden die Momente skizziert, die die Städte bzw. die Stadtregionen als Standort komplexer Produktivkräfte charakterisieren, deren Reproduktion unter kapitalistischen Bedingungen notwendig widersprüchlich erfolgt. Aktuell sichtbar sind vor allem die rasche Vernutzung der Biosphäre, der sich abzeichnende Verfall der „alten“ Industrieregionen, die Zerstörung von Teilen des Arbeitskräftepotentials, die negativen Konsequenzen des privaten Grundbesitzes, der Abbau der kommunalen Demokratie und die Finanznot vieler Städte. Der letzte Aspekt wird ausführlicher dargestellt. Ein großer Teil der Städte ist finanziell nicht in der Lage, dem Zerfall der städtischen Produktivkräfte wirksam zu begegnen.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 4, 1981, S. 292—299

Fritz Fiehler

Arbeitsplatz Hamburg. Regionalökonomie und -politik in Hamburg in den siebziger Jahren

Die Untersuchung der Arbeitsplatzentwicklung Hamburgs in den siebziger Jahren knüpft an die Diskussion über die politische Ökonomie einer Region an. Ausgehend von den wirtschaftspolitischen Problemen Hamburgs wird eine Analyse der Wirtschaftsstruktur angestellt. Der Verfasser gelangt dabei zu der Auffas-

sung, daß von einem „erfolgreichen Strukturwandel“ in Hamburg nicht die Rede sein kann, daß die Erwartung einer beschäftigungspolitischen „Kompensationsfunktion“ des Dienstleistungsbereichs gegenüber der Industrie unberechtigt ist und daß die betriebenen Industrialisierungskonzeptionen den Gegensatz zwischen der Wirtschafts- und der Wohnfunktion der Stadt verschärfen werden.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 4, 1981, S. 300–309

Fritz Rische

Weltmarkt und nationale Wirtschaftspolitik

Der Beitrag geht davon aus, daß heute die Internationalisierung des Wirtschaftslebens größeren Einfluß auf die nationale Wirtschaftsentwicklung als früher besitzt. Da die Entwicklung des Kapitalverhältnisses und der gesellschaftliche Fortschritt in unserer Epoche auseinanderfallen, sei auch der Profit als Maßstab nationaler Wirtschaftsentwicklung und -politik obsolet. „Demgegenüber ist unseres Erachtens die Entwicklung der Produktivkräfte und der gesellschaftlichen Produktion unter optimaler Nutzung und Entwicklung der nationalen Ressourcen das Grundmoment jeder nationalen Wirtschaftspolitik.“ Dies habe mit Autarkiepolitik nichts zu tun, könne aber auch nicht die Unterordnung der nationalen Strukturentwicklung unter die „Weltmarktpreise“ bedeuten.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 4, 1981, S. 310–318

Jörg Goldberg

Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der BRD-Industrie

Der Beitrag untersucht auf empirischer Grundlage die Entwicklung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik. Er kommt zu dem Schluß, daß die Strukturveränderungen in der Weltwirtschaft im Verlauf der siebziger Jahre die Position der BRD nicht geschwächt haben. Allerdings ist die auf internationale Expansion orientierte Strategie der bundesdeutschen Konzerne insofern an Grenzen gestoßen, als die historische Sonderrolle des Landes weitgehend verloren gegangen ist. Die Bundesrepublik wurde voll in den internationalen kapitalistischen Krisenzusammenhang einbezogen. Angesichts sich verengender Wachstums-spielräume im Kapitalismus müssen alle Versuche, diese Sonderrolle durch eine weitere Forcierung der Expansion wiederzugewinnen, zur Verschärfung sowohl nationaler als auch internationaler wirtschaftlicher Ungleichgewichte führen.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 4, 1981, S. 319–332

Heinz Jung

Zur Entwicklung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der neueren Literatur der UdSSR und DDR

Die Übersicht berücksichtigt Veröffentlichungen seit 1977/78. Sie stellt die Entwicklung der SMK-Theorie unter folgenden Gesichtspunkten dar: Triebkräfte und Gesamtsystem, geschichtliche Entwicklung, Monopol und Monopoltheorie, staatsmonopolistische Regulierung, Internationalisierung des SMK, Variantenwechsel in der ökonomischen Doktrin. Von besonderem Interesse ist, wie sich die durch die Krise 1974/75 geschaffenen Bedingungen unter den zuletzt genannten Gesichtspunkten reflektieren. Unterschiedliche Akzente enthalten die Urteile über die gegenwärtig sichtbaren Tendenzen der Weiterentwicklung des SMK.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 4, 1981, S. 333–346

Sybille Krämer-Friedrich

Technischer Fortschritt gleich fortschrittliche Technik? Probleme, Tendenzen und Widersprüche der Technik-Diskussion

Der Beitrag behandelt Hauptströmungen der neueren bürgerlichen Techniktheorie — die wissenschaftstheoretische und die systemtheoretische Richtung — sowie der antikapitalistischen und marxistischen Technikdiskussion. Dabei schält sich als Problem heraus: Wenn die Technologie — unterworfen dem Zwang ihrer

kapitalistisch profitablen Nutzung — lebensbedrohliche Effekte zeitigt, so müssen diese Folgen als Möglichkeit im Produktivkraftsystem angelegt sein. Solche stofflichen Voraussetzungen negativer sozialer Folgen kapitalistischer Techniknutzung werden einerseits in „Vergesellschaftungslücken“ der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung gesehen, andererseits im Auseinanderfallen von Planmäßigkeit bei der Entwicklung von Zweck-Mittel-Relationen der Technik und fehlender Berücksichtigung ökologischer Folgeeffekte des Einsatzes großtechnischer Systeme.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 4, 1981, S. 347—364

Lothar Peter

Polarisierung oder Höherqualifizierung? Zur Kontroverse um den Zusammenhang von Produktivkraftentwicklung, wissenschaftlich-technischem Fortschritt und Arbeitsqualifikation

In der sozialwissenschaftlichen Forschung ist die Entwicklung der Qualifikationsstruktur unter den Bedingungen von technischem Fortschritt und Automation nach wie vor umstritten. Der Beitrag versucht, Elemente einer gesellschaftstheoretischen Grundlage für die Einschätzung widersprüchlicher Tendenzen der Qualifikationsveränderungen zu erarbeiten. Seine produktivkraft-theoretischen Überlegungen unterscheiden sich von denen der Projektgruppe „Automation und Qualifikation“, die kritisch erörtert werden. Peter kommt zu dem Ergebnis, daß die Perspektiven der Arbeiterbewegung nicht unmittelbar aus der Dynamik der Automation abgeleitet werden können; er verweist auf die Notwendigkeit umfassender, über den unmittelbaren Produktionsprozeß hinausgehender Alternativen der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 4, 1981, S. 375—382

Alfred E. Laurence

Über drei unveröffentlichte Schreiben von Karl Marx an seinen Arzt auf der Insel Wight vom Januar 1883

Bei seinem letzten Erholungsaufenthalt auf der Insel Wight Ende 1882/Anfang 1883 wurde Karl Marx von dem Lungenspezialisten James Mann Williamson behandelt. Drei Schreiben aus Marx' Hand an diesen Arzt bzw. dessen Frau sind im Besitz der Nachkommen überliefert. Die Korrespondenz ist schon deshalb von Forschungsinteresse, weil sich darunter der (soweit bisher bekannt) letzte von Marx vor seinem Tod verfaßte Brief befindet. Doch die Schriftstücke widerlegen auch gleichzeitig Verleumdungen seitens gewisser Marxbiografen, die Marx als geistig gebrochenen, deprimierten und lebensmüden Greis darstellen.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 4, 1981, S. 383—389

Michael Knieriem

Aus den Tagebüchern des Johann Wilhelm Jakob Blank — eines Jugendfreundes von Friedrich Engels

Johann Wilhelm Jakob Blank (1821—1892) war bisher nur als Schul- und Jugendfreund Friedrich Engels' bekannt. Aus den beiden überlieferten Notizbüchlein, die hier zum erstenmal auszugsweise veröffentlicht werden, gehen nicht nur die engen brieflichen Kontakte zu Engels hervor, sie beweisen auch, daß Engels im Mai/Juni 1841 Blank in Mailand getroffen hatte. Darüber hinaus werden die Verbindungen Blanks zum Kreis der Frühen Sozialisten in London deutlich. Er erwähnt nicht nur Wilhelm Weitling, sondern stand ganz offensichtlich auch in Kontakt mit Mitgliedern des Bundes der Gerechten sowohl in London als auch in Paris.

In Kürze erscheinen

IMSF-Beiträge 6

Zwei Teile (6/I und 6/II)

Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik

Theorie · Diskussion · Empirische Analyse

IMSF-Beiträge 6/I

Erscheinungstermin IV. Quartal 1981

Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik

Staatsdiskussion und Staatstheorie

Die Hauptabschnitte:

1. Zur Entwicklung der Staatsauffassung bei den marxistischen Klassikern
2. Kritik von am Marxismus orientierten Staatskonzeptionen
3. Kritik bürgerlicher und reformistischer Staatsvorstellungen
4. Aspekte der Analyse des Staates und des politischen Herrschaftsmechanismus im SMK
5. Aktuelle Entwicklungsprobleme
6. Der BRD-Staat im Massenbewußtsein

Beiträge von: Dr. H.-J. Axt, Dr. Ch. Butterwegge, Prof. Dr. F. Deppe, M. Eihsen/A. Gottschalk, Dr. J. H. v. Heiseler, Prof. Dr. J. Huffschild, Dr. H. Jung, U. Kypke, Prof. Dr. J. Schleifstein, C. Skrobaneck, Dr. A. Sörgel, Dr. H. Werner u. a.

Redaktion: Dr. Heinz Jung, Prof. Dr. Josef Schleifstein

Etwa 400 Seiten, ca. DM 30,-

Als Beilage der Graphikzyklus „Staat und Revolution“ von Carlo Schellemann

IMSF-Beiträge 6/II

Erscheinungstermin I. Quartal 1982

Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik

Empirische Analysen · Fakten

Die Hauptabschnitte: Ökonomische Grundlagen und Finanzstruktur ● Der Staatsapparat ● Zur inneren Struktur und Gliederung des Staates der BRD ● Der Staat im Reproduktionsprozeß des SMK ● Einzelaspekte der empirischen Analyse ● Staat und Arbeiterbewegung

Mitarbeit von: M. Ellwardt, K. Herkenroth, Dr. H. Jung, H. Mestars, A. Schulte, C. Skrobaneck, Dr. A. Sörgel u. a.

Redaktion: Dr. Heinz Jung

Etwa 300-400 Seiten, ca. DM 30,-

Bezug über den Buchhandel oder direkt vom IMSF.

Gesamtpreis bei Abnahme beider Bände DM 50,-.

IMSF

**Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V.
Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main 1**

Marxistische Studien

Jahrbuch des IMSF

Marxistische Untersuchungen zu zentralen theoretischen und gesellschaftspolitischen Fragen – die wichtigsten Ergebnisse des IMSF – Kritische Auseinandersetzung mit anderen Positionen – Überblick über das Spektrum der Forschung des IMSF und der mit ihm verbundenen Wissenschaftler

Themen der bisher erschienenen Bände

1/1978

Politische Ökonomie der BRD
Profitorientierung
Soziale Lage der Arbeiterklasse
Krise – Arbeitskämpfe – Klassenbewußtsein

2/1979

Ökonomische Stagnationstendenzen
Kernenergieindustrie
Marxistische Raumökonomie
Einkommen und individuelle Konsumtion
Gewerkschaftstheorie
Stahlstreik und Tarifrunde 78/79
Neue Technik und Arbeiterbewegung
Widersprüche im Arbeiterbewußtsein

3/1980

Neue Technik – soziale Alternativen
Umweltpolitik
Klassenautonomie und Einheitsgewerkschaft
Politisches Klassenbewußtsein – DKP-Studie
Lebensweise – Vereine – Kultur
Internationale ökonomische Arbeitsteilung
Krisen-debatte
Neue Engels-Dokumente

Marxistische Studien

Neue Technik – soziale Alternativen
Umweltpolitik
Charakter der Produktivkräfteentwicklung
Klassenautonomie und Einheitsgewerkschaft
Politisches Klassenbewußtsein – DKP-Studie
Lebensweise – Vereine – Kultur
Internationale ökonomische Arbeitsteilung
Krisen-debatte
Monopolgruppen und Staat
Der „junge Marx“ in bürgerlicher Sicht
Neue Engels-Dokumente

Jahrbuch des IMSF 3
3/1980

Beirat: H. J. Axt, H. Bömer,
G. Brosius, Chr. Butterwegge,
E. Gärtner, B. Greiner, D. Hänisch,
F. Hervé, J. Hund, F. Kröll, Chr. Preiß,
J. Priebe, W. Roßmann, A. Sörgel,
K. Steinhaus, H. Werner

Redaktion:

H. Jung, A. Leisewitz, K. Maase,
J. Schleistein

Band 1–3 je DM 24,-

Band 4 DM 30,-

Pressestimmen

„Alle Beiträge sind in praktischer Absicht geschrieben, und dies macht sie so außergewöhnlich nützlich für alle jene, die in praktischer Absicht lesen.“
(Jörg Huftschmid, Deutsche Volkszeitung)

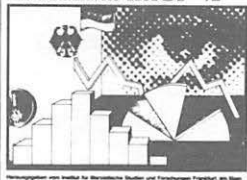
„Dieser Band gibt einen Überblick über den Stand der Arbeiten im Rahmen des IMSF und der marxistischen Diskussion heute.“
(Robert Katzenstein, Konsequent)

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main 1

IMSF-Neuerscheinungen 1981

Staatsmonopolistischer
Kapitalismus der
Bundesrepublik Deutschland
in Daten und Fakten

Arbeitsmaterialien des **IMSF** 12



Staatsmonopolistischer Kapitalismus der Bundesrepublik Deutschland in Daten und Fakten. Arbeitsmaterialien des IMSF Bd. 12

425 Seiten DIN A 4, DM 55,—

Eine systematische und tiefgestaffelte Materialzusammenstellung über Wirtschaft, Klassen- und Sozialstruktur, Staat, BRD-Imperialismus, Klassenkräfte und -kämpfe auf der Grundlage der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Materialbasis ist ausnahmslos die amtliche und offiziöse Statistik der BRD. Über 370 Tabellen, Grafiken und Chronologien.

Theorie und Methode Bd. V

Ökonomische Gesellschaftsformationen. Theorie und Geschichte

Beiträge von G. Brendler, W. Küttler, J. I. Semjonow, W. Eichhorn, K.-P. Florian, M. A. Barg, E. B. Cernjak, W. Sereni, Ph. Herzog, G. Labica, D. Pasemann, H.-P. Jaeck. Mit einer Einführung von Klaus Naumann.

205 Seiten, Typoskript, DM 15,—

- I. Historische Formationsanalyse und historischer Prozeß
- II. Begriffsgeschichte und theoretische Reflexion: Beiträge zur Werkanalyse von Marx, Engels und Lenin
- III. Gesellschaftsformation und Revolution: Das Beispiel Rußlands

Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF

Fred Karl

Die Bürgerinitiativen. Soziale und politische Aspekte einer neuen sozialen Bewegung

135 Seiten, Typoskript, DM 8,—

- I. Geschichte und Aktionen der Bürgerinitiativen-Bewegung (BI in den 50er und 60er Jahren / Die Vielfalt der BI-Themen/Umweltschutz)
- II. Das empirische Material über Bürgerinitiativen (Wer wird aktiv? / Welche Konfliktfelder? / Bewußtsein und Lernprozesse / Von Ein-Punkt-Initiativen zu allgemeinen Zielsetzungen)
- III. Zur Beurteilung der Bürgerinitiativen-Bewegung (Ursachen der BI-Bewegung / BI als soziale Bewegung / Die soziale Basis der BI / Bedeutung und Perspektiven der BI-Bewegung)
- IV. Dokumente, Bibliographie

IMSF

Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V.
Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main 1

Geschichte anders gesehen

Jürgen Kuczynski

Geschichte des Alltags des deutschen Volkes

Fünf Bände

Band 1: 1600–1650

Bereits in dritter Auflage

Band 2: 1650–1810

Band 3: 1810–1870 (September 1981)

Großformat, Leinen mit Schutzumschlag,
Personenverzeichnis, ca. 450 Seiten,
DM 29,80

ISBN 3-7609-0581-1

Band 4: 1870–1918 (Anfang 1982)

Band 5: 1918–1945 (Frühjahr 1982)

Bei Fortsetzungsbestellungen aller fünf Bände verringert sich der Gesamtpreis gegenüber dem Einzelabnahmepreis von 149,- auf 138,-. Dieser Subskriptions-Vorzugspreis wird bei Lieferung von Band 5 angerechnet, wir berechnen dann DM 18,80. Bei Erscheinen des letzten Bandes erlischt der Vorzugspreis für Fortsetzungsbestellungen.

Jürgen Kuczynski

GESCHICHTE DES ALLTAGS DES DEUTSCHEN VOLKES

3



1810-1870



Der dritte Band behandelt den Alltag des deutschen Volkes von 1810 bis 1870/71, das heißt seit den großen Reformen zur Befreiung von den Fesseln des Feudalismus bis zur Reichsgründung und Commune.

Das sind aufregende Jahrzehnte in der Geschichte des deutschen Volkes, denn in ihnen entsteht die moderne Klasse der Lohnabhängigen, gelangen die Arbeiter zum Bewußtsein ihrer gesellschaftlichen Lage, wird zum ersten Mal von den Werktätigen eine eigene, eine „zweite Kultur“ geschaffen, und – voll erschreckender Negativität: es geschieht das Unglaubliche, daß der Mensch dem Werkzeug (der Maschine) entfremdet wird.

Auch die Einheit der Produktionsfamilie löst sich auf, die uns bekannte Form der Familie, in der Eltern und Kinder außerhalb des Wohnplatzes arbeiten und keine fremden Hilfskräfte in ihren Kreis aufnehmen. Alles das sind Wandlungen, die den Alltag der Werktätigen ebenso verändern wie die Tatsache, daß immer weniger Gegenstände des täglichen Gebrauchs, Grundnahrungsmittel und Kleidung in der Familie hergestellt, daß sie vielmehr auf dem Markt gekauft werden. Der Alltag des Kapitalismus bildet sich heraus.

Pahl-Rugenstein

Gottesweg 54 · 5000 Köln 51

Telefon (02 21) 364051

Karl Marx in seinen Briefen

Herausgegeben
von Saul K. Padover
500 Seiten
38 Abbildungen
Leinen DM 58,-

Der private und der
öffentliche Marx –
eine Biographie
in Briefen



Verlag
C. H. Beck



Georg Assmann u. a. (Hrsg.)

Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie

2., überarbeitete und erweiterte Auflage 1978. 758 S. 12 x 19 cm.

Folieneinband DM 18,80

Das „Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie“ wurde von Soziologen und Gesellschaftswissenschaftlern der DDR in der Absicht geschrieben, einen Überblick über die wichtigsten Probleme und Methoden der Soziologie zu geben und vor allem die Grundlagen und Hauptaspekte einer selbständigen, im Gegensatz zur „bürgerlichen“ Soziologie stehenden, marxistisch-leninistischen Soziologie darzustellen. Insofern spiegelt das Wörterbuch in seinen über 230 Artikeln das Selbstverständnis und den aktuellen Stand der Soziologie in der DDR und indirekt auch der anderen sozialistischen Länder, deren soziologische Forschung es einbezieht. Theorien, Methoden und Ansätze der „bürgerlichen“ Soziologie werden sowohl referiert als auch aus der Sicht der marxistisch-leninistischen Soziologie beurteilt.

Manfred Buhr und Alfred Kosing

Kleines Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie

4., überarbeitete Auflage 1979. 385 S. 12 x 19 cm. Folieneinband DM 12,80

Von „Abbild“ bis „Zweckmäßigkeit“ reicht die alphabetisch geordnete Reihe der grundlegenden Begriffe des dialektischen und historischen Materialismus, der marxistisch-leninistischen Erkenntnistheorie und der an die Philosophie angrenzenden Wissenschaftsdisziplinen, die von den Autoren in allgemeinverständlicher Weise erläutert werden. Auch zahlreiche fundamentale Begriffe aus dem Arsenal der zeitgenössischen bürgerlichen Philosophie erfahren eine Erklärung und Wertung.

Gestützt auf die einschlägigen Lehrbücher, Gesamtdarstellungen und Monographien, auf neue Forschungsarbeiten und auf die Erkenntnisse der sowjetischen philosophischen Wissenschaften, vermittelt dieses von Wissenschaftlern der DDR erarbeitete Wörterbuch einen beträchtlichen Fundus gesicherten Grundwissens der marxistisch-leninistischen Philosophie.

Peter Christian Ludz

Ideologiebegriff und marxistische Theorie

Ansätze zu einer immanenten Kritik

2., durchgesehene Auflage 1977. 356 S. 15,5 x 22,6 cm. Folieneinband DM 39,-

Die Aufsatzsammlung skizziert in kritisch-immanenter Analyse die Entwicklung des Ideologiebegriffs seit Hegel, Marx und den Junghegelianern bis in die Gegenwart. Mit Hilfe des Ideologiebegriffs wird ferner die ideologische Entwicklung besonders in der Sowjetunion und der DDR (unter Einbeziehung der Situation in Polen, Jugoslawien und der CSSR) untersucht. Aufgrund dieser ideologiekritischen und ideologiehistorischen Analysen wird ebenso Material für eine kritische Gesellschaftstheorie wie für eine Geschichte des neueren marxistischen Revisionismus bereitgestellt.

Westdeutscher Verlag

ARGUMENT-Taschenbücher (AS)

Programm 1981

Entstehung der Arbeiterbewegung (AS 63)

(erscheint: Frühjahr 1981)

Wer ist heute das historische Subjekt gesellschaftlicher Veränderungen? Sucht man die Antwort bei der Arbeiterbewegung, dann muß ihre Genese allseitig und interdisziplinär von der Ökonomie bis zur Ideengeschichte erforscht sein. Gerade das Studium ihrer Anfänge ist orientierend für das Verständnis der sehr differenzierten Erscheinungen in ihrer sozialen Zusammensetzung, ihrer politischen Ziele usw. Neuere Forschungen, theoretische und methodische Versuche zur gegenwärtigen Diskussion über eine 'Geschichte von unten' und generell in den historischen Sozialwissenschaften, vereinigt dieser Sammelband für Lehrer und Studenten der Politik, Soziologie, Geschichtswissenschaften sowie für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. (Redaktion: Lars Lambricht)

Prävention · Medizin und Politik/Soziale Medizin IX (AS 64)

(erscheint: Frühjahr 1981)

Umweltverursachte Erkrankungen und Präventionsmöglichkeiten: Beispiele Krebs, Koronare Herzerkrankungen; Krankheiten im Gefolge von Luftverschmutzung und anderen Schadstoffwirkungen, Alkohol- und Tabakabusus, Übergewicht. Dabei werden die beschränkten Möglichkeiten medizinischer Ansätze (Verhaltensprävention) gegenüber den denkbaren politischen Antworten (Verhältnisprävention) - teilweise an Beispielen aus Italien, Skandinavien, England etc. - dargestellt.

Gulliver 9: 'Zweite Kultur' in England, Irland, Schottland, USA (AS 65)

(erscheint: Frühjahr 1981)

Ansätze einer Theorie »Zweiter Kultur«: Gegenüberstellung der Konzeptionen der Old and New Left in der Sozial- und Kulturgeschichtsforschung in den USA (dem berühmten US-Historiker P.S. Foner zum 70. Geburtstag gewidmet); Unterrichtseinheit über proletarische Jugend in den USA; Konferenzberichte und Besprechungen.

Forum Kritische Psychologie 8: Handlungsstrukturtheorie 2 (AS 66)

(erscheint: Sommer 1981)

Beiträge u.a. von: S. Greof, W. Jantzen, M. Stadler

Projekt Automation und Qualifikation VI: Automationsarbeit: Empirie 3 (Arbeiterformen) (AS 67)

(erscheint: Sommer 1981)

Die empirischen Untersuchungsergebnisse werden resümiert und verdichtet zu Vorschlägen an Industriosozologen und Gewerkschaften. Schwerpunkt: Arbeiterbiographie

Alternative Wirtschaftspolitik 3: Das Inflationsproblem (AS 68)

(erscheint: Sommer 1981)

Nach einem Überblick über die theoretischen Inflationserklärungen, geht es im ersten Teil um die Frage, welche theoretischen und praktischen Konzepte alternative Wirtschaftspolitik dem Inflationsphänomen entgegenzusetzen hat. Kann man die Inflation mit der Monopoltheorie erklären? Wie tauglich sind Preiskontrollen als Inflationsbekämpfungsmaßnahmen? — Der zweite Teil behandelt politische Fragen im Zusammenhang mit dem Inflationsproblem. In den 70er Jahren hat es einen spektakulären Wechsel im Zielkatalog bürgerlicher Wirtschaftspolitik gegeben: Nicht mehr Vollbeschäftigung, sondern Geldwertstabilität steht heute auf Platz Eins der anzustrebenden Ziele — gleichgültig, ob die Regierungen sozialdemokratisch oder konservativ sind.

Gewerkschaften und Gesundheit (AS 69)

(erscheint: Sommer 1981)

Zum Thema 'Arbeitswelt und Gesundheitsgefährdung' wird der Stand der Belastungsforschung referiert (Stichworte: Monotonie, Bildschirmarbeitsplätze, Schichtarbeit u.a.) Weitere Themen sind: Gewerkschaften und Sozialpolitik, betriebliche Gesundheitspolitik, Arbeitermedizin, Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Ärzte und Gewerkschaften.

Projekt Ideologie-Theorie (PIT): Bereichstheorien (AS 70)

(erscheint: Herbst 1981)

In diesem Band geht es um die Ausarbeitung einer Theorie des Ideologischen für die einzelnen ideologischen Mächte und ihre Wirkungsfelder: Staat/Politik, Schule und Familie/Erziehung, Recht/Justiz, Religion/Kirche, Literatur, Kunst usw.

Gulliver 10: Women · Zwischen Voluntarismus und Revolution (AS 71)

(erscheint: Herbst 1981)

Bestandsaufnahme zum Projekt der Womens' Studies in GB/USA; aktuelle Stellungnahmen von politischen Parteien und Gewerkschaften zum Status der Frau; Diskussion zum Thema Sprache und Sexismus; Einschätzung der Theoriebeiträge und Erkenntnisleistungen der sogenannten »feministischen« Literaturkritik; Kommentare zur Darstellung der Frau im nicht-kommerziellen Film und Theater; Unterrichtseinheit.

Forum Kritische Psychologie 9: Ideologie-Diskussion (AS 72)

(erscheint: Herbst 1981)

'Subjektive' Aspekte des Faschismus

Jahrbuch für kritische Medizin 7 (AS 73)

(erscheint: Sommer 1981)

Deutsche Arbeiterbewegung vor dem Faschismus (AS 74)

(erscheint: Herbst 1981)

Redaktion: Heiko Haumann und Axel Schildt
Themenbereiche: Arbeiterbewegung und Analyse der Weltwirtschaftskrise; Strategien der Arbeiterbewegung gegen staatlichen Demokratieabbau und herausziehenden Faschismus; politische Spaltung der Arbeiterbewegung

Ladenpreise:

je Band 15,50 DM (f.Stud. 12,80 DM).

Preise im Abonnement:

12,80 DM (f.Stud. 11,— DM)

Argument-Verlag, Tegeler Str. 6, D-1000 Berlin 65, Tel.: 030/4619061

Ökonomie · Philosophie · Geschichte

H. Jung/J. Schleifstein
**Die Theorie des
staatsmonopolistischen
Kapitalismus und ihre Kritiker**
280 Seiten, Paperback, 17.— DM
ISBN 3-88012-575-9

Fritz Rische
**Alternativen zur Wirtschaftspolitik
des Kapitals**
294 Seiten, Paperback, 17,80 DM
ISBN 3-88012-574-0

Technik — Umwelt — Zukunft
Eine marxistische Diskussion über
Technologieentwicklung, Ökologie,
Wachstumsgrenzen und die „Grünen“
Herausgegeben vom IMSF
204 Seiten, Taschenbuch, 10,80 DM
ISBN 3-88012-625-9

**Handbuch für Arbeiter und
Angestellte**
Herausgegeben vom IMSF
463 Seiten, Taschenbuch, 17,80 DM
ISBN 3-88012-617-8

Friedrich Engels
Zur Wohnungsfrage
119 Seiten, Taschenbuch, 3,50 DM
ISBN 3-88012-296-2

Wilhelm Raimund Beyer
Der „alte Politiker“ Hegel
130 Seiten, Paperback, 10,80 DM
ISBN 3-88012-604-6

Horst-Dieter Strüning (Hrsg.)
„Unser Philosoph“ Josef Dietzgen
182 Seiten, Paperback, 15,— DM
ISBN 3-88012-620-8

E. Wimmer/J. Schleifstein (Hrsg.)
**Plädoyers für einen
wissenschaftlichen Humanismus**
168 Seiten, Paperback, 12,50 DM
ISBN 3-88012-628-3

**Marxistisch-leninistische
Philosophie**
Von einem Autorenkollektiv unter
Leitung von W. Eichhorn I
732 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag,
18,50 DM
ISBN 3-88012-563-5

A. Felsko-Lehndorff/F. Rische
**Der KPD-Verbotsprozeß
1954—1956**
Wie es dazu kam — sein Verlauf —
die Folgen
220 Seiten, Paperback, viele Abbildungen
12,80 DM
ISBN 3-88012-590-2

Verlag Marxistische Blätter GmbH, Hedderheimer Landstraße 78a, 6000 Frankfurt/Main 50, Tel. (06 11) 57 10 51

Verlag Marxistische Blätter

Neu bei NVG!

Im Oktober/November erscheint:

DGB Programm '81 untersucht für die Praxis

ca. 450 Seiten, ca. 18,- DM
ISBN 3-88367-037-5

Die Analyse will Anregungen geben, wie das Programm in der Realität der Bundesrepublik angewendet und verwirklicht werden kann.

Beiträge von: Wolfgang Abendroth, Günter Arndt, Willi Bleicher, Günther Blum, Dieter Brumm, Kurt Bunke, Frank Deppe, Christian Götz, Dieter Kramer, Werner Petschick, Klaus Pickshaus, Josef Schiefstein u. a.

Im Dokumentenanhang: Grundsatzprogramm '81, DGB-Aktionsprogramm '79, Sozialpolitisches Programm '80, wichtige Diskussionsbeiträge auf dem 4. o. a. DGB-Kongreß und Stellungnahmen zum neuen Grundsatzprogramm von Gewerkschaftern, Unternehmern, Parteien und der Presse.

Bestellen Sie direkt beim Verlag:

- Jahresgesamtverzeichnis
- Probeexemplare der Zeitschrift NACHRICHTEN zur Wirtschafts- u. Sozialpolitik



Nachrichten-Verlags-GmbH
Glauburgstraße 66
6000 Frankfurt am Main 1

WEGBEREITER modernen politischen DENKENS



Milton, John

John Milton und der Ursprung des neuzeitlichen Liberalismus

Studienausgabe der politischen Hauptschriften John Miltons in der Zeit der englischen Revolution. Die Einführung der Herausgeberin beleuchtet anschaulich und ausführlich das geistige Klima, in dem John Milton seine politischen Ansichten formulierte.

Hildesheim 1980. VIII, 404 S. kart.
ISBN 3-8067-0819-3

DM 49,-

Hess, Moses

Die heilige Geschichte der Menschheit

Neudruck der Auflage Stuttgart 1837. Eine äußerst seltene Ausgabe ist wieder lieferbar. HESS gilt als einer der Väter des deutschen Sozialismus und als ein bedeutender Vorläufer des Zionismus.

Hildesheim 1980. 346 S. kart.
ISBN 3-8067-0830-4

DM 32,-

Marx, Karl: **Das Kapital**

Kritik der politischen Oekonomie

1. Band. Buch I: Der Produktionsprozess des Kapitals. Neudruck der Urausgabe Hamburg 1867. Obwohl Das Kapital zu den verbreitetsten Büchern gehört, ist die Urausgabe nur wenigen bekannt. Diese Urausgabe ist nicht in der „MEW“ enthalten! Hildesheim 1980. XII, 784 S. kart.
ISBN 3-8067-8057-6

DM 39,-

Schrader, Fred E.

Restauration und Revolution

Die Vorarbeiten zum „Kapital“ von Karl Marx in seinen Studienheften 1850-1858

Auf der Basis umfassender Archivarbeiten am Marx-Engels-Nachlaß stellt Schrader diese unbekannteren Marx-Handschriften vor und wertet sie erstmals systematisch aus.

Hildesheim 1980. 270 S. kart.
ISBN 3-8067-0861-4

DM 28,-

Gerstenberg Verlag

Rathausstraße 20 · D-3200 Hildesheim

Wissenschaftlich- technischer Fortschritt und Inhalt der Arbeit

**Ein Beitrag zur Theorie und Praxis
der Arbeitswissenschaften**

**Von einem Autorenkollektiv,
Ltg. Prof. Dr. Fritz Macher
244 Seiten, 58 Abbildungen, 25 Tabellen,
Brolin, 15, 50 M
Bestellangaben: 675 257 4
Fortschritt Arbeit**

Die Autoren widmen ihre Arbeit der Lösung einer bedeutsamen Aufgabe bei der Verbindung der Vorzüge des Sozialismus mit den Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution: die Gestaltung progressiver Arbeitsinhalte bzw. die Projektierung solcher Arbeitsbedingungen, Arbeitsplätze und Arbeitsaufgaben, die persönlichkeits- und leistungsfördernd den sozialistischen Charakter der Arbeit für den einzelnen Werktätigen erlebbar machen.



1055 Berlin, Am Friedrichshain 22

Marx-Engels-Jahrbuch 3

MARX-ENGELS- JAHRBUCH 3

Herausgeber: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU
und Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED
402 Seiten · Kunstleder · 38,- DM
Bestellangaben: 737 234 6/M/E, Jahrbuch 3

Die Hauptartikel, die der Geschichte des Bundes der Kommunisten gewidmet sind, liefern eine Reihe neuer Forschungsergebnisse. Andere Beiträge berichten über neue Fakten zu Marx' Mitarbeit an der Zeitung „The People's Paper“, zur Londoner Delegierungs-Konferenz von 1871, zum Briefwechsel von Marx und Engels aus den Jahren 1846—1848, zu ursprünglichen Publikationsplänen der „Deutschen Ideologie“ und zu den „Pariser Heften“.

Als Nachtrag zur MEGA wird unter anderem ein Brief von Engels an Ruge veröffentlicht. Außerdem werden bisher unbekannte Erinnerungen Weitlings erstmals publiziert sowie Artikel Wilhelm Wolffs aus der „Deutschen-Brüsseler-Zeitung“ abgedruckt.

Die Bände 1 und 2 sind lieferbar.



DIETZ VERLAG BERLIN

DDR — 1020 Berlin Wallstraße 76—79